

Nils Köhler, Marthe Burfeind, Stefanie Hüttl

Neubeginn und Wiedergründung des Arbeiter-Samariter-Bundes von 1945 bis 1952



1. BUNDESTAG

(nach 1933)

des

Arbeiter-Samariterbundes e. V.

Sitz Hannover

im ehem. Fürstenzimmer des Hauptbahnhofes
zu HANNOVER

am 11. und 12. April 1952



**NEUBEGINN UND WIEDERGRÜNDUNG
DES ARBEITER-SAMARITER-BUNDES
VON 1945 BIS 1952**

Marthe Burfeind
Nils Köhler
Stefanie Hüttl

NEUBEGINN UND WIEDERGRÜNDUNG DES ARBEITER-SAMARITER-BUNDES VON 1945 BIS 1952

Im Auftrag des



λογος

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

1. Auflage, Januar 2023



Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland zugänglich. Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Umschlagbilder:

ASB-Archiv (AA 0001, Fs 1069)

Satz:

Florian Hawemann, satz+layout

ISBN 978-3-8325-5584-9

Logos Verlag Berlin GmbH

Georg-Knorr-Str. 4, Geb. 10

D-12681 Berlin

Tel.: +49 (0)30 42 85 10 90

Fax: +49 (0)30 42 85 10 92

INTERNET: <http://www.logos-verlag.de>

Inhalt

I. Einführung.....	9
II. Rückblende: Der ASB im Jahr 1933.....	12
III. Der Neubeginn in den westlichen Besatzungszonen	18
1. Die Westzonen und die junge Bundesrepublik: Wohnen, Arbeiten, Leben	21
2. Die Anfänge 1945/46.....	23
3. Auf dem Weg: Neue Kolonnen, neue Strukturen und zwei Bundesvorstände	26
4. Gescheiterte Versuche	34
5. Akteure im Umfeld: SPD, Gewerkschaften, AWO	37
6. Exemplarische Daten zur Mitgliederstruktur 1945–1952	39
IV. Der Neubeginn in der Sowjetischen Besatzungszone und jungen DDR.....	46
1. Was nicht Stalins Auslegung des Kommunismus entsprach.....	49
2. Der Befehl, der alles hätte ändern können.....	55
3. Das Gesundheitswesen in der SBZ und jungen DDR entsteht.....	57
4. Das Übertragungselement – der FDGB (Gesundheitsdienst).....	59
5. Vom „nationalsozialistischen“ DRK zum „sozialistischen“ DRK	64
6. Gründe des Scheiterns eines neuen ASB in der SBZ und DDR.....	66
V. Wiedegründungsversuche in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR.....	68
1. Plauen Ein Funken Hoffnung für die (Volks-)Samariter?	71
2. Mühltröf Im Dunkeln der Geschichte.....	83
3. Chemnitz Kein Neubeginn im einstigen Zentrum des ASB.....	85
4. Leipzig Der aussichtslose Kampf des Otto Hilpert	92
5. Babelsberg Ein ASB-Krimi in der DDR	99

VI. Kolonnenbiografien: Exemplarische Beschreibungen von Wiedergründungen im westlichen Deutschland	112
1. Hannover Der frühe Wille, wieder eine große Organisation zu werden	115
2. Ulm Talentschmiede des ASB im Süden	123
3. Hamburg Der Motor im Norden	138
4. Berlin Alte und neue Samariter packen gemeinsam an	148
5. Frankfurt-Höchst Ein Motor im Süden	158
6. Lüneburg Rasanter Aufstieg, schwere Querelen	164
7. Kaiserslautern Durchhaltevermögen war gefragt	171
8. Braunschweig Wiedergründung unter dem Dach der AWO mit braunem Schatten	174
9. Bremen Holpriger Start	178
10. Regensburg Starthilfe durch die SPD	182
11. Dortmund Schwierige Vergangenheit	188
VII. Samariterinnen und Samariter 1945 bis 1952	192
1. Mathias Brüggen, Köln Engagement ist alles	195
2. Ernst Beese und Wilhelm Carstens, Lübeck Vom Hobby zum Beruf	203
3. Dr. Peter Paul Schäfer, Neumünster Ein Neuer im ASB	209
4. Willi Schurwanz, Salzgitter Ein heimatvertriebener Arbeiter wird Kreisvorsitzender in Salzgitter	214

5. Dr. Siegfried Spitz und Dr. Anna Spitz, Stargard in Pommern Entkommen aus Deutschland, verloren für den ASB.....	218
6. Kurt Arnold und Otto Kirchner, Erfurt und Frankfurt am Main „Ostzonenflüchtlinge“ an der Spitze des ASB in Frankfurt am Main	224
7. Walther Apelt, Babelsberg (Nowawes) Der Außenseiter.....	230
8. Dr. Gyula Grosz, Magdeburg „Papa Grosz“	239
9. Dr. Karl Gelbke, Leipzig „Der Arzt muß dorthin, wo der Mensch ist.“	246
10. Prof. Dr. Kurt Gröbe, Gera und Hamburg Ein Suchender in sechs politischen Systemen	252

VIII. Der ASB 1952: Eine bundesweit anerkannte und etablierte Organisation..... 258

IX. Resümee..... 275

X. Anhang..... 288

1. Anmerkungen	290
2. Abkürzungsverzeichnis.....	311
3. Abbildungsverzeichnis.....	312
4. Quellenverzeichnis	313
5. Literaturverzeichnis.....	316
Danksagung.....	322
Autoren	323



I. Einführung

Am 21. Februar 2019 präsentierte der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V. (ASB) im voll besetzten großen Vortragssaal der Topographie des Terrors in Berlin das Buch „Der Arbeiter-Samariter-Bund und der Nationalsozialismus. Vom Verbot bis zur Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg“.¹ Die Forschungsarbeit war den Spuren der Frauen und Männer, die bis 1933 im ASB organisiert waren, gefolgt. Die Autoren hatten untersucht, was aus den 52 000 Samaritern, den 1 200 approbierten ASB-Ärzten, den Masseuren, Pflegekräften, Kolonnen und den Erholungs- und Kindererholungsheimen nach der Auflösung des Arbeiter-Samariter-Bundes zum 1. September 1933 durch die Nationalsozialisten geworden war. Eindrucksvoll wurde deutlich, wie unterschiedlich Lebenswege von Samariterinnen und Samaritern nach 1933 verliefen. Einige der näher untersuchten Personen fanden nach 1945 den Weg zurück in die wiedergegründeten ASB-Kolonnen. Punktuell zeigten die Biografien, wie regional unterschiedlich der Wiedergründungsprozess in den Kolonnen ab Ende 1945 verlief. Ein Ausblick identifizierte Kontinuitäten und Brüche, die sich bei der Wiedergründung des ASB nach dem Ende der NS-Herrschaft ergaben. Doch etliche Fragen zur Nachkriegszeit mussten hier offenbleiben, konnten nur angedeutet werden. Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der seinerzeit in einem Einführungsvortrag das Buch vorstellte, betonte den erfolgten wichtigen ersten Schritt zur Aufarbeitung der Geschichte des ASB während des Nationalsozialismus. Die Untersuchung sei wegweisend. Der gelungene Aufschlag mache zugleich deutlich, wie groß der Forschungsbedarf für den Arbeiter-Samariter-Bund nach wie vor sei.

So exakt die Studie die Zusammensetzung der Mitgliedschaft des ASB in den Jahren bis 1933 beschrieb, so unzweifelhaft viel Forschungsbedarf blieb zur Nachkriegszeit.

Der Bundesvorstand der ASB beauftragte die Autoren im Herbst 2019 daher mit einem zweiten Forschungsprojekt unter dem Titel „Neubeginn und Wiedergründung des ASB-Bundesverbandes (1945–1952)“.

Für das Forschungsprojekt wurden mehrere Kernfragen identifiziert: Wer waren die Protagonisten der Wiedergründung des ASB in den Westzonen und was trieb sie an, den zerschlagenen Verband wiederaufzubauen? Welche Rolle spielte dabei jene bis 1933 im ASB so wichtige und zentrale Gruppe von Ärzten, die ab 1933 als Juden verfolgt wurden und überlebt hatten?² Fanden diese nach 1945 zurück zum ASB? Welchen Anteil am Neuaufbau des ASB hatten geflüchtete und vertriebene Samariter, die sich bereits vor 1933 oder auch erst nach 1945 im ASB engagierten? Und nicht zuletzt: Warum scheiterte die Wiedergründung des ASB in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR und was wurde aus ehemaligen Samaritern in der DDR?

Insbesondere der langjährige Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller hat in mehreren verdienstvollen Chroniken zur ASB-Geschichte wertvolle Informationen zusammengetragen und beschrieben, was in den Jahren 1945 bis 1952 geschah.³

Die vorliegende Studie beleuchtet ausgehend von diesem Wissen nun, warum der Wiedergründungsprozess derart verlief und wer die Männer und Frauen, die ihn gestalteten, eigentlich waren. Die handelnden Personen werden näher in den Blick genommen und ihre persönlichen Motivationen und Motive beleuchtet.

Die Betrachtung erfolgt überdies aus einer gesamtdeutschen Perspektive. Auch der weitere Verlauf der deutschen Geschichte war wenige Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für die Zeitgenossen noch ergebnisoffen, ein Fokus nur auf das Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen würde also dem Thema nicht gerecht.

Alle vier Besatzungsmächte, aber auch die von ihnen eingesetzten deutschen Verwaltungsbehörden standen vor der Herausforderung, die sich nach dem Ende jeder Diktatur ergibt: Wer darf am Neuaufbau in demokratischen Strukturen mitwirken, wer steht zur Verfügung, auf wessen Expertise ist man angewiesen, wie geht man mit Mitläufern, Verstrickten und Tätern einer Diktatur um? Das Forschungsprojekt widmet sich mithin einer erinnerungspolitisch sehr sensiblen Zeit nach dem Ende des Nationalsozialismus. In diesen Jahren stand insbesondere auch der Arbeiter-Samariter-Bund, der 1933 ein frühes Opfer der Nationalsozialisten geworden war, vor eben diesen Fragen: Wessen Kompetenz und Engagement stand zwölf Jahre nach der Auflösung noch zur Verfügung und wer kam neu in Betracht, um entstandene Lücken zu füllen?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen sichten wir zunächst die zentralen Bestände im Archiv des ASB-Bundesverbands in Köln. Basierend darauf folgten Recherchen in den Beständen des Bundesarchivs, von Staats- bzw. Landesarchiven sowie zahlreicher ausgewählter Kommunalarchive, um das gewonnene Wissen systematisch zu ergänzen und neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Es wurde eine Namensdatei angelegt, auf deren Basis wir den Spuren von zunächst gut 1 600 Samariterinnen und Samaritern, deren Beteiligung am Aufbau des ASB nach 1945 dokumentiert ist, folgten. Mithin kennen wir die Namen von rund 20 Prozent der Mitglieder der Jahre 1945 bis 1952 auf Basis von Mitgliederlisten im ASB-Archiv.

Hinzu kamen mehr als 800 Personen, deren Einsatz für den ASB bis 1933 auf dem späteren Gebiet der DDR belegt ist. Immerhin 125 Personen konnten wir identifizieren, die bis 1933 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße lebten. Basierend auf dieser Personaldatengrundlage führten wir Recherchen zur Rekonstruktion von Lebenswegen in historischen Adress- und Telefonbüchern sowie in Standesamtsunterlagen und anderen

seriellen Quellen, wie zum Beispiel den Karteien der NSDAP und ihrer Gliederungen, Häftlingskarteien von Konzentrations- und Internierungslagern, Lastenausgleichs-, Wiedergutmachungs- und Entnazifizierungsakten durch. So konnten wir für unsere Fragestellungen relevante Akteure identifizieren, zu denen es hinreichende Informationen in den Archiven gibt, und einen optimalen Zugang zu biografischen Informationen über ihr Handeln zwischen 1945 und 1952, aber auch ihre Vergangenheit vor und nach 1933 erhalten. Auf diese Weise entfaltet sich eine spezifische Milieustudie zum ASB in den Nachkriegsjahren. Die Auswahl der exemplarischen Orts- und Personenbiografien spiegelt den Stand der Forschung und die Themenbereiche wider: Alte und neue Samariter, Flüchtlinge und auch Menschen in der SBZ/DDR werden vorgestellt. Die Ortsbiografien beschreiben nicht nur den Werdegang einer Kolonne, sondern auch, wer die Akteure vor Ort waren. Es handelt sich sowohl um frühe, als auch um späte Wiedergründungen, die auf dem gesamten (späteren) Bundesgebiet mal mehr, mal weniger reibungslos erfolgten. Die Auswahl der Orte folgte nicht regionalem Proporz, sondern dem Ansatz der exemplarischen Darstellung relevanter Phänomene.

Durch die wissenschaftliche Vernetzung mit anderen Forschungsprojekten in benachbarten Themenfeldern und den engen Kontakt zu Fachkollegen in Forschungseinrichtungen, Gedenkstätten und Dokumentationszentren konnten wir gleichzeitig bei zahlreichen offenen Detailfragen den aktuellsten Stand der Forschung abbilden. Das Forschungsprojekt wurde ohne inhaltliche Einflussnahme seitens des ASB, ergebnisoffen und auf der Höhe der Forschung durchgeführt.

II. Rückblende:

Der ASB im Jahr 1933

An

die Landesregierungen (für Preuss
des Inner

Betreff: Überführung des Arbeiter-San
in das Deutsche Rote Kreuz.

Anschluss an mein Schreiben vom 5.
- II A 1107/3.7. -

V 86 64hs Für die Überfü
in das Kolonnenwesen

besonderer Beauftra

Hocheisen, Chef des

mit mir die nachfol

2 Anl. Durchschl.

ssen :Ministerium
(rn).

1. *Im Regendruck*

ariter-Bundes

2. *Zorn*
Ming

Juli 1933

hrung des Arbeiter-Samariter-Bunde
des Deutschen Roten Kreuzes hat
gter, Generaloberstabsarzt a.D. Dr
Sanitätswesens der S.A. im Einver
genden Richtlinien erlassen:
Arbeiter-Samariter-Bundes in

Aus bescheidenen Anfängen seit 1888 entwickelte sich der Arbeiter-Samariter-Bund nach dem Ersten Weltkrieg zu einer großen Selbsthilfeorganisation der Arbeiterbewegung und hatte Anfang 1933 über 52 000 Mitglieder, davon etwa 8 800 Frauen und 1 200 Ärzte. Zu diesem Erfolg trug bei, dass sich der ASB mit seinen rund 1 300 Kolonnen neben den Erste-Hilfe-Diensten zunehmend in der Haus- und Hauskrankenpflege, Kinderhilfe sowie in der Ehe- und Sexualberatung engagierte und damit zu einer Wohlfahrtsorganisation heranwuchs.

Auf dem 5. Bundestag des ASB in Braunschweig im März 1921 hatten die Delegierten angesichts der heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten die Weichen für die Zukunft gestellt und den Bund positioniert: „Der A.S.B. ist eine durchaus unpolitische und neutrale, im Dienste der gesamten Menschheit stehende Samariter-Organisation“⁴. Der Bundesvorstand setzte überdies folgende Resolution durch: „Kolonnen, die sich auf eine bestimmte Parteirichtung festlegen, scheiden aus dem Bunde aus.“⁵ Dabei blieb der ASB ein fester Bestandteil der Arbeiterbewegung und wurde trotz der Neutralitätsmaxime politisch stets in der Nähe der Sozialdemokraten verortet. Diese Wahrnehmung wurde 1933 zum Problem. Der Ausschluss von KPD-Mitgliedern und kommunistisch dominierten Kolonnen in den 1920er Jahren spielte später noch einmal eine Rolle in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR.

Von den am 31. Dezember 1932 registrierten aktiven 52 362 Mitgliedern des ASB lassen sich für die allermeisten biografische Daten oder gar qualitative Erkenntnisse über ihr Leben nicht mehr rekonstruieren. Im Dezember 1932 kamen im ASB auf eine Samariterin fast fünf männliche Kollegen. Jedes vierte ASB-Mitglied wohnte in Sachsen, wo der ASB den höchsten Organisationsgrad erreicht hatte und auch seine Bundesgeschäftsstelle in Chemnitz unterhielt, seit 1928 im eigenen repräsentativen Bundeshaus.⁶

Der ASB stand schon in der Weimarer Republik unter dem Druck, seine Überparteilichkeit herauszustellen, um staatliche Anerkennung und damit finanzielle Unterstützung zu erhalten. Auch die Ablehnung der überwiegend konservativen Ärzteschaft galt es zu überwinden, um diese als Ausbilder für die Kolonnen zu gewinnen. Viele Kolonnen erhielten ärztliche Unterstützung von jüdischen Medizinern, die vielerorts eine Außenseiterrolle in der Ärzteschaft einnahmen und sich im ASB ehrenamtlich zum beiderseitigen Vorteil engagierten. Der ASB war bei Kundgebungen, Demonstrationen, Sportveranstaltungen und Festen präsent. Vor allem in den Jahren der zunehmenden politischen Konfrontationen zwischen der extremen Rechten und extremen Linken seit 1930 geriet der ASB durch seine Unterstützung der Aufmärsche der SPD, der freien Gewerkschaften sowie des SPD-nahen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Abwehrbündnisses gegen die Feinde der Demokratie „Eiserne Front“ in den Fokus der militanten rechtsextremen Kampfbünde Stahlhelm und SA.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Danach begann der Prozess der „Machtübernahme“ durch die NSDAP. Der Brand des Reichstages am 27. Februar 1933 bot den Anlass, durch eine Notverordnung („Reichstagsbrandverordnung“) grundlegende verfassungsrechtliche Normen außer Kraft zu setzen. Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 nahmen die Übergriffe von SA und Stahlhelm auf die sozialistischen Parteien und die Organisationen der Arbeiterbewegung zu. Über 50 000 Menschen wurden in „Schutzhäuser“ genommen, in Gefängnisse und Lager verbracht und dort brutal misshandelt.

Die SPD und die freien Gewerkschaften hielten sich an einen strikten Legalitätskurs, um den neuen Machthabern keinen Anlass für Übergriffe zu geben. Man glaubte, dass der „Spuk“ schon bald ein Ende haben würde. Bis dahin wollte man die Strukturen der Arbeiterbewegung erhalten und den Besitz sichern. Auch der ASB versuchte durch Ergebenheitserklärungen, seine weitere Existenz zu erhalten. Dabei unterschätzte man die Gewalt, den Terror und die nachhaltige Verfolgung aller politischen Gegner durch die NSDAP und die SA.

Die meisten Kolonnen, die Vorstände der Gliederungen in den verschiedenen Ländern und nicht zuletzt der Bundesvorstand rangen verzweifelt um ein Fortbestehen des ASB im NS-Staat. Man wollte die eigene mühevoll aufgebaute Organisation und gelebte Gemeinschaft auch unter anderen politischen Rahmenbedingungen weiterführen. Eine kollektive Verweigerung seiner grundsätzlich regimefernen Mitglieder, als ASB im nationalsozialistischen Staat einen Platz zu finden, ist weder zu belegen, noch hätte sie für die politisch Verantwortlichen eine Rolle gespielt. Andere Erwägungen wie die Vorzüge einer einheitlichen und staatlich gut zu kontrollierenden Sanitätsorganisation unter dem Signet des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und vor allem die Einstufung des ASB als „marxistische Organisation“ veranlassten die politisch Verantwortlichen letztlich dazu, den ASB aufzulösen. Mit der schrittweisen Gleichschaltung der Länder seit März 1933 wurde die „Machtübernahme“ im Reich durchgesetzt. Die Kontrolle über die Organisationen der Arbeiterbewegung ging dabei in die Befugnis von Reichsinnenminister Wilhelm Frick über. Frick favorisierte ein einheitliches Sanitätswesen unter dem Dach des DRK, der ASB sollte geregelt überführt werden.

In Preußen war der ASB zunächst unter die nationalsozialistische Leitung des Arztes Dr. Hans Dommel gestellt worden, der schon in den 1920er Jahren Samariterkurse geleitet hatte. Seine Bestrebungen, den ASB unter NS-Führung als selbständige Organisation zu erhalten, konnten sich nicht durchsetzen.

Der Auflösungsprozess vollzog sich zwischen März und September 1933. Mit den Reichstagswahlen am 5. März 1933 kam es zu ersten Übergriffen auf Kolonnen, am Ende des Monats erfolgten offizielle Verbote des ASB in Bayern und Braunschweig, es folgten im Mai die Länder Sachsen und Bremen. In Preußen wurden bereits seit dem Frühjahr 1933 ASB-Kolonnen an

ihrer Arbeit gehindert, ohne dass es eine rechtliche Grundlage dafür gab. Beschlagnahmungen führten dabei die SA, die SA in Zusammenwirken mit der Polizei oder die Polizei eigenständig durch. Das Material ging anschließend ebenfalls an die SA, seltener an die SS, in anderen Orten an die Sanitätskolonnen des DRK. Zum 1. September 1933 wurde schließlich der ASB reichsweit aufgelöst. Einzelne Samariterinnen und Samariter, manchmal auch ganze Kolonnen traten zum DRK über. Andere schlossen sich Sanitätskolonnen der SA, einzelne auch der SS an, viele gaben ihre organisierte Hilfstätigkeit auf.

Der ASB als Organisation wurde somit ein frühes Opfer der Nationalsozialisten. Für die Mitglieder muss die Bewertung differenzierter ausfallen: Als Juden, Sozialdemokraten oder Kommunisten wurden diese brutal verfolgt, ermordet, in die Flucht oder gar den Suizid getrieben. Allerdings muss betont werden, dass der primäre Verfolgungsgrund in diesen Fällen nicht die Mitgliedschaft im ASB war.

Abgesehen von den zahlreichen als Juden aus rassenideologischen Gründen verfolgten ASB-Kolonnenärzten, muss unterschieden werden zwischen Funktionsträgern und einfachen Samaritern. Für die Ärzte, die sich mit ihrer Mitgliedschaft im ASB sehr deutlich von den konservativ geprägten Ärzteverbänden abgrenzten, und die Mehrzahl der Kolonnenführer gilt, dass diese in der Regel nicht nur im ASB organisiert waren. Es handelte sich zumeist um exponierte Köpfe in der örtlichen Arbeiterbewegung, die auch in einer Partei und in weiteren entsprechenden Verbänden und Vereinen engagiert waren. Als „Marxisten“ verunglimpft und gebrandmarkt drohten ihnen Schutzhaft, Konzentrationslager und Terror. Mancher entzog sich durch Emigration, nicht wenige zerbrachen daran. Anderen gelang es, sich zu behaupten. Ein kleinerer Teil jedoch ergriff die Chance persönlich voranzukommen, und das auch mit intensiverer Anpassung, manches ehemalige ASB-Mitglied findet sich heute in den überlieferten Akten und Karteien von NSDAP, SA oder SS wieder.

Dem einfachen ASB-Mitglied – wie auch dem einfachen Mitglied der SPD – offerierte das NS-System durchaus Möglichkeiten sich einzuordnen in die „NS-Volksgemeinschaft“, ob man innerlich distanziert blieb oder nicht. Brutaler Druck und Verheißungen des Regimes agierten oftmals im Geflecht.

Die Mehrheit der ASB-Mitglieder hatte bis Frühjahr 1933 den Nationalsozialisten fraglos skeptisch oder ablehnend gegenübergestanden. Trotz der vielfach betonten politischen Neutralität bedeutete die Mitgliedschaft im ASB eine Positionierung im linken politischen Spektrum. Selbst jene, die vielleicht nur durch das Werben von Freunden oder Bekannten ohne eine politische Verortung zum ASB gekommen waren, hatten schon vor dem Januar 1933 ihre unangenehmen Erfahrungen machen müssen mit der vielfach von Gewalt begleiteten Aggression der örtlichen SA gegen die ASB-Kolonnen.

Gleichzeitig galt auch für die ehemaligen Samariterinnen und Samariter im NS-Staat: Widerstand im Alltag war schwierig. Wer sich nicht bis zu einem gewissen Maß anpasste, ging etwa bei der Vergabe von raren Arbeitsplätzen leer aus. Doch nicht nur eine wirtschaftliche Zwangslage konnte dazu führen, sich umzuorientieren. Wie viele Deutsche bis weit in die Reihen von ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten hinein waren auch ehemalige ASB-Mitglieder mindestens zeitweise fasziniert von den Erfolgen Adolf Hitlers, von den realen und den propagandistisch inszenierten. Die ideologische Verheißung der „Volksgemeinschaft“ verursachte einen Sog und die Neigung vieler zur Selbstgleichschaltung.⁷

Den Nationalsozialisten gelang binnen weniger Monate die Zerschlagung des ASB, in vielen Orten jedoch nicht die Zerstörung des Kontakts unter den Arbeitersamaritern. Die Bindungskräfte dieser Netzwerke sollten sich mancherorts zwölf Jahre später als tragfähig genug erweisen, um eine Wiedergründung von ASB-Kolonnen zu ermöglichen.

III. Der Neubeginn in den westlichen Besatzungszonen

zur Gänze
an die
franz.

Wiedergründung der 1933 durch das Naziregime aufgelösten und vertriebenen Arbeiter-Samariterkolonne

Der Unterzeichnete (früherer... des, Kreis Pfalz) bittet die... sung der früher bestandenen A... Nachstehend der Werdegang... re 1933: Da die Sanitätskolon... ch für Erste Hilfe im Kriege... stand, welche sich bei Unfälle... beitsstätten um die Verletzten... chaft 1888 die ersten Arb.Sam... ür die Erste Hilfe auf Arbeits... aren. Nach und nach wurden in... welche sich im Jahr... A.S.B.

Militärregierung

Neustadt a/H.

1946 waren innerhalb der Besatzungszonen Länder gebildet worden, die bis auf wenige Ausnahmen den heutigen Bundesländern entsprachen. In der britischen Besatzungszone waren dies Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Zum Land Niedersachsen wurden die ehemaligen Landesteile Braunschweig, Oldenburg, Lippe und die preußische Provinz Hannover zusammengeführt, zum Land Nordrhein-Westfalen die Provinzen Rheinlande und Westfalen. Bremen bildete eine Enklave der amerikanischen Besatzungsmacht wegen des Zugangs zur See. In der amerikanischen Besatzungszone wurde bereits 1945 das Land Bayern und etwas später das Land Groß-Hessen aus allen ehemaligen hessischen Landesteilen neu gegründet. Die nördlichen Teile Württembergs und Baden wurden zum Land Württemberg-Baden vereint. Die südlichen Teile, die in der französischen Besatzungszone lagen, bildeten ab 1946 die Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern. Die Landesteile wurden erst 1952 zum Bundesland Baden-Württemberg vereint. Außerdem wurden in der französischen Besatzungszone die Länder Rheinland-Pfalz und das Saarland ohne Rücksicht auf historische Grenzen gegründet. Entscheidungen auf politischer Ebene, auch im Rahmen der Entnazifizierung, wurden in der Folge durch neue, teils provisorische Behörden und Gremien, in letzter Instanz jedoch von den Besatzungsmächten getroffen.



1. Die Westzonen und die junge Bundesrepublik: Wohnen, Arbeiten, Leben

Existenzielle Probleme des Überlebens bestimmten über Jahre das Alltagsleben der Menschen, insbesondere in den Städten. „Der Kampf um Lebensmittel und Brennstoff, um Wohnraum und Kleidung, war dabei begleitet von der Trauer um den Verlust von Angehörigen und der Sorge um Vermisste, Verwundete und Kriegsgefangene.“⁸ Die deutsche Gesellschaft befand sich nach dem Krieg in einer von Mangel beherrschten Lage: Wohnungsmangel, Nahrungsmittelmangel, Materialmangel, Geldmangel, Arbeitsmangel.

Auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen war im Schnitt ein Viertel des Wohnraums kriegsbedingt zerstört, in den Städten war der Anteil viel höher. Menschen mussten in Kellerräumen und Dachgeschossen, auf Ruinengrundstücken und in Behelfsunterkünften leben. Auf der Konferenz von Potsdam im Juli 1945 bestimmten die Siegermächte die vier großen „D“: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung, Demokratisierung sowie die Westverschiebung Polens, außerdem sollte der Norden Ostpreußens an die Sowjetunion übergehen. Dies bedeutete einen enormen Bevölkerungsaustausch. Mehr als neun Millionen Deutsche mussten in den Westen ziehen, hinzu kamen Sudetendeutsche und volksdeutsche Vertriebene aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Bis 1950 kamen so mehr als 14 Millionen Menschen in die vier Besatzungszonen und die beiden späteren deutschen Staaten. Mehr als 600 000 Menschen starben auf der Flucht bzw. während der Umsiedlung.⁹ Vor 1939 lebten 59 Millionen Menschen auf dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen, 1946 waren es 66 Millionen. Auch die Displaced Persons, Überlebende der Konzentrationslager und der Zwangsarbeit, die sich nach der Befreiung durch die Alliierten außerhalb der Grenzen ihrer Heimatländer befanden, mussten versorgt werden. Dies führte zu sozialen Problemen.

Betrug der durchschnittliche Kalorienverbrauch 1936 noch 3 100 kcal pro Person, belief er sich im Frühjahr 1945 auf 2 000 kcal und im Herbst 1945 auf nur etwas mehr als 1 000 kcal in den westlichen Besatzungszonen. Dies bedeutete eine Nahrungsaufnahme von ca. zwei Scheiben Brot, einer Milchsuppe und zwei kleinen Kartoffeln pro Tag.¹⁰

Der Arbeitsmarkt der Nachkriegszeit bot den vielen Menschen nicht ausreichend Möglichkeiten. Zwischen den Jahren 1948 und 1950 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 400 000 auf zwei Millionen an, 40 Prozent der Flüchtlinge und Vertriebenen waren ohne Arbeit. Erst mit Beginn der Koreakrise 1951 veränderte sich die Lage, die westdeutsche Exportwirtschaft kam auf Hochtouren.

Die Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Besatzungszone zur Bizone zu Beginn des Jahres 1947 war für die Amerikaner bereits der erste Schritt zu einem westdeutschen Staat. Die Entscheidung zu einem solchen wurde im Frühjahr 1948 auf einer Konferenz der Westmächte in London gefällt. Diese Empfehlung zur Bildung eines westdeutschen Staates wurde 1948 von den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder in den Besatzungszonen

diskutiert. Carlo Schmid (SPD, stellv. Ministerpräsident von Württemberg-Hohenzollern) schlug eine provisorische Lösung vor, Max Brauer (SPD, Bürgermeister von Hamburg) machte daraufhin den Vorschlag, sich auf ein Grundgesetz anstatt einer Verfassung zu einigen. Dieses Grundgesetz wurde vom dafür eingesetzten Parlamentarischen Rat erarbeitet. Konrad Adenauer (CDU), der in Bonn lebte, wurde Vorsitzender, Carlo Schmid Leiter des Hauptausschusses. Im April 1949 wurde das Grundgesetz vom Plenum des Rates mit großer Mehrheit angenommen. Ebenso wurde Bonn als Sitz des Bundestages gewählt. Bereits der Rat hatte in Bonn getagt, weil die Stadt weitgehend unzerstört war und ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten bot. Am 12. Mai 1949 genehmigten die westlichen Alliierten das Grundgesetz.

2. Die Anfänge 1945/46

Wie die gesamte Bevölkerung in Deutschland, mussten die ehemaligen Samariterinnen und Samariter die Schrecken des Krieges verarbeiten und gleichzeitig die eigene Existenz sichern. Die Wege der Arbeitersamariter im Nationalsozialismus unterschieden sich zum Teil grundlegend voneinander, da unter ihnen sowohl Personen waren, denen Unrecht während des NS-Regimes widerfahren war, als auch Menschen, die in einer oder mehrerer NS-Organisationen aktiv gewesen waren. Letztere mussten sich zum Teil dem Verfahren der Entnazifizierung in den unterschiedlichen Besatzungszonen unterziehen. Grundlegend für die Entnazifizierungsverfahren war die Überzeugung der Besatzungsmächte, dass der Nationalsozialismus ein Massenphänomen war und daher alle Nationalsozialisten aus der Gesellschaft herausgefiltert und bestraft werden müssten. In der amerikanischen Besatzungszone mussten alle erwachsenen Deutschen aufgrund des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 einen Fragebogen ausfüllen, in der britischen und französischen Besatzungszone vor allem Staatsangestellte und Angestellte in staatstragenden Unternehmen. Sie mussten Fragen zu Mitgliedschaften und Funktionen in NS-Organisationen, ihren Arbeitsverhältnissen, ihrem Einsatz im Krieg und in privater Hinsicht beantworten. Anhand dieser Angaben erfolgten sowohl Entlassungen aus Angestelltenverhältnissen als auch Bestrafungen. Diese kamen aufgrund der Einstufung in die Gruppen eins bis fünf, Hauptbeschuldigte, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete, zustande. In der französischen Besatzungszone wurde nur gegen wenige Nationalsozialisten vorgegangen, viele konnten ihre Tätigkeit sogar weiter ausüben, wenn die französischen Besatzer es als notwendig erachteten.

Diejenigen, die während des Nationalsozialismus in den Widerstand gingen, der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ausgesetzt oder emigriert waren und nach dem Krieg die Kraft dazu hatten, setzten sich mit der Bürokratie der Entschädigung und Wiedergutmachung auseinander. Auch ehemalige Arbeitersamariter stellten sogenannte Wiedergutmachungsanträge sowie Anträge zur Anerkennung als Opfer des Faschismus. In den westlichen Besatzungszonen wurde zunächst durch Gesetzte der alliierten Militärregierung die „Rückerstattung des unter NS-Herrschaft geraubten wieder auffindbaren Vermögens“ geregelt.¹¹ Erst im September 1953 wurde mit dem „Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“ ein Gesetz für die gesamte Bundesrepublik verkündet. Der Begriff der Wiedergutmachung entstand bereits während des Kriegs unter jüdischen Emigranten. Er war verknüpft mit der Vorstellung, dass den Opfern „Recht und Gerechtigkeit widerfahren“ müsse.¹² Gleichzeitig wird er als Sammelbegriff für die Entschädigung der erlittenen körperlichen Leiden und der Rückerstattung von geraubten Vermögenswerten verstanden. In der Kritik stand und steht der Begriff, weil trotz aller Bemühungen das erfahrene Leid nicht wieder gut zu machen war und ist.

In dieser Situation musste das eigene Überleben und Fortkommen im Fokus stehen. Und doch gab es im Nachkriegsdeutschland Menschen, die sich auch für das Wohlergehen anderer einsetzten. Zu ihnen zählen auch diejenigen Samariter, die sofort wieder Kontakt zu ihren Mitstreitern aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus aufnahmen. Manches deutet darauf hin, dass es vor allem diejenigen waren, die nach 1933 nicht ins DRK übergetreten waren; die darauf gewartet hatten, dass der „Spuk“ des Nationalsozialismus vorbei gehen möge. Der erste Bundesvorstand in Hannover betonte diese Haltung in vielen seiner Schreiben.

„[W]ir sind stark geblieben, niemals konnte für uns in Frage kommen Mitglied des R. K. zu werden. [...] [N]iemals können wir das vergessen und kämpfen heute um eine Wiedergutmachung und Rückerstattung unseres damals gestohlenen Eigentums.“¹³

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die meisten Akteure der allerersten Stunde nach dem Zweiten Weltkrieg Samariter waren, die schon bis 1933 vor Ort aktiv waren.

Wie auch in der SPD wurde durch die Samariter an die Weimarer Traditionen angeknüpft, wurde auf bekannten Überzeugungen, Aufgaben und Regeln aufgebaut. Die nationalsozialistische Verfolgung und der Krieg hatten die Generation der nachrückenden jüngeren Führungsgeneration getroffen, sodass es vor allem die 45- bis 75jährigen waren, die den ASB wiederaufbauten.

„Als überlebensfähig erwies sich hingegen das sozialdemokratische ‚Milieu‘ in Formen des Zusammenhalts, die weit unterhalb der Ebene konspirativer Aktion und illegaler Organisation anzusiedeln sind: auf freundschaftliche, verwandtschaftliche, nachbarschaftliche, kollegiale Beziehungen, in der Pflege des Zusammenhalts innerhalb von gleichgeschalteten ehemaligen Arbeitervereinen, in Siedlungen, Läden, an Stammtischen und auf betrieblicher Ebene – Formen von Kommunikation und Zusammenhalt, die vor allem auf die bloße Bewahrung des sozialdemokratischen ‚Stallgeruchs‘ abzielten.“¹⁴

Das Selbstverständnis der Arbeiterschaft als eigene soziale Klasse prägte die Wahrnehmung der Wiedergründer des ASB. Es findet sich auch in den Bestrebungen der Gewerkschaften. Die ersten Aktiven nach dem Krieg sind die ehemaligen Samariterinnen und Samariter, die in der Weimarer Republik sozialisiert wurden. Ihnen schlossen sich u. a. junge Menschen an, deren Eltern schon im ASB gewesen waren oder sich als Arbeiter verstanden. Diese Selbsteinschätzung als Arbeiterorganisation geht aus den Richtlinien von 1951 hervor. In denen heißt es unter „Aufgaben der Kolonnen“, § 100 Abschnitt e:

„Des weiteren ist darauf zu achten, dass die zum Schutze des Lebens und der Gesundheit erlassenen Arbeiterschutzbestimmungen restlos durchgeführt und eingehalten werden sowie auf Beseitigung Leben und Gesundheit gefährdender Missstände zu dringen“.

Kurt Scherf, erster Jugendleiter ab 1952, schrieb in seinem ersten Rundbrief, dass er dem Bundesverband den Leitspruch *„Mit der Arbeit, für die Arbeit, gegen die Not“* für die Jugendorganisation vorgeschlagen hatte. Die gruppenspezifischen Lebensbedingungen der Arbeiter wie geringe finanzielle Mittel, harte körperliche Arbeit und das daraus resultierende Selbstbild, als Arbeiter in einer unveränderlichen Lage und bereits im Betrieb fremdbestimmt zu sein, hielten über das erste Nachkriegsjahrzehnt hinaus an. Im ASB bestand im Gegensatz dazu die Möglichkeit, selbstbestimmt im Sinne der Arbeiterschaft, also auch im eigenen Sinne, zu agieren.

Ein weiteres wichtiges Motiv zur Wiedergründung war sicher der familiäre Charakter vieler Kolonnen. Er hatte sowohl unter den Bedingungen des „Unterschlüpfens“ im DRK als auch des sich Zurückziehens während der Zeit des Nationalsozialismus überdauert. Häufig sind diese Familien die Keimzellen der wiederentstehenden Kolonnen. Außerdem erhofften sich viele ehemalige Samariter durch die Wiedergründung einen Wiedergutmachungsanspruch auf das im Nationalsozialismus enteignete Kolonnenvermögen.

3. Auf dem Weg: Neue Kolonnen, neue Strukturen und zwei Bundesvorstände

In den drei westlichen Besetzungszonen nach dem Zweiten Weltkrieg vereinten sich lokal einzelne Samariterinnen und Samariter – der „Samaritergeist“ hatte die zwölf Jahre des Nationalsozialismus überstanden. In Kontakt zu anderen Gruppen in anderen Landesteilen standen sie damals aber noch nicht. Dafür fehlten die Kapazitäten, zu wichtig und zeitintensiv war es, in den politischen und wirtschaftlichen Wirren das eigene Dasein zu sichern. So ging der Bundesvorstand in Hannover noch im Mai 1948 davon aus, dass neben Hannover nur die Kolonne Hildesheim existierte. Dabei hatte sich wie in Hannover im Mai 1946 in Frankenthal/Pfalz in der französischen Besetzungszone ein weiterer Bundesvorstand gegründet. Unter anderem in Berlin, Ulm, Braunschweig und Kaiserslautern hatten sich weitere Samariterinnen und Samariter, teils unter anderen Bezeichnungen, zusammengeschlossen und mit der ehrenamtlichen Arbeit begonnen. Sie agierten lokal.

Es waren die Samariter in Hannover, die sich damit schnell nicht mehr zufriedengaben und den ASB zu alter Größe zurückführen wollten. Die Aufteilung Deutschlands in verschiedene Besetzungszonen erschwerte zunächst zusätzlich die Kommunikation, bis sich zunächst 1947 die amerikanische und britische Zone zur „Bizone“ zusammenschlossen, der sich 1948 die französische Zone anschloss. Dieser Schritt vereinfachte den Waren- und damit auch den Post- sowie den Personenverkehr.

Nahezu zeitgleich beantragten in Nord- und Süddeutschland zwei Samariter unabhängig voneinander die Zulassung des Arbeiter-Samariter-Bundes bei den britischen und französischen Besatzungsbehörden. Das DRK war zu Beginn des Jahres 1946 in der französischen Besetzungszone verboten worden. Es entstand eine Lücke im Sanitätswesen, die der ASB füllen wollte. Im pfälzischen Frankenthal wandte sich am 22. Mai 1946 Jakob Schickendantz (1892–1955) mit einem Schreiben nach Neustadt an der Haardt, heute Neustadt an der Weinstraße:

„Nachdem heute die Sanitätskolonnen verboten sind und keine derartige Organisation besteht, bitte ich die Militärregierung die Gründung der ehemaligen Arb.Sam.Kolo. zu gestatten und uns die Geräte und Materialien der verbotenen Sanitätskolonnen zu überlassen, damit wir unsere frühere Tätigkeit sofort wieder aufnehmen können und in der Lage sind bei evtl. vorkommenden Unglücksfällen allen Anforderungen gerecht zu werden.“¹⁵

Aus dem Schreiben geht hervor, dass das Verhältnis zur französischen Besatzungsmacht nach dem Ersten Weltkrieg bereits ein gutes gewesen war. Dieser Umstand könnte hilfreich gewesen sein für den Neustart in der Pfalz. Am 12. Juli 1946 erfolgte die Genehmigung durch die französische Militärregierung. Aus der Kolonne Frankenthal heraus konstituierte sich im November 1946 eine Bundesleitung unter dem Vorsitz von Jakob Schickendantz. Bis 1949 hatten sich acht Kolonnen gegründet, von denen zwei keinen Bestand hatten.¹⁶

Jakob Schickendantz
Frankenthal
Wormserstrasse 108

Frankenthal, den 22. Mai 1946

An die

Regierung Hessen-Pfalz
zur gefälligen Befürwortung u. Weiterleitung
an die
franz. Militärregierung

Neustadt a.H.

Betr.: Wiedergründung der 1933 durch
das Naziregime aufgelösten und ver-
botenen Arbeiter-Samariterkolonnen.

Der Unterzeichnete (frühere Vorsitzende des Arbeiter Samariter Bundes, Kreis Pfalz) bittet die franz. Militärregierung um Wiederzulassung der früher bestandenen Arbeiter-Samariterkolonnen.

Nachstehend der Werdegang des Arbeiter-Samariterbundes bis zum Jahre 1933: Da die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz früher ausschliesslich für Erste Hilfe im Kriege bestimmt waren und keine Organisation bestand, welche sich bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen auf Arbeitsstätten um die Verletzten kümmerte, wurden von der Arbeiterschaft 1888 die ersten Arb.Sam.Kol. gegründet, die ausschliesslich für die Erste Hilfe auf Arbeitsstellen und im zivilen Leben bestimmt waren. Nach und nach wurden in allen grösseren Städten weitere Kolonnen gegründet, welche sich im Jahre 1909 zu dem Arbeiter Samariterbund zusammen schlossen. Der A.S.B. war somit die einzige Organisation für Erste Hilfe im zivilen Leben in Deutschland. Daraufhin nahmen später die Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz neben ihrer rein Militärischen Tätigkeit auch die Tätigkeit im zivilen Leben auf, duldeten jedoch in ihren Reihen keine demokratisch gesinnten und gegen den Militarismus eingestellten Mitgliedern. Dadurch zählte der A.S.B. im Jahre 1930 über 1400 Kolonnen mit zusammen über 50 000 Mitglieder. 1933 bestanden allein im Kreis Pfalz 28 Kolonnen mit 19 Krankenautos, die dem grössten Teil der Krankentransporte ausführten. Auch bei grösseren Unglücken, wie z.B. das Oppauer Explosionsunglück 1921 haben die Arbeiter Samariter hervorragendes geleistet. Die Zusammenarbeit der Arbeiter-Samariter mit den franz. Besatzungsbehörden nach dem ersten Weltkrieg war sehr gut und in den ersten Jahren hatten nur die Arb. Sam.Kol. die Genehmigung der Besatzungsbehörden Krankentransporte und ihre sonstige Tätigkeit auszuführen. Trotzdem der Arb.Samr.Bund im Dienste völlig neutral und jedermann, gleich welcher Parteipolitischen Richtung er angehören mochte, seine segensreiche Tätigkeit zuteil werden liess, wurde er im April 1933 unter Druck der militärischen Kreise der Sanitätskolonnen durch das Naziregim verboten, das gesamte Vermögen beschlagnahmt und teilweise den Sanitätskolonnen, vom Roten Kreuz sowie der Sanitätsformation in der S.A. übereignet. Nachdem heute die Sanitätskolonnen verboten sind und keine derartige Organisation besteht, bitte ich die Militärregierung die Gründung der ehemaligen Arb.Sam.Koloi. zu gestatten und uns die Geräte und Material der verbotenen Sanitätskolonnen zu überlassen, damit wir unsere frühere Tätigkeit sofort wieder aufnehmen können und in der Lage sind bei evtl. vorkommenden Unglücksfällen allen Anforderungen gerecht zu werden. Als Statuten übernehmen wir die alten Satzungen des früheren A.S.B. dessen Wortlaut in keiner Weise den Willen und den Anordnungen der Besatzungsbehörden widersprechen dürfte und als Anlage diesem Schreiben beigelegt ist. Ebenso sind die Fragebogen von hier und der übrigen provisorischen Vorstandschaft beigelegt. Mit dem Versprechen unsere ganze Kraft zum Wohle unserer leidenden Mitmenschen einzusetzen, bitten wir um baldigen wohlwollenden Bescheid und sehen Ihrer diesbezüglichen Antwort dankbar entgegen.

Mit aller Hochachtung!

Jakob Schickendantz

Schreiben von Jakob Schickendantz an die Regierung Hessen-Pfalz vom 22. Mai 1946, mit der er die Zulassung des ASB beantragte.

Jakob Schickendantz hatte bis 1933 diverse Posten im ASB inne: Er war Vorsitzender der 1911 gegründeten Kolonne Frankenthal, Leiter des ersten Bezirks im 10. Kreis Pfalz, Techniker und später Leiter dieses Kreises. Seit 1915 war er verheiratet mit der Fabrikarbeiterin Anna Maria Herder und bekam mit ihr sechs Kinder. In den Ersten Weltkrieg wurde er 1917 eingezogen, überlebte in Ersatz-Bataillonen. Als Hilfsdreher und Fuhrmann sicherte er der Familie ein einfaches Auskommen. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Zuhause der Familie in der

Sternegasse 3 durch Bomben stark beschädigt. Erst 1948 konnten sie dorthin zurückziehen. Sohn Willi trat in Vaters Fußstapfen. Er erlernte das Dreherhandwerk und wirkte am Aufbau der Kolonne Frankenthal mit. Den Vorsitz der Kolonne übte Jakob Schickendantz neben seinen Bemühungen, andere Kolonnen in der Region wiederzugründen, aus. Als er im Januar 1954 drei Schlaganfälle erlitt und ein Jahr später starb, hatte er eine kleine, stabile Kolonne und einen funktionierenden Landesverband aufgebaut.

In Hannover beantragte Fritz Körner (1905–1946) am 24. Mai 1946 die Zulassung beim Oberstadtdirektor Bradtke und der britischen Militärregierung. Als Begründung führte er an:

„Wir [...] wollen auch jetzt bei der Veredelung unseres Volkes nicht abseits stehen, sondern wollen helfen an der Gesundung unseres deutschen Volkes, aus der Verelendung zu befreien, dass uns das Hitlerreich hinterlassen hat. [...] Der ASB war immer ein Gegner des Krieges sowie des Rüstungswahns und stand auf dem Boden der modernen Demokratie. Wir wollen mithelfen an den [sic!] Aufbau Deutschlands und bitten nochmals uns im Interesse der guten Sache uns zum Wohle der Stadt zu helfen, bei der Militär-Regierung für unsere Zulassung einzutreten.“¹⁷

Einer Anordnung der örtlichen Militärregierung vom 29. Mai 1946 leistete Körner im Juni Folge, wonach nun alle unpolitischen Vereine gehalten waren, genau vorgeschriebene Registrierungsanträge zu stellen. Anzugeben waren Name des Vereins, das Gründungsdatum, Anschrift, Ziele und die Namen der Vorstandsmitglieder.

Nach der Genehmigung konstituierte sich zunächst die Kolonne in Hannover. Als hier die Grundlagen geschaffen waren, wählte am 19. Januar 1947 die Jahreshauptversammlung der Kolonne einen Bundesvorstand aus den Samaritern Waldemar Olsen als Vorsitzenden, Karl-Heinz Wannert als Techniker und Materialverwalter, Willy Göpel als Kassierer, Wilhelm Dickhut als Beisitzer und Kurt Hilmer als Schriftführer, denn es war „nicht die Kolonne, sondern der Bund genehmigt“ worden.¹⁸ Als Kurt Hilmer seine Funktion als Schriftführer aufgrund von beruflicher Überlastung niederlegen musste, übernahm ab Mai 1949 der kaufmännische Angestellte Alfred Thies, Schriftführer der Kolonne bis 1933 und Teilnehmer der Gründungsversammlungen 1946, das Amt. Im Juni 1949 kam noch Fritz Seitz dazu und vervollständigte den Bundesvorstand als Bundestechniker. Das älteste Vorstandsmitglied war mit 69 Jahren

1
Ref. Registration of a non-political club/society pursuant to the
instruction No. 722/POL/1537/140 of Mil Gov 29-5-1946

Ausschnitt aus einem Formular der britischen Militärregierung zur Registrierung von Vereinen, 1946.

Wilhelm Dickhut. Das jüngste Vorstandsmitglied, Karl-Heinz Wannert, war dreißig Jahre alt. Er hatte sich nicht schon vor 1933 im ASB engagiert. Wannert, der aus Hannover stammte, war schon in den 1940er Jahren ein Nachbar von Ludwig Geruschkat, einem alten Samariter, der von 1947 bis 1949 den Vorsitz der Kolonne inne hatte. Ende der 1940er Jahre wohnten Alfred Thies, Karl-Heinz Wannert und Waldemar Olsen nah beieinander in der Alfred-Wilms-Straße. Wie sie lebten auch alle anderen Mitglieder des Vorstandes im Arbeiterstadtteil Linden. Sie waren fast alle gelernte Handwerker, doch arbeitete die Hälfte als Angestellte.

Frauen gehörten erst ab Mai 1949 dem Bundesvorstand an. Dies waren Ingeborg, kurz Inge, Hilmer, geboren 1931 und Tochter des vorherigen Schriftführers Kurt Hilmer, als Bundesjugendleiterin und Aenne Andreas aus Hildesheim (1898–1977) als Bundesfrauenbeauftragte ab 1952. Aenne Andreas war in Hildesheim von 1948 bis 1952 die einzige weibliche Vorsitzende einer Kolonne.

Von Beginn an war der Briefwechsel mit einzelnen Samaritern und Kolonnen ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Bundesvorstandes. In der Sitzung am 20. Juli 1949 wurde beschlossen, dass in der Geschäftsstelle ein Telefon angeschlossen werden soll, sodass mit denjenigen Kontaktpersonen, die ebenfalls über einen Telefonanschluss verfügten, Dinge innerhalb kurzer Zeit geregelt werden konnten. Noch 1963 verfügten nur ca. vierzehn Prozent der westdeutschen Haushalte über einen Telefonanschluss.¹⁹

Der telefonische, schnelle Kontakt wurde noch wichtiger, als der Bund im Sommer 1949 einen Aufruf in Gewerkschaftszeitungen der westlichen Besatzungszonen veröffentlichen ließ. Die Wohnung von Waldemar Olsen als Geschäftsstelle muss in Briefpost versunken sein, denn die Mitgliederzahl stieg von 817 im Jahr 1948 auf 3 420 im Jahr 1949 an. Aus dem gesamten Bundesgebiet meldeten sich dutzende ehemalige Samariterinnen und Samariter. Sie konnten teilweise von schon vollzogenen Neugründungen berichten oder ließen sich durch die Existenz eines Bundesvorstandes dazu motivieren, wieder aktiv zu werden. Aufgrund der vielen Rückmeldungen verschickte der Bundesvorstand am 1. August 1949 sein erstes Rundschreiben „an alle ehemaligen Arbeiter-Samariter der drei westlichen Besatzungszonen und den bereits bestehenden Kolonnen“. Es war trotzdem notwendig, dass sich der Vorstand ab September 1949 einmal wöchentlich für drei Stunden traf, um die Korrespondenz zu erledigen.

Im Mitteilungsblatt der Gewerkschaften Hessen-Pfalz vom September las Jakob Schickendantz den Aufruf des Bundes in Hannover und schrieb daraufhin am 10. September 1949 das erste Mal dorthin. Er schlug ein Treffen in Frankfurt zur Vereinigung vor.²⁰ Am 15. Januar 1950 trafen sich Vertreter beider Bünde in Eschborn bei Frankfurt. Aus Frankenthal reisten Jakob Schickendantz und Fritz Lösch an. Der Schreiner Fritz Lösch war in den 1920er und 1930er Jahren Kolonnen- und Bezirksvorsitzender in Worms gewesen. Als Funktionär der SPD, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und des ASB war er im Spätsommer 1933 kurzzeitig Häftling des KZ Osthofen in Rheinhessen. Später fand er Arbeit in einer Baufirma. Aus Hannover nahmen Waldemar Olsen und Alfred Thies an dem Treffen teil. Auch andere (ehemalige) Samariter, unter ihnen Paul Kirchhof aus Frankfurt-Höchst, stießen dazu. Die Kolonne in Eschborn trat bei diesem Anlass wieder zum ASB über, seit 1933 waren sie eine Kolonne des DRK gewesen. Die Beteiligten kannten sich nicht – Olsen und Thies teilten dem Samariter August Weber in Frankfurt-Höchst Erkennungsmerkmale mit. Ihm hatten sie die Auswahl eines Tagungsorts überlassen.²¹ Die Hannoveraner vertraten den Standpunkt, dass die Bundesleitung in Hannover fortbestehen müsste, weil Hannover eine Großstadt und die bisherige Aufbauarbeit zu beachten sei. Außerdem hätten sie „Beziehungen zu maßgebenden Leuten“²² und das Verständnis für die Sache sei im Norden größer als im Süden Deutschlands. Der süddeutsche Bund trat mit seinen sechs Kolonnen dem Bundesverband in Hannover bei. Aus dem ASB, Sitz Frankenthal, wurde die Landesorganisation (LO) Rheinland-Pfalz. 1952 erklärte der Bundesvorstand vor dem Bundestag: „So freudig wie auch der Zusammenschluss beider Bünde war, so schwerwiegend war die Zusammenarbeit Ende des Jahres 1950–51 bis zum heutigen Tage, mit der heutigen L. O. Rheinland-Pfalz früher Bund Rheinland-Pfalz.“²³ Offenbar herrschten dort Miswirtschaft und Missverständnisse. Kolonnen der Landesorganisation besaßen Krankenwagen, die noch abbezahlt werden mussten, und hatten daher einen großen Schuldenberg zu bewältigen. Jakob Schickendantz wurde kurzzeitig als Vorsitzender der Landesorganisation abgewählt, jedoch schnell zurück ins Amt geholt. Über ein Jahr zogen sich die Auseinandersetzungen hin, die den Bundesvorstand viel Zeit und (Reise-) Geld kosteten. Das Bundesstatut untersagte es noch 1952, dass Krankenwagen angeschafft wurden.²⁴ Wie seit 1923 im ASB üblich, war nur der Bundesverband ein eingetragener Verein, die sich neu gründenden Kolonnen und die Landesorganisationen wurden angeschlossene Gliederungen, sodass der Bund für die Kolonnen haftete.

Im Rahmen des Zusammenschlusses in Eschborn überreichte Jakob Schickendantz den Hannoveranern einen Kalender aus den 1930er Jahren mit Namen und Adressen ehemaliger Funktionäre. Der Bundesvorstand in Hannover kontaktierte die Personen daraufhin und bekam wiederum viele Rückmeldungen.²⁵ Da half es, dass sich die Rundschreiben seit August 1949 schon etabliert hatten und auch an diese Personen verschickt werden konnten. Die

Themen waren die Höhe der Beiträge, Materialeinkäufe, die Ausgestaltung von Dokumenten (Aufnahmescheine, Mitglieds- und Beitragsmarken), Abzeichen, eine einheitliche Kleidung, Versicherungen, Konten, ein erster Bundestag, Werbemittel und die Wiedergutmachung. Aus den Rundschreiben der ersten Jahre gehen auch Unstimmigkeiten zwischen den Kolonnen und dem Bundesvorstand hervor. Wiederholt klagt der Bundesvorstand, dass die Rundschreiben nicht, wie gefordert, von den Vorsitzenden an die anderen Vorstandsmitglieder und Samariter weitergegeben werden, obwohl alles wichtige und organisatorische dort verkündet würde.²⁶ Wiederholt wurde außerdem die Geschäftsführung einiger Kolonnen bemängelt: Es wurde sich nicht an Regeln in Hinblick auf Bestellungen und den Schriftwechsel gehalten.

Auch, dass die Kolonnen Anteile der Beitrittsfelder, Spenden und Mitgliedsbeiträge an den Bund abführen mussten, führte wiederholt zu langwierigen, schriftlichen Diskussionen, denn die finanzielle Situation des Bundesverbandes und der Kolonnen war prekär. So musste sich der Bundesverband Geld bei finanzstärkeren Kolonnen leihen und selbst Kolonnen Zahlungsaufschübe gewähren, damit diese unter der finanziellen Last des Wiederaufbaus nicht zerbrachen. Die meisten Kolonnen fingen in materieller Hinsicht wieder ganz von vorne an, da ihnen das Material von den Nationalsozialisten genommen worden war. Die Mitgliedsbeiträge mussten gering angesetzt werden, damit die aufopferungsbereiten Mitglieder gehalten werden konnten, die in der Regel nicht viel verdienten. So finanzierte sich der ASB zu einem erheblichen Anteil durch Firmen- und Privatspenden sowie öffentliche Haus- und Straßensammlungen. Von örtlichen Behörden erhielten die Kolonnen erst ab 1949 vereinzelt finanzielle Unterstützung, denn die öffentlichen Kassen waren leer. 1949 erhielt der Bundesverband vom Deutschen Gewerkschaftsbund eine Spende in Höhe von 1 000 DM, die Aufwind gab. Die Kolonnen wollten und sollten mit dem nötigsten Material ausgestattet, Rundschreiben gedruckt, Versicherungsbeiträge und Fahrten zu Aussprachen bezahlt werden.²⁷ Im November 1949 hoffte man, im Sommer 1950 den ersten Bundestag stattfinden zu lassen. Es dauerte noch bis 1952, denn das Geld war zu knapp. Auch die Kolonnen waren finanziell nicht in der Lage, Delegierte zu entsenden. In einem Rückblick 1952 erklärte der Bundesvorstand, dass der Bund Ende des Jahres 1950 „vor einer Pleite“ stand. Vor dem Bankrott gerettet wurden die Samariter durch finanzielle Unterstützung der Eltern Waldemar Olsens und einem Vorschuss der Stadtwerke Wuppertal, den späteren Käufern einer Obstfarm in Herchen an der Sieg.²⁸ Das Grundstück mit einem darauf befindlichen Heim und einer Obstplantage wurde im Jahr 1929 für 100 000 RM durch den Bund in Chemnitz erworben, um seinen Mitgliedern und Funktionären dort eine Unterkunft für Tagungen und Erholungsreisen anzubieten. Anders als erhofft rentierte sich der Kauf nicht, und 1933 war das Anwesen noch hoch belastet. Im Januar 1951 war das Objekt endgültig verkauft und das Geld auf dem Konto des Bundesvorstandes.

Es wurde dringend benötigt, um Schulden abzubezahlen, einen gewissen Materialstand auf Lager zu haben, um den Kolonnen einmal kostenfrei Briefpapier und Kassenbücher zur Verfügung zu stellen, um Kolonnen finanziell zu unterstützen und um eine Konferenz der Leiter der Landesorganisationen stattfinden zu lassen.

Diese tagten im Januar 1951 im hessischen Alsbach. Hier wurde der Bundesvorstand in seiner bisherigen Arbeit und bis zum ersten Bundestag nach Kriegsende bestätigt, über die Verwertung des Erlöses aus dem Verkauf des Heimes in Herchen diskutiert, über die Satzung beraten und die Frage, ob man ein Rechtsnachfolger des ehemaligen ASB sei, gestellt und bejaht.²⁹ Es wurde außerdem eine Kommission gewählt, die eine Denkschrift ausarbeitete. 1951 versandten der Bundesvorstand sowie die Landes- und Kolonnenvorstände diese Denkschrift an „alle Abgeordneten des Bundes und der Landtage sowie an alle Gemeindevertreter“ und die Landesregierungen mit der Bitte um „finanzielle und moralische Unterstützung der Behörden“.³⁰

Wie in der Denkschrift war die Geschichte des ASB bis 1933 im Bundesvorstand wie in den Kolonnen präsent. Als 1949 Theodor Kretzschmar in Chemnitz starb, gedachte der Bundesvorstand des ehemaligen Bundesvorsitzenden. Im Protokoll der Vorstandssitzung vom 20. März 1949 hieß es: „Wir werden seiner stets gedenken und uns bemühen, sein Werk, welches durch das Naziregime zerstört wurde, wieder so aufzubauen, wie es 1933 dastand.“³¹ Außerdem verlangte Waldemar Olsen, dass eine Bildersammlung aus dieser Zeit angelegt wird. In den Kolonnen wurde u. a. bei den Übungsabenden die Geschichte thematisiert. Vielerorts nannte man die Sanitätstaschen noch über Jahre „Chemnitztaschen“, angelehnt an die Zeit bis 1933, als die Sanitätstaschen in der Sattlerei im Bundeshaus in Chemnitz hergestellt wurden. Nicht geredet wurde jedoch über die Zeit des Verbots.

Angeschlossen wurde nicht nur an die Geschichte bis 1933, sondern auch an die Aufgabenfelder. Sparsam und nur mit dem nötigsten ausgestattet wurden Sanitätsdienste übernommen bei Kundgebungen, bspw. der SPD, Großveranstaltungen, wie den Feiern zum 1. Mai oder Volksfesten, und Sportveranstaltungen, sei es bei Fußball- oder Handballspielen, bei Leichtathletik-Wettkämpfen oder Radrennen. Auch bei Zeltlagern der Gewerkschaftsjugend, den Falken oder an Badestellen waren Samariterinnen und Samariter im Einsatz. Außerdem wurde Erste Hilfe bei Unfällen geleistet. Die Kolonnen organisierten zudem Ausbildungskurse, Betriebskurse, Kolonnenabende und Übungen, um neue Mitglieder zu gewinnen und das Wissen bei den ausgebildeten Samaritern aufrecht zu halten. Ausbildungskurse dauerten 26 Doppelstunden. Erste-Hilfe-Kurse über acht Doppelstunden, wie sie heute bekannt sind, gab es ab 1954. Um als Samariter Dienste übernehmen zu können, bedurfte es der längeren Ausbildung.

Die Samariter in Hamburg leisteten auch Dienste bei Großkundgebungen der KPD.³² Als sie dort auf Möglichkeiten einer Neugründung von Kolonnen angesprochen wurden, wandten

sich die Hamburger an den Bund, wie man verfahren solle. Die Antwort des Bundes lautete, dass sie vorläufig keine Verbindung zu KPD-Mitgliedern aufnehmen würden. Der Bundesvorstand begründete seine Entscheidung damit, dass der ASB „in der letzten Zeit schon von einer gewissen Seite als kommunistische Tarnorganisation bezeichnet worden“ sei. „[D]a es sich ausschließlich um K. P.-Leute handelt, müssen wir natürlich außerordentlich vorsichtig sein, um den Verdacht nicht zu verstärken.“³³

Bedacht war der Bundesvorstand auch auf eine saubere und soweit möglich einheitliche Schutzkleidung der Samariterinnen und Samariter, auch um einen Wiedererkennungswert zu schaffen. Bei Material- und Geldknappheit war dies zunächst ein schwieriges Unterfangen. Auf einen Vorschlag aus Hamburg hin führte man zunächst einheitliche Mützen ein, die über den Bundesverband bezogen werden konnten. Auch in Hinblick auf die Jacke war man auf Einheitlichkeit aus, denn: „Wollten wir allem zustimmen, würde der A.S.B. wieder so bunt werden wie vor 1933. Wir haben dieses farbenprächtige Bild seinerzeit in Nürnberg kennen gelernt.“³⁴ Männer sollten einen dunklen Anzug, eine weiße Mütze, eine Armbinde und ein Abzeichen tragen, Frauen einen weißen Kittel über dem Kleid und eine Haube. Die Hauben wurden teils von Frauen der Kolonne selbst genäht, teils über den Bund bezogen. Im Mai 1950 ließ der Bundesvorstand durch eine Hamburger Textilfirma Musterexemplare einer Jacke für Männer an die Kolonnen verschicken. Wer wollte, konnte für 9,50 DM eine erwerben. Den militärisch geprägten Begriff Uniform umging man, indem von Schutzkleidung gesprochen wurde.³⁵

Neue Wege ging der Bundesvorstand nicht nur in Hinblick auf die Kleidung, auch neue Formulare wurden entworfen und es gab keine Kreise, sondern Landesorganisationen in den Grenzen der Bundesländer.

Was die aufopferungsvolle Tätigkeit der Samariterinnen und Samariter für Familien bedeuten konnte, deutete das letzte Schreiben des Kolonnenvorstandes Hannover im Jahr 1950 an seine Mitglieder an. Bevor den Samariterinnen und Samaritern gedankt wurde, würdigte man die entbehrensreiche Unterstützung durch deren Angehörige:

„Wir möchten jedenfalls nicht verfehlen, in erster Linie allen unseren lieben Familienangehörigen für die Mühewaltung und Nachsicht zu danken, die sie für die Kolonnenarbeit entgegengebracht haben. Es ist uns bekannt, dass in mancher ehelichen Gemeinschaft böse Worte über den A.S.B. gesprochen worden sind. Diese Vorwürfe sind leider nicht immer ganz berechtigt. Liebe Angehörige, bitte denkt daran, dass jedem Mitmenschen, dem Eure Männer und Frauen Hilfe angedeihen lassen können, wiederum vor schweren gesundheitlichen Schaden bewahrt bleiben. An diesem oft unausgesprochenen Dank dieser Hilfsbedürftigen habt auch ihr moralischen Anteil.“³⁶

4. Gescheiterte Versuche

Nicht alle Kontakte im Anschluss an die Aufrufe in den Gewerkschaftszeitungen führten zu Wiedergründungen, wie die Beispiele Schwerte, Witten, Reinheim und Roßdorf zeigen. Ehemalige Samariter meldeten sich beim Bundesvorstand, es gründeten sich aber lange Zeit, teils bis heute, keine Kolonnen in den Orten. In Seesen am Harz reichte der ehemalige Vorsitzende der Kolonne die nötigen Unterlagen bei der Verwaltung ein und es kam zu einer Gründungsversammlung im März 1947, doch danach brach der Kontakt ab. Bis heute existiert der ASB in Seesen nicht wieder. Otto Emons, Solingen, erkundigte sich im Juli 1947 nach dem Stand der Dinge, er war nach seinem Dienst im ASB seit 1933 im Roten Kreuz aktiv. Eine Kolonne in Solingen gründete sich erst 1973 wieder. Auch in Konstanz gründete sich erst 1974 eine neue Kolonne, obgleich sich der ehemalige Vorsitzende Martin Hässler bereits seit 1946 um eine Wiedergründung bemühte. Die Kolonne hatte von 1930 bis 1933 bestanden. Aus seiner Aufstellung des Vorstandes und der Mitglieder bis 1933, die er nach dem Krieg anfertigte, geht hervor, dass nur noch 25 ehemalige Samariterinnen und Samariter in Konstanz waren; viele waren weg- bzw. unbekannt verzogen (8), teils in die Schweiz (2), oder verstorben (3). Martin Hässler schrieb ab März 1946 erfolglos an die französische Militärregierung, an das Landessekretariat der Sozialistischen Partei für Baden, an den örtlichen Sportverein, den ASB in der Schweiz, lokale Zeitungen mit der Bitte um Veröffentlichung eines Aufrufes und an einzelne ehemalige Samariter. Der Bundesvorstand stand mit Martin Hässler seit April 1949 in regem Briefaustausch, nachdem er vom ASB der Schweiz von Hässlers Bemühungen erfuhr. Martin Hässler wurde Einzelmitglied.³⁷

Ebenfalls zu keiner Neugründung kam es in Rendsburg in Schleswig-Holstein. Ein ehemaliger Samariter schrieb im Januar 1950 an den Vorsitzenden der Landesorganisation, dass er selbst zu viel mit Partei- und Gewerkschaftsarbeit beschäftigt sei, viele ältere Samariter von vor 1933 entweder schon verstorben waren oder keine Kraft für einen Neuaufbau und die jüngeren inzwischen Familie und damit Sorgen genug hatten. Es fehle vor allem am Unternehmungsgeist.³⁸

Schwierig gestaltete sich auch die Neugründung von Kolonnen im Raum Württemberg-Baden, denn der ehemalige Kreisleiter und Kreistechniker waren 1950 „führend im Landesverband des Roten Kreuzes“ tätig, wie ein mutloser ehemaliger Samariter aus Kirchheim-Teck 1950 berichtete.³⁹ Es wird deutlich, dass sich der ASB sowohl im Badischen als auch im Hessischen nicht wieder so konstituieren konnte, wie er dort bis 1933 aufgestellt war. Laut Bundesvorstand war es außerdem „außerordentlich schwer, in Bayern Fuß zu fassen“. Nur in Augsburg und in Schweinfurt hatten sich Samariterinnen und Samariter schon bis 1949 wieder zusammengefunden. Ein Grund hierfür lag darin, dass viele Samariter in Bayern im Roten Kreuz bleiben wollten. Wo Samariter 1933 wohlwollend und nicht skeptisch ins

DRK aufgenommen wurden, blieben sie häufig auch nach dem Krieg in den Ortsgruppen. Andreas Scherber aus Lauf an der Pegnitz, bis 1933 Leiter des ASB-Kreises Nordbayern und inzwischen SPD-Abgeordneter des Bayerischen Landtags, argumentierte 1950, dass er „nach dem Zusammenbruch“ alle ehemaligen Kolonnen und Funktionäre kontaktiert habe und auf keinen Zuspruch, den ASB wiederaufzubauen, gestoßen sei. Viele waren im Roten Kreuz und wollten es auch bleiben:

„Die Gründe die früher einmal zur Gründung des Arbeitersamariterbundes geführt haben, sind heute nicht mehr gegeben. Das Rote Kreuz ist heute keine Kriegsorganisation mehr und wenn einige Herren dort noch glauben, ihr Führersystem weiterführen zu können, so liegt es an uns, dafür zu sorgen, dass dieselben verschwinden. Der Aufbau eines Neugegründeten [sic!] Samariterbundes würde unsere Genossen vor schwere Opfer stellen. Und gerade in dieser Beziehung kann heute der Arbeiterschaft nicht sehr viel verlangt werden. Das ist auch die Meinung führender Kollegen in Gewerkschaftskreisen, mit denen ich nochmal Rücksprache genommen habe.“⁴⁰

Auch andere ehemalige Samariter vertraten die Ansicht, dass es möglich und ausreichend wäre, das DRK im Sinne der Arbeitersamariter umzuorganisieren.

Anhand einzelner Mitgliederlisten von Kolonnen wird ersichtlich, dass die meisten der Mitglieder als „Arbeiter“ bezeichnet werden können. Es gab verschiedene Gründe, weswegen Arbeiter sich nach dem Krieg nicht (wieder) in Arbeitervereinen einbrachten. Viele verstanden sich nicht mehr so stark wie noch vor 1933 als eine Klasse, ihr Klassenbewusstsein schwand. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, dem Wiederaufbau und der Modernisierung der Wirtschaft hatten viele ein zunehmend höheres Einkommen und konnten sich auch als Arbeiter oder inzwischen Angestellte einen kleinen Wohlstand leisten, zogen sich vermehrt ins Private zurück. Der Stand und die Position der Arbeiter in der Gesellschaft hatte sich verschoben, sie waren spätestens ab 1945 vollberechtigte Bürger.⁴¹

„In einer der wichtigsten industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der 50er Jahre hatten Hans Paul Bahrdt u. a. herausgefunden, daß das Arbeiterbewußtsein nicht mehr proletarisch verankert war, sondern nur noch strategisch in Lohnauseinandersetzungen aktualisiert wurde.“⁴²

Schon die Strukturumbrüche seit dem Ersten Weltkrieg ermöglichten soziale Auf- und Abstiegsprozesse, ausgelöst durch die zwei Weltkriege, die Inflationen 1922/23 und 1947/48 und das nationalsozialistische Regime. Diese Mobilitätserhöhung hatte „zu einem breiten Abbau

der Klassegegensätze, einer Entdifferenzierung der alten, noch ständisch geprägten Berufsgruppen und damit zu einer sozialen Nivellierung in einer verhältnismäßig einheitlichen Gesellschaft⁴³ geführt. Auch, dass immer mehr Arbeiter ein Angestelltenverhältnis fanden und die „Entproletarisierung“ der Arbeiterschaft entschärfte den Klassenkonflikt.⁴⁴

Unter den Arbeitersamaritern waren auch einige, die nach dem Krieg eine Angestelltenposition fanden, damit nicht mehr schwer körperlich arbeiteten. Es kam vor, dass sie als integre, politisch Unbelastete in den Nachkriegsverwaltungen eingesetzt wurden. Sie blieben jedoch dem Klassenbewusstsein verbunden, das sie in der Weimarer Republik geprägt hatte.

5. Akteure im Umfeld: SPD, Gewerkschaften, AWO

Auf der Konferenz von Potsdam beschlossen die Siegermächte UdSSR, USA und Großbritannien alle demokratischen Parteien zu erlauben und erließen eine Vereinigungsfreiheit für den kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereich. In der amerikanischen und britischen Zone erfolgte die Parteienzulassung im September 1945, in der französischen im Dezember 1945. In Berlin war es Otto Grotewohl, der beim Aufbau der SPD eine zentrale Rolle spielte. Er strebte den Zusammenschluss mit der KPD an. In Konkurrenz dazu war der Motor für den Aufbau der SPD in den westlichen Besatzungszonen Kurt Schumacher in Hannover, der eine Vereinigung mit der KPD strikt ablehnte.

Die Wiedergründung der AWO in Hannover wurde bereits am 20. August 1946 beantragt und anschließend genehmigt, das erste Rundschreiben des Bezirksausschusses am 27. September 1946 versendet.⁴⁵

Die Spitzen der SPD und der AWO, die ihre Büros in den ersten Nachkriegsjahren ebenfalls in Hannover hatten, scheuten sich nicht, den Samaritern deutlich zu machen, dass sie von einer Neugründung des ASB nichts hielten. Bei dieser Haltung spielte „die spezifische Sozialismusillusion der Nachkriegszeit eine Rolle, die Hoffnung auf eine demokratisch-sozialistische Nationalkultur, die durch schichtenspezifische Sonderorganisationen nicht behindert werden sollte.“⁴⁶ Die Gründe für diese Haltung waren folglich einerseits Kurt Schumachers Bestreben, die Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und bürgerlichem Milieu aufzulösen, andererseits die Hoffnung, die gewachsenen Strukturen des DRK mit vertrauenswürdigen Samaritern zu besetzen und dadurch das DRK zu einer demokratischen, klassenneutralen Organisation zu machen. Die AWO strebte zudem an, dass das DRK sich auf Tätigkeiten im Bereich des Rettungsdienstes und der Seuchenbekämpfung beschränkt – die Bereiche, in denen auch der ASB tätig werden wollte.⁴⁷ „Offenbar hielten der Parteivorstand der SPD und der Hauptausschuss der AW [AWO] die Neugründung des ASB für überflüssig, vielleicht sogar für schädlich.“⁴⁸ Ein Verzicht auf die Eigenständigkeit kam für die Samariter wiederum aus zwei Gründen nicht in Frage: Das Handeln des DRK in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik, geprägt durch einen ausgewachsenen Militarismus, das Arbeitsunfälle nicht zu seinen Aufgaben machen wollte, sowie die Rolle des DRK während der nationalsozialistischen Herrschaft.

Auf der Bundesebene kam man bis in die 1950er Jahre mit der AWO auf keinen grünen Zweig. Das lag auch darin begründet, dass der ASB 1952 die Forderung erhob, als Wohlfahrtsverband anerkannt zu werden und sich in diesem Ansinnen durch die AWO in der Runde der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege nicht genug unterstützt fühlte.⁴⁹ Anders hingegen gestalteten sich die Kontakte auf lokaler Ebene. Mancherorts schlossen sich Samariterinnen und Samariter innerhalb der AWO zu Sanitätsgruppen zusammen, anderenorts arbeiteten Kolonnen mit der AWO Hand in Hand. Erst 1950 lenkte Lotte Lemke, die Geschäftsführerin

der Arbeiterwohlfahrt, in einem Gespräch mit Mitgliedern des Bundesvorstandes ein und stellte eine Zusammenarbeit in Aussicht. Der ASB wollte die Helferinnen und Helfer der AWO ausbilden.⁵⁰ Das Gespräch hatten Samariterinnen und Samariter aus Hamburg eingefädelt, da eine dortige Samariterin mit Lotte Lemke persönlich bekannt war.⁵¹

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gehörte zu den wenigen großen Befürwortern des Wiederaufbaus des ASB. Schon vor seiner offiziellen Gründung spendete er dem ASB im August 1949 1 000 DM. Im Oktober 1949 wurde der DGB als politische Einheitsgewerkschaft in Form eines Dachverbandes von sechzehn autonomen Branchen- und Industriegesellschaften gegründet. Auch hier wurde folglich auf eine erneute Zersplitterung des Gewerkschaftswesens in parteinahe Gewerkschaften verzichtet, wenn auch nicht ohne Konflikte und Kompromisse.⁵² Die frühen, einzelnen Gewerkschaften in der französischen Besatzungszone jedoch versagten Jakob Schickendantz bis 1949 jede Unterstützung. Dabei verstanden sich auch die Gewerkschaften als Organ der Arbeiterschaft.

Dass sich das Deutsche Rote Kreuz auch weiterhin nicht den Belangen der Arbeiterschaft annehmen würde, davon gingen die Samariter nach Ende des Krieges aus. Viele Aussagen zeugen von dem alten Argwohn und Groll gegen das DRK. Auch aus dieser Haltung heraus gründeten Samariter den ASB wieder. Da das DRK nur in der sowjetischen Zone im Oktober 1945 und in der französischen Zone im Januar 1946 aufgelöst worden war, agierten die DRK-Gruppen in der amerikanischen und britischen Besatzungszone weiter. Sie sahen im ASB eine Konkurrenz auf ihrem Tätigkeitsgebiet und waren in weiten Teilen gegen eine Wiedergründung. Aus vielen Schreiben geht hervor, dass sich viele Vertreter des DRK nicht daran erinnern wollten oder konnten, dass die Organisation von der Zerschlagung des ASB profitiert hatte. Ganze Kolonnen waren 1933 in das DRK übergetreten. Es bestand die Gefahr, dass sie zum ASB zurückkehren könnten, was mancherorts auch geschah. Daher versuchte das DRK in Frankfurt am Main beispielsweise, den ASB klein zu halten, in Köln zeigte man einen Samariter wegen Verleumdung an, nachdem er öffentlich gemacht hatte, dass das beschlagnahmte Material 1933 dem DRK zugegangen war. Wie die Beispiele Baden und Nordbayern zeigten, waren es auch ehemalige Samariter mit Funktionen im DRK, die sich gegen eine Wiedergründung aussprachen. Gleichwohl zeichnete sich u. a. in Hannover von Beginn an eine kameradschaftliche Zusammenarbeit ab. Auch in Berlin war man sich einig: Es gab genug zu tun für zwei Sanitätsverbände.

6. Exemplarische Daten zur Mitgliederstruktur 1945–1952

In diesem Abschnitt werden Zahlen zu einigen ausgewählten Themen vorgestellt. Sie basieren auf der Projektdatenbank mit den überlieferten Namen von gut 1 600 ASB-Mitgliedern der Jahre 1945 bis 1952 in rund 40 Kolonnen. Bis 1952 hatten sich in der Bundesrepublik und in Berlin insgesamt 81 Kolonnen wieder- bzw. neugegründet. Der ASB zählte über 8 000 Mitglieder in neun Landesorganisationen von Schleswig-Holstein bis Bayern sowie in Berlin.

Aus den vorliegenden Zahlen wurden Diagramme erstellt zu vier zentralen Fragestellungen, zu denen die vorliegenden Mitgliederlisten qualifizierbaren Aussagen ermöglichen: die Beteiligung von Samariterinnen und Samaritern aus der Zeit vor 1933 am Wiederaufbau des ASB, die Geschlechterverteilung, die Altersstruktur mit Altersdurchschnitt und die Berufsgruppen im ASB der Nachkriegsjahre.

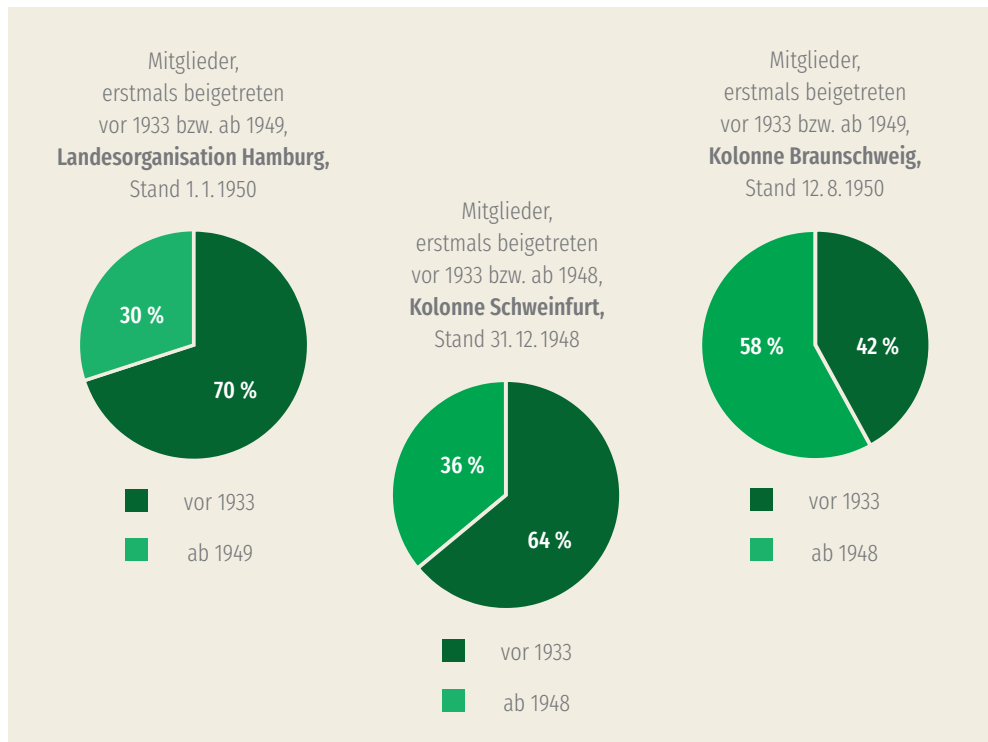
Im Untersuchungszeitraum 1945 bis 1952 gab es keine zentrale Mitgliedererfassung mit festen Stammdaten, die überregional erhoben wurden. Die überlieferten Mitgliederlisten sind von einer sehr unterschiedlichen Datendichte und geben überdies sehr unterschiedliche Stichtage wieder. So beschränkt sich die statistische Auswertung auf wenige exemplarische Kolonnen, deren Datenstruktur eine Vergleichbarkeit untereinander zulässt.

Bei der Analyse der Diagramme ist insbesondere der Stichtag zu beachten, denn nur auf jenen bezieht sich die exakte Aussagekraft. Ein Beispiel: Setzt man die Mitglieder mit einer ASB-Vergangenheit bis 1933 in Relation zu jenen, die nach 1945 neu hinzukamen, so haben wir es selbst bei der vergleichsweise vorzüglichen Datenlage zur Kolonne Hannover mit statistischen Herausforderungen zu tun. Das Diagramm zeigt das Verhältnis am 1. Januar 1951. An diesem Tag bildeten die Altsamariter noch 38 Prozent der Kolonnenmitglieder. Die Wiedegründung im Juli 1946 hatten nach allem, was wir aus dem überlieferten Schriftverkehr wissen, ausschließlich ehemalige Samariterinnen und Samariter vorgenommen. Die Mitgliederlisten können dazu hingegen nicht befragt werden. Von den meisten der 98 Mitglieder der Kolonne am 1. Januar 1951 kennen wir jeweils nur den Tag ihres ersten Eintritts in den ASB, nicht aber jenen des Wiedereintritts. Bei 20 Neumitgliedern fehlt zudem das exakte Beitrittsdatum. Auch zwischenzeitliche Austritte sind nicht vollständig nachvollziehbar. Somit ist es nicht möglich, die Entwicklung der exakten Mitgliederzahl von 1946 bis 1951 zu Stichtagen – beispielsweise im Jahresrhythmus – darzustellen oder auch die Entwicklung des relativen Anteils der Altmitglieder. Korrekt ist die Datenauswertung hingegen für den 1. Januar 1951.

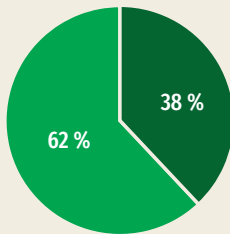
Ausgehend von der statistischen Datenlage, die für Nord- und Süddeutschland deutlich besser ist, als z. B. für Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz, fokussiert diese Auswertung auf Hamburg, Hannover, Lüneburg und Braunschweig im Norden sowie Ulm, Regensburg und Schweinfurt im Süden. Zu den Berufen muss sich die Darstellung auf vier der sieben ausgewählten Städte beschränken.

Es handelt sich bei den Diagrammen um die Abbildung lokaler Situationen. Diese statistischen Auswertungen sind nicht repräsentativ und mithin hochrechenbar auf den ASB insgesamt. Gleichwohl ermöglichen die Daten interessante Einblicke, die viele qualitative Herleitungen auf Basis des im ASB-Archiv überlieferten Schriftverkehrs bestätigen. Dies gilt etwa für den recht geringen Frauenanteil unter den Mitgliedern, die in den sieben ausgewählten Gliederungen nur zwischen einem knappen Viertel und einem guten Drittel der Mitglieder bildeten. Andererseits weisen die Diagramme aber auch aus, dass örtlich durchaus signifikante Unterschiede vorkamen. 70 Prozent der Mitglieder der Landesorganisation Hamburg (Stand 1.1.1950) waren schon bis 1933 im ASB aktiv gewesen. Ganz anders die Größenverhältnisse im nur 40 Kilometer entfernten Lüneburg am 30. September 1952. Gerade einmal acht Prozent der dortigen Mitglieder hatten sich bereits vor dem Nationalsozialismus im ASB engagiert.

a) Beteiligung von Samariterinnen und Samaritern aus der Zeit vor 1933 am Wiederaufbau des ASB

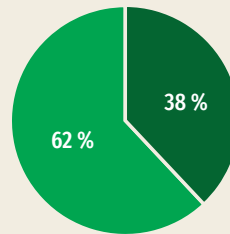


Mitglieder,
erstmals beigetreten
vor 1933 bzw. ab 1946,
Kolonne Hannover,
Stand 1.1.1951



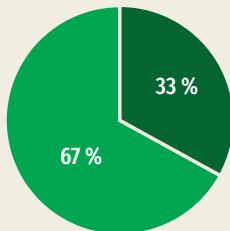
■ vor 1933
■ ab 1946

Mitglieder,
erstmals beigetreten
vor 1933 bzw. ab 1950,
Kolonne Regensburg,
Stand 1.1.1951



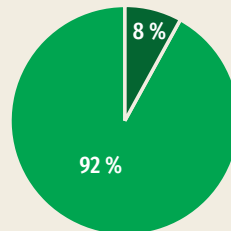
■ vor 1933
■ ab 10.3.1950

Mitglieder,
erstmals beigetreten
vor 1933 bzw. ab 1946,
Kolonne Ulm,
Stand 6.1.1950



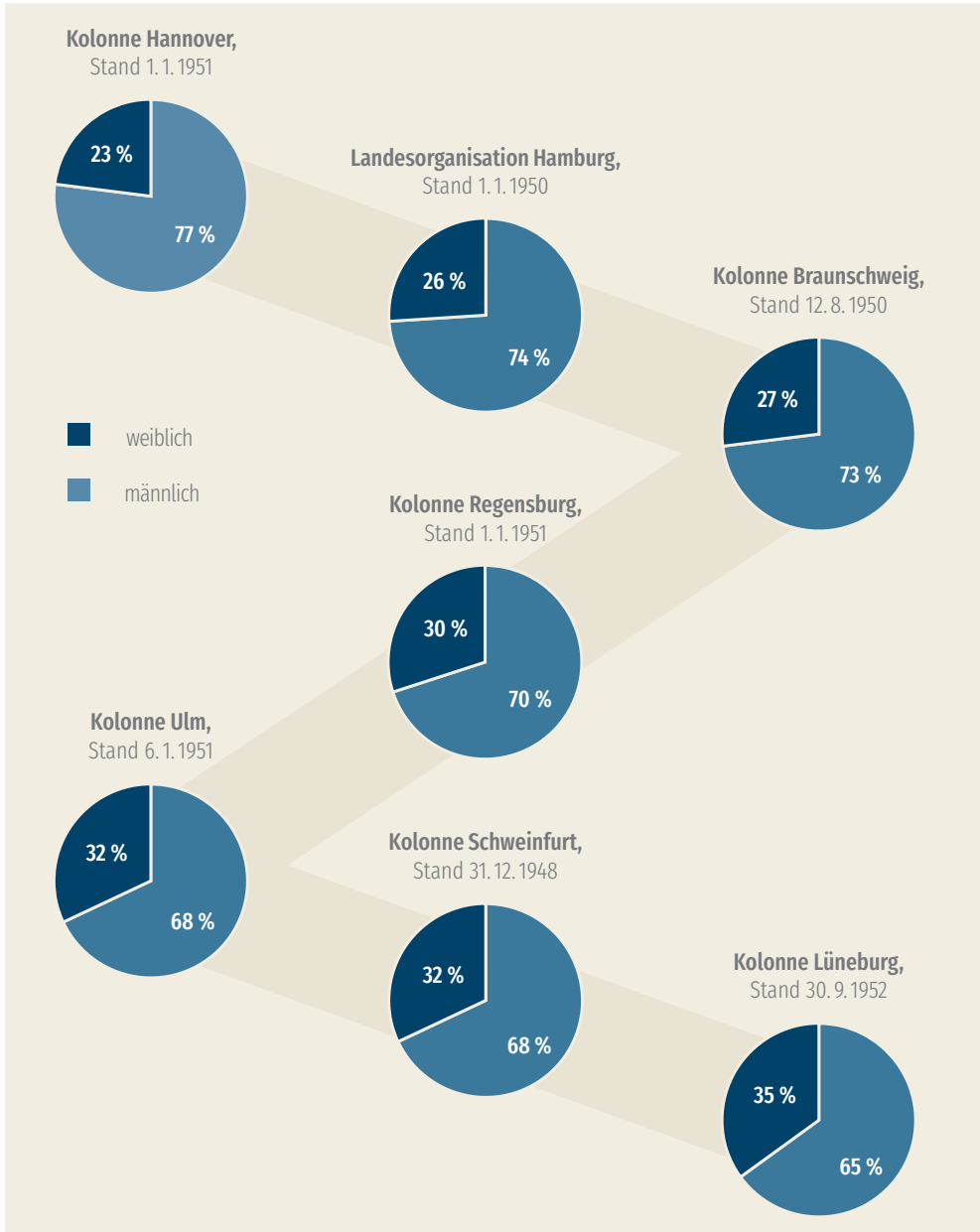
■ vor 1933
■ ab 1946

Mitglieder,
erstmals beigetreten
vor 1933 bzw. ab 1952,
Kolonne Lüneburg,
Stand 30.9.1952

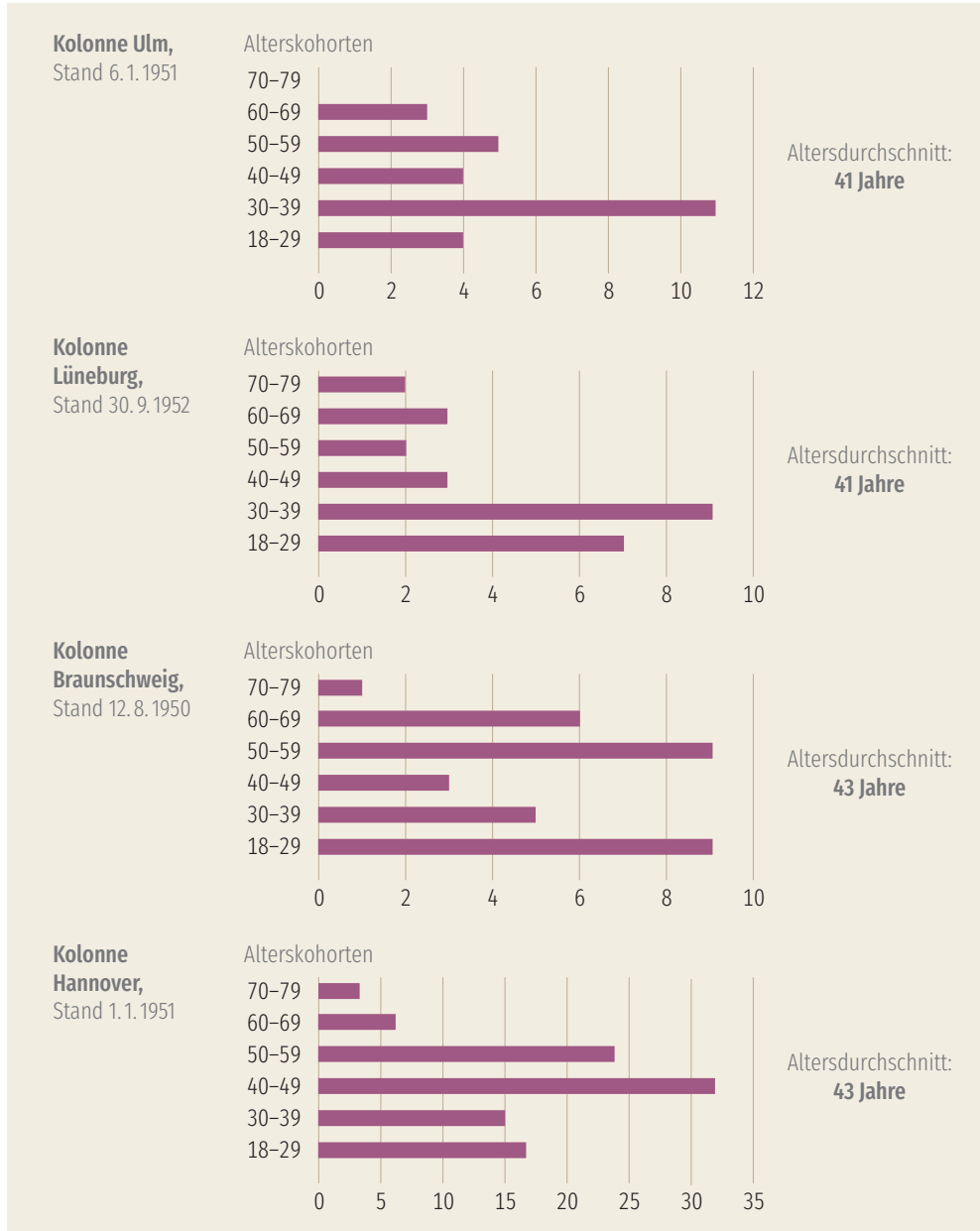


■ vor 1933
■ ab 1952

b) Geschlechterverteilung

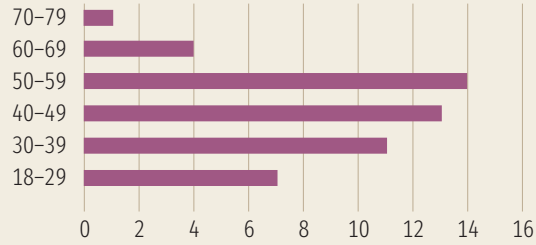


c) Altersstruktur



**Kolonie
Regensburg,**
Stand 1.1.1951

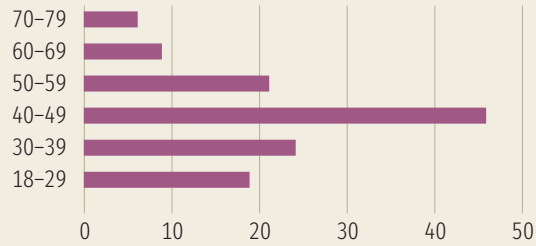
Alterskohorten



Altersdurchschnitt:
44 Jahre

**Landes-
organisation
Hamburg,**
Stand 1.1.1950

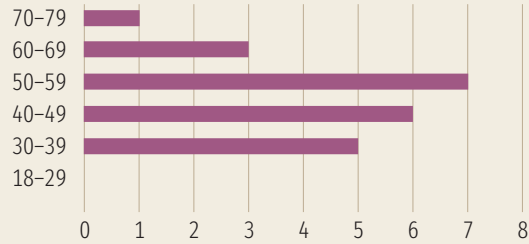
Alterskohorten



Altersdurchschnitt:
46 Jahre

**Kolonie
Schweinfurt,**
Stand 31.12.1948

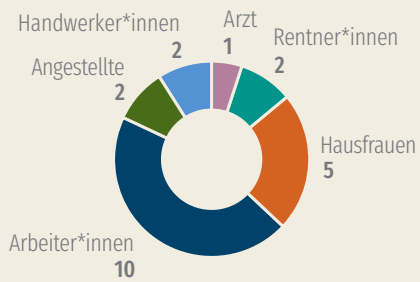
Alterskohorten



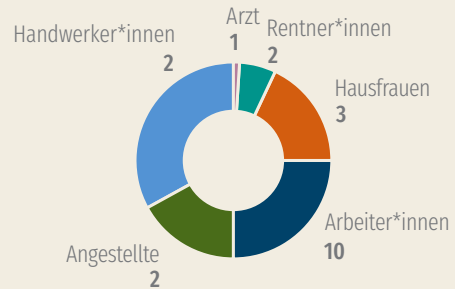
Altersdurchschnitt:
50 Jahre

d) Berufsgruppen

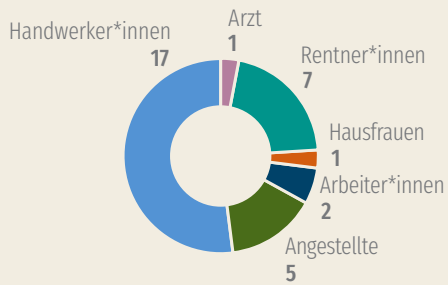
Kolonie Schweinfurt,
Stand 31.12.1948



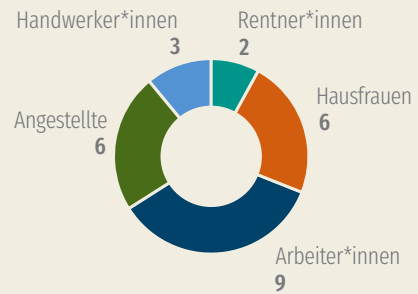
Landesorganisation Hamburg,
Stand 1.1.1950



Kolonie Braunschweig,
Stand 12.8.1950



Kolonie Lüneburg,
Stand 30.9.1952



IV. Der Neubeginn in der Sowjetischen Besatzungszone und jungen DDR







1. Was nicht Stalins Auslegung des Kommunismus entsprach

Umbruch, Umstrukturierung, „Umsiedeln“

Am 8. Mai 1945 war mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa beendet. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945, einem Gipfeltreffen der „großen Drei“ – mit den alliierten Staatschefs der USA, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion (UdSSR) – wurde Deutschland in Zonen aufgeteilt. Zur sogenannten Sowjetischen Besatzungszone, auch SBZ oder Ostzone genannt, gehörten die Länder Sachsen und Thüringen sowie die Provinzen Sachsen-Anhalt, ein großer Teil der Provinz Brandenburg sowie Mecklenburg und Vorpommern.

Die Siegermächte führten neben den vier Besatzungszonen in Deutschland auch in Berlin vier Sektoren ein und bildeten den Alliierten Kontrollrat. Wie in der Erklärung von Jalta vereinbart, zogen amerikanische und britische Truppen Anfang Juli 1945 aus nun zur SBZ gehörenden Gebieten ab – dazu gehörte das westliche Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Teile des westlichen Sachsen. Dafür rückten sie im Gegenzug in die Westsektoren Berlins ein. Dieser Fakt ist interessant für drei Städte, in denen nach 1945 der Versuch unternommen wurde, den Arbeiter-Samariter-Bund wieder ins Leben zu rufen – Plauen, Leipzig und Chemnitz, die alle noch bis Juli 1945 zur amerikanischen Besatzungsmacht gehörten.

Die Sowjetunion beanspruchte das nördliche Ostpreußen mit dem Zugang zur Ostsee für sich, außerdem weite Teile Ostpolens. Dafür erhielt Polen die deutschen Gebiete bis zur Oder-Neiße-Linie. Flucht und Vertreibung waren das Ergebnis.⁵³ Bis 1950 kamen mehr als 14 Millionen Menschen in die vier Besatzungszonen und die beiden späteren deutschen Staaten.⁵⁴ Im März 1949 lebten nach amtlichen Angaben auf dem Gebiet der SBZ fast 4,5 Millionen Flüchtlinge aus den sogenannten Ostgebieten – die Vertriebenen stellten damit etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung der späteren DDR dar und wurden meistens nicht freundlich aufgenommen. Hier wurden die vertriebenen Deutschen als „Umsiedler“ bezeichnet – eine Verharmlosung des eigentlichen Geschehens. Man versuchte in der SBZ und der DDR den Mantel des Schweigens über dieses Thema zu legen. Eine öffentliche Anerkennung oder Art der Erinnerung an das Thema gab es nicht – diese Geschichten blieben in den Familien.

Nach Ende des Krieges lagen weite Teile Deutschlands in Schutt und Asche. Die Menschen hausten in ihren Kellern unter Trümmern oder in Barackenlagern, die nur provisorisch gebaut wurden. Auch die Lebensmittel und das Heizmaterial waren knapp – der Mangel an lebenswichtigen Dingen war enorm. Um heizen zu können, wurden schließlich Straßenbäume und Stadtwälder abgeholzt und um die Versorgung verbessern zu können, musste die zerstörte Verkehrsinfrastruktur wieder aufgebaut werden. Das galt auch für die Strom-, Wasser- und Gasleitungen. Das Problem beim Aufbau dieser existenziellen Bereiche war der Mangel an

Fachkräften, aber auch fehlendes Baumaterial. Somit konnten anfangs nur provisorische Reparaturen erfolgen. Die Demontage der sowjetischen Siegermacht erschwerte den Wiederaufbau zusätzlich. Zudem waren viele Frauen auf sich allein gestellt, da ihre Männer im Krieg gefallen waren oder sich in Kriegsgefangenschaft befanden. Somit war der beginnende Aufbau sehr von den Frauen abhängig. Die hygienischen Bedingungen waren ebenfalls katastrophal – das Wasser war knapp und so konnten sich Krankheiten unter den geschwächten Menschen leicht ausbreiten. Fast alle Behörden und Dienststellen hatten sich aufgelöst.

Gleichzeitig schien die Gestaltung des zukünftigen Deutschlands offen zu sein. Doch galt das nicht für die sowjetisch besetzten Gebiete. Die Vorstellungen des sowjetischen Diktators Josef Stalin über das besiegte Deutschland lauteten: „[...] wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“⁵⁵ Diesen Worten folgten Taten.

Mit dem Alliierten Kontrollrat hatten die vier Siegermächte eine oberste Instanz mit Sitz in Berlin errichtet. Dieser konnte nur bei einstimmiger Beschlussfassung handeln und nur bei Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen. Die jeweiligen Militäroberbefehlshaber verfügten jedoch eigenverantwortlich in ihren Besatzungszonen über die Entscheidungsgewalt, es wurden autonome Militärregierungen eingerichtet. Der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands wurde somit unter die Verwaltung der Sowjetischen Militär Administration (SMAD) gestellt.



Schukow war der erste „Oberste Chef“ der SMAD bis März 1946. Die SMAD erließ in der Zeit von 1945 bis 1949 zahlreiche schriftliche Befehle und zeigte so ihre Regierungshoheit.

Die SMAD war auch de-facto die Regierung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von Juni 1945 bis zur Gründung der DDR am 7. Oktober 1949. Die SMAD war Josef Stalin direkt unterstellt.

Neben der Zentralbehörde in Berlin-Karlshorst bestanden SMA-Einrichtungen auf Länderebene. Der „Oberste Chef“ der SMAD war bis März 1946 Georgi Schukow, es folgte bis März 1949 Wassili Sokolowski und schließlich bis 1953 Wassili Tschuikow. Als sichtbarstes Zeichen ihrer Regierungshoheit erließ die SMAD von 1945 bis 1949 zahlreiche schriftliche Befehle. Für die Sowjets stand in erster Linie die Entnazifizierung der von ihnen besetzten Gebiete auf dem Programm – das galt für alle Bereiche der Gesellschaft.

In der SBZ wurde die Entnazifizierung rigoros durchgesetzt – besonders in den Bereichen der Justiz,

Verwaltung und Bildung. Es wurden insgesamt etwa eine halbe Million Nationalsozialisten, darunter vier Fünftel aller Richter und mehr als die Hälfte der Lehrer, ihrer Positionen enthoben oder nicht wieder eingestellt. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang eine Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen, die in erster Linie der Ausschaltung von „Klassengegnern“ diente, vorgenommen. Missliebige Personal wurde entlassen und an deren Stelle eigenes, „linientreues“ Personal eingesetzt. Im Februar des Jahres 1948 beschloss die SMAD mit einem Befehl das Ende der Entnazifizierung. Im selben Atemzug wurden ehemalige NSDAP-Mitglieder, die in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft dem Nationalsozialismus abgeschworen hatten, in staatlichen Stellen eingesetzt, nur die obersten politischen Etagen waren ihnen verwehrt. Von den innerparteilichen „Säuberungen“ waren von nun an die Sozialdemokraten deutlich mehr betroffen als die ehemaligen NSDAP-Mitglieder.⁵⁶

„Die Partei, die Partei, die hat immer recht“⁵⁷ – die SED wird gegründet

Das Ineinandergreifen zweier Hände als große Detailaufnahme sollte symbolisieren, dass die Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten überwunden war und der Händedruck die neue Einheit der Arbeiterbewegung besiegelte. Das war das Logo der im April 1946 aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD neu geschaffenen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

Ihr Ziel war die Übertragung des Herrschafts- und Gesellschaftssystems der Sowjetunion auf die SBZ. Von Beginn an übernahmen Mitglieder der KPD die Führungspositionen und die Sozialdemokraten hatten sich ihrer Ideologie zu unterwerfen – taten sie das, konnten sie auch auf Führungsebenen der Partei, der Behörden und der Gesellschaft agieren. Ansonsten drohte der Ausschluss aus der Partei, Erpressung, Verfolgung oder Inhaftierung. Die Mehrzahl der ehemaligen Sozialdemokraten passte sich jedoch der SED an.⁵⁸ Diese Partei war fortan diejenige, die alles bestimmte. Genau wie in der Sowjetunion wurde



Parteiabzeichen der SED. Die Partei ging aus der Zwangsvereinigung der SPD und KPD hervor und beherrschte das gesamte Herrschafts- und Gesellschaftssystem in der DDR.

damit ein Einparteiensystem realisiert. Es entstand zwar in der Zeit der SBZ auch das System der Blockparteien, aber konnten diese nicht viel ausrichten und wurden daher im Volksmund auch gern als „Blockflöten“ betitelt.⁵⁹ Sie dienten nur dem Schein.

Mit dieser Zwangsvereinigung und der Unterdrückung der Sozialdemokraten war klar, dass es innerhalb der SBZ und späteren DDR keine freiheitlich sozialdemokratische Kultur geben würde, somit auch keinen ASB, der noch immer mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik in Verbindung gebracht wurde. Zudem waren im ASB vor 1933 kommunistische Mitglieder ausgeschlossen worden. Wieso hätten die dominierenden Kommunisten nun den in ihren Augen „sozialdemokratischen“ ASB aufleben lassen sollen?

Feindschaft – Auswirkungen eines jahrzehntelangen Kampfes

Die Fehde zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten existierte schon viel länger. Schon unter Lenin war es 1903 zu einer Spaltung zwischen Lenins Bolschewiki und den Menschewiki (gemäßigten Sozialdemokraten) gekommen. Sie verfolgten nicht mehr das gleiche Ziel. Während die Bolschewiki auf den Sturz des Zaren und danach den Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus durch eine Diktatur des Proletariats auf Basis von Arbeiterräten setzten, also auf den revolutionären Kampf und Kurs der Partei, wollten die Menschewiki den gemäßigteren Weg durch Reformen einschlagen, die keinen kompletten Staatsumsturz zur Folge haben sollten. Nach dem Sieg der Bolschewiki im Russischen Bürgerkrieg wurde 1922 die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (kurz Sowjetunion) gegründet, die einen Großteil der Territorien des zerfallenen Russischen Reiches wieder zu einem Staat vereinte.

Nach Lenins Tod im Jahr 1924 gab es einen rigorosen Nachfolgekampf, den der Diktator Josef Stalin gewann. Dieser festigte in den nächsten Jahren seine Macht durch Terror vor allem gegen andersdenkende Kommunisten wie Leo Trotzki. Stalins „Säuberungen“ erreichten jedoch erst zwischen 1935 und 1940 ihren Höhepunkt. Millionen Menschen, die seinem System im Weg standen – tatsächlich oder nur scheinbar – wurden verfolgt, deportiert und ermordet. In Schauprozessen, die das restliche Volk abschrecken sollten, wurden sie zu Höchststrafen verurteilt.

In Deutschland stand um 1890 die SPD den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung nahe und war ideologisch dem revolutionären Marxismus treu, durch einen Aufstand sollte die Umgestaltung der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus erfolgen. Ende des 19. Jahrhunderts stellte Eduard Bernstein (SPD) seine Revisionismus-Theorie vor. Seine Idee beinhaltete, dass die bisherige Theorie, dass der Kapitalismus nur durch den Klassenkampf

abgelöst werden kann, von der Realität überholt worden sei. Er schlug einen Weg mit Sozialreformen nach einer demokratisch legitimierten Regierungsübernahme durch Wahlen vor, der eine Verbesserung für die Arbeiter und ihrer Lebensqualität herbeiführen sollte.⁶⁰ Der neue Vorschlag wurde von der Mehrheit der SPD abgelehnt. Man verurteilte die Idee als Abkehr vom und Verrat am SPD-Programm mit dem Revolutionsgedanken.

Zum Eklat kam es kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Nachdem die SPD zuerst Großdemonstrationen gegen einen drohenden Krieg veranstaltete, stimmte die SPD-Reichstagsfraktion der Gewährung von Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg letztendlich mehrheitlich zu. Viele Mitglieder der SPD waren im Verlauf des Krieges zunehmend mit der kriegsbilligenden Haltung ihrer Partei, dem sogenannten Burgfrieden, nicht mehr einverstanden und gründeten die USPD (Unabhängige SPD). Der linksrevolutionäre Spartakusbund, der 1916 unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nach dem Ausschluss Liebknechts und anderer aus der SPD gegründet wurde, schloss sich ebenfalls der USPD an und bildete deren linken Flügel.⁶¹

Im Januar 1919 gründeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Sie wollten die Revolution nach russischem Vorbild vollenden und eine Diktatur des Proletariats, der Arbeiterklasse. Der Spartakusaufstand im Januar 1919 wurde von Freikorps blutig niedergeschlagen und Liebknecht und Luxemburg dabei ermordet.⁶² Die KPD sah sich selbst als revolutionäre Alternative zu den inzwischen reformorientierten Sozialdemokraten und verfolgte in der Weimarer Republik das Ziel einer Diktatur des Proletariats nach sowjetischem Vorbild. Seit dem Jahr 1919 war die KPD Mitglied der Kommunistischen Internationale (Komintern), die erst von Lenin, dann von Stalin inhaltlich dominiert wurde.

Die Spannungen zwischen KPD- und SPD-Anhängern wirkten sich auf alle Bereiche der Arbeiterschaft aus und zeigten sich auch im ASB. Der ASB wollte als politisch neutrale Organisation anerkannt werden und schloss daher Mitglieder und Kolonnen, die öffentlich im kommunistischen Sinne auftraten, aus. Es bildeten sich ab Anfang der 1920er Jahre kommunistische Gruppen und Organisationen wie der Proletarische Gesundheitsdienst und die Berliner Fichtesamariter mit eigenen Sanitätskolonnen. Auch „ausgeschlossene Gruppen“ von Arbeitersamaritern ließen sich in Vereinsregister eintragen.⁶³

Die KPD erklärte die Sozialdemokratie ab 1929 zu ihrem Erzfeind und verunglimpfte sie als „sozialfaschistisch“. Sie stellte die Sozialdemokratie damit als „linken Flügel des Faschismus“ dar. Die KPD orientierte sich nun immer mehr an Stalin und seinen Vorstellungen.

Die Fehde zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten herrschte sowohl in der Sowjetunion als auch in Deutschland mithin schon seit Jahrzehnten. Da die SBZ und DDR die Sowjetunion als „großen Bruder“ und Vorbild ansahen, orientierten sie sich an ihrer Haltung.

So wird nachvollziehbar, dass auch die freien Gewerkschaften und alle Organisationen und Vereine, die mit den Sozialdemokraten in Verbindung standen, keine Rolle im neuen System spielen konnten. Dies galt auch für den ASB.

„Rotlichtbestrahlung“

In den Jahren 1945 bis 1949 wurden alle strukturellen Grundlagen für die DDR geschaffen: Die Herrschaft der SED, die Vorherrschaft der Politik über die Wirtschaft, die Gleichschaltung der Öffentlichkeit auf der Basis der Staatsideologie des Marxismus-Leninismus, die Kontrolle über die Justiz sowie die Unterordnung aller individuellen Grundrechte unter das Prinzip des Machterhalts um jeden Preis.⁶⁴ Die SBZ bzw. die DDR war ein Satellitenstaat der Sowjetunion. Eine Gewaltenteilung wie in einer Demokratie wurde hier nie angestrebt. Stattdessen baute die SMAD innerhalb kürzester Zeit ein Befehls- und Kontrollnetz auf, welches alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der SBZ durchdringen und umfassen sollte.

Die Banken und die Großindustrie wurden verstaatlicht, es wurde die zentralistische Planwirtschaft eingeführt und damit kontrollierte die SED die gesamte Wirtschaft. 1945 wurde zudem die Landwirtschaft durch eine Bodenreform gänzlich umgestaltet. Die Landwirte hatten ihren Besitz dem Staat zu übergeben und wurden enteignet. Sie wurden von ihrem Land vertrieben und wer sich wehrte, konnte verhaftet oder getötet werden, viele flohen in den Westen. Auf die nun leeren Hofstellen setzten die SMAD und SED linientreue Genossen. Loyalität war wichtiger als Fachkenntnisse – was zu einem Problem der DDR-Wirtschaft führte. Die Umstrukturierung im Bereich der Bildung war den Kommunisten besonders wichtig, sollte die Bevölkerung doch nach der kommunistischen Ideologie erzogen werden. Die Schlüsselpositionen in der Bildungsverwaltung besetzte die SED ebenfalls mit ihren Kadern. Da im Rahmen der Entnazifizierung und der Entlassung vieler konservativer Lehrer und Professoren ein Mangel an Lehrern herrschte, wurden sogenannte „Neulehrer“ im Sinne des Kommunismus ausgebildet. Nach dem Verständnis der SED hatten die Hochschulen die Ausbildung einer neuen sozialen und politischen Elite zu gewährleisten. Neben der fachlichen Wissensvermittlung sollten die Hochschulen Einfluss auf die ideologische Schulung der Studenten nehmen. Marxismus-Leninismus wurde daher als Pflichtfach für alle Studenten eingeführt.⁶⁵ Auch Schüler erhielten schon diese ideologische Schulung im Sinne der SED, die umgangssprachlich von den SBZ- und DDR-Bürgern „Rotlichtbestrahlung“ genannt wurde. Junge Menschen sollten so früh wie möglich im Sinne des Marxismus-Leninismus erzogen werden. Unter dieser Prämisse wurde auch das gesamte Kulturwesen umgestaltet: Die SMAD führte ein striktes System der Vorzensur in der SBZ ein, was auch in der DDR beibehalten wurde.

2. Der Befehl, der alles hätte ändern können

Mit dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 gestattete die SMAD die Bildung bzw. Gründung von „antifaschistisch-demokratischen“ Parteien und Gewerkschaften in der SBZ. Nur einen Tag später wurde die KPD gegründet – die SPD, CDU und LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands) folgten bis Anfang Juli.

Am 13. Juni konstituierte sich der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Der „antifaschistische-demokratische Block“ bildete sich Mitte Juli – ein Parteienbündnis aus KPD, SPD, CDU und LDPD. Die neu entstandene SED löste die KPD und die SPD ab April 1946 im Block ab. Nach Ausschaltung der SPD durch die Zwangsvereinigung war die Politik der SMAD und der SED darauf konzentriert, den Einfluss der bürgerlichen CDU und der LDPD systematisch zurückzudrängen. Mit politischer Verfolgung insbesondere von Politikern bürgerlicher Herkunft wurde schließlich das politische Gemeinwesen der SBZ und DDR auf ein von Kommunisten dominiertes, pseudodemokratisches Mehrparteiensystem reduziert, dessen Ausgangspunkt im Wesentlichen der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 darstellte.

In diesem Befehl, unterschrieben vom Obersten Chef der SMAD, dem Marschall der SU Georgij Schukow, wurde nicht nur aufgeführt, dass „[...] die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben [...]“ gewesen sei. Zudem war auch „[...] das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren“.⁶⁶

Wesentlich war hierbei, dass unter Punkt 4 bestimmt wurde, dass „die Tätigkeit aller in Punkt 1 und 2 genannten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.“⁶⁷ Es wurde kein Spielraum für den Aufbau einer Organisation oder eines Vereins ohne Wissen der SMAD eingeräumt. In der Theorie hätte laut dem Befehl auch der ASB, als von den Nationalsozialisten verbotene Organisation, wieder Fuß fassen können. Die Semantik sowie die Subjektivität des SMAD-Befehls sind zu berücksichtigen. Auf den ersten Blick besticht das Dokument mit Formulierungen wie „antifaschistische Parteien“ oder „demokratische Grundlagen“. Doch müssen diese Worte im Sinne der damals geltenden sowjetischen Begrifflichkeit und Bedeutung interpretiert werden.⁶⁸ Die Sowjetische Besatzungsmacht hatte ein anderes Demokratieverständnis als die Westmächte. Vereinfacht gesagt: Sie sahen alles als faschistisch an, was nicht Stalins Idee vom Kommunismus entsprach. Die Frage, wen die SMAD als „antifaschistische“ Organisation aus ihrem Blickwinkel sah, ist hierbei also nicht unerheblich. In diesem Zusammenhang muss u. a. auch die Zwangsvereinigung zur SED im April 1946 und die sich daraus ergebenden innerparteilichen „Säuberungen“ bis in die 1950er Jahre – bis zu Stalins Tod 1953 – gesehen werden.

Für die Sowjets war die Gestaltung der Zukunft der sowjetisch besetzten Gebiete im Nachkriegsdeutschland nie ergebnisoffen. Sie planteten schon kurz nach der Teheraner Konferenz

1942, das Nachkriegsdeutschland kommunistisch zu beherrschen.⁶⁹ Doch für die deutsche Bevölkerung mag der Sozialismus ein neues ergebnisoffenes Projekt gewesen sein. Es gab unter ihnen Idealisten, die endlich die Chance sahen eine neue sozialistische Demokratie aufzubauen. Einige von ihnen vertraten die Ideologie bis zuletzt und stiegen in diesem Staat die Karriereleiter immer höher. Andere merkten erst auf dem Weg, dass sie trotz kommunistischer Überzeugung eine andere Sicht auf den Sozialismus vertraten als die SED. Bemerkenswert ist, dass mehr als drei Millionen Menschen noch vor dem Mauerbau 1961 aus der SBZ und der DDR flohen. Einige lehnten von vornherein allein die Idee des Sozialismus ab, andere flohen, nachdem sie eigene Erfahrungen mit dem vorgegebenen Sozialismus und dem durch und durch kontrollierten Staat gesammelt hatten. So unterschiedlich die Wege jedes einzelnen Bürgers der SBZ und DDR waren, so unterschiedlich waren auch die Lebenswege der ehemaligen Arbeitersamariter in diesem Teil Deutschlands.

3. Das Gesundheitswesen in der SBZ und jungen DDR entsteht

Wege und Abwege zum Zentralismus

Für die Sowjets stand in erster Linie die Entnazifizierung der von ihnen besetzten Gebiete Deutschlands auf dem Programm. Das galt für alle Bereiche der Gesellschaft, auch für das medizinische Personal – vor allem für die Ärzte. Im Sommer 1945 setzte die SMAD sogenannte Deutsche Zentralverwaltungen, also Fachabteilungen, ein. Sie sollten die SMAD entlasten und gleichzeitig den Aufbau eines sozialistischen Staates auf deutschem Gebiet vorbereiten. Die Zentralverwaltungen waren grundsätzlich beratende Organe der SMAD.⁷⁰ Als im August des Jahres 1945 die Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (DZVG) gegründet wurde, war deren Rechtskompetenz also durch das Besatzungsrecht der SMAD eingeschränkt. So hatte die DZVG nur auf der Grundlage von Befehlen oder Verordnungen der SMAD das Recht zur Führung der Organe des Gesundheitsdienstes, der medizinischen Behörden und Lehranstalten und der Betriebe der medizinischen Industrie.⁷¹

1948 wurde die DZVG als Hauptverwaltung für das Gesundheitswesen in die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) eingegliedert. Nun war es möglich, innerhalb von Monaten Verordnungen und Anordnungen zu verabschieden, wie Approbationsordnungen für Ärzte oder Anordnungen über den Aufbau der Gesundheitsverwaltung in der SBZ. Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 ging die Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen in das Ministerium für (Arbeit und) Gesundheitswesen (MfG) über.⁷²

Die Entnazifizierung des Gesundheitswesens

Von der DZVG wurde 1945 auch die „Richtlinie zum Reinigen in der SBZ von nazistischen Elementen in Heilberufen“ eingeführt. Damit wurde früheren Angehörigen der Gestapo, der SS und des SD das Ausüben von medizinischen Berufen untersagt. Ein Problem, das sich unter anderem daraus ergab, war ein akuter Ärztemangel in der SBZ. Es gingen viele Ärzte noch vor Gründung der DDR in die westlichen Besatzungszonen oder waren als frühere NSDAP-Mitglieder nicht mehr als Ärzte zugelassen.⁷³

Schon auf der Potsdamer Konferenz wurde beschlossen, dass all diejenigen Gesetze abgeschafft werden, welche Grundlage für das NS-Regime waren und die eine Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion oder politischer Überzeugung ermöglichten. Somit hatte die SMAD nicht nur frühere Nationalsozialisten aus den medizinischen Berufen entlassen, sondern auch folgenschwere nationalsozialistische Gesetze im Bereich des Gesundheitswesens beseitigt und den Gesundheitsämtern die Umsetzung überlassen.⁷⁴

Zur Entnazifizierung gehörte auch das Auflösen von nationalsozialistischen Organisationen und Vereinen jedweder Art. Auch das Deutsche Rote Kreuz wurde mit einem SMAD-Befehl im September 1945 als solches aufgelöst. Gegen eine Wiedergründung des Roten Kreuzes hatten die Kommunisten lange Zeit eine deutliche Abneigung. Für sie war es eine Organisation des Bürgertums und eine militaristische Einrichtung gewesen, die eine tragende Funktion im Nationalsozialismus hatte. Stattdessen sollte ein „Samariterwerk“ geschaffen werden, dem alle Sach- und Vermögenswerte sowie Einrichtungen des ehemaligen DRK übergeben werden sollten. Das „Samariterwerk“ sollte einen ehrenamtlichen Sanitäts- und Rettungsdienst aufbauen – streng nach antifaschistischen und antimilitärischen Prinzipien. Erfahrene und politisch zuverlässige Helfer durften übernommen werden, auch ehemalige Arbeitersamariter. Den Samariterwerken sollten Krankenhäuser, Verpflegungs- und Betreuungsstellen, Krankentransporte und zukünftige Unfallhilfestellen unterstehen.⁷⁵ Diese Anordnung wurde nie weiterverfolgt. Ein Grund könnte eine wesentliche Aufgabe der SMAD gewesen sein: Ein verstaatlichtes Gesundheitswesen zu organisieren, unter Ausschaltung aller privatwirtschaftlichen Interessen.

Noch im Herbst 1945 wurde die Einrichtung von Gesundheitsämtern auf Landes-, Provinzial-, Kreis- und kommunaler Ebene in der SBZ geregelt.⁷⁶ Durch die Schaffung von Hygienestationen sollten sie zuerst ihr Augenmerk auf die Bekämpfung von Seuchen, die Verbesserung der Hygiene und auf die Reduzierung der Säuglingssterblichkeit richten.⁷⁷ Die Gesundheitsämter stützten sich hierbei auf Angehörige des ehemaligen ASB, des Proletarischen Gesundheitsdienstes Deutschlands (PGD), auf subjektiv ehrliche Mitglieder, die im ehemaligen DRK tätig gewesen waren, sowie auf andere Bürger, die Grundkenntnisse in der Ersten Hilfe nachweisen konnten.⁷⁸

Die zentrale Kontrolle und das Verstaatlichen aller Organisationen ließen keinen Platz für einen unabhängigen ASB, dessen Kernüberzeugung stets die parteipolitische Neutralität gewesen war. Hinzu kommt, dass es sich bei den Sowjets und ihren deutschen Helfern um Kommunisten handelte – mit Kommunisten hatte der ASB schon vor 1933 Erfahrungen gesammelt und solche Mitglieder entweder ausgeschlossen, oder diese waren selbst gegangen und hatten eigene Sanitätsvereine gegründet.

4. Das Übertragungselement – der FDGB (Gesundheitsdienst)

Bereits am 10. Juni 1945 wurde der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund durch den Befehl Nr. 2 der SMAD gegründet. Der FDGB war der Dachverband von etwa 15 Einzelgewerkschaften in der SBZ und ab Oktober 1949 bis 1990 in der DDR. Er entwickelte sich schnell zur mitgliederstärksten politisch-gesellschaftlichen Organisation. Als wirtschaftliche sowie sozialpolitische Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten hatte er eine besondere Bedeutung. Die hohe Mitgliederzahl, die wichtige Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Charakter als parteiübergreifende Bewegung führten dazu, dass sich vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten um eine Vorherrschaft in der Gewerkschaftsbewegung bemühten. Beide verfolgten zwar die Absicht, eine Einheit der Gewerkschaften zu erreichen, hatten aber unterschiedliche gewerkschaftspolitische Ziele. Die Entwicklung des FDGB in den ersten Jahren war ein Spiegelbild der Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen politischen Richtungen der Arbeiterbewegung – vor allem aber zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten. Kern der Streitigkeiten war der Anspruch der Kommunisten, genauso stark in den Führungsgremien vertreten zu sein wie die Sozialdemokraten sowie ihre Forderung, den Vorsitzenden zu stellen. Sie wollten ihre Minderheitenrolle in der deutschen Gewerkschaftsbewegung von Beginn an überwinden.⁷⁹

Die SMAD griff oft mit Hilfe der SED in die tägliche Arbeit des FDGB ein. Der FDGB war wiederum auf ein gutes Verhältnis zur Besatzungsmacht angewiesen, da in den ersten Nachkriegsjahren alle Regelungen, die den Arbeitslohn, die Arbeitszeit, die Arbeitsordnung oder die Mitbestimmung betrafen, der Zustimmung der SMAD bedurften. Die SMAD setzte nicht nur die politischen, rechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen für die Arbeit des FDGB, sondern konnte auch über das Einräumen von Privilegien einerseits und die Drohung mit Repressalien andererseits auf die Haltung und Arbeit der Funktionäre Einfluss nehmen.⁸⁰

Der FDGB entwickelte sich zu einem wichtigen Teil des politischen Systems des Staatsapparates.⁸¹ 1948 beschloss die SED das Ziel, sich in eine „Partei neuen Typus“ um-



Emblem des FDGB bis 1990. Der FDGB übernahm ab 1946 den Gesundheitsdienst bis zur Gründung des DRK in der DDR im Jahr 1952.

zuwandeln – das bedeutete eine am Marxismus-Leninismus orientierte Partei sowie ein an der Sowjetunion orientierter Aufbau der Gesellschaft mit Durchsetzung des demokratischen Zentralismus. Dieser Typus sollte auch auf alle gesellschaftlichen Organisationen, somit auch auf den FDGB, übertragen werden. Es ging um die politisch-ideologische Erziehung ihrer Mitglieder. Ab jetzt wurde jegliche innerparteiliche Opposition gegen den Kurs des Politbüros für illegitim erklärt. Umfangreiche politische „Säuberungen“ der Partei folgten: 150 000 nonkonforme Mitglieder, in der Hauptsache ehemalige Sozialdemokraten, die nach der Zwangsvereinigung ihrer Partei mit der KPD zur SED geblieben waren, wurden aus der Partei ausgeschlossen.⁸²

Der ASB hatte sich bis 1933 zwar selbst als politisch neutral definiert, aber ihm wurde stets eine sozialdemokratische Linie nachgesagt. Die Entwicklung in der SBZ ließ es zunehmend abwegiger erscheinen, den ASB wieder entstehen zu lassen.

Auch die Gewerkschaften sollten also die Ideologie des Marxismus-Leninismus in der Bevölkerung verbreiten. Der FDGB war dabei das Übertragungselement – diese elementare Aufgabe sollten die FDGB-Mitglieder umsetzen. Der FDGB war dabei keinesfalls unabhängig, sondern arbeitete für die SED-Regierung. So kam es immer mehr zur Entfremdung der Gewerkschaftsbewegung von den eigentlichen Interessen der Arbeiterschaft – im Vordergrund standen nun die gesellschaftlichen Interessen und die Ziele des Staates.⁸³ Trotzdem hatte der FDGB im Jahr 1950 schon 4,7 Millionen Mitglieder zu verzeichnen.⁸⁴

Bereits im Sommer 1945 rief der DZVG alle Personen in medizinischen Berufen auf, sich dem FDGB-Gesundheitsdienst anzuschließen, um dort in Selbstverwaltung ihre eigenen Interessen und die des Volkes zu vertreten.⁸⁵

Um das Gesundheitswesen immer mehr zentral zu steuern, wurde schon im März 1946 innerhalb des FDGB die Abteilung Sozialpolitik gebildet. Diese Abteilung leitete auch den FDGB-Gesundheitsdienst bis zur Gründung des DRK der DDR 1952. Der FDGB-Gesundheitsdienst übernahm die Aufgaben des von der Besatzungsmacht nicht zugelassenen DRK, auch die im Betriebssanitätswesen. Dazu gehörte vor allem die Erste-Hilfe-Leistung auf Veranstaltungen bei Verletzungen, Unfällen oder plötzlich auftretenden Erkrankungen, die Durchsetzung vorbeugender Maßnahmen zum Arbeitsschutz und die dazugehörigen Kontrollen sowie die medizinische Versorgung der Werk tätigen in den Betrieben.⁸⁶

Zu einer völlig neuen Kernaufgabe gewerkschaftlicher Sozialpolitik wurde die Kontrolle betrieblicher Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen. Im Anschluss an Erörterungen gewerkschaftlicher Forderungen nach Verbesserungen im betrieblichen Gesundheitsschutz fällte das Zentralkomitee (ZK) der SED am 31. März 1947 Beschlüsse über betriebliche Präventionsaufgaben. Der Aufbau eines Betriebsgesundheitsystems war von großer Bedeutung

und nur auf Grund der Erfahrungen in der Sowjetunion möglich. Sie umfassten Hygiene- und Unfallschutzmaßnahmen und die kontinuierliche medizinische Betreuung der Belegschaften. Vor diesem Hintergrund übernahm der FDGB ab Januar 1948 auch die Aufgabe der Ausbildung der freiwilligen Gesundheitshelfer. In einem fünfzigstündigen Hauptlehrgang wurden die Gesundheitshelfer in Erster Hilfe unterrichtet – acht Stunden davon galten gesellschaftswissenschaftlichen Themen, dazu gehörte auch die SED-Ideologie.⁸⁷

Als Abzeichen trugen die Gesundheitshelfer das weiße Kreuz auf rotem Feld – genau wie früher die Arbeitersamariter. Der FDGB-Gesundheitsdienst wuchs bis 1951 auf rund 26 000 Gesundheitshelfer an.⁸⁸

Die SED besaß ebenfalls eine Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ bzw. Sozialpolitik auf den Landesebenen sowie im Zentralsekretariat in Berlin. Auch dies diente nur dem Zweck, alles zu vereinheitlichen und zentral zu steuern. Mit der Gründung der DDR und der Bildung von Ministerien wurde die Abteilung im Juli 1950 jedoch aufgelöst – ihre Aufgaben übernahm der Sektor Arbeit und Gewerkschaften in der Abteilung Wirtschaftspolitik.⁸⁹

Zudem war die Entstehung von Polikliniken ein neuer Ansatz im Aufbau des Gesundheitswesens in der SBZ. 1946 wurde festgelegt, dass es eine Umorientierung auf die poliklinische Behandlung geben sollte.⁹⁰ Polikliniken waren staatliche ambulante Kliniken mit mehreren verschiedenen medizinischen Fachbereichen. Sie waren, mit Ausnahme einiger Universitäts-polikliniken, nicht mit Krankenhäusern, in denen stationär behandelt wurde, verbunden. Trotz des Aufbaus von Polikliniken sowie des Betriebsgesundheitswesens gab es jedoch einen Mangel an Ärzten und medizinischem Personal in der SBZ. Dieser gründete unter anderem in der massenhaften Flucht von Fachkräften in die westlichen Besatzungszonen; zudem wechselten viele Schwestern und Pfleger aufgrund der teils katastrophalen Arbeitsbedingungen und der schlechten Bezahlung den Beruf. Die Versorgung mit Verbrauchsmaterial lag aufgrund der zentralistischen Wirtschaftspolitik ebenfalls im Argen. Dadurch konnte lange keine ausreichende breitenmedizinische Versorgung erreicht werden. Erst 1974, als von insgesamt 30 800 Ärzten 15 890 ambulant tätig waren, existierte erstmals ein einigermaßen vertretbares Verhältnis zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, wobei das nicht für alle Bezirke in der DDR galt.⁹¹

Die „aushelfenden“ Volkshelfer

Die Volkssolidarität (VS) entstand in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone im Frühjahr des Jahres 1946 als „Gemeinschaft freiwilliger Hilfe“ durch die Zusammenfassung von verschiedenen Solidaritäts- und Hilfswerk-Aktionen, die sich schon im Herbst 1945 in den

verschiedenen Regionen zur Linderung der Nachkriegsnot gebildet hatten. Die in Sachsen am 19. Oktober 1945 gegründete Kampagne „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ gilt als Namensgeber und bekanntester Vorreiter. Dieser Appell an die Bevölkerung kam von den Führungsgremien der sächsischen Parteiorganisationen, dem Landesausschuss des FDGB und den Vertretern der Landeskirchen in Sachsen. Einige Tage später besprach die sächsische KPD in einer Konferenz die Aufgaben und Funktionen der VS – der 24. Oktober 1945 gilt seither als ihr Gründungstag.⁹²

Schaut man auf die Unterstützer der Kampagnen für die VS, ist sie eine politisch gewollte Organisation gewesen. Das von der VS verfasste Schreiben „Schaffung der politischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung unserer Aufgaben“ mit dem Untertitel „Stärkere Politisierung der Kreis- und Ortsausschüsse“ bestätigt dies. Hierin steht, dass die Volkssolidarität sich im Wesentlichen auf die politischen Parteien und Gewerkschaften – auch auf den FDGB – und ihre Organisationen stütze und daher eine stärkere Mitarbeit von diesen erforderlich sei.⁹³

Bei der Suche nach Helfern für die VS wurde, wie im Gesundheitsdienst des FDGB, auf ehemalige ASB- und PGD-Mitglieder gesetzt. In der Anfangszeit konzentrierte sich die Tätigkeit der VS auf diejenigen, die am meisten unter dem Krieg gelitten hatten – also Kinder, Alte, Vertriebene und Flüchtlinge sowie Kranke und heimkehrende Kriegsgefangene, aber auch auf die Beseitigung der Trümmer, die Bergung von Baustoffen und die Verbesserung des sozialen Umfelds durch Essen und Kleidung.

Die Aufgabe der Ersten Hilfe wurde Ende der 1940er Jahre auch in das Tätigkeitsspektrum der VS aufgenommen – jedoch eher als „Zwischenlösung“, da die Volkshelfer zwar eine „Ausbildung“ zu diesem Thema erhalten sollten, jedoch war diese nicht mit der viel ausführlicheren Ausbildung der FDGB-Gesundheitshelfer zu vergleichen. Es war eher ein kurzer „Intensivkurs“.

Ende Juni 1949 erklärte das Zentralsekretariat in Berlin der SED der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge in Potsdam „daß wir mit den Maßnahmen über den Einsatz der Volkshelfer bei sportlichen und sonstigen Veranstaltungen durchaus einverstanden sind. Wir empfehlen jedoch, einen Schritt weiterzugehen und auch die Gesundheitshelfer in den Betrieben für solche Hilfsleistungen bei Veranstaltungen, Aufmärschen, Sportveranstaltungen usw. mit heranzuziehen. [...] Die Betriebsgesundheitshelfer können außerhalb des Betriebes darin als die Volkshelfer über die V. S. mit eingesetzt werden.“⁹⁴

Man muss hierbei beachten, dass durch den FDGB-Gesundheitsdienst nicht immer die vielfältigen außerbetrieblichen Anforderungen bei der Sicherstellung des Unfallschutzes oder der medizinischen Betreuung von Sport- und Kulturveranstaltungen gewährleistet werden

konnten. Auch das staatliche Gesundheitswesen war mit administrativen Maßnahmen und der Einrichtung von Sanitäts- und Hilfsdiensten allein nicht in der Lage, alle Aufgabenfelder abzudecken.⁹⁵ Dieses Problem und das der Uneinheitlichkeit endete einige Jahre später mit der Gründung des DRK in der DDR.

Die Volkssolidarität war bis Mitte der 1950er Jahre keine Mitgliederorganisation, sondern eine von den Parteien, den gesellschaftlichen Organisationen, den Kirchen und anfänglich von einigen Zentralverwaltungen getragene und angeleitete Bewegung mit entsprechendem institutionellem Rückhalt. Im Laufe des Jahres 1949 wurde die gesamte Organisation vereinheitlicht und zentralisiert. Nun war die VS an die Beschlüsse des Zentralausschusses gebunden und arbeitete unter seiner Leitung als gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts.⁹⁶

Die politische Indoktrination aller im Gesundheitsdienst arbeitenden Personen wurde parallel vorangetrieben. Ein Schreiben eines Mitarbeiters aus dem Babelsberger Krankenhaus an den SED-Landesvorstand in Brandenburg von Januar 1949 macht dies deutlich:

„Um die politische Arbeit im Gesundheitswesen vorwärts zu treiben, möchte ich einige Vorschläge bringen: Die gesellschaftliche Umformung und die neue Beziehung zur Arbeit, die sich in unserer Zone vollzieht, muss sich auch im Gesundheitswesen bald bemerkbar machen. [...] Die demokratische Umformung der Ärzte und Schwestern muss unbedingt vorwärts getrieben werden, denn zusammen bedeuten sie noch einen Block, der zerbröckelt werden muss. Die Ärzte und Schwestern betreuen den krank gewordenen Werktätigen. Unsere [...] Arbeiter sehen und fühlen Ärzte und Schwestern als heilende Kraft, [...]. Somit haben Ärzte und Schwestern grossen Einfluss auf den krank gewordenen Werktätigen. [...] hier in der Poliklinik, wo sich die Werktätigen zusammen ballen und durch ihre Krankheit fast jedem Einfluss unterliegen, hier müssen demokratisch geschulte Kräfte ihres Amtes walten.“⁹⁷

Dem Mitarbeiter war bewusst, dass kranke Menschen in einem Abhängigkeitsverhältnis zum medizinischen Personal stehen und ihnen hilflos ausgeliefert sind. Dieser Zustand sollte ausgenutzt werden, um die politische SED-Ideologie an die Bevölkerung zu vermitteln.

5. Vom „nationalsozialistischen“ DRK zum „sozialistischen“ DRK

Nach der Gründung der DDR stellte die SED auf ihrem Parteitag fest, dass die bisherigen Maßnahmen zur Verbesserung der Volksgesundheit nicht ausreichten. Es entstand das Bedürfnis nach einer größeren, über den Rahmen des FDGB-Gesundheitsdienstes hinausgehenden Gesundheitsorganisation. Am 23. Oktober 1952 beschloss der Ministerrat der DDR mit Zustimmung der sowjetischen Regierung die Verordnung über die Bildung der Organisation „Deutsches Rotes Kreuz“. Mit Gründung des DRK der DDR löste sich der FDGB-Gesundheitsdienst auf. Zwei Organisationen, die die gleichen Tätigkeiten ausübten, war für die DDR nicht vertretbar.

Das DRK der DDR hatte nun die Aufgabe, das staatliche Gesundheitswesen zu unterstützen. Es bildete Hilfskräfte für das Gesundheitswesen aus (zum Beispiel in Betrieben), leistete Erste Hilfe bei Unglücksfällen, Sport- und Kulturveranstaltungen, Massenkundgebungen und öffentlichen Notständen, organisierte die medizinische Volksaufklärung, schuf ein breites Netz von Unfallhilfestellen und stellte den Krankentransport (außer in Polikliniken und Krankenhäusern). Das DRK übernahm auch den Wasserrettungsdienst in Binnengewässern, den Küsten-, den Berg- und den Grubenrettungsdienst.⁹⁸

Durch die Einheitlichkeit wollte man von vornherein eine Zersplitterung und die Entstehung konkurrierender Organisationsformen verhindern. Die Aufgaben des ehemaligen FDGB-Gesundheitsdienstes – und vor 1933 waren es auch die Aufgaben des ASB gewesen – übernahm nun komplett das neue DRK der DDR.⁹⁹

Die DDR übernahm die ablehnende Haltung gegenüber dem ASB von der Sowjetischen Militäradministration und ließ stattdessen das DRK neu aufleben. Das DRK übernahm alle FDGB-Gesundheitshelfer, auch ehemalige Arbeitersamariter.¹⁰⁰

Das DRK der DDR hatte noch einen weiteren Vorteil: Es konnte unmittelbar Teil eines großen internationalen Netzwerkes werden und internationale Anerkennung erreichen – nach dieser strebte die DDR. Diese internationale Reichweite hatte der ASB nicht in dem Maße vorzuweisen. Die DDR wollte mit der Bundesrepublik im öffentlichen Ansehen mithalten und suchte daher stets nach internationaler Anerkennung.

In der Bundesrepublik wurde das DRK schon 1950 in Koblenz wiedergegründet. Die Anerkennung des DRK in der Bundesrepublik erfolgte durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) am 26. Juni 1952. Die DDR gründete sein DRK nicht zufällig im Oktober 1952, sondern als Reaktion auf die internationale Anerkennung des DRK der Bundesrepublik. Zudem war auch in der Sowjetunion – dem „großen Bruder“ – das Sowjetische Rote Kreuz etabliert. 1954 erfolgte auch für die DDR die Anerkennung als nationale Rotkreuz-Gesellschaft durch das IKRK und wenig später die Aufnahme in die Liga der Rotkreuz-Gesellschaften.

Der langjährige Generalsekretär und Präsident des DRK der DDR, Dr. Werner Ludwig, begründete 1958, wieso der ASB neben dem DRK der DDR nicht bestehen brauchte:

„Da das Deutsche Rote Kreuz in der Deutschen Demokratischen Republik eine gesellschaftliche Organisation in einem Arbeiter-und-Bauern-Staat darstellt, die in ihrer Zielsetzung den Interessen der Arbeiterklasse entspricht, erübrigte sich die Bildung eines vom Roten Kreuz getrennten Arbeiter-Samariter-Vereins in der Deutschen Demokratischen Republik. In einer Gesellschaftsordnung, die die sozialen Hoffnungen und Forderungen der Werktätigen auf allen gesellschaftlichen Gebieten, besonders ersichtlich auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes der Werktätigen, zur Erfüllung bringt, können fortschrittliche Traditionen in eine einheitliche und zutiefst demokratische Organisation, wie sie unser Deutsches Rotes Kreuz heute darstellt, übernommen werden.“¹⁰¹

Wieder einmal spielte die Vereinheitlichung, neben dem Grund der zentralen Kontrolle des DRK der DDR durch die SED, eine Rolle. An einen zweiten Verein, mit denselben Aufgaben und ohne die Beaufsichtigung des DDR-Regimes, war aus Sicht der Regierung nicht zu denken. Fortan berief sich das DRK der DDR gern in Festreden auf die antifaschistische Tradition des ASB und betonte ihn als eine wichtige Wurzel.

6. Gründe des Scheiterns eines neuen ASB in der SBZ und DDR

Nicht alle ehemaligen Arbeitersamariter haben still alles um sich herum passieren lassen. In einigen von ihnen lebte ein großer Kampfgeist und dieser führte zu vereinzelt Bemühungen, in der SBZ und jungen DDR den ASB wieder aufleben zu lassen.

Die ersten Bemühungen zur Wiedergründung des ASB in der sowjetischen Besatzungszone gehen auf Walther Apelt im Mai 1945 zurück. Apelt war überzeugter Kommunist und Mitglied im ASB, bis er wegen politischer Uneinigkeiten innerhalb des ASB im Jahr 1929/30, die „ausgeschlossene Gruppe“ Nowawes in Brandenburg gründete und dort den Vorsitz übernahm. Sein unerbittlicher Einsatz für die Wiedergründung des ASB in Brandenburg reichte über einen Versuch weit hinaus.

Im Spätsommer und Herbst 1945 gab es einen weiteren Versuch der Wiedergründung – diesmal von Otto Hilpert in Leipzig. Hilpert war von 1922 bis 1933 der Technische Leiter der ASB-Kolonie in Leipzig und überzeugter Sozialdemokrat – was ihm nach 1945 in der SBZ zum Verhängnis wurde. Während Walther Apelt ein Mann der Tat war, war Otto Hilpert ein Mann der Worte. Er schrieb 1945 ganz selbstbewusst Forderungen auf, um den ASB unter seinen Vorstellungen aufbauen zu können. Was er forderte, war beeindruckend und zeigt seinen Enthusiasmus, aber wurde er von der SMAD angehört?

Karl Kretschmar hatte als Sohn des ehemaligen ASB-Bundesvorsitzenden Theodor Kretschmar in Chemnitz eine große Bürde zu tragen. Alle Augen waren nach 1945 auf Chemnitz, als ehemaliger Bundesvorsitz, gerichtet. Karl Kretschmar hatte vor den Nationalsozialisten das ASB-Bundesbanner gerettet, welches außen am Bundeshaus Chemnitz gehangen hat. Der Druck war groß, nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in dieser Stadt einen Versuch zu wagen. Sein Vater, zu der Zeit schon in hohem Alter, wollte das DRK in einen neuen ASB überführen. Mit der Auflösung des DRK in der SBZ war der Plan jedoch überholt. Als sein Vater 1948 starb, war Karl Kretschmar auf sich allein gestellt. Als „alter“ Sozialdemokrat war er mit der politischen Situation in der SBZ und auch in der DDR unzufrieden. Seine Werte und Ideale aus der Arbeiterbewegung spiegelten sich in dieser Gesellschaft nicht wider. Kretschmars karge Wiedergründungsversuche schlugen ebenfalls fehl.

Alle Organisationen auf dem Gebiet der Ersten Hilfe in der SBZ und jungen DDR – wie der FDGB, die VS oder ab 1952 das DRK der DDR – konnten nicht unabhängig agieren. Sie wurden stets von der SMAD, der Partei oder deren Organisationen kontrolliert und politisch gesteuert. In anderen Fällen haben die zentral verwalteten Gesundheitsämter den Sanitätsdienst übernommen. Ende der 1940er Jahre wurde Apelts Versuch, den ASB aufleben zu lassen, als unnötig erachtet und an die Landespolizei mit folgender Begründung weitergeleitet:

„Die Aufgaben, die sich der in Babelsberg unberechtigterweise gegründete Arbeitersamariterbund im Ersten-Hilfeinsatz gestellt hat, sind in den Satzungen der Volkssolidari-

tät enthalten. Es heißt: Die Volkshelfer der Volkssolidarität stellen sich zur Ersten Hilfe zur Verfügung bei Demonstrationen, Massenkundgebungen, Sport, kulturellen Veranstaltungen etc.“¹⁰²

Am Beispiel der sächsischen Stadt Plauen mit ihren „Volkssamaritern“ wird deutlich, dass die Auflösung dieses und aller freiwilligen Sanitätsdienste dazu führte, dass die Gesundheitsämter nun für deren Aufgaben verantwortlich waren. Der Sanitätsdienst wurde hier über die Gesundheitsämter zentral verwaltet und konnte so von der Landesverwaltung bzw. auch von dem Zentralsekretariat der SED kontrolliert werden.

In der SBZ und DDR war die politische Einstellung der Mitglieder bzw. des medizinischen Personals dieser Organisationen ebenso wichtig wie die fachliche Ausbildung. Sie sollten die Ideologie der SED nicht nur selbst verinnerlichen, sondern auch an die kranken Menschen weitergeben.

Die SMAD und später auch die SED zielten nicht darauf ab, ein System mit unabhängigen Wohlfahrtsverbänden zu etablieren. Die Verstaatlichung aller Bereiche des Lebens in der SBZ und DDR, auch im Gesundheitswesen, führte dazu, dass der ASB keine echte Chance hatte, sich neu zu gründen. Es gab keine exponierten Personen mit Einfluss in der SED, die eine Wiedergründung des ASB in der SBZ oder gar in der DDR verfolgt hätten, auch hochdekorierte Parteikader wie Dr. Karl Gelbke nicht. Diese setzten auf eine neue staatliche Ordnung des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens. So konnte selbst der größte Kampfgeist, den ASB aufleben zu lassen, keinen Erfolg haben. Vehement griff die SED auf ihre kontrollierbaren Organisationen zurück, auch wenn das bedeutete, dass sie die Satzung des ungeliebten ASB übernehmen mussten.

Die Gründung des DRK in der DDR war lange nicht vorgesehen, sondern 1952 vor allem eine Reaktion auf die Anerkennung des DRK der Bundesrepublik durch das IKRK – denn nach internationaler Anerkennung strebte der Satellitenstaat der Sowjetunion auch.

Insgesamt hatten sozialdemokratische Traditionen in der SBZ und der DDR keinen Platz. Die Sozialdemokraten, die sich nicht vollkommen auf der Linie der SED bewegten, wurden als Erzfeinde unterdrückt. Dies hatte auch Folgen für den ASB, dem in der Rückschau noch immer eine Nähe zur Sozialdemokratie unterstellt wurde.

Die einzelnen Versuche der Wiedergründung des ASB in der SBZ und DDR werden im folgenden Kapitel beschrieben.

V. Wiedergründungsversuche in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR

epublik als
ieder ins Leben
lle ehemaligen
owie die früheren
innen des Roten K
Personen, die auf
„ersten Hilfe“ und
pflege ausgebildet
ten wollen, werden
tag, 28. Novemb
Versammlung

gerufen worden.
Arbeiter-Samariter
Helfer und Hilfe-
kreuzes, ebenso alle
dem Gebiet der
in der Kranken-
sind und mitarbei-
n gebeten, am Mon-
er, um 20 Uhr, zu
der Arbeiter-Sama-
stätte Kuftner i



1. Plauen

Ein Funken Hoffnung für die (Volks-)Samariter?

Plauen, lange verschont, wurde in den letzten Monaten des Krieges mit mehrfachen Bombenangriffen zu 75 Prozent zerstört und hatte eine hohe Opferzahl zu beklagen. Im April 1945 nahmen amerikanische Soldaten Plauen ein. Die Stadt lag in Schutt und Asche – aber was war mit den überlebenden Zivilisten und Soldaten? Hilfe konnten sie vor allem beim Deutschen Roten Kreuz finden, die Plauener ASB-Kolonne war 1933 zerschlagen worden. Doch als ab Juli 1945 die sowjetischen Besatzer Plauen gemäß den Beschlüssen von Jalta übernahmen, gab es nach einer kurzen Phase der weiteren Zulassung des DRK eine folgenschwere Änderung für die hilfesuchende Plauener Bevölkerung.

Wurde das DRK zunächst als „[...] Neuzulassung des von nationalsozialistischem und militärischem Ungeist freien Roten Kreuzes für das Gebiet der Landesverwaltung Sachsen [...]“¹⁰³ akzeptiert, kam es im Zuge der Entnazifizierung zum kurzen Prozess. Im September 1945 erschien plötzlich die Anordnung der Landesverwaltung Sachsen über die Auflösung des Roten Kreuzes Sachsen – einer „nationalsozialistischen“ Organisation, die man in der SBZ auf keinen Fall mehr dulden wollte: „1. Alle Organisationen des Roten Kreuzes im Bundesland Sachsen [...] sind bis spätestens 30. September 1945 aufzulösen. 2. [...] Die Abwicklung hat sich [...] auch auf das gemäß Verordnung vom 16. Juli 1945 neu gebildete Rote Kreuz Sachsen zu erstrecken.“¹⁰⁴

Selbstverständlich galt dieses Verbot auch für die sächsische Stadt Plauen. Die Auflösung des Roten Kreuzes war hier bis zum 12. Oktober 1945 umgesetzt.¹⁰⁵ Die Kreisstelle des Roten Kreuzes in Plauen war bis dahin von K. Gruber geleitet worden. Er musste die Auflösung seines Vereins hinnehmen, aber nicht, dass es nun keinen Erste-Hilfe-Dienst mehr gab, um der Bevölkerung zu helfen. Gruber war ein Mann, der seine Ziele verfolgte und so setzte er sich vehement für die Fortführung der Ersten Hilfe durch Freiwillige ein. Unter den Umständen nach dem Krieg konnte auch nicht auf die Fortführung deren bisheriger Arbeit verzichtet werden. Neben der Zerstörung der Stadt sowie fehlendem Wohnraum und der hohen Verluste in der Bevölkerung kam mit der sowjetischen Besatzungsmacht nun noch die beginnende Demontage der Industrieanlagen in Plauen hinzu, die als Reparationsleistungen in die Sowjetunion abtransportiert wurden. War Plauen seit dem 18. Jahrhundert vor allem bekannt für seine Stoff- und Textilindustrie – und kamen so immer mehr Menschen in die Stadt – war es seit den 1920er Jahren mehr durch das Maschinenbaugewerbe geprägt, was die Besatzer nun für sich ausnutzten.

Um die schlechte Situation der Menschen in Plauen zu verdeutlichen, schrieb Gruber im Oktober 1945 an den Plauener Landrat einen Bericht über die Arbeit des Sanitätsdienstes in den letzten Monaten. Hierfür erstellte er sogar einen neuen Briefkopf: „Gesundheitsdienst ‚Erste Hilfe‘, ehem. Rotes Kreuz Sachsen Kreisstelle“.¹⁰⁶ In einem weiteren Schreiben bezugeten

Gruber und der Oberbürgermeister Plauens das Ende des DRK, aber auch die „[...] Weiterführung der bisher vom Roten Kreuz organisierten ‚Ersten Hilfe‘ [...] unter der Aufsicht des Stadtgesundheitsamtes [...] solange bis eine neue Organisation unter Mithilfe der drei antifaschistischen Parteien ins Leben gerufen ist.“¹⁰⁷

Schon im Dezember 1945 war es so weit – es fand eine Besprechung zur Neugründung eines ‚Erste-Hilfe-Dienstes‘ in Plauen statt. Zu den Anwesenden zählten einige Mitglieder des ehemaligen DRK wie Gruber, Mitglieder der LPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands), SPD und KPD sowie der Amtsarzt Dr. Friedrich, aber auch zwei Mitglieder des ehemaligen ASB, Herr Kost und der ehemalige ASB-Kolonnenarzt Dr. Eberhard Schwarzbach. Für alle war es von Belang, die lebenswichtigen Aufgaben des nicht mehr existierenden DRK so schnell wie möglich weiterzuführen. Dazu gehörte der Katastrophendienst, der Hilfsdienst bei Veranstaltungen und die Erste Hilfe in den Betrieben.

Alle waren sich einig – es musste ein neuer Verein gegründet werden. Das Protokoll der Versammlung verrät: „Dieser neue Verein soll den vorläufigen Namen ‚Volkssamariterbund Plauen‘ führen.“¹⁰⁸ Ist der Name eine Anlehnung an den früheren Arbeiter-Samariter-Bund, der 1933 verboten wurde?

Damit man die notwendigen Geräte, Medikamente, Einrichtungsgegenstände etc. aus der Liquidation des DRK und von der Landesverwaltung Sachsens erhielt, musste der neue Verein schnell gegründet werden. Neben der Stadt Plauen sollte auch im Stadtkreis Reichenbach gearbeitet werden, den man für einen eigenen Verein für zu klein und zu wenig leistungsfähig hielt. Am wichtigsten war es, Mitglieder und Einsatzkräfte zu finden, also wurde beschlossen, sich auf die bereits vorhandenen männlichen und weiblichen Einsatzkräfte – soweit sie politisch tragbar waren – zu stützen. Zudem wurde an diesem Tag ein siebenköpfiger provisorischer Vorstand als „Ausschuss für Erste Hilfe“ eingesetzt, hierbei waren der Oberbürgermeister und der Landrat Plauens der erste und zweite Vorsitzende und Gruber übernahm dieselbe Position im ‚Volkssamariterbund Plauen‘ wie im DRK, nämlich als dessen Geschäftsführer.¹⁰⁹ Herr Kost und Dr. Schwarzbach wurden ebenfalls in den provisorischen Vorstand und damit als politisch unbedenklich gewählt. Der Volkssamariterbund legte von Beginn an Wert auf die Mitwirkung und Expertise ehemaliger Arbeitersamariter. Im Dokument zum Volkssamariterbund wird zudem von „Samaritern“ und dem „Samariterbund“ gesprochen, hier findet sich eine enge Anlehnung an den ASB und den Gebrauch seiner Begrifflichkeiten wieder. Die Teilnehmer erörterten auch künftige Strukturen und Aufgaben, Fortbildungen der Vereinsmitglieder in der Ersten Hilfe sowie Finanzierungsmöglichkeiten. Es sollte auch eine enge Anlehnung an die Volkssolidarität und an den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund geben.¹¹⁰ Hier muss noch einmal festgehalten werden, dass mit dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militär Administration

Dr. med. Eberhard Wilhelm Schwarzbach – geboren am 12. Juli 1878 in Naumburg/Saale – war nicht nur ehemaliger Kolonnenarzt des ASB in Plauen, sondern auch aktiv an dem Aufbau der Kolonne in den 1920er Jahren beteiligt gewesen. Er studierte Medizin an den Universitäten in München und Jena. In Jena erhielt er im Jahr 1904 seinen Dokortitel. Danach ging er nach Plauen

ans Stadtkrankenhaus als Medizinalpraktikant. Im Jahr 1906 ließ er sich dann mit seiner eigenen Praxis in Plauen als Arzt und Geburtshelfer nieder. Schwarzbach war verheiratet und hatte ein Kind. Er war ein beliebter Arzt in der Stadt und setzte sich erst 1957 mit fast 80 Jahren zur Ruhe. Fünf Jahre später, im Mai 1962, verstarb er in seiner Wahlheimat.¹¹¹

Deutschlands vom Juni 1945 klar geregelt wurde, dass eine Gründung von antifaschistischen Organisationen zulässig war, allerdings nur mit Wissen und Zustimmung der SMAD. Man kann davon ausgehen, dass die Gründer der Volkssamariter sich als antifaschistisch betrachteten. Doch wie schätzte die SMAD das ein? Zumindest war den Teilnehmern bewusst, dass ihr „[...] Verein ‚Volkssamariterbund Plauen‘ [...] zunächst der Genehmigung der sowjetischen Militärregierung in Plauen [bedarf].“¹¹² Am 14. Dezember 1945 stimmte jedoch zunächst nur Oberbürgermeister Alfred Dittel und am 19. Februar 1946 der Landrat Richard Mildienstrey zu.¹¹³ Eine Skizze, womöglich ein Anhang des Protokolls, erklärte bildlich den Aufbau des ‚Volkssamariterbundes Plauen‘. Er war klar dem Oberbürgermeister sowie dem Landrat unterstellt – beide waren daher auch Vorsitzende – und danach dem Stadtgesundheitsamt sowie dem Landesgesundheitsamt. Es wurden außerdem die Aufgabenfelder des ‚Volkssamariterbundes Plauen‘ deutlich: unter anderem der Suchdienst, die Einrichtung einer Rettungsstelle, der Krankentransport, die Betriebs-sanitätsdienststellen sowie Ausbildungslehrgänge.¹¹⁴

In der Zwischenzeit wurden im Januar 1946 von der Landesverwaltung Sachsen-Gesundheitswesen mit der Rundverfügung Nr. 34 Richtlinien zur Organisation eines Sanitäts- und Hilfsdienstes in der sowjetischen Besatzungszone aufgestellt. Es handelte sich um fünf Zweige, die der Sanitäts- und Hilfsdienst abdecken sollte: den allgemeinen Rettungsdienst in bewohnten Gegenden, Bergwerken, Bahnhöfen, an Wasserstraßen und öffentlichen Badestellen, die Erste-Hilfe-Stuben in allen Betrieben, den Krankentransport, den Sanitätsdienst bei besonderen Veranstaltungen (z. B. Sportveranstaltungen, öffentlichen Kundgebungen, Speisungen, Theater, Kino usw.) und in der Flüchtlingsbetreuung sowie den Hauspflegedienst. Die Einsatzkräfte dafür sollten „[...] in beschränktem Maße aus fest besoldeten, in weit größerem Umfange aus freiwillig sich zur Verfügung stellenden Samaritern und Samariterinnen“¹¹⁵ bestehen.

„Selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß es sich um Antifaschisten handelt, Männer und Frauen, die schon eine derartige Ausbildung hinter sich haben (Arbeiter-Samariterbund, Proletarischer Gesundheitsdienst, Sanitätsdienst im Felde und Dienst beim Deutschen Roten Kreuz) werden bevorzugt.“¹¹⁶

Landesverwaltung Sachsen
Gesundheitswesen

Dresden A 50, am 5. Jan. 46
Tel. 52031 u. 44121
Zimmer 234

Rundverfügung Nr. 34

An die Herren Oberbürgermeister und Landräte
mit Hebenabdrucken für die Leiter der Gesundheitsämter.

Auf Veranlassung für das Gesundheitswesen Berlin der Zentralverwaltung
müssen folgende Richtlinien zur Organisation eines Sanitäts- und Hilfs-
dienstes in der sowjetischen Besatzungszone beachtet werden :

Es wird für diesen Zweck vorgeschlagen, in jedem Betrieb von mindestens
10 Beschäftigten eine Person als Samariter auszubilden. Selbstverständ-
lich wird vorausgesetzt, daß es sich um Antifaschisten handelt. Männer
und Frauen, die schon eine derartige Ausbildung hinter sich haben (Ar-
beiter - Samariterbund, Proletarischer Gesundheitsdienst, Sanitätsdienst
im Felde und Dienst beim Deutschen Roten Kreuz) werden bevorzugt. Bei
größeren Betrieben ist dann die Zahl der vorgeschriebenen Samariter für
Erste Hilfe" zu erhöhen und bei sehr großen Betrieben dürfte die Ein-
richtung einer Sanitätsstube mit festem Sanitätspersonal zu empfehlen
sein.

Im Januar 1946 wurden von der Landesverwaltung Sachsen-Gesundheitswesen mit der Rundverfügung Nr. 34 Richtlinien zur Organisation eines Sanitäts- und Hilfsdienstes in der SBZ aufgestellt. Die Einsatzkräfte sollten vor allem aus freiwillig sich zur Verfügung stellenden Samaritern und Samariterinnen bestehen, die die Landesverwaltung Sachsens als Experten hierfür ansah.

Nicht nur die Gründungsmitglieder der Volkssamariter, sondern bis dato offenbar auch die Landesverwaltung Sachsens sahen die ehemaligen Arbeitersamariter als die Experten an, die man nun für das Vorhaben rekrutieren sollte.

Die SMA Sachsen duldete scheinbar noch den neuen Sanitäts- und Hilfsdienst, wollte aber nicht die Kontrolle darüber verlieren. Denn einige Tage nach der Rundverfügung Nr. 34, ebenfalls im Januar, erschien eine weitere Rundverfügung Nr. 36. Hierin stellte die SMA Sachsen klar, dass ohne ihre Zustimmung in diesem Bereich nichts zu unternehmen sei.

In der Rundverfügung ist der 2. Punkt relevant, da hier die Ausbildungskurse für Samariter in der Ersten Hilfe thematisiert wurden.

„Die [...] Ausbildungskurse zu Samaritern für Erste Hilfe bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der Sowjetischen Militärischen Administration im Bundesland Sachsen. Die Gesuche [...] haben anzugeben: Ausbildungskurse, Zeit der Kurse, Name des Leiters unter Angabe seiner Personalien, Dienststellung, früheren und jetzigen Parteizugehörigkeit, Ausbildungsplan und namentliche Liste aller Teilnehmer (Name, Vorname, Geburtstag, Beruf frühere und jetzige Parteizugehörigkeit). Vor Eingang der Genehmigung darf mit den Kursen nicht begonnen werden.“¹¹⁷

Es musste in jedem Fall für alle stattfindenden Ausbildungskurse auf die Genehmigung der SMA gewartet werden. Doch damit nicht genug, es wurden umfassende Personenkontrollen von Lehrern und Teilnehmern durchgeführt, vor allem bezogen auf ihre politische Einstellung. Die Kurse sollten unter den Vorgaben der SMA stattfinden dürfen.

Da die SMA Sachsens zwar eine klare Handhabung zu den Ausbildungskursen und den Mitgliedern des Sanitätsdienstes festlegte, aber kein Verbot aussprach, entwickelte sich in den Medien eine Art Lauffeuer zum Thema des neuen Volkssamariterbundes.

Schon ab Februar 1946 erschienen in verschiedenen Zeitschriften Aufrufe – vor allem wurden ehemalige Arbeitersamariter und Mitglieder des DRK angeworben. So lautete es in der ‚Volksstimme‘ sowie in der ‚Sächsischen Volkszeitung‘ folgendermaßen:

„Auch in Plauen ist deshalb ein Volks-Samariterbund ins Leben gerufen worden. Weibliche und männliche Personen, soweit sie nicht politisch belastet sind (insbesondere ehemalige Mitglieder des Roten Kreuzes und des Arbeiter-Samariterbundes) [...] werden ersucht, sich in der Dienststelle des ehemaligen Roten Kreuzes, in der Dobenastr. 14, I. Etage zu melden.“¹¹⁸

Am 22. März 1946 erschien in der ‚Volksstimme‘ erneut ein Aufruf für einen weiteren entscheidenden Schritt der Volkssamariter: „Alle Samariter und Samariterinnen werden gebeten, sich am 22. März, 19 Uhr, im Restaurant ‚Neue Welt‘, Lettestr. 1, zur Neueinteilung einzufinden.“¹¹⁹ Man wollte sich versammeln, um über eine Neugliederung des Volkssamariterbundes Plauen zu sprechen. Auf der Versammlung wurden die Vorstände gewählt – es blieb beim Oberbürgermeister und dem Landrat sowie K. Gruber als Geschäftsführer. Außerdem teilte man den Volkssamariterbund in acht Bezirksgruppen (Ost, West, Süd, Nord, Mitte, Preißelpöhl, Hammervorstadt und Reusa) mit jeweils einem Leiter ein und es wurde ein Fragebogen für die Mitglieder entwickelt, in dem politische Aktivitäten abgefragt wurden.

Es waren 105 Samariter und Samariterinnen sowie Vertreter der antifaschistischen Parteien bei der Versammlung anwesend. Das Protokoll von der ersten Sitzung, der Gründungsversammlung am 14. Dezember 1945, wurde allen vorgelesen. Es sollte darüber nachgedacht

werden, welche Ärzte im Volkssamariterbund auch für die Ausbildung des Nachwuchses zuständig sein sollten. Dr. Kraus verwies hierfür auf das Plauener Krankenhaus, in dem es mehrere tüchtige und antifaschistische Ärzte für diese wichtige Aufgabe gäbe und man sich darüber keine Sorgen machen müsse. Man einigte sich zudem darauf, dass der Krankentransport weiterhin von den Volkssamaritern übernommen werden sollte. Außerdem fand eine Diskussion zur achtsamen Aufnahme von Mitgliedern statt und wie man mit vermutlich ehemaligen NSDAP-Mitgliedern umgehen wollte, „[...] denn sonst kann es allzuleicht [sic!] den Anschein erwecken, daß dies ein Unterschlupf für ehem. Pg. [Parteigenossen] nom. bedeute. Bestimmte Richtlinien hierüber werden in Kürze herausgegeben.“¹²⁰ Zuletzt wurde darüber abgestimmt, dass ein monatlicher Mitglieder-Beitrag von 0,50 RM eingezahlt werden sollte. Beendet wurde die Sitzung mit den Worten: „Sofort mit der Arbeit beginnen!“¹²¹

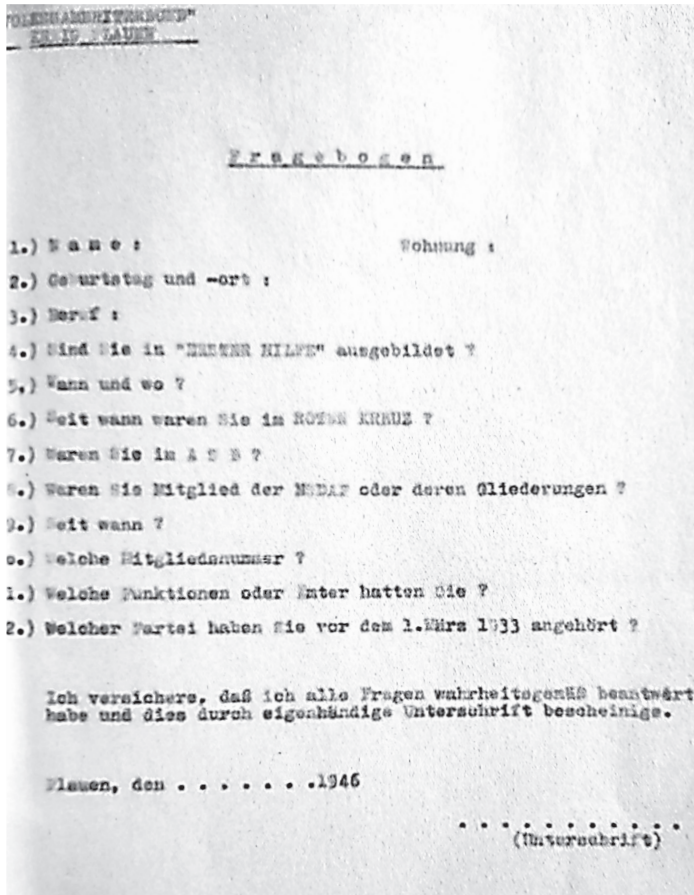
Den Volkssamaritern war es wichtig, ihre Mitglieder zu kennen und vor allem politisch einschätzen zu können und diese auf der für sie ‚richtigen‘ politischen Seite einzuordnen. Demnach entwickelten sie einen Fragebogen – sogar mit ihrem Logo ‚Volkssamariterbund Kreis Plauen‘ in der Kopfzeile – der die Mitglieder neben persönlichen Daten auch nach ihren Berufen und Mitgliedschaften im DRK oder ASB sowie in der NSDAP oder deren Gliederungen und dortige Funktion befragte.¹²²

Ebenfalls am 22. März 1946 setzte Gruber ein Schreiben zur Bildung von Ortssamaritergruppen auf. Besonders interessant hieran ist die Bestimmung zur Arbeitskleidung der Volkssamariter:

*„Die Dienstkleidung kann, soweit vorhanden, die bisherige Rote Kreuz Dienstkleidung ohne Kragenspiegel, Schulterklappen, blanken Knöpfen usw. getragen werden. [...] Am linken Oberarm ist eine Armbinde mit rotem Kreuz ohne jede Beschriftung gut befestigt anzulegen. Andere Abzeichen des Roten Kreuzes am linken Oberarm anzubringen, ist nicht statthaft. Als Kopfbedeckung können die Rote Kreuz Mützen [...] getragen werden. [...] Die Dienstkleidung darf nur im Dienst getragen werden, ebenso die Armbinde.“*¹²³

Es ist davon auszugehen, dass auf die Kleidung des DRK nur aus Not zurückgegriffen wurde. Nach dem Krieg und den materiellen Einschränkungen in allen Lebensbereichen, die für die Bevölkerung entstanden, konnte keine neue Dienstkleidung für den Sanitätsdienst angefertigt werden.

Des Weiteren entwickelte der Volkssamariterbund Plauen einen Lehrplan für die Samariter und Samariterinnen – beginnend mit dem Aufbau und der Einteilung des menschlichen Körpers, über Verletzungen wie Quetschungen, Verstauchungen, Verrenkungen oder



Den Volkssamaritern im Kreis Plauen war es wichtig, ihre Mitglieder zu kennen und diese auf der für sie ‚richtigen‘ politischen Seite einzuordnen. Demnach entwickelten sie einen Fragebogen, der die Mitglieder nach ihrer politischen Vergangenheit befragte.

Knochenbrüche, bis hin zur Gehirnerschütterung, Ohnmacht und der Wiederbelebung. Nach acht Doppelstunden war eine Vorprüfung zu absolvieren und nach der neunten Doppelstunde stand die Abschlussprüfung an.¹²⁴

Die Neugründung – also die Neugliederung, Struktur und Aufbau des Volkssamariterbundes – war in vollem Gange, doch dann geschah für die Beteiligten in Plauen etwas Unerwartetes. Am selben Tag, den 22. März 1946, wurde die Rundverfügung Nr. 74 von der Landesverwaltung-Gesundheitswesen, für ganz Sachsen erlassen, somit also auch für die Stadt Plauen und Umgebung. In dieser wurde ein explizites Verbot für die sich neugegründeten Sanitäts- und Hilfsdienste ausgesprochen:

Lehrplan für Samariter und Samariterinnen

1. Doppelstund - Arzt - .

Aufbau und Einteilung des menschlichen Körpers:
Knochen, Gliedmaßen, Muskulatur, Blut Kreislauf des
Blutes, Puls, Atmungsorgane, Verdauungsorgane.

2. Doppelstund - Arzt - Helfer/innen -.

Einführung in die Verbandelehre, Verbände mit Dreieckstüchern.

3. Doppelstund - Arzt - Helfer/innen -.

Verbände mit Militärverbandspäckchen, Finger- und Handverbände, Arm-
und Beinverbände, Kopf- Schulter- und Brustverbände, Schienenverbände.

4. Doppelstund - Arzt - Helfer/innen -.

Verletzung ohne Wunde, Quetschungen, Verstauchung, Verrenkung,
Knochenbrüche.

5. Doppelstund - Arzt - Helfer/innen -.

Wunden und Verbrennungen, Wundarten und Wundbehandlungen, Blutungen,
Brandwunden, elektrischer Strom

6. Doppelstund - Arzt - Helfer/innen -.

Notverbände mit Hilfe behelfsmäßigen Gebrauchgegenstände. Lagern be-
wusloser und Schwerverletzter, Übung mit Tragen.

7. Doppelstund - Arzt - Helfer/innen -.

Gehirnerschütterung, Ohnmacht, Gasschutz, praktische Übung in der
Wiederbelebung - Sylvester - Brosch - künstliche Atmung, Gasschutz.

8. Doppelstund - Arzt - Helfer/innen -.

Vorprüfung

9. Doppelstund Arzt - .

Hauptprüfung.



Der Volkssamariterbund Plauen fertigte einen Lehrplan für ihre Samariter und Samariterinnen. Darin enthalten waren Stunden zum Aufbau des menschlichen Körpers, Verletzungen aller Arten bis hin zur Wiederbelebung. Am Ende stand eine Abschlussprüfung an.

„In verschiedenen Städten sind zur Durchführung des Sanitäts- und Hilfsdienstes Vereinigungen gebildet worden. Eine derartige Organisation ist unzulässig. Es dürfen an keiner Stelle und in keiner Form zur Durchführung des Sanitäts- und Hilfsdienstes freiwillige Vereinigungen gebildet werden. Die im Sanitäts- und Hilfsdienst beschäftigten Personen dürfen nicht als ‚Samariter‘ bezeichnet werden, sondern nur als ‚Sanitäter‘ oder ‚Helfer‘. Das Tragen von Schwesternabzeichen des ehem. Roten Kreuzes [...] ist unter allen Umständen verboten. Die Leiter der Gesundheitsämter sind persönlich für [...] die Einhaltung dieser Anordnungen verantwortlich.“¹²⁵

Der direkte Hinweis auf die „Samariter“ und dass unter ihrem Namen kein Sanitäts- und Hilfsdienst existieren darf, ist das Indiz dafür, dass sich dieser Verein in Sachsen „unzulässig“ gegründet hatte – also ohne direkte Zustimmung der sowjetischen Besatzer, wie sie es in ihrem Befehl Nr. 2 von 1945 festgelegt hatten. Dass das Wort „Samariter“ wegen der Anlehnung an den ASB nicht mehr gebraucht werden durfte, ist wahrscheinlicher als die Möglichkeit, dass es an dem religiösen Charakter des Begriffes lag. Das Verbot über das Tragen der Roten-Kreuz-Dienstkleidung beweist zudem, dass der Volkssamariterbund Plauen in dieser Rundverfügung gemeint war. Denn nur dieser hatte am selben Tag seine Dienstkleidung bekannt gegeben und in seiner Not auf die des DRK zurückgegriffen.

Dies war das Ende der erst im Dezember 1945 gegründeten Volkssamariter. Schon nach drei Monaten wurde der Funke Hoffnung auf das Aufleben der Arbeitersamariter und deren Traditionen in der SBZ wieder zerstört. Die Begründung lag wohl in der jahrzehntelangen Fehde zwischen den Sozialisten – hier von der SMA vertreten – und den Sozialdemokraten, repräsentiert durch den ASB. Der rasante Zuwachs der Volkssamariter und deren schneller Aufbau ihres Vereins war den sowjetischen Besatzern augenscheinlich zu weit außerhalb ihrer Kontrolle. In Zukunft sollte der Sanitätsdienst unter den zentral verwalteten Gesundheitsämtern ablaufen und somit von der Landesverwaltung kontrolliert werden. Im selben Monat wie die Rundverfügung Nr. 74 – im März 1946 – wurde im FDGB die Abteilung Sozialpolitik gegründet, die auch für den Gesundheitsdienst verantwortlich war. Es sollte nun alles vereinheitlicht und zentral gesteuert werden.

Das schnelle Ende des Volkssamariterbundes Plauen wird auch aus einer bitteren Aktennotiz des Elsterberger Bürgermeisters Geiler am 7. Mai 1946 deutlich. Er notierte sich:

„Die Einrichtung des Unfall-, Rettungs- u. Hilfsdienstes ist den Stadt- u. Kreisgesundheitsämtern übertragen. Nach der Rundverf. Nr. 74 [...] dürfen Vereinigungen zur Durchführung der Aufgaben nicht gebildet werden. Der Volkssamariterbund Plauen i. V. ist demnach unzulässig, damit sind auch die in den Niederschriften des Volkssamariterbundes Plauen vom 14.12.45 u. 22.3.46 festgelegten Einzelheiten hinfällig geworden. Auch die gedachte Regelung der Kostenfrage ist gegenstandslos geworden, denn wenn den Kreisgesundheitsämtern die Durchführung der Aufgaben übertragen ist, haben diese auch die Kosten zu übernehmen bzw. die Kostentragung zu regeln.“¹²⁶

Ein weiteres Schreiben von Geiler macht deutlich, dass er sich sehr schnell um einen Ersatz für den nun verbotenen Sanitätsdienst gekümmert hatte.¹²⁷ Er rief am 23. Mai 1946 zu einem Treffen auf, um einen neuen Sanitäts- und Hilfsdienst aufzustellen. Dem Gründungsprotokoll ist zu entnehmen, dass er zu dessen Vorsitzenden ernannt wurde. Zudem wurde festgehalten,

Auszugweise Abschrift aus der VO.
Landesverwaltung Sachsen
Gesundheitswesen
IV G 1 A

Dresden - A 50 d. 22. März 46

Rundverfügung Nr. 74

PP.

IV.

Sanitäts - und Hilfsdienst.

In Verschiedenen Städten sind zur Durchführung des Sanitäts - und Hilfsdienstes Vereinigungen gebildet worden. Eine derartige Organisation ist unzulässig. Es dürfen an keiner Stelle und in keiner Form zur Durchführung des Sanitäts - und Hilfsdienstes freiwillige Vereinigungen gebildet werden.

Die im Sanitäts - und Hilfsdienst beschäftigten Personen dürfen nicht als Samariter bezeichnet werden, sondern nur als "Sanitäter" oder "Relfer".

Das Tragen von Schwesternabzeichen der ehem. Roten Kreuzes (Mützenband, Brosche) ist unter allen Umständen verboten. Die Leiter der Gesundheitsämter sind persönlich für die Weitergabe obiger Anordnungen an die zuständigen Stellen und die Einhaltung dieser Anordnungen verantwortlich.

gez. Dr. Wolf
Staatssekretär

Die Neugliederung des Volkssamariterbundes wurde durch die Rundverfügung Nr. 74 von der Landesverwaltung Sachsen unterbrochen, da hierin ein explizites Verbot für die sich neugegründeten Sanitäts- und Hilfsdienste ausgesprochen wurde. Unter dem Namen „Samariter“ durfte kein Sanitäts- und Hilfsdienst existieren.

dass keine früheren NSDAP-Mitglieder beitreten durften. Außerdem wurde Elsterberg zunächst Plauen unterstellt¹²⁸ und da es in Elsterberg schon im Mai zur Gründung eines neuen Sanitätsdienstes kam, ist es folgerichtig, dass dies in Plauen bereits geschehen war.

Gruber hatte keine zwei Monate nach dem Verbot der Volkssamariter in Plauen einen Brief an den stellvertretenden Elsterberger Bürgermeister Kulack geschrieben – inklusive eines Vierteljahresberichts über den Sanitäts- und Hilfsdienst in Plauen und Umgebung. In diesem Dokument ist ein neuer Stempel des „Sanitäts- und Hilfsdienstes Kreis Plauen“ zu erkennen, der Beweis für die Neugründung und Umbenennung des Sanitätsdienstes in Plauen. Der Stempel unterschied sich kaum von dem des früheren „Volkssamariterbundes Kreis Plauen“ und auch für Gruber hatte sich seine Position als deren Dienststellenleiter nicht geändert.¹²⁹

Schon im Mai 1946 ist in einem Dokument ein neuer Stempel des „Sanitäts- und Hilfsdienstes Kreis Plauen“ zu erkennen, der Beweis für die Neugründung und Umbenennung des Sanitätsdienstes in Plauen. Der Stempel unterschied sich kaum von dem des früheren „Volkssamariterbundes Kreis Plauen“.



Plauener Volkssamariterbund leistete 2000 mal Hilfe

Plauen. Nach dem Zusammenbruch und der Auflösung aller nazistischen Organisationen — darunter auch des „Deutschen Roten Kreuzes“ — wurde in Plauen ein sanitärer Hilfsdienst unter dem Namen „Volkssamariterbund“ geschaffen, der dann nach einer weiteren Umstellung unter dem Namen „Sanitäts- und Hilfsdienst, Kreis Plauen“ seine Arbeit begann. Die Dienststelle dieses Hilfswerkes befindet sich im Gebäude des Hauptzollamtes, Dobenastraße 14. Eine Rückschau auf das erste Vierteljahr 1946 kündigt von dem segensreichen Wirken des „Sanitäts- und Hilfsdienstes“.

Bei Betreuungen von Kranken, Verwundeten, Hilfsbedürftigen und Umsiedlern wurden von der Rettungsstelle am Oberen Bahnhof und der Dienststelle Dobenastraße 950 Portionen Schleimsuppe und 3730 Kaffee- und Teeportionen ausgegeben. Fast 2000mal wurde Hilfe geleistet, davon 182mal bei Unfällen. Die zur Kranken- und Gemeindepflege eingesetzten 9 Schwesternhelferinnen leisteten mit Nachtwachen insgesamt 2550 Betreuungsstunden. 520 ehrenamtliche Helfer und Helferinnen anlässlich der Kulturwoche, bei Sportveranstaltungen, Kundgebungen, öffentlichen

Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen umfassen 530 Stunden. 11 Schwestern leisteten bei Transportbegleitungen von Jena, Leipzig, Eisenach, Weimar und Bad Elster nach Plauen unterwegs 108 Betreuungsstunden. Für sonstige Hilfen, einschließlich Schreibarbeit, waren 18 Helfer und Helferinnen eingesetzt. Sechs Uebungs- und Weiterbildungsabende wurden in diesem Vierteljahr abgehalten. In der Abteilung Suchaktion nach Vermissten wurden über 1000 Auskünfte erteilt, etwa 5000 Rückantworten ausgegeben und zur Bearbeitung und Weiterleitung entgegengenommen.

Der Sanitäts- und Hilfsdienst stellt ein Hilfswerk für den gesamten Stadt- und Landkreis Plauen dar. Anhand von genehmigten Statuten wurde er aufgebaut. Dem Vorstand gehören als Vorsitzende Oberbürgermeister Dittel und Landrat Mildentrey an. — Für Katastropheneinsätze stehen gutausgebildete Kräfte zur Verfügung. Das in Bereitschaften erfaßte Sanitätspersonal beträgt in Plauen 84 Männer und 113 Frauen. Außerdem bestehen je eine Bereitschaft in Pausa mit 23 und Mühltröf mit 25, in Elsterberg aber zwei mit insgesamt 106 Helfern. Die eingeteilten Bereitschaftsdienste sind Tag und Nacht einsatzbereit und alle Einrichtungen stehen im Dienste der Menschlichkeit.

Am 22. Mai 1946 erschien in der ‚Freien Presse‘ eine Erfolgsstatistik des Volkssamariterbundes Plauen des letzten Vierteljahres. Hierin wird sowohl das Verbot des Volkssamariterbundes durch die Rundverfügung Nr. 74 deutlich als auch die schnelle Gründung des neuen „Sanitäts- und Hilfsdienstes Plauen“.

Am 22. Mai 1946 erschien in der ‚Freien Presse‘ ein Artikel zum Volkssamariterbund Plauen und eben dieser Erfolgsstatistik im letzten Vierteljahr. Hier wird darauf hingewiesen, dass der Verein sich nicht mehr ‚Volkssamariterbund Plauen‘ nennen dürfe, sondern nun „Sanitäts- und Hilfsdienst Kreis Plauen“ heiße.¹³⁰

Neben dem Beschreiben der Aufgaben eines Sanitäts- und Hilfsdienstes zeigt der Artikel auf, dass die Dienststelle, die einst dem DRK gehörte und dann vom Volkssamariterbund

Plauen übernommen wurde, nun die des „Sanitäts- und Hilfsdienstes Plauen“ war. Nicht nur Gruber blieb in seiner Position als Dienststellenleiter, auch der Oberbürgermeister sowie der Landrat blieben die Vorsitzenden des neuen Sanitätsdienstes. Plauen hatte sich mit den notwendigen Anpassungen zum Thema ‚Erste Hilfe‘ schnell inhaltlich und organisatorisch arrangiert.

Im Juli 1946 wurde das Verbot von ehrenamtlichen Organisationen wie dem Volkssamariterbund Plauen und damit die Verstaatlichung der Ersten Hilfe auch vom Kreisgesundheitsamt beim Landratsamt in dem Rundschreiben Nr. 104/46 an die Stadt- und Gemeinderäte im Landkreis Plauen mit Nachdruck bestätigt. „I. Jede ehrenamtliche Tätigkeit und freiwillige Organisationsbildung auf dem Gebiet des Sanitäts- und Hilfsdienstes ist verboten.“¹³¹ Die neuen Hilfsstellen der Ersten Hilfe „[...] haben ferner dem zuständigen Gesundheitsamt monatlich Berichte [...] einzureichen.“¹³² Diese Aussage unterstützt die Notiz des Elsterberger Bürgermeisters vom Mai 1946, dass „den Kreisgesundheitsämtern die Durchführung der Aufgaben übertragen ist.“¹³³

Im Jahr 1946 begann in Plauen zudem die Enteignung und Verstaatlichung der Großbetriebe. Nun wurden „Volkseigene Betriebe“ gegründet und die Bodenreform durchgeführt. Plaunens Entwicklung stagnierte, was unter anderem auch an der nur 25 Kilometer entfernten innerdeutschen Grenze lag. Die Zahl der Einwohner nahm kontinuierlich ab.

2. Mühltruff

Im Dunkeln der Geschichte

Ein wenig mysteriös war Mühltruff in Sachsen wohl schon immer. Obwohl sich der Name zunächst leicht herzuleiten scheint, denn in dem Ort gab es schon im 13. Jahrhundert viele Mühlen, meist Wassermühlen. Das Stadtwappen entstand jedoch aus einer Legende, die besagt, dass nach einem Hochwasser im 16. Jahrhundert ein Weißfisch auf dem Ratstisch liegen geblieben sein soll, als das Wasser wieder abebbte. Da die Stadt zu der Zeit einen großen Teich besaß und sich an ihrem Fischreichtum erfreute, wurde der Weißfisch als Wappen der Stadt gern angenommen.¹³⁴

Eine weitere Geschichte handelt von einem seltsamen Grafen im ausgehenden 18. Jahrhundert. Er ließ außerhalb der Stadt ein Lustschloss erbauen, umgeben von einem großen Park mit Pavillons. Doch achtete er nicht auf die Finanzen und übernahm sich. Seine Frau verließ ihn daraufhin und er musste in den wenigen, kleinen Zimmern des unfertigen Schlosses allein hausen. 1817 kam es zu einem Schlossbrand. Hartnäckig blieb er im Schloss, „weil er den Feuersegen habe, und keine Flamme ihm nahekommen könne“ und so starb der Graf.¹³⁵ Doch damit nicht genug.

Ab 1952 – zu Zeiten der jungen DDR – gehörte das zuvor sächsische Mühltruff zum Bezirk Gera und ab 1990 somit einstweilen zu Thüringen. Jedoch nur für zwei Jahre, ehe ein Staatsvertrag der beiden Freistaaten die Rückkehr nach Sachsen regelte. Mühltruff war dann bis 2013 die kleinste Stadt im sächsischen Vogtlandkreis und auch die westlichste Stadt Sachsens. Heute ist Mühltruff ein Ortsteil der Stadt Pausa-Mühltruff. Der Sage nach liegt Pausa am „Mittelpunkt der Erde“, was auf einen Eintrag in der Stadtchronik zurückgeht. Danach liegt Pausa im geografischen Mittelpunkt des alten Vogtlands.¹³⁶

Es liegt wohl so einiges verborgen in dem weniger als 2 000 Einwohner zählenden Mühltruff, möglicherweise auch Spuren der Arbeitersamariter. Im Stadtarchiv Elsterberg lagerte jahrzehntelang unbeachtet ein Dokument, welches für die Zuordnung der Hilfsbereiche im Übereinkommen zwischen dem Gesundheitsamt Plauen und dem Reichsbahnbetriebsamt in Plauen am 22. Mai 1946 aufgesetzt wurde.¹³⁷ Dieses Schriftstück ließ Mühltruff, wo es bis 1933 keine ASB-Kolonie gegeben hatte, plötzlich zu einem möglicherweise relevanten Ort für die Geschichte der Arbeitersamariter in der sowjetischen Besatzungszone ab 1945 werden. Denn in diesem Schreiben taucht der „Samariterbund Mühltruff“ auf. Die Spur, dass es laut dem Dokument einen „Samariterbund“ in Mühltruff gab, führte zunächst zu einer interessanten Person.



Heutiges Ortseingangsschild der Stadt Mühltruff.

„Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ sind die Worte, die Dr. Reinhold Beyer und seine Arbeit beschreiben. Seit August 1920 hat er als praktischer Arzt in Mühltroff gearbeitet und war auch privat im Ort beliebt. Er half gern in der Gemeinschaft und kümmerte sich vor allem nach dem Ersten Weltkrieg um die Kriegsversehrten und deren Angehörigen. Er wurde als sogenannter Armenarzt, aber auch Impfarzt in der Umgebung bekannt.¹³⁸ Vor allem wurde er für die Mitgründung des Sanitätshalbzugs des Deutschen Roten Kreuzes am 5. Oktober 1926 in Mühltroff und die damit verbundene Arbeit geachtet. Er war sehr engagiert und leitete die praktischen Arbeiten in dem Sanitätshalbzug.¹³⁹ Reinhold Beyer starb bereits am 29. Oktober 1937 nach langem Leiden im Krankenhaus in Plauen.¹⁴⁰

In Mühltroff existierte in den 1930er Jahren zudem eine Gruppe des Albert-Zweigvereins Plauens, einer selbständigen Abteilung des Albertvereins, dem Frauenverein des DRK in Sachsen, dessen Mitglieder Samariterinnen genannt wurden.¹⁴¹

Es bleibt unklar, wer 1946 einen „Samariterbund“ in Mühltroff gründete oder gründen wollte. Handschriftlich sind im Dokument über die Zuordnung der Hilfsbereiche nachträglich die Sanitätskolonne Elsterberg, der Volkssamariterbund Plauen und der Samariterbund Mühltroff zu einem jeweiligen „Sanitäts- und Hilfsdienst“ abgeändert worden, dem in Mühltroff 25 Personen angehörten. Diese Änderung hat folgende Gründe: Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es nach dem vorläufigen Verbot des DRK in der SBZ zu zunächst regional unterschiedlichen Organisationsformen im Gesundheitswesen wie im Kapitel über Plauen ersichtlich wird. Die verschiedenen Versuche, den ASB in der SBZ und der DDR wiederzugründen, scheiterten. Dennoch war das Dokument über die Zuordnung der Hilfsbereiche, welches im Stadtarchiv Elsterberg entdeckt wurde, das Kernstück und der Ausgangspunkt für die weiteren Forschungen und Recherchen zum Arbeiter-Samariter-Bund in Sachsen, vor allem in Mühltroff, aber auch in Plauen und Elsterberg. Erst durch diesen Fund gerieten auch die Volkssamariter in Plauen in den Fokus dieser Forschung.

Leider sind keine weiteren Informationen in den zuständigen Archiven in Mühltroff, Schleiz, Lobenstein und Pausa über einen „Samariterbund“ in Mühltroff überliefert. Trotz der Unterstützung der örtlichen Bürgermeisterin konnten auch keine Zeitzeugen oder weiterführende Hinweise ausfindig gemacht werden. Zudem gibt es keine DRK-Ortsgruppe. In den späten 1940er Jahren wurde der Krankentransport u. a. von der Berufsfeuerwehr der Stadt Plauen durchgeführt, ab 1951 durch die Abteilung Krankentransport beim Gesundheitsamt des Landkreises.¹⁴²

Auf den Versuch der Gründung eines „Samariterbundes Mühltroff“ verweist mithin nur das eine Dokument – die Geschichte dahinter ist vor Ort längst in Vergessenheit geraten und konnte nicht rekonstruiert werden.

3. Chemnitz

Kein Neubeginn im einstigen Zentrum des ASB

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Chemnitz zu einer der bedeutendsten Industriestädte Deutschlands, vor allem zu einem Zentrum des Maschinenbaus. Die Bevölkerungszahl wuchs immens. Chemnitz war um 1900 eine bemerkenswerte Fabrik- und Handelsstadt – neben dem Maschinenbau prägten auch die Textilindustrie, die Eisengießerei, die Metallwarenfabrikation, die Elektrotechnik, die Fahrradherstellung, die Färberei und die chemische Industrie die Stadt. Doch wo es Licht gibt, ist auch Schatten. Die Zahl der Industriearbeiter wuchs unermüdlich, aber deren Lebens- und Arbeitsverhältnisse waren katastrophal. Es verwundert nicht, dass sich auch in dieser Stadt schon 1908 erste Arbeitersamariter zusammenfanden und im Dezember 1909 eine 18köpfige Kolonne gründeten.¹⁴³ Theodor Kretzschmar war von Beginn an Mitglied und Unterstützer des Vereins und wurde zum Vorsitzenden der Kolonne Chemnitz gewählt. Wegen einer Verletzung am linken Fuß, die ihn auch nach einer Operation weiter beeinträchtigte, musste er 1914 nicht in den Krieg ziehen. Dies kam auch dem ASB in Chemnitz zugute, da Kretzschmar seine Arbeit fortführen konnte.¹⁴⁴ Im Jahr 1922 hatte die Kolonne schon 590 Mitglieder zu verzeichnen.¹⁴⁵

Theodor Kretzschmar war nicht nur eine wichtige Persönlichkeit für die ASB-Kolonie in Chemnitz, sondern für den gesamten Arbeiter-Samariter-Bund, wurde er doch im Jahr 1923 vom ASB-Bundestag zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt und behielt den Posten bis zur Auflösung im Jahr 1933. Der Sitz des Bundesverbands wurde 1923 aus dem von Unruhen geprägten Berlin nach Chemnitz verlegt. Zu der Zeit absolvierte sein Sohn Karl – am 2. Oktober



Nach 1945 gab es in Chemnitz keine Zukunft für den ASB, das 1928 eröffnete stolze Bundeshaus des ASB, 1933 von der SA besetzt, blieb unerreichbar.

1903 geboren – eine Ausbildung zum Kaufmann. Sein Vater holte ihn 1924 als hauptamtlichen Versandleiter zum Bundesverband.¹⁴⁶ Dies wurde mitunter als „Vetternwirtschaft“ kritisiert.

Ein Zeichen der erfolgreichen Entwicklung des ASB war die Errichtung des Bundeshauses in Chemnitz, dessen Einweihung am 16. September 1928 mit einem großen Festzug stattfand. Hier waren nicht nur die Büroräume für die Bundesleitung des ASB und für die Tagungen der Kreisleiter untergebracht, sondern auch Verkaufsräume für die Verbands- und Sanitätsmaterialien sowie Ausrüstungsgegenstände für Erste Hilfe und Hauskrankenpflege aus zum Teil eigener Herstellung in den Räumlichkeiten im Hof.¹⁴⁷ Das Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört. Laut einem Bescheid vom Amt zur Regelung offener Vermögensfragen der Stadt Chemnitz von 1996 war das ehemalige ASB-Bundeshaus nach dem Krieg der Volkssolidarität übergeben worden. 1951 wurde das Haus Volkseigentum, im Namen der Stadt Chemnitz.¹⁴⁸ Erst durch die Verfügung der Stadt Chemnitz vom 22. Januar 1996 wurde die ehemalige Bundesgeschäftsstelle in Chemnitz an den ASB-Bundesverband zurück übertragen und seit 1999 vom ASB Chemnitz als Einrichtung für Betreutes Wohnen und als Begegnungsstätte wieder genutzt.

Obwohl der ASB-Bundesvorstand noch im April 1933 – nachdem schon einige ASB-Kolonnen von den Nationalsozialisten aufgelöst wurden – am Bestehen des ASB festhielt und seine politische Neutralität betonte, kam es bis zum 1. September 1933 doch zur Auflösung des gesamten Arbeiter-Samariter-Bundes. Die Bundesgeschäftsstelle in Chemnitz traf es schon am 15. Mai 1933 mit Hilfe von Gesetzen, die mit der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat“ begründet waren.¹⁴⁹ Das ASB-Bundeshaus wurde von der SA geräumt und alle Mitarbeiter entlassen. Sowohl Theodor als auch Karl Kretzschmar besaßen seinerzeit eine eigene Wohnung im Bundeshaus. Karl Kretzschmar berichtete Jahrzehnte später über diese Situation:

„Die Nazis kamen, ja. Die haben an sich alles, was eben da noch auslag, restlos, restlos vernichtet. Ja klar, wenn man das so gesehen hat, ich versteh unsern Vater heute, der hat manchmal geheult, wenns niemand gesehen hat. Das ist eben, wenn so ein menschliches Werk zerschlagen wird [...].“¹⁵⁰

Da Sachsen die meisten Kolonnen und Mitglieder verzeichnete, war der ASB hier auch für seine Gegner besonders sichtbar. Es galt zudem als Kernland und Ursprung der Sozialdemokratie. Dies wird ein weiterer Grund für das frühe Vorgehen gegen die Kolonnen in Sachsen gewesen sein.¹⁵¹

Nachdem der ASB von den Nationalsozialisten verboten wurde, überlegten die Kretzschmars ihr weiteres Vorgehen und erachteten es als sinnvoll, ihre Kontakte und Kompetenzen zu nutzen, um über die Runden zu kommen. Die Idee war ein Sanitätsgeschäft mit medi-

zinischem Versandhandel, welches sie noch im Jahr 1933 eröffneten. 1935 warben sie mit dem Verkauf von „Sanitätsausrüstungen – Tragbahren – Verbandsstoffe[n]“¹⁵². Am 1. Juli 1940 beantragte Karl Kretzschmar die Mitgliedschaft in der NSDAP, die er ab dem 1. Oktober 1940 erhielt – welche Gründe ihn dazu trieben, bleibt ungewiss.¹⁵³ Die Firma der beiden erzielte keine hohen Gewinne. Bei schweren britischen Luftangriffen im Februar und März 1945 wurden große Teile des Chemnitzer Zentrums sowie das Geschäft der Kretzschmars zerstört. Sie bauten ihren Betrieb an anderer Stelle in Chemnitz wieder neu auf.

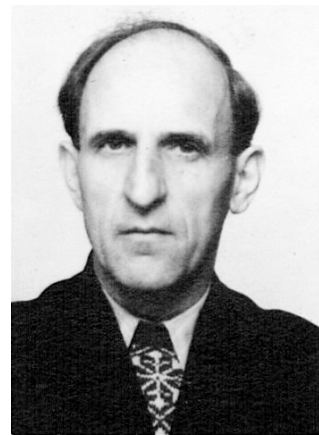
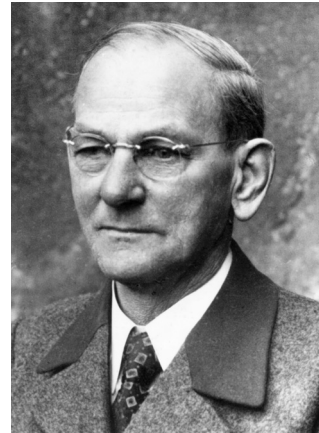
Mitte April 1945 erreichten die amerikanischen Truppen Chemnitz. Ab dem 8. Mai wurde die Stadt an die sowjetische Besatzungsmacht übergeben.

Natürlich war an diesem bedeutenden Ort der Arbeitersamariter der Drang der ehemaligen Mitglieder groß, den ASB wieder aufleben zu lassen. Theodor Kretzschmar hatte auch einen Plan, den Karl dem neuen Bundesvorstand in Hannover im November 1949 verriet:

*„Das Bestreben meines Vaters, 1945 das Rote Kreuz einfach zu übernehmen und einen A.S.B. aufzubauen scheiterte, damit war aber auch die letzte Kraft geschwunden, denn inzwischen war unser Vater weit über die 70 hinaus.“*¹⁵⁴

Sich dem Roten Kreuz anzuschließen, um von dort heraus den ASB aufzubauen – der Plan musste scheitern, da das Rote Kreuz noch im Jahr 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht als nationalsozialistische Organisation verboten wurde.

Alle Initiativen von Vater und Sohn Kretzschmar blieben bis zum Tod Theodor Kretzschmars im Jahr 1948 erfolglos. Theodor bat seinen Sohn vor seinem Tod um etwas, was Karl ihm erfüllen wollte: Das vor der Beschlagnahmung der Nationalsozialisten gerettete ASB-Bundesbanner – welches für die Einweihung des Bundeshauses in Chemnitz 1928 gefertigt worden war – an denjenigen zu geben, der den Arbeiter-Samariter-Bund zuerst wiedergründete.¹⁵⁵



Erfolgreiche Initiativen, den ASB in Chemnitz wiederzugründen: Theodor Kretzschmar (oben), ASB-Bundesvorsitzender 1923–1933 und sein Sohn Karl Kretzschmar.

Wie das Banner 1933 vor den Nationalsozialisten gerettet wurde, erzählte Margot Hamann erst 75 Jahre später im Jahr 2008. Sie war 1933 ein 10jähriges Mädchen.

„1927/28 wurde in Chemnitz ein neues ASB-Bundeshaus gebaut. Unsere Familie bezog in der vierten Etage eine Mansardenwohnung. Mein Vater hatte als Installateur am Bau mitgearbeitet. Als das schöne Gebäude im September 1928 eingeweiht wurde, kamen rund 4.000 Samariter aus dem In- und Ausland zum festlichen Ereignis. Die Chemnitzer ASB-Kolonne übergab der Bundesleitung ein Banner, das von den Samariterinnen aus Chemnitz angefertigt worden war. Als 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kamen, wurde der ASB verboten, das Vermögen beschlagnahmt und das Bundeshaus besetzt. Das Banner wurde zunächst im Hause versteckt, musste aber in Sicherheit gebracht werden. Die Leitung und meine Eltern kamen auf den Gedanken, mir das wertvolle Stück in den Schulranzen zu packen. In der Hoffnung, dass ein zehnjähriges Mädchen nicht kontrolliert wird, verließ ich, am SA-Torposten vorbei, das Haus. Ich wartete an einem vereinbarten Treffpunkt auf meinen Vater, um Banner und Schulbücher zu tauschen. Während ich meinen Weg zur Schule fortsetzte, brachte mein Vater das ASB-Banner in den Garten meiner Großeltern.“⁴¹⁵⁶

Karl Kretschmar erzählte in einem Brief von 1950, wie die Geschichte weiterging. Offenbar holte er das Banner aus dem Garten von Margot Hamanns Großeltern ab.

„Das Bundesbanner – Ich habe es 1933 unter meiner Lederweste mit dem Motorrad ins Gebirge gebracht. Die Nazis waren ja bei uns ganz toll und die hätten ja 1933 jeden Sozi mit Haut und Haaren gefressen. Ich habe auch 1945, das Banner wieder geholt.“⁴¹⁵⁷

Laut Karl Kretschmar hatte sein Vater im Jahr 1946 ein Gespräch mit Ernst Vespermann, dem ehemaligen Vorsitzenden der Kolonne Nowawes und späteren Vorsitzenden sowie Geschäftsführer des ersten Kreises im ASB bis 1933. Theodor Kretschmar versprach ihm offenbar, das Banner an ihn zu übergeben, wenn er eine ASB-Kolonnie neu gründen würde:

„Anfangs 1946 war Gen.[osse] Vespermann aus Berlin bei meinem Vater, dieser hat Vespermann das Banner versprochen, weil er der Annahme war, dass einmal in Berlin ein A.S.B. gegründet werden sollte. Das Banner lag und bleibt nun bei mir, und hoffe im stillen [sic!] Vespermann würde das Banner nicht benötigen. Vor 4 Wochen bekomme ich aber ein [sic!] Brief aus Berlin in dem Vespermann schreibt: ‚[...] Als alte A.S.B. Mitglieder möchten wir aber gleichzeitig das alte Banner zeigen [...]‘ [...] Hätte mein Vater Vespermann nichts davon gesagt, wäre die Angelegenheit schon längst erledigt. Er konnte allerdings 1946, auch nicht ahnen, dass ein A.S.B. bei uns nicht wieder kommen würde.“⁴¹⁵⁸

Doch die Gruppe unter Vespermann trat nicht als ASB-Kolonne auf, sondern als Teil des FDGB-Gesundheitsdienstes. Karl Kretzschmar war davon enttäuscht und nahm das Banner wieder an sich. Im Jahr 1949 erfuhr er über Arbeitersamariter in Wien, dass in der britischen Besatzungszone, in der Stadt Hannover, der ASB endlich wieder entstanden war und brachte das Bundesbanner dorthin.¹⁵⁹ Heute hängt es in der ASB-Bundesgeschäftsstelle in Köln.

Im Mai 1948 meldete sich der frühere Gründer und Vorsitzende der ASB-Kolonne Konstanz Martin Hässler bei Karl Kretzschmar. Ein reger Briefwechsel entstand in den nächsten Jahren, der hilft, Kretzschmars Leben zu rekonstruieren. Karl Kretzschmar berichtete im Mai 1948 über seine Situation:

„Wir hatten in unserem Geschäft, was wir als Folge unserer Entlassung und Schließung des ASB [...], in denen wir angestellt waren, gründeten, mancherlei Verbandsstoffe und so gaben wir tatsächlich das Letzte her um mit zu helfen [...].“¹⁶⁰

Im Mai 1948 war der Gesundheitsdienst in der SBZ dem Gesundheitswesen des FDGB und den Gesundheitsämtern unterstellt. Kretzschmar sah es realistisch, dass es unter den gegebenen Umständen der verschiedenen Besatzungsmächte mit deren unterschiedlichen Ansätzen in Deutschland keinen vereinten ASB geben konnte. Dennoch blieb er zuversichtlich – seine Hoffnung wollte er so schnell nicht aufgeben.

„Wollen wir hoffen, daß wir wirklich noch das geeinte demokratische Deutschland bekommen [...], damit wir wieder eine Zukunft haben, mit dieser werden auch alle anderen Wünsche und Momente sofort zur Debatte stehen. Wir können nur eins, unsere Leute schön beisammen halten, damit dann die Arbeiter-Samariter-Kolonnen kräftig und stark sich entwickeln können.“¹⁶¹

1949 existierte in der französischen Besatzungszone schon wieder das Rote Kreuz, welches unter den Sowjets verboten blieb. Kretzschmar wollte, dass sein Freund Hässler die Chance nutzte, die ihm selbst in der SBZ verwehrt blieb. So riet er ihm, wenn es schon nicht mit der Gründung des ASB funktionierte, solle er doch wenigstens versuchen, dass die ehemaligen ASB-Mitglieder sich dem Roten Kreuz in der französischen Besatzungszone anschlossen, um dann von innen heraus das Rote Kreuz zum ASB zu wandeln oder zumindest die Werte der Arbeitersamariter dort zu verbreiten. Diese Idee übernahm er von seinem Vater, der genau das 1945 in der SBZ vorhatte.

Kretzschmar berichtete Hässler Mitte 1949 abermals davon, wie aussichtslos die Lage in der SBZ immer noch war und wie es um den Sanitäts- und Gesundheitsdienst in der SBZ stand. Ihm wurde immer bewusster, dass es einen ASB nie geben könne, solange sich die politische Lage in der SBZ nicht verändere.

„Interessant ist für mich, daß in Hannover die neue Bundesleitung sitzen soll für uns ist das ja nun garnicht diskutabel. Bei uns hat das alles der FDGB [...] übernommen. Betriebs sanitäter ausbilden, Sanitäter stellen für alle Veranstaltungen usw. Um das Du einmal ersehen kannst, wie die Sache bei uns aufgezogen ist [...]“¹⁶²

Karl Kretzschmar schien sich in diesem Jahr mehr musikalisch zu betätigen. Er ließ seinen Brieffreund wissen: „Z.[ur] Z[ei]t. betätige ich mich mehr kulturell [...] und dann habe ich gestern mein erstes Debüt im Radio gegeben und mit Erfolg bestanden. So werde ich wahrscheinlich doch ab und zu einmal im Radio ‚Lieder zur Gitarre‘ singen.“¹⁶³

Als „alter“ Sozialdemokrat beichtete Kretzschmar: „[V]ieles ist für mich unverständlich. Es ist so wenig, was einem [sic!] an die frühere Arbeiterbewegung erinnert und ich würde so gern mithelfen. Bei uns ist die Jugend der dominierende Faktor, wir – sagen wir die alten – können mitmachen oder aber müssen absterben.“¹⁶⁴ Ihm kam es vor, als wären die alten Werte der Sozialdemokraten und der Arbeiterbewegung, für die er sich vor dem Krieg einsetzte, plötzlich verändert. Er fand sich darin nicht mehr wieder und trat daher auch keiner Partei bei.

Anhand der Briefe lassen sich Kretzschmars Gemütslage und die Schwankungen in diesen Jahren aufzeigen. War er noch wenige Wochen zuvor überzeugt, dass es keinen ASB in der SBZ geben kann, hoffte er kurze Zeit später dennoch darauf. An Hässler schrieb er im Sommer 1949 daher, dass er das Bundesbanner noch behalten möchte, für den Fall, dass sich das Samariterwesen in der SBZ doch noch organisieren dürfe. Zudem ist den Briefen zu entnehmen, dass er noch das Sanitätsgeschäft besaß. So verkaufte er im August 1949 Verbandskästen an Betriebe.¹⁶⁵

Im Oktober 1949 wurde die DDR gegründet – auch Karl Kretzschmar war nun DDR-Bürger. Drei Monate später äußerte er sich kritisch über das politische System:

„[...] wir haben die Einheit der Arbeiterklasse, nur meine ich, es ist noch nicht das, was uns befriedigt, entweder es sind noch zu viele Saboteure dabei oder aber unfähige Menschen. [...] Manchesmal verzweifle ich wirklich bald, ich möchte gern mittun, denn ich bin nun mal ein Arbeiterkind [...], auf der anderen Seite gibt es Dinge, die ich nicht mit machen kann – oder aber ich schalte mein Ich aus und werde ein anderer Mensch – [...] ich glaube auch nicht, dass die beiden grundlegenden Weltanschauungen so nebeneinander reibungslos leben können. Wir leben in einer vollkommen neuen Struktur, alles ob Geistes-Wirtschafts-Kultur-leben, ist anders und wenn auch bei Euch viel darüber geschrieben wird was ich annehme, denn wir bekommen doch auch genügend, oder wenigstens das, was wir wissen können, von Euch zu erfahren [sic!]“¹⁶⁶

Aus weiteren Briefen geht hervor, dass der „alte“ Sozialdemokrat Kretzschmar sich mit der Zwangsvereinigung 1946 von der KPD und SPD zur SED offenbar nicht anfreunden konnte

und sich niemandem mehr zugehörig fühlte. Zudem traute er der Regierung nicht. Sogar das Bundesbanner in den Westen zu schicken, machte ihm Sorge. Ob man ihm „glatt eine Zusammenarbeit mit dem Westen“ andichten würde und welche Konsequenzen das für ihn haben könnte, trieb ihn um.¹⁶⁷

Kretzschmar stand auch mit dem neuen Bundesvorstand in Hannover ab 1949 in schriftlichem Austausch. Er freute sich, dass das Lebenswerk seines Vaters wenigstens in der jungen Bundesrepublik fortgeführt wurde.

Den Bundesvorstand bat er Ende 1949, sein Geschäft zu unterstützen, und fragte an, ob man nicht Materialien bei ihm im Sanitätshandel bestellen könnte.¹⁶⁸ Die von Kretzschmar gewünschte Unterstützung wurde mehrmals in Briefen besprochen, aber nicht umgesetzt. Wie Martin Hässler schickte auch der Bundesvorstand Pakete mit Lebensmitteln an Karl Kretzschmar.

Das Geschäft lief zunehmend schlechter, was ihn auch immer mehr gesundheitlich belastete, wie seine Ehefrau Ilse Kretzschmar deutlich machte: „Das Geschäft macht eben jetzt bei uns zuviel [sic!] Sorge und peitscht die Nerven derart auf, daß alle Organe darunter leiden [...]“. ¹⁶⁹ Bis 1953 schien er das Geschäft mehr schlecht als recht aufrecht halten zu können, ehe er es wegen fehlender Aufträge schließen musste.¹⁷⁰ Im Jahr 1954 wurde Karl Kretzschmar das dritte Mal Vater.¹⁷¹ Kretzschmar widmete sich fortan der Musik, spielte u. a. im Januar 1950 in einem Untersuchungsgefängnis für die Insassen Musik – er selbst behauptete, als der „Sänger des Erzgebirges“ in Chemnitz bekannt zu sein.¹⁷²

Der Kontakt zum ASB in der Bundesrepublik brach nie ganz ab. In der DDR war es Rentnern gestattet, in den Westen zu reisen. Das tat auch Karl Kretzschmar und besuchte 1984 die ASB-Bundesgeschäftsstelle in Köln, um sich mit dem damaligen Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller über die frühe ASB-Zeit zu unterhalten.¹⁷³

Die Versuche der Kretzschmars, den ASB in der SBZ wiederzugründen, schlugen fehl. Es hatte sich im Bereich des Sanitätswesens auch seit Gründung der DDR nichts verändert.¹⁷⁴ Karl Kretzschmar ahnte schon, wie sich das Sanitätswesen in der DDR weiterentwickeln würde: „Ich nehme an, daß unsere Besatzungsmacht vielleicht zur Bildung eines R. K. neigt, ist aber nur eine Annahme.“¹⁷⁵ Er sollte recht behalten, denn im Jahr 1952 wurde das DRK der DDR gegründet. Karl Kretzschmar bilanzierte 1984:

„Ich weiß, ich kenne verschiedene, die sind nicht zum Roten Kreuz gegangen. Die haben gesagt, dann hat sich unsere Mitarbeit erledigt. Wir wollen kein kapitalistisches Rotes Kreuz haben. Und das ist nach wie vor kapitalistisch, das Rote Kreuz. Und da war der Samariterbund begraben.“¹⁷⁶

Eine Wiedergründung des ASB in Chemnitz konnte erst nach der politischen Wende am 23. April 1990 erreicht werden.¹⁷⁷

4. Leipzig

Der aussichtslose Kampf des Otto Hilpert



Der Gelbgießer Otto Berg mit offenem Verbandskasten. Er war der erste Vorsitzende des 1904 gegründeten „Sanitätsverein der Metallarbeiter-Krankenkasse“ in Leipzig.

Schluss des Referates stellte sich die Frage, ob nicht dringend ein Sanitätsverein gebraucht werde, jetzt wo endlich die Notwendigkeit für geschultes Personal für Erste-Hilfe-Leistungen in den Arbeitsstätten erkannt wurde. Schon war es beschlossene Sache und der „Sanitätsverein der Metallarbeiter-Krankenkasse“ wurde gegründet.¹⁷⁸ Der Gelbgießer Otto Berg übernahm den Vorsitz. Berg berichtete über den ersten Kurs zur Ersten Hilfe:

„Das war eine Lust: Eine Stunde theoretisch, eine Stunde praktisch, und wie flog der Bleistift übers Papier, denn es gab zu schreiben, damit am nächsten Abend beim Abfragen geantwortet werden konnte. Nach dem ersten Kursus folgte ein zweiter und dritter.“¹⁷⁹

Die Tätigkeit von Bergs Sanitätsverein kam jedoch bald zum Erliegen. Erst durch die Gründung des Arbeiter-Samariter-Bundes auf Reichsebene im Jahre 1909 kam es zu einem erneuten

Leipzig bildete als Großstadt vor dem Zweiten Weltkrieg ein Zentrum des Arbeiter-Samariter-Bundes. In dieser Zeit wurde ein Sanitätsdienst dringend notwendig. Um 1900 nahm der Buchdruck enorme Fahrt in Leipzig auf, welcher allerdings für die Arbeiter auch Schattenseiten mit sich brachte. Viele von ihnen zogen sich eine schleichende Bleivergiftung zu. Hilfe beim Kampf um bessere Arbeitsbedingungen gab es zumindest in beratender Funktion von der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und der Krankenkasse. Die SPD gewann viele Ärzte für Vorträge zur Unfallverhütung in den Betrieben, die dann in den Versammlungen der Ortskrankenkassen und bei den Berufsgenossenschaften auftraten.

Durch einen Aufruf in der Leipziger Volkszeitung im Juli 1904 kam es zu einem Treffen der „Metallarbeiter Krankenkasse“, auf dem abermals ein Vortrag eines Arztes zu hören war. Doch dieses Mal führte es zu einem besonderen Ereignis im Sanitätswesen der Stadt. Nach

Aufschwung. Am 1. Januar 1910 trat Otto Berg mit seinen verbliebenen Mitgliedern des „Sanitätsvereins der Metallarbeiter-Krankenkasse“ als Kolonne Leipzig dem Arbeiter-Samariter-Bund bei.¹⁸⁰ Im Jahr 1914 übernahm dann Otto Hilpert den Vorsitz der Kolonne.¹⁸¹

Im Jahr 1928 änderte sich einiges in der Kolonne Leipzig. Erst wurde der Kommunist Arthur Böhme zum Vorsitzenden der Leipziger ASB-Kolonne ernannt. Jedoch sah der ASB-Bundesvorstand nicht gern Kommunisten in den eigenen Reihen und schloss Arthur Böhme und seinen Stellvertreter aus. Der Anspruch des ASB-Bundesvorstandes zielte schließlich auf Neutralität ab. Doch mit dem Ausschluss von Böhme und seinem Stellvertreter führte der Bundesvorstand nicht etwa Ruhe herbei, sondern stiftete Unmut. Etwa 150 KPD-nahe Mitglieder der Leipziger ASB-Kolonne, und damit knapp die Hälfte aller Mitglieder insgesamt, entschieden sich daraufhin, eher den ASB zu verlassen, als ihre Ideale aufzugeben und gründeten ihre eigene Samariterkolonne, die „Arbeitersanitäter Leipzigs“ (ASL), auch „Rote Samariter“ genannt. Diese standen unter der Führung von Otto Wohlfahrt und Richard Fischer.¹⁸² 1933 ereilte sowohl die Arbeitersamariter Leipzigs als auch die „Roten Samariter“ das Ende durch das Verbot der Nationalsozialisten.

Otto Hilpert, bis 1933 mehrfach Vorsitzender der ASB-Kolonne Leipzig, erläuterte bereits 1925 in einer Denkschrift die Notwendigkeit der Arbeitersamariter. In seiner Argumentation zur Unverzichtbarkeit der Arbeitersamariter bezog sich Otto Hilpert darauf, dass die anderen Sanitätsdienste zwar Erste Hilfe ausübten – wie das DRK, die Kriegersanitätskolonnen oder die Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger – jedoch wurden diese in den Jahren des Ersten Weltkriegs in eine „militärische Zwangsjacke“ verwiesen. Statt auf Fortbildungen, Übungsabende und Weiterbildungen zu anatomischen Grundlagen des menschlichen Körpers wurde die Aufstellung der Kolonnen in Zügen und Gruppen sowie die Ausübung des Parademarschs in den Vordergrund gestellt – den Arbeitersamaritern war ihre stetige Weiterbildung und das praktische Üben jedoch wichtiger. Und darauf war Hilpert auch stolz. Er rief die Betriebe dazu auf, ihre Arbeiter nicht nur als Arbeitskraft, sondern auch als „Ersthelfer“ für die anderen Mitarbeiter anzuerkennen.

„Da der Arbeiter am besten die Leiden und Freuden seiner Mitbrüder kennt, wird er der berufenste Helfer sein, der durch keinen anderen, auch durch keinen militarisierten, ersetzt werden kann. Bei Betriebsunfällen wird er nicht bloß augenblicklicher Hilfeleistender sein, sondern er wird sich des Verunglückten auch fernerhin annehmen, ihn unterstützen mit Rat und Tat bei Erlangung der Unfallrente. [...] Und darum muß an jedem Ort eine Arbeitersamariter-Organisation erstehen, die mit Hilfe der Gewerkschaften und Betriebsräte sich durchsetzt und behauptet.“¹⁸³

An alle Arbeiter-Samariter im ganzen Reiche!

Die letzten Vorgänge in der Kolonne Leipzig des Arbeiter-Samariter-Bundes zwingen die benachteiligten Genossen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden und alle Genossen, insbesondere alle Arbeiter-Samariter zu bitten, sie in ihrem Kampf ums Recht zu unterstützen.

Dieser Kampf richtet sich vor allen Dingen gegen den Bundesvorsitzenden Theodor Kretschmar in Chemnitz. Schon einmal hat dieser Mann in den Kämpfen innerhalb der Leipziger Kolonne eine verhängnisvolle Rolle gespielt, nämlich als er im Jahre 1924 beim Polizeipräsidium einen Antrag auf Sicherstellung des Materials der Leipziger Kolonne einbrachte. Dieser Antrag fiel zeitlich zusammen mit dem Verbot der Leipziger Kolonne durch die Polizei. Die gesamte Entwicklung der Leipziger Kolonne hat die damals von Kretschmar gehegten Befürchtungen (die Leipziger Kolonne sei ein Seminar der Kommunistischen Partei), die zu jenem törichtem Antrag bei der Polizei führten, in keiner Weise bestätigt. Die Entwicklung der Kolonne hat sich im Gegenteil in völlig geordneter und von der Leipziger Arbeiterschaft anerkannter, parteipolitisch neutraler Weise vollzogen.

Die übertriebene und unbegründete Furcht vor unzulässigen kommunistischen Einflüssen verführte Herrn Kretschmar zu weiteren merkwürdigen Handlungen. Er schenkte einem Angeber von zweifelhaften Qualitäten Glauben. Dieser hatte den augenblicklichen Vorsitzenden der Leipziger Kolonne bereits bei der Polizei angezeigt, er unterhalte in der Geschäftsstelle ein verbotenes Waffenlager und habe Unterschlagungen begangen. Die polizeilichen Untersuchungen verliefen völlig ergebnislos.

Auf Grund dieser ganz zweifelhaften Angaben wurde am 1. April — man höre und staune — der gesamte, aus 18 Mitgliedern bestehende Zentralvorstand der Kolonne Leipzig nicht nur seines Amtes enthoben, sondern sogar ausgestoßen, darunter viele SPD-Leute, so auch der verdiente Kolonnenarzt Dr. Solowetschik und ein vom Bundestag eingesetzter Revisor (auch SPD.).

Die Begründung zu diesen Ausschlüssen ist geradezu lächerlich. Der Vorsitzende, Genosse Böhme, wird ausgeschlossen, weil er kommunistische Fraktionsitzungen abgehalten haben soll, die übrigen, weil sie dieses Treiben stillschweigend geduldet hätten, der Genosse Solowetschik, weil er das Majestätsverbrechen beging, dem Herrn Kretschmar Taktlosigkeit vorzuwerfen. Alle diese Vorwürfe werden ganz allgemein ausgesprochen, ohne nur den geringsten Beweis dafür zu erbringen. Das Schlimmste an dem Ausschlussverfahren aber war, daß das Verfahren in völlig statutenwidriger Weise vorgenommen wurde. (Charakteristisch für den Mangel an Mut des Bundesvorsitzenden ist die Tatsache, daß er nach schon beschlossenen Ausschluß noch mit den Bundesrevisoren in einem telephonischen Gespräch über eine abzuhaltende Revision verhandelte. Er hatte nicht den Mut, die Ausschlüsse mündlich mitzuteilen.) § 22 des Bundesstatuts besagt ausdrücklich, daß jeder, der ausgeschlossen werden soll, vorher gehört werden muß. Dieses Grundrecht, das jedem Schwer-

verbrecher heute zugestanden wird, will der Bundesvorsitzende Kretschmar seinen eigenen Samaritergenossen versagen. Er mußte durch eine gerichtliche Verfügung vom 10. April 1928 gezwungen werden, den Ausschluß der betreffenden Mitglieder zurückzunehmen. Die Kosten des gerichtlichen Verfahrens hat der Bundesvorstand zu tragen. Wir stellen also fest:

- 1. der Arbeiter-Samariter-Bund hat einen Vorsitzenden, der auf übel bekundete Denunzianten hört;**
- 2. der Vorsitzende kennt seine eigenen Statuten nicht, und wenn er sie kennt, überschreitet er sie.**

Er schädigt dadurch das Ansehen des Bundes in ideeller und materieller Beziehung; 3. noch eine Frage: Auf dem Bundestage in Weimar rief ein Mitglied der damals noch abseits stehenden Gruppe (Höhne) dem Bundesvorsitzen-

den zu: „Hier habe ich genug Beweise gegen dich!“ und hielt dabei ein Bündel Aktenstücke hoch. Noch heute behauptet Höhne in öffentlicher Samariterversammlung (am 6. April 1928), daß er Material gegen Kretschmar in der Hand habe. Was mag wohl in den peinlichen Akten, die der Gen. Höhne in einem Bankresor aufbewahrt, enthalten sein? Wie steht es mit den Flugblättern der Höhnegruppe, die angeblich auf dem Bundestag verbreitet werden sollten? Die überwiegende Mehrzahl, bis auf das Bäckerdutzend der Vertrauensleute Kretschmars, steht hinter ihrem ausgeschlossenen, jetzt zwangsweise wieder aufgenommenen Vorstand. Die Kolonne Leipzig hat stets ausgezeichnet gearbeitet (vergleiche Protokoll vom Bundestag 1927, Schlußwort Kretschmars). Der Samariterdienst war vorbildlich organisiert. Eine dauernde Hygieneausstellung ist in Vorbereitung. Soll das alles durch Willkür zerschlagen werden? Soll ein gekränkter Samariterkönig das Recht haben, hochverdiente Genossen ohne Urteilspruch einfach herauszuwerfen?

Nein! Niemals!

Wir rufen die Genossen aller proletarischen Parteien auf, uns in unserem Kampf um Ehelichkeit, Gerechtigkeit und Demokratie zu unterstützen, insbesondere bitten wir alle auswärtigen Samariter-Genossen, uns in unserem Bestreben, einen außerordentlichen Bundestag einzuberufen, zu unterstützen.

Zentralvorstand des Arbeiter-Samariter-Bundes
Kolonne Leipzig e.V.

Verlag: John Löh, Hamburg. — Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Otto Hilpert spielte für die ASB-Kolonne Leipzig eine unverzichtbare Rolle – sowohl vor als auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch was wissen wir über ihn? Leider sind die Auskünfte über seine Person rar. Im Jahr 1877 geboren, wuchs er in Leipzig auf und erlernte den Beruf des Schriftsetzers in einer Druckerei. Im Jahr 1898 trat er in Leipzig der SPD bei, seit seinem 19. Lebensjahr war er gewerkschaftlich organisiert. Von der ersten Minute an gehörte er zu den Unterstützern, um einen Sanitätsdienst für die Arbeiter aufzubauen. Schon seit 1905 setzte er sich für eine Sanitätskolonne in Leipzig ein,¹⁸⁴ damals war es jedoch noch die Kolonne des „Sanitätsvereins der Metallarbeiter-Krankenkasse“. Nach Anschluss dieses Sanitätsvereins an den Arbeiter-Samariter-Bund im Jahr 1910 übte Hilpert bis zum Verbot des ASB 1933 mehrere Funktionen aus, mehrfach als Vorsitzender der ASB-Kolonne Leipzig und in der Zeit von 1922 bis 1933 als Technischer Leiter. In dieser Funktion war er für die Ausbildungs- und Fortbildungskurse der aktiven ASB-Mitglieder zuständig, die ihm auch sehr am Herzen lagen, wie er in seinen Berichten über die Arbeitersamariter immer wieder betonte. In einem Brief von 1956 erklärte er kurz, wieso er den Posten als Technischer Leiter übernahm: „[...] da es an Ausbildungsgenossen fehlte u. wir damals noch keinen Arzt hatten [...]“.¹⁸⁵

Nach dem Zweiten Weltkrieg wohnte Hilpert, inzwischen Rentner, mit seiner Frau in der Hofer Straße 33 in Leipzig.¹⁸⁶ Er hatte drei Söhne an den Fronten des Zweiten Weltkrieges verloren, seine Frau starb 1952.¹⁸⁷

Doch auch nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Hilpert seinen starken Willen nicht verloren und kämpfte um den Wiederaufbau des ASB. Er rief im Herbst 1945 in einem ausführlichen Schreiben zur Wiedergründung in Leipzig auf:

„Stumm und mit gefalteten Händen mußten wir zusehen, wie alles verschwand, was wir mühselig langen Jahre hindurch aufgebaut hatten. Aber unser Mut sank nicht und wir hofften, daß doch wieder eine Zeit kommt, wo wir wieder aufbauen werden. Still und geheim wurde an unserer Idee festgehalten, wir haben uns nicht unterkriegen lassen, sondern sind unseren Idealen treu geblieben, denn es mußte unsere Zeit wiederkommen – und sie ist da! Jetzt gilt es wieder aufzubauen, den Arbeiter-Samariter-Bund wieder zu neuem Leben zu erwecken, die Kolonnen im Land wieder zu sammeln und zu festigen, auf daß sie wieder das leisten sollen, was auf ihrem Banner geschrieben ist: ‚An jedem Ort, zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilf‘ bereit!‘“¹⁸⁸

Otto Hilpert wiederholte in seinem Aufruf die Thesen aus dem Jahr 1925: Das DRK konzentrierte sich nur auf die Hilfeleistung in Kriegsfällen und vernachlässigte damit „das ureigenste Gebiet des tagtäglichen Kriegsschauplatzes, das Schlachtfeld der Arbeit“¹⁸⁹. Er ließ aber nicht aus, dass die Arbeitersamariter mit Beginn des Ersten Weltkrieges neben dem DRK auch

Einsätze im Kriegsdienst leisteten, um ihren Genossen vor Ort zu helfen. Voller Ehrgefühl berichtete Hilpert 1945 über die verschiedensten Hürden – unter anderem nach dem Ersten Weltkrieg Kolonnenärzte zu werben – die der ASB seit seinem Bestehen schon erfolgreich gemeistert hatte. Er war sich sicher, dass der ASB nach dem Zweiten Weltkrieg abermals dringend gebraucht wurde, um die angeschlagene Bevölkerung – durch Hunger, Trauer und Verlust ihrer Besitztümer – wieder aufzurichten. Hilpert wurde nie müde zu betonen, wie wichtig den Arbeitersamaritern ihre Ausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie ihre praktischen Übungen waren. Im Jahr 1945 mahnte er alle Arbeitgeber an und appellierte zugleich an die Arbeiter, solche zu belegen: „Auf den Arbeitsstätten, Fabriken, Bauten usw. ist es immer noch schlecht bestellt mit der sogenannten ‚Ersten Hilfeleistung‘, dem Samariterwesen. Unglücksfälle gibt es immer noch viele, sachgemäße Hilfe wenig oder gar nicht.“¹⁹⁰ Otto Hilperts Ansicht nach konnten gar nicht genug Personen in der Ersten Hilfe ausgebildet werden, um allen Menschen im Notfall helfen zu können, egal ob Arbeitskollegen, Familienmitgliedern oder Sportlern.

„Es ist hauptsächlich ein Gebot der Humanität [...] bei harter Arbeit, in ihrem Berufe, im täglichen Verkehr, sowie in Ausübung ihres Sportes, Verunglückten die bestmögliche Hilfe zuteil werden zu lassen, und es ist daher wünschenswert, ja notwendig, daß möglichst viele Menschen lernen, wie in solchen Fällen zweckmäßig zu verfahren ist. [...] Der Nutzen [...] liegt auf der Hand. Im Falle der Gefahr verliert der ausgebildete Samariter die Ruhe und Umsicht weniger leicht, als der kenntnislose Laie. [...] Aber auch das Gemeinwesen, vor allen Dingen die Krankenkassen haben Vorteil von der Tätigkeit der Samaritervereine. Die Samaritertätigkeit verbessert die Unfallfolgen. Je weiter die Kenntnisse in der ‚Ersten Hilfe‘ verbreitet sind, umso schneller ist im Augenblick der Gefahr die Hilfe da, die den Gefahrenbereich eindämmt.“¹⁹¹

Daher stellte Hilpert selbstsicher Forderungen auf:

„Was sind nun unsere Forderungen:

- 1. Gleichberechtigung, wie das Rote Kreuz. Die staatliche Unterstützung in gleichen Teilen an die beiden Kooperationen verteilen.*
- 2. Besetzung der Zentralleitung des Roten Kreuzes mit Arbeiter-Samaritern, um so einen Einblick zu erhalten, wo die eingesammelten Millionenbeträge hingekommen sind. [...]*
- 3. In den Gesundheitsämtern der Städte und Bezirke Mitglieder des ASB als Beisitzer und Berater aufzunehmen.*
- 4. Soweit bei den SA-Formationen noch vorhandene Vorräte an Verbandmaterial, Tragbahren usw. sicher zu stellen [...] sind, sind [diese] dem Arbeiter-Samariter-Bund zu übergeben, welcher dieselben Vorräte an die einzelnen Kolonnen weiterleitet.*

5. Zurückerstattung des Bundeshauses, sowie Erholungsheimes, sowie seitens der einzelnen Kolonnen selbständige Unterkünfte und Wachen, soweit sie nicht von Bomben zerstört sind.¹⁹²

Otto Hilpert war ein Kenner der Geschichte des ASB und von der Qualität der Arbeit der Samariterinnen und Samariter überzeugt. Sicher hatte Hilpert recht, dass nach dem Krieg so schnell wie möglich der Aufbau eines Gesundheitsdienstes bzw. -wesens relevant war, um die Bevölkerung wieder zu stärken. Doch bleibt zu vermuten, dass dieser selbstsichere Vorstoß eines Sozialdemokraten wie Otto Hilpert von der SMAD nicht gern gesehen war. Gingen die Zielrichtungen der Sozialdemokraten und Sozialisten schon seit Jahrzehnten auseinander, so taten sie es nun weiterhin. Die sowjetischen Besatzer hatten in jedem Fall einen eigenen Plan und dieser beinhaltete weder den ASB aufzubauen noch Forderungen von deren ehemaligen Mitgliedern anzunehmen. Otto Hilpert war – wie aus seinen Schriften ersichtlich – ein großer Verfechter des ASB, scheiterte jedoch in Leipzig mit dessen Wiedergründung.

In Leipzig wurde nach dem Verbot des DRK als nationalsozialistische Organisation in der gesamten SBZ im Jahr 1945 von dem Arzt Dr. Karl Gelbke der „Sanitäts- und Hilfsdienst“ (SHD) gegründet, bei dem er sich besonders auf die Kräfte des ehemaligen Arbeiter-Samariter-Bundes stützte, für die er in den 1920er Jahren selbst Ausbildungskurse gegeben hatte. Die Aufgaben des SHD lagen in der öffentlichen Sanitäts- und Rettungsorganisation und dem Sanitätsdienst bei Großveranstaltungen jeglicher Art.¹⁹³

Im Jahr 1956 wandte sich Otto Hilpert schriftlich an den ASB-Bundesverband mit seinen verbliebenen ASB-Unterlagen, darunter Texte und Protokolle sowie ein Taschenkalender von 1925. Er selbst schrieb, dass er nun 79 Jahre alt sei und nicht wüsste, für wen er diese Dinge aufheben sollte. In einem seiner Briefe von 1956 ging er nochmal auf die Situation nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein:

*„Hier bei uns in der Ostzone sind wir nicht zugelassen. Man wollte 1945 eine Organisation bilden, einen Abklatsch des Proletarischen Gesundheitsdienst und nannte sich: ‚Sanitäter- u. Hilfsdienst‘ [gemeint ist der ‚Sanitäts- und Hilfsdienst‘]. Als alter Samariter stellte ich mich sofort zur Verfügung. Doch nach einem Jahr wurde ich als unliebsamer Sozialdemokrat u. Nörgler mit Pauken und Trompeten hinausbefördert.“*¹⁹⁴

Die Unstimmigkeiten zwischen dem alten sozialdemokratischen Arbeitersamariter Otto Hilpert und dem Kommunisten und SHD-Gründer mit ASB-Vergangenheit Dr. Karl Gelbke erwiesen sich als unüberwindbar. Hilpert konnte diese Auseinandersetzung unter den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nur verlieren. Erst seit den politischen Veränderungen 1989/90 ist der ASB in Leipzig wieder tätig und seit dem 28. März 1990 ein eingetragener Verein.¹⁹⁵

5. Babelsberg

Ein ASB-Krimi in der DDR

Der Ort „Nowawes“ existiert schon lange nicht mehr – er gehörte seit 1924 zur Stadt Babelsberg, das wiederum 1939 nach Potsdam eingemeindet wurde.

Der „Alte Fritz“ hatte Nowawes als Ortschaft östlich von Potsdam anlegen lassen. Er siedelte hier ab 1751 wegen ihres Glaubens verfolgte evangelische Weber und Spinner aus Böhmen an, die den tschechischen Begriff „Nová Ves“ für „neues Dorf“ verwendeten, woraus sich Nowawes entwickelte. Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten Textilfabriken, sogar Seide wurde hergestellt und dafür tausende Maulbeerbäume angepflanzt. 1917 entstanden die Filmstudios der UFA (Universum Film AG). Nowawes wurde zur Filmstadt und ist es als Babelsberg bis heute. Der slawische Name „Nowawes“ verschwand unter den Nationalsozialisten. Ein weiterer Grund für sein Verschwinden war der Ruf des Ortes als „Rotes Nowawes“.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Nowawes gründete sich im Jahr 1911 mit 27 Mitgliedern. In den Jahren 1920 und 1921 hatte die Kolonie unter dem Vorsitzenden Ernst Vespermann, der später in Berlin auf Kreisebene Funktionen übernahm, seine höchste Mitgliederzahl von 118 zu verzeichnen. Der Sommer 1925 blieb vielen Einsatzkräften der Nowawes-Kolonie im Gedächtnis, als es zu blutigen Straßenkämpfen in Teltow zwischen Rotfrontkämpfern, Polizisten und deutschnationalen Schützenvereinsmitgliedern kam. Martha Ludwig, eine junge Weberin aus Nowawes, berichtete über ihren ersten Einsatz für die ASB-Kolonie:

„Die Schüsse übertönten das einsetzende Schreien und Fluchen der flüchtenden Arbeiter und ihrer Frauen. [...] Nun rannte auch ich zu den Verwundeten. Mir wurde übel von dem Blutgeruch. [...] Stumm, mit geballter Faust, defilierten wir an unserem erschossenen Genossen vorbei. Mir war immer noch elend zumute. Es war mein erster wirklicher Einsatz als Rote-Kreuz-Helferin des Arbeiter-Samariter-Bundes gewesen, mein erster ernsthafter Zusammenstoß mit dem politischen Gegner.“¹⁹⁶

Um auf solche Einsätze gut vorbereitet zu sein, fanden für die Mitglieder der Kolonie Nowawes Weiter- und Fortbildungen sowie Übungen statt – für Groß und Klein. So wurde im Sommer 1929 ein Kinderzeltlager am Lienewitzsee organisiert. Im September desselben Jahres fand zudem eine Kreisübung des ASB in Potsdam-Nowawes statt. Solche Übungen waren lebenswichtig, um für den Ernstfall, wie Straßenkämpfe oder Unfälle, bestens erprobt zu sein.

Die Kolonie Nowawes geriet zunehmend in das Umfeld der KPD. Der Bundesvorstand sah die politische Neutralität, die der ASB eigentlich vertrat, immer mehr in Gefahr und schloss daher kommunistisch orientierte Mitglieder und Kolonnen aus dem ASB aus.

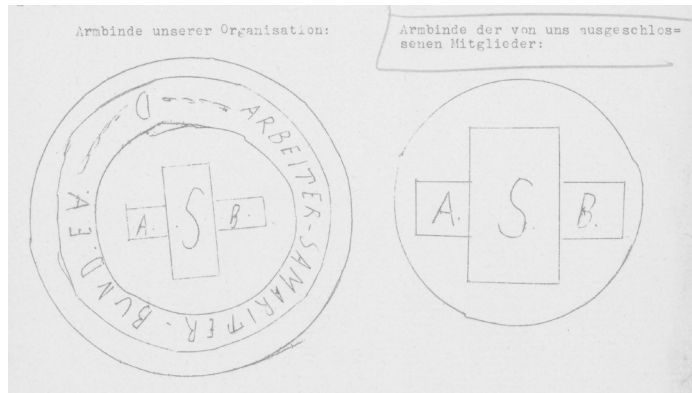


Kinderzeltlager und Kreisübung der Kolonne Nowawes 1929. Um auf Einsätze gut vorbereitet zu sein, fanden für die kleinen und großen Mitglieder der Kolonne Nowawes Fortbildungen sowie Übungen statt. Diese waren lebenswichtig, um für den Ernstfall bei Straßenkämpfen oder Unfällen vorbereitet zu sein.

Walther Apelt gründete im Jahr 1929 die „ausgeschlossene Gruppe“ Nowawes. Ein Brief von September 1929, verfasst von der ASB-Kreisleitung Berlin/Brandenburg an den Regierungspräsidenten in Frankfurt/Oder, beschreibt dies:

„Innerhalb der Arbeiter-Samariter-Bewegung hat sich eine Spaltung durch Mitglieder, die der Kommunistischen Partei angehören, vollzogen. Man hatte versucht, den Arbeiter-Samariterbund, der politisch neutral ist, für die K.P.D. zu gewinnen und die Idee dieser Partei durchzusetzen. Diese Massnahme konnten wir uns allerdings nicht gefallen lassen, sodass wir uns

Die ASB-Kreisleitung Berlin/Brandenburg fügte in einem Brief von 1929 Skizzen der Armbinden der „ausgeschlossenen Gruppe“ Nowawes und des ASB bei. Es sollte jede Verwechslung mit den kommunistischen Mitgliedern der „ausgeschlossenen Gruppen“ unterbunden werden.

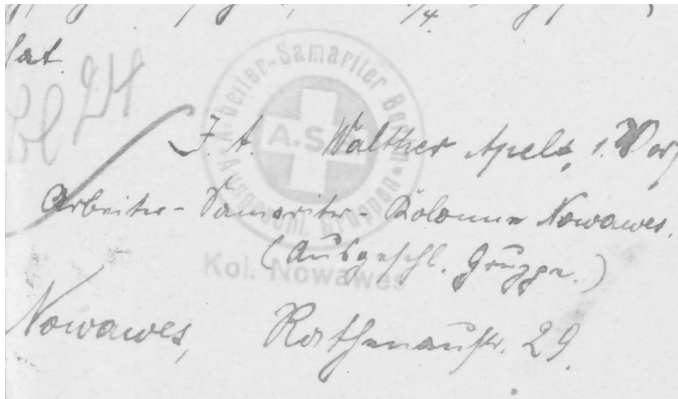


veranlasst sahen, diese betr.[effenden] Mitglieder auszuschliessen. Die ausgeschlossenen Mitglieder haben nun eine neue Organisation gebildet und gehen unter dem alten Abzeichen des Arbeiter-Samariterbundes. Wir möchten Sie nun bitten, um Verwechslung zu vermeiden, den ihnen unterstellten Polizeibehörden hiervon Kenntnis zugeben.¹⁹⁷

Dem Schreiben wurde eine handschriftliche Skizze beigelegt, die das Abzeichen des ASB sowie das der „ausgeschlossenen Gruppe“ Nowawes nebeneinander zeigen. Der ASB-Bundesvorstand wollte offenbar jede Verwechslung unterbinden und in keinem Fall mit den kommunistischen Mitgliedern der „ausgeschlossenen Gruppen“ in Verbindung gebracht werden.

Seit der Gründung 1929 bis zum Dezember 1932 war Walther Apelt der Erste Vorsitzende der „ausgeschlossenen Gruppe“ Nowawes, die er in das Vereinsregister beim Amtsgericht Potsdam eintragen ließ.¹⁹⁸ Danach kam es zu einem Gerichtsprozess gegen den Verein: Das Amtsgericht Potsdam fragte im April 1933 beim Potsdamer Polizeipräsidenten Herrn Wolf-Heinrich Graf von Helldorff an, „[...] ob und welchen politischen Tendenzen der Verein huldigt.“¹⁹⁹ Graf von Helldorff schätzte den Verein als kommunistisch ein. „Soviel hier bekannt ist, war der ‚Ausgeschlossenen Gruppe‘ die Arbeiter-Samariter-Kolonne (SPD) in der Politikreibung zu flau und aus diesem Grunde bildeten sie einen neuen Verein.“²⁰⁰

Am 27. Mai 1933 reichte der Polizeipräsident von Potsdam Klage gegen die „ausgeschlossene Gruppe“ Nowawes des ASB mit der Begründung ein, dass „klar zu ersehen sein dürfte, daß die Mitglieder dieses Vereins auf dem Boden einer Partei stehen, welche staatsgefährdend ist.“²⁰¹ Als staatsgefährdende Partei bezeichnete er die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Helldorff hatte damit Erfolg – im November 1933 wurde die „ausgeschlossene Gruppe“ Nowawes mit einem Gerichtsurteil endgültig verboten.²⁰²



Stempel der „ausgeschlossenen Gruppe“ Nowawes mit Unterschrift des Vorsitzenden Walther Apelt, April 1932.

Potsdam wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, im April 1945, durch einen alliierten Bombenangriff schwer getroffen. Am 27. April 1945 wurde die Stadt durch die Rote Armee besetzt.

Schon im Mai 1945 – direkt nach Ende des Krieges – holte Apelt seine alten ASB-Utensilien hervor und gründete erneut eine Samariterkolonne in Babelsberg mit ca. 60 Schwestern und 20 Sanitätern.²⁰³ In allen Dokumenten nach 1945 wird nicht mehr explizit von der „ausgeschlossenen Gruppe“ Nowawes gesprochen, sondern von der ASB-Kolonie Babelsberg oder dem ASB in der DDR. Apelts ASB-Kolonie half bei Krankentransporten, der Errichtung einer Rettungsstelle und beim Aufbau eines Flüchtlingslagers für Umsiedler in Babelsberg. Schon am 20. März des Jahres 1946 deutete aber ein Schreiben, verfasst von der Abteilung Gesundheitswesen (Provinz Brandenburg) u. a. an den Oberbürgermeister und das Gesundheitsamt in Potsdam, auf das erneute Ende der Samariterkolonne hin.

„Aus Pressemitteilungen geht hervor, dass in verschiedenen Städten [...] der Sanitäts- und Hilfsdienst in der Form von Volkssamariter-Vereinigungen gebildet ist bzw. sich in der Neubildung befindet. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass eine derartige Organisation unzulässig ist. Zur Durchführung des Sanitäts- und Hilfsdienstes dürfen an keiner Stelle und in keiner Form freiwillige Vereinigungen gebildet werden. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die im Sanitätsdienst tätigen Personen nicht als „Samariter“ bezeichnet werden dürfen.“²⁰⁴

An dieser Stelle ist ein kurzer Blick nach Sachsen und in die Stadt Plauen nötig. Denn am 22. März 1946, zwei Tage nach dem oben genannten Schreiben, wurde die Rundverfügung Nr. 74 für ganz Sachsen erlassen. Hier hatte sich drei Monate zuvor, im Dezember 1945,

der „Volkssamariterbund Plauen“ gegründet. Die Rundverfügung Nr. 74 aus Sachsen hat fast denselben Wortlaut wie das Schreiben vom 20. März aus Brandenburg, in beiden wurde ein explizites Verbot für die sich neugegründeten, freiwilligen Sanitäts- und Hilfsdienste ausgesprochen. Im Schreiben aus Brandenburg fehlt lediglich der Nebensatz, die „Samariter“ nur noch als „Sanitäter“ oder „Helfer“ betiteln zu dürfen.²⁰⁵ In beiden Dokumenten wurde jedoch eindeutig der Begriff des „Samariters“ aufgegriffen und untersagt. In Sachsen wurde der Sanitätsdienst kurz nach der Rundverfügung zentral verwaltet. Die SMAD wollte verhindern, Vereinen mit sozialdemokratischen Wurzeln freie Hand zu lassen.

Während in Plauen nach drei Monaten jeder Funken Hoffnung auf das Aufleben der Arbeitersamariter zerstört war, gab Walther Apelt in Babelsberg nicht auf. Apelt berichtete im Jahr 1947, dass auf Beschluss der SED die Samariterkolonne aufgelöst wurde.²⁰⁶ Nach Gründung der DDR wagte Apelt aber einen erneuten Versuch für die Entstehung einer ASB-Kolonie. Im August 1949 begann er bei der Volkspolizei als Sanitäter zu arbeiten und knüpfte Kontakte, die ihm neue Hoffnung gaben. Hier soll ihm der Genosse Zeidler, der laut Apelts Aussage der Verantwortliche für die Genehmigung zur Bildung neuer Vereine war, eine solche für den ASB erteilt haben. Apelt erstellte im Oktober 1949 eine neue Satzung für den „Arbeiter-Samariter-Bund in der Deutschen Demokratischen Republik“ mit Sitz in Babelsberg, angeschlossen an den FDGB (Industriegewerkschaft Gesundheitswesen).²⁰⁷ Mit dem Anschluss an den FDGB wird deutlich, dass der ASB keine eigenständige Organisation mehr gewesen wäre. Interessant ist auch, dass Apelt dieses Mal nicht nur versuchte, eine ASB-Kolonie Babelsberg wiederzugründen, sondern den „ASB der DDR“. Am Ende der Satzung wurde außerdem festgelegt, dass nach der Beendigung der Liquidation das verbleibende Vermögen an den FDGB übereignet werden sollte. Diese Satzung des ASB ist zwar ohne Unterschrift, reichte aber aus, um diese dem Genossen Zeidler für die Genehmigung des Vereins vorzulegen.

Walther Apelt behauptete im Herbst 1949 fortan, dass der ASB eine behördliche Genehmigung für die gesamte DDR hatte.

„Der Arbeiter-Samariter-Bund ist wieder mit behördlicher Genehmigung für die gesamte Deutsche Demokratische Republik zugelassen. Die Kolonne Babelsberg bittet alle Interessenten welche schon früher Mitglied im Arbeitersamariterbund waren und alle ehem. Helfer u. Helferinnen des Roten Kreuzes sowie alle Personen welche auf dem Gebiete der „ersten Hilfe“ [...] ausgebildet sind und [...] teilnehmen wollen, zu der Versammlung am Montag 28.11.49 [...] zu erscheinen.“²⁰⁸

Seine handschriftliche Notiz – ohne Datum, aber mit seinem Stempel versehen – war die Vorlage für einen Aufruf in der Zeitung „Tagespost“ am 25. November 1949. Die darin erwähnte

Satzung

des Arbeiter-samariter-Bundes, gitz Babelsberg, angeschlossen
dem FDGB, Industriegewerkschaft Gesundheitswesen.

Name und Sitz.

- § 1 Der Bund führt den Namen "Arbeiter-samariter-Bund" in der Deutschen Demokratischen Republik und hat seinen Sitz in Babelsberg und ist dem FDGB Industriegewerkschaft Gesundheitswesen angeschlossen.

rechtsfähigkeit.

- § 2 Der Bund kann in das Vereinsregister eingetragen werden.

Zweck des Bundes.

- § 3 Der Bund bezweckt die Zusammenfassung aller auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ausgebildeten Personen, Kräfte, Pflegepersonal und Laien, mit der Aufgabe, die Volksgesundheit zu heben und zu fördern.

Die Aufgaben im einzelnen sind:

- a) Ausbildung von Mitgliedern und Laien in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und Erkrankungen.
- b) Ausbildung von Samariterschwestern in der Hauskrankenpflege und Abstellung von Samaritern für die städtischen Krankenhäuser als Pflegepersonal.
- c) Stellung von Samaritern beim Sport in Turnhallen und Sportplätzen, Theatern, bei Massenunfällen und Massenumzügen, Demonstrationen, und sonstigen Veranstaltungen, wo viel Menschen vereint sind.
- d) Errichtung von Unfallmeldestellen.
- e) Die Ausbildung gilt erst dann als vollendet, wenn von einem dem Bund angeschlossenen prakt. Arzt die Prüfung abgenommen worden ist und unter einem Prüfungszeugnis dessen Unterschrift gesetzt ist.

Erwerb der Mitgliedschaft.

- § 4 Mitglied kann jeder werden, der auf dem Boden der antifaschistisch-demokratischen Ordnung steht und die Satzung mit seiner Unterschrift anerkennt. Über die Aufnahme und Ablehnung der Mitgliedschaft entscheidet die Mitgliederversammlung endgültig.

Rechte und Pflichten der Mitglieder.

- § 5 Die Mitglieder sind verpflichtet, die Vorschriften dieser Satzung zu befolgen und die Arbeit des Bundes durch regen Besuch der angesetzten

vorträge durch tatkräftige Mitarbeit und Dienste zu fördern. Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge werden durch die Generalversammlung festgelegt.

Verlust der Mitgliedschaft.

- § 6 Die Mitgliedschaft im Bund erlischt durch Austritt, welcher schriftlich erklärt werden muß, durch Ausschuß oder Tod oder wenn ein Mitglied 3 Monate im Beitragsrückstand ist. Über den Ausschuß entscheidet die Mitgliederversammlung.

Vorstand.

- § 7 Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem:

1. Vorsitzenden
2. Vorsitzenden
den Techniker
den Ärztlichen Beirat
den Kassierer
den Materialverwalter
den Schriftführer.

Die Geschäftsführung sowie die gesetzliche Vertretung des Bundes im Sinn des BGB §§ 21, 24, 25, 26, 27, 32, 36, 38, 45 obliegt dem Bundesvorsitzenden, der bei Verhinderung in allen seinen Obliegenheiten, Befugnissen durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden vertreten wird.

Mitgliederversammlung.

- § 8 Mitgliederversammlungen finden nach Möglichkeit jeden Monat statt, Beschlüsse werden durch einfache Stimmenmehrheit gefasst.

Auflösung.

- § 9 Der Bund kann durch Beschluß der Mitgliederversammlung aufgelöst werden.

Zur Gültigkeit des Beschlusses ist eine Mehrheit von 9/10 sämtlicher Mitglieder erforderlich. Was bei Beendigung der Liquidation verbleibende Vermögen wird dem FDGB übereignet.

Babelsberg im Oktober 1949

Satzung des ASB in der DDR 1949. Nach Gründung der DDR im Oktober 1949 versuchte Walther Apelt nicht nur eine ASB-Kolonie in Babelsberg wiederzugründen, sondern den „ASB der DDR“.

Arbeiter-Samariterbund

Mit behördlicher Genehmigung ist der Arbeiter-Samariterbund für die gesamte Deutsche Demokratische Republik als Sanitätsorganisation wieder ins Leben gerufen worden. Alle ehemaligen Arbeiter-Samariter sowie die früheren Helfer und Helferinnen des Roten Kreuzes, ebenso alle Personen, die auf dem Gebiet der „ersten Hilfe“ und in der Krankenpflege ausgebildet sind und mitarbeiten wollen, werden gebeten, am Montag, 28. November, um 20 Uhr, zu der Versammlung der Arbeiter-Samariter in der Gaststätte Kufthner in Babelsberg, Wattstraße 24, zu erscheinen.

Artikel in der Tagespost vom 25. November 1949, in dem Walther Apelt nach der Erstellung einer Satzung für den „ASB der DDR“ nun zur Gründungsversammlung des ASB aufrief.

Genehmigung sollte alle Interessenten und früheren Mitglieder auf der Versammlung am 28. November 1949 motivieren, sich wieder dem ASB anzuschließen.

Nun kam der „ASB-Krimi in der DDR“ ins Rollen.

Ein Aktenvermerk eines Mitarbeiters der Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ aus Potsdam (Landesebene) vom 30. November 1949 klärt einiges über den Verlauf der Gründung der Kolonne und Walther Apelts Vorgehen auf. Die Abteilung unterstand direkt der SED, existierte, wie in diesem Beispiel auf Landesebene, aber auch im Zentralsekretariat in Berlin und diente dem Zweck, im Gesundheitswesen alles zentral zu steuern.

„Etwa am 7. November wurde ich vom Gen.[ossen] Appelt [sic!], Sanitäter bei der Landespolizei telefonisch davon unterrichtet, dass sie im Begriff sind, den Arbeitersamariterbund zonal mit dem Sitz in Babelsberg zu gründen. Ich erkläre ihm sofort, [...] dass diese Vereinigung bei uns nicht aufgezogen wird und bat ihn, mit Unterlagen am darauffolgenden Tage zu mir zu kommen. [...] Aufgrund seines ungebührlichen Betragens am Telefon nahm ich mit Gen. Gartmann, Landespolizei, Rücksprache und bat ihn, die Sache zu untersuchen, da Gen. Appelt ihm unterstellt ist. Er versprach es.“⁴²⁰⁹

Woher sich der Genosse aus der Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ so sicher war, dass sich der ASB nicht in der erst kürzlich gegründeten DDR bilden durfte, bleibt unbeantwortet. Es lässt sich vermuten, dass er sich auf die Auflösung des Vereins durch die SED im Jahr 1947 bezieht. Walther Apelt war im November schon einige Monate als Sanitäter bei der Volkspolizei tätig. Sein Chef, Genosse Gartmann, sollte ihm sein Vorhaben zum ASB ausreden, doch scheinbar hatte Gartmann keinen Erfolg. Nur wenige Wochen später, am 25. November 1949, erschien in der „Tagespost“ Apelts Aufruf zur Versammlung und Gründung des Arbeiter-Samariter-Bundes.

So meldete der Mitarbeiter der Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ in seinem Vermerk weiter:

„Ich unterrichtete wiederum Gen. Gartmann von der Tätigkeit des Gen. Appelt [sic!] und er sagte mir zu, die Sache zu klären und einen Angestellten der Kriminalpolizei zwecks Auflösung der Versammlung hinzuschicken. Trotz des Versprechens war er nicht anwesend. Daraufhin erschien ich am 26.11. [gemeint ist der 28.11.] mit einem Vertreter des Landesgesundheitsamtes und einer Vertreterin der I. G. Gesundheitswesen in dem Lokal „Sturmeck“ in Babelsberg, Wattstr. 24, um die Konstituierung zu unterbinden. Wir baten Gen. Appelt und Gen. Kuhley, Kommissar bei der Landespolizei, hinaus und forderten die Auflösung der Versammlung. Gen. Appelt [sic!] trägt bereits das Abzeichen des ASB. Die Genossen sträubten sich und sahen die angegebenen Gründe nicht ein. Sie sind der Meinung, dass im Westen auch der ASB besteht. Desgleichen Jehovas Zeugen das Recht haben zu tagen und sie ausserdem von der Polizeibehörde die Zustimmung dazu hätten. Auf das Verlangen, diese vorzuzeigen, erklärten sie, dass sie es als Polizei nicht nötig hätten, derartiges schriftlich zu haben. Gen. Zeidler, der Verantwortliche für die Genehmigung zur Bildung neuer Vereine, hat hier die Genehmigung erteilt. Auf unser ausdrückliches Verlangen, dass die Versammlung aufgehoben wird, sagten sie zu und in einer sehr scharfen Diskussion, bei der sie alle Anwesenden, etwa 30–40 Personen, hinter sich hatten, [...] und gingen auf den Vorschlag, sich als Volkshelfer bei der Volkssolidarität, die für den Sport als 1. Hilfe ausgebildet werden, nicht ein. Sie haben sich in einer fanatischen Sektierergruppe zusammengeschlossen und sind der Meinung, dass es hier nur um die Nichtanerkennung des Namens „Arbeitersamariterbund“ geht. [...] In der Diskussion stellte sich heraus, dass dieser Verein schon seit dem 28. Oktober etwa besteht, die Satzung bereits angenommen wurde [...].“²¹⁰

Da Gartmann Apelt nicht aufhielt, erledigte der Verfasser dieses Aktenvermerks dies selbst. Durch den Artikel in der „Tagespost“ wusste er, wo das Treffen des ASB stattfand. Das Schriftstück beweist, dass Apelt und die anderen ASB-Mitglieder darüber informiert waren, dass in der Bundesrepublik der ASB existierte und tätig war. Es wirkt erst unüberlegt, dass Apelt und seine Anhänger die Genehmigung des ASB, die ihnen angeblich von Herrn Zeidler ausgestellt wurde, nicht auf Verlangen vorzeigten. Hätte dies doch zu ihrer Entlastung beitragen können. Wollten sie Zeidler schützen oder gab es am Ende gar keine schriftliche Genehmigung? Bei der hitzigen Diskussion wurde zudem festgestellt, dass der ASB schon seit dem 28. Oktober mit eigener Satzung Bestand hatte. Der Arbeiter-Samariter-Bund wurde daraufhin von dem Mitarbeiter aus der Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ als „fanatische Sektierergruppe“²¹¹ betitelt. Abweichler und Andersdenkende waren in der DDR nicht geduldet, wurden als staatsfeindlich gebrandmarkt und wenn nötig mit Repressalien zum Schweigen gebracht. Gruppen, über die der Staat oder die Partei keine Kontrolle hatte, wurden in der DDR mit allen Mitteln bekämpft – so erging es Apelt und dem ASB.

„Die anfänglich starken Widerstände bei den Anwesenden wandelten sich nach Schliessung der Versammlung in individuelle Diskussionen teilweise in Verständnis und einige andere erklärten sich bereit, sich der Volkssolidarität als Volkshelfer zur Verfügung zu stellen, um dort 1. Hilfe zu leisten. U.[nter] a.[nderem] äusserte sich Gen. Kuhley, Kommissar der Landespolizei, bei der Gründung des Vereins hätte er abgelehnt, eine Funktion zu übernehmen; ,denn die von oben kommen uns sowieso aufs Dach.' Er ist sich also bewusst, dass er etwas Unrechtmässiges getan hat und trotzdem trat er als fanatischer Verteidiger des ASB auf. Ich bin der Meinung, dass Gen. Appelt sowie der Gen. Kuhley baldigst zu einer gründlichen Aussprache herangezogen werden müssen. Desgleichen muss man Gen. Gartmann zur Rechenschaft ziehen wegen der versprochenen, aber nicht eingehaltenen Hilfeleistung.“²¹²

Der Vorschlag, die ASB-Mitglieder sollten sich als Volkshelfer bei der Volkssolidarität melden, wurde anfänglich ignoriert. Nach langer Diskussion schienen einige Teilnehmer der Versammlung jedoch auf den Vorschlag einzugehen. Nicht zu vergessen ist, dass die Volkssolidarität politisch zentral gesteuert war und einige Mitglieder des ASB das sicher nicht guthießen. Die Anbindung an den FDGB war bisher nur schriftlich in ihrer Satzung aufgenommen. Da am Ende doch mehrere auf den Vorschlag eingingen, forderte die Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ (Landesebene Potsdam) das Landessekretariat der Volkssolidarität schriftlich auf „diese Gruppe besonders anzusprechen.“²¹³ Da sich in „Babelsberg [...] ohne Genehmigung der Arbeiter-Samariter-Bund gegründet“²¹⁴ hat, wurden die „Genossen [...] angewiesen, sich als Volkshelfer der Volkssolidarität zur Verfügung zu stellen.“²¹⁵ Auf gute Sanitäter konnte nicht verzichtet werden – und umgekehrt wollten manche Arbeitersamariter nur ihrer Berufung als Sanitäter, Schwester oder Pfleger nachgehen, um den Menschen zu helfen.

Die Aussage des Kommissars Kuhley ist als recht heikel einzuschätzen. Wie im Vermerk geschrieben, deutete seine Aussage darauf hin, dass zumindest er sich über die Unzulässigkeit des Arbeiter-Samariter-Bundes und ihres Treffens bewusst war. Andererseits muss dieser Aktenvermerk des Mitarbeiters der Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ als subjektive Quelle eingestuft werden. Es ist anzunehmen, dass ein Mitarbeiter in dieser Position ein treuer SED-Anhänger war, zumal sein Verhalten daran keinen Zweifel lässt. Es stellt sich somit die Frage, ob der Vermerk an einigen Stellen im Sinne des Verfassers ausgeschmückt wurde. Die kompromisslosen Streitigkeiten führten dazu, dass der Kommissar und Walther Apelt zu einer Aussprache vorgeladen wurden.

Diese fand mit Walther Apelt am Abend des 2. Januar 1950 in Anwesenheit seiner Ehefrau statt. Der Bericht über die Besprechung wurde abermals von der Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ (Landesebene Potsdam) verfasst.

„Gen. Apelt nahm sofort wieder gegen die Volkssolidarität Stellung und versuchte den Arbeiter-Samariter-Verband Aufrecht zu halten. [...] Die weitere Diskussion mit [...] Gen. Apelt ergab, dass Gen. Apelt immer wieder für den Arb. Sam. Verb. und gegen die VS [Volkssolidarität] eintritt [...]. Die Nationale Front bezeichnet er als Mittel zum Zweck. Er erklärte ferner, dass er mit vielem, was die Partei anbetrifft, nicht mehr mitkommt.“²¹⁶

Nicht nur, dass Walther Apelt unerbittlich für den Arbeiter-Samariter-Bund kämpfte, er lehnte sich mit seinen kritischen Äußerungen gegenüber der SED sowie der Nationalen Front weit aus dem Fenster. Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 wurden alle zugelassenen Parteien, Massenorganisationen und Verbände in der Nationalen Front vereinigt. Das bedeutete die vollständige Gleichschaltung aller Parteien und Massenorganisationen. Für die SED war dies eine Absicherung des eigenen Machtanspruches. Da alle Massenorganisationen und Verbände dazu gehörten – auch der FDGB sowie die Volkssolidarität – fungierte die Nationale Front als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft.²¹⁷ Apelt hatte durchschaut, dass die Nationale Front nur dem Anschein nach allen darin versammelten Organisationen Einfluss auf gesellschaftspolitische Prozesse geben wollte. Faktisch war die Nationale Front ein Mittel, um die Blockparteien und Massenorganisationen zu disziplinieren und die Vormachtstellung der SED im Staat zu festigen. Dem widersetzte sich Apelt vehement und brachte sich damit in den Fokus der SED. Denn in dem Bericht wurde, nachdem er sich in Rage redete, folgendes veranlasst:

„A.[pelt] wurde darauf hingewiesen, dass er sich auf Grund der gezeigten Haltung noch verantworten muss. [...] Es fehlt ihm jegliche Parteidisziplin und Parteiverbundenheit. Er äusserte sich dahingehend, wir würden in die demokratischen Rechte eingreifen und diktieren. Der Kreisvorstand sowie die Betriebsgruppe müssen veranlasst werden, auf A.[pelt] besonders zu achten.“²¹⁸

Die Konsequenz für Apelt war, dass er unter Beobachtung gestellt werden sollte. Am Ende wurde Apelt aufgefordert eine Versammlung einzuberufen, in der er selbst den Arbeiter-Samariter-Bund als unzulässig erklärt und endgültig auflöst.

Die Folgen von Apelts Aussagen und seinem Verhalten am 2. Januar 1950 ließen nicht lange auf sich warten. Nur drei Tage später, am 5. Januar 1950, informierte ein Schreiben die Mitarbeiter des Kreissekretariats Potsdam der Abteilung „Staatliche Verwaltung“ über die Aussprache mit Walther Apelt. Sie wurden gebeten, ein „grösseres Augenmerk“²¹⁹ auf den ASB mit Sitz in Babelsberg sowie auf Apelt zu legen. Es wurde auf die „unzulässige“ Gründung des ASB verwiesen und der Vorschlag hervorgebracht, „daß Gen. Appelt evtl. von der Kreispartei-kontrollkommission zur Rechenschaft gezogen werden muss, aufgrund seiner sektierischen links abweichenden Haltung.“²²⁰

Die (Kreis-)Parteikontrollkommissionen prüften innerparteiliche Abläufe sowie alle Mitglieder und Kandidaten auf Einhaltung der Parteidisziplin und -moral sowie der „Treue“ zu den Beschlüssen und der Einhaltung vom Programm der SED. Abweichende Strömungen und Tendenzen wurden von den Kontrollkommissionen geahndet und als letzte Konsequenz als „Parteifeinde“ ausgeschlossen.²²¹ Ob es im Fall Apelt zu einer Kontrollkommission kam, bleibt ungewiss. Interessant ist der plötzliche Wechsel seiner Arbeitsstelle zwischen den Jahren 1949 und 1950 – vom Sanitäter der Volkspolizei zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Die Vermutung, dass Apelt mit Androhungen von Repressalien unter Druck gesetzt wurde, bleibt bestehen. Kontakte zu Personen, die wie er den Kommunismus anders interpretierten, hatte Apelt jedoch sicher noch – zu den sogenannten „Sektierern“ und Abweichlern. Könnte es für die Stasi von Nutzen gewesen sein, wenn Apelt nun in ihren Reihen verkehrte und ihnen Informationen über die ehemaligen Mitglieder des ASB und die „Sektierergruppe“ mitteilte? Dieses Kapitel bleibt verschlossen.

Für den „ASB-Krimi in der DDR“ ist ein weiterer Aktenvermerk vom 7. Januar 1950 relevant. Nur vier Tage nach dem Gespräch mit Walter Apelt wurde auch Zeidler, der Landespolizist, der für die Genehmigungen von Vereinen zuständig war, zum Gespräch gebeten. Dieser Bericht eröffnet den interessantesten Hinweis zu dem Fall.

„In der Diskussion ging Gen. Zeidler davon aus, dass Jehovas-Zeugen und alle möglichen Vereine das Recht hätten, sich zusammenzuschliessen und man sollte darum möglichst viel Vereine, die proletarische Elemente in sich vereinen, bilden. Er beruft sich auf die Verfassung, nach der es jedem Bürger möglich ist, einen Verein zu bilden und behauptet, dass die Partei nicht gefragt werden müsse. Jeder Genosse und Nichtgenosse hat das Recht, wenn er die Satzungen seines Vereins vorgelegt hat, die Bildung des Vereins vorzunehmen. Gesetzlich gesehen ist von ihm aus die Einmischung der Partei nicht richtig.“²²²

Zeidler sah im Arbeiter-Samariter-Bund offenbar „proletarische Elemente“, die nach der jahrelangen Nähe zur Arbeiterbewegung auch kaum zu bestreiten waren. Das wichtigste Element in diesem Krimi ist aber tatsächlich die Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949. Denn darauf bezog sich Zeidler und nahm damit den Mitarbeitern der Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ die argumentative Grundlage. In der Verfassung von 1949 steht: „Alle Bürger haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden.“²²³ Die Genossen der SED waren ergebene Handlanger, die im Zweifel ihre eigenen Gesetze missachteten, um ihre Ideologie im Alltag durchzusetzen. Die Haltung der SED war geprägt vom „Feindbild“ des Westens, aber auch der Sozialdemokraten oder andersdenkenden Kommunisten. Jedem treuen Parteimitglied war bewusst, dass im Einzelfall Gesetze ausgehe-

belt werden mussten, um diese Ideologie nicht zu untergraben. In der Praxis durfte es keine Zulassung eines Vereins ohne Kontrolle des Staates geben.

In dem oben genannten Bericht heißt es weiter:

„Bei der Aussprache zeigte sich, dass angeblich erst 1950 eine Eintragung und Registrierung sämtlicher Vereine vorgenommen werden soll. Hier zeigt es sich, dass bisher der Vereinsbildung keinerlei Schranken auferlegt wurden und wir dieser Aufgabe unser grösstes Augenmerk widmen müssen [...]. Wir haben beschlossen, da in den Satzungen der VS der grösste Teil der Aufgaben, die sich der ASB gestellt hat, verankert ist, nämlich vor allem den ersten Hilfeinsatz bei Sport, kulturellen Veranstaltungen, Demonstrationen usw., den ASB ab sofort aufzulösen und die Genossen damit zu beauftragen, dass die Mitglieder korporativ der VS als Volkshelfer angeschlossen werden sollen.“⁴²²⁴

Erst durch den „ASB-Krimi in der DDR“ wurde den Genossen der Abteilung „Arbeit und Sozialfürsorge“ in Potsdam bewusst, dass es seit Oktober 1949 keine Einschränkungen bei der Gründung von Vereinen gab. Dies wollten sie schnellstmöglich ändern. Sie lösten den ASB auf und nahmen alle Mitglieder in der Volkssolidarität auf. Auch die Satzung des ASB in Babelsberg fand Einzug in die Volkssolidarität. Die SED entschied sich für die Volkssolidarität und gegen den Arbeiter-Samariter-Bund. Es spielte die politische Kontrolle, die die SED bei der Volkssolidarität besaß und beim ASB nicht, eine enorme Rolle. Die Volkssolidarität übernahm alle Aufgaben des ASB und ein weiterer Verein für den Erste-Hilfe-Dienst war damit unnötig, zumal man auch die Betriebsgesundheitsshelfer mehr integrieren wollte. Es ist eindeutig: Der Grund den ASB zu verbieten, war unmittelbar mit dem Ziel der SED-Regierung verknüpft, alles im Staat zentral zu verwalten, politisch zu unterwandern und zu steuern. Apelts ASB wollte ohne Einfluss der Partei entstehen und das war für die SED undenkbar.

Der „ASB-Krimi in der DDR“ endete enttäuschend für die Kämpfer des Arbeiter-Samariter-Bundes und vor allem für Walther Apelt, der fast sein gesamtes Leben diesem Verein gewidmet hatte. Ein Rundschreiben vom 25. Januar 1950, welches an sämtliche Abteilungen sowie Polizeidienststellen in Potsdam weitergeleitet wurde, setzte dem ASB von Walther Apelt ein Ende.

„Besondere Ereignisse in Babelsberg und die Erkenntnis Organisationen der Zeit bis 1945 (darunter fallen auch A.S.B. [...]) nicht wieder aufleben zu lassen, geben Veranlassung [...] eines Rundschreibens [...]. Es ist darauf hinzuweisen, dass alle Genossen [...] die sich dem Sanitätsdienst widmen wollen, an die [...] Volkssolidarität zu wenden haben. Eventuelle auftretende Werber für die A.S.B. sind festzustellen und sofort dem Kreisvorstand schriftlich zu melden.“⁴²²⁵

VI. Kolonnenbiografien: Exemplarische Beschreibungen von Wiedergründungen im westlichen Deutschland



GERD





1. Hannover

Der frühe Wille, wieder eine große Organisation zu werden

„Hannover hat unter den deutschen Großstädten keinen sonderlich guten Ruf, gilt die Stadt an der Leine doch als ein Hort von Mittelmaß und Langeweile.“²²⁶ Wenngleich Hannover bis heute vielfach so wahrgenommen wird, wie es hier 2019 ein mit der Stadt gut vertrauter Historiker beschrieb, war Hannover für den ASB nach dem Zweiten Weltkrieg der Mittelpunkt des Wiederaufbaus. Es waren Hannoveraner, die erkannten, wie wichtig es war, sich so früh auch wieder überregional zu vernetzen.

Im Jahr 1946 erfolgte die Wiedergründung der Kolonne Hannover durch Samariter, die auch schon bis 1933 im ASB aktiv waren. 1910 gegründet, blickten sie auf eine lange Geschichte vor der Auflösung zurück. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte der Schriftsetzer Ernst Volmer (1881–1948) zu denjenigen, die den ASB wieder aufbauten. In den 1920ern war er über viele Jahre der Vorsitzende der Kolonne. Die Samariterinnen und Samariter erarbeiteten sich öffentliche Anerkennung, als sie während einer Typhus-Epidemie im Jahr 1926 durch ihr Wissen und Können wichtige Arbeit leisteten. Anfang der 1930er Jahre gehörten dem ASB in Hannover über 200 Personen an, es standen zwei Krankenwagen in den Garagen.²²⁷ 1933 wurde die Kolonne, wie andere in Preußen, zunächst in den kurzzeitig bestehenden nationalsozialistischen Arbeiter-Samariter-Bund überführt, anschließend das Material auf das DRK und die SA aufgeteilt.

Der Schlosser und Samariter Fritz Körner, der erste Vorsitzende nach dem Zweiten Weltkrieg, war laut eines Rückblicks im Jahr 1952 anlässlich des ersten Bundestages seit Ende des Krieges der treibende Motor gewesen und beantragte am 24. Mai 1946, einen Tag nach einer Gründungssitzung am 23. Mai 1946, die Zulassung des Bundes, nicht nur der Kolonne, beim Oberstadtdirektor Bradtke und der Britischen Militärregierung.²²⁸ Er hatte nach dem Krieg eine Stellung als Sachbearbeiter bei der Stadt Hannover und galt als politisch zuverlässig. Laut eigener Angabe war er bis 1933 und anschließend illegal Mitglied der SPD.²²⁹

Schon am 1. Mai 1946 waren Samariterinnen und Samariter in Hannover zum Dienst bei den Feierlichkeiten zusammengekommen, allerdings noch unter der Binde der AWO. Nach der ersten Sitzung und dem Antrag an die Stadt erfolgte am 15. Juni 1946 die Aufnahme des Bundes ins Vereinsregister und die Kolonne konnte wieder unter dem Abzeichen des ASB agieren.

Die Zulassung erfolgte zum 1. Juli. An diesem Tag fand eine weitere Gründungsversammlung statt.²³⁰ Auch der erfahrene Samariter Ernst Volmer nahm an diesen Sitzungen teil. Fritz Körner berichtete von einer Besprechung, die er mit der Hauptgeschäftsführerin

Urschrift.
=====

Satzung
S
S A T Z U N G E N
=====

§ I.

Sitz.

Name. Arbeiter-Samariter-Bund-Hannover. Hannover.

- a) Der Arbeiter-Samariter-Bund-Hannover soll eingetragener Verein werden.
- b) und hat den Zweck: die Mitglieder zu unterrichten in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen, sowie in den Grundzügen der Krankenpflege.
- c) die Mitglieder durch praktische Ausbildung in die Lage zu versetzen, bei eintretenden Unglücksfällen sachgemäss erste Hilfe zu leisten.

§ 2.

Der Bund steht der Bevölkerung bei allen Veranstaltungen zur Verfügung.

§ 3.

Der Bund hat die Aufgabe, Gründung von Arbeiter Samariter Kolonnen in allen Orten vorzunehmen.
Die Kolonne besteht aus aktiven und passiven Mitgliedern. Aktive Mitglieder müssen das 18. Lebensjahr erreicht und eine ärztliche Prüfung bestanden haben. Auch in anderen Vereinen ausgebildete Samariter können nach bestandener Prüfung als aktive Mitglieder in die Kolonnen eintreten. Alle aktiven Mitglieder müssen sich in Abständen von 2 Jahren einer Nachprüfung unterziehen. Die Ablegung der Nachprüfung ist im Mitgliedsbuch durch die Kolonnenleitung zu bescheinigen.

§ 4.

Zwecks Ausbildung neuer Mitglieder finden nach Bedarf mehrmonatliche Lehrkurse statt, an denen alle Personen beiderlei Geschlechts, teilnehmen können. Die Teilnehmer erhalten für die Dauer des betreffenden Kursus eine Ausweiskarte.

§ 5.

Die Beiträge für Mitglieder und Kursusteilnehmer, die Höhe des Eintrittsgeld werden in der Generalversammlung bestimmt. Jedes Mitglied erhält ein Mitgliedsbuch. Die vorläufige Höhe des Betrages ist für männliche Mitglieder monatlich 1 Rm. für weibliche und Invaliden 0,50 Rm. das Eintrittsgeld beträgt für jedes Mitglied 1 Rm.

§ 6.

Eintritts und Beitragsgelder sowie freiwillige Zuwendungen werden nur zu Lehrmitteln, Verwaltungskosten, Neuanschaffungen oder Ergänzungen der Materialien und Medikamenten verwendet.

§ 7.

Mit dieser Satzung (Ausschnitt) wurde in Hannover 1946 die Zulassung des Arbeiter-Samariter-Bundes beantragt.

der Arbeiterwohlfahrt, Lotte Lemke, hatte. Sie hatte ihm geraten, dass alle Samariter ins Rote Kreuz eintreten sollten. Für den 24. Juli wurde ein Treffen mit Kurt Schumacher, dem Parteivorsitzenden der SPD, Lotte Lemke, Vertretern des DRK und des ASB verabredet. Körner und Waldemar Olsen sollten hingehen.²³¹ Drei Wochen später, bevor es zu dem Treffen kam, starb Fritz Körner im Alter von nur 41 Jahren. Anfang Juli 1946 hatten Waldemar Olsen und Alfred Thies noch Vorstandsposten abgelehnt, doch nach dem Tod von Fritz Körner übernahm Olsen den Vorsitz der Kolonne.

Aufopferungsvoll für den ASB: Waldemar Olsen

Waldemar Olsen stammte aus einer Handwerkerfamilie. Geboren am 13. März 1907 in Linden, das 1920 nach Hannover eingemeindet wurde, besuchte er die Volksschule und eine höhere Bürgerschule. Danach absolvierte er eine kaufmännische Lehre. 1934 heiratete er Erna Bartels, geboren am 31. Oktober 1910; die beiden bekamen später ein gemeinsames Kind. Das Paar zog zunächst in die 1920er-Jahre-Siedlung Ledeburg am nordwestlichen Stadtrand. Zu dieser Zeit war Olsen als Lagerhalter und Warenverteilungsstellenleiter des Hannoverschen Konsumvereins tätig.²³² Vereine wie dieser waren Selbsthilfeorganisationen der Endverbraucher und standen in enger Verbindung zur sozialdemokratischen und sozialistischen Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zu den anderen Organisationen wurden sie jedoch nicht verboten, sondern im Mai 1933 gleichgeschaltet und später innerhalb der Deutschen Arbeitsfront (DAF) neu organisiert. Die Funktionäre konnten im Amt bleiben. Dieses Vorgehen hatte einerseits wirtschaftliche Gründe, andererseits war man sich innerhalb der NSDAP nicht einig darüber, wie bei diesen Vereinen vorzugehen sei.²³³ Nachdem er eine Stellung als kaufmännischer Angestellter erhalten hatte, zog die kleine Familie zurück nach

Linden in die Alfred-Wilms-Straße. Im Oktober 1944 erhielt er mit 37 Jahren seine Einberufung zur Nebeltruppenschule nach Celle.²³⁴

Waldemar Olsen war seit 1928 Samariter und nachdem er 1932 den Vorsitz der Kolonne Hannover übernommen hatte, weigerte er sich 1933, dem ASB unter nationalsozialistischer Leitung anzugehören.

Im Mai 1946 gehörte er zu den Wiedergründern. Nachdem Fritz Körner gestorben war, nutzte er unermüdlich seine Kontakte in Hannover, wies seine Mitstreiter an, gleiches zu tun, stellte seine Wohnung als Geschäftsstelle zur Verfügung, ermutigte und beschwichtigte, wenn es notwendig war. 1953 wurde Waldemar Olsen das Bundesverdienstkreuz am Bande für seinen maßgeblichen Beitrag zum Wiederaufbau des ASB verliehen.²³⁵ Zu dieser Zeit war er im Hauptberuf Geschäftsführer eines Transportunternehmens am Lindener Hafen. Als er die Arbeit verlor, wurde im ASB eine Diskussion um die Einstellung eines Bundesgeschäftsführers geführt. Man beschloss, dass Waldemar Olsen die Position des Bundesvorsitzenden und des Bundesgeschäftsführers in Personalunion ausüben sollte. Diese füllte er bis 1962 aufopferungsvoll aus, als er nach kurzer schwerer Krankheit starb.

Fritz Körner war es, der noch darauf hinwies, wie wichtig es sei, Kontakt zu anderen ehemaligen Samaritern in der westlichen Besatzungszone herzustellen, schließlich hatte er die Wiedergründung des Bundes beantragt und bewilligt bekommen. Um zunächst die eigene Kolonne zu vergrößern, wurde schon auf der Sitzung am 1. Juli 1946 beraten, dass ein Inserat in der Zeitung platziert werden müsse. Im September wurden Armbinden bestellt, denn auch die Sichtbarkeit war für die Anerkennung und für den Gewinn alter und neuer Mitglieder notwendig. Außerdem wurde ein Mindestbeitrag von einer Mark, für weibliche Mitglieder und Rentner fünfzig Pfennig, festgelegt. 1948 wurden die Beiträge an die von vor 1933 angeglichen: Der Mitgliedsbeitrag betrug sechzig Pfennig, für Frauen dreißig Pfennig und für Invaliden und Arbeitslose zehn Pfennig.²³⁶ Damit wurden Anleitungen für die Gründung von Kolonnen und Grundlagen geschaffen, die kurze Zeit später für den gesamten Bund gelten sollten. Auch eine finanzielle Grundlage wurde geschaffen: Schon im September 1946 erhielt Waldemar Olsen von der Allgemeinen Gewerkschaft 1 000 Mark für die Kolonne Hannover.²³⁷

Der Vorstand der Kolonne traf sich im September 1946 mit dem ehemaligen Leiter des 11. Kreises des ASB unter nationalsozialistischer Leitung, um von ihm zu erfahren, in wessen Hände das Vermögen der Kolonne 1933 gelangt war. Nach seiner Auskunft waren sowohl der Kassenbestand als auch einige Materialien an das Rote Kreuz übergeben worden, woraufhin Kontakt mit diesem aufgenommen wurde. Das DRK ließ die Samariter wissen, dass das Material und die Gegenstände, „bei dem Brand am Bahnhof vernichtet [worden] sind“²³⁸ bzw., „dass in den Bereitschaften m und w kein Sanitätsmaterial, insbesondere kein Zelt vorhanden ist, das dem Arbeiter Samariter Bund Hannover Stadt gehören könnte.“²³⁹ Das DRK leugnete hier nicht, dass es Material vom ASB übernommen hatte, anders als etwa in Köln. Das Verhältnis zu einzelnen Bereitschaften des DRK in Hannover war außerdem kameradschaftlich, man unterstützte sich sogar gegenseitig. Trotz der Haltung der Hauptgeschäftsführung, verstand man sich in Hannover auch mit dem Ortsausschuss der AWO. So fand der Ausbildungskurs 1950 in deren Räumlichkeiten statt.

Im Januar 1947 ging nahezu der gesamte Vorstand der Kolonne Hannover in den Bundesvorstand über, denn es war der Bund, nicht nur die Kolonne zugelassen worden. Die Samariter erkannten, dass es für die Akzeptanz und den Aufstieg des ASB wichtig war, Kontakt zu anderen Kolonnen herzustellen und zu pflegen, sich gegenseitig zu motivieren und eine Einheitlichkeit herzustellen. Eine Kolonne konnte das neben der Aufbauarbeit vor Ort nicht leisten. Enger Kontakt bestand zu diesem Zeitpunkt zu Samaritern in Hildesheim, die mit Hilfe der Hannoveraner im April 1948 wieder eine Kolonne gründeten. Zunächst hielten in Hannover Kolonne und Bund noch gemeinsame Sitzungen ab.²⁴⁰ Die Vorstandssitzungen fanden in den Wohnungen der Vorstandsmitglieder statt.

Die Kolonne wählte einen neuen Vorstand. Erster Vorsitzender wurde der Arbeiter Ludwig Gerschkat (1906–1986), Samariter seit 1928. Der bisherige zweite Vorsitzende, der Arbeiter Karl Hanne (1901–1966), wurde als Techniker, der Schlosser Fritz Kullik (1900–1971) als Kassierer gewählt. Schriftführer wurde der Monteur Franz Koch (1907–1982), in dessen Wohnung auch die erste Geschäftsstelle der Kolonne war. Er trat 1948 aus dem ASB aus. Auf der Sitzung im Januar 1947 wurde auch beschlossen, den früheren Genossen Otto Villwock (1905–1985) wieder aufzunehmen. 1924 bis 1928 hatte er sich im pommerschen Köslin im ASB betätigt, danach war er nach Hannover gezogen und weiterhin aktiv. Der Maurerpolier war am 1. Februar 1940 unter der Mitgliedsnummer 7444173 in die NSDAP eingetreten.²⁴¹ Die Hintergründe dafür sind nicht eindeutig, können jedoch mit seiner darauffolgenden Beschäftigung als Brandmeister zusammenhängen.²⁴² Ab 1949 hatte Otto Villwock den Vorsitz der Kolonne inne. Seine Wahl erfolgte, obwohl 1947 beschlossen worden war, ehemalige NSDAP-Mitglieder zwar aufzunehmen, ihnen jedoch fünf Jahre lang kein Amt zu übertragen. Ein weiteres Amt übernahm er 1950, das er bis 1975 innehatte: Er wurde Vorsitzender der Landesorganisation Niedersachsen und ein unermüdlicher Aufbauer des ASB. Für seine Verdienste wurde er mit der silbernen und goldenen Ehrennadel des ASB sowie 1965 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Auch sein Sohn Karl (1927–2017) begeisterte sich für die Arbeit im ASB und trat 1975 als Vorsitzender der Landesorganisation in die Fußstapfen seines Vaters. Neben Otto Villwock übernahmen Fritz Kullik und Werner Hartzsch, der Schriftführer der Kolonne, neben ihren Vorstandsposten in der Kolonne Verantwortung in der Landesorganisation.

Eine weitere Konstante und ein Neuer: Die Kolonnenärzte Dr. Emil Heß und Dr. Rudolf Engelbrecht

Dr. Emil Heß war der alte und bis in die 1950er Jahre auch der neue Kolonnenarzt. Er wurde am 12. März 1897 im hessischen Holzheim geboren. Dort besuchte er die Dorfschule, anschließend die Realschule in Eschwege und schließlich für ein Jahr die Oberrealschule in Kassel, bis er 1914 zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Durch eine Kriegsverletzung verlor er 1916 sein rechtes Auge. Dies hinderte ihn nicht daran, von März bis September 1919 an der Vorbereitung und der Prüfung zum Abitur teilzunehmen. Sein ärztliches Vorexamen bestand er 1921 Marburg, das Staatsexamen 1923 in Göttingen. Am 14. Januar 1929 heiratete er in Eschwege die von dort stam-

mende Emilie Elisabeth Schmidt, geboren am 12. November 1904. Ab dem 7. Januar 1930 war er als selbstständiger praktischer Arzt zunächst in der Ricklinger Straße, später in der Limmerstraße und damit in dem Arbeiterviertel Linden in Hannover tätig. Ebenfalls ab 1930 war er einer von zwei auszubildenden Ärzten des ASB in Hannover. Sein Kollege im ASB, Dr. Walter Friede, war als Jude 1938 zur Auswanderung nach New York gezwungen.²⁴³ Emil Heß hingegen wählte im März 1933 die Partei, in die er am 1. Mai 1933 eintrat: Die NSDAP. Kurze Zeit später trat er auch der SA bei. Hierzu schrieb er im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens: „In der SA habe ich

nur ärztlichen Unterricht erteilt und ärztliche Untersuchungen ausgeführt, wie ich dies auch vor 1933 im sozialdemokratischen ‚Arbeiter-Samariterbund‘ getan habe. Eine politische oder militärähnliche Tätigkeit habe ich auch in der SA nie ausgeübt.“²⁴⁴ Mit Kriegsbeginn war der Vater zweier Kinder im Polizeilichen Luftschutz Sanitäts-Bereitschaftsführer und übernahm ärztliche Tätigkeiten bei Luftangriffen auf die Stadt. Bei einem dieser Luftangriffe wurde das Haus mit seiner Praxis und den Wohnräumen der Familie völlig zerstört.

Nach dem Krieg kam Emil Heß im November 1945 in Internierungshaft, aus der er zehn Monate später nach Hannover zurückkehrte. In dem anschließenden Entnazifizierungsverfahren wurde er 1947 zunächst als Unterstützer des nationalsozialistischen Regimes eingestuft. Emil Heß wehrte sich gegen die Eingruppierung, indem er Einspruch erhob und zahlreiche Eidesstattliche Erklärungen einreichte. Darunter auch eine Bescheinigung von Ludwig Gerschkat über die Tätigkeit von

Heß im ASB bis 1933 und ab September 1946.²⁴⁵ 1948 erfolgte schließlich die Eingruppierung in Gruppe IV, Mitläufer, es wurde jedoch eine recht hohe Verfahrensgebühr von 400 Mark erhoben, die der Arzt sich stunden lassen musste, weil er keine Ersparnisse mehr hatte. Seine Praxis hatte er inzwischen wieder geöffnet. Als Pensionär zog Emil Heß 1960 ins südlich von Hannover gelegene Arnum. Er starb am 16. Dezember 1966.

Neben Emil Heß stieß Dr. Rudolf Engelbrecht (1907–1971) 1949 zum ASB. Geboren im brandenburgischen Luckenwalde, lebte er lange Jahre in Berlin, wo er 1937 der NSDAP beitrug. Ab 1939 zur Wehrmacht einberufen, kam er im Juli 1945 nach Hannover und fand eine Wohnung in der Pfarrlandstraße in Linden. Seine aus Oberschlesien stammende Frau und das erste Kind, das dort zur Welt kam, folgten ihm. 1946 wurde das zweite Kind geboren. Rudolf Engelbrecht war von 1950 bis 1952 der erste Bundesarzt des ASB, 1953 übernahm er zeitweise den Posten des zweiten Vorsitzenden in der Kolonne.

Dass der Bundesvorstand aus Mitgliedern der Kolonne Hannover hervorging, führte auch zu Konflikten zwischen den Samaritern. Diese traten offen zu Tage, als sich die Kolonne im Juni 1950 mit einem Beschwerdebrief an die Landesorganisation Niedersachsen wandte, anstatt den Bundesvorstand direkt zu kontaktieren. Man warf dem Bundesvorstand falsches Verhalten in der Öffentlichkeit vor, was dieser vehement zurückwies.²⁴⁶ Auch die Wahl von Anneliese Münstermann zur Bundesjugendleiterin lehnte der Vorstand der Kolonne Hannover entschieden ab. Außerdem traten Personen wegen unterschiedlicher Belange an den Bundesvorstand heran, obwohl es um Aufgaben der Kolonne ging. So fragten bspw. die IG Metall oder die Bürgerschule Limmer Sanitätsdienste für Veranstaltungen beim Bund an. Der Bundesvorstand traf dann Absprachen und wies die Kolonne an, diese genauso einzuhalten. Auch, dass der Bund sich in Angelegenheiten der Kolonne einmischte, stieß auf Unmut.

Einen Raum für Übungsabende und Kurse ab Ende 1947 stand der Kolonne bei den städtischen Betriebswerken durch Vermittlung des Stellvertretenden Stadtrats Burghardt zur Verfügung. Bis dahin hatten die Übungsabende in der Geschäftsstelle des DRK, Rampenstraße 4 in Linden, stattgefunden.²⁴⁷ Das wiederaufgefrischte Wissen wurde bei Diensten in Taten umgesetzt: bei Sportveranstaltungen wie Fußball- und Handballspielen, Leichtathletik-Wett-



Waldemar Olsen (rechts) beim Eilenriede-Rennen in Hannover, einer populären Motorrad-Veranstaltung, vermutl. 1951.

kämpfen, Radrennen oder Boxen, bei Veranstaltungen öffentlicher und kultureller Art, in Kinderlagern oder auf der Ferienfahrt des Kinderchors Badenstedt in die Jugendherberge Steinhude. Die größte Veranstaltung war das Eilenriede-Rennen in Hannover, ein populäres Motorrad-Rennen, wo Samariterinnen und Samariter aus ganz Norddeutschland Dienste leisteten. 1951 fand die erste Bundesgartenschau in Hannover statt und der ASB sicherte die Großveranstaltung ab. Beim Schlesiertreffen 1952 war der ASB, wie häufig, mit dem DRK gemeinsam im Einsatz.²⁴⁸

Das Material für die Einsätze musste neu beschafft werden. Für die Kolonne war hierbei von Vorteil, dass in Hannover viel Industrie angesiedelt war. Sie bekam sowohl Geld- als auch Materialspenden. Außerdem lag in Hänigsen nordöstlich von Hannover der ehemalige Wehrkreis-Sanitätspark XI, von wo die Kolonne Sanitätsmaterial bekam. Auch die Stadt griff dem ASB finanziell spätestens ab 1949 unter die Arme. Ein Zelt stand der Kolonne bereits ab 1948 wieder zur Verfügung: Sie hatte es als Geschenk erhalten und die Kosten für die Reparatur wurden gespendet.²⁴⁹

Am Ende des Jahres 1950 hatte die Kolonne wieder fast 100 Mitglieder, viele von ihnen lebten in Hannover-Linden. 1951 schied der Bundesvorstand aus der Kolonne aus und die Verantwortlichen wurden Einzelmitglieder des Bundes.

Ein einfacher Samariter: Hans Ostfeld

Gustav Hermann Albert Hans Ostfeld, Rufname Hans, wurde am 8. April 1899 in Hannover geboren. Sein Vater war Former, seine Großväter Schneider und Klempnermeister. Ab dem 9. Lebensjahr lebte er zur Pflege bei einer Frau in Lenglern bei Göttingen, besuchte dort die Schule und kehrte für die Lehre als Schuhmacher zurück nach Linden. Anschließend war Hans Ostfeld bei verschiedenen Meistern in Stellung. 1918 wurde er noch eingezogen, um seinen Militärdienst abzuleisten, überstand den Ersten Weltkrieg jedoch unverletzt. Als er 1923 arbeitslos wurde und keine Arbeit als Schuhmacher fand, konnte er ab Juli des Jahres als Krankenwärter im städtischen Krankenhaus arbeiten. Zwei Jahre später wurde er Mitglied des ASB in Hannover.²⁵⁰ Im November 1927 fand Ostfeld in der städtischen Badeanstalt am Küchengartenplatz eine Anstellung als Badewärter. Im gleichen Jahr trat er aus der SPD aus, deren Mitglied er sieben Jahre gewesen war. 1931 heiratete er Hermine Meine, geboren am 19. August 1900, und sie bekamen ein gemeinsames Kind. Die Familie lebte in Linden. Im selben Jahr wurde Hans Ostfeld Mitglied der Eisernen Front. Als er als städtischer Angestellter den Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 3. August 1933 ausgefüllt hatte, notierte die Verwaltung der städtischen Badeanstalten am 6. September 1933, dass Ostfeld verschwiegen hätte, dass er Mitglied der Eisernen Front und des ASB war. Es sei abgesehen davon jedoch nichts gegen ihn einzuwenden, er sei nicht als Marxist aufgetreten.²⁵¹

Um sein Einkommen zu erhöhen, ging er in den 1930er Jahren einer Nebentätigkeit als Fachlehrer bei den Städtischen Handelslehranstalten nach. Als der Zweite Weltkrieg begann, wurde Hans Ostfeld im Alter von vierzig Jahren ein zweites Mal eingezogen und war zunächst als Infanterist, ab Januar 1940 als Sanitäter in Dänemark, der Slowakei, in Russland, Belgien und Frankreich. Er durchlitt die Krankheiten vieler Frontsoldaten, Ruhr und Fleckfieber. Nach einem Dienstatunfall im Jahr 1943 mit einem Oberarmkeilbruch zur Folge, wurde Ostfeld nach Bad Harzburg in das Reserve-Lazarett versetzt. Dort konnte er als Masseur wiederum sein Wissen aus seinen beruflichen Tätigkeiten und dem ASB einbringen. Am 11. April 1945 geriet Hans Ostfeld in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er im August 1945 zu seiner Frau und den inzwischen zwei Kindern zurückkehrte. Die Badeanstalt war noch geschlossen, doch er konnte nahtlos im Lindener Krankenhaus eine Tätigkeit als Krankenpfleger aufnehmen. Bereits im November 1945 war er stellvertretender leitender Stationspfleger. Im darauffolgenden Jahr erreichte er, dass er sich aufgrund seiner reichlichen Erfahrung Krankenpfleger und nicht nur Krankenwärter nennen durfte, obwohl er nie eine Prüfung abgelegt hatte. Dieser Umstand sicherte ihm und seiner Familie ein höheres Einkommen. Wegen schwerer Arthrose im linken Knie, war er ab 1955 arbeitsunfähig und wurde in den Ruhestand versetzt. Er starb am 12. Oktober 1969 in seiner Geburtsstadt.

2. Ulm

Talentschmiede des ASB im Süden

Die erste Kolonnengründung nach dem Zweiten Weltkrieg initiierte Hans Haußmann schon im Herbst 1945 in Ulm. Unter der Leitung des Spediteurs sollte sich der Ulmer ASB zu einer mustergültig erfolgreichen Kolonne in Süddeutschland entwickeln.

Es war die Wiedergründung der von 18 Mitgliedern am 1. Juni 1933 gegründeten Kolonne Ulm/Neu-Ulm, die am 26. Juli 1933 bei ihrer Zwangsauflösung durch die Nationalsozialisten 78 Personen gezählt hatte. Am 1. Oktober 1945 versammelte Haußmann, der bereits von 1924 bis 1933 in der Kolonne aktiv gewesen war, alte Samariterinnen und Samariter und Interessierte in seiner Wohnung in der Ulmer Moltkestraße zu einem ersten Gründungstreffen. Seitens der amerikanischen Besatzungsbehörden gab es Vorbehalte gegen den Terminus „Arbeiter“ im Titel. Daher entschied sich die neue Kolonne, den Namen „Allgemeiner-Samariter-Bund“ zu führen, und vollzog am 5. Januar 1946 formal die Gründung – erneut in der Haußmannschen Wohnung. Die 25köpfige Ulmer Kolonne war kein eigenständiger Verein, sondern eine Untergliederung des Vereins für Leibesübungen (VfL) Ulm, der selbst erst im Dezember 1945 als Nachfolgeverein der 1933 verbotenen Freien Turnerschaft neu entstanden war.²⁵²

Den Vorsitz übernahm Hans Haußmann, dessen Frau Wilhelmine, genannt Mina, als Materialverwalterin ebenfalls in den Vorstand gewählt wurde. Beide waren schon vor 1933



Hans Haußmann, Samariter seit 1924, initiierte im Herbst 1945 die Wiedergründung der Kolonne Ulm, zunächst innerhalb des VfL Ulm.

aktive Ulmer Arbeiter-Samariter gewesen, ebenso wie Kassierer Georg Brückle, der 1924 in den ASB eingetreten war. Den achtköpfigen ersten Vorstand des ASB Ulm nach dem Krieg komplettierten fünf neue Gesichter. Wilhelm Schrimm war als Erster Technischer Leiter mit 58 Jahren zugleich das älteste Vorstandsmitglied. Fritz Thoma als Zweiter Technischer Leiter war mit 39 Jahren ebenso alt wie der Vorsitzende Hans Haußmann. Schriftführer Willy Schätzler war 46 Jahre alt, während die beiden Kolonnenärzte Dr. Werner Eychmüller (Jahrgang 1919) und Dr. Helmut Dürr (Jahrgang 1917) noch sehr jung waren.

Schaut man sich die Berufe dieser ersten Ulmer Führungsriege an, so gehörten ihr neben den zwei Ärzten der Fuhrunternehmer Hans Haußmann an der Spitze, eine Hausfrau, ein Lokomotivführer und ein Schlosser an, bei den beiden Technischen Leitern ist der Beruf nicht überliefert. Von Haußmanns Organisationstalent profitierte der ASB, dem er nicht nur seine komplette Freizeit opferte. Haußmann verschaffte dem ASB auch die nötige technische Infrastruktur, um sich rasch in Ulm, Neu-Ulm und Umgebung einen sehr guten Namen bei Sport- und anderen Großveranstaltungen, die der ASB begleitete, machen zu können.

Wie schon vor 1933 sah sich der ASB in Konkurrenz zum Ulmer Deutschen Roten Kreuz, das verschiedene Versuche unternahm, die Arbeit des ASB zurückzudrängen. Dem ASB kam hierbei aber seine Mitgliedschaft im VfL Ulm und damit der unmittelbare Zugang vor allem zu Sportveranstaltungen zugute. Sonntag für Sonntag sicherten die Ulmer Samariter bei Fußballspielen, Motorrad- und Radrennen und bei Boxkämpfen die Erste Hilfe ab, ebenso wie bei anderen Großveranstaltungen bis hin zur Schwörwoche, dem allsommerlichen traditionellen Ulmer Volksfest.²⁵³

Am 13. September 1949 erfuhr Hans Haußmann von der Existenz eines ASB-Bundesvorstandes in Hannover. Noch am selben Tag verschickte er eine Postkarte, auf der er mitteilte, „daß wir schon seit dem Herbst 1945 in Ulm arbeiten und versehen den ganzen Sportdienst zum Leidwesen des D.R.K.“²⁵⁴

Sechs Tage später antwortete Waldemar Olsen: „Liebe Genossen. Euer Schreiben haben wir erhalten und freuen uns, dass auch im Süden des Reiches [sic!] schon der ASB besteht.“²⁵⁵

Am 1. Oktober 1949 konnte Haußmann seiner Kolonne darüber berichten, dass der ASB nun jedenfalls bundesweit wieder organisiert sei, eine Nachricht, die auf der Versammlung der Kolonne mit Freude aufgenommen wurde.

Die Gewissheit, nun Teil eines bundesweiten Verbandes werden zu können, gab der Ulmer Kolonne auch neuen Rückenwind im Ringen mit dem DRK, das vom ASB-Verbot 1933 sehr konkret profitiert hatte. Der Kolonnenführer des DRK hatte im Juni 1933 mit Hilfe der Kriminalpolizei das Eigentum der Kolonne Ulm beschlagnahmt. Haußmanns Bemühungen, die Rückübertragung des Inventars zu erreichen, über das er eine detaillierte

Liste vorlegen konnte, waren beim DRK seit 1947 ins Leere gelaufen. Im November 1949 schaltete sich nun der Bundesvorstand ein. Olsen und Thies forderten den Vorsitzenden des Ulmer DRK in deutlichsten Worten auf, seine Haltung zu überdenken: „Wir richten nun an Sie die Frage, wie Sie sich die Rückübertragung denken, und möchten Sie nicht im Unklaren darüber lassen, daß alle Möglichkeiten von uns ausgenutzt werden, um wieder in den Besitz des Eigentums zu kommen und stützen uns dabei auf die bestehenden Gesetze der Militärregierung. Da es nicht im Sinne unserer Organisation ist, brutale Methoden anzuwenden, dürfte es für Sie zweckmäßig sein, das damals übernommene Eigentum der Kolonne Ulm wieder heraus zu geben.“²⁵⁶ Auch den einstigen Kolonnenführer des DRK Ulm im Jahr 1933 schrieben die beiden direkt an: „Es dürfte auch Ihnen im Laufe der Zeit zum Bewußtsein gekommen sein, daß Ihre damalige Handlungsweise, einer unpol. Wohlfahrtsorganisation das Eigentum zu nehmen, eine fluchwürdige Tat war. Wenn Ihnen nun, wenn auch geringfügig, das Gewissen plagen sollte, wäre es doch Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, Ihre ganze Kraft zur Wiedergutmachung des damals von Ihnen begangenen Unrechts einzusetzen.“²⁵⁷

Der Württembergische Landesverein vom Roten Kreuz e. V., Kreisverein Ulm, berief sich gleichwohl weiterhin darauf, durch Bombenschäden keinerlei Kenntnis mehr über den Umfang und Verbleib des beschlagnahmten ASB-Eigentums zu besitzen, man habe sich überdies mit neuen Mitgliedern 1947 neu gegründet und auch der 1933 verantwortliche Kolonnenführer sei so sehr erkrankt, dass man jegliche Aufregung von ihm fernhalten müsse.²⁵⁸

Der Wunsch der Ulmer Kolonne, nun Teil eines bundesweit organisierten Arbeiter-Samariter-Bundes zu werden, stand außer Zweifel. Der Bundesvorstand verlangte jedoch zunächst eine Aufnahmegebühr. Daraufhin schilderten Haußmann und Schriftführer Schätzler die besondere Situation als „Allgemeiner Samariter Bund“ innerhalb des VfL Ulm, zu dem die Kolonne im Herbst 1949 noch immer gehörte. Trotz dieser seinerzeit notwendigen Konstruktion betonte man den Anspruch, schon aktiver Teil der Arbeiter-Samariter-Bewegung zu sein: „Die Samariter Kolonne Ulm wurde am 5.1.46 gegründet, wobei unsere Samariter 1 RM Aufnahme bezahlt haben. Es ist natürlich unmöglich [...] nochmals einen Aufnahmebeitrag zu verlangen. Wir glauben, dass wir die älteste Kolonne nach dem Zusammenbruch sind und hoffen, dass wir dadurch auch Berücksichtigung finden. [...] Der Entschluss unserer Samariter besteht darin, im Arb. Sam. Bund uns anzuschließen und mitzuarbeiten, an dem großen Werk, das uns noch bevorsteht.“²⁵⁹

Die inzwischen 27 Mitglieder zählende Kolonne verließ zum 1. Oktober 1950 den VfL Ulm, wurde eigenständig und trat dem ASB-Bundesverband bei. Nun führte sie auch wieder den Namen „Arbeiter-Samariter-Bund“.²⁶⁰

Bei der Mitgliederversammlung am 6. Januar 1951 konnte Haußmann den Mitgliedern zwei neue Kolonnenärzte vorstellen. Ihm war es gelungen, Dr. Wolfgang Bachor und Dr. Schwarz vom Städtischen Krankenhaus zu gewinnen, die die beiden Ärzte Eychmüller und Dürr der Aufbaujahre ablösten, wobei sich Dr. Eychmüller auch weiter für den ASB engagierte. Mit der Selbstständigkeit erlebte der ASB in Ulm einen neuen Aufschwung. Bis zum 30. Juni 1951 wuchs die Mitgliederzahl auf 42 Personen, im Oktober 1951 zählte die Kolonne bereits 58 Mitglieder, darunter vier Jugendliche.

Da sich die Gründung einer Landesorganisation in Baden-Württemberg, die Haußmann vorantrieb, als kompliziert erwies und der ASB Ulm auch auf der zu Bayern gehörenden Donauseite in Neu-Ulm aktiv war, erfolgte im April 1951 zunächst der vorübergehende Beitritt zur bayerischen Landesorganisation. Ende 1951 begann dann der Gründungsprozess der ASB-Landesorganisation „Württemberg-Baden“, die ab dem 1. Juli 1952 den Namen des im selben Jahr neu gegründeten Bundeslandes „Baden-Württemberg“ trug. Hans Haußmann übernahm die Leitung der Landesorganisation.

Ihm war es gelungen, den ASB in Ulm nicht nur erfolgreich wiederzugründen und als geschätzten Akteur bei Großveranstaltungen und Erste-Hilfe-Kursen zu etablieren. Ein Schlüssel zum Erfolg war auch der hohe Grad an gesellschaftlicher Vernetzung, die Haußmann erreicht hatte und die sich widerspiegelte in der Riege der Gäste bei der Weihnachtsfeier 1951 im Ulmer ASB-Heim, wie der anwesende Vorsitzende der ASB-Landesorganisation Bayern, Kaspar Wachter, anerkennend berichtete: „Als ich am Samstagabend den ringsum mit Raureif bedeckten Kuhberg hinaufstieg zum Grimmelfinger Weg, dem eignen Heim der A.S.B. Kolonne Ulm zu [...] war ich wieder wie bei meinem ersten Besuch des Sommerfestes in Ulm, als ich den kleinen Saal betrat, freudig überrascht. [...] Der 1. Vorsitzende der Kolonne Ulm, Sam. Haußmann, begrüßte die Gäste, besonders den Landtagsabgeordneten von Württemberg-Baden, Stadtrat und Mitglied des Landesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt Roller [Hugo Roller, SPD], die Kolonnenärzte Herren Dr. Eychmüller und Dr. Bachor sowie Herrn Dr. Tribsch vom städtischen Gesundheitsamt Ulm, den stellvertretenden Polizeidirektor von Ulm Herrn Rall, Herrn Staatsanwalt Dr. jur. Goeckeler, Herrn Stadtrat Schneider, den Vertreter der Donauzeitung Ulm Herrn Brenner sowie den Heilpraktiker Herrn Schuhmann.“²⁶¹

Werfen wir nun einen Blick auf einige zentrale Akteure der außerordentlich erfolgreich agierenden Ulmer Kolonne, die Triebfeder und Zentrum des ASB in Baden-Württemberg war.

Hans und Wilhelmine Haußmann

Hans Haußmann (1908–1979) und seine aus Geislingen an der Steige stammende Frau Wilhelmine, genannt Mina bzw. Minna (1909–1980), waren 1924 bzw. 1926 schon als Jugendliche aktive Arbeiter-Samariter in der seit 1923 existierenden Kolonne in Ulm geworden. Ihr Hochzeitsfoto von 1929 zeigt die frisch Vermählten in ASB-Dienstkleidung und zeugt von dem besonders hohen Identifikationsgrad der jungen Eheleute. Insbesondere dem 1927 neu hinzugekommenen und sogleich gewählten Kolonnenvorsitzenden Johann Schäfler war es gelungen, die jungen Menschen für die Ideale des ASB zu begeistern. Im Januar 1931 übernahm der gerade 23 Jahre junge Hans Haußmann als Beisitzer und Revisor erstmals ein Vorstandsamt in der Ulmer Kolonne, die 32 Mitglieder zählte. Nur ein Jahr später wählten ihn die Mitglieder der sich rasant vergrößernden Kolonne (78 Mitglieder 1933) schon zum Ersten Techniker.²⁶²

Hans Haußmann war am 17. Januar 1908 in Montigny bei Metz in Lothringen als viertes Kind des aus Ulm stammenden Schreiners Friedrich Haußmann und seiner Frau Elisabeth, Tochter eines Hüttenarbeiters, geboren worden. In Ulm begann er nach der Volksschule 1922 seine Ausbildung zum Dreher im Magirus-Werk. Magirus fertigte Lastkraftwagen, Feuerwehrautos und andere Nutzfahrzeuge. Als Magirus in der Weltwirtschaftskrise in Schwierigkeiten geriet, fand Haußmann nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit im Dezember 1931 als Packer in der Lederfabrik Lebrecht einen neuen Job und konnte die Existenzgrundlage seiner Familie, zu der bald auch die Kinder Elsbeth und Hans gehörten, sichern.²⁶³ Haußmann wurde im Mai 1933 nach der Auflösung der freien Gewerkschaften Mitglied der Deutschen Arbeitsfront, hielt sich ansonsten aber fern von den neuen Machthabern. Hans Haußmann schloss sich wie die meisten Ulmer Samariter nach dem ASB-Verbot 1933 ohne besondere Leidenschaft dem Deutschen Roten Kreuz an. Seine Freizeit widmete er fortan



Wilhelmine und Hans Haußmann trugen 1929 auf ihrem Hochzeitsfoto ASB-Dienstkleidung. Mit großer Leidenschaft bauten sie den ASB in Ulm ab 1945 wieder auf.

vor allem der Musik. Ab 1935 erlernte er das Spiel auf dem Akkordeon, auch als Schlagzeuger versuchte er sich.²⁶⁴

Die Fabrik der jüdischen Familie Lebrecht war von den wirtschaftlichen NS-Boycott-Aktionen in den ersten Jahren nach 1933 noch nicht in gleicher Weise betroffen, wie kleinere jüdische Geschäfte, denn die Lebrechtsche Lederproduktion hatte in Ulm ein Monopol und brachte dem NS-Staat im Außenhandel wichtige Devisen. Mit Beginn des Jahres 1939 war aber auch dieser Betrieb „arisiert“ und die Familie enteignet.²⁶⁵ Die alteingesessene Ulmer Familie Lebrecht



Hans Haußmann leitet im Herbst 1956 die Ungarn-Hilfe des ASB, stellt Lastwagen seiner Spedition zur Verfügung. Der Konvoi erreicht Budapest kurz vor der gewaltsamen Niederschlagung des Volksaufstandes durch sowjetische Truppen.

konnte ihr Leben durch Emigration nach Brasilien, Chile und Israel retten.²⁶⁶ Haußmann blieb in der Lederfabrik, wo er später als LKW-Fahrer tätig war. Nach dem Kriegsdienst und kurzer Gefangenschaft kehrte Haußmann im Herbst 1945 nach Ulm zurück. Durch seine Kontakte aus seiner Beschäftigung als Lastwagenfahrer gelang es ihm, einen LKW zu erwerben und sich als Fuhrunternehmer selbständig zu machen.²⁶⁷

Hans Haußmann war fortan das Gesicht des ASB in Ulm und sollte es für Jahrzehnte bleiben. „Mein ganzes Leben hieß ASB“ resümierte Haußmann selbst an seinem 70. Geburtstag. „Wir hatten weder ein Privatleben noch ein freies Wochenende“, fügte seine Frau Mina hinzu. Sie teilte seine Leidenschaft und setzte

sich wie auch die beiden Kinder Hans (1931–2017) und Elsbeth (1934–2019) mit unterschiedlichsten Aktivitäten unermüdlich für die Arbeit des Ulmer ASB ein.²⁶⁸ Überdies war Haußmann eine überaus umtriebige und um Menschen bemühte Persönlichkeit. Seine Tochter Elsbeth erinnerte sich: „Der ASB Ulm [...] war eine Art Großfamilie. Mein Vater hatte für jeden ein offenes Ohr und man konnte mit allen Sorgen zu ihm kommen. Bis zur Währungsreform fand mein Vater durch sein Transportunternehmen immer eine Möglichkeit Lebensmittel zu organisieren, [...] er brachte Sauerkraut und andere Lebensmittel, da er oft zur Firma Maggi fahren mußte. Die damaligen Samariter und Samariterinnen waren für diese Dinge dankbar, denn

es gab ja nichts. Das stärkte den Zusammenhalt und die Kameradschaft, welche auch nach der Währungsreform anhielt.“²⁶⁹

Haußmann war auch bundesweit einer der profiliertesten Köpfe des ASB. Seinen wichtigsten Einsatz koordinierte er im Oktober und November 1956 als Leiter der ASB-Ungarnhilfe. Ein Hilfskonvoi des ASB aus Ulm, Hamburg und Berlin brachte Hilfsgüter während des letztlich blutig niedergeschlagenen Volksaufstandes für Demokratie und gegen die sowjetische Besatzungsmacht.²⁷⁰

Hans Haußmann blieb ehrenamtlicher Vorsitzender des ASB Ulm bis 1973, als er nach einem Schlaganfall sein Amt aufgeben musste.

Von 1952 bis 1969 war er auch Leiter der Landesorganisation des ASB in Baden-Württemberg, deren Gründung 1952 er unermüdlich initiiert hatte. Erst in den letzten vier Jahren übte er diese Aufgabe hauptamtlich für den ASB aus, nachdem er 1962 seine Spedition verkauft hatte. Hans Haußmanns Name ist untrennbar mit dem ASB Ulm und dem ASB Baden-Württemberg verbunden. Seinem herausragenden Engagement, der Fähigkeit, immer wieder qualifizierte Personen für den ASB zu gewinnen, und seiner vielfältigen Netzwerk- und Lobbyarbeit war die erfolgreiche Etablierung des ASB im Südwesten vor allem zu verdanken.

Dr. Werner Eychmüller

Dr. Werner Eychmüller (1919–1971) war als Erster Kolonnenarzt Teil des Vorstandes der wieder gegründeten Ulmer Kolonne. Eychmüller war am 22. Oktober 1919 in Ulm als Sohn eines Regierungsbaumeisters und Enkel eines Arztes geboren worden.

Die Eltern erzogen ihn christlich-anthroposophisch im Sinne der Lehre von Rudolf Steiner. Die beiden älteren Brüder besuchten eine Waldorfschule in Stuttgart, was für den dritten Sohn aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich war. Der Spross dieser bürgerlichen Ulmer Familie war als Kind in der aus der Wandervogelbewegung hervorgegangenen „Deutsche Freischar“ organisiert und seit Sommer 1932 in der Scharnhorstjugend, einer Jugendorganisation des deutschnationalen Stahlhelms.

Im Zuge der Gleichschaltung wurde die Scharnhorstjugend in die Hitlerjugend (HJ) überführt. Mit der Vollendung des 17. Lebensjahres konnte der Oberschüler dann in den SA-Marinesport Ulm wechseln. Nach dem Abitur im März 1938 leistete Eychmüller ein halbes Jahr Pflichtdienst im Reichsarbeitsdienst (RAD) und begann zum Wintersemester 1938/39 ein Studium der Medizin in Freiburg. Im Herbst 1939 setzte er sein Studium in München fort, bis er ein Jahr später

seine Einberufung zur Wehrmacht erhielt. Nach der Grundausbildung in Ulm erfolgte im März 1941 die Übernahme in den Sanitätsdienst. Der Einsatz an der Front blieb Eychmüller erspart, nur wenige Wochen musste er im Frühjahr und Sommer 1941 Lazarettendienst in Belgien und Russland verrichten, ehe er in Reservelazarette nach Ulm und St. Blasien abkommandiert wurde. Ab Dezember 1942 konnte Eychmüller in einer Studentenkompanie in Innsbruck sein Studium wiederaufnehmen und versah seinen Dienst im dortigen Reservelazarett. Wenngleich Eychmüller in der SA 1942 in Abwesenheit zum Rottenführer befördert wurde, verzichtete der gläubige evangelische Christ auf weitere möglicherweise karriereförderliche Mitgliedschaften in der NSDAP und in NS-Parteigliederungen, trat auch nicht dem NS-Studentenbund bei. Die Familie gehörte der anthroposophischen „Christengemeinschaft“ an, die 1941 von den Nationalsozialisten verboten wurde. Im Sommer 1943 heiratete der angehende Arzt, der im April 1945 wenige Tage vor Kriegsende sein medizinisches Staatsexamen und seine Promotion mit „sehr gut“ abschloss. Zusammen mit seiner Frau und dem 1944 geborenen Kind wohnte er in Lans am Rande von Innsbruck. Unmittelbar

nach Kriegsende kehrte die junge Familie nach Ulm zurück, wo der Mediziner zunächst eine unbezahlte Tätigkeit als Volontärassistent bei einem niedergelassenen Arzt übernahm. Zum 1. September 1945 hatte er die Zusage für eine Assistenzarztstelle an der Inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses in Ulm erhalten. Aufgrund seiner früheren SA-Zugehörigkeit wurde ihm die Genehmigung der Einstellung dann jedoch zunächst seitens der amerikanischen Militärregierung verweigert. Erst durch mehrere positive Zeugenaussagen, u. a. seines

Vaters, der das Städtische Hoch- und Tiefbauamt leitete und ebenfalls nie Parteimitglied geworden war, erhielt er am 29. November 1945 die Genehmigung, seinen Dienst im Städtischen Krankenhaus aufnehmen zu dürfen. Während dieser schwierigen Wochen des Wartens auf seine Berufserlaubnis im Herbst 1945 fand Eychmüller seinen Weg zum ASB. Eychmüller engagierte sich in den Aufbaujahren als Kolonnenarzt und setzte diese Tätigkeit auch in den 1950er Jahren fort, nachdem er das Amt des 1. Kolonnenarztes 1951 abgegeben hatte.²⁷¹

Dr. Wolfgang Bachor

Auf der Jahreshauptversammlung im Januar 1951 präsentierte Hans Haußmann zwei neue vielversprechende Ärzte, die er für den ASB gewinnen konnte. Während Dr. Schwarz vom Städtischen Krankenhaus die Position des 2. Kolonnenarztes von Dr. Helmut Dürr übernahm, stellte sich der 33jährige Chirurg Dr. Wolfgang Bachor den Mitgliedern vor und wurde zum 1. Kolonnenarzt gewählt.

Bachor war am 14. Januar 1918 in der damals noch preußischen Großstadt Posen geboren worden. Als Posen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges polnisch wurde, kehrte die Familie Bachor in die ostpreußische Heimat der Eltern zurück. Bachor ging in Hohenstein zur Schule, machte dort 1937 Abitur und absolvierte seinen Wehrdienst von 1937 bis 1939 in Allenstein, dort bereits im Sanitätsdienst. Wie die meisten seiner Mitschüler, trat Bachor 1933 in die Hitlerjugend ein und wurde 1936 in die SA überführt. Hier blieb er weitgehend passiv, während er im Frühjahr 1939 die Aufnahme in die NSDAP erreichte. Dies begründete er nach dem Krieg damit, dass er in der Kleinstadt Hohenstein schon länger gedrängt worden sei, einen Aufnahmeantrag zu stellen. Unumwunden räumte er ein, dass er sich für den Beitritt letztlich entschied, weil für das von ihm angestrebte Medizinstudium die Mitgliedschaft in der Partei oder einer ihrer

Gliederungen vorteilhaft gewesen sei. Mit 21 Jahren begann er in der ostpreußischen Metropole Königsberg sein Medizinstudium.

Im Juni 1941 erfolgte die erste Einberufung des Studenten zur Wehrmacht. Zunächst in einer Studentenkompagnie, nach sechs Wochen dann als Hilfsarzt im Feldlazarett nahm Bachor ab Juli 1941 an dem Feldzug gegen die Sowjetunion in Estland teil. Die Schrecken der Kriegsführung im russischen Winter erlebte er jedoch nicht mit, da er ab Mitte Oktober 1941 sein Studium in Königsberg fortsetzen durfte. Nebenbei hatte er Dienst in einem Lazarett in der Stadt am Pregel zu verrichten. Im Oktober 1943 legte Bachor sein ärztliches Staatsexamen ab und erhielt im Januar 1944 dann die erneute Einberufung an die Ostfront nach Russland, ehe er dann in Ungarn und Polen eingesetzt war. Im Mai 1945 geriet Bachor in Böhmen in amerikanische Gefangenschaft, aus der er nach wenigen Monaten in Schwaben entlassen wurde. Da er ledig war und Ostpreußen inzwischen unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stand, bemühte sich Bachor als Vertriebener hier um einen Neuanfang. Nach einer ersten Beschäftigung als Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft in Öllingen, kam er nach Ulm und begann hier als Pflichtassistent im Städtischen Krankenhaus. Die Spruchkammer Ulm stufte

ihn als Mitläufer ein; gegen die Zahlung eines geringen Bußgeldes stand der Fortführung seiner medizinischen Laufbahn nichts im Wege.²⁷² Er legte Facharztprüfungen in Chirurgie, Urologie und Gynäkologie ab und wurde ein wertvoller Begleiter der Arbeit des ASB. Parallel engagierte sich Bachor in der Landsmannschaft Ostpreußen für die Belange der Vertriebenen aus Hohenstein, der Stadt seiner Kindheit. Die vielfältige und intensive Tätigkeit Bachors für

den ASB in Ulm endete 1955, weil Bachor in Sindelfingen eine eigene Praxis für Chirurgie eröffnete.²⁷³ In Sindelfingen engagierte er sich für die Bildungsbelange geistig behinderter Kinder und übernahm 1961 den Vorsitz der neu gegründeten Ortsvereinigung der Lebenshilfe. Bachor war überdies aktiv in der Orchestervereinigung und im Stadtrat in Sindelfingen. Hoch betagt verstarb Wolfgang Bachor am 25. Februar 2015 in Sindelfingen.

Georg Brückle

Georg Brückle, geboren am 16. Juli 1897 in Ulm als Sohn eines Lokführers, war seit 1924 ASB-Mitglied und trat 1927 kurz vor seinem 30. Geburtstag in den Vorstand der ASB-Kolonie Ulm ein. Brückle war nur sechs Jahre zur Schule gegangen und absolvierte von 1908 bis 1911 erfolgreich eine Lehre zum Maschinenschlosser in der Ulmer Fahrzeugfabrik Mattes & Würtz. Er erhielt im Anschluss sofort eine Stelle bei Magirus in Ulm, entschloss sich dann aber, noch weitere Erfahrungen auf Wanderschaft zu machen. In zwei Maschinenfabriken und einer elektrotechnischen Fabrik in Mannheim arbeitete er jeweils mehrere Wochen. Im Sommer 1913 zog es den jungen Schlosser nach Norden und er heuerte auf der Großwerft Blohm & Voss im Hamburger Hafen an. An der Elbe traf er die junge Hamburgerin Wally Jonas, die er – seit September 1914 Soldat – im September 1915 im Fronturlaub heiratete, als die gemeinsame Tochter Elly bereits fünf Monate alt war. Noch kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges kam eine zweite Tochter zur Welt. Georg Brückle konnte bereits 1917 aus dem Krieg zurückkehren und seine Arbeit auf der Werft in der Kriegsproduktion wieder aufnehmen. Im Februar 1918 trat Brückle in die SPD ein. Obwohl die Werft nach Kriegsende auch ohne Rüstungsaufträge florierete, zog es Brückle im April 1919 mit Frau und Töchtern zurück in seine Heimatstadt an der Donau. Nach zwei Kurzzeitbeschäftigungen als Hilfsarbeiter

konnte er im Oktober 1919 als Schlosser in den Dienst der Deutschen Reichsbahn eintreten. Die berufliche Existenz war damit abgesichert, 1921 erhielt die Familie Zuwachs durch die Geburt einer dritten Tochter.²⁷⁴ Seit 1924 engagierte er sich in seiner Freizeit insbesondere beim ASB. Seit 1927 war Brückle der Kassierer der Kolonie Ulm, im Januar 1932 übernahm er überdies noch die Position des zweiten Vorsitzenden. Nach dem Verbot von SPD und ASB im Jahr 1933 bemühte sich Brückle, nicht anzuecken, um seine Arbeitsstelle nicht zu gefährden. Seine Vergangenheit im sozialdemokratischen Milieu erschien ihm dabei ungeeignet für sein weiteres Fortkommen. So trat er im Mai 1937 sogar der NSDAP bei. Nach dem Krieg gab er an, dass er befürchtet habe, sonst seine Stelle zu verlieren. Der wahre Hintergrund lag aber offenbar darin begründet, dass sich ihm die Gelegenheit bot, den Beamtenstatus zu erlangen und ihm dazu die Parteimitgliedschaft nützlich war. Doch Brückle beließ es nicht bei der einfachen Parteimitgliedschaft in der NSDAP aus Karrieregründen. Er fand für sich offensichtlich auch ideologische Anknüpfungspunkte und schloss sich 1937 dem Reichskolonialbund an, der sich die Wiedererlangung der früheren deutschen Kolonien zum Ziel gesetzt hatte. 1938 trat er auch dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland bei, einem weiteren NS-Verband, der sich um die im Ausland lebenden Deutschen kümmerte.

Tatsächlich gelang ihm im November 1939 die Überführung in den Beamtenstatus und der Wechsel in die Lokführerlaufbahn. Wegen seiner kriegswichtigen Schlüsselqualifikation als Lokführer brauchte Brückle keinen zweiten Kriegseinsatz zu befürchten. Die besonderen kriegsbedingten Anforderungen an die Reichsbahn im Zusammenhang mit dem Krieg in Russland führten dazu, dass Brückle zeitweise in Allenstein in Ostpreußen seinen Dienst zu versehen hatte. Nach Kriegsende gehörte Brückle sofort wieder zum Kreis der Arbeiter-Samariter um Hans Haußmann, die eine neue Kolonne ins Leben riefen. Bei der Gründung im Januar 1946 übernahm Brückle auch direkt wieder sein altes Amt als Kassierer. Parallel hatte er sich nach dem neuerlichen Systemwechsel wiederum mit seiner politischen Vergangenheit zu beschäftigen. So wie er sich nach 1933 seiner sozialdemokratischen Vergangenheit entledigt hatte, tat er

dies nach dem Ende des NS-Regimes. Zunächst vom Öffentlichen Kläger der Spruchkammer Ulm als Belasteter eingestuft, gelang es ihm 1947 schließlich, die Spruchkammer davon zu überzeugen, dass er ohne ideologische Überzeugung nur „aus der Not heraus“ Parteimitglied geworden war. Im Rahmen der Weihnachtsamnestie 1947 wurde Georg Brückle als Mitläufer eingestuft und das Verfahren eingestellt.²⁷⁵ Seiner Glaubwürdigkeit nützte dabei die sofortige Rückkehr zum ASB und damit in das traditionell sozialdemokratische Umfeld. Auch für Hans Haußmann gab es augenscheinlich keinen Anlass, auf den bewährten Samariter Georg Brückle beim Wiederaufbau des ASB zu verzichten. Im Gegenteil: Haußmann installierte seinen Vertrauten Georg Brückle auch in der Landesorganisation Baden-Württemberg als Kassierer. Georg Brückle starb am 14. September 1972 in Ulm.

Willy Schätzler

Willy Schätzler, geboren am 21. Januar 1900 in Ulm, war ein Nachbar des nur drei Jahre älteren Georg Brückle in der Sedanstraße in der Ulmer Weststadt. Schätzler, wie Brückle ebenfalls gelernter Schlosser, übernahm 1946 im ersten Ulmer ASB-Vorstand das Amt des Schriftführers. Er führte den Hauptteil der schriftlichen Korrespondenz der Kolonne, später wurde er auch Jugendleiter. Er hatte lange Jahre in der Eisengießerei Hopff in der Weststadt gearbeitet, wechselte während des Krieges zu Magirus. Anders als Brückle war Schätzler nicht Mitglied in der NSDAP gewesen. Gleichwohl wurde auch

gegen ihn nach Kriegsende ermittelt, weil er im Juni 1939 die Funktion als NS-Blockleiter, des sogenannten „Blockwarts“, für mehrere Häuserblocks in der Sedanstraße übernahm, der für die Anliegen der Nationalsozialisten in der Nachbarschaft werben sollte, vor allem aber sein Umfeld für die Partei beobachtete. Mit der Einberufung zur Wehrmacht im September 1939 endete diese Tätigkeit Schätzlers bald wieder. Schätzler nahm sie später auch nicht wieder auf, obwohl er als Beschäftigter in der Rüstungsproduktion die meiste Zeit des Krieges in seiner Heimatstadt verbringen konnte.²⁷⁶

Hans Schäfler

Hans Schäfler gehörte seit 1927 zur „ASB-Familie“ in Ulm. Er wurde am 5. Oktober 1911 als Sohn des Lackiermeisters Johann Schäfler und seiner Ehefrau Walburga geboren. Durch berufliche Ver-

änderungen des Vaters bedingt zog die Familie 1920 nach Sindelfingen, 1927 dann nach Ulm. Johann Schäfler trat dort der ASB-Kolonie bei und wurde umgehend zum neuen Vorsitzenden

gewählt. Sohn Hans, ebenfalls aktiv im ASB, besuchte in Ulm die Realschule und machte anschließend eine Lehre zum Elektromonteur und Maschinenschlosser, die er bei Magirus im Oktober 1930 erfolgreich abschloss. Der junge Geselle sah sich nun mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise konfrontiert, war zeitweise arbeitslos, nahm Hilfsarbeiterjobs bei Magirus und anderen Ulmer Betrieben an. Nach dem Verbot des ASB und dem frühen Tod des Vaters im Jahr darauf, trat er im Juni 1934 dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) bei, trug dort das Braunhemd, entfaltete aber keine besonderen Aktivitäten und brachte es über die Jahre nur zum Scharführer, den zweitniedrigsten Dienstgrad. Schäfler rechtfertigte seinen Beitritt zum NSKK nach Kriegsende mit der Unmöglichkeit, ohne Zugehörigkeit zu einer Parteigliederung nach fast vier Jahren Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung zu bekommen. Im Herbst 1934 konnte er tatsächlich wieder eine vollwertige Stelle als Monteur bei Magirus antreten. Die Fabrik stand inzwischen unter der Leitung der kreditgebenden Banken. 1936 übernahm die Humboldt-Deutz AG aus Köln die kränkelnde Fahrzeugfabrik Magirus in Ulm. Hans Schäfler heiratete 1937. Der Vater seiner Frau Maria war Stellwerksmeister bei der Reichsbahn in Neu-Ulm. Durch dessen Kontakte trat Schäfler im August 1938 in den Dienst der Deutschen Reichsbahn. Dort absolvierte er bis 1942 eine weitere Ausbildung zum Nichttechnischen Reichsbahnassistenten. Im April 1940 wurde der Reichsbahner wegen „Interessenlosigkeit“ aus dem NSKK ausgeschlossen. Ob er angesichts seiner Vorgeschichte im sozialdemokratischen Milieu unter Druck geriet oder was ihn sonst veranlasste, im April 1941 in die NSDAP einzutreten, ist unklar. Der Krieg wirkte sich auf die Vita von Schäfler nur insoweit aus, dass er seinen Bahndienst im Herbst 1939 einige Zeit in Oberschlesien und 1944 in Frankreich zu verrichten hatte. Am 9. April 1945 trat er seinen Dienst auf dem Ulmer Hauptbahnhof wieder an, seit Juli 1946 als Fahrdienstleiter. Das Ulmer Schwurgericht stellte



Hans Schäfler, Sohn des ehemaligen Kolonnenvorsitzenden Johann Schäfler, gehörte zu den Wiedergründern des ASB in Ulm nach dem Zweiten Weltkrieg, Foto von 1938.

das Verfahren gegen Schäfler wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP im Rahmen der Weihnachtsamnestie 1947 ein. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang noch, dass Schäfler auf dem polizeilichen Fragebogen zu seinen NS-Aktivitäten seine Mitgliedschaft im ASB nicht zur Entlastung benannte. Dies verwundert, gab er doch im Gegensatz dazu die Mitgliedschaften im sozialdemokratischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, bei den Jungsozialisten, bei der Freien Turnerschaft und im Metallarbeiterverband an. All jene schienen ihm als Belege für eine antinationalsozialistische Gesinnung wesentlichlicher als der ASB, der immerhin von seinem Vater geleitet worden war und für ihn daher keinesfalls ohne Bedeutung sein konnte.²⁷⁷ Umso mehr, als dass Schäfler zu den Wiederbegründern des

ASB in Ulm im Januar 1946 gehörte. Zum 1. April 1948 übernahm die Reichsbahn Schäfler in ein Beamtenverhältnis. Dies schützte ihn nicht vor der fristlosen Entlassung im April 1951 wegen der Unterschlagung von Kantineneinnahmen des Eisenbahnersportclubs Ulm 1950 und von Fahrkartenentgelten im Jahr 1949. Schäfler bestritt die Verfehlungen nicht und versuchte mehrere Jahre mit Gnadengesuchen an die Deutsche Bundesbahn seine Wiedereinstellung zu er-

reichen – ohne Erfolg. Hans Schäfler, fortan als kaufmännischer Angestellter tätig, wird als wichtige Person beim Wiederaufbau der Kolonne Ulm geschildert,²⁷⁸ sein Vater war überdies ein Vorbild für Haußmann gewesen. Haußmanns Vertrauen in den Sohn reichte aber offenbar schon vor der Aufdeckung der Taten Schäflers außerhalb des ASB nicht, um ihm ein Vorstandsamt der Kolonne oder der Landesorganisation anzuvertrauen, was eigentlich auf der Hand gelegen hätte.²⁷⁹

Friederike Heilbronner

Friederike Heilbronner war ein einfaches Mitglied, das keine Vorstandsämter einnahm, aber über Jahrzehnte ein Teil der Ulmer „ASB-Familie“ war. Geboren 1888 in Laibach im heutigen Slowenien gehörte die Sozialdemokratin der ASB-Kolonie Ulm schon seit 1923 an. Seinerzeit war Heilbronner als Strafanstaltsaufseherin tätig. Aus gesundheitlichen Gründen ging sie gegen Zahlung einer kleinen Pension bereits 1926 in den Ruhestand. Im Dezember 1933 wurde sie im Zusammenhang mit Ermittlungen der Polizei gegen eine sozialistische Widerstandsgruppe um Wilhelm Sauter festgenommen. Bereits seit 1920 war sie Mitglied der im Juni 1933 verbotenen SPD gewesen und blieb auch danach weiter im Umfeld der ebenfalls verbotenen Sozialistischen Arbeiterpartei, einer linken Abspaltung der SPD, aktiv. Auf ihrer Schreibmaschine vervielfältigte sie für Sauter Flugblätter, die dieser vom illegalen Parteivorstand aus Berlin erhielt. Im August 1934 kam sie im Rahmen einer Amnestie aus der Untersuchungshaft frei, das Oberlandesgericht Stuttgart stellte im September 1934 die Ermittlungen wegen Hochverrats

gegen sie ein. Die Fortzahlung der Ruhestandsbezüge wurden ihr jedoch fortan verweigert. Mit Hilfsjobs als Zeitungsverkäuferin und bei der Post sicherte sie sich fortan mühsam ihre Existenz. Bei einem alliierten Bombenangriff auf Ulm wurde ihre Wohnung völlig zerstört und sie verlor sämtliches Eigentum. Im November 1945 begann sie eine neue Tätigkeit als Hilfsfürsorgerin bei der Stadtverwaltung Ulm. Über alte Kontakte aus der SPD erhielt sie im Juni 1946 eine Beschäftigung als hauptamtliche Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Ulm, die sie bis 1957 ausübte. Mit diesem Gehalt konnte sie die Miete für eine gemeinsame Wohnung mit ihrer erwerbslosen Schwester und deren Kind aufbringen. Außerdem war Friederike Heilbronner seit Herbst 1946 ehrenamtliche Beisitzerin im Ulmer Schwurgericht, das über den Grad der Belastung von NS-Funktionären und ehemaligen Mitgliedern der NSDAP sowie ihrer Gliederungen urteilte.

Im Januar 1948 trat Friederike Heilbronner im Alter von 60 Jahren als Mitglied wieder in die ASB-Kolonie Ulm ein.²⁸⁰

Bruno Hoppe

Bruno Hoppe, geboren am 26. Februar 1919 in Berlin, kam 1946 nach der Entlassung aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft nach

Ulm. Hans Hausmann konnte den in Ulm gestrandeten Schlosser und Kraftfahrer im Juni 1948 für den ASB gewinnen. Hoppe war bei der

„Machtübernahme“ der Nationalsozialisten knapp 14 Jahre alt gewesen. Er trat im Januar 1934 der Hitlerjugend bei, wenige Monate bevor er nach der Volksschule seine Schlosserlehre bei der Eisenbahnsignal-Bauanstalt J. Gast in Berlin-Lichtenberg begann. Hoppe bewährte sich als Kameradschaftsführer in der HJ. Nach dem altersbedingten Ausscheiden aus der HJ stellte der 19jährige am 9. November 1938, dem Tag der Reichspogromnacht, seinen Aufnahmeantrag in die NSDAP, der er bis Kriegsende angehörte. Sein Ausbildungsbetrieb hatte ihn 1937 übernommen. Hoppe jedoch hatte andere Ziele. Er meldete sich nach dem Ende seines Reichsarbeitsdienstjahres 1940 zum Polizeidienst. Was folgte war aber die Aufnahme in die Waffen-SS im September 1940. Hoppe diente bis zum 8. Mai 1945, als sich seine Einheit in amerikanische Gefangenschaft begab, in der Waffen-SS als Rottenführer, dem höchsten Mannschaftsdienstgrad. Nach der Freilassung aus der Kriegsgefangenschaft war angesichts seiner Waffen-SS-Vergangenheit eine Rückkehr in seine Heimat Berlin-Lichtenberg,

das seit 1945 zum sowjetischen Sektor Berlins gehörte, keine Option.

Aufgrund seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und der Waffen-SS geriet Bruno Hoppe aber auch in der amerikanischen Zone in den Fokus von Ermittlungen. An welchen Fronten Hoppe kämpfte, ob er persönlich am Holocaust oder an Kriegsverbrechen beteiligt war, liegt im Dunklen, war schon für das Ulmer Schwurgericht im März 1947 nicht zu klären. So war Hoppe kein individueller Tatbestand nachzuweisen. Auch er profitierte von der Weihnachtsamnestie und das Verfahren wurde eingestellt.²⁸¹ Bemerkenswert dabei: Beisitzerin im Verfahren gegen Hoppe war Friederike Heilbronner, Geschäftsführerin der Ulmer Arbeiterwohlfahrt. Sie trat im Januar 1948, wenige Monate vor Bruno Hoppe, der ASB-Kolonie Ulm bei und wusste also um die Waffen-SS-Vergangenheit des Berliners. Weder Heilbronner noch Haußmann scheinen sich daran gestört zu haben. Bruno Hoppe wurde 1952 zum 2. Vorsitzenden der Kolonie gewählt und 1955 auch in den Vorstand der ASB-Landesorganisation.

Gründe für den Ulmer Erfolg

Wieviel Potential und Gestaltungskraft in der Ulmer Kolonie steckte, unterstreichen nicht nur die Bemühungen Haußmanns, in ganz Süddeutschland die Arbeiter-Samariter wieder zu aktivieren. Haußmann richtete seinen Blick deutschlandweit. Während die Bundesleitung im Oktober 1949 – fünf Monate nach der Gründung der Bundesrepublik und wenige Tage nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – noch von „den drei Besatzungszonen“ sprach, auf die sie ihren Blick richtete,²⁸² hatte der Ulmer Vorstand im Frühjahr 1949 sogar seine Fühler in die Sowjetische Besatzungszone ausgestreckt. Haußmann war – noch ehe er von der Existenz eines Bundesvorstandes in Hannover erfuhr – offenbar davon überzeugt, dass es in der SBZ eine größere Unterstützung seitens der Behörden für den ASB geben müsse, als in der amerikanischen Besatzungszone, wo es vier Jahre nach Kriegsende immer noch nicht möglich war, das Wort „Arbeiter“ im Namen zu führen. Schriftführer Schätzler notierte dazu:

„Da wir in Süddeutschland, in der gesamten U. S. Zone z. Zt. immer noch die einzige Kolonne sind, vielleicht die älteste von Deutschland nach dem letzten Weltkrieg, so haben wir uns [...] wiederholt bemüht, den Arbeiter Samariter Bund im alten Stil wieder aufleben zu lassen. In dieser Sache wurden in der Gewerkschaftszeitung und mit ehemaligen Kolonnenführern Briefwechsel geführt, auch mit dem F.D.G.B. in Berlin, Abt. III Sozialpolitik, ebenso mit der Arbeiterwohlfahrt München.“¹²⁸³

Hans Haußmann war ein schwäbisches Original, ein Organisationstalent und überdies stets in der Lage, Menschen zu gewinnen für den ASB, den er verkörperte und mit dem er in Ulm untrennbar identifiziert wurde. Auf eindrucksvolle Weise konnte er den ASB im klassischen Arbeitermilieu der Ulmer Weststadt verankern und zugleich zugänglich machen für bürgerliche Eliten, die wesentlich zum Erfolg der Kolonne beitrugen. Insbesondere gewann er immer wieder aufstrebende junge Ärzte wie Eychmüller und Bachor für den ASB. So wie es in Hannover anpackende Personen der ersten Stunde um Waldemar Olsen waren, so war es Haußmann im Süden, der ankurbelte, wo er konnte. Die Ulmer Kolonne war für Jahrzehnte das Herzstück des ASB in Baden-Württemberg. Haußmann betrieb den Aufbau der Landesorganisation und führte sie von Ulm aus. Erst 1970 wurde eine hauptamtliche Landesgeschäftsstelle in Stuttgart eingerichtet.

Haußmann sorgte in den 1950er Jahren dafür, dass stets die Hälfte des Landesvorstandes mit Ulmer Samaritern (u. a. Georg Brückle, Bruno Hoppe und Herbert Koschkar) besetzt war, was eine Mehrheit gegen die Interessen der Kolonne Ulm faktisch ausschloss.

Haußmanns gute Verbindungen zu den Städtischen Krankenanstalten in Ulm prägten später auch die Landesorganisation, als es ihm 1963 gelang, mit Professor Dr. Franz Niedner den in der Landespolitik bestens vernetzten Vorstand der Chirurgischen Klinik der Städtischen Krankenanstalten Ulm als ersten Präsidenten der ASB-Landesorganisation Baden-Württemberg zu gewinnen. Dieses Amt war eigens für den prominenten Unterstützer der Arbeit des ASB geschaffen worden, ein wichtiger Punktsieg gegen den ewigen Rivalen Deutsches Rotes Kreuz.²⁸⁴ Dabei fragte Haußmann nicht nach dem „Woher?“ der Personen, die ihm geeignet erschienen, den ASB voranzubringen. Das „Wohin?“ dominierte das Denken und Handeln Haußmanns und damit lag er, der persönlich politisch über jeden Zweifel erhaben war, vollkommen im Zeitgeist des Wiederaufbaus der jungen Bundesrepublik. Bei dem ehemaligen SS-Sturmbannführer Niedner mochte er eine Grenze überschritten haben in Bezug auf die Werte und die Geschichte des ASB. Doch dies fiel in den 1960er Jahren nicht auf, weil es weder innerhalb noch außerhalb des ASB üblich war, unangenehme Nachfragen nach möglichen Verstrickungen vor 1945 zu stellen.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein nach erfolgreichen Aufbaujahren: 1954 erhält die Ulmer Kolonne ihren ersten Krankentransportwagen, einen umgebauten Jeep.



Ganz im Sinne einer erfolgreichen Talentförderung brachte die Ulmer Kolonne auch Personen hervor, die aus der eigenen Jugendarbeit kamen und später bundesweit ihre Spuren im ASB hinterließen, so wie es Haußmann selbst in den 1920er Jahren als Jugendlischer bei den Arbeiter-Samaritern erfahren hatte. Die Ulmer Jugendarbeit war bundesweit im Verband anerkannt, was sich auch in beruflichen Karrieren abbildete.

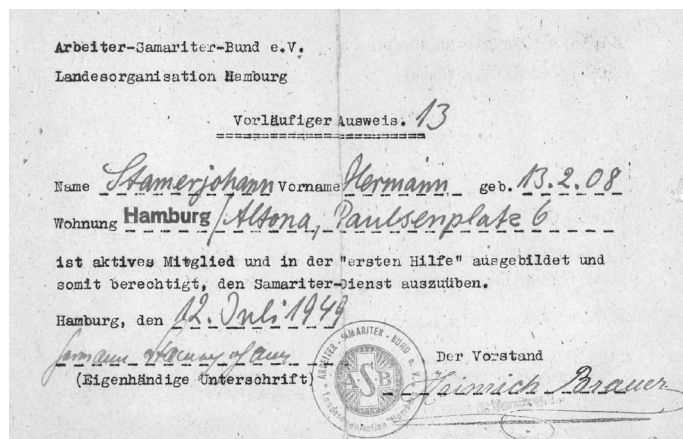
Haußmanns Sohn Hans jun., der seit 1945 wie seine Eltern ein Leben für den ASB geführt hatte, wurde 1959 Landesjugendleiter und 1960 dann hauptamtlicher Bundesjugendsekretär in Hannover. Haußmann Junior, ein Macher wie sein Vater, haderte bald mit den aus seiner Sicht schwerfälligen Strukturen im Bundesverband und verließ 1962 den ASB, dem er aber als Mitglied und in den 1970er Jahren im ASB-Landesvorstand Baden-Württemberg verbunden blieb.²⁸⁵

Vater und Sohn Haußmann förderten auch den 1957 durch einen Arbeitskollegen als Lehrling zum ASB gestoßenen Wilhelm Müller. Der Maschinenschlosser schaffte es binnen 17 Jahren über die Stationen Jugendleiter der Kolonne Ulm, Bundesjugendleiter und Bundesjugendsekretär im Jahr 1974 zum Bundesgeschäftsführer des ASB in Köln. Dieses Amt übte der gebürtige Ulmer 36 Jahre bis zum Eintritt in den Ruhestand aus und wurde ein prägendes Gesicht des ASB-Bundesverbandes in ähnlicher Weise, wie es einst Haußmann in Ulm und Baden-Württemberg gewesen war.

3. Hamburg

Der Motor im Norden

In Hamburg war es der Initiative von gleich drei ehemaligen Samaritern und der Unterstützung des dänischen ASB zu verdanken, dass sich 1949 schnell wieder eine große ASB-Organisation bildete. Hermann Stamerjohann hatte sich im Januar 1949 an die Hildesheimer Kolonne und den Bundesvorstand in Hannover gewandt, nachdem er einen Artikel im „Neuen Vorwärts“ gelesen hatte.



Mitgliedsausweis von Hermann Stamerjohann, der den ASB in Hamburg prägte, 1949.

Sanitäter durch und durch: Hermann Stamerjohann

Hermann Stamerjohann wurde am 13. Februar 1908 in Altona geboren. Er besuchte von 1915 bis 1922 die Volksschule und anschließend drei Jahre die Berufsschule, ohne eine Berufs- oder Handwerksprüfung abzulegen. Er verdiente sein Geld mit Hilfsarbeiten. Ab 1926 engagierte sich der Sozialdemokrat im ASB und fand dort Erfüllung. Er ließ sich in der Sportmassage und im Gasschutz ausbilden und begleitete eine Fahrt der Arbeiter-Samariter-Jugend. Nach dem Verbot trat er dem DRK bei und brachte sich auch dort über Gebühr ein: 1936 legte er seine Gruppenführerprüfung ab, 1939 wurde er zum Zugführer befördert. Kurze Zeit später folgte die Einberufung zur Wehrmacht. Schon 1938 hatte er an der Annexion des Sudeten-

landes teilgenommen. Es folgten Einsätze als Sanitätssoldat in Dänemark, der Sowjetunion und Norwegen. Im Oktober 1945 wurde er im Rang eines Unteroffiziers aus dem Heer entlassen und kehrte nach Altona zurück. Es folgten wieder Hilfsarbeiten als Holzfäller und in der Druckerei Broschek & Co., um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. 1947 war er als Erzieher beim Landesjugendamt tätig, 1949 als Badewärter.²⁸⁶ Er machte sein Hobby zum Beruf. Nachdem er sich an der Wiedergründung des ASB beteiligt hatte, wurde er Techniker der Landesorganisation, später u. a. Vorsitzender des Landesverbandes. Er gehörte zu den prägenden Samaritern des ASB in Hamburg. Er starb am 22. Juli 1993.

Auch der alte Samariter Heinrich Brauer, der den ASB schon 1909 in Hamburg mitgegründet hatte, stand früh in Kontakt mit dem Bundesvorstand in Hannover, nachdem er Aufrufe in den Gewerkschaftszeitungen gelesen hatte. Gemeinsam mit Hans Kusel, ebenfalls alter Samariter, organisierten sie eine große Wiedersehensfeier im Mai 1949 in Hamburg und wünschten die Teilnahme eines Vertreters des Bundesvorstands. Schon 1948 hatten Samariter aus Dänemark mit dem Bundesvorstand in Hannover Kontakt aufgenommen und geschrieben:

„Habt ihr die Hamburger auf Eurer Seite, so habt Ihr den alten ganzen 8. Kreis und 2. Bezirk. Hamburg hatte große Verbindung mit Bremen, Lüneburg, Altona, Bergedorf usw. Der ehemalige Kolonnen Kassierer von Hamburg, Herbert Didrichsen, ist hier in Dänemark und hat etwas Vorkriegsmaterial betreffs [sic!] Aufbau der alten Organisation.“¹²⁸⁷

Die dänischen Samariter wollten den Hamburgern helfen, weil die Hamburger Kolonne vor 1933 den Samaritern in Dänemark geholfen hatte, dort einen ASB aufzubauen. 1949 revan- chierten sie sich, indem sie den Hamburgern Verbandsmaterial und finanzielle Unterstützung zukommen ließen. In der schwierigen finanziellen und materiellen Situation aller Kolonnen war dies eine nicht zu unterschätzende Stütze.

Schon auf der Maifeier vor dem Gewerkschaftshaus „ging dann ein Mann mit einem hoch- gehaltenen Pappschild durch die dichtgedrängten Menschenreihen: ‚Ehemalige Arbeiter- Samariter bitte anschließend im Restaurant des Gewerkschaftshauses melden!‘ stand auf dem Plakat.“²⁸⁸ Daraufhin kamen ca. 40 Personen zu Hermann Stamerjohann und Heinrich Brauer. Nach diesem Erfolg luden sie zum 21. Mai 1949 in die Eilbeker Bürgersäle ein.

Einladung zum ersten Wiedersehen der Hamburger Arbeitersamariter, bei dem die Wiedegründung beschlossen wurde, 1949.



**Einladung zum frohen
Wiedersehen**
aller ehem. Arbeiter-Samariter
in den Eilbeker Bürgersälen ^{+ Angehörige}
Wandsbeker Chaussee
am 21. Mai 1949 um 20.00 Uhr
Unkostenbeitrag 1.20 DM

Zu erreichen mit Linie 3 u. S-Bahn, Bhf. Landwehr



In der Gewerkschaftszeitung „Der Bund“ vom 11. Mai 1949 veröffentlichte Hans Kusel einen Aufruf.



Mitglieder bei der ersten Versammlung nach der Gründung der Landesorganisation Hamburg, als Redner der Altsamarter Heinrich Brauer, links Hermann Stamerjohann, Erdman Schuldt und Karla Vogel, 27. Juni 1949.

Hans Kusel organisierte weitere Adressen ehemaliger Samariter und veröffentlichte einen Aufruf in einer Gewerkschaftszeitung. Mehr als 100 Personen erschienen und beschlossen die Wiedergründung. Heinrich Brauer wurde am nächsten Tag zum Vorsitzenden gewählt und in kleiner Runde zusammen mit Alfred Thies vom Bundesvorstand, der der Einladung nachgekommen war, alles Rechtliche in die Wege geleitet. Die Mitglieder wählten Hermann Stamerjohann zum zweiten Vorsitzenden, Erdmann Schuldt zum Schriftführer und Hans Kusel zum Kassierer. In dessen Wohnung befand sich zunächst die Geschäftsstelle der Landesorganisation. Bereits im November 1949 verfügten die Hamburger über ein Büro im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof in St. Georg und über 100 Mitglieder²⁸⁹ in vier ihr angeschlossenen Kolonnen: Hamburg-Stadt, Harburg, Altona und Bramfeld.

In Hamburg gründeten sich zunächst die Überorganisation, dann die Kolonnen in den Stadtteilen. In den anderen westlichen Bundesländern bildeten sich zunächst einzelne Kolonnen und diese riefen dann eine Landesorganisation ins Leben.

Das Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof in Hamburg, in dem die Hamburger Landesorganisation bereits 1949 über ein Büro verfügte.



Die Bramfelder Kolonne, die 1933 geschlossen ins DRK gewechselt hatte, kehrte 1949 ebenso wieder zurück zum ASB – inklusive persönlicher Ausrüstung. Alles andere Material und Inventar, wie Schränke, Scheren, Tragbahnen, Wolldecken oder Verbandsmaterial, war 1933 von SA und DRK vereinnahmt worden. Trotzdem war die Ausstattung der Bramfelder ein wichtiger Grundstock und ein weiterer Vorteil der Hamburger beim Aufbau der Kolonnen, denn vielen Mitgliedern anderer Kolonnen war bei einem nicht erfolgten Übertritt zum DRK auch die eigene Verbandstasche abgenommen worden. Die Kolonnen konnten nur beantragen, das Material vom DRK zurückzuerhalten, das 1933 namentlich und nachweislich vom Besitz des ASB in den Besitz einer DRK-Kolonnen übergegangen war. Ein schwieriges Unterfangen, denn nicht alle Kolonnen wussten, um welches Material es sich handelte, oder die Bestände des DRK waren unter den Kriegseinwirkungen verloren gegangen – oder letzteres wurde behauptet. Auch die Kolonne Altenwerder bestand zunächst aus Samaritern, die ins DRK gewechselt waren und 1951 zum ASB zurückkehrten. Die Bramfelder Kolonne gehörte, neben anderen Kolonnen, zu Kritikern des Bundesvorstandes. Sie taten sich schwer damit, zu verstehen, warum sie Beiträge an den Bund leisten müssten und wer dem Bundesvorstand eigentlich das Recht gab, sich Bundesvorstand zu nennen, eine Bundestagung müsse so schnell wie möglich abgehalten werden. Der Bundesvorstand hatte Mühe, seinen Mitgliedern vor Augen zu führen, welche aufopferungsvolle Rolle sie im westdeutschen Gesamtgefüge des ASB spielten und vor welche logistischen und finanziellen Herausforderungen eine Bundestagung den jungen Verband stellte.

Eine erste Mitgliederliste der Hamburger Arbeitersamariterinnen und Arbeitersamariter aus dem Jahr 1949 zeigt, dass zwei Drittel der damaligen Mitglieder auch schon vor 1933 im Hamburger ASB aktiv waren. Etwa ein Drittel der Mitglieder waren „anderweitig ausgebildet“ (DRK, Krankenhaus). Aus einer weiteren Liste aus dem Jahr 1950 geht hervor, dass diejenigen, die nicht angegeben hatten, dass sie schon vor 1933 im ASB gewesen waren, zu einem großen Teil zu jung dafür waren und erst nach 1920 geboren wurden.

Auch der Vorstand der Landesorganisation wurde mit dem Jahreswechsel 1949/50 zum Teil verjüngt. So trat Hermann Schröder die Nachfolge des nunmehr 75jährigen Heinrich Brauer an, der kurze Zeit später im August 1950 verstarb. Es wird ihm große Genugtuung gewesen sein, dass er den Wiederaufbau des ASB noch miterleben durfte, nachdem er einer der ersten Samariter im Kaiserreich gewesen war, der bereits bei der Konstituierung des Bundes in Magdeburg im Jahr 1909 dabei war und sich bis 1933 reichsweit für den Aufbau des ASB eingesetzt hatte.

Der Macher: Hermann Schröder

Hermann Heinrich Schröder, geboren am 4. Februar 1908 in Altona, stammte aus einer überzeugten SPD-Familie. Er besuchte die Volksschule und erlernte von 1922 bis 1926 das Schlosserhandwerk bei Lorenz Bott, Fabrik für schmiedeeiserne Fenster, Maschinenbau und Eisenkonstruktion. Dort konnte er anschließend wegen Mangels an Beschäftigung nicht bleiben. Bis 1934 war er wiederholt und über lange Zeit arbeitslos. Er lebte u. a. in einem Behelfsheim am nördlichen Stadtrand. Von Mai bis Juli 1929 fand er für kurze Zeit eine Anstellung als Schlosser in Wandsbek, verließ die Firma allerdings auf eigenen Wunsch. Von März bis Dezember 1931 arbeitete er im Genesungsheim der Betriebskrankenkasse der staatlichen Angestellten, dem „Haus Hessenkopf“ in Goslar, als Hausmeister, wurde jedoch wegen „Betriebs einschränkungen“ entlassen.

Seit Abschluss seiner Lehre 1926 bis 1933 besuchte Hermann Schröder Abendkurse an der Volkshochschule, um Fürsorger werden zu können. Vielleicht kam er durch das Engagement im ASB, dessen Mitglied er seit 1925 war, auf die Idee.

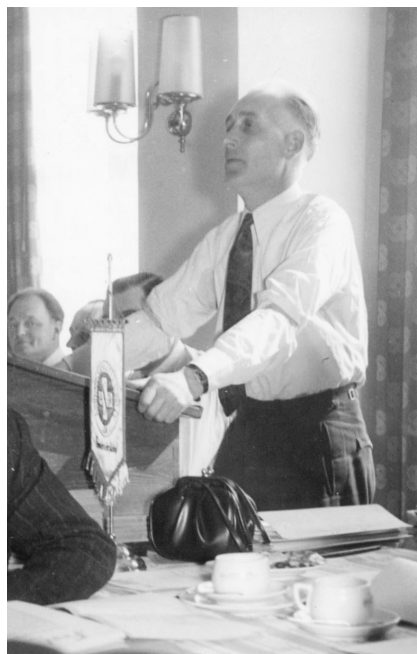
Als letzter Vorsitzender der SPD in Eimsbüttel wurde er im April 1933 verhaftet und musste zehn Wochen in Schutzhaft im KZ Fuhlsbüttel verbringen. Ihm wurde vorgeworfen, illegale Flugblätter hergestellt und verteilt zu haben.²⁹⁰ Seine Schreibmaschine und Bücher marxistischen Inhalts wurden beschlagnahmt. Auch 1935 wurde er für einen Tag festgehalten, jedoch ohne Konsequenzen. Er stand unter Verdacht, „Gelder für die illegale Tätigkeit gespendet“²⁹¹ zu haben.

Nachdem er am 30. September 1933 Charlotte Langhoff geheiratet hatte, sicherte er dem Paar einen kleinen Zuverdienst von Mitte Oktober 1933 bis März 1934 als Bote beim Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“.²⁹² Es ist wahrscheinlich, dass Schröder persönliche Kontakte zu Personen in der Genossenschaft hatte. Auch als Vorsitzender der ASB-Landesorganisation Hamburg ab 1950 vergab er u. a. Druckaufträge an die „Produktion“²⁹³

Den Boten-Posten konnte er aufgeben, weil er im März 1934 bei Blohm & Voss, Abt. Flugzeugbau, als Kontrolleur eingestellt wurde.

Es war das erste Mal seit seiner Ausbildung, dass er eine Stelle länger innehatte, ihn vermutlich keine allzu großen finanziellen Sorgen mehr belasteten – und das in einem Rüstungsbetrieb. Dass man ihn bei Blohm & Voss eingestellt hatte, schien ihm selbst knapp dreißig Jahre später noch unglaublich. Er hatte den Eindruck, dass das Arbeitsamt ihn seit seiner Haft 1933 nicht hatte vermitteln wollen: „Durch Zufall gelang es mir einen Bewerbungsbogen für die Firma Blohm & Voss (Flugzeugbau) zu erhalten. Es ist mir heute noch ein Rätsel, wie dieser Bogen an die genannte Firma gekommen ist.“²⁹⁴ Hermann Schröder muss sich rasch unentbehrlich gemacht haben, denn er wurde für die gesamte Dauer des Krieges unabkömmlich gestellt (uk-Stellung) und daher nicht zur Wehrmacht eingezogen, im Gegensatz zu vielen anderen ehemaligen Samaritern. Er nutzte die Chance, um sich in seinem gelernten Beruf weiterzubilden und besuchte berufsbegleitend einen Lehrgang der Fachrichtung Flugzeugbau an der Technischen Schule Eisen und Metall und bestand seine Prüfung zum Werkmeister. Was Hermann Schröder tat, wollte er richtig machen, das lässt sich auch anhand der Unterlagen des ASB in Hamburg aus den frühen 1950er Jahren feststellen.

1945 wurde das Flugzeugwerk der Großwerft von den Briten beschlagnahmt, und er sei „persönlich aufgefordert“²⁹⁵ worden in die politische Abteilung der Polizei zu wechseln. Im Herbst 1945 wurde die Abteilung aufgelöst und er konnte endlich in dem beruflichen Tätigkeitsfeld agieren, auf das er sich schon während der Arbeitslosigkeit in den späten 1920er Jahren vorbereitet hatte: in der Fürsorge. Er bekam eine Stelle beim Landesjugendamt bzw. der Jugendbehörde als Heimleiter und Erzieher. Zu diesem Zeitpunkt lebte er im Osten der Stadt in der Stengelwiese, nachdem er 1943 ausgebombt worden war. 1946/47 wohnte Hermann Schröder im Stadtteil Hohenfelde. Seine Ehe wurde 1948 geschieden, 1949 heiratete Hermann Schröder ein zweites Mal und zog nach



Hermann Schröder, einer der „Wiederaufbauer“ des ASB in Hamburg, im Jahr 1952.

Hamburg-Horn. Er hatte zwei Kinder. Das ältere Kind Uwe lebte bei ihm und war ebenfalls Mitglied des ASB. 1951 war Uwe Schröder als 16-jähriger sowohl Jugendleiter als auch kommissarischer Kassierer der Kolonne Hamburg-Mitte.²⁹⁶ Vater Hermann Schröder war von 1949 bis 1953 Vorsitzender der Hamburger Landesorganisation des ASB und verbrachte wohl viele Abende im Büro im Gewerkschaftshaus. In einem Schreiben an den Bundesvorstand hieß es: „Ich bin noch in der Geschäftsstelle und es ist bereits wieder 23 Uhr. Aus diesem Grunde möchte ich jetzt schließen.“²⁹⁷ Er war außerdem Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS) und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). 1950 erhielt Hermann Schröder 450 DM Haftentschädigung.

Die Hamburger gingen nach ihrer Wiedergründung im Mai 1949 entschlossen ans Werk. Schon in der zweiten Jahreshälfte 1949 begannen von den Kolonnen organisierte öffentliche und betriebliche Erste-Hilfe-Kurse. Zu den Auftraggebern gehörten lokale Firmen, aber auch Behörden oder die Bundespost. Für die Kursleiter gab es jeden Monat einen Lehrgang. Die Landesorganisation organisierte eigene Nadeln, Armbinden und Mützenabzeichen. Das gefiel dem Bundesvorstand in Hannover zunächst gar nicht, denn die Hamburger bestanden darauf, wie bis 1933 das „D“ für Deutschland im Abzeichen zu tragen.²⁹⁸ Jedoch war das amtlich eingetragene und von der britischen Militärregierung genehmigte Abzeichen ohne „D“ noch gültig. Der Bundesvorstand hatte Angst, dass es ihm zur Last gelegt werden würde, wenn das „D“ im Abzeichen irgendwem mit Befugnissen aufstoßen würde. Im März 1950 gab der Bundesvorstand seine Bedenken auf.

Es war auch die Landesorganisation Hamburg, die den Bundesvorstand dazu drängte, 1950 endlich dem Niedersächsischen Finanzministerium zu schreiben, um den ASB als gemeinnützige Organisation anerkennen zu lassen, damit Firmen leichter zu Spenden animiert werden könnten. Spenden an gemeinnützige Organisationen waren von steuerlichem Vorteil für die Unternehmen. Auch Mitgliedsbücher und Ausweise ließen die Hamburger für den ASB bundesweit drucken. Der Samariter Erdmann Schuldt entwarf darüber hinaus Urkunden und Werbeplakate für den gesamten Bund. Nicht zuletzt unterstützte die Hamburger Landesorganisation auch tatkräftig beim Aufbau von Kolonnen im Hamburger Umland, wie z. B. 1952 in Lüneburg.

Von Beginn an leisteten die Hamburger Samariterinnen und Samariter wieder Dienste in Zeltlagern der Falken und des Gewerkschaftsbundes, an den Elbstränden, bei Sport- und Großveranstaltungen wie den Kundgebungen zum 1. Mai und richteten eigene Unfallwachen ein: Von dort aus eilten sie zu Unfällen, um zu helfen. Im September 1950 veranstaltete die Hamburger Landesorganisation „Die Woche des Arbeiter-Samariters“ mit einer Konferenz, Vorträgen und einem ersten Stiftungsfest. Sie konnte mit Hilfe von Spenden der Genossenschaften, Gewerkschaften und Firmen ausgerichtet werden.

Für den stetig anwachsenden Schriftverkehr durch die zunehmende Vernetzung des ASB im Norden fand sich eine ehrenamtliche Helferin, die sich jeden Tag ein paar Stunden in der Geschäftsstelle um die Ablage kümmerte. Doch auch in Hamburg lief nicht alles rund: Im Juli 1951 beschwerte sich der Vorsitzende der Landesorganisation Hermann Schröder beim geschäftsführenden Vorstand und dem Bundesvorstand, dass keiner nach den Richtlinien arbeitete und so beispielsweise Quartalsabrechnungen und der Jahresabschluss ausstünden. Trotzdem warb die Landesorganisation im selben Jahr 25 000 Mark bei der Stadt Hamburg ein.²⁹⁹ Vertreter des Senats hatten bereits am ersten Landestag im Frühjahr teilgenommen,

ARBEITER-SAMARITER-BUND E.V.
SITZ HANNOVER · LANDESORGANISATION HAMBURG



Aufklärungs woche

der Arbeitersamariter
vom 25. bis 30. September 1950

AUFKLÄRUNGSVORTRÄGE

<p>Kolonne Hamburg-Altona „Tuberkulose und ihre Verhütung“ Montag, 25. September, 19.30 Uhr, im „Haus der Jugend“, Schülerheim Hamburg-Altona, Museumstraße</p>	<p>Landesorganisation Hamburg „Geburtenregelung und Sexualhygiene“ Mittwoch, 27. September, 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus (hochl. Restaurant)</p>	<p>Kolonne Hamburg-Harburg „Rechte und Pflichten der Krankenkassen“ Donnerstag, 28. September, 19.30 Uhr, Schule Bennigsenstraße (Kuppelsaal)</p>
<p>Kolonne Hamburg-Stadt „Hygiene des täglichen Lebens“ Dienstag, 26. September, 19.30 Uhr, Schule Meerweinstraße</p>	<p>Kolonne Hamburg-Stadt „Leistungen und Mängel der Kranken- versicherung“ Donnerstag, 28. September, 19.30 Uhr, Schule Holstenwall</p>	<p>Kolonne Hamburg-Stadt „Geschwulsterscheinungen“ (Krebs) Freitag, 29. September, 19.30 Uhr, Schule Telemannstraße</p>
		<p>Kolonne Hamburg-Bramfeld „Krebs ist heilbar“ Donnerstag, 12. Oktober, 19.30 Uhr, Alte Schule Bramfeld, b.d. Friedenseiche</p>

Gesundheit ist das höchste Gut · Vorbeugen ist besser als Heilen

AUERDRUCK GMBH, HAMBURG 1

Öffentliches Plakat für die Aufklärungswoche des ASB mit zahlreichen Veranstaltungen, 1950.

wo der ASB Hamburg seine Tätigkeiten vorstellte – ein immenser Erfolg und eine wichtige Finanzspritze für den von Geldsorgen geplagten Verband. Er sprach für die erfolgreiche Etablierung des ASB in Hamburg. Generell gingen 30 Prozent der Spenden, die die Kolonnen erhielten, an die Landesorganisationen. Von den 30 Prozent erhielt der Bund 15 Prozent. 25 Prozent der Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegelder flossen von den Kolonnen an den Bundesverband ab.

Der ASB hatte sich seit seiner Gründung in Hamburg 1907 ein hohes Ansehen erarbeitet und bei verschiedenen Katastrophenfällen sein Können unter Beweis gestellt. Hier konnte man sehr gut an vergangene Zeiten anknüpfen. Ein weiteres Zeichen dafür, wie sehr der ASB Hamburg sich innerhalb kurzer Zeit in das Bewusstsein zurückgekämpft hatte, waren die Stiftungsfeste, eine Wohltätigkeitsveranstaltung, die der ASB in Hamburg jährlich abhielt. Schon 1950 fand das erste Stiftungsfest nach dem Krieg, das 43. insgesamt, wieder im Gewerkschaftshaus statt. 1951 nahmen u. a. die damaligen Vorsitzenden der Hamburger SPD, Karl Meitmann und Walter Schmedemann, teil. Letzterer wurde in seiner Funktion als Gesundheitssenator zum Schirmherrn des ASB Hamburg ernannt. 1952 wirkte u. a. die Polizeikapelle und der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität am Programm mit, 1953 wurde es vom Nordwestdeutschen Rundfunk ausgerichtet und das Festprogramm aufgezeichnet. Leider findet sich die Aufzeichnung heute nicht mehr. Am gleichen Wochenende im November 1953 hatte der ASB Vertreter anderer europäischer Samariterorganisationen nach Hamburg eingeladen, sodass rund um das Gründungsfest der Hamburger die erste internationale Tagung stattfand. Es waren Vertreter aus Dänemark, Frankreich, Norwegen, Schweden, Österreich und der Schweiz angereist. Am Ende stand die Gründung einer Arbeiter-Samariter-Internationale (ASI).³⁰⁰

Auch war die Buchführung der Hamburger trotz Schröders Beschwerde immerhin so gut, dass aus den Unterlagen viel über die Mitgliederbewegung hervorgeht, u. a., dass manche Mitglieder ihren Beitragszahlungen nicht nachkamen und ausgeschlossen wurden. Ausbleibende Beitragszahlungen könnten ein Hinweis auf die schwierige finanzielle Situation der Samariterinnen und Samariter auch noch Jahre nach Kriegsende sein. Es kam auch zu Ausschlüssen von Arbeitersamaritern mit Funktionen, weil sie ihren Aufgaben nicht ordentlich nachkamen oder sie in Ausübung ihrer Tätigkeiten gegen Regeln verstießen, wie Hans Kusel, dem eine „sehr mangelhafte Kassenbuchführung“³⁰¹ als Kassierer der Landesorganisation (1949–1952) vorgeworfen wurde. Solche finanziellen Querelen störten die Aufbauarbeit in vielen ASB-Gliederungen. Kusel soll durch Revisionen aufgedeckte Fehlbuchungen anderen Vorstandsmitgliedern als Diebstahl zur Last gelegt haben und hatte sich bis zum Schluss nicht einsichtig gezeigt.³⁰²

Zusätzlich zur Aufbauarbeit übernahm der ASB in Hamburg 1952 im Auftrag der Schulbehörde Erste-Hilfe-Lehrgänge in Schulen. Auch die interne Schulung konnte ab 1954 in der sogenannten Landesschule Nord intensiviert werden, wo u. a. Samariterinnen und Samariter zu Ausbildern weitergebildet wurden. Es war die erste ASB-Landesschule auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Leiter wurde der langjährige Samariter Kurt Hörmann. Er war bereits seit 1929 Mitglied bzw. ab 1931 aktiver Samariter gewesen. Nach dem Verbot des ASB durch die Nationalsozialisten ging er zum DRK. 1943 geriet er in Kriegsgefangenschaft, aus der er 1947 heimkehrte. Seit Juni 1950 war er wieder Mitglied des ASB, bereits 1951 übernahm er den Vorsitz der Kolonne Altona. 1954 wurde er Vorsitzender der Landesorganisation. Er prägte den ASB Hamburg über lange Zeit.³⁰³

Die Landesorganisation Hamburg wirkte in vieler Hinsicht als Motor für die Entwicklung des gesamten Bundes, indem sie sich um die Ausstattung der Samariterinnen und Samariter mit Abzeichen, Schutzkleidung und Ausweisen kümmerte, den Bundesverband mit Werbematerial ausstattete und nicht zuletzt den Bundesvorstand dazu drängte, die Anerkennung als wohltätige Organisation zu erwirken.

4. Berlin

Alte und neue Samariter packen gemeinsam an

Berlin spielt in der Geschichte des ASB eine besondere Rolle: In der Stadt wurde 1888 der Grundstein für den Arbeiter-Samariter-Bund gelegt, bis 1923 hatte der ASB dort seinen Sitz, die Kolonne war bis 1933 eine der größten des Bundes und nach dem Zweiten Weltkrieg sollte es alten und neuen Samariterinnen und Samaritern trotz aller Widrigkeiten der geteilten Stadt gelingen, den ASB wieder zu einer etablierten Größe zu machen.

1933 hatte die Berliner Kolonne zunächst unter nationalsozialistischer Leitung (u.n.s.L.) weiter fortbestanden. Der Staatskommissar für den ASB unter nationalsozialistischer Leitung, Dr. Hans Dommel, übernahm im Mai 1933 den Posten des Kreisleiters für Berlin-Brandenburg. Ernst Vespermann, SPD-Mitglied seit 1906, ASB-Mitglied und -Funktionär seit 1908, musste diesen Posten räumen. Er suchte danach sechs Jahre lang Arbeit. Der hauptamtliche Vorsitzende der großen Kolonne Berlin mit mehreren Abteilungen, Johannes Zieger, und der Technische Leiter, Fritz Schwadtke, konnten zunächst im Amt bleiben. Am 2. Juli 1933 hatte es noch eine Kreisübung in Berlin-Saatwinkel gegeben, die die Stärke des ASB unter nationalsozialistischer Leitung demonstrieren sollte. Es wurden bis zu fünf Rundschreiben der Kolonne, die mit „Heil Hitler“ gezeichnet wurden, verschickt. Doch am 9. September 1933 verkündete Johannes Zieger die Auflösung des „ASB u. n. s. L.“ seit Beginn des Monats und die Transformierung des Sanitätswesens in eine einheitliche Organisation, das Deutsche Rote Kreuz.³⁰⁴

In der Viersektorenstadt wandte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Februar 1946 Ernst Vespermann im sowjetischen Sektor an einen Oberst – er erklärte, was der ASB bis 1933 war, was er geleistet hatte und was ihm genommen wurde. Außerdem schrieb er über sein persönliches Schicksal. Sein Ziel war der Aufbau eines Katastrophendienstes. Er nahm ebenfalls Kontakt zu Theodor und Karl Kretzschmar in Chemnitz auf und bemühte sich, das Bundesbanner nach Berlin zu holen. 1949 war er Mitglied der SED und des FDGB-Gesundheitsdienstes. 1950 bat Vespermann Karl Kretzschmar erneut um das Banner, damit es am 1. Mai zusammen mit einem neuen Banner gezeigt werden könne. Beide Male scheiterte er.

Im amerikanischen Sektor brachten sich zeitgleich Samariterinnen und Samariter u. a. in einer Sanitätsgruppe des Gesundheitsamtes Neukölln ein. Zu ihnen gehörte Alfred Bender, Samariter seit Anfang der 1920er Jahre. Er hatte sich um diese Verbindung bemüht und versuchte darüber hinaus, eine Zulassung für die Wiedergründung des ASB in Berlin zu erwirken. 1948 ließen die amerikanischen Besatzer einen Verein mit dem Namen „Samariter-Bund Neukölln“ (SBN) zu. Auch hier, ebenfalls im amerikanischen Sektor, sollte der politisch aufgeladene Begriff „Arbeiter“ nicht im Namen stehen. Das Zeichen war das weiße Kreuz

auf rotem Grund mit den Buchstaben SBN. Aus der ersten Satzung geht hervor, dass Mitglieder ausgeschlossen werden konnten, wenn sie eine „Mitgliedschaft bei der NSDAP verschwiegen“ hatten. Die Parteiangehörigkeit an sich war kein Grund, Personen nicht aufzunehmen.³⁰⁵ Paul Balau gehörte zu den Unterzeichnern des Antrags. Er kam aus dem Krieg mit einem Loch in der Stirn, über das nur Haut gewachsen war, zurück. Als Mitglied seit 1930, blieb er dem ASB treu, war Kassierer, Techniker, Kursleiter und Landeskursleiter, bevor der Tapezierer 1958 Vorsitzender in Neukölln wurde. Auch seine Frau und sein Sohn gehörten zu den aktiven Samaritern in Neukölln.

Gleichzeitig kamen Samariterinnen und Samariter als „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Samariter im Landesverband der SPD Groß-Berlin“ wieder zusammen und leisteten Dienste, u. a. in der Rettungsstation Saatwinkel am Tegeler See. Zu den Aktiven gehörte der 1888 geborene Heinrich Püllmann, 1947 Verwaltungsangestellter, der Lehrtafeln und seine eigene Chemnitztasche vor dem Zugriff der Nationalsozialisten bewahrt hatte. Auch Johannes Zieger schloss sich wieder an.³⁰⁶ Die Gruppe bemühte sich zunächst erfolglos um die Wiedergründung des Arbeiter-Samariter-Bundes Groß-Berlin bei der Alliierten-Kommandantur Berlin. Als Gründe für das Scheitern wird die Weigerung der sowjetischen Kommandantur angegeben, dokumentiert ist dies nicht.³⁰⁷

Die Arbeitsgemeinschaft tat sich mit dem SBN in Neukölln zusammen. 1949 nahm man Kontakt zum Bundesvorstand in Hannover auf und 1950 erreichten sie die Zulassung des ASB für Groß-Berlin. Kolonnen bzw. Abteilungen wurden in den westlichen Sektoren gegründet. Federführend für diese frühe Phase waren auch Dr. Erwin Forst und Erika Richter.

Dr. Erwin Forst

Erwin Forst (1908–1994) war bereits vor 1933 Mitglied des ASB. Der Sohn eines Tischlers begann 1928 nach seinem Abitur in Hermsdorf das Studium. Währenddessen schloss er sich wie seine Eltern sozialistischen Gruppen an. Er wirkte als Medizinstudent an der Ausbildung der Samariterinnen und Samariter mit. 1931 wurde er Mit-

glied der SPD. 1933 unterbrach er sein Studium aus Angst vor politischer Verfolgung. Einer seiner engsten Freunde, Alfred Bergmann, war als Sozialist und Jude ab 1933 dieser ausgesetzt und konnte 1934 in die Schweiz emigrieren. Erwin Forst hielt den Kontakt und beteiligte sich ab Mitte der 1930er Jahre als Kurier im Widerstand.



Stempel des kurzzeitig bestehenden Samariter-Bundes Neukölln.

Sein Studium in Berlin nahm er 1936 wieder auf, allerdings musste er sich dafür freiwillig zur Wehrmacht melden. Zu Anfang des Jahres 1940 flog seine Kuriertätigkeit auf, woraufhin er und seine Frau festgenommen wurden. Durch vorgetäuschte Ahnungslosigkeit entkamen sie weiteren Verhören und stellten ihre Tätigkeiten im Untergrund ein. Alfred Bergmann wurde im selben Jahr nach Deutschland ausgeliefert. Nach seiner sofortigen Verhaftung durch die Nationalsozialisten wurde er in Berlin ermordet.

Die freiwillige Meldung zur Wehrmacht hatte zur Folge, dass Forst im September 1939 am Polenfeldzug teilnehmen musste. Nach einer Freistellung zur Beendigung seines Studiums

wurde er 1941 nach Russland an die Front abkommandiert und diente dort als Oberarzt der Reserve. Als bekannter Sozialdemokrat konnte er einen Tag nach dem offiziellen Kriegsende am 9. Mai 1945 wieder eine Praxis in Hermsdorf, das im französischen Sektor lag, eröffnen. Auch seine politische Arbeit für die SPD nahm er sofort wieder auf. Gemeinsam mit anderen alten Aktiven und Samariterinnen wurden große Zeltlager für Kinder aus Berlin durchgeführt. Nachdem er bereits 1948 für zwei Jahre der Stadtverordnetenversammlung angehört hatte, ließ er sich auch 1954 wieder wählen. Von 1955 bis 1971 war er im Bezirk Wilmersdorf Bezirksstadtrat für das Gesundheitswesen.³⁰⁸

Magistrat von Groß-Berlin

**Berlin-Schöneberg, den 4. April 1950
Rudolph-Wilde-Platz**

**An die
Gründer des Arbeiter-Samariter-Bundes
Groß-Berlin
zu Händen des Herrn Erwin Forst**

**Berlin-Hermsdorf
Steinmetzstr. 10**

**Betr.: Zulassung des Arbeiter-Samariter-Bundes Groß-Berlin
als nichtpolitische Organisation (uns. Nr. Rein. 411)**

**Der Magistrat von Groß-Berlin hat den
Arbeiter-Samariter-Bund Groß-Berlin**

als nichtpolitische Organisation auf Grund des von Ihnen eingereichten Antrages für den Bereich von Groß-Berlin anerkannt. Die Organisation darf vom 4. April 1950 ab ihre Tätigkeit im Bereich von Groß-Berlin ausüben. Jede Änderung der Satzung ist dem Magistrat von Groß-Berlin – Stadtkanzlei – vorzulegen; jede Satzungsänderung wird erst mit der Genehmigung durch den Magistrat wirksam.

**gez. Dr. Reuter
Oberbürgermeister**

Die Anerkennung des ASB Groß-Berlin durch Oberbürgermeister Ernst Reuter.

Erika Richter, geb. Retzlaff

Erika Richter wurde am 29. Februar 1902 als Erika Marie Retzlaff in Gollnow, Hinterpommern, als erstes von drei Kindern in eine Tierarztfamilie geboren. Sie wuchs behütet auf, lernte das Klavierspiel und Handarbeiten. Teppichknüpfen war ihre Leidenschaft. Mit 25 Jahren machte sie eine Sanitätsausbildung.³⁰⁹ Im selben Jahr heiratete sie Ernst Richter, der aus dem nahe Gollnow gelegenen Massow stammte und in Berlin als Lehrer tätig war. Ein Jahr nach der Hochzeit suchte sich das Paar eine gemeinsame Wohnung in Berlin-Neukölln. Bis dahin pendelte Ernst Richter zwischen Berlin und Gollnow nordöstlich von Stettin. Er war als Gewerbeoberlehrer, d. h. als Berufsschullehrer, für die Fächer Mathe und technisches Zeichnen tätig. 1930 kam der erste Sohn, Hanno, zur Welt. Als die Eltern von Ernst Richter aus dem pommerschen Massow nach Berlin gezogen waren und sich in Frohnau niederließen, nahm sich die Familie ebenfalls eine Wohnung in dem nördlichen Berliner Stadtteil. 1940 wurde Tochter Itta geboren. Ernst Richter wurde während des Krieges eingezogen und bildete u. a. Arm- und Handamputierte im Schreiben und technischen Zeichnen aus. Hanno Richter, später ebenfalls im ASB aktiv, kam als Jugendlicher nach Sachsen auf ein Internat. Nach den schweren Bombenangriffen auf Dresden mussten er und seine Mitschüler Leichen bergen. Daraufhin floh er mit zwei weiteren Klassenkameraden und selbst gestempelten Ausweisen zu Fuß nach Berlin. Nach dem Krieg mussten die Richters zwischenzeitlich ihre Wohnung für die Einquartierung von Soldaten der französischen Besatzungsmacht räumen. Sie wohnten möbliert ganz in der Nähe ihrer eigentlichen Wohnung.

Ernst Richter war nach dem Krieg zunächst mit einem Berufsverbot belegt, wie viele Lehrer, die während des nationalsozialistischen Regimes unterrichtet hatten. Sie galten in den Augen der Alliierten als eine Stütze des nationalsozialistischen Staates, weil im Unterricht die Ideologie der Nationalsozialisten gelehrt wurde.

Doch schon bald fand er wieder eine Anstellung als Berufsschullehrer in Hermsdorf.³¹⁰ Erika Richter begann sich nach den Erfahrungen im Nationalsozialismus im sozialdemokratischen Umfeld zu engagieren. Erikas Mutter stammte aus einer Gollnower Handwerkerfamilie. Ihr Großvater mütterlicherseits war in Gollnow als „Roter König“ bekannt gewesen. So kam Erika Richter zur SPD, zur AWO und schließlich auch zum ASB. Sie machte Hausbesuche und führte Beurteilungen von Bedürftigen bei Anträgen auf Beihilfen durch. Zu den Diensten im ASB kamen die Kinder mit – die Fahrten im Sommer mit dem Rad quer durch den Tegeler Forst zur Rettungsstation Saatwinkel gehören zu den Kindheits-erinnerungen von Tochter Itta.

Wie schwer die Lage für Menschen in West-Berlin war, zeigt eine kleine Episode aus dem Leben der Familie Richter. Tochter Itta wurde im Rahmen der nahezu unbekannteren Aktion „Storch“ 1948 aus Berlin ausgeflogen und kam für mehrere Monate bei einem Paar unter, das in der Nähe von Würzburg lebte. Während West-Berlin aufgrund einer Blockade der sowjetischen Militäradministration durch britische und amerikanische Flugzeuge ausschließlich über die Luftbrücke versorgt wurde, wurden Kinder in den Lastflugzeugen auf den Rückflügen von britischen Soldaten in die westlichen Besatzungszonen mitgenommen und in Familien gegeben, in denen sie aufgezogen werden sollten: Sie bekamen für ein paar Wochen mehr zu essen, als es in Berlin möglich war.³¹¹ Für Itta Richter bedeutete das, sich nach langer Zeit satt essen zu können, jedoch auch, mehrere Monate von ihrer Familie getrennt zu sein und als Fremde auf eine Dorfschule zu gehen. Erst als die Blockade aufgehoben und Zugreisen durch die sowjetische Besatzungszone wieder möglich waren, konnte Erika Richter ihre Tochter zurück nach Berlin holen.

Die Station am Tegeler See, die der ASB von 1929 bis 1933 betrieben hatte, wurde Ende der



Erika Richter, Kassiererin der Landesorganisation Berlin, mit Willy Brandt auf der Bundeskonferenz, 1955.

1940er Jahre zwischenzeitlich „Erikas Ruh“ genannt, weil sie sich so sehr kümmerte. Bis zur offiziellen Wiedereröffnung der Rettungsstation im Jahr 1951 bauten die Samariterinnen und Samariter Zelte auf, in denen auch übernachtet wurde, um von früh bis spät Dienste leisten zu können. Man arbeitete damals mit den Rettungsschwimmern des DLRG zusammen. Bis 1951 stand den Arbeitersamaritern an der Station zunächst nur ein Rettungsboot zur Verfügung. Hanno Richter hatte es gemeinsam mit seinem Freund Werner Klotz wieder hergerichtet. Zwei Boote, die 1933 an das DRK gegangen waren, wurden dem ASB erst Ende 1951 nach langen Verhandlungen zurückgegeben. Da war der ASB in Berlin auch offiziell gegründet und anerkannt. Den Antrag unterzeichnete auch Erika Richter. Sie wurde als Kassiererin in den Vorstand der Berliner Landesorganisation gewählt und hatte damit über viele Jahre eine große Verantwortung.

Sohn Hanno studierte Elektrotechnik. Er war in den 1950er Jahren nicht nur ehrenamtlicher

Wasserrettungsführer, sondern auch Vorsitzender der Kolonnen Reinickendorf (1953–1955) und Südwest (1958–1961). 1956 beteiligte er sich als Fahrer an dem Hilfsgütertransport des ASB nach Ungarn. Er zog 1963 mit seiner aus den Niederlanden stammenden Frau nach Frankfurt am Main und arbeitete dort als Ingenieur. Später war er bei dem Werkzeughersteller Hilti tätig und an Erfindungen beteiligt.

Tochter Itta wurde zunächst Hauswirtschaftsleiterin, arbeitete u. a. als hauptamtliche Kraft in einem Jugendgästehaus, das der ASB in Berlin betrieb. Im Jahr 1964 lernte sie ihren zukünftigen Ehemann kennen, verließ jedoch zunächst für ein paar Jahre die Stadt und war als Erzieherin im Hause Sachs in Schweinfurt beschäftigt. Nach ihrer Rückkehr heiratete sie 1968 Franz Vollnhals (1914–1991), der sich von nun an ebenfalls im ASB einbrachte. Er war schon seit den späten 1940ern beim DLRG und kannte den ASB. Itta Vollnhals machte eine weitere Ausbildung zur Medizinisch-technischen Angestellten und arbeitete in der Praxis

ihres Mannes. Die Samariterausbildung und ihre Tätigkeit als Ausbilderin im ASB halfen ihr dabei. In den 1980ern wurde Franz Vollnhals schließlich Landesarzt des ASB in Berlin. Auch Itta und der gemeinsame Sohn Frank engagierten sich ehrenamtlich im ASB. Sie ist im Verband bekannt für die Gründung der AG Maske im Landesverband Berlin: Als sie 1982 Samariter für eine TV-Produktion schminken sollte, holte sich Itta Vollnhals Tipps von dem prominenten Visagisten René Koch. Das war die Geburtsstunde der AG im ASB, in der sie 15 Jahre lang aktiv war. Itta Vollnhals und die AG waren maßgeblich an der Erstellung von Wund-Dias

beteiligt, indem Wunden so wirklichkeitsnah wie möglich geschminkt und fotografiert wurden. Außerdem wurden und werden Personen für Notfallübungen geschminkt – die AG besteht bis heute.³¹²

Erika Richter wurde 1959 für ihr Engagement im ASB mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. In den 1970er Jahren war sie Mitglied der Bundeskontrollkommission (vormals Bundesausschuss) und bekam das Samariterkreuz in Gold verliehen. Als ihre Kräfte nachließen, lebte sie im Seniorenwohnheim des ASB am Wannsee. Sie starb ein halbes Jahr nach ihrem Mann Ernst am 29. März 1988.

Alfred und Gabriele Klühs

Was Waldemar Olsen für die gesamten westlichen Besatzungszonen war, war Alfred Klühs (1920–1968) für Berlin. Ein Macher, ein Mann mit einem langen Atem und Ideen. Ab 1950 übernahm er diverse Ämter und Positionen innerhalb des Landes- und des Bundesverbandes.

Wie sein Vater Franz Klühs (1877–1938) war Alfred Klühs Journalist. Franz Klühs, langjähriger Sozialdemokrat, war bis 1933 stellvertretender Chefredakteur des SPD-Parteizeitung „Vorwärts“ und 2. Vorsitzender des Reichsverbandes deutsche Presse gewesen. Nachdem er kurze Zeit als Mitglied der illegalen Leitung der SPD Berlin mit dem SPD-Vorstand im Prager Exil im Kontakt stand, auch eine Reise dorthin unternahm und Untergrundschriften nach Berlin mitbrachte, wurde er am 16. August 1933 verhaftet. Er wurde mehrere Wochen im Columbia-Haus, später im Polizeigefängnis am Alexanderplatz und im Untersuchungsgefängnis Moabit gefangen gehalten und schwer misshandelt.³¹³ Alfred Klühs war damals dreizehn, seine Schwester Dörte vier Jahre alt. Mutter Gertrud Klühs (1893–1976) versuchte, die kleine Familie durchzubringen. Zu Beginn mit der Leihbibliothek „Bücherstube Gertrud Klühs“, später mit diversen anderen Tätigkeiten, auch außerhalb Berlins.

Gertrud Klühs war ebenfalls eine überzeugte Sozialdemokratin. Seit 1908 war sie Mitglied der SPD. Sie lernte Franz Klühs in ihrer Geburtsstadt Magdeburg kennen, wo sie Bibliothekarin beim ADGB und Jugendleiterin der SAJ war. Franz Klühs war in Magdeburg Redakteur der „Volksstimme“ (1907–1918) und Vorsitzender der SPD (1908–1913). 1918 zog das Paar nach Berlin, wo Franz Klühs für den Vorwärts zu arbeiten begann. Zwei Jahre später kam 1920 Sohn Alfred zur Welt. Auch in Berlin engagierte sich Gertrud Klühs wieder in der SPD und der SAJ, wurde 1924 Bezirksverordnete für Tempelhof. Die Kinder wurden in die Parteiarbeit einbezogen: Alfred trug „ehrenamtlich Zeitungen an Funktionäre aus“, Dörte wurde von ihrer Mutter später als „jüngste Genossin in Tempelhof“ bezeichnet.³¹⁴ Ab 1933 hielt Gertrud Klühs illegal Kontakt zu anderen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, unterstützte Untergetauchte und deren Angehörige. 1939 wurde sie deswegen verhaftet und angeklagt, jedoch freigesprochen.³¹⁵

Vater Franz Klühs wurde im Juni 1934 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und dem Verstoß gegen das Gesetz über die Neubildung von Parteien zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt, die er in Tegel verbracht hat.



Stolperstein für Franz Klühs, dem Vater des Samariters Alfred Klühs, in Berlin.

Nachdem er im Juni 1936 entlassen worden war, starb Franz Klühs im Januar 1938 an den Folgen der Misshandlungen während der Haft.³¹⁶ Zu seiner Beisetzung kamen mehr als 1 000 Menschen – ein Zeichen des sozialdemokratischen Zusammenhalts im Untergrund. Die Trauerfeier wurde u. a. von Franz Künstler, dem ehemaligen Vorsitzenden der SPD Großberlins und vormals Reichstagsmitglied, organisiert. Auf der Beerdigung von Franz Künstler 1942, der ebenfalls an den Folgen seiner Haft in Gefängnis und KZ starb, hielt wiederum Paul Krause eine Rede.³¹⁷ Paul Krause, langjähriger Funktionär der ASB-Kolonie Berlin beziehungsweise der Abteilung Neukölln, traf sich während der zwölf Jahre andauernden nationalsozialistischen Herrschaft regelmäßig mit ehemaligen Samaritern in seiner Wohnung.³¹⁸

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trafen Gertrud, Alfred und seine Schwester Dörte wieder in Berlin aufeinander. Sie bezogen ihr Haus in Tempelhof. Mutter Gertrud und Sohn Alfred traten in die SPD ein, Gertrud arbeitete 1946/47 und ab 1949 in der Berliner SPD-Geschäftsstelle und übernahm Posten in der AWO. Sie war von 1946 bis 1948 Stadtverordnete, Alfred Klühs 1946 bis mindestens 1948

Bezirksverordneter für Berlin-Tempelhof. Er war als Radiomechaniker tätig.³¹⁹ In seiner Funktion als Bezirksverordneter trat er als Referent am 10. Februar 1948 auf einer öffentlichen Versammlung der SPD mit dem Thema „Junge Generation und Sozialdemokratie“ auf.

Alfred Klühs hatte in der Zwischenzeit Gabriele Voelkel (1920–1999) kennen und lieben gelernt. Das Paar heiratete 1946. Gabriele Voelkel kam aus Breslau. Dort wurde sie am 24. März 1920 als das einzige Kind von Elly und Ernst August Voelkel geboren. Ihr Vater (1886–1960) war ein in Schlesien bekannter Musiker und Komponist, der in Breslau viele Stellen besetzte und diverse musikalische Vorhaben begleitete. Ihre Mutter kam aus einer Künstlerfamilie.

Gabriele Voelkel besuchte die katholische Lehranstalt Bethanien in Breslau, wo sie 1939 ihr Abitur ablegte. Seit 1936 war sie im Bund Deutscher Mädel (BDM). Sie studierte ab 1939 Medizin in Breslau und Würzburg. Während des Studiums wurde sie Mitglied des Deutschen Roten Kreuzes, des Nationalsozialistischen Studentenbundes, der NS-Frauenschaft und schließlich der NSDAP (1940), übernahm aber aller Wahrscheinlichkeit nach keine Funktionen. In ihrer Heimatstadt schloss sie 1944 ihr

Plakat von 1948. Alfred Klühs engagierte sich nach dem Krieg zunächst in der SPD, bevor er ab 1950 seine Freizeit dem ASB opferte.

SPD

**Junge Generation
und
Sozialdemokratie**

**Öffentliche
Versammlung**

**der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Landesverband Groß-Berlin, Kreis Tempelhof**

**Dienstag, 10. Februar, 19 Uhr
in der Askanischen Oberschule
Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Str. 19**

Referent: Bezirksverordneter

Alfred Klühs

Studium ab. Im Januar 1945 floh sie gemeinsam mit ihrer Mutter vor der herannahenden Front zunächst nach Bad Reinerz zu Verwandten. Bevor sie noch im selben Jahr ihre schlesische Heimat verließ und nach Berlin ging, um dort im Tempelhofer Wenckebach-Krankenhaus ihre Pflichtassistenz zu absolvieren, war sie im Krankenhaus in Schweidnitz tätig. 1946 wurden ihre Eltern von den polnischen Behörden aus Breslau ausgewiesen und sie gingen nach Berlin, wo ihre Tochter bereits lebte. Hier war Ernst August Voelkel ein Unbekannter und konnte als Musiker und Komponist im Alter von sechzig Jahren nicht mehr Fuß fassen. Trotzdem kom-

ponierte er bis zum seinem Lebensende Stücke. Häufig schrieb seine Frau Liedtexte zu den Kompositionen.

Gabriele, inzwischen verheiratete Klühs, war auch noch 1948 am Wenckebach-Krankenhaus angestellt. Zum Zeitpunkt ihrer Entnazifizierung war sie dort als Assistentin tätig. Ihr Fall wurde nicht verhandelt, sondern zu den Akten gelegt.³²⁰ So konnte sie ihre Stelle in dem städtischen Krankenhaus behalten. Zu dieser Zeit wohnte sie mit ihrem Mann Alfred in der Parkstraße in Tempelhof, keine zwei Kilometer von Gertrud und Dörte Klühs entfernt. 1948 kam die erste gemeinsame Tochter zur Welt, 1950 folgte

ein weiteres Mädchen. Im selben Jahr stießen Gabriele und Alfred Klühs zum ASB.

Alfred Klühs war im Jahr 1950 als Journalist bei der internationalen Nachrichtenagentur Reuters beschäftigt. Es heißt, er besuchte die Wiedergründungsversammlung des ASB am 15. Mai 1950 in Berlin aus beruflichen Gründen. Seine Frau Gabriele begleitete ihn.

Noch 1950 wurde Gabriele Klühs ASB-Landesärztin, Alfred Klühs übernahm die Funktion des Revisors und bekam den Spitznamen Alfa, weil es mit Alfred Bender bereits einen Alfred in der Gruppe gab. Schon 1951 wurde Alfred Klühs Landesvorsitzender und behielt diesen Posten bis zu seinem plötzlichen Tod am 24. Dezember 1968. Gabriele und Alfred Klühs hatten sich mit dem „ASB-Virus“ angesteckt, sollte es später heißen, und übernahmen beide in den Folgejahren weitere Funktionen, auch auf Bundesebene.³²¹

Die Eheleute Klühs waren maßgeblich für die ab 1954 erscheinenden Inhalte und die Herausgabe der Berliner Nachrichten, der Berliner ASB-Zeitschrift, verantwortlich. Auch an der Herausgabe der Bundeszeitschrift, die ab demselben Jahr erschien, war Alfred Klühs beteiligt. Er konnte hier seine berufliche Expertise einbringen und gehörte zu den ersten Chronisten des ASB. Die Geschichte und die Geschichten

der Arbeitersamariter interessierten ihn. Alfred Klühs wurde für sein großes und nachhaltiges Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz und dem Samariter-Ehrenkreuz in Silber und Gold ausgezeichnet.

Gabriele Klühs blieb bis 1969 Landesärztin in Berlin, dann übernahm sie nach dem Tod ihres Mannes den Landesvorsitz. Parallel übte sie Funktionen im Bundesvorstand aus und brachte Erste-Hilfe-Bücher heraus. Auch im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin, war sie ab den 1970ern über lange Jahre Vorstands- und Beiratsmitglied. Das alles schaffte sie neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit als Betriebsärztin von 1951 bis 1985 bei der BEWAG (Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges.). Aus dieser Tätigkeit heraus übernahm sie 1978 zusätzlich den Vorsitz des Verbandes Deutscher Werks- und Betriebsärzte, Landesverband Berlin. Für ihr Engagement wurde sie vielfach ausgezeichnet, so bereits 1956 mit dem Bundesverdienstkreuz, mit dem Samariter-Ehrenkreuz in Silber und Gold, der Malteser-Plakette in Silber und Gold und mit dem Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen des Landes Berlin. Sie starb am 18. September 1999 in der Wohnung in der Preußenallee in Berlin-Westend, die sie 1959 mit Alfred Klühs bezogen hatte.

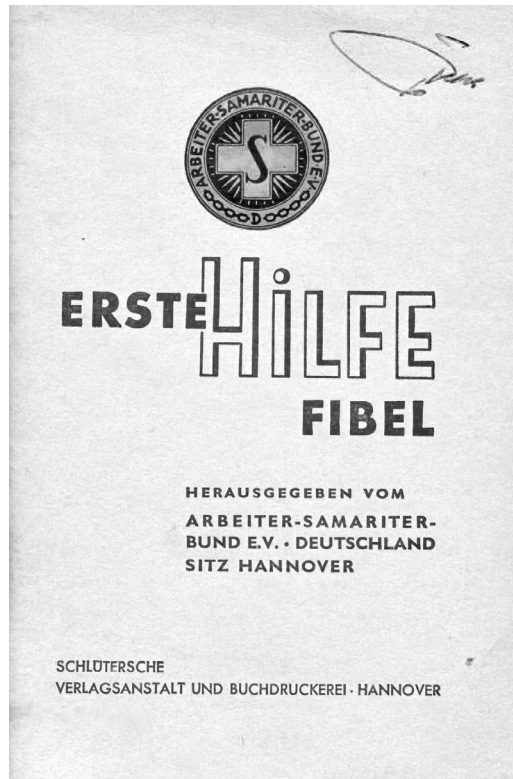
1952 schloss sich der Landesverband Berlin dem Bundesverband in Hannover an. Im selben Jahr übernahm der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Ernst Reuter, die Ehrenpräsidentschaft des ASB Berlin.

Die Rettungsstation Saatwinkel war Anfang der 1950er Jahre schon wieder voll in Betrieb, Sanitätsdienste wurden übernommen (bei Großveranstaltungen wie Maifeiern, Demonstrationen, Kundgebungen, Staatsbesuche, Transporte bei Wahlen) und Erste-Hilfe-Kurse angeboten. Die Sanitätskurse halfen durch ihre Bewerbung und die Teilnehmer, den ASB wieder bekannter zu machen. Sie fanden u. a. im Wenckebach-Krankenhaus statt, in dem Gabriele Klühs bis 1951 beschäftigt war. Die Samariterinnen wurden mit Kittelschürzen ausgestattet und nähten und bestickten sich ihre Hauben selbst. Die Schutzkleidung der Männer wurde häufig mit eigenen Mitteln finanziert.³²² Zu den Samariterinnen und Samaritern gehörten bis zum Bau der Ber-

liner Mauer 1961 auch Menschen, die im Osten der Stadt lebten und sich nicht mit den dort zunächst geschaffenen Strukturen des FDGB-Gesundheitsdienstes und später dem DRK in der DDR identifizieren konnten.³²³

Unter der Leitung von Alfred Klühs stellte der ASB einen hauptamtlichen Mitarbeiter ein, denn es wurde schnell klar, dass die Masse an anfallenden Aufgaben nicht allein ehrenamtlich zu bewältigen war, zumal Alfred Klühs mit immer neuen Ideen aufwartete. Ein langjähriger Freund von Alfred Klühs, Ernst Schuck (1920–2014), übernahm die Geschäftsführung und bis ins hohe Alter zusätzlich ehrenamtliche Posten im ASB, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Beide waren schon zusammen zur Schule gegangen und trafen sich nach dem Krieg wieder, als Ernst Schuck noch bei Philips beschäftigt war. Die Familien Klühs, Schuck und Richter waren auch privat viel zusammen, wobei bei Schuck und Richter sich jeweils ein Ehepartner aus dem ASB heraushielt. Diese Familien sind ein Beispiel für weitere im Berliner ASB.

Im Jahr 1953 übernahm der ASB in West-Berlin die Verantwortung für drei Lager, in denen Flüchtlinge aus der DDR aufgenommen wurden. Eines wurde von Fritz Schwadtke, einem langjährigen Samariter, seiner Frau und seinem Sohn geleitet. 1954 wurde das erste ASB-Krankenhaus in Reinickendorf eröffnet. Das Vorgehen und die Erfolge des Berliner ASB strahlten auf den gesamten Bundesverband aus.



Gabriele Klühs veröffentlichte als Berliner Landesärztin Erste-Hilfe-Bücher für die Ausbildungskurse.

5. Frankfurt-Höchst

Ein Motor im Süden

Die Kolonne in Höchst baute 1949 auf dreizehn erfolgreiche Jahre vor dem Nationalsozialismus auf. Von 1920 bis 1933 war die Anzahl der Mitglieder der gut ausgestatteten Kolonne auf über siebenzig gestiegen. Anders als andere Kolonnen im Raum Frankfurt, gliederte sich die Kolonne in Höchst nicht im DRK ein. August Weber berichtete, dass er, nach Rücksprache mit weiteren Vorstandsmitgliedern, unter anderem Paul Kirchof und Wilhelm Zeller, zusammen mit wenigen anderen Samaritern und dem Material der Kolonne des ASB bereits im Mai 1933 eine Sanitätskolonne der SA bildete, um das Vermögen über die vermeintlich kurze Phase der nationalsozialistischen Herrschaft zu „retten“. Doch der Plan ging nicht auf und die ehemalige Rettungswache des ASB wurde eine des Roten Kreuzes.

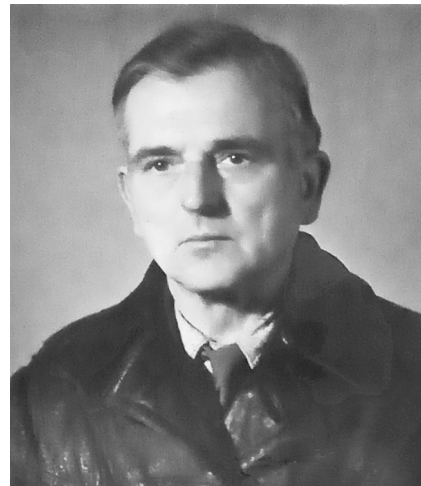
August Johann Weber

Als Sohn des Tischlers Friedrich August Weber und seiner Frau Veronika wurde August Johann Weber am 30. April 1891 in Höchst geboren. Er besuchte acht Jahre die Volksschule und ging anschließend im Alter von vierzehn Jahren in die Lehre. Nachdem er diese erfolgreich abgeschlossen hatte, war er von 1908 bis 1923 als Schlosser in unterschiedlichen Unternehmen tätig, kurzzeitig auch in Hannover und Hameln.

Von 1911 bis 1913 leistete er seinen Militärdienst und wurde ein Jahr später, als der Erste Weltkrieg begann, zur Eisenbahn-Bau-Kompanie Nr. 24 eingezogen. August Weber erlebte den Krieg in Belgien, Frankreich, Russland und Serbien.

Kurz bevor er einrückte, heiratete er am 2. August 1914 Johanna Pfeiffer, geboren am 16. November 1891. Das Paar bekam drei Kinder.

Nach dem Krieg wurde August Weber Mitglied in der SPD. Die Prüfung im ASB bestand er im April 1925³²⁴ und übernahm anschließend Funktionen im Vorstand. Auch dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold trat er bei und war als Mitglied der Schufo (Schutzformation) der Eisernen Front von 1932 bis 1933 an Straßenkämpfen beteiligt. Die Eisernen Front war ein Bündnis von SPD, Reichsbanner, ADGB, Arbeitersportver-



August Weber, der 1933 kurzzeitig einem Sanitätsstrupp der SA angehört hatte, baute den ASB in Frankfurt-Höchst wieder auf.

bänden und Allgemeinem freien Angestelltenbund (AfA-Bund), gegründet im Dezember 1931 als Reaktion auf die Zusammenarbeit von NSDAP, DNVP, Reichslandbund, Alldeutschem Verband und Stahlhelm in der Harzburger Front.

Eine feste Anstellung fand August Weber ab 1. Mai 1923 bei der Stadt Höchst zunächst als Fahrer bei der Feuerwehr und ab November als Feuerwehrmann. 1928 wurde er im Rahmen der Eingemeindung von Höchst nach Frankfurt am Main in den Dienst der Stadt Frankfurt übernommen und vom Angestellten- ins Beamtenverhältnis überführt. Im Jahr 1930 konnte August Weber ein Haus in der Euckenstraße erwerben. Dort lebte die Familie in einer der Wohnungen. Dies bot Sicherheit, als er am 21. November 1933 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen wurde. Sein schriftlicher Einspruch blieb ohne Folgen. Im Juli 1934 bemühte er sich nochmals um Wiedereinstellung bei der Stadt. Er schrieb zum wiederholten Male, dass er sich nicht bewusst sei, eine undeutsche, antinationale Handlung begangen zu haben:

„Meine gesamte außerberufliche Tätigkeit war nur eine fortgesetzte Erfüllung des N. S. Grundsatzes: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. [...] Seit 1923 war ich in der Arbeiter-Samariterbewegung führend tätig und habe gemäß den Grundsätzen eines Samariters gehandelt, einerlei welcher Partei oder Konfession die zu betreuende Person angehörten. In meiner Eigenschaft als Samariter habe ich nicht nur meine ganze Kraft und Person in den Dienst der guten Sache gestellt und meine Pflicht voll und ganz getan.“⁴³²⁵

Er hatte auch zwei Hypotheken aufgenommen, um „das große Werk des öffentlichen Gesundheitsdienstes hier am Ort“ aufzubauen. Seine Schreiben zeugen von einer vermeintlichen Anpassung, dem vermeintlichen Versuch, sich in die neue „Volksgemeinschaft“ einzugliedern. Er brauchte außerdem eine Anstellung, um seine Schulden zu tilgen. Die Pension, die er nach seiner Entlassung erhielt, reichte dafür nicht aus. Gleichzeitig stand er heimlich mit Paul Kirchhof und anderen ehemaligen führenden SPD-Mitgliedern in Kontakt, war bis 1935 an der

Verteilung illegaler Schriften beteiligt und das, obwohl der Ortsgruppenleiter der NSDAP nur wenige Häuser neben ihm wohnte. Er gehörte nicht zu denjenigen, die verhaftet und verurteilt wurden. Ebenfalls ohne Konsequenz blieb sein Austritt aus der SA 1936, als der Plan, das Material des ASB über die NS-Zeit zu retten, nicht aufging.

August Weber bemühte sich am 4. September 1939, kurz nach Kriegsbeginn, nochmals um Wiedereinstellung bei der Stadt, da doch „jeder Mann gebraucht wird“. Bis dahin hatte er als Schlosser gearbeitet. Inzwischen Mitglied im Reichsluftschutzbund, befürwortete sogar die NSDAP seine erneute Einstellung. Tatsächlich wurde er ab dem 1. Dezember 1939 im Kraftwerk der Stadtwerke als Schlosser beschäftigt, jedoch am 10. Januar 1940 mit 49 Jahren zur Wehrmacht eingezogen. Im März 1942 war er Oberfeldwebel und hatte das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern erhalten. In einer Beurteilung hieß es: „Trotz seines Alters (51 Jahre) versteht er seinen anstrengenden Dienst als Feldgendarm auf dem entlegensten Kriegsschauplatz, auf dem deutsche Truppen kämpfen, unverdrossen und eifrig.“⁴³²⁶ Zunächst im Feldgendarmerie Trupp 230 als Kfz-Schlosser in Finnland, später im Feldgendarmerie Trupp 832 bei der Sitten- und Gesundheitspolizei und ab 1944 als Geräteverwalter in Nordfrankreich war er im Kriegseinsatz und wurde vom Unter- zum Oberfeldwebel befördert. Verwundet kam er in das SS-Lazarett Weilmünster. Dort geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er am 4. Dezember 1945 entlassen wurde. Kurze Zeit später trat er wieder der SPD bei.

Im Rahmen der Entnazifizierung bescheinigten ihm Genossen aus der SPD, dass der Übertritt in die SA ein taktisches Manöver war, das vom Aktionsausschuss der Eisernen Front veranlasst worden war. Außerdem bescheinigte Paul Kirchhof, dass Weber illegale Schriften von ihm bekommen und verteilt hatte. Die Aussagen entlasteten ihn und er wurde am 15. September 1947 wieder bei der Feuerwehr eingestellt, legte eine Brandmeister-Prüfung ab und wurde nach Ende des Entnazifizierungsverfahrens ab 1949

wieder verbeamtet. 1950 fiel der Druck von ihm ab: Er war das ganze Jahr über wiederholt krank und musste am 31. März 1951 mit neunundfünfzig Jahren in den Ruhestand versetzt werden.

Am 11. Februar 1959 verstarb August Webers erste Ehefrau Johanna. Ein Jahr später zog er in das vom ASB als Erholungs- und Pflegeheim betriebene Haus Ebersberg bei Bad Zwosten. Hier

lernte er Maria Forman, geborene Eigl, kennen. Sie wurde am 14. Juni 1903 in Deutsch Gießhübel (Böhmen, heute Tschechien) geboren und lebte in Borken im Münsterland. Als Küchenarbeiterin war sie beim ASB im Haus Ebersberg beschäftigt. Das Paar heiratete am 27. Januar 1961 und lebte in Lendorf bei Borken. August Weber starb am 9. April 1977.³²⁷

Paul Kirchhof

Paul Kirchhof wurde am 21. Oktober 1902 in Okriftel im Landkreis Höchst geboren. Im Anschluss an den Besuch der Volksschule absolvierte er eine Schlosserlehre bei Opel. 1923 heiratete er Anna Maria Bauer; das Paar bekam fünf gemeinsame Kinder. Die Familie lebte in der Okrifteler Straße. Im Jahr 1928 trat Paul Kirchhof als Busfahrer in den städtischen Dienst ein. Als überzeugter Sozialdemokrat, Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des ASB, wurde er im September 1933 im Rahmen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen. Es folgten Jahre der Arbeitslosigkeit. In dieser Zeit beteiligte sich Kirchhof am Widerstand. Er war Vorsitzender des illegalen SPD-Unterbezirks Main-Taunus und bildete mit ehemaligen Mitgliedern des Reichsbanners und der SPD eine Gruppe, die heimlich die Schrift „Sozialistische Aktion“ verteilte. Unglücklicherweise verlor Paul Kirchhof eine Aktenmappe mit Materialien und die Gruppe flog auf. 1935 wurde er festgenommen, erst im Januar 1937 folgte der Prozess wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerenden Umständen“. Wilhelm Zeller, ebenfalls Mitglied des ASB bis 1933, wurde als Zeuge geladen. Kirchhof wurde zu fünf Jahren Haft und ebenso langer Aberkennung seiner bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Von Juni 1937 bis August 1940 musste sich Paul Kirchhof im anhaltinischen Dessau-Rosslau und Griebö/Elbe in Arbeitslagern plagen. Zwar wurde er 1940 wieder entlassen, stand



Paul Kirchhof, ein begnadeter Redner und unverzichtbarer Unterstützer des ASB in den Aufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg, ca. 1950.

jedoch unter polizeilicher Beobachtung und es ist nicht festzustellen, ob er aus freien Stücken oder unter Zwang von 1940 bis 1942 bei der VDM Halbzeugwerke als Kraftfahrer beschäftigt war. In dieser Zeit kam das letzte Kind des Paares zur Welt. 1942 wurde Paul Kirchhof zum Militär eingezogen.

Nach kurzer Zeit in amerikanischer Kriegsgefangenschaft kehrte er 1945 nach Frankfurt zu seiner Familie zurück. Er fand zunächst wieder eine Anstellung als Busfahrer bei der Stadt, wechselte jedoch bald auf die Position des Betriebsdirektors der Frankfurter Straßenbahn. Ein Jahr nach Kriegsende wurde er Stadtverordneter der SPD, ab 1948 hatte er den Fraktionsvorsitz im Frankfurter Römer inne. Vom Jahre 1948 an bemühte er sich um finanzielle Wiedergutmachung für seine Entlassung 1933, seine Haft und deren gesundheitlichen Folgen. Er fühlte sich ungerecht behandelt, als er wieder und wieder Belege und Zeugenaussagen für seine Verfolgung erbringen musste. Auch August Weber bescheinigte ihm am 12. Oktober 1950 seine Haftzeit. Am 21. Dezember 1950 schrieb Kirchhof an den Regierungspräsidenten, dass er es ablehne weitere Beweise für seine Haft einzuholen. Er fühle sich schikaniert und verwies auf SS-Generäle, denen eine einfache eidesstattliche Erklärung genüge, um eine Pension zu erhalten. Doch er wurde beschwichtigt und erhielt am Ende finanzielle Unterstützung. 1952 bekam er außerdem eine Kur bewilligt: Durch eine doppel-seitige Lungen- und eine Rippenfellentzündung, die im Dessauer Krankenhaus 1938 ungenügend behandelt worden waren, hatte Paul Kirchhof eine Herzmuskelschwäche davongetragen.³²⁸

Ab 1949 stand Paul Kirchhof mit dem ASB in Hannover in Kontakt. Es ist anzunehmen, dass

er davor bereits Verbindungen zum Bundesverband in Frankenthal hatte. An dem Treffen beider Bundesvorstände aus Frankenthal und Hannover im Januar 1950 in Eschborn bei Frankfurt beteiligte er sich und hielt eine kurze Rede. Als im Oktober desselben Jahres die Landesorganisation Hessen-Süd gegründet wurde, wählte man ihn zum Vorsitzenden. Schon vor seiner Wahl nahm er sich der Belange der Kolonnen an. Auch die erste Tagung der Leiter der Landesorganisationen fand in Alsbach, südlich von Frankfurt, unter reger Vorarbeit von Paul Kirchhof statt. Als begnadeter Redner wies er wiederholt auf die lange Geschichte des ASB und dessen Verdienste sowie die historischen und aktuellen Schwierigkeiten mit dem DRK hin. 1951 wünschte er sich, aufhören zu können, da ihm die Arbeit zu viel wurde. Doch seinem Wunsch konnte nicht entsprochen werden – er war mit seinen Verbindungen zu wichtig für den Aufbau. Man stellte ihm einen zweiten Vorsitzenden, Otto Kirchner, zur Seite. Kirchner war ein alter Samariter aus Erfurt. Er sollte nach einem Jahr den Vorsitz übernehmen.

Paul Kirchhof starb am 28. Februar 1953 in Darmstadt an den Folgen eines Verkehrsunfalls im Dienst.³²⁹ In seinem Nachruf hieß es: „Wir Arbeiter-Samariter wissen, was wir an Paul Kirchhof verloren haben und mit uns nicht nur die Arbeiterschaft, sondern die ganze Bürgerschaft der Stadt Frankfurt am Main.“³³⁰

August Weber hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg um die Wiedergründung der ASB-Kolonie in Höchst bemüht. Im Januar 1949 wandte er sich an die Kolonie in Hildesheim, nachdem er im SPD-Mitteilungsblatt „Volksstimme“ vom ASB in Hannover und Hildesheim gelesen hatte. Er schrieb, dass der ehemalige Kreisleiter, der nun beim DRK tätig war, ihm mehrfach gesagt hatte, dass die Militärverwaltung keine zweite Organisation neben dem Roten Kreuz zulassen würde. Diese Fehleinschätzung hatte die Wiedergründung jedoch nur hinausgezögert. Er erhielt Rückmeldung und Rückendeckung aus Hildesheim und Hannover. Ihm wurde geraten, sich als erstes an den Oberbürgermeister der Stadt zu wenden, um herauszufinden, was nötig war, um wieder als Kolonie agieren zu können. Im November 1949 hatte die

Kolonne zehn Mitglieder, alles Mitglieder von vor 1933, und gründete sich damit ein Jahr vor der Kolonne Frankfurt. Die wichtigsten Fragen beim Neuanfang waren: Müssen alle Samariter noch einmal eine Prüfung ablegen? Wie steht es um Briefpapier, ist es über den Bund zu beziehen? Was ist mit einheitlichen Kassenbüchern? Armbinden? Sie belegen, wie viel Wissen über die Abläufe vor 1933 noch vorhanden war.

Erster Vorsitzender war der Tierzüchter Karl Planz, Kassierer der Straßenbahnbedienstete Karl Liesem und Schriftführer August Weber. Im März 1950 wurde der Kupferschmied Heinrich Zeller zum Vorsitzenden gewählt. Laut Aussage von August Weber war er der Bruder des früheren Vorsitzenden Wilhelm Zeller, der 1949 als im Osten vermisst galt. Einen Kolonnenarzt hatte man im Mai 1950 gefunden, im Sommer fand der erste Lehrgang statt. Von Beginn an wurden Sanitätsdienste bei Parteiveranstaltungen durchgeführt.

August Weber war es, der den Bundesverband in Hannover auf die Kolonne in Eschborn aufmerksam machte. Sie war 1933 geschlossen zum DRK übergetreten und sollte zurückgewonnen werden. Die Hannoveraner schrieben im Dezember 1949 die Kolonne an, im Januar 1950 trafen beide Bundesvorstände aus Frankenthal und Hannover in Eschborn ein, um sich zusammenzuschließen, und anschließend trat die Kolonne wiederum geschlossen dem ASB bei. Der Vorstand aus Höchst strengte sich an, auch andere ehemalige Kolonnen des ASB wiederzubeleben. So war er ebenfalls beteiligt an den Kolonnengründungen in Hattersheim und Frankfurt (September 1950). Die Frankfurter agierten danach selbstständig, die Kolonne in Hattersheim brauchte lange die Unterstützung aus Höchst und schaffte es trotzdem nicht auf eigene Beine. Es ist auf die Eigenständigkeit der ehemals selbstständigen Stadt Höchst zurückzuführen, dass auf dem Stadtgebiet Frankfurt zwei Kolonnen existierten, obwohl in anderen Großstädten eine Kolonne mit Abteilungen bestand. Erst Jahrzehnte später, im Jahr 2004, schlossen sich die beiden Frankfurter Gruppen zusammen. Auch ehemalige Samariter in Wiesbaden-Bierstadt und Marburg wurden kontaktiert. Die Höchster regten ebenfalls an, eine zusätzliche Landesorganisation für Hessen-Süd zu gründen, da die Entfernung nach Kassel zu groß sei und, dass der ihnen lange bekannte Paul Kirchhof dieses Amt übernehmen solle. Dieser musste erst überzeugt werden, da seine Arbeitsbelastung bereits durch den Direktorenposten sowie die Arbeit für die SPD hoch war. Doch schon im Oktober ließ er sich zum Vorsitzenden wählen. Der Vorsitzende der Kolonne Höchst, Heinrich Zeller, war 1951 ebenfalls Kassierer der Landesorganisation, August Weber Schriftführer der Kolonne und der Landesorganisation.

Waren in anderen Kolonnen von Beginn auch Frauen vertreten, traten in Höchst erst ein Jahr nach der Gründung die ersten beiden bei. Finanziell stand die Kolonne schnell gut dar. Die Mitglieder hatten Arbeit, von deren Lohn sie ihre Beiträge und das Material zahlten und

es konnten am Wirtschaftsstandort Frankfurt viele Firmenspenden eingeholt werden. Auch die Landesversicherungsanstalt Hessen stiftete einen hohen Betrag zur Gründung der Landesorganisation, wovon auch die Kolonne profitierte. Damit ging es in Höchst schneller voran als in vielen der Kolonnen, die sich vor 1949 und damit vor der Währungsreform gegründet hatten, denn mit dem Geld konnte die Kolonne gut ausgestattet werden.

Häufig vertraten die Samariter in Höchst die Meinung des Bundesvorstandes. So sprachen sie sich ebenfalls gegen einen Bundestag im Jahr 1950 aus, denn auch sie waren der Meinung, dass die Kosten dafür zu hoch zu sein würden. In anderen Bereichen, in denen der Bundesvorstand neue Wege einschlug, vertraten die Höchster Ansichten von vor 1933. Wie vor 1933 sollte der ASB im Raum Frankfurt bald wieder dastehen – die Kolonne in Höchst war hierfür die treibende Kraft.

6. Lüneburg

Rasanter Aufstieg, schwere Querelen

Die Wiedergründung einer ASB-Kolonie in Lüneburg erfolgte sieben Jahre nach Kriegsende.³³¹ Am 6. Februar 1952 stattete Ewald Decker der Geschäftsstelle der ASB-Landesorganisation Hamburg einen Besuch ab. Der 34jährige gelernte Schlosser schilderte sein Anliegen, eine ASB-Kolonie in Lüneburg zu initiieren, bezifferte die Zahl potentieller Mitglieder auf 30 bis 40 Personen und bat um organisatorische Unterstützung.

Decker unterschrieb einen Aufnahmeantrag und erhielt vom ersten Vorsitzenden der Landesorganisation Hamburg, Hermann Schröder, darauf die Zusage, dass dieser mit einer weiteren Vertreterin des ASB aus Hamburg zur Gründung der Lüneburger Kolonie anreisen würde.

Der ASB agierte pragmatisch in diesen Aufbaujahren. Von Hamburg war der Weg deutlich kürzer in die alte Salzstadt an der Ilmenau als aus Hannover, wo die organisatorisch zuständige Landesorganisation Niedersachsen ihren Sitz hatte.

Zur Gründungsversammlung am Sonnabend, den 16. Februar, fanden sich dann neben den Hamburger Gästen sechs Männer und eine Frau in der Baracke der Gewerkschaftsjugend in Lüneburg ein, unter ihnen Fritz Frie, der schon bis 1933 als Vorsitzender der Kolonie Lüneburg aktiv gewesen war und bereits wieder als Einzelmitglied dem ASB-Bundesverband angehörte. Auch Dr. Meyer, der vor 1933 als Kursarzt tätig gewesen war, war vor Ort, und sagte zu, bei der Suche nach einem neuen Kolonnenarzt zu unterstützen. Dr. Nathan Albert Ransohoff, der von 1925 bis 1933 als Kolonnenarzt eine zentrale Figur der ASB-Kolonie Lüneburg gewesen war, stand nicht mehr zur Verfügung. Als Mitglied im Vorstand der Jüdischen Gemeinde war der Nervenarzt und Psychiater von den Nationalsozialisten verfolgt worden. Ransohoff, der mit einer dänischen Nicht-Jüdin verheiratet war, weswegen er letztlich die NS-Diktatur überlebte, war 1951 im Alter von 78 Jahren in Hamburg verstorben.³³²

Schröder referierte zum Aufbau des ASB nach dem Krieg, erläuterte die Richtlinien sowie den Beschluss von Alsbach vom Januar 1951 und resümierte: „Wichtig ist, den gewerkschaftlichen Gedanken, sowie eine demokratische Handlung in den Vordergrund zu stellen und außerdem den gesundheitlichen Dienst auf dem zivilen Sektor als ihre Aufgabe zu betrachten. Eine Zellenarbeit auf politischer Grundlage wird nicht geduldet.“³³³

Ein erster vierköpfiger Kolonnenvorstand wurde von den Anwesenden eingesetzt. Den Vorsitz übernahm vorläufig der 36jährige Maurer Ernst Bruhnke. Frie trat als Techniker in den Vorstand ein, Klara Babendererde als Schriftführerin und Ewald Decker, der die Gründung vorbereitet hatte, als Kassierer.

Nicht nur die Hamburger Landesorganisation unterstützte mit Rat und Tat bei den ersten Schritten der neuen Kolonne, auch der Bundesvorstand aus Hannover übersandte u. a. vier Chemnitztaschen als Startausrüstung der neuen Kolonne.

Die erste Mitgliederversammlung am 16. März 1952 wählte dann Ewald Decker zum Ersten Vorsitzenden. Decker war Ende des Krieges als Soldat nach Lüneburg gekommen, hier bis Oktober 1945 in Kriegsgefangenschaft gewesen. Wismar, wo er vor dem Krieg gelebt hatte, lag nun in der Sowjetischen Besatzungszone, weswegen sich Decker entschied, in Lüneburg zu bleiben. Decker, tätig als Maschinist und Heizer im Lüneburger Schlachthof, begann sofort mit der Mitgliederwerbung. Es gelang ihm sogar einen kostenlosen Aufruf in der Lüneburger Landeszeitung zu platzieren, ein bisher beispielloser Erfolg in der Tagespresse, wie der Bundesvorsitzende Waldemar Olsen am 2. Mai schriftlich lobte. Die Aufbauarbeit war so erfolgreich, dass die Kolonne schon am 1. Mai mit 37 Genossinnen und Genossen den 1. Mai in Lüneburg absicherte. Eine beträchtliche Spende der Stadt Lüneburg konnte für die Ausstattung der Kolonne eingeworben werden.

Dr. Irmgard Meywerk (1901–1964) stellte sich als Kolonnenärztin zur Verfügung. Die gebürtige Berlinerin hatte nach dem Medizinstudium zunächst vorwiegend im Bereich der Psychiatrie mit Frauen und Kindern gearbeitet. Sie heiratete 1931 den aus Lüneburg stammenden Hamburger Regierungsmedizinalrat Dr. Wilhelm Meywerk. Dieser beschäftigte sich als Leiter der Kriminalbiologischen Sammelstelle in Fuhlsbüttel mit der psychologischen Begutachtung von Häftlingen und führte Studien über die Kastration von Kriminellen und Homosexuellen durch. Nach der Geburt von drei Kindern nahm Irmgard Meywerk erst 1941 ihre Tätigkeit als Medizinerin wieder auf, u. a. in Lagern der Kinderlandverschickung auf Rügen, im Riesengebirge und in Pommern, wohin sie ihre Kinder mitnehmen konnte. Ab 1943 war sie für das Staatliche Gesundheitsamt Lüneburg als Ärztin hauptsächlich in der Mütterberatung und der Erb- und Rassenpflege – bei der rasseideologischen Begutachtung von Müttern und Kindern – eingesetzt. Inzwischen betrieb sie eine eigene Praxis in der Uelzener Straße in Lüneburg.³³⁴

Noch im Mai begann der erste Erste-Hilfe-Kurs, und die Stadtverwaltung plante den ASB für alle anstehenden Großveranstaltungen des Sommers neben DRK und DLRG ein. Mitte Mai meldete sich Olsen erneut angesichts der Erfolge in Lüneburg: „Wenn ihr nun bald die Zahl 100 erreicht habt, seid ihr eine der stärksten Kolonnen in Niedersachsen.“³³⁵ Ende Juni löste Olsens sein Versprechen ein, die Kolonne zusätzlich mit einer Prämie von 100 DM zu unterstützen, wenn tatsächlich eine dreistellige Mitgliederzahl erreichen sollte:

„Jetzt ist es tatsächlich soweit, daß die Kolonne Lüneburg die stärkste Kolonne in der L. O. Niedersachsen ist. [...] Wir können Euch aber noch mitteilen, daß der Aufstieg auf der ganzen Bundesebene im A.S.B. nicht so stürmisch voranschreitet wie bei Euch. [...] Aus dem Brief können wir weiter ersehen, daß die Kolonne Lüneburg tatsächlich aktiv arbeitet, und wir freuen uns hierüber sehr, möchten aber auch die Bitte aussprechen, daß dieses für die Zukunft so bleibt und Ihr in Lüneburg als die angesehene Sanitätskolonne anerkannt werdet.“⁴³³⁶

Es sollte einstweilen völlig anders kommen. Deckers Amtsführung ließ den ASB in Lüneburg in Querelen versinken. Schon wenige Tage nach der Mitgliederversammlung sahen sich der Kassierer und die Schriftführerin mit dem zeitlichen Umfang der Aufgaben überfordert. Am 13. Juni wandte sich die Frauenleiterin der Kolonne an Waldemar Olsen mit der Bitte, eine sofortige Revision durchführen zu lassen, da es „große Mißstände“ gebe.³³⁷ Olsen entsandte umgehend eine Delegation aus Hamburg zur Kassenprüfung und zu einer kurzfristig einberufenen Mitgliederversammlung nach Lüneburg. Die vier Hamburger Samariter um den Landesvorsitzenden Schröder stellte am 18. Juni etliche Ungereimtheiten bei den Abrechnungen der Haus- und Straßensammlung fest, grundlegende Regeln waren überdies missachtet und die unvollständigen Geschäftsbücher sogar erst am Vortag der Revision überhaupt angelegt worden. Sie erfuhren ferner von schweren verbalen Entgleisungen Deckers und unhaltbaren Anschuldigungen gegenüber dem DRK. Die Lüneburger Frauenleiterin berichtete, sie könne „nicht verstehen, wie man zum Teil solche Leute im ASB haben könne, es wären zum Teil die allerniedrigsten Leute von Lüneburg“ und erklärte ihren sofortigen Austritt aus dem ASB. Diesen Eindruck mussten die Hamburger Gäste bestätigen, nachdem sie die Wohnung von Decker betreten hatten, um die Unterlagen einzusehen:

„Über das Familiäre möchte ich mich nicht äußern, aber es könnte vieles sagen. Der Gen. Decker ist wie bei Beginn der Kol. noch in allen Funktionen, er ist 1. Vorsitzender, Kassierer, Materialverwalter und z. T. noch Techniker, das kann natürlich nicht angehen bei einer Stärke von ca. 100 Mitgliedern.“⁴³³⁸

Schröder überzeugte dann die rund 30 anwesenden Mitglieder im Gewerkschaftsjugendheim in der Lindenstraße, eine sofortige Neuwahl des Vorstandes zur Komplettierung angesichts der erklärten und faktischen Vakanzen durchzuführen. Trotz der aufgetretenen Probleme wurde Decker mit großer Mehrheit als Vorsitzender eines nun neunköpfigen Vorstandes bestätigt. Schröder überzeugte Fritz Frie trotz dessen erheblichen Bedenken, erneut die Position des Technikers zu übernehmen, und mit Walter Bruns einen weiteren Samariter, der schon

bis 1933 zur Kolonne gehört hatte, als Kassierer zu fungieren, um basierend auf deren Erfahrung solide Strukturen in der Kolonne zu schaffen.

Der Frieden in Lüneburg hielt ganze fünf Tage. Schon bei der ersten Sitzung des neuen Vorstandes kam es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Decker und Kassierer Bruns, der die Sitzung daraufhin vorzeitig verließ. Überdies eskalierte der Konflikt mit dem Deutschen Roten Kreuz. Deckers Ende April 1952 vor 30 ASB-Mitgliedern geäußerten Anwürfe über den missbräuchlichen Umgang mit Geld- und Sachspenden im DRK Lüneburg standen weiter im Raum. Dies war insbesondere deswegen brisant, weil der Lüneburger Oberstadtdirektor Werner Bockelmann Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes war. Der wiedergegründete ASB hatte im Sozialdemokraten Bockelmann sofort jemanden gefunden, als es um finanzielle Unterstützung seitens der Stadtverwaltung, die er leitete, ging. Umso

schwerer wogen nun die Tiraden Deckers in einer Stadt, in der durch die Person Bockelmann eine gedeihliche Koexistenz von DRK und ASB im Unterschied zu vielen anderen Regionen möglich gewesen wäre.

Bockelmann machte dem Bundesvorstand in Hannover und dem Hamburger Landesvorsitzenden Schröder klar, dass eine Entschuldigung nicht ausreichend sei, es stünden strafrechtlich relevante Vorwürfe gegen DRK-Vorstandmitglieder im Raum, gegen die man sich mit einer Verleumdungsklage zur Wehr setzen müsse, wenn Decker im Amt bliebe. Es stellte sich heraus, dass Decker bereits am 14. Juni auf einer gemeinsamen Sitzung der örtlichen Vorstände von ASB und DRK eingeräumt hatte, dass seine Vorwürfe frei erfunden gewesen waren und sich bereit erklärt hatte, den Vorsitz der ASB-Kolonnie aus diesem Grund niederzulegen. Stattdessen ließ sich Decker am 18. Juni in der Mitgliederversammlung in Anwesenheit des ahnungslosen Schröder als Vorsitzender bestätigen. Am 30. Juni stellte der dadurch ebenfalls brüskierte Oberstadtdirektor Bockelmann Schröder ein Ultimatum, Decker bis zum 3. Juli zum Rücktritt zu bewegen, andernfalls würden gerichtliche Schritte eingeleitet. Bockelmann wies außerdem darauf hin, dass Decker eine Vergangenheit im DRK habe, dort selbst Sachspenden veruntreut hatte und überdies seit 1949 wegen gemeinschaftlichen Diebstahls vorbestraft sei: „Wir dürfen aber



Lüneburgs Oberstadtdirektor Werner Bockelmann (SPD) war Vorsitzender des örtlichen DRK und mit den Querelen des ASB Lüneburg gleich mehrfach konfrontiert

erklären, dass wir sehr erstaunt gewesen sind, als ausgerechnet Herr Decker eines Tages als Vorsitzender der Kolonne Lüneburg des Arbeiter-Samariter-Bundes auf der Bildfläche erschien.“³³⁹

Deckers von Bockelmann offen gelegte Vorgeschichte war weder in Hamburg noch in Hannover bekannt gewesen. Nun reagierte Waldemar Olsen ohne weiteres Zögern. Telefonisch beauftragte er Walter Bruns mit der kommissarischen Leitung der Kolonne und suspendierte Decker. Am folgenden Tag bat Bruns dann um Hilfe, da Decker sich weigerte, die Vorstandsunterlagen herauszugeben. So machte sich erneut Hermann Schröder mit zwei Vorstandskollegen aus Hamburg erneut auf den Weg ins nahe Lüneburg. Sie trafen zunächst den Oberstadtdirektor und informierten ihn über die Ablösung Deckers. Bockelmann reagierte erleichtert, wie Schröder Olsen berichtete: „Dieser ist bereit, den ASB genau so zu unterstützen wie das RK und er freut sich, dass der ASB wieder in Lüneburg ist. Da er mit seiner Grundeinstellung dem ASB sehr nahe steht, verlangt er für die Leitung unserer Kolonne saubere und keine unsauberen Elemente.“³⁴⁰

Schröder konnte im Anschluss in einem persönlichen Gespräch Decker zum Rücktritt bewegen. Bei einer erneuten Mitgliederversammlung am 9. Juli offenbarte sich dann aber das ganze Ausmaß der von Decker verursachten Unregelmäßigkeiten. Überdies waren Decker und einige Unterstützer nicht bereit, den ASB zu verlassen, sodass der Bundesvorstand kurzerhand die Lüneburger Kolonne auflöste, um einen Neuanfang zu ermöglichen. Zugleich wurde eine Wiedergründung für den August vorbereitet. In der Zwischenzeit übernahm die ASB-Kolonie Altona aus Hamburg die Verpflichtungen des Lüneburger ASB bei Sportveranstaltungen. In Anwesenheit Waldemar Olsens konstituierte sich die ASB-Kolonie Lüneburg am 23. August 1952 neu. Etliche im Frühjahr gewonnene Mitglieder hatten sich angesichts der Querelen vom ASB abgewandt, so auch die bisherige Kolonnenärztin Irmgard Meywerk.

Olsen konfrontierte den erneut anwesenden Ewald Decker mit einer Reihe von offenen Fragen zu seinem Finanzgebaren, die dieser nicht beantworten konnte oder wollte und schließlich mit seiner Ehefrau die Sitzung verließ. Olsen setzte nun auf bewährte Männer mit einer Samariter-Vergangenheit vor 1933 und schlug diese zur Wahl vor. Walter Bruns übernahm erneut den Vorsitz, Fritz Frie das Amt des Technikers.

Es hatte offenbar des entschlossenen Impulses des Ewald Decker gebraucht, um wieder eine ASB-Kolonie in Lüneburg aufzubauen. Decker nahm die Dinge in die Hand, erwies sich persönlich aber als völlig ungeeignet, eine Kolonie seriös zu führen. Letztlich ermittelte die Staatsanwaltschaft ab Herbst 1952 gegen ihn wegen verschwundener Spendengelder aus der Haus- und Straßensammlung während seiner Amtszeit.

Die Kolonie führte nun Walter Bruns (1912–1992). Bruns war als Sohn eines Heizers in Lüneburg aufgewachsen und als Jugendlicher 1930 zum ASB gestoßen. Der Kraftfahrer war ab



Ausflug der im Herbst 1952 neu aufgestellten Kolonne Lüneburg mit dem neuen Vorsitzenden Walter Bruns (stehend 4. von rechts), Fritz Frie (stehend 2.v.r.) und Klara Babendererde (stehend 5.v.l.).

1933 im DRK aktiv, heiratete 1945 nach der Rückkehr aus dem Krieg und trat 1952 begleitet von seiner Ehefrau wieder dem ASB bei.

Schon 1927 war Fritz Frie (1896–1976) zum ASB gekommen. Der Schneidergeselle war als Sohn einer unverheirateten Mutter in Ostfriesland aufgewachsen, hatte 1919 in Hamburg geheiratet und war Anfang der 1920er Jahre nach Lüneburg gekommen. Er trat der KPD bei. Im Mai 1933 wurde er festgenommen und verlor seinen Arbeitsplatz in einem Lüneburger Textilbetrieb, da er sich nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten in einer Antifa-Gruppe engagierte. Wie die meisten ehemaligen Lüneburger Arbeitersamariter gehörte Frie ab 1933 dem DRK an. Seine beim ASB und DRK erlernten Fähigkeiten als Sanitäter verhalfen ihm nach Jahren der Arbeitslosigkeit ab 1937 wieder zu einer Beschäftigung. Die Deutsche Arbeitsfront setzte ihn im Rahmen der Aufrüstung als Sanitäter auf Baustellen der Heeresverwaltung in Lüneburg, dann in Fallingbostal und Lehrte ein. Diese Tätigkeit verlor er 1942, weil er sich verbotener Weise mit ausländischen Zwangsarbeitern traf. Zurück in Lüneburg

wurde er als Krankenpfleger und Desinfektor im Städtischen Krankenhaus verpflichtet. Auch nach dem Ende des Krieges blieb er dort als Krankenpfleger tätig.³⁴¹

Dr. Hans Rohde, ehemaliges Mitglied der NSDAP und bei der Stadt Lüneburg in der Nachkriegszeit im Flüchtlingsdurchgangslager angestellt, ehe er sich mit einer eigenen Praxis niederließ, erklärte sich zunächst bereit, die Funktion des Kolonnenarztes zu übernehmen, die nach dem Ausscheiden von Frau Dr. Meywerk vakant war. Angesichts der recht überschaubaren Teilnehmerzahl des Erste-Hilfe-Kurses, den er ab August durchführen sollte, zog er es dann aber vor, sich dem DRK anzuschließen.

Die ASB-Landesorganisation Hamburg unterstützte auch diesen zweiten Anlauf der Lüneburger Genossen, die viele Aktivitäten entfalteten. So referierte der Hamburger ASB-Landesarzt Prof. Kurt Gröbe im November 1952 in einem vollbesetzten Saal zur „Tuberkulose als Volksseuche“. Als schwierig erwies sich die Suche, einen neuen Kolonnenarzt zu gewinnen, dies war bis Ende des Jahres 1952 noch nicht gelungen.

18 Samariter und 11 Samariterinnen zählte die wiedergegründete Kolonne Lüneburg am Ende eines turbulenten Jahres mit gleich zwei Wiedergründungen. Nur zwei waren darunter, die bereits vor 1933 im ASB Lüneburg aktiv waren – Bruns und Frie, die ihre Erfahrung im Vorstand einbrachten. Die Kolonne bildete weitgehend gleichwohl das klassische ASB-Milieu der 1920er Jahre ab. Arbeiter, Handwerker, einfache Angestellte, Rentner und Hausfrauen machten die Kolonne aus. Politisch klar zu verorten war neben Frie lediglich der Betriebsratsvorsitzende der Lüneburger Stadtverwaltung, Ernst Waiblinger, der für die SPD im Stadtrat saß. Einheimische dominierten, nur vier Personen waren erst im Kontext des Zweiten Weltkrieges nach Lüneburg gekommen. Nur drei Vertriebene aus Pommern und Schlesien und eine Frau, die schon im Februar 1944 als Bombengeschädigte aus Berlin nach Lüneburg gekommen waren, beteiligten sich am Wiederaufbau der Kolonne. Vertriebene, die ihre Heimat östlich von Oder und Neiße verloren hatten, waren mithin in der Kolonne Lüneburg weit unterdurchschnittlich vertreten (rund 12 Prozent), angesichts eines Vertriebenenanteils von über 27 Prozent an der Gesamtbevölkerung in Niedersachsen im Jahr 1950. Flüchtlinge aus der sogenannten „Ostzone“, der DDR, waren Ende 1952 überhaupt nicht in der Kolonne vertreten.³⁴²

7. Kaiserslautern

Durchhaltevermögen war gefragt

Die Kolonne in Kaiserslautern wurde Ende des Jahres 1921 gegründet, als die Stadt in Folge des Ersten Weltkriegs unter französischer Verwaltung stand. Langjähriger Vorsitzender war der Kraftwagenfahrer Hermann Röper (1892–1971), Mitglied seit 1925. In Kaiserslautern verfügte der ASB über eine gut ausgestattete, über 100 Samariter starke Kolonne mit einem Rettungswagen sowie einer Rettungswache. Bereits im März 1933 wurde der ASB durch die Nationalsozialisten in der pfälzischen Stadt verboten.

Lange hatte der jüdischer Arzt Dr. Hermann Samson (1897–1950) der Kolonne beigestanden. Er galt als „Geldgeber des Reichsbanners“³⁴³ und gehörte zu den ersten Verhafteten im März 1933. Dr. Samson befand sich zunächst von Mitte März bis Mitte April in Neustadt, dann bis zum 4. Mai 1933 in der Gefangenenanstalt in Zweibrücken in sogenannter Schutzhaft. Anschließend wurde er in das Landgerichtsgefängnis Kaiserslautern verbracht. Wie lange er dort in Haft blieb, ist unbekannt. Dr. Hermann Samson stammte aus Weißenburg im Elsass. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder. Nach der Hafterfahrung zog die Familie 1935 nach Heidelberg, woher seine Frau stammte. Noch im selben Jahr konnte die Familie nach Paraguay emigrieren.³⁴⁴

Hermann Röper hatte sich nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, die er unter anderem an der Front in Verdun machen musste, der Sozialdemokratie angeschlossen, wurde Mitglied der SPD, der AWO und des ASB. In der AWO und dem ASB übernahm er Posten im Vorstand. Auch dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold schloss er sich an. Nachdem er aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seine Arbeit als Krankenkontrollleur bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) verloren hatte, fand er lange keine neue Stelle. Weil er aus diesem Grund sein Haus nicht weiter abbezahlen konnte, zog er mit seiner großen Familie 1939 in eine Wohnung über der Gastwirtschaft „Hopfenblüte“. Zusammen mit seiner Frau arbeitete er seit längerem in der Wirtschaft. 1938 hatte seine Frau für die Gastwirtschaft die Konzession eingereicht, als der Besitzer aus Altersgründen aufhörte. Hier traf sich Hermann Röper mit Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiter Partei (SAP), die im Untergrund aktiv war. Sie strebten die Organisation der „Einheitsfront“ aus SPD, KPD und SAP an. Flugblätter wurden besprochen, hergestellt und verteilt. Noch vor seiner Verhaftung kam es in der Hopfenblüte zu einem Vorfall, die zur Verhaftung eines Gastes führte. Im Rahmen der Ermittlungen stellte die Gestapo fest:

„Seit 1933 hat sich der kommunistische und marxistische Pöbel aus ihr [der Hopfenblüte] noch nicht verlaufen, auch dann nicht, als der Wirt in ihr wechselte. Der derzeitige Konzessionär lässt seit einiger Zeit (augenscheinlich nur zur Täuschung der Behörde) den Wirtschafts-

betrieb durch einen ‚Stellvertreter‘ wahrnehmen. Als würdigen Nachfolger des vormaligen SP-Wirtes [SPD] [...] hat er den marxistischen Funktionär, ASB-Funktionär, nachmaligen KP. Angehörigen Röper und dessen Ehefrau mit der Stellvertretung beauftragt.¹⁹⁴⁵

Auch seine Verhaftung wird in dem Bericht erwähnt. Hermann Röper verhafteten die Nationalsozialisten im November 1938. Man legte ihm Vorbereitung zum Hochverrat zur Last, konnte ihm jedoch nichts nachweisen. Nach seinem Freispruch erfolgte die Entlassung 1939. Weitere kurzzeitige Verhaftungen folgten. 1944 war er als Zivilarbeiter der Wehrmacht in Frankreich eingesetzt.³⁴⁶ Nach dem Krieg fand er eine Anstellung als Vollstreckungsbeamter.

Zunächst ohne behördliche Genehmigung wurden die Samariterinnen und Samariter in Kaiserslautern nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes wieder aktiv. Am 6. September 1947 erfolgte die offizielle Wiedergründung als zweite Kolonne nach Frankenthal auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz, Hermann Röper wählten die Samariterinnen und Samariter wieder zum ersten Vorsitzenden. Neben den finanziellen Problemen in der Pfalz schien es in Kaiserslautern sehr unglücklich gekommen zu sein. Als die Kolonne zu einer beträchtlichen Zahl von 30 aktiven und 60 passiven Mitgliedern angewachsen war, wurde das Rote Kreuz in der französischen Besatzungszone 1948 neu gegründet und die ASB-Kolonnen dazu gedrängt, sich mit ihm zusammen zu tun. Schon wenige Monate später kam es zum Bruch – mit hohen Verlusten für die Arbeitersamariter. Wieder begann man von vorn und hatte im Sommer 1950 kaum zehn aktive und zwanzig passive Mitglieder. Neben den 17 männlichen, von denen sechs aktiv waren, zählte die Kolonne 13 weibliche Mitglieder, von denen fünf aktiv waren. Nur acht waren auch schon vor 1933 im ASB gewesen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen waren sie alle Arbeiter, Handwerker und Hausfrauen. Die Stadtverwaltung, die vom sozialdemokratischen Oberbürgermeister Alex Müller geführt wurde, unterstützte in dieser Zeit vor allem das DRK. Der Kraftfahrer Julius Mayer (1905–1978), alter Samariter und 1950 Vorsitzender der Kolonne, bat daher den Bundesvorstand um Unterstützung bei Regierungsstellen und Parteien.³⁴⁷

Auch Eugen Hertel (1893–1973), ein bekannter Lokalpolitiker aus und in Kaiserslautern, konnte daran nicht viel ändern. Der Kommunal- und Landespolitiker wurde 1947 Mitglied des ASB. Der gelernte Schreiner hatte erlebt, wie ein Arbeiter auf einer Baustelle durch einen beherzten Griff eines älteren, starken Kollegen nicht vom Gerüst fiel.³⁴⁸

Die engen familiären Bande retteten die Kolonne in Kaiserslautern vor der Auflösung: Es engagierten sich die Schwestern Margarete und Antonie Heß, Antonie war mit Julius Mayer verheiratet, das Ehepaar Hilcher, das Ehepaar Neurohr mit Sohn Rudolf und das Ehepaar Röper. Im Oktober 1950 lief schließlich nach reichlicher Werbung ein erster Kurs. Im Sommer

Maria und Hermann Röper
aus Kaiserslautern. Hermann
Röper war bis 1933 und ab
1947 Vorsitzender der Kolonne,
seine Frau im aktiven Dienst.



1951 fand eine öffentlichkeitswirksame Übung der Landesorganisation in Kaiserslautern statt, auch der Südwestfunk wies auf die Veranstaltung hin. Das Durchhaltevermögen der Samariterinnen und Samariter in Kaiserslautern zahlte sich aus.

8. Braunschweig

Wiedergründung unter dem Dach der AWO mit braunem Schatten

Anders als etwa im benachbarten Hannover gelang in Braunschweig zunächst keine Wiedergründung einer eigenständigen ASB-Kolonie.

Fritz Brandes, der bereits 1913 die ASB-Kolonie in Braunschweig mitgegründet hatte, bemühte sich 1946 erfolglos um Unterstützung anderer wiedergegründeter ASB-Kolonien. Es gab flüchtige Kontakte zur Kolonie in Hannover, die nicht weiter vertieft wurden, was auch mit der traditionellen Rivalität der beiden Städte zu tun hatte. Brandes schrieb auch nach Chemnitz, in der Hoffnung, dort einen reaktivierten Bundesvorstand anzutreffen – vergeblich.³⁴⁹

Unter dem Vorsitz von Kurt Mette schloss sich die reaktivierte Kolonie 1946 als „Arbeiter-Samariter-Gruppe“ der 1945 in Braunschweig wiedergegründeten AWO an. Der Rentner Wilhelm Prüsse (1880–1969), der 1913 den ASB in Braunschweig mitgegründet hatte, kümmerte sich als Kassierer um die finanziellen Angelegenheiten. Der 56jährige Buchbinder Karl Ahrens, ebenfalls seit 1913 aktiver Samariter, übernahm die Position des Schriftführers. Als Kolonnenarzt konnte ein junger Arzt der Städtischen Hautklinik gewonnen werden. Der 33jährige Dr. Gerhard Himme stammte aus dem Landkreis Holzminden, hatte in Göttingen 1943 sein Studium abgeschlossen, während des Krieges parallel zum Studium in einem Reservelazarett in Holzminden seinen Militärdienst absolviert. Im Mai 1946 trat er seine erste Stelle in der Hautklinik an. Der ASB-Kolonnenarzt wechselte im Sommer 1952 als Amtsarzt zur Stadt Braunschweig.³⁵⁰ Trotz eines guten gegenseitigen Auskommens entwickelte sich die Gruppe nicht wie erhofft. Insbesondere der Steigerung der Mitgliederzahl stand die Verortung unter dem Dach der AWO im Wege. Trotz der räumlichen Nähe erfuhr die Braunschweiger „Arbeiter-Samariter-Gruppe“ von der Existenz des Bundesvorstandes in Hannover erst durch ein Rundschreiben des Bundesvorstandes an Fritz Brandes, der die Braunschweiger Kolonie 1913 mitgegründet und sie von 1918 bis 1933 geleitet hatte. Sofort bemühte sich der Vorstand um Kurt Mette, die Ausgliederung der Gruppe aus der AWO vorzubereiten. Auf einer Generalversammlung am 17. November 1949 beschlossen die anwesenden Mitglieder die Wiedergründung der ASB-Kolonie Braunschweig und damit verbunden den Beitritt zum ASB-Bundesverband mit Sitz in Hannover.³⁵¹

Die Kolonie konnte auf eine Vielzahl von Mitgliedern zurückgreifen, die sich in der bis 1933 sehr vitalen und traditionsreichen Kolonie Braunschweig engagiert hatten. 14 der 33 Mitglieder, die die Kolonie im August 1950 zählte, waren schon vor 1933 im ASB organisiert



März 1953: Die ASB-Kolonie Braunschweig feiert fünf ihrer Gründungsmitglieder für 40 Jahre Mitgliedschaft: V. l. Wilhelm Prusse, Emma Brandes, Marie Kachel, Karl Ahrens, Fritz Brandes.

gewesen, mithin 42 Prozent. Dies ist ein exorbitant hoher Anteil im Vergleich zu anderen Kolonnen. Die Kolonne wurde weiter von Kurt Mette geleitet. Der Kolonnenvorsitzende erlebte den Höhepunkt seiner ASB-Laufbahn im April 1952 als Delegierter auf der feierlichen ersten ASB-Bundestagung nach der Wiedergründung in Hannover.

Im Sommer 1952 kam es am Rande einer Veranstaltung zu einem heftigen verbalen Disput zwischen Mette und dem neuen ASB-Bundesarzt Dr. Rolf Munkelt aus Hannover, einem 32jährigen Amtsarzt. Trotz Schlichtungsversuchen seitens des Bundesvorstandes legte Mette sein Vorstandamt nieder und war nicht zu einer weiteren Mitarbeit zu bewegen. So übernahm der gelernte Dreher und bisherige 2. Vorsitzende Heinrich Punthöler (1893–1968) den Vorsitz der Kolonne. Punthöler war ebenfalls ein erfahrener Samariter, gehörte bereits seit 1921 der Kolonne Braunschweig an und war auch schon als Beisitzer im Vorstand der Landesorganisation Niedersachsen und als Vorsitzender des Bundesschiedsgerichts des ASB überregional für den ASB aktiv gewesen.³⁵²

Kurt Mette

Kurt Mette (1904–1975) war als Sohn eines Elektromonteurs in Braunschweig geboren worden. Nach dem Besuch der achtjährigen Volksschule erlernte er ab 1919 das Tischlerhandwerk und bestand 1923 seine Gesellenprüfung. Im Jahr 1923 wurde Kurt Mette auch Mitglied in der ASB-Kolonie Braunschweig. Die Arbeit im Sanitätsdienst entwickelte sich zu einer Leidenschaft des jungen Tischlergesellen. Er arbeitete im Anschluss an seine Lehre bei zwei Betrieben in Bad Harzburg und Braunschweig und ging im Juni 1925 auf Wanderschaft. Zwei Jahre zog der Geselle durch das Land, sammelte neue Erfahrungen unter anderem in Heidelberg und Stuttgart. Eine schwere Erkrankung seines Vaters zwang ihn, im September 1927 vorzeitig in seine Heimatstadt zurückzukehren. Im März 1928 heiratete Mette die Tochter eines Bergmanns aus Bündheim bei Bad Harzburg. Seinen beruflichen Werdegang setzte er bei zwei weiteren Braunschweiger Tischlereien fort, bis er im Juni 1931 infolge der schlechten Auftragslage der Firma Wiswedel arbeitslos wurde. Erst im Oktober 1934 fand Mette wieder eine Beschäftigung im gleichen Betrieb, wo er als Tischlergeselle bis zum 1. September 1939 arbeitete. Nach der Auflösung des ASB im Jahr 1933 war Mette in das Deutsche Rote Kreuz gewechselt. Mit dem Kriegsbeginn erhielt der 35jährige seine Einberufung zum Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD), Abteilung Sanitätsdienst, der Luftschutzpolizei in Braunschweig. Mit der Aufstellung des SHD war bereits im Mai 1937 begonnen worden. Der SHD sollte für alle im Rahmen der Zivilverteidigung und des Luftschutzes anfallenden Aufgaben zur Verfügung stehen. Das Rote Kreuz und die Gesundheitseinrichtungen formierten den Sanitätsdienst. Ende 1939 wurden die ersten überregional einsetzbaren, motorisierten SHD-Abteilungen aufgestellt. Die Aufstellung der kasernierten SHD-Abteilungen oblag der Aufsicht der Inspektoren der Ordnungspolizei. Mette trat seinen

Dienst im Garnisonslazarett an und wechselte nach sechs Wochen in das Reservelazarett am Inselwall, wo er sechs Monate auf der chirurgischen Station und im Operationssaal tätig war. Ab April 1942 kam Mette als Sanitäter zur Feuerwehr auf die Unfallstation. Wenige Monate vor Kriegsende wurde der 40jährige am 2. November 1944 in die Polizeireserve der Schutzpolizei übernommen und nach Kattowitz in Oberschlesien versetzt. Im dortigen SS-Polizei-Regiment 24, einer paramilitärischen Einheit, wurde Mette der Bataillons-Sanitätsstelle zugeteilt. Es folgten ab 8. Januar 1945 mehrere Wochen im Fronteinsatz in Oberschlesien im Gebiet Bendsburg – Sosnowitz – Hindenburg – Gleiwitz. Die aussichtslosen und äußerst verlustreichen Kämpfe gegen Einheiten der Roten Armee überlebten nur wenige Angehörige der Einheit, die sich über das Riesengebirge nach Mähren absetzen konnten, unter ihnen Kurt Mette. In Königgrätz löste sich das auf weniger als 50 Mann dezimierte Bataillon am 18. März 1945 auf, nicht ohne alle Unterlagen, Tagebücher und Befehle vorschriftsmäßig vernichtet zu haben. Für Mette folgte ein Lazarettaufenthalt in Prag, wo er sich nach Erfrierungen an beiden Füßen auskurieren musste. Zurück in Braunschweig erfolgte nach zwei Wochen die erneute Versetzung zur Bataillons-Sanitätsstelle nach Hannover, wo er am 10. April den Einmarsch der US-Armee und die Auflösung seiner Dienststelle erlebte. Am Morgen des 12. April 1945 besetzten amerikanische Truppen nach tagelangem Artilleriebeschuss und Tieffliegerangriffen kampfflos die schwer zerstörte Stadt Braunschweig. Noch am selben Tag gelang es Mette, in seine Heimatstadt zurückzukehren. Am 16. April meldete er sich erneut bei der Schutzpolizei in Braunschweig und beantragte seine Wiederaufnahme in den Polizeidienst, dieses Mal nicht als Sanitäter: „Da ich großes Interesse für den Polizeidienst habe, bitte ich um Einstellung in die Schutzpolizei“.³⁵³ Er er-



Zeugnis einer kurzen Polizeikarriere: Dienstausweis von Kurt Mette bei der Schutzpolizei Braunschweig, ausgestellt am 16. April 1945.

klärte dort überdies ausdrücklich, dass er weder der NSDAP, noch einer ihrer Gliederungen angehört hatte. Mette war in der Tat der NSDAP nicht beigetreten, seinen Dienst in einer SS-Einheit im fernen Oberschlesien ließ er jedoch unerwähnt. Der Polizeipräsident gab Mettes Antrag zunächst statt, der gelernte Tischler wurde am 16. April 1945 unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Polizeianwärter dem 7. Polizei-Revier der Schutzpolizei zugewiesen und versah seinen Dienst im Rang eines Wachtmeisters.

Doch die erhoffte Polizeilaufbahn endete für Mette abrupt bereits am 17. August 1945. Aufgrund einer Verfügung des Braunschweigischen Ministers des Innern musste er – wie mehrere

andere Bauhandwerker auch – die Schutzpolizei wieder verlassen, konnte allerdings eine Anstellung bei der Stadt Braunschweig erhalten.³⁵⁴ Parallel bemühte sich der einstige Arbeitersamariter Mette, die ehemaligen Mitglieder der ASB-Kolonie Braunschweig wieder zusammenzuführen. Die Leidenschaft für den Sanitätsdienst hatte den Tischlergesellen Mette in den Jahren des Nationalsozialismus vom ASB über das DRK, den SHD und die Feuerwehr bis zur Schutzpolizei und in ein SS-Polizei-Regiment geführt. Nach 1945 baute Mette den ASB in Braunschweig gemeinsam mit einer Reihe anderer alter Samariter wieder auf und leitete die Kolonne von 1946 bis 1952 als Vorsitzender.

9. Bremen

Holpriger Start

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie in Bremen war nach über 20 Jahren Dienst am Menschen im Mai 1933 durch einen mit Nationalsozialisten besetzten Senat verboten und aufgelöst worden. Da es in der Hansestadt keinen Proletarischen Gesundheitsdienst gegeben hatte, betätigten sich bis dahin auch Kommunisten in der Bremer Kolonie.

Nach dem Krieg war die Stadt zu großen Teilen zerstört: Als „Rüstungsschmiede“³⁵⁵ und wichtiger Verkehrsknotenpunkt war sie Ziel vieler Bombenangriffe gewesen. Ausweichlager in der Umgebung waren durch neu entstandene Zonengrenzen der Besatzungsmächte unerreikbaar geworden, Bremen und Bremerhaven waren Enklaven der amerikanischen Besatzungsmacht in dem durch die Briten verwalteten Niedersachsen. Die wirtschaftliche und versorgungstechnische Lage der Stadt war dadurch äußerst schlecht, außerdem waren durch die Luftangriffe insbesondere Wohnungen, vor allem in Arbeitervierteln, zerstört worden. Es gab monatelang nur in kurzen Zeitfenstern Strom und Gas. Erst 1948/49 gelang eine Verbesserung der allgemeinen Versorgungslage. Die Stadt und ihre Bewohner brauchten teils länger als andere Gebiete der westlichen Besatzungszonen, um sich zu erholen, denn sie mussten eine neue Bestimmung finden: Der Handel und der Schiffbau hatten die Stadt bis 1945 geprägt – beides war bis zur Gründung der Bundesrepublik gar nicht bzw. nur sehr stark eingeschränkt möglich.

In Bremen konnten sich nach dem Krieg alte Samariter vorerst nicht dazu durchringen, wieder eine Kolonie zu gründen. Es war der junge Kurt Theil, der ab 1949 den Weg für eine Wiedergründung bestritt und die ehemaligen Samariter zunächst zu überzeugen versuchte. Kurt Theil (1927–2000) war der Sohn des SPD-Politikers Emil Theil (1872–1968).

Emil Theil war als gelernter Eisendreher bereits von 1921 bis 1933 SPD-Bürgerschaftsabgeordneter in Bremen, zuletzt auch Vorsitzender der Fraktion. 1945 wurde er als einer von drei sozialdemokratischen Vertretern zum Senator für das Bauwesen ernannt, 1946, 1947 und 1951 gewählt. Auch von 1955 bis 1967 war er Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.³⁵⁶ Von 1933 bis 1945 litt er unter der Verfolgung der Nationalsozialisten, wurde mehrmals verhaftet und in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau inhaftiert. Nachdem Emil Theil zunächst ohne Arbeit war, verdiente er in seinem Beruf als Schlosser bei der AG Weser sein Geld. Die Familie hatte es schwer in den zwölf Jahren der NS-Herrschaft.

Der Sohn Kurt Theil machte eine Sanitätsausbildung bei der Hitlerjugend und war von 1942 bis 1947 Mitglied des Roten Kreuzes in Bremen. Im Juni 1944 wurde er zum Reichsarbeitsdienst herangezogen, von dort im Oktober desselben Jahres zur Wehrmacht eingezogen. Im April 1946 kehrte er aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft zurück zu seinen Eltern

Arbeiter-Samariter-Bund e. V.

Landesorganisation: Kolonne: Bremen

Aufnahmeschein 1300A

Name: Theil Vorname: Kurt

Anschrift: Bremen - Horn, A.d. Wachsbleiche Telefon: 44819

Geburtsdag: 30.1.1927 Geburtsort: Bremen

Beruf: Buchhalter Arbeitgeber: Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, Rembertistr. 88 Telefon: 29355/56

San.-Kurse u. Prüfungen abgelegt wann u. wo?: DRK 1947 } mit Prüfungen
1942 - HJ - Feldscherlehrgang

Waren Sie schon Mitglied im A. S. B.?, wann u. wo? Seit 1.3.1950 Einzelmitglied des Bundes

Eintrittsdatum: 1.3.1950 Aktiv / Passiv / Förderndes Mitglied

Durch meine Unterschrift bestätige ich obige Angaben und erkenne die Satzungen und Richtlinien des A.S.B. an.

Kurt Theil
Unterschrift

Aufnahmeschein von Kurt Theil. Er war lange Einzelmitglied des Bundes, ehe es gelang in Bremen wieder eine Kolonne zu gründen.

nach Bremen. Auch bei den Falken (Sozialistische Jugend) engagierte er sich nach dem Krieg als Helfer. Kurt Theil arbeitete Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre als Buchhalter bei der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GEWOBA). Im März 1953 heiratete er, kurze Zeit später wurde das erste von drei Kindern geboren.³⁵⁷

Die Ideale seines Vaters und sein Interesse an der Ersten Hilfe sah er wohl am ehesten im ASB verwirklicht.

Kurt Theil klagte nach einem halben Jahr geleisteter Überzeugungsarbeit im Februar 1950 beim Bundesvorstand in Hannover, dass sich die ehemaligen Samariter nicht durchringen konnten, wieder eine Kolonne zu gründen. Er hatte unter anderem mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Kolonne Bremen und des Kreises, Kurt Meiche, gesprochen. Dieser gab in einem Schreiben an den Bundesvorstand seine Skepsis preis: Er hatte sich mit anderen bereits 1946 mit der Frage der Wiedergründung beschäftigt und man war zu dem Schluss gekommen „zu versuchen, Einfluss im Roten Kreuz zu gewinnen, diese Organisation umzuorganisieren, indem man ihr den militärischen Charakter nimmt und ihr den Einfluss der Ärzte entzieht, also das R. K. auf die Grundlage des früheren ASB stellt.“ Meiche behauptete, dass er damals einen Brief an den Bürgermeister Wilhelm Kaisen als Vorsitzenden des Bremer Roten Kreuzes und einige Senatoren geschrieben, aber keine Antworten erhalten hatte. Er fuhr fort:

„Mit der Neugründung ist es nun nicht so einfach, wie man annehmen könnte, vor allem gehört dazu eine finanzielle Grundlage und die Anerkennung. Von den Gewerkschaften bekommen wir diesbezgl. zur Antwort, dass sie selbst noch im Aufbau seien und keine Gelder zur Verfügung haben. Die Partei wäre zwar moralisch verpflichtet, sagt aber auch, dass sie gegen die Genossen die im R. K. sind und bleiben wollen, nichts unternehmen können. Unser früheres Hauptbestätigungsfeld der Sport ist im Moment nicht für uns eingenommen, da die Vereine meist noch bürgerliche Vorstände haben. Zudem fehlte es uns an Lehrmaterial, an Ausrüstungen, dazu sind die heutigen Preise unerschwinglich.“⁴³⁵⁸

Theil merkte in einem Schreiben an den Bundesvorstand an, dass Meiche und andere es nicht gut gefunden hätten, dass der Bundesvorstand sich nicht direkt an sie gewandt hatte, sie gingen davon aus, dass es noch eine alte Kartei gegeben haben müsste – ein gekränktes Ego spielte folglich zusätzlich eine Rolle. Eine zentrale, alte Kartei über die Mitglieder lag nicht vor. Der Bundesvorstand wiederum schrieb wiederholt motivierende Worte an Kurt Theil und wandte sich an die von ihm benannten ehemaligen Samariter.

Auch die AWO stellte sich lange gegen die Neugründung des ASB und bildete eigene Sanitäter für die Kinder- und Erholungslager aus. Trotzdem konnte Kurt Theil, inzwischen Einzelmitglied, junge Menschen für die Idee des Samariterdienstes gewinnen. Die erste Mitgliederliste aus dem Spätsommer 1950 enthält dementsprechend keine Namen von ehemaligen Samaritern, sondern von jungen Menschen, die größtenteils noch nicht in der Ersten Hilfe ausgebildet waren: Neun von elf Mitgliedern waren keine 23 Jahre alt. Allerdings hielten sie dem ASB nicht lange die Treue und Theil verkündete im Februar 1951 das vorläufige Aus der Kolonne, bevor sie öffentlich in Erscheinung treten konnte. Er erklärte auch, dass seine Kraft für den Aufbau einer Kolonne aufgebraucht sei. Fast zwei Jahre hatte er sich bemüht. Fast zwei weitere Jahre dauerte es, bis der ASB in Bremen ein weiteres Mal neugründet wurde. Kurt Theil blieb derweil Einzelmitglied und engagierte sich wieder, als sich im Herbst 1952 nun doch Gewillte in Bremen fanden und eine Kolonne bilden wollten. In der Zwischenzeit hatten sich der Bundesvorstand und der Vorstand der Hamburger Landesorganisation eingeschaltet und ihrerseits Bemühungen unternommen, mit ehemaligen Bremer Samaritern sowie den Falken und dem Rad- und Krafffahr-Verein „Solidarität“ in Kontakt zu treten.

Im November und Dezember 1952 organisierte man gemeinsam mit dem Kulturkartell Bremen e. V., einem Zusammenschluss von kulturellen Verbänden und Vereinen sowie Gewerkschaften, die in Bremen Kulturarbeit leisten, Vortragsveranstaltungen zu Tuberkulose und zu Herz-Kreislaufstörungen im Gewerkschaftshaus und nutzte die Gelegenheit, über die bisherige bundesweite Aufbauarbeit des ASB zu berichten.

Zwischendurch fand eine Versammlung von zehn Arbeitersamaritern in den Räumen der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft statt. Kurt Theil war Schriftführer im provisorischen Vorstand, der für die Aufbauphase aufgestellt wurde. Weitere Funktionen übernahmen Louis Poolke und Alfred Schmidt, beides ehemalige Samariter, mit denen Theil schon seit 1950 wiederholt über eine Wiedergründung gesprochen hatte. Der langjährige Maschinenarbeiter Louis Poolke (1898–1960) arbeitete Ende der 1940er, Anfang der 1950er als kaufmännischer Angestellter beim Arbeitsamt und gehört damit zu all jenen sozialdemokratischen Arbeitern, denen nach dem Krieg ein Wechsel vom Arbeiter zum Angestellten gelang. Er war bis 1933 Materialwart der Bremer Kolonne gewesen. Der Schildermaler Alfred Schmidt (1894–1968) war 1921 mit seiner Frau und dem ersten von zwei Kindern von Chemnitz nach Bremen gezogen und arbeitete zu Beginn der 1950er Jahre bei der AG Weser. Bis 1933 war er der Techniker der Bremer Samariter gewesen.

Am 17. Dezember 1952 erfolgte dann nach der zweiten Veranstaltung die offizielle Wiedergründung, Louis Poolke wurde Erster, Alfred Schmidt Zweiter Vorsitzender und Techniker und Kurt Theil Schriftführer, ein Kassierer fehlte noch. Die Gründung erfolgte noch spät im Jahre 1952, weil „Genossen in der SPD-Fraktion [...] einen geldlichen Zuschuss im Haushaltsjahr [1953/54] an den ASB befürworten.“³⁵⁹ Aus dem Gründungsprotokoll geht hervor, dass nun „größtenteils ehemalige Samariter der ASB-Kolonne Bremen vor 1933“ anwesend waren. Es scheint, als wurden sie durch den Erfolg der Hamburger und Hannoveraner überzeugt, dass es sich lohnte, wieder dem ASB beizutreten. Die Landesorganisation Hamburg hatte den Bremern Unterstützung zukommen lassen und stellte nach der Gründung Chemnitztaschen, Liegen und Tragen zur Verfügung. Im April konnte der Beginn des ersten Kurses und ein finanzieller Zuschuss der Stadt von 2 000 DM verkündet werden. Nach und nach meldeten sich ehemalige Samariterinnen und Samariter aus dem gesamten Stadtgebiet, um wieder Mitglied zu werden. Sie waren Maler, Tischler, Hausfrauen und Angestellte. Nahezu die Hälfte der sich bis Mitte 1953 angemeldeten Samariter wohnten in der Neustadt, hiervon fast alle in der Friedrich-Ebert-Straße, andere in Hemelingen, Walle, Horn oder Findorff.

10. Regensburg

Starthilfe durch die SPD

In einem Bericht der Stadt Regensburg an die Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz, Kammer des Innern, vom 29. September 1933 heißt es, dass das Vermögen der Kolonne „sichergestellt“ und der „Krankentransportwagen [...] von der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz zu treuen Händen verwahrt wird.“ Abschließend erklärte er: „Die geeigneten Mitglieder des Arbeitersamariterbundes sind in die Rote Kreuz-Kolonnie aufgenommen worden.“³⁶⁰

Die 1923 gegründete Kolonne hatte es in den 1920er und 1930er Jahren schwer, in der industriearmen Stadt Regensburg Anerkennung zu finden oder gar ernsthaft mit dem Roten Kreuz zu konkurrieren. Ein Grund war die mehrheitlich katholisch und konservativ geprägte Stadtgesellschaft und -verwaltung: Den Oberbürgermeister stellte von 1920 bis 1933 mit Dr. Otto Hipp die Bayerische Volkspartei (BVP).

Von 1945 bis 1950 erwies sich die Christlich-Soziale Union (CSU) als dominierende politische Kraft. Dies könnte ein Grund dafür sein, warum es auch nach dem Krieg nicht schon früher wieder zu einer Neugründung gekommen war. Im Gegensatz dazu steht die Kolonne der Industriestadt Schweinfurt, die sich durch ihren Einsatz während einer Typhus-Epidemie in den 1920er Jahren beweisen konnte und fortan von der zwischen 1920 und 1933 SPD-geführten städtischen Verwaltung immer bedacht wurde. Sie gründete sich bereits Ende 1948 neu, ohne Zutun des Bundesvorstandes.

Im Februar 1950 hatte der ehemalige Vorsitzende der Regensburger Kolonne, Josef Baumgartner (1896–1968), Post vom Bundesvorstand in Hannover erhalten und zugesagt, sich um eine Wiedergründung in Regensburg zu bemühen. Es brauchte hier den Anstoß von außen. Schon einen Monat später hatte die Gründungsversammlung stattgefunden. Dr. Karl Brunner, der ehemalige Kolonnenarzt, war zum 1. Vorsitzenden, Baumgartner zum 2. Vorsitzenden gewählt worden. Auch hier galt: „Alle gewählten Mitglieder sind alte Mitglieder, welche bereits vor 1933 der Kolonne angehörten.“³⁶¹ Baumgartner hatte so schnell agiert, weil er bis Ende März einen Wiedergutmachungsantrag stellen wollte. Im Juli gab er dem Bundesvorstand bekannt, dass die Kolonne sich allein aus diesem Grund wiedergegründet hatte und alle Mitglieder passiv waren, erst später sollte ein Ausbildungskurs und damit die Aktivität der Kolonne beginnen. Auch hier war die finanzielle Belastung einer Neugründung direkt ein Thema: Baumgartner bat, den Bundesbeitrag für ein Vierteljahr zu erlassen. Die Aufnahme der aktiven Tätigkeit der Kolonne begann mit einem Ausbildungskurs im Sommer 1951, der im Gewerkschaftshaus stattfinden konnte. Schon im August leistete der ASB bei Turnfesten des Arbeitersportvereines Einsätze – allerdings noch ohne Kennzeichnung: Mützen und Armbinden waren noch nicht zugestellt worden.

Die Samariter-Kolonne in Regensburg zeichnete sich durch viele familiäre Verbindungen sowie durch die enge Verknüpfung zur SPD aus. Die ehemaligen Samariterinnen und Samariter Franz Höhne, Karl Esser und Friedel Schlichtinger gehörten zu denjenigen Sozialdemokraten, die sich schon im Sommer 1945 inoffiziell mit anderen Delegierten aus dem Bezirk Oberpfalz im Regensburger Rathaus zusammenfanden. Kurze Zeit später im Oktober „tagte eine Funktionärsversammlung aus Stadt und Landkreis Regensburg und wählte einen ‚provisorischen Kreisvorstand‘ mit Karl Esser als Vorsitzendem.“³⁶² Auch Franz Höhne gehörte dem Kreisvorstand an. Ein Jahr später konnte auf Bezirksebene agiert werden:

„Am 28./29. September 1946 konnte auch die ostbayerische SPD im Regensburger Neuhausaal ihren (nun auch offiziell) ersten Bezirksparteitag nach dem Krieg abhalten. Vor fast 200 Delegierten berichteten die Genossen Karl Esser, Franz Höhne und Franz Sichler sowie Genossin Friedel Schlichtinger für die Arbeiterwohlfahrt über den Stand des Wiederaufbaues der Parteiorganisation im Bezirk.“³⁶³

Esser wurde ebenfalls erster (provisorischer) Bezirksvorsitzender. Die SPD in Regensburg und Umgebung war damit eine der ersten, die sich wieder konstituierte.

„Bei den Stadtratswahlen blieb die SPD dagegen mit zehn Sitzen im Jahre 1946 und neun Sitzen im Jahre 1948 auf ihre alte Stammwählerschaft beschränkt [1948: insg. 42 Stadträte]. Der Einfluß der SPD auf die kommunale Entwicklung übertraf jedoch den parteipolitischen Kräfteanteil im Stadtrat. Er fußte neben der Gunst der Militärregierung auf einer faktischen Identität mit den Gewerkschaften und vor allem auf der Person des Bezirksvorsitzenden Karl Esser und seiner Mittelbayerischen Zeitung.“³⁶⁴

Die Kolonne war seit der Wiedergründung personell ebenfalls eng mit der SPD im Stadtrat verzahnt, so gehörte u. a. Dr. Karl Brunner dem Stadtrat an. Die Samariterin Maria Barth, geboren 1911, war die Tochter von Josef Barth (1882–1950), der in den 1920ern Stadtratsmitglied war. Sie war als Buchhalterin tätig.³⁶⁵ Clementine Ernst, geb. Höhne (1893–1961), war verheiratet mit Martin Ernst (1888–1962), der als Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat vertreten war. Martin Ernst hatte 1933 illegale Schriften der Exil-SPD von Franz Höhne erhalten.³⁶⁶ Clementine Ernst hatte vor deren Zerschlagung als Gewerkschaftssekretärin gearbeitet.³⁶⁷ Ihre Tochter Margarete trat 1950 ebenfalls dem ASB bei.

Auch die Schwester von Clementine Ernst, Josefine Deubler, geboren 1902, war als Hausfrau von 1946 bis 1948, 1953 bis 1956 und 1960 bis 1966 ebenfalls Stadträtin.³⁶⁸

Die Samariterin Ingeborg Meier, Tochter von Katharine Höhne, einer Schwester von Franz Höhne, heiratete den Zahnarzt Michael Burgau, der ebenfalls SPD-Stadtrat war. Während des



Die Familie von Samariterin Clementine Ernst war im sozialdemokratischen Milieu Regensburgs zuhause, 1920er Jahre.

Nationalsozialismus „sollen ehemalige Sozialdemokraten, angeführt vom ehemaligen Stadtrat Michael Burgau, in losen Zirkeln weiter illegal aktiv gewesen sein.“³⁶⁹ Auch Burgau erhielt illegale Schriften der Exil-SPD von Franz Höhne.³⁷⁰

Zwischenzeitlich waren unter den SPD-Stadträten in Regensburg nur zwei von elf ohne ASB-Bezug. Trotzdem hat sich der ASB erst 1950, nach dem Aufruf durch den Bund, wiedergegründet.

Es zeigt sich eine besonders enge personelle Verbindung zwischen ASB, SPD und Stadtrat, die hilfreich war für den Wiederaufbau der Kolonne in Regensburg. Einige Regensburger Samariter hatten auch in den zwölf Jahren der NS-Herrschaft miteinander zu tun, entweder durch die illegale Tätigkeit oder den Dienst im SHD. Zudem haben familiäre Beziehungen die Mitgliederzahl schnell wachsen lassen – das Fundament für ein erfolgreiches Wirken des ASB bis heute.

Karl Roth

Karl Roth wurde 1888 in Lorenzreuth bei Marktredwitz, Oberfranken, geboren. Im Alter von 20 Jahren leistete er 1908 seinen Militärdienst und zog 1911 mit seinen Eltern aus dem oberfränkischen Creußen nach Regensburg. Hier war Karl Roth als Schreiner Geselle tätig. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er 1914 zum Heer eingezogen. Sein Vater, der Bahnwärter gewesen war, war verstorben. Karl Roth gehörte im Ersten Weltkrieg der 2. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 10 der königlich bayerischen Armee an und nahm an diversen Gefechten teil. Dabei verloren über 3 100 Soldaten des Regiments ihr Leben.³⁷¹ Er war zuletzt als Krankenträger eingesetzt. Am 12. Dezember 1918 wurde er aus der Armee entlassen. Karl Roth trug eine Schussverletzung am rechten Unterarm davon, doch sein Hand-

werk konnte er weiter ausführen.³⁷² Er heiratete Maria Schmalzbauer und arbeitete als Schreiner. In den 1920er Jahren bekamen sie zwei Kinder. Karl Roth machte seinen Meister und stieg in die Werkstatt des Ludwig Eckl in der Lederergasse 10 ein, ab 1935 hatten sie eine Werkstatt in der Spatzengasse 1. Vor 1933 hatte hier der SPD-Bezirk über ein Parteibüro verfügt, dem Druckereigebäude der SPD-eigenen Oberpfälzisch-Niederbayerischen Verlagsdruckerei GmbH. Es wurde u. a. die Volkswacht, eine sozialdemokratische Tageszeitung, gedruckt. 1934 wurde das Grundstück und das Gebäude vom Bayerischen Staat eingezogen und 1935 den Ehepaaren Roth und Eckl übereignet. Nach dem Krieg forderte die SPD das Grundstück zurück. Franz Höhne wurde 1948 als Treuhänder eingesetzt. 1949 bekam die Partei das Grundstück

und Objekt per Vergleich zugesprochen, die Roths und Witwe Eckl blieben jedoch Mieter.³⁷³

Von 1934 bis 1939 hatte Karl Roth innerhalb der Technischen Nothilfe (TN), dem Vorläufer des Technischen Hilfswerks, an der „ldf. Ausbildung des S.H.D. [Sicherheits- und Hilfsdienst]“ teilgenommen. Während des Krieges wurde er als Schreiner wiederholt zunächst in den Sicherheits- und Hilfsdienst, später in die daraus hervorgegangene Luftschutzpolizei beordert, in der er Bereitschafts- und Instandsetzungsdienste übernehmen musste. Der Instandsetzungsdienst wurde für die Errichtung von Luftschutzbauten wie Löschteichen, Zisternen und Deckungsrampen, aber auch für die

Errichtung und Ausstattung von Gebäuden wie Unterkünften und Pferdeställen, eingesetzt. Im Sommer 1943 erlebten die Regensburger den ersten Bombenangriff durch die Alliierten. Roth gab 1941 an, dem Reichskriegerbund und der DAF anzugehören. Noch im Januar 1945 bekam er ein SS-Soldbuch ausgestellt, da die Technische Nothilfe sukzessive der SS unterstellt worden war. Nach dem Krieg arbeitete er noch vier Jahre in seinem Beruf, 1949 ging er mit 61 Jahren in Rente. Als Rentner trat er der sich wieder konstituierenden Regensburger Samariterkolonne bei. Roth starb am 17. Februar 1954.³⁷⁴ Sein Sohn wurde ebenfalls Schreinermeister und übernahm die Werkstatt in der Spatzengasse.

Friedel Schlichtinger

Friedel (auch Friedl, eigentlich Friederika) Schlichtingers Leben (1911–1965) war von ihrem Vater geprägt. Rudolf Schlichtinger sen. (1864–1937) vertrat von 1920 bis 1924 Regensburg und von 1928 bis 1932 Regensburg-Land für die SPD im Bayerischen Landtag.³⁷⁵ Außerdem war er 1919 Vorsitzender des Kreisverbands Oberpfalz des Verbands sozialistischer Lehrer und von 1919 bis 1928 Stadtrat in Regensburg.³⁷⁶ Sein Engagement für die Sozialdemokratie und die Belange der Arbeiterschaft färbte auf seine Kinder ab.

So war auch Friedel Schlichtinger 1950 zeitweise Mitglied des Bayerischen Landtages, als sie für den verstorbenen Abgeordneten Christian Endemann nachrückte.³⁷⁷ Sie ließ sich jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder zur Wahl aufstellen. Seit 1946 war sie Stadträtin und engagierte sich bis 1959 in den Sozialausschüssen sowie in dem Personal- und Hauptausschuss. Als ihr Bruder Oberbürgermeister wurde, durfte sie dieses Mandat nicht weiter ausführen.³⁷⁸

1934 war sie im Zusammenhang mit der Verhaftung ihres Vaters durch die Gestapo wegen Verdachts der „Vorbereitung zum Hochverrat“ selbst verhört und durch die Gestapo über-



Friedel Schlichtinger engagierte sich sowohl politisch als auch im ASB und der AWO, 1950er Jahre.

wacht worden. Rudolf Schlichtinger hatte illegale Schriften aus Tschechien erhalten, gelesen und verteilt. Es wurde jedoch keine Anklage erhoben. Rudolf Schlichtinger starb 1937.

Friedel Schlichtinger war als Tochter eines bekannten regionalen SPD-Politikers von 1933 bis 1935 trotz guter Zeugnisse arbeitslos. Anschließend fand sie eine Stellung als Wohlfahrtspflegerin (Sozialarbeiterin) bei der Reichsbahn. Sie gab an, auch nach 1933 bei Juden eingekauft und diesen geholfen zu haben.³⁷⁹

Nach dem Krieg wurde sie von der Eisenbahnergewerkschaft als Vorstandsmitglied und Betriebsvertreterin gewählt und handelte den Tarifvertrag für Bundesbahnangestellte mit aus – ungewöhnlich für eine Frau damals.³⁸⁰ Außerdem besaß sie vom Nachrichtenkontrollamt

Regensburg die Lizenz als Referentin der SPD und war „politische Zeitungsmitarbeiterin“³⁸¹. Sie war als Wohlfahrtspflegerin tätig und gilt als eine der „Stützen der bayerischen AWO“³⁸² für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Dem ASB gehörte sie seit April 1950 an. Ihr Bruder Rudolf (1915–1994) wurde wie sein Vater Lehrer, war von 1954 bis 1970 Mitglied des Bayerischen Landtages und von 1959 bis 1978 Oberbürgermeister der Stadt Regensburg.

Nachdem sie ihr Leben der Wohlfahrt und der Politik gewidmet hatte, starb Friedel Schlichtinger am 26. März 1965 während eines Urlaubs in Bad Reichenhall.

Wegen illegaler Tätigkeit verhaftet: Franz Höhne

Die Bande der Familie Höhne ziehen sich durch die gesamte Kolonne. Mutter Maria/Marie (unterschiedliche Angaben) (1874–1929) gehörte bereits zu den Gründerinnen der ASB-Kolonne in Regensburg 1923. Sie kam aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie und gebar selbst 17 Kinder, von denen acht kurz nach der Geburt oder in den ersten Lebensjahren starben. Generell herrschte in Regensburg um die Jahrhundertwende eine sehr hohe Säuglingssterblichkeit, die u. a. auf die schlechten Wohnverhältnisse und die Wohnungsnot insgesamt zurückgeführt werden kann.³⁸³ Ihr Vater Georg Herrmann war Kunstschreiner und einer derjenigen, der die SPD in Regensburg mit ins Leben rief – ein Sozialdemokrat der ersten Stunde. Über sein Engagement lernte Maria Clemens Höhne (1865–1915) kennen, der ebenfalls überzeugter Sozialdemokrat und Schreiner war. Gegen den Willen der Eltern der Braut wurde 1893 geheiratet, kurze Zeit später kam das erste Kind zur Welt. Dann verlor Clemens Höhne wohl aufgrund seines politischen Engagements seine Stellung als Schreiner. Weil er keine langfristige Anstellung fand, wurde von dem geringen Einkommen der Familie der Meisterbrief finanziert und 1903 eine eigene Werkstatt eröffnet. Doch schon

1910 konnte Clemens Höhne dieser Tätigkeit nur noch bedingt nachgehen, denn er erkrankte an Knochentuberkulose. Die heute heilbare Krankheit führte zu Entzündungen im ganzen Körper, 1911 musste ihm ein Fuß abgenommen werden. 1915 erlag er seinem Leiden. Die ganze Zeit ging auch Marie Höhne arbeiten. Als Stör-schneiderin arbeitete sie täglich wechselnd in wohlhabenderen Haushalten und fertigte Kleidung. Ihre Kinder gingen damals schon tagsüber bzw. nach der Schule in einen Hort. Über Jahre war Maria die Versorgerin der Familie. Neben dieser großen Aufgabe war ihr als Schneiderin auch das gepflegte Äußere der eigenen Familienmitglieder von großer Bedeutung und so nähte sie in den Abendstunden auch zuhause. Trotzdem schaffte sie es, sich aktiv auch in den Vereinen der Arbeiterschaft einzubringen (Regensburger Volkschor, SPD-Frauenschaft, ASB) und gehörte darüber hinaus seit 1919 dem SPD-Bezirksvorstand für Niederbayern und der Oberpfalz an. Mit nur 54 Jahren starb sie am 15. Januar 1929. Die sozialdemokratische Gesinnung reichte sie an ihre Kinder weiter. Zu diesem Zeitpunkt wohnten noch die Geschwister Franz und Karoline Höhne am Haidplatz 7, wo auch Maria zuletzt gelebt hatte.

Franz Höhne als politischer Gefangener der Nationalsozialisten, 1935. Viele seiner Familienmitglieder waren wie er Mitglied im ASB.



Franz Höhne, geboren am 13. Juni 1904, arbeitete damals als Schlosser. Er hatte nach dem Besuch der Volksschule 1922 eine Maschinenschlosserlehre abgeschlossen und bis 1934 in verschiedenen Betrieben auch als Autoschlosser gearbeitet, zuletzt war er bei der Reichsbahn als Fahrer tätig. Er hatte mit seiner ersten Ehefrau Anna einen Sohn. Sie heirateten 1931. Im Mai 1934 verlor er seine Arbeit.³⁸⁴ Seit 1924 Mitglied der SPD, wurde er durch das Gleichschaltungsgesetz, nach dem Stadträte gemäß dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom März zusammengesetzt sein sollten, noch am 22. April 1933 zum Stadtrat. In Regensburg brachte das der SPD fünf Sitze und zusammen mit den zwölf Sitzen der BVP weiterhin eine Mehrheit gegenüber der NSDAP mit zehn Sitzen. Gebracht hat es jedoch lediglich einen Aufschub – auch in Regensburg konnte die SPD nichts mehr bewirken, bevor sie im Juni verboten wurde. Viele ihrer Mitglieder waren zu dem Zeitpunkt schon verhaftet und verschleppt worden. Franz Höhne engagierte sich illegal weiter. Er übernahm die Verteilung von verbotenen Schriften der SPD im Prager Exil, nahm an illegalen Treffen in der Oberpfalz teil. 1934 flog das Netzwerk auf und Franz Höhne wurde im Oktober, als Letzter, verhaftet. Er kam nach München in Untersuchungshaft und anschließend in die Gefangenenanstalt Nürnberg. Die „in der Strafsache gegen Alfons Bayerer, ehem. Parteisekretär

in Regensburg, und Genossen“ erhobene Anklage lautete „Vorbereitung zum Hochverrat“, das Urteil des Obersten Landesgerichts München vom 11. Februar 1935 „Gefängnisstrafe von zwei Jahren unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft“. Er war mit fünf anderen angeklagt worden, zwei Personen erhielten höhere Strafen, drei niedrigere Strafen. Höhne war geständig und gab an, von selbst im Oktober 1933 die illegalen Tätigkeiten eingestellt zu haben. Das offizielle Strafende war der 11. November 1936, im Juni 1936 war er zwischenzeitlich zur Straffortsetzung in das Landgerichtsgefängnis Regensburg überstellt worden.

Auch 1946 bis 1948 war er Stadtrat in Regensburg, bevor er von 1949 bis 1969 in den Bundestag gewählt wurde. In dieser Zeit war er von 1955 bis 1968 außerdem Bezirksvorsitzender der SPD – wie auch schon seine Mutter. Er starb am 16. November 1980 in seiner Heimatstadt.

Sein Bruder August, geboren 1911, Schiffer und nach dem Krieg Verwaltungsangestellter, seine Schwester Clementine (1893–1961) deren Tochter Margarete (1917–2009), verheiratete Knoll, seine Nichte Ingeborg (Tochter seiner Schwester Katharina) und sein Sohn Alfred aus erster Ehe waren ebenfalls Mitglieder der Regensburger Samariterkolonne, teils aktiv, teils passiv. Ingeborg unterschrieb 1954 als Schriftführerin der ASB-Kolonnie den Wiedergutmachungsantrag.³⁸⁵

11. Dortmund

Schwierige Vergangenheit

Im Vergleich zu den mitteldeutschen Industriegebieten in Sachsen oder Thüringen war die Verbreitung des ASB in den westlichen Industriegebieten wie dem Ruhrgebiet bis 1933 geringer. Hier war die politische Aufspaltung in kommunistische und sozialdemokratische Kolonnen besonders zu spüren. Dutzende Kolonnen, hunderte Samariter traten in den 1920er Jahren aus dem ASB aus oder wurden ausgeschlossen. In der Folge bestanden kommunistische Samaritergruppen neben den Kolonnen des ASB. Das Bild des „linksradikal eingestellten ASB“³⁸⁶ konnte bei vielen auch durch die Ausschlüsse nicht aufgelöst werden. 1911 war in Dortmund die erste Kolonne gegründet worden, bis 1933 hatten im Bezirk vierzehn ASB-Kolonnen ganz unterschiedlicher Größenordnung bestanden.

Auf dem heutigen Stadtgebiet von Dortmund gründeten sich nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1952 vier Kolonnen. Sie folgten damit in Nordrhein-Westfalen der Kolonne in Wuppertal, die 1946 zunächst innerhalb der AWO wieder zusammengefounden hatte und sich 1949 dem Bund anschloss. In Dortmund mischte überall Wilhelm Hiltenkamp mit. Er teilte dem Bundesvorstand im Februar 1950 mit, dass er zusammen mit zehn ehemaligen Samaritern eine Kolonne gründen würde.³⁸⁷ Es folgten die Gründungen der Kolonnen Dortmund-Hörde, Groß-Dortmund, Aplerbeck und Mitte. Auf zwei Kolonnen soll im Folgenden eingegangen werden.

Zunächst hatten sich Gustav Heide, Samariter seit 1921, und Wilhelm Baacke, Samariter seit 1919, auf die Aufrufe in den Gewerkschaftszeitungen im Sommer 1949 beim Bundesvorstand gemeldet. Sie informierten nicht nur Wilhelm Hiltenkamp, sondern u. a. auch den ehemaligen Kolonnenarzt der Kolonne Hörde, Dr. Ferdinand Schild. Nach dem, was sie in der Weimarer Republik erlebt hatten, brauchten sie alle erst die Gewissheit, dass der ASB als demokratische Organisation anerkannt wurde. Zumal einzelnen Samaritern im Jahr 1946 von Seiten der Stadt mitgeteilt wurde, dass „eine Wiederentstehung des ASB nicht mehr in Frage käme.“³⁸⁸ Daraufhin hatte sich in Aplerbeck eine Rot-Kreuz-Bereitschaft gegründet, deren Vorsitz ein ehemaliger Samariter übernahm. Weitere Samariter wurden Mitglied und die Gruppe übernahm die Dienste auf dem Sportplatz in Aplerbeck, wo bis 1933 ausschließlich eine Kolonne des ASB Sanitätsdienste geleistet hatte.

Die Kolonne Groß-Dortmund gründete sich zum 1. April 1950. Dem Vorstand gehörten als 1. Vorsitzender Wilhelm Hiltenkamp, als Schriftführer Josef Wintzek, Gustav Heide als Techniker, Ernst Böttcher als Kassierer und als Kolonnenarzt Dr. Schild an. Sie alle waren bereits seit den 1920er Jahren im ASB, Hiltenkamp und Wintzek wohnten in derselben Straße. Josef Wintzek arbeitete als Vertreter, Gustav Heide war als Invalide nicht mehr berufstätig, Ernst Böttcher war Kranführer. Die Mitglieder lebten in den südwestlichen, industriell ge-

Lehrgang für Samariterinnen in der Jugendherberge Velbert. Wilhelm Hiltenkamp in der ersten Reihe als dritter von rechts, 1956.



prägten Stadtteilen Hörde, Aplerbeck (1929 eingemeindet), Schüren (1929 eingemeindet) und Berghofen und waren zwischen 1889 und 1923 geboren. Nur vier waren nicht schon vor 1933 Mitglied, drei waren dafür zu jung. Josef Wintzek und Wilhelm Hiltenkamp hatten ebenfalls Vorstandsposten in der Kolonne Dortmund-Hörde inne.

Zunächst bemühte sich die Gruppe im Frühjahr 1950 darum, wieder Räume in einem Gebäude auf dem Sportplatz in Aplerbeck nutzen zu können und den Dienst vom Roten Kreuz zu übernehmen, so wie es bis 1933 gewesen war. Verbandsmaterial in Höhe von 300 DM, 10 Verbandskästen und 10 Mützen für die Dienste erhielt die Gruppe von der Hüttenwerk Hörde AG, einem Nachfolgebetrieb der Dortmund-Hörder-Hüttenunion, bei der Hiltenkamp als Walzer und erster Schweißer tätig war, und vom Eisenwerk Hoesch.³⁸⁹ Eine wichtige Grundlage, um in Erscheinung zu treten und aktiv werden zu können. Im Hüttenwerk Hörde richtete die Kolonne eine Wache ein, die täglich mit Samaritern besetzt war. Dort fand im September 1950 auch ein erster Kurs statt. Es wurde über den Deutschen Gewerkschaftsbund Kontakt zu weiteren Betrieben hergestellt, um Betriebs-sanitäter auszubilden.

Im August 1950 teilten Wilhelm Hiltenkamp und Josef Wintzek dem Bundesvorstand mit:

„Einen großen Teil der Genossen haben wir nicht aufgenommen und werden sie auch nicht in unseren Reihen aufnehmen. Wir alten Genossen vertreten den Standpunkt, den ASB sauber zu halten, denn was wir hier mühselig aufbauen, wollen wir uns durch parteipolitische Phrasen nicht kaputt schlagen lassen. Das Übungsmaterial haben wir vom DRK, welches unser Material vor 1933 war.“⁴³⁹⁰

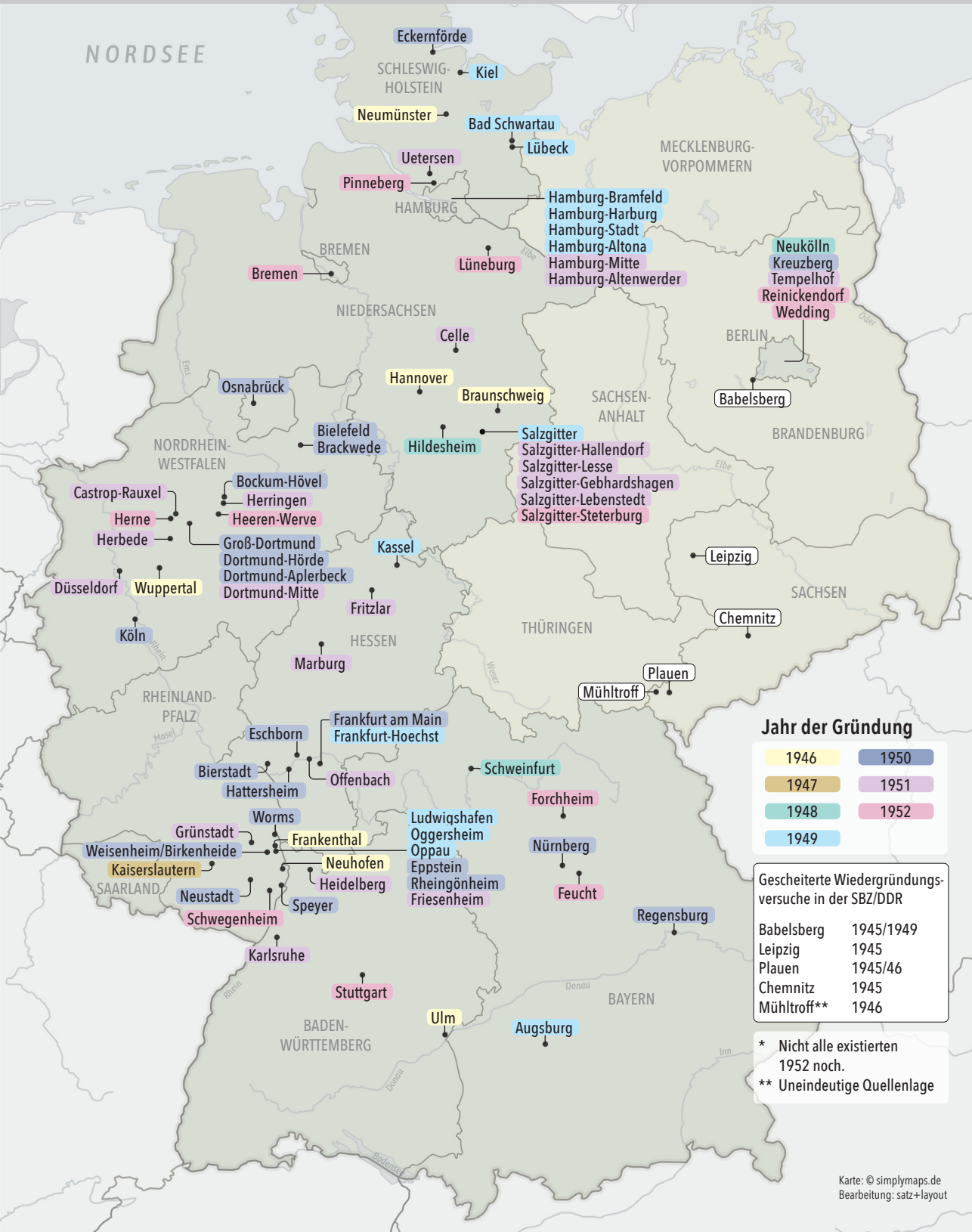
Wilhelm Hiltenkamp muss diese Einsicht über die Jahre gewonnen haben, denn laut Aussage des ehemaligen Vorsitzenden war er selbst 1932 aus der Kolonne ausgeschlossen worden. Er hatte für Berghofen/Hörde eine kommunistische Arbeiter-Sanitätskolonne gegründet. Dies wurde jedoch erst Ende der 1950er Jahre bekannt.³⁹¹

Zu einem Konflikt führte der Umstand, dass der ehemalige und neue Kolonnenarzt, Dr. Schild, inzwischen passives Mitglied des DRK war, jedoch Kurse für den ASB gab. Seine Mitgliedschaft rührte noch aus der nationalsozialistischen Zeit. Der Arzt hatte mit einem Bereitschaftsleiter verabredet, dass alle Ausbildungskurse gemeinsam stattfinden könnten, da der Bereitschaft kein Raum zur Verfügung stand. Die Kolonne lehnte sich gegen diese Absprache auf, sie wollten keine gemeinsamen Kurse mit dem DRK. Der von Dr. Schild eingeschaltete Bundesvorstand gab ihr recht. Dass die Bereitschaften teilweise erst nach dem Krieg aus ehemaligen Arbeitersamaritern hervorgegangen waren, barg folglich Konfliktpotenzial. Gleichwohl arbeitete Wilhelm Hiltenkamp im Wohlfahrtsausschuss der Stadt Köln mit dem Roten Kreuz gut zusammen.³⁹²

Im Herbst 1950 folgte die zweite Kolonnengründung in Aplerbeck. Bis 1933 hatten dort ca. zehn Mitglieder eine Kolonne gebildet. Der 1912 geborene Bergmann Otto Hergt hatte den Vorsitz inne und auch seine Frau engagierte sich. Es wurde sogleich ein Ausbildungskurs mithilfe eines Arztes gestartet und wieder Wachen auf dem Sportplatz gestellt. Im März 1951 bestand die Kolonne aus neun Mitgliedern, der Kassenstand betrug 3,75 DM. Im Februar 1951 hatte der Bund der kleinen Kolonne fünf komplette Ausrüstungen für Samariter gestiftet, doch im April verlangte der Bund, dass die Rechnung dafür von der Kolonne übernommen werden müsse. Dies führte zu einem großen Fehlbetrag in der Kasse und der Bundesvorstand stundete den Betrag. Als man sich im April bei Wilhelm Hiltenkamp über den Vorsitzenden Otto Hergt beschwerte, wurde diesem u. a. dieser Vorfall zur Last gelegt. Hergt trat daraufhin aus dem Bund aus.³⁹³

1954 schlossen sich die einzelnen Kolonnen in Dortmund zusammen.³⁹⁴ Die Arbeiter-Samariter in Dortmund spielten in der Folge eine wichtige Rolle im Katastrophen- und Luftschutz. Etwa zehn Jahre nach seinen Erfolgen in Dortmund trennten sich 1962 die Wege von Hiltenkamp, der weitere Posten als Vorsitzender des Kreises Westliches Westfalen und als Revisor auf Bundesebene übernommen hatte, und dem ASB. Ihm wurde Veruntreuung von Geldern nachgewiesen und organisationsschädigendes Verhalten vorgeworfen.³⁹⁵

Bis 1952 gegründete Kolonnen des Arbeiter-Samariter-Bundes*



Jahr der Gründung

1946	1950
1947	1951
1948	1952
1949	

Gescheiterte Wiedergründungsversuche in der SBZ/DDR

Babelsberg	1945/1949
Leipzig	1945
Plauen	1945/46
Chemnitz	1945
Mühltroff**	1946

* Nicht alle existierten 1952 noch.
** Uneindeutige Quellenlage

VII. Samariterinnen und Samariter 1945 bis 1952







1. Mathias Brügggen, Köln

Engagement ist alles

Mathias Brügggen war durch und durch Kölner. Geboren am 2. April 1882 in Esch/Stommeln nördlich der Stadt als erstes von zehn Kindern seiner Eltern Werner und Margaretha Brügggen, besuchte er die Volksschule bereits im Stadtteil Lindenthal. Die Familie hatte bis ca. 1886 im Kölner Norden gelebt, danach ist sie häufig innerhalb der Stadt umgezogen. Der Vater war Fabrikarbeiter und es scheint, als sei die Familie immer in die Nähe der häufig wechselnden Arbeitsstellen des Vaters gezogen.

Nach dem Schulabschluss 1896 lernte Mathias Brügggen bei den Kölner Bahnen, den heutigen Kölner Verkehrsbetrieben, einem stadteigenen Betrieb. Er wurde Schienenleger und engagierte sich im Betriebsrat. Schon 1912 wurde er Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Stadt Köln. Er arbeitete sich zum Vorarbeiter und zum Rottenführer hoch. Dieser Begriff ist geprägt durch den gleichnamigen Rang in der SS, jedoch wurde damit auch ein Vorarbeiter bzw. der Anführer einer Gruppe von Arbeitern im Gleisbau bezeichnet.

Von 1904 bis 1906 leistete er seinen Militärdienst in der ersten Kompanie des Rheinischen Infanterieregiments Nr. 161 der preußischen Armee. Nachdem er bis 1914 wiederholt an militärischen Übungen teilgenommen hatte, bekleidete er, inzwischen verheiratet, zu Beginn des Ersten Weltkrieges den Rang eines Unteroffiziers der sechsten Kompanie im Ersatz-Bataillon Infanterie-Regiment 69. Bereits am 26. September 1914 wurde er durch einen Granatsplitter verwundet. Nicht nur den Splitter trug er fortan am Bande mit sich, er erhielt das Verwundetenabzeichen in Schwarz für seine einmalige Verletzung sowie das Eiserner Kreuz 2. Klasse und das Ehrenkreuz für Frontkämpfer. Als Frontkämpfer galt jeder Kriegsteilnehmer, der bei der kämpfenden Truppe an einer Schlacht, einem Gefecht, einem Stellungskampf oder an einer Belagerung teilgenommen hatte. Nach dem Krieg erhielt er eine Kriegsinvalidenrente, weil er durch die Folgen der Verwundung körperlich beeinträchtigt war.

In den Arbeiter-Samariter-Bund trat Mathias Brügggen 1908 ein. Bereits mit 19 Jahren war er 1901 der SPD beigetreten. Die Kölner Samariter-Kolonie hatte sich 1904 gegründet und bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges etwa 100 Mitglieder. Schon zu Beginn der 1920er Jahre war diese Mitgliederzahl wieder erreicht. Bis zum Jahr 1933 wuchs die Zahl der Samariter und Samariterinnen in Köln auf 290 in etwa sieben Abteilungen. Köln war damit im Kreis Rheinland, Reg.-Bez. Köln, eine der größten von 19 Kolonnen mit insgesamt 684 Mitgliedern. Ein Drittel der Mitglieder des Kreises waren in Köln aktiv. Zu ihnen gehörte auch Mathias Brügggen. Er übernahm 1913 zunächst das Amt des Revisors. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er 1919 zum Kolonnenführer gewählt. 1921 schrieb er einen Artikel für die Mitgliederzeitschrift „Der Arbeiter-Samariter“, im gleichen Jahr wurde er Beisitzer im Bundesausschuss (Kontroll-



Mathias Brüggem nahm 1929 an dem Lehrgang für Kreistechniker in Chemnitz teil, 2. Reihe 6. von rechts.

kommission) und war damit einer der Motoren der Konsolidierung des ASB nach dem Ersten Weltkrieg auf Bundesebene. Über diese Phase berichtete Mathias Brüggem von sehr guten Erfahrungen mit der britischen Besatzungsmacht. Möglich, dass dies ein Grund war, warum die Briten die ersten nach dem Zweiten Weltkrieg waren, die den ASB wieder anerkannten.

Bereits ab 1924 war Mathias Brüggem Vorsitzender des ASB-Bundesausschusses. Spätestens 1926 wurde er auch zum Technischen Leiter auf Kreisebene. In dieser Funktion nahm er schließlich 1929 am ersten Lehrgang der Kreistechniker in der Bundesschule in Chemnitz teil. Bis zum Verbot des ASB im Jahr 1933 übernahm er Verantwortung für Übungen, Groß-einsätze, Tagungen und den Ausbau des ASB.

Die Bemühungen wurden im Mai 1933 durch die Nationalsozialisten unterbrochen. Das Volkshaus in Köln, Sitz der Kölner Kolonne, wurde gestürmt, geplündert und besetzt, die Tätigkeiten der Arbeitersamariter und das Tragen der Abzeichen untersagt. Drei Monate später, am 1. August 1933, sollte Mathias Brüggem in seiner Funktion als Vorsitzender des Bundesausschusses an einer Sitzung in Berlin teilnehmen. Nach dem Krieg berichtete er über diese Sitzung:

„Am 1. August 1933 wurde ich nach Berlin gerufen. Auf Veranlassung des Staatskommissars für den Arbeiter-Samariter-Bund, Dr. Dommel, fand eine Sitzung statt und man wollte uns etwas Wichtiges mitteilen. Auf dieser Sitzung wurde uns dann von einem Regierungsvertreter erklärt, dass der Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Sitz Chemnitz aufgelöst sei und sein Besitz beim Roten Kreuz abzuliefern wäre. Damit war unsere legale Tätigkeit zu Ende. Bis zu die-

*sem Zeitpunkt war ich für den ASB-Bundesausschuss noch tätig und habe z. B. einige Tage vorher in Ermangelung des von Staatskommissar Dr. Dommel seiner Tätigkeit enthobenen Bundesvorstandes die Wirtschaftskonzession für das ASB-Erholungsheim Herchen an der Sieg zurückgezogen, damit diese einem neuen Pächter erteilt werden konnte, der noch am 1. April 1933 durch den Bundesvorstand beauftragt wurde.*⁴³⁹⁶

Mathias Brüggens wurden gleich mehrere Betätigungsfelder genommen: Nicht nur sein ehrenamtliches Engagement für den ASB musste er aufgeben, auch war er mit Anfang fünfzig arbeitslos und blieb es bis zum Ende des nationalsozialistischen Regimes. Gemeinsam mit seiner Frau Paula und dem 1919 adoptierten Sohn Walter schlug er sich durch. Die Familie lebte im Sandweg 129 in Köln-Bickendorf. Die Siedlung gehörte zur Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft Kölner Gartensiedlung, zu dessen Gründern Brüggens 1919 als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Stadt Köln gehörte.

Immer wieder floh Mathias Brüggens vor den Nationalsozialisten nach Brüngesrath (Roggendorf/Thenhoven) in den Kölner Norden, wo sein Vater und seine Tante auf dem großelterlichen Hof lebten. Mathias Brüggens fürchtete eine Verhaftung. Als die Familie aufgrund eines Bombentreffers im April 1944 nicht mehr im Sandweg wohnen konnte, zog sie nach Brüngesrath, Mathias Brüggens hatte den Hof inzwischen geerbt. Dort entdeckte die Enkelin beim Rückzug der Familie nach Köln-Bickendorf 1952 eine lockere Schrankwand, durch die man in einen kleinen Anbau und einen Tunnel gelangte, der bis zum Chorbusch, einem Waldstück, führte, wo sich Mathias Brüggens versteckt hatte, sobald sich Unbekannte und damit Gefahr durch die Gestapo oder SS näherte. Die Großmutter Paula berichtete von mehreren erfolglosen Hausdurchsuchungen bei Familie Brüggens durch die Nationalsozialisten.³⁹⁷

Nach dem Krieg fand Mathias Brüggens wieder Beschäftigung bei der Stadt Köln, allerdings wurde er sehr bald verrentet. Neben seinem Engagement in der Baugenossenschaft, das er nach dem Krieg gleich wieder aufnahm, verdiente er sich 1950 als Mitarbeiter der „Volksfürsorge Lebensversicherungs A. G.“, einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaft, etwas dazu.

Nach einer bundesweiten Briefaktion des Bundesvorstands in Hannover standen auch Mathias Brüggens und der ASB wieder in Kontakt. Im Rahmen des Zusammenschlusses der Bundesvorstände aus Frankenthal und Hannover im Januar 1950 hatte Jakob Schickendantz aus Frankenthal den Hannoveranern einen Kalender aus den 1930er Jahren mit Namen und Adressen ehemaliger Funktionäre überreicht. Der Bundesvorstand in Hannover kontaktierte die Personen daraufhin. Mit seinem zweiten Brief im April 1950 meldete er sich zunächst als



Der engagierte Mathias Brüggen mit seiner Familie, ca. 1919.

Einzelmitglied an und bemühte sich fortan um den Wiederaufbau der Kolonne Köln. Bereits 1947 hatte Peter Johnen, bis 1933 Leiter des Kreises Rheinland, Reg.-Bez. Köln, durch einen Aufruf in der Rheinischen Zeitung vergeblich versucht, die Samariterinnen und Samariter wieder zusammenzubringen. Das Bestreben von Mathias Brüggen war schon im selben Jahr von Erfolg gekrönt, nachdem er ebenfalls einen Aufruf in der Rheinischen Zeitung veröffentlicht hatte.

Dieser Aufruf führte zu vielen Meldungen von Samariterinnen und Samaritern, allerdings auch zu einem Zwist mit dem Deutschen Roten Kreuz. Ein Rechtsanwalt trat als Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband Köln-Stadt, an Mathias Brüggen heran und forderte ihn auf, die Aussage, dass das gesamte Material 1933 dem Roten Kreuz übergeben werden musste, zu belegen. Die Vertreter des DRK konnten oder wollten sich an die Vorgänge 1933 nicht erinnern. Mathias Brüggen lud den Rechtsanwalt ein, bei sich die Schreiben aus dem Jahr 1933 einzusehen, wollte sie jedoch nicht aus den Händen geben und sich auch nicht um Vielfältigungen kümmern. Es kam zu einem Strafantrag wegen Verleumdung gegen Mathias Brüggen, weil der Anwalt ihm keinen Glauben schenkte. Als Brüggen zu einer Vernehmung bei der Polizei vorgeladen wurde, konnte er Papiere vorlegen, die seine Darstellung bewiesen. Im Juli 1933 war für Preußen verfügt worden, dass der ASB, das heißt alle Samariterinnen und Samariter, die bereit dazu waren, sowie das Material ins Rote Kreuz überführt werden sollten. Material, das das Rote Kreuz nicht benötigte, gelangte an die SA und SS. Im weiteren Verlauf zog der Rechtsanwalt seinen Strafantrag zurück.

Dienstag, 16. Mai 1950

Arbeiter-Samariter-Bund E. V.

Wir werden um Veröffentlichung folgenden Aufrufs gebeten:

Der Arbeiter-Samariter-Bund E. V. hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Der Bundesvorstand hat seinen Sitz in Hannover. Wer kennt nicht die segensreiche Tätigkeit des ASB unter seinem Wahlspruch: „An jedem Ort zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilfe bereit.“

Über 1500 Kolonnen mit einem gut ausgebildeten Mitgliederbestand waren stets bereit, ob auf der Straße, in den Wohnungen, den Betrieben und bei jedweder Veranstaltung, bei Krankheit und Unglücksfällen, sofort die erste Hilfe zu leisten. Diese unermüdliche Tätigkeit der Frauen, Männer und Jugendlichen mit dem Abzeichen des „Weißen Kreuzes in rotem Felde“ wurde von den Behörden vor 1933 und der Bevölkerung restlos anerkannt. Auch in der Hauspflege, Hauskrankenpflege und Kinderhilfe usw. waren die Mitglieder des ASB vorbildlich tätig. Die Hilfeleistungen usw. wurden stets unentgeltlich geleistet, ohne Ansehen der Person, Partei und Religion.

Dem Naziregime blieb es vorbehalten, den ASB nach der Machtübernahme gleichzuschalten, wobei das gesamte Material dem Roten Kreuz überwiesen werden mußte.

Nachdem jetzt der Weg zur weiteren Betätigung auf diesen Gebieten wieder frei ist, betrachten wir es als unsere Pflicht, die ehemaligen Mitglieder des ASB zur Mitarbeit an dem edlen Werk aufzufordern, und bitten sie, ihre Anschrift an die Unterzeichneten einzusenden. Alles nähere wird dann in einer Zusammenkunft bekanntgegeben, mit „Frei Hilfe!“: Mathias Brüggén, Brüngesrath b. Worringen, Stadtkreis Köln, Oskar Heinrichs, Köln - Bickendorf, Unter Birnen 73.

Tragt die Verkehrsbinde!

Der Audipathische Zirkel Köln und Umgegend, Vereinigung Gehörgeschädigter, Geschäftsstelle: Pantaleonsmühlengasse 14, bittet um Veröffentlichung dieser Mahnung:

Die starke Zunahme der Gefahren der Straße nötigt die Verkehrspolizei zu immer schärferen Maßnahmen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Der Verkehrs-

Mit diesem Aufruf forderte Mathias Brüggén ehemalige Arbeitersamariter zur Mitarbeit im ASB auf, 1950.

Nachdem dieser Vorgang Anfang September 1950 ein Ende gefunden hatte, lud Brüggén gemeinsam mit Oskar Heinrich, dem langjährigen Vorsitzenden der Kolonne bis 1933, in Köln zu einer Gründungsversammlung ein. Am 17. September kamen 19 Samariterinnen und Samariter zusammen und beschlossen die Wiedergründung der Kolonne. Oskar Heinrich wurde wieder zum Ersten Vorsitzenden, Mathias Brüggén zum Ersten Technischen Leiter gewählt. Auch alle weiteren Vorstandsmitglieder waren schon vor 1933 im ASB aktiv gewesen. Die gewählte Materialverwalterin Elisabeth Schiffers, genannt Elise/Elisa, hatte das Banner der Kolonne über die Zeit gerettet, indem sie es in Bettzeug eingenäht hatte. Banner hatten für die Kolonnen eine besondere Bedeutung. Sie wurden in Handarbeit gefertigt und bei allen öffentlichen Tätigkeiten einer Kolonne präsentiert. Sie wurden an vielen Orten wie die anderen Materialien des ASB 1933 durch die Nationalsozialisten gesucht und zerstört. Es war folglich etwas Besonderes, das historische Banner zeigen zu können.

Mathias Brüggén beschrieb die Stimmung in der Gruppe als „ausgezeichnet“. Er selbst wurde 1951 außerdem wieder Mitglied und Vorsitzender des Bundesausschusses. Sein Wissen und seine Unterlagen, die er vor dem Zugriff der Nationalsozialisten bewahrte, halfen dem Bundesvorstand in Hannover den Aufbau des ASB weiter voranzutreiben. Bis zu seinem Tod 1954 trug er wiederum maßgeblich zur Konsolidierung des ASB bei. Die Kölner Gruppe hatte

A.A. eing. 16. JUL. 1933 Vm

621/16

Der Reichsminister des Innern

Berlin 9233 40, den 15. Juli 1933.

II A 1107/13.7.

S i l t !

Auswärtiges Amt
V 9154
eing. 17. JUL 1933
Anl. Durchschl.

An

die Landesregierungen (für Preussen :Ministerium
des Innern).

1. Jan. Requirat
2. Zorn
Minn

Betrifft: Überführung des Arbeiter-Samariter-Bundes
in das Deutsche Rote Kreuz.

Im Anschluss an mein Schreiben vom 5. Juli 1933
- II A 1107/3.7. -

V 8664/hs

Für die Überführung des Arbeiter-Samariter-Bundes
in das Kolonnenwesen des Deutschen Roten Kreuzes hat mein
besonderer Beauftragter, Generaloberstabsarzt a.D. Dr.
Hocheisen, Chef des Sanitätswesens der S.A. im Einvernehmen
mit mir die nachfolgenden Richtlinien erlassen:

1. Die Überführung des Arbeiter-Samariter-Bundes in das Deutsche Rote Kreuz muss bis zum 1. September 1933 durchgeführt sein.
2. In den Ländern und Orten, wo der Arbeiter-Samariter-Bund schon aufgelöst und das Sanitätsmaterial beschlagnahmt ist, bleibt es dabei. Freiwerdendes Sanitätsmaterial ist den Sanitätsdienststellen der S.A. und S.S. zu übergeben.
3. An Orten, an denen Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes bestehen, werden die Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes, soweit sie geeignet sind und es wünschen, in die Rotkreuzkolonnen aufgenommen. Das Sanitätsmaterial ist, soweit es von den örtlichen Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes nicht benötigt wird, den Sanitätsdienststellen
Nationalsozialistischen Deutschen
Gau Süd-Hannover-Braunschweig in Braunschweig.

An
den Chef des Sanitätswesens der S.A.
Herrn Generaloberstabsarzt a.D.
Dr. Hocheisen
in München,
Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei,
den Herren Reichsminister,
den Herrn Kommissar f.d. Freiw. Krankenpflege,
den bevollmächtigten Vertreter des Führers der N.S.D.A.P. Herrn Rudolf Heß in Berlin W.,
den Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund,
den Reichsleitung, in München,
den Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund,

Rhein-Albe

An die Tatsache, dass der ASB 1933 auf Verfügung des preußischen Reichsministers des Innern in das Kolonnenwesen des DRK überführt wurde, wollten sich nach 1945 nicht alle erinnern. Mathias Brüggem hatte dieses wichtige Dokument über die NS-Zeit gerettet.



Die erste Bundeskonferenz 1952 leitete Mathias Brüggén wieder als Vorsitzender des Bundesausschusses.

ihren ersten großen Einsatz bei der Beerdigung von Hans Böckler am 21. Februar 1951, zu der sich tausende Menschen versammelten. Es folgte der Großeinsatz am 1. Mai 1951 (Kundgebung der Gewerkschaften) mit eigener Unfallstelle. Die Stadt Köln unterstützte hier bereits finanziell.³⁹⁸ 1952 leitete Mathias Brüggén die erste Bundeskonferenz seit dem Verbot durch die Nationalsozialisten.

Mathias Brüggén war an Kehlkopfkrebs erkrankt und kämpfte gegen die Krankheit. Sie ließ ihn langsam verstummen, doch war er schon immer ein Mann der Schrift gewesen, so dass er weiter Kontakte hielt. Nach seinem Tod am 6. August 1954 in Köln erschienen zu seiner Beerdigung unzählige Menschen. Die Landesorganisation Nordrhein-Westfalen veröffentlichte einen Nachruf, der Bundesvorstand gab ein Sonderrundschreiben heraus, um zu verdeutlichen, welche wichtige Rolle Mathias Brüggén für den ASB gespielt hatte: „Das große Können und Wissen des M. Brüggén war auf sämtlichen Verwaltungs- und technischen Gebieten des A.S.B. war zur Geschäftsführung von außerordentlicher Wichtigkeit.“³⁹⁹



Der Brunnen des Künstlers Tom Aust in Köln-Bickendorf mit dem Konterfei von Matthias Brüngen unten rechts.

1960 wurde eine Straße in Köln-Bickendorf nach Mathias Brüngen benannt, weil er zu den Gründern der Wohnungsbaugenossenschaft Kölner Gartensiedlung gehörte und sich nach dem Zweiten Weltkrieg für die Rückkehr evakuierter Kölnerinnen und Kölner einsetzte. Außerdem ist sein Konterfei seit 2019 in einem Brunnen in dieser Gartensiedlung verewigt.

2. Ernst Beese und Wilhelm Carstens, Lübeck

Vom Hobby zum Beruf

Die Kolonne in Lübeck hatte sich im Februar 1949 wiedergegründet und teilte dies am 1. August 1949 dem Bundesvorstand in Hannover mit. Sie war damit neben Neumünster und Kiel eine der ersten Kolonnen in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Kolonne blickte auf eine dreizehnjährige Geschichte bis 1933 zurück und mindestens drei der Mitgründer von 1920 waren auch 1949 wieder Mitglieder der Kolonne in der Hansestadt. Anders als andernorts gab es in der Kolonne keine nachweisbaren Familienbande. Als ein verbindendes Element können hingegen die Stadtwerke als Arbeitgeber gesehen werden. Dort beschäftigt waren Wilhelm Carstens (1891–1969), Karl Tamm (1887–1980) und Karl Görß (1900–1965).

Nachdem Herbert Möller, der erste Vorsitzende nach der Wiedergründung, wegen Differenzen den Posten aufgab und die Kolonne verließ, übernahm der langjährige Samariter Karl Görß, Mitbegründer von 1920, die Funktion des Ersten Vorsitzenden. In seinem ersten Schreiben als Vorsitzender an den Bundesvorstand im Oktober 1949 verkündete er, dass durch sein Wirken eine Unfallwache in „Städtischen Räumen“ eingerichtet würde. Er klagte jedoch über Schwierigkeiten mit der AWO, die die Kolonne gerne innerhalb ihrer Gesundheitsabteilung gesehen hätte.

1949 zählte die Kolonne 27 Mitglieder (1930 waren es 88 gewesen), viele von ihnen geborene Lübecker. Die ehrenamtlichen Samariter waren größtenteils Arbeiter, Schlosser und Straßenbahner. Zwei von ihnen arbeiteten zwischenzeitlich als Pfleger und es ist anzunehmen, dass die Aufnahme dieser Tätigkeit in enger Verbindung mit ihrer Ausbildung im ASB zusammenhing. Es handelt sich um Ernst Beese, 1920 bereits Mitgründer und damals noch Arbeiter, und Wilhelm Carstens, in den 1920ern u. a. Straßenbahnschaffner.

Ernst Beese

Ernst Beese, geboren am 12. Mai 1900 in Lübeck, war seit seinem 14. Lebensjahr in verschiedenen Kaufmannsbetrieben als Arbeiter beschäftigt.⁴⁰⁰ Von Mai bis Dezember 1918 leistete er seinen Militärdienst. 1923 machte der Samariter seine Freizeitbeschäftigung zum Beruf und begann eine Tätigkeit als Pfleger in der Heilanstalt Strecknitz in Lübeck. Von Anfang an hatte er als Abteilungspfleger eine verantwortungsvolle Aufgabe: „Abteilungspfleger haben eine Gruppe von mindestens 2 Pflegern ständig zu beaufsichtigen.“⁴⁰¹

Ernst Beese heiratete 1925 Clara Schmidt. Er hatte drei Töchter, die 1921, 1925 und 1926 geboren wurden. Für die 1925 geborene, uneheliche Tochter, die als Mündel nicht bei ihm

Der Senat
der Hansestadt Lübeck
Innere Verwaltung
Personalamt

Personalbogen a

Ost

Dienststelle: Stadt. Krankenhaus ~~Hamb. 27/28~~

1. a) Familienname: Beese
(bei Ehefrauen auch Mädchenname)

b) Vornamen: Ernst, Gustav, Wilhelm
(Rufname unanstreichen)


c) geb. am: 12.5.1900

d) Geburtsort und -kreis: Lübeck

2. Familienverhältnisse:

a) ledig – verheiratet seit: 19.12.1925

b) Vor- und Geburtsname der Ehefrau: Clara, geb. Schmidt



Aufnahme aus dem Jahr 1951

Ernst Beese machte
als Pfleger im
städtischen Dienst
seine Freizeitbe-
schäftigung im ASB
zum Beruf, 1951.

wohnte, zahlte er Unterhalt. Clara Schmidt brachte eine Tochter mit in die Ehe. 1928 zog die Familie in die Ratzeburger Straße 149 am südöstlichen Rand der Stadt, auf das Gelände der Heilanstalt. Seine Stieftochter und die gemeinsame 1926 geborene Tochter wohnten mit ihren Kindern auch in den späten 1940ern Jahren bei Ernst und Clara Beese.

Eine staatliche Prüfung zum sogenannten Irrenpfleger legte Ernst Beese 1930 ab. Im Zuge der Erweiterung der Heilanstalt in Kooperation mit der Hansestadt Hamburg war im selben Jahr in Lübeck eine „Irrenpflegeschule“ gegründet worden.⁴⁰² Ernst Beeses Arbeitsumfeld hat sich mit dieser Vergrößerung der Einrichtung verändert; die Heilanstalt büßte Teile ihrer sozialpsychiatrischen Ausrichtung zugunsten einer Verwahrungsanstalt mit hohem Arbeitskräfteinsatz der Patienten ein.⁴⁰³ Pflegerinnen berichteten später, dass sie eine 60-Stunden Woche hatten.⁴⁰⁴

Zehn Jahre später, 1940, erfolgte für Ernst Beese die Beförderung zum Oberpfleger. Im Mai 1941 wurde er noch vom Heeresdienst freigestellt, im März 1942 jedoch erfolgte die Einberufung in die Sanitäts-Ersatz-Abteilung 10 nach Neumünster.⁴⁰⁵ Die Heilanstalt war im September 1941 aufgelöst worden. Nachdem es bereits seit 1937 Bestrebungen gegeben hatte, die Anstalten aus Kostengründen aufzulösen, diente das Gelände ab 1941/42 zunächst als Ausweich-, später als reguläres Krankenhaus und behielt diese Funktion.⁴⁰⁶ Die Patientinnen und Patienten der Heilanstalt wurden entlassen oder deportiert. Schon im September 1940 erfolgte die Deportation der jüdischen Kranken, zunächst nach Hamburg-Langenhorn und von dort weiter in die Tötungsanstalt Brandenburg, wo sie vergast wurden. Im September 1941 folgten die übrigen Patientinnen und Patienten. Sie wurden am Abend aus der Anstalt abgeholt und zum Bahnhof gebracht, in der Nacht brachte ein Zug sie nach Hessen, wo sie auf mindestens vier Anstalten verteilt wurden: Eichberg, Herborn, Weilmünster und Scheuern.

Ab 1923 arbeitete Ernst Beese in der Heil- und Pflegeanstalt Lübeck-Strecknitz, wo auch Wilhelm Carstens 1939/40 beschäftigt war.



Da die sogenannte Aktion T4, die gezielte „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ im Sinne der nationalsozialistischen Rasseideologie, zu diesem Zeitpunkt bereits eingestellt worden war, wurden die Patienten nicht in Tötungsanstalten verlegt. Die meisten von ihnen starben trotzdem an Unterernährung oder gezielter falscher Medikation im Rahmen der nun dezentralen Krankenmorde. Für den Transport zuständig war die Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft m. b. H., kurz GeKraT, die Transportorganisation der Aktion T4.⁴⁰⁷

Ernst Beese kehrte am 13. Oktober 1945 zurück nach Lübeck und nahm im November 1945 seine pflegerische Tätigkeit im inzwischen umbenannten Krankenhaus Ost wieder auf. Ab dem 1. Dezember 1945 arbeitete er auf der Infektionsabteilung, wofür er aufgrund der Gefährdung seiner Gesundheit eine Gehaltszulage erhielt. 1951 wurde Ernst Beese als Sektionsgehilfe in die Pathologie versetzt. Ab 1956 war der vielseitig einsetzbare Mann aufgrund einer Allergie im Telefondienst des Krankenhauses Süd beschäftigt.

Die Vernetzung seiner Familie in der Arbeiterschaft zeigt neben seiner Tätigkeit für den ASB als Kassierer (bis 1933 und auch nach der Neugründung) die Beschäftigung seiner Tochter ab 1953 im AWO-Lehrlingsheim Lübeck-Strecknitz.⁴⁰⁸

Ernst Beese starb am 1. Juni 1959 im städtischen Krankenhaus Süd an den Folgen einer eitrigen Mandelentzündung. Seine Frau Clara Beese verließ 1961 die gemeinsame Wohnung in der Ratzeburger Straße und lebte fortan in der Gustav-Falke-Straße. Sie starb am 17. März 1970.

Wilhelm Carstens

Auch Wilhelm Carstens gehörte zu den Be- und Wiedergründern des ASB in Lübeck. Er wurde am 12. Januar 1891 in Wellinghusen, einer kleinen Siedlung in Dithmarschen, als Sohn eines Arbeiters geboren. Er ging in dem nächstgrößeren Ort, Wöhrden, zu Schule und absolvierte anschließend eine Bäckerlehre. Ab 1913 leistete er seinen Militärdienst. Im Anschluss war er Soldat im Ersten Weltkrieg. Während seines Einsatzes hatte er sich 1914 eine Granatsplitterverletzung am linken Unterschenkel zugezogen, 1917 erlitt er Schüsse durch den rechten Unter- und Oberschenkel, daher war er zu 25 Prozent erwerbsgemindert.⁴⁰⁹ Am 25. Mai 1918 heiratete er seine erste Frau, Anne Maria Minner, geb. Möller. Erst zu Beginn des Jahres 1919 kehrte er mit dem Ehrenkreuz für Frontkämpfer vom Militär zurück und ließ sich in Lübeck nieder. Wo und in welchem Rang Wilhelm Carstens im Ersten Weltkrieg war, lässt sich nicht mehr feststellen, weil bei der Zerstörung des Heeresarchivs in Potsdam im Jahr 1945 unter anderem die Akten der Preußischen Armee vernichtet wurden, die den Großteil der deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg stellte.

In Lübeck fand Carstens eine Anstellung bei den Stadtwerken, zunächst von 1919 bis 1922 als Straßenbahnschaffner. Dann wurde er zwei Jahre als Gartenarbeiter eingesetzt. Doch 1924 kehrte er zurück zur Straßenbahn und wurde Streckenarbeiter und Schaffner. Im selben Jahr verlor er seine Frau, sie starb am 29. Februar. 1926 heiratete er seine zweite Ehefrau Marta Anna Minner, geb. Schelewsky, eine geborene Lübeckerin.

Im Jahr 1933, nach 14jähriger Dienstzeit, wurde er am 14. Oktober „nach Nr. 4 der zweiten Verordnung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wegen seiner SPD-Mitgliedschaft entlassen.⁴¹⁰

Erst eineinhalb Jahre später fand er wieder eine Anstellung als Wächter bei den Dornierwerken – keine Tätigkeit, die seiner Ausbildung und seinen vorherigen Beschäftigungen entsprach. Im Mai 1939 bewarb er sich in der Heil- und Pflegeanstalt Strecknitz als Pfleger. Möglich, dass Carstens über Ernst Beese von der Stelle erfuhr. Die angegebenen 48 Stunden wöchentliche Arbeitszeit waren für die damalige Zeit attraktiv, vermutlich jedoch nicht realistisch. Für Carstens von Vorteil als ehemaliger Beschäftigter der Stadtwerke: Sein Lohndienstalter wurde auf 1924 festgelegt und aus dem Schreiben des Direktors in Strecknitz an die Hauptverwaltung der Sozialverwaltung in Lübeck vom 15. Juli 1939 geht hervor:

„Seit Juli 1934 ist Carstens Mitglied der Lübecker Sanitätskolonne vom Roten Kreuz und wird als ein äußerst brauchbarer pflichtbewusster Sanitätsmann geschildert. Auch bei uns hat sich Carstens als sehr brauchbar und eifriger Pfleger gezeigt, der wirklich als ungelernnt nicht



Wilhelm Carstens gehörte von Beginn an zur Lübecker ASB-Kolonie, vor 1933.

*bezeichnet werden kann, da er über erhebliche Kenntnisse verfügt. Wir bitten daher, Carstens als angelernten Pfleger zu bezeichnen und ihm die Bezüge der Lohngruppe III Stufe 3 TAR zu gewähren.*⁴⁶¹¹

Die bessere Bezahlung wurde ihm gewährt. Dass er seine Ausbildung und Fähigkeiten seiner Mitgliedschaft im ASB zu verdanken hatte, dem er seit 1927 angehört hatte, wurde nicht erwähnt. Ebendiese zeichneten seine Arbeit jedoch aus – und sein guter Leumund im DRK, dem er sich angeschlossen hatte.

Am 15. April 1940, kein ganzes Jahr später, reichte Carstens jedoch die Kündigung ein, in der es hieß: „Einverständnis mit Arbeitsamt und Arbeitsfront liegt vor. [...] Heil Hitler Carstens. Wilhelm.“ Einen Tag später schrieb die Heilanstalt, dass sie die Kündigung nicht annehme, die vorgebrachten Gründe (Carstens hatte keine genannt) seien nicht ausreichend gewesen. Es liegt sodann auch noch eine Krankmeldung vom 26. April 1940 bis 4. Mai 1940 vor, laut der er am 6. Mai 1940 seine Arbeit wieder aufgenommen hatte, jedoch endet die Akte dann mit der Abgangsanzeige zum 31. Mai 1940 „auf eigenen Wunsch“. Was Carstens

dazu bewogen hatte zu kündigen, ist nicht bekannt. Vielleicht lag es an dem hohen Arbeitspensum, von dem andere Pflegerinnen und Pfleger der Heilanstalt berichten, vielleicht am Umgang mit den Patienten – wahrscheinlich aber lag es an der viel besseren Bezahlung der Stelle, die er direkt im Anschluss antrat. Er fing als Platzarbeiter bei Schmidt und Co. an und verdiente beinahe doppelt so viel wie als Pfleger. 1942 kehrte Wilhelm Carstens zurück zu den Stadtwerken und war dort als Wagenführer beschäftigt. Dafür nahm er etwa 40 Mark weniger Verdienst pro Monat in Kauf.

Nach dem Krieg war Carstens ab Januar 1946 wieder bei den Stadtwerken beschäftigt, nun als Werkssanitäter. Er nahm sich mit seiner Frau Marta eines Pflegekindes an, seine beiden leiblichen Kinder waren erwachsen. Im ASB übernahm er die Funktion des zweiten Vorsitzenden. Da er an Tuberkulose erkrankte, war er ab 1952 erwerbsunfähig und beendete seine Tätigkeit für die Stadtwerke. Er starb am 1. April 1969, drei Jahre nach seiner zweiten Ehefrau.

3. Dr. Peter Paul Schäfer, Neumünster

Ein Neuer im ASB

Paul Schäfer wurde am 24. Mai 1908 in Bonn geboren. Er stammte aus einfachen Verhältnissen: Seine Großväter waren Arbeiter, sein Vater war Lokomotivführer. Nachdem er mit neunzehn Jahren das städtische Gymnasium Barmen verließ, besuchte er noch drei weitere Jahre das staatliche Gymnasium Emmerich. Mit 22 Jahren nahm er sein Medizinstudium auf, das er an den Universitäten Bonn, Köln, Heidelberg und Würzburg absolvierte. Seine Eltern waren bereits verstorben, als er seine Abschlussprüfung im Dezember 1935, sein Dokorexamen im Mai 1936 mit „genügend“ in Würzburg ablegte. Paul Schäfer gehörte der Novesia Bonn im Cartellverband der katholischen farbentragenden Verbindungen und damit konservativen Kreisen der Studentenschaft an. Dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) gehörte er nicht an, denn es war Mitgliedern des NSDStB nicht gestattet, Mitglied einer Studentenverbindung zu sein. Letztere wurden sukzessive bedrängt und 1938 endgültig verboten.

Im Laufe des Jahres 1936 absolvierte Paul Schäfer sein praktisches Jahr in unterschiedlichen Einrichtungen. Er begann es in der Württembergischen Heilanstalt Zwiefalten, südwestlich von Ulm. In seinem Zeugnis Ende Mai 1936 hieß es, er „wurde in die praktischen Aufgaben der Psychiatrie insbesondere in die mit der Sterilisierung verbundenen Fragen eingeführt.“⁴¹² Weitere Stationen waren die Medizinischen Kliniken der Universitäten Köln und Würzburg (Innere Medizin). Nach seinem außerdem zu absolvierenden Landvierteljahr in Münnerstadt (Unterfranken) heiratete er am 25. März 1937 in Würzburg die 21jährige Berta Pfeuffer aus Aschaffenburg.

Im April zog das Paar nach Plauen, weil Paul Schäfer dort eine Stelle als Stadtarzt erhielt. Das erste von vier Kindern kam dort zur Welt. In Plauen hat Paul Schäfer als Arzt bei der Gesundheitsstelle des Hitler-Jugend-Bannes 134 der NSDAP „die Jahrgangsmusterung zur Aufnahme in das Jungvolk im Wesentlichen organisiert und durchgeführt“, und im Rahmen seiner Tätigkeit beim städtischen Gesundheitsamt Gutachten in der Erb- und Rassenpflege, vor Ehestandsdarlehen und bei Ehetauglichkeitsuntersuchungen angefertigt.⁴¹³ Paul Schäfer hat folglich die Ideologie der Nationalsozialisten, die Idee der Ungleichheit der Menschen, im Sinne der Nationalsozialisten angewandt. Er wusste durch seine Tätigkeit in Zwiefalten, welche Auswirkungen seine Gutachten haben würden. In dieser Zeit beantragte er die Aufnahme in die NSDAP, deren Mitglied er am 1. September 1937 wurde. Im Dezember desselben Jahres schied er aus dem Dienst aus. In seinem Zeugnis hieß es zur Begründung, dass er nur auf Privatdienstvertrag angestellt war und im Reichsarbeitsdienst eine Anstellung gefunden hatte. Er selbst behauptete im Rahmen seiner Entnazifizierung, dass ein Weiterkommen für ihn in Plauen nur möglich gewesen wäre, wenn er aus der Kirche ausgetreten wäre. Möglich, dass der Eintritt in die NSDAP ein Versuch war, bei der Stadt Plauen eine Festanstellung zu bekommen.

Name: Schäfer <i>gr</i> Paul		P. Lessingstr.72	
Name:	Stadtarzt	Beruf:	Ortsgr.: Plauen
Geb.-Datum:	24.5.08	Geb.-Ort:	Bonn
Nr.:	5337166	Aufn.:	1. 8. 37
Aufnahme beantragt am:	23.8.37		
Wiederanfo. beantragt am:			
Austritt:			
Geldschi:			
Ausschluß:			
Aufgehoben:			
Gestrichen wegen:			
Zurückgenommen:			
Abgang zur Wehrmacht:			
Gestorben:			
Bemerkungen:			
Wohnung:		Wohnung:	
Ortsgr.:		Ortsgr.:	
Wohnung:		Wohnung:	
Ortsgr.:		Ortsgr.:	
Wohnung:		Wohnung:	
Ortsgr.:		Ortsgr.:	
Wohnung:		Wohnung:	
Ortsgr.:		Ortsgr.:	
Wohnung:		Wohnung:	
Ortsgr.:		Ortsgr.:	

Eintrag von Paul Schäfer in der NSDAP-Kartei. Seine Parteizugehörigkeit spielte im ASB nach dem Krieg keine Rolle.

Der RAD beschäftigte ihn als Arbeitsfeldarzt zunächst mit unterschiedlichen Aufgaben in unterschiedlichen Orten in Sachsen, ab April 1939 in Siegen. Dort übernahm er die ärztliche Betreuung einer Arbeitsdienstgruppe. Die Familie wuchs in Siegen um ein weiteres Kind.

Paul Schäfer wünschte sich ein ruhigeres Leben, als es seine Anstellung im RAD mit häufig wechselnden Einsatzorten für ihn bedeutete. Im März 1940 bewarb er sich bei der Generalstaatsanwaltschaft Kiel auf die Stelle eines Regierungsmedizinalrats im Straf- und Jugendgefängnis in Neumünster. In der Beurteilung der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Süd vom 17. Juni 1940 hieß es: „In politischer und charakterlicher Hinsicht ist er einwandfrei.“ Auch seine anderen Zeugnisse sprachen für ihn.

Für die Stelle in Neumünster musste er zur Probe zunächst einen Monat im Strafgefängnis Plötzensee in Berlin arbeiten. Das Gefängnis diente auch als Hinrichtungsstätte für den Vollstreckungsbezirk IV, der sich von Cottbus bis zur Ostsee erstreckte. Auch und besonders die vom Berliner Volksgerichtshof zum Tode verurteilten wurden hier hingerichtet.

Die Annehmlichkeiten eines Beamten begannen für Paul Schäfer schon in dieser Zeit: Er erhielt für die Trennung von seiner Familie eine finanzielle Entschädigung für die Führung

von zwei Haushalten. Nachdem er sich in Plötzensee bewährt hatte, begann er am 1. September 1940 im Straf- und Jugendgefängnis Neumünster. Für die ersten Monate erhielt er wieder eine Trennungentschädigung. Er wohnte in dieser Zeit in der Haftanstalt, weil in Neumünster keine Wohnung für die Familie gefunden werden konnte. Seine Frau wohnte mit den zwei Kindern nach wie vor in Siegen.

Im Oktober 1940 bat der Regierungsrat um die uk-Stellung von Paul Schäfer. Er hatte zahlreiche Aufgaben: Die Leitung des Anstaltskrankenhauses, das auch Bezirkslazarett war, mit 25 bis 30 Betten, die Behandlung von durchschnittlich 30 Gefangenen im Krankenrevier und die Untersuchung von allen ankommenden und das Gefängnis verlassenden Gefangenen. Außerdem leitete er die kriminalbiologische Untersuchungsstelle. Durch diese Institutionalisierung der Kriminalbiologie wollte das NS-Regime seine Ideologie, die die Erbanlagen als Ursachen von Verbrechen und kriminellen Persönlichkeiten sah, wissenschaftlich untermauern. Wieder war er also im Bereich der vermeintlichen Rassenkunde tätig. Hinzu kam die Betreuung der Außenarbeitsstellen wie dem Landesgut Moltsfelde, fünf Kilometer südöstlich der Innenstadt, wo Gefangene arbeiteten. Die uk-Stellung erfolgte auf Widerruf.

Im März 1941 wurde auf dem Gut in Moltsfelde eine Wohnung frei, in die die Familie Schäfer einzog. Schon ein Jahr später sollte er zu den berüchtigten Straflagern im Emsland abgeordnet werden. Diese Ankündigung ließ ihn offenbar krank werden. Außerdem bekam das Paar im März 1942 einen weiteren Sohn. Da die Einberufung zum Wehrdienst erfolgte, kam es nicht zur Abordnung. Nachdem er bereits zwei Wochen am Polenfeldzug im September 1939 im Bau-Bataillon 309 als Bataillonsarzt teilgenommen und von Mai bis Juli 1940 in der Luftwaffenbaueinheit L 207 an der westlichen Front war, wurde er zunächst zum Wehrdienst in Heide einberufen, ab Juli 1942 dann als Unterarzt in der Sanitäts-Ersatz-Abteilung 10 in Neumünster eingesetzt. In seiner Freizeit musste er immer wieder in der Anstalt tätig sein, ein Russenlager betreuen, „Ostarbeiterinnen“ aus der Sowjetunion, die zum Arbeitseinsatz gezwungen wurden, bei der Ankunft untersuchen und weiterhin kriminalbiologische Untersuchungen vornehmen. Mit seinem Vorgesetzten, dem Regierungsrat, geriet er im Frühsommer 1943 aneinander, weil er die kriminalbiologischen Untersuchungen, die er an einem Nachmittag in der Woche vornehmen sollte, nicht durchführte wie vereinbart. Auch der Kommandeur der Sanitäts-Ersatz-Abteilung, Hild, war mit Paul Schäfer nicht zufrieden:

„Im Übrigen lasse jedoch die Einsatzfreudigkeit wohl nach, wenn es darauf ankomme, die eigene Person fürs große Ganze in die Waagschale zu werfen. Auch bei der Militärdienststelle machten sich bereits Gegenströmungen gegen Dr. Schäfer bemerkbar. Nach Auffassung Dr. Hilds ist es hiernach angebracht, dass Dr. Schäfer [...] anderweitig zum Einsatz gelangt.“⁴¹⁴



Der in Bonn geborene Paul Schäfer kam nach dem Krieg zum ASB in Neumünster, wo er im Gefängnis, später in einer eigenen Praxis als Arzt tätig war.

Laut Angaben Schäfers erfolgte noch im Sommer 1943 die Einberufung zu einer Einheit, die zur Partisanenbekämpfung bei Kowel in der Ukraine eingesetzt war.⁴¹⁵

Nachdem im Februar 1944 das vierte Kind der Familie geboren wurde, war Paul Schäfer ab dem 1. März 1944 als Bataillonsarzt im Fronteinsatz, ab dem 1. Mai als Regimentsarzt. Im Juli 1944 erkrankte er und kam ins Reservelazarett in Tuttlingen, wo er bis zum Kriegsende in der Chirurgischen Abteilung tätig war. Im Januar 1945 versuchte Paul Schäfer erfolglos, zurück in seine Position in der Strafanstalt Neumünster zu kommen.

Als Kriegsgefangener durchlief er mehrere Lager in Frankreich, bis er im Januar 1946 nach Neumünster zurückkehren konnte. Zwischenzeitlich hatte seine Frau Berta finanzielle Unterstützung beantragen müssen. Die finanziellen Sorgen wurden weniger, als Paul Schäfer zehn Tage nach seiner Rückkehr seinen Dienst in der Strafanstalt wieder antreten konnte.

Im Mai 1946 erfolgte der Umzug von Moltsfelde in eine Dienstwohnung im Torgebäude der Anstalt in Neumünster. Aus privaten Gründen entschied sich Paul Schäfer, die Position im Strafgefängnis zu verlassen und sich als Arzt niederzulassen. Die Zulassung zur Kassenpraxis verzögerte sich, da es in Schleswig-Holstein einen Überschuss an Ärzten gab. Mit der Übernahme des „Befreiungsgesetzes“ aus der amerikanischen Zone übergab auch die britische Zone, in der Schleswig-Holstein lag, die Entnazifizierung Ende 1947 an die neu geschaffenen deutschen Spruchkammern. Die Vorgehensweise der Besatzer führte dazu, dass viele Ärzte in die amerikanische und britische Zone gingen, wo sie relativ ungestört wieder eine Tätigkeit erwarten konnten. Auch eine Wohnung musste in dem stark von Bomben beschädigten Neumünster erst gefunden werden. Zum 1. Dezember 1948, nach über zwei Jahren, wurde Paul Schäfer schließlich aus dem Beamtenverhältnis entlassen und zog als praktizierender Arzt mit seiner Familie in den Kuhberg 29.

Bereits 1946 war Paul Schäfer Mitglied des ASB geworden. Mehrere Faktoren können dazu geführt haben: Bereits in Plauen war Paul Schäfer am Unterricht von Sanitätsmannschaften beteiligt. Außerdem ist es möglich, dass er 1942 in der Sanitäts-Ersatz-Abteilung 10 in Neu-

münster Ernst Beese, einen Samariter aus Lübeck, kennengelernt hatte. Die Samariter aus Lübeck und Neumünster standen nach dem Krieg wieder in engem Kontakt.

Die Kolonne in Neumünster – erstmals 1921 gegründet – war die erste, die sich in Schleswig-Holstein nach dem Krieg wiedergründete. Zunächst folgten diesem Vorbild 1947 die Lübecker, 1949 die Kieler Samariterinnen und Samariter. Zwei Vorsitzende aus den 1920er und 1930er Jahren nahmen ihr Engagement gleich nach dem Krieg wieder auf. Die Wiedergründung verlief glücklich, wenn auch sehr arbeitsreich. In der Festschrift zum 40-jährigen Jubiläum hieß es, dass Wilhelm Bünning, der auch schon 1921 Mitgründer der Kolonne war, „einflussreiche Beziehungen“ zur britischen Besatzungsmacht gehabt haben soll und deswegen 1946 schnell wieder eine Kolonne gegründet werden konnte. Drei Arbeiter bzw. Rentner bildeten den Vorstand. Neben Karl Schäfer als Vorsitzender waren dies Wilhelm Bünning und Hans Thomsen. „Alle alten ehemaligen Mitglieder“ übernahmen einen Schuldschein, um eine erste Ausrüstung anschaffen zu können.⁴¹⁶ Über die Hälfte der Mitglieder war bereits vor 1933 im ASB gewesen. Das älteste Mitglied war 1882, die jüngsten Samariter 1929 geboren worden. Erst im Sommer 1949 erfuhren die Samariter aus Neumünster, dass es den Bundesvorstand in Hannover gab und wandten sich sofort selbstbewusst dorthin. Bis dahin hatte die Kolonne bereits Wiedergutmachungsanträge für ihre 1933 zu verzeichnenden Verluste und für das Erholungsheim in Moisburg, südlich von Hamburg gelegen, gestellt. 1950 schlossen sich die Gruppen in der Landesorganisation Schleswig-Holstein zusammen, die ihren Sitz zunächst auch in Neumünster hatte. Den Vorstand für die Landesorganisation bildete der Vorstand der Kolonne Neumünster. In Schleswig-Holstein durfte im März 1950 das erste Mal gesammelt werden. Das Landesinnenministerium genehmigte die Sammlung auf der Grundlage eines Gesetzes aus dem Nationalsozialismus: „Auf Grund des Sammlungsgesetzes vom 5.11.1934 (RGBl. I S. 1086) und des Rd. D. Reichs- und Preußischen Minister des Innern vom 14.12.1934-VW6000-a/1.12.-(MBl.i.V.S.1531)“. Gesammelt werden durfte in Kiel, Lübeck, Neumünster, Eckernförde und Bad Schwartau.

Die Kolonne Neumünster bestand 1950 wieder aus dreißig Arbeitern und Handwerkern, deren Frauen häufig ebenfalls Mitglied waren und auch bei einer nur passiven Mitgliedschaft unterstützend wirkten. Zu diesen Paaren zählten der Vorsitzende Karl Schäfer und seine Frau sowie das Ehepaar Bünning. Aktiv waren auch Wilhelm und Paula Paasch. Paula Paasch jedoch starb 1951 60jährig bei einem, wie es hieß, „tragischen Unglücksfall im Dienst“.⁴¹⁷ Dr. Paul Schäfer war bis in die 1950er Jahre als Arzt der Kolonne tätig. 1972 zog die Familie nach Schönberg an die Ostsee, wo der Mediziner am 28. April 1990 verstarb.

4. Willi Schurwanz, Salzgitter

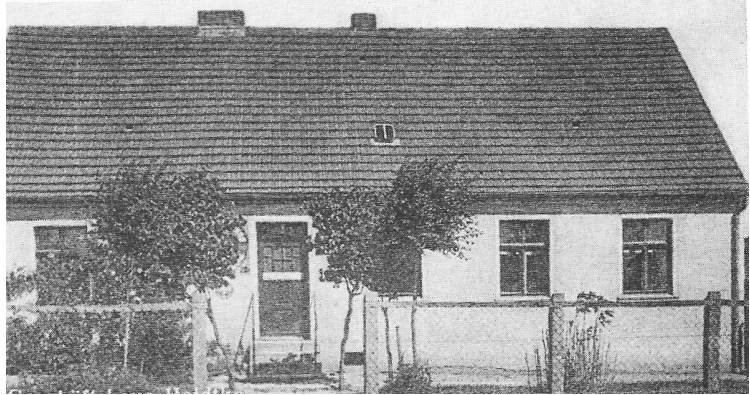
Ein heimatvertriebener Arbeiter wird Kreisvorsitzender in Salzgitter

Als Sohn eines Boten im Regierungspräsidium wurde Willi Schurwanz am 25. Mai 1891 in Köslin in Hinterpommern geboren. Nach der achtjährigen Volksschule begann der Vierzehnjährige eine Ausbildung zum Metallarbeiter. 1912 erfolgte seine Einberufung zur Marine. Der Pflichtdienst mündete ohne Unterbrechung in den Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg.

Schurwanz kehrte 1919 wohlbehalten in seine Heimat zurück. Er hatte das Glück, in dieser ländlichen Region, die arm an Industrie und entsprechenden Arbeitsplätzen war, in der Zündholzfabrik in Zanow nur 10 Kilometer östlich von Köslin Beschäftigung zu finden.⁴¹⁸ An der Reichsstraße und der Bahnstrecke von Stettin nach Danzig gelegen hatte sich inmitten der weiten pommerschen Wälder seit 1848 eine der größten deutschen Zündholzfabriken etabliert. Der wirtschaftliche Erfolg schlug sich in reger Bautätigkeit in der Stadt nieder. In der Zwischenkriegszeit entstanden neue Siedlungen, die wie in ganz Norddeutschland seit dem letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs der Idee der Gartenstadt folgte. Ein Industrieproletariat in enger Bebauung sollte in der aufstrebenden 3000-Einwohner-Stadt vermieden werden. So entstand an der Bahnhofstraße in Zanow 1931/32 eine genossenschaftliche Siedlung mit kleinen Reihen- und Doppelhäusern. Zu den Grundstücken gehörten neben dem Wohnhaus an der Straßenseite auch ein dahinter liegender Garten mit massivem Stall. Dies erlaubte es den Arbeiter- und Angestelltenfamilien, sich zu einem Teil selbst zu versorgen. Auch Willi und seine Ehefrau Amanda Schurwanz erwarben im Oktober 1932 von der Pommerschen Baugenossenschaft ein gerade fertig gestelltes Eigenheim an der Bahnhofstraße 38. Familie Schurwanz bewohnte eine Zweizimmerwohnung mit 56 Quadratmetern im Erdgeschoss. Die kleine Ein-Zimmer-Dachwohnung vermietete das Paar und hatte so ein kleines Zusatzeinkommen neben den zwei überschaubaren Arbeitergehältern. Im Stall und Garten auf dem 300 Quadratmeter umfassenden Grundstück hatten drei Schweine, zwei Ziegen sowie einige Gänse, Puten, Enten und Hühner ihr Quartier. Das Paar beackerte überdies noch einen $\frac{3}{4}$ Hektar Pachtland, auf dem Weizen angebaut wurde.⁴¹⁹

Willi Schurwanz arbeitete als Maschinist in der Fabrik, bis er 1944 mit 53 Jahren noch den Einberufungsbefehl zum Volkssturm erhielt. Seit Ende 1944 war Zanow Durchgangsstation der aus Ost- und Westpreußen kommenden Flüchtlingstrucks. Am 1. März 1945 nahm die Rote Armee Zanow ein. Bei den Kampfhandlungen und an den ersten Tagen der Besetzung kamen 43 Einwohnern ums Leben, eine Reihe von Gebäuden wurde zerstört. Eine Evakuierung der Bevölkerung hatten die NS-Behörden zu spät geplant und bis zuletzt unterbunden.

Der Arbeiter Willi Schurwanz verlor durch die Vertreibung aus Pommern im Herbst 1945 sein Siedlungshaus in Zanow.



Sie konnte wegen des raschen Vordringens der Sowjetarmee nicht mehr durchgeführt werden. Nur etwa einhundert Zanower Bürger konnten am 1. März und in der darauffolgenden Nacht noch Richtung Norden und dann entlang des Ostseestrandes über Kolberg, Cammin und die Inseln Wollin und Usedom in Richtung Westen fliehen. In Zanow wurde eine sowjetische Kommandantur eingerichtet, die Zündholzfabrik demontiert und abtransportiert. Willi Schurwanz entging einer Verschleppung in sowjetische Lager. Nach der Übernahme der Stadt durch die polnische Verwaltung im Herbst 1945 mussten Willi und Amanda Zanow am 23. November 1945 ihr Zuhause für immer verlassen. Die Vertreibung erfolgte über ein Zwischenlager in Köslin. Von dort aus wurden die Ausgewiesenen in Viehwaggons nach Stettin gebracht. Vor dem Weitertransport in Richtung Britische Zone suchten immer wieder Banden die Vertriebenen heim und raubten auch noch die letzten mitgeführten Habseligkeiten. Nach einer „abenteuerlichen Flucht“, wie Schurwanz es selbst bezeichnete, kamen sie in der Industriestadt Salzgitter im Stadtteil Gebhardshagen an. Im Tagebau fand Schurwanz eine erste Beschäftigung. Schurwanz war umtriebiger und konnte bald als Hausmeister bei der SPD Braunschweig anfangen. Die wirtschaftliche Lage war schwierig, weswegen dieses Anstellungsverhältnis nach zwei Jahren endete. Willi Schurwanz musste danach zeitweise als Hilfsarbeiter sein Geld verdienen. Unermüdlich schrieb er Bewerbungen. Doch die Zeit bei den Sozialdemokraten hatte den Entwurzelten geprägt. Schon im Mai 1946 begann er, sich nebenbei sozial als Ortsflüchtlings- und Vertriebenenbetreuer zu engagieren. Er kannte die Sorgen seiner Leidensgenossen und bot Hilfestellung an, wo es möglich war. Er trat in die SPD ein und kandidierte bei der Kommunalwahl 1948. Dem pommerschen Arbeiter fehlten nur wenige Stimmen, um in den Stadtrat einzuziehen, er war aber immerhin Ersatzmann.



Die Flüchtlinge Willi und Amanda Schurwanz wohnen in den Nachkriegsjahren in einer kleinen Wohnung im Sonnenbergweg 1 in Salzgitter-Gebhardshagen, gegenüber der heutigen Samariter-Apotheke. Blickrichtung Sonnenbergschule, ca. 1950.

Am 10. Februar 1950 rückte er schließlich für ein ausgeschiedenes Ratsmitglied nach und gehörte nun der SPD-Fraktion im Rat an.⁴²⁰

Parallel zu seinem kommunalpolitischen Engagement trieb Schurwanz auch den Aufbau der ASB-Kolonie Gebhardshagen voran und übernahm deren Vorsitz.

In Gebhardshagen, das seine Einwohnerzahl durch den Zuzug von Flüchtlingen bis Anfang der 1950er Jahre mehr als verdoppelte und ähnlich groß und industriell geprägt war wie Zanow, investierte Schurwanz viel, um eine lebenswerte neue Heimat mitzugestalten.

Als im November 1951 die fünf ASB-Kolonien Salzgitter-Bad, Gebhardshagen, Hallendorf, Lebenstedt und Lesse aus den gleichnamigen Stadtteilen von Salzgitter zusammenkamen, um einen Kreisverband zu gründen, wählten die Mitglieder auf Vorschlag des Vorsitzenden der Kolonie Salzgitter-Bad, Bernhard Bischoff, Willi Schurwanz zum Kreisvorsitzenden – einen Flüchtling. Dies war überdies bemerkenswert, weil Gebhardshagen nur ein kleiner Stadtteil

war, und die Kolonnen Lebenstedt und Bad jeweils über deutlich mehr Mitglieder verfügten. Bischoff wies gegenüber dem Bundesvorstand auf die exzellenten Verbindungen des Rats Herrn Schurwanz hin.⁴²¹ Schurwanz übte seine Ämter mit großer Hingabe aus. Nachdem er mit 61 Jahren im Sommer 1952 endlich eine dauerhafte, aber zeitlich sehr fordernde Anstellung beim Werkschutz der Stadtverwaltung Salzgitter fand, stellte er seine Führungsämter im ASB im Oktober 1952 zur Verfügung. Bernhard Bischoff, Vorsitzender der Kolonne Bad, übernahm den Vorsitz des Kreisverbandes von Schurwanz.⁴²²

Auch zur Kommunalwahl im Herbst 1952 trat Schurwanz nicht wieder an.⁴²³ Er blieb jedoch seinem Milieu zwischen Sozialdemokratie und Arbeiter-Samariter-Bund verbunden, das ihm ein Ankommen in der Fremde ermöglicht hatte; in dem er sich bewiesen und Respekt erworben hatte. Beruflich bot sich dem pommerschen Maschinisten überraschend zum Ende seines Erwerbslebens nochmals eine neue Herausforderung. Willi Schurwanz war zuletzt als Lokführer am Industriestandort Salzgitter tätig. Mit dem Eintritt in den Ruhestand konnte das Ehepaar ein neu errichtetes Reihenhaus mit Garten im Hardeweg in Salzgitter-Gebhardshagen beziehen – eine weitere Parallele zum früheren Leben in Pommern.⁴²⁴

5. Dr. Siegfried Spitz und Dr. Anna Spitz, Stargard in Pommern

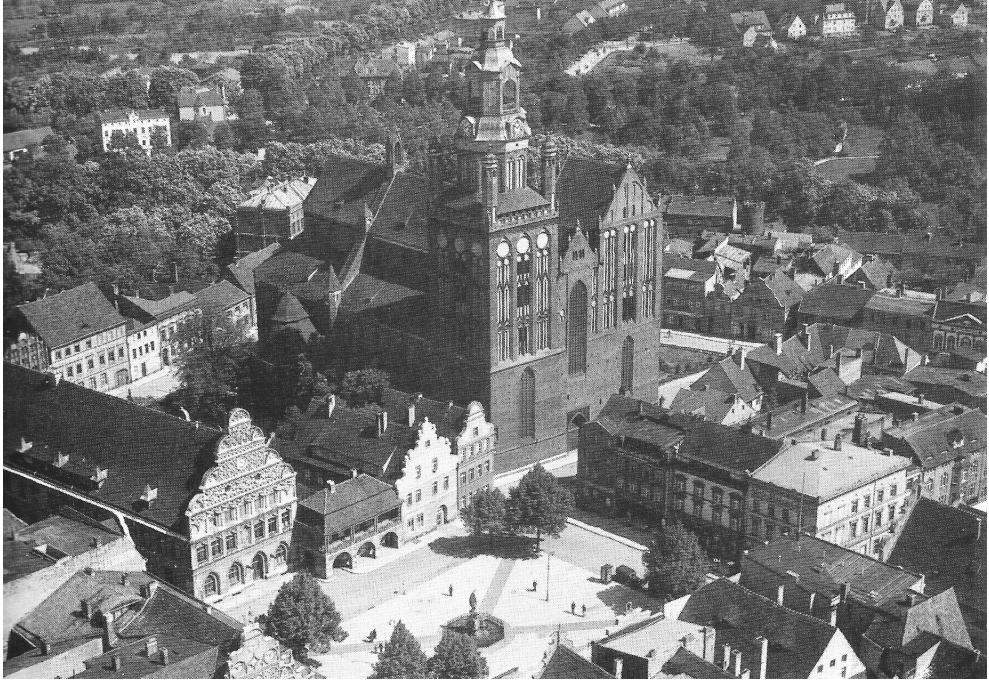
Entkommen aus Deutschland, verloren für den ASB

Im hinterpommerschen Stargard praktizierte Dr. Siegfried Spitz seit 1923 als praktischer Arzt.

Der Allgemeinmediziner und Facharzt für Innere Medizin war 1894 als Sohn jüdischer Eltern im damals preußischen Gnesen zur Welt gekommen. Nach dem Besuch der humanistischen Kaiser-Wilhelm-Schule in der alten Stadt der ersten polnischen Könige, begann der Kaufmannssohn in Freiburg das Studium der Medizin. Das Ende des ersten Semesters fiel im Sommer 1914 zusammen mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Wie viele junge Männer seiner Generation meldete sich der 19jährige freiwillig zum Kriegsdienst. Als Rekrut bei der Infanterie in seiner Heimatstadt Gnesen ausgebildet, traf ihn im Kampfeinsatz am 11. November 1914 eine Gewehrkugel. Nach seiner Genesung fand er seine neue soldatische Verwendung im Sanitätsdienst in Stettin und Greifswald. In Greifswald hatte er parallel sein Medizinstudium fortsetzen können, dass er schließlich 1920 mit dem medizinischen Staatsexamen in Heidelberg abschloss.

In Stargard, rund 40 Kilometer östlich von Stettin gelegen, hatte sich etwa ab 1700 eine jüdische Gemeinde gebildet, die sich bis Anfang des 19. Jahrhunderts zur größten jüdischen Gemeinde in Pommern entwickelte. Nach dem Ersten Weltkrieg fanden viele deutsch-jüdische Familien aus den nun zu Polen gehörenden ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen in Stargard eine neue Bleibe. Darunter auch Siegfried Spitz, dessen Heimatstadt Gnesen nun ebenfalls Teil des wiedergegründeten polnischen Staates war. Mit großer Zielstrebigkeit trieb Spitz seine Existenzgründung in Stargard voran. Er tat dies gemeinsam mit seiner aus Lettland stammenden, ebenfalls jüdischen Frau Anna, geborene Faktor. Das Paar heiratete 1924. Nur drei Jahre, nachdem Spitz sich in der 39 000 Einwohner zählenden alten Hansestadt an der Ihna niedergelassen hatte, kaufte er am Markt gegenüber vom mittelalterlichen Rathaus eines der typischen Hansehäuser mit dem charakteristischen Backsteingiebel.

Im ersten Stock richteten sich Siegfried Spitz und seine Frau Anna nicht nur ihre Wohnräume ein, sondern auch die Praxis, in der die Ehefrau mitarbeitete. Noch 1926 wurde Sohn Werner geboren. Spitz vermietete eine Dachwohnung und zwei Ladengeschäfte im Erdgeschoss und konnte mit diesen Einnahmen rasch den Hauskredit tilgen. Doch nicht nur als Arzt machte sich Spitz in Stargard rasch einen Namen. Nach der jahrelangen Konfrontation mit dem Kriegselend, zunächst im Fronteinsatz, später im Lazarettendienst, engagierte sich der junge Mediziner im Umfeld der Sozialdemokratie. Dr. Spitz engagierte sich ebenso wie seine Frau für den ASB, zunächst als „Instruktor“, als Ausbildungsarzt. Spätestens 1929 übernahm er dann die Leitung der Kolonne in Stargard und führte die örtlichen Samariter bis zur Auflösung des Bundes im Jahr 1933. Im Jahr 1930 konnte der ausgesprochen erfolgreich



Der Markt in Stargard in den 1930er Jahren. Am unteren Bildrand in der Mitte Blick von hinten auf den Giebel des Hauses der Familie Spitz, gegenüber vom prächtigen Rathaus.

praktizierende und auch wirtschaftende Spitz nochmals kräftig investieren. Die Wohnung wurde aufwändig umgebaut und auf sieben Zimmer vergrößert. Davon standen vier für die Praxis mit einer modernen Einrichtung, u. a. einem Röntgenraum, zwei Höhensonnen, je einem Vibrationsmassage- und Diathermieapparat sowie einer Laboreinrichtung, zur Verfügung. Zentralheizung, Parkettfußboden und fließend Wasser in allen Räumen waren weitere Annehmlichkeiten im Hause Spitz. Im örtlichen Autohaus Dassow erwarb der Arzt eine fabrikneue Chevrolet-Limousine. Das gesellschaftliche und soziale Engagement von Siegfried und Anna Spitz blieb eine wichtige Säule im Leben der Familie. Das Haus des Dr. Spitz entwickelte sich ab 1930 zu einem wichtigen Treffpunkt der Arbeitersamariter und der Sozialdemokraten in Stargard. Auch das Hinterhaus, das ehemalige Silo eines Getreidegeschäfts, hatte Spitz umbauen lassen. Zwei neue Wohnräume, Garagen und eine Werkstatt mietete ein Tapeziermeister. Auch Büros entstanden, die eine sozialdemokratische Gewerkschaft und eine sozialdemokratische Zeitung anmieteten.

Diese Konstellation sollte für den praktizierenden Juden Dr. Spitz nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten zum Problem werden, wie er 1954 dem Sachbearbeiter des United Restitution Office in Tel Aviv im Rahmen seines Entschädigungsverfahrens schilderte:

„Mir wurde sofort nach dem Umbruch die Krankenkassenzulassung entzogen, angeblich wegen kommunistischer Tätigkeit. Ich habe dagegen Einspruch erhoben und der Arbeitsminister entschied zu meinen Gunsten. Meine Stellung war aber weiter deswegen gefährdet, weil in meinem Haus eine sozialdemokratische Gewerkschaft und eine sozialdemokratische Zeitung Mieter waren und ich selbst war Instruktor beim Samariter Bund, einer sozialdemokratischen Einrichtung.“⁴²⁵

In der Tat entschied das Reichsarbeitsministerium am 18. August 1933, dass der Vorwurf kommunistischer Betätigung nicht erwiesen sei, und die Entscheidung der kassenärztlichen Vereinigung vom 27. Juni 1933 aufzuheben sei.

Es entsprach allerdings nicht der Natur von Siegfried Spitz, sein Schicksal in die Hände der neuen Machthaber zu legen. Die treibende Kraft, alles Erreichte zurückzulassen und Deutschland umgehend zu verlassen, war jedoch Anna Spitz, die die tödliche Gefahr der antisemitischen neuen Machthaber sah und ihren Mann überzeugte, rasch zu handeln.⁴²⁶ Gemeinsam entschieden sie sich sehr bald zur Emigration nach Palästina, das seinerzeit unter dem Mandat des Völkerbundes stand. Soweit es eben ging, suchte Spitz nach Möglichkeiten, wenigstens einen Teil seines Besitzes zu retten. Der Ärzte-Verband Pommern e.V. (A.V.P.) bescheinigte ihm auf Antrag am 20. Juni 1933: „Die Auswanderung des Herrn Dr. med. Spitz liegt im Interesse des deutschen Volkes, da dadurch eine gute Existenzmöglichkeit für einen arischen Arzt frei wird.“⁴²⁷ Dieser zynisch klingende Satz hatte für Spitz den Nutzen, dass er dadurch von der Zahlung der inzwischen diabolischen „Reichsfluchtsteuer“ befreit wurde. Mit diesem Gesetz hatte die Weimarer Republik 1931 versucht, Steuerflüchtlinge im Land zu halten. NS-Finanzbeamten gelang es, mit Hilfe dieses ursprünglich demokratisch legitimierten Gesetzes Millionensummen von Flüchtlingen, Emigranten und später sogar Deportierten zu erpressen.

Spitz trieb die Emigration seiner Familie nun entschlossen voran. Sein grundsaniertes Haus in bester Lage verkaufte er im Juli 1933 an einen örtlichen Bäckermeister. Dieser war unter den Bietern derjenige, der die höchste Summe in bar zu zahlen bereit war, gleichwohl deutlich unter dem üblichen Verkehrswert. Einen Teil des Praxisinventars kaufte ein anderer Arzt aus Stargard. In großen Überseekisten ließ Spitz seine Möbel verschiffen. Der Abschied aus Stargard war dann im Spätsommer 1933 letztlich doch eine Flucht. „Hals-über-Kopf“ beschrieb Spitz die Ausreise über Frankreich nach Palästina.⁴²⁸

Zu Beginn der 1930er Jahre gehörten etwa 300 Personen jüdischen Glaubens der Stargarder Kultusgemeinde an. Nur wenige von ihnen überlebten die Shoah, nur wenigen gelang rechtzeitig die Emigration. Trotz dieses Wissens vermochten ehemalige nichtjüdische Einwohner Stargards im Jahr 1955 die Notwendigkeit der Flucht der Familie Spitz nicht zu erkennen. Im Rahmen des Lastenausgleichsverfahrens von Siegfried Spitz erklärte ein anderer Arzt aus Stargard, der inzwischen in Lübeck praktizierte: „Meines Erachtens war der Genannte 1933 noch nicht gezwungen, aus rassistischen Gründen Deutschland zu verlassen.“⁴²⁹

Ähnlich äußerte sich die Witwe des Bäckers, der das Haus von Spitz günstig erworben hatte. Sie sprach von einem „freiwilligen Verkauf“ gegenüber der Heimatauskunftstelle für den Regierungsbezirk Stettin beim Lastenausgleichsamt Schleswig-Holstein und behauptete: „1933 hat sich bei uns in Stargard noch niemand um die Juden gekümmert, zumal ein Teil der Juden in Stargard geboren ist, ja sogar mit Christenfrauen verheiratet war. [...] Zum Auswandern hat Herrn Dr. Spitz niemand gezwungen. Es waren ja auch nur drei Familien, die 1933 auswanderten, alle andern Juden dachten garnicht ans Auswandern.“⁴³⁰

Wie wenig diese geradezu zynischen Aussagen, sogar noch zehn Jahre nach Kriegsende in Kenntnis der Ermordung fast aller nicht emigrierten Stargarder Juden, mit der Realität zu tun hatten, zeigen nicht nur die Schicksale zahlreicher andere jüdischer Ärzte, die sich für den ASB einsetzten. Hier sei nur an Dr. Hugo Natannsen aus Hamburg, Dr. Edith Goldstein aus Halberstadt oder Dr. Otto Michael aus Leipzig erinnert, die schon 1933 Drangsalierungen erfuhrten und die nationalsozialistische Herrschaft nicht überlebten.⁴³¹

Auch im beschaulichen Stargard erlitten jüdische Geschäftsleute den „Judenboykott“ am 1. April 1933, fanden ihre Schaufenster schon im Frühjahr 1933 beschmiert oder zerschlagen vor, erduldeten Verhöre und Schikanen.⁴³² Max Goldschmidt, ein überlebender Jude, der am Markt in Stargard eine Buchhandlung betrieben hatte und inzwischen in Aachen ansässig war, wies im Sommer 1955 zutreffend auf den besonderen Aspekt hin, der die Lage für Dr. Spitz in Stargard, über die rassistische Bedrohung hinaus, verschärft hatte: „Herr Dr. Spitz ist im Jahre 1933 nach Israel emigriert. Als Grund dürfte er sehr wahrscheinlich zu befürchten gehabt haben, daß er wegen linksgerichteter politischer Betätigung mit einer Inhaftierung durch die NSDAP zu rechnen hatte. Diese Mitteilung wurde mir von Seiten eines SS-Mannes, der bei mir Kunde war, gemacht.“⁴³³

Den Neuanfang in Tel Aviv hatten Siegfried und Anna Spitz über Bekannte so gut vorbereitet, wie es die Situation erlaubte. Anfang 1934 erhielt er in Palästina eine ärztliche Lizenz und eröffnete im Juni 1934 am Rothschild Boulevard unweit der erst wenige Jahre zuvor eingeweihten Großen Synagoge seine Praxis. Anna Spitz unterstützte den beruflichen Neuanfang ihres Mannes unermüdlich, lernte sehr schnell die arabische Sprache, knüpfte auf Märkten

und Basaren Kontakte, die dem Erfolg der Praxis sehr zugute kamen. 1936 wurde die Tochter Karni geboren. Der Arabische Aufstand von 1936 bis 1939 traf dann die hoffnungsvolle zweite Existenzgründung der Familie hart. Spitz erzielte kaum Einkommen, da seine vornehmlich arabischen Patienten ihn wegen der Unruhen nicht aufsuchten. Ab 1940 musste er seine Praxis daher neu aufbauen, erneut mit Erfolg. Spitz behandelte Juden und Araber gleichermaßen. Tochter Karni erlebte oft, wie die Kinder palästinensischer Patienten an ihrem Bett spielten, während ihr Vater ihre Eltern behandelte. Anna Spitz war es, so erinnerte sich Sohn Werner später, die ihren Kindern den Wert des Lernens und der herausragenden Leistungen verinnerlichte.⁴³⁴

Sohn Werner kehrte 1946 zum Medizinstudium nach Europa zurück. Nach vier Jahren in Genf wechselte er an die neu eingerichtete Medizinische Fakultät der Hebräischen Universität Jerusalem, wo er im Alter von 27 Jahren seine Promotion abschloss. Sein Vater hatte dem Studenten einen Job in einem Gerichtsmedizinerbüro beschafft, wo er mit Reinigungsarbeiten und anderen kleinen Aufgaben betraut wurde. Werner Spitz begann schließlich, bei Autopsien zu assistieren, so 1951 bei der Obduktion von Morris Meyerson. Er war der Ehemann von Golda Meir, der Arbeitsministerin und späteren Ministerpräsidentin. Für Werner Spitz war dies der Beginn einer Leidenschaft.

Das heiße Klima in Israel setzte Siegfried Spitz zu. 1952 erlitt er einen Herzinfarkt, von dem er sich nur langsam erholte. Insgesamt schienen die Ziele der Familie im nun demokratischen Deutschland besser realisierbar. So entschloss sich die Familie 1956, nach Deutschland zurückzukehren. In Frankfurt am Main richtete sich Spitz mit nunmehr 62 Jahren in einer kaiserzeitlichen Stadtvilla an der Hansaallee nochmals eine Wohnung mit einer kleinen Praxis ein. Seine Ehefrau Anna erfüllte sich ihren lebenslangen Traum, selbst Ärztin zu werden, nun im Alter von über 50 Jahren. Gemeinsam mit ihrer Tochter Karni schrieb sie sich an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz zum Medizinstudium ein, das beide 1962 erfolgreich an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt abschlossen.

Werner Spitz wanderte 1959 nach Amerika aus, um der forensischen Pathologie, die in den USA sehr viel spezialisierter war, nachgehen zu können – ein wichtiger Schritt zu einer herausragenden Karriere. Große Bekanntheit erlangte Werner Spitz durch seine Mitarbeit bei der Aufklärung der Todesumstände von John F. Kennedy und Martin Luther King, ebenso wie 1996 als forensischer Experte der Anklage im Zivilprozess gegen O. J. Simpson, sowie durch seine Lehrbücher, die zur Standardliteratur des Faches zählen.

Im November 1969 folgten dann Anna und Siegfried Spitz ihren Kindern in die USA. Obwohl die beiden einst prägenden Köpfe des Stargarder ASB nach den Jahren in Israel für 13 Jahre nach Deutschland zurückgekehrt waren und in Frankfurt gleich zwei aktive Samariter-

kolonnen existierten, hatten sie den Weg nicht zum ASB zurückgefunden.⁴³⁵

Auch Karni war inzwischen in den USA verheiratet und ebenfalls zunächst in Baltimore, später in Washington D.C. als Pathologin tätig. Anna Spitz arbeitete noch bis 1976 in einer Klinik in Baltimore als Ärztin auf einer Herzstation.

1976 zogen Siegfried und Anna Spitz zu ihrer Tochter nach Detroit, wo Anna noch einige weitere Jahre praktizierte, inzwischen über 70 Jahre alt. Aus der Ehe waren nicht nur zwei erfolgreiche Kinder als Mediziner hervorgegangen. Es entstand mit mehreren Enkelkindern, die den gleichen Berufsweg wählten, eine regelrechte Medizinerdynastie, die in Bloomfield Hills nahe Detroit ihr Zentrum fand. Dort starb Siegfried Spitz 1990 ebenso hochbetagt wie seine Frau Anna 2002. Beide waren in der jüdischen Gemeinde bis zuletzt sehr engagiert. Karni fand hier ebenfalls 2020 ihre letzte Ruhestätte.⁴³⁶

Der Professor der Wayne State University School of Medicine in Detroit, Werner Spitz, der Ende der 1920er Jahre als kleines Kind seine Eltern zu ASB-Übungen in Stargard begleitet hatte, schrieb mit seinem Enkel Daniel 2005 ein weiteres Lehrbuch zur Pathologie, äußerte sich in Fernsehen und Rundfunk noch 2016 mit über 90 Jahren als Experte zu Mordermittlungen.⁴³⁷



Der weltberühmte US-Gerichtsmediziner Werner Spitz 1996 in seinem Büro in St. Clair Shores (Michigan). Er hatte Ende der 1920er Jahre als kleines Kind seine Eltern im pommerschen Stargard zu ASB-Übungen begleitet.

6. Kurt Arnold und Otto Kirchner, Erfurt und Frankfurt am Main

„Ostzonenflüchtlinge“ an der Spitze des ASB in Frankfurt am Main

Bis 1933 waren Sachsen, Thüringen und Schlesien die Regionen gewesen, in denen der ASB über die meisten Mitglieder verfügte. So lag es nahe, dass gerade aus diesen Gebieten, aus denen in großer Zahl Flüchtlinge in die westlichen Besatzungszonen kamen, ehemalige Arbeiter-Samariter sich im neuen Umfeld wiedergegründeten ASB-Kolonnen anschlossen. Kurt Arnold und Otto Kirchner hatten sich bis 1933 in Erfurt für den ASB engagiert. Nach unterschiedlichen Wegen durch die NS-Zeit trafen sie sich in der ASB-Kolonne Frankfurt am Main wieder.

Im industriell geprägten Rhein-Main-Gebiet hatte sich 1949 zunächst die Kolonne in Frankfurt-Höchst um den alten Samariter und Sozialdemokraten August Weber (1891–1977) neu konstituiert. Ein enger Weggefährte Webers war dabei Paul Kirchhof (1902–1953), schon bis 1933 Samariter und Distriktvorsitzender der SPD. Ab 1946 als Stadtverordneter und von 1948 bis 1953 als Fraktionsvorsitzender der SPD im Frankfurter Römer übernahm Kirchhof im Herbst 1950 den Vorsitz der neu gegründeten ASB-Landesorganisation Hessen-Süd, die zunächst nur aus vier Kolonnen bestand.⁴³⁸ Höchst war zwar schon seit 1928 nach Frankfurt eingemeindet, gleichwohl bildete sich im September 1950 auch in der Frankfurter Innenstadt wieder eine eigene ASB-Kolonne.



Otto Kirchner als Vorsitzender und Kurt Arnold als Jugendleiter waren in der Kolonne Erfurt bis zum Verbot 1933 führende Köpfe gewesen, hier zahlreiche männliche Kolonnenmitglieder vor der Erfurter Gutenbergschule.

Johann Schmitt (1898–1983), der bereits seit 1924 in der alten Frankfurter ASB-Kolonne Mitglied gewesen war, wandte sich im August 1950 an die Bundesleitung in Hannover und kündigte die Gründung einer neuen Kolonne an. Die Initiatoren erfuhren erst durch den Bundesverband von der Existenz der Höchster Kolonne, was sie nicht davon abhielt, etwa 10 Kilometer von Höchst entfernt eine eigene Kolonne zu bilden. Der Industrieschlosser, der nach dem Krieg bei den Frankfurter Stadtwerken als Schlosser im Kraftwerk eine Anstellung im öffentlichen Dienst erhalten hatte, war wie die meisten Frankfurter Kolonnenmitglieder ab 1933 aktives Mitglied im DRK gewesen. Schmitt trat als Kassierer in den ersten Nachkriegsvorstand der Kolonne ein, den Vorsitz übernahm der 39jährige Kraftfahrer Wilhelm Heilmann. Die Gründungsmitglieder waren fast ausschließlich ehemalige Arbeiter-Samariter, die mehrheitlich in der nach den Bombenangriffen des Jahres 1944 stark zerstörten Altstadt rund um die Braubachstraße zwischen Konstablerwache und Main wohnten.

Im Aufruf zur Gründungsversammlung einer ASB-Kolonne in der Frankfurter Altstadt schrieb der vorläufige Vorsitzende Wilhelm Heilmann:

„12 Jahre der Hitlerdiktatur haben es nicht vermocht, den Samaritergedanken in Deutschland zu töten. Schwere Jahre des Hitlerregimes und des grausamen Krieges liegen hinter uns. Der Weg ist jetzt frei, so daß wir in Frankfurt am Main wieder eine Kolonne gründen können. [...] Darum, ihr alten Mitglieder, schließt Euch wieder zusammen [...] im Interesse der großen Aufgabe, die der Arbeiter-Samariter-Bund zum Wohle des schaffenden Mannes, ja des ganzen Volkes, zu erfüllen hat. [...] Vorbei ist die Zeit, wo wir uns jeder Tätigkeit enthalten mussten, vorbei ist auch die Zeit, wo Arbeiter-Samariter die Reihen des Roten Kreuzes füllten. Wir rufen Euch, ehemalige Arbeiter-Samariter im Roten Kreuz, kommt zum Arbeiter-Samariter-Bund zurück, denn es ist Eure Pflicht, in der Kolonne wieder zu wirken, die vor 1933 führend in Frankfurt am Main war!“⁴³⁹

Schon im Oktober 1950 hatte die Kolonne ihren ersten großen Einsatz im Landtagswahlkampf beim Auftritt des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher in der Frankfurter Festhalle.

Wenngleich die Wiedergründung in Frankfurt von einstigen ASB-Mitgliedern der 1920er Jahre betrieben wurde, wirkten nur noch wenige führenden Köpfe der Frankfurter Kolonne von damals mit, waren diese doch, wenn sie den Krieg überlebt hatten, inzwischen zu betagt, um noch einmal einen Aufbau voranzutreiben.

Kurt Arnold

Kurt Arnold wurde 1902 in der Industriesiedlung Ilversgehofen im Erfurter Norden geboren. Im Anschluss an die Volksschule erlernte er ab 1917 den Beruf des Drehers. Nach der erfolgreichen Gesellenprüfung im Jahr 1921 arbeitete er in verschiedenen Erfurter Betrieben, von 1926 bis 1939 bei Zander & Co, einem Großbetrieb für Papier- und Metallverarbeitung. Schon 1922 schloss Arnold sich der ASB-Kolonne in Erfurt an, in der er ab 1928 das Amt des Jugendleiters bekleidete. Vorsitzender der Erfurter Kolonne war zu diesem Zeitpunkt bereits Otto Kirchner. Arnold hatte kein Parteibuch, verstand sich aber als Sozialist und wählte die SPD. Arnold heiratete und wurde Vater eines Kindes.

Nach der Auflösung der Erfurter Kolonne durch die NS-Behörden 1933 wechselten die meisten Kolonnenmitglieder in Sanitätseinheiten von SA und SS. Arnold trat in den Sanitätsdienst der SS über und wurde noch 1933 Mitglied der SS. Seine Vergangenheit im sozialdemokratischen Umfeld streifte Arnold rasch ab und trat 1938 auch in die NSDAP ein. Als Dreher wechselte er Ende 1939 zur Berlin-Erfurter Maschinenfabrik, einem kriegswichtigen Rüstungsbetrieb am nördlichen Erfurter Stadtrand. Neben einer deutlich verbesserten Entlohnung profitierte Arnold hier als spezialisierter Facharbeiter von der immer wieder verlängerten uk-Stellung, die seine Unabkömmlichkeit im Sinne der Kriegswirtschaft auswies und ihn vor der Einziehung zur Wehrmacht schützte.

So erlebte Arnold die Einnahme der thüringischen Großstadt durch die Amerikaner am 12. April 1945 und das Kriegsende in seiner Heimat. Am 2. Mai 1945 verhaftete ihn die amerikanische Militärpolizei in seiner Wohnung wegen seiner SS-Zugehörigkeit im Range eines Unterscharführers. Dieser Umstand sollte sich für Arnold bald als Glücksfall erweisen. Als am 3. Juli 1945 Einheiten der Roten Armee gemäß den Beschlüssen der Konferenz von Jalta die Stadt von den Amerikanern übernahmen und ihrerseits nach ehemaligen Nationalsozialisten fahndeten, befand sich Arnold längst nicht mehr im Erfurter Polizeigefängnis, sondern war von den US-Behörden bereits in das Internierungslager für Kriegsverbrecher in Ludwigsburg verlegt worden. Nach dessen Auflösung folgte die Überstellung Arnolds in das Internierungslager auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau. Seit 1947 war Arnold dann im Lagerhospital des Internierungslagers Darmstadt als Krankenpfleger tätig und wartete dort auf seine Verhandlung vor der Spruchkammer. Erst im April 1948 konnte sich Arnold wieder frei bewegen, die Spruchkammer Darmstadt hatte ihn im Rahmen einer Entlassungs-Sonderaktion gegen Zahlung einer nicht unerheblichen Geldstrafe von 300 Reichsmark letztlich nur als Mitläufer eingestuft. Eine Rückkehr in die sowjetische Besatzungszone kam für Kurt Arnold nicht in Frage. Seine Frau Else kam mit dem gemeinsamen Kind nach Frankfurt

am Main, wo es Arnold gelungen war, im Gallusviertel am Hauptbahnhof eine Arbeit und eine Unterkunft zu finden.⁴⁴⁰

Otto Kirchner

Otto Kirchner wurde am 9. November 1893 in Erfurt geboren. Nach der Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg heiratete der Klempner und Installateur 1920 seine ein Jahr jüngere Frau Frieda. Elf Monate nach der Eheschließung kam im September 1921 der erste Sohn Erich zur Welt, es folgten zwei weitere Geschwister. Bereits 1919 war der wie Arnold im Arbeiterstadtteil Ilversgehofen wohnende Kirchner Mitglied im ASB geworden und übernahm spätestens 1928 den Vorsitz der Kolonne. Dabei konnte Kirchner auf die Unterstützung des erfahrenen jüdischen Kolonnenarztes Dr. Oskar Moses (1873–1938) bauen. Der aus Schlesien stammende Mediziner hatte als Armenarzt ab 1903 inmitten der neu entstandenen Arbeiterviertel im Erfurter Norden eine segensreiche Tätigkeit entwickelt. Überdies war er entscheidend am Aufbau der Erfurter ASB-Kolonne beteiligt. Von 1912 bis 1933 koordinierte Moses ehrenamtlich die Ausbildung Tausender Erfurter in der Ersten Hilfe. Kurz nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten musste Moses seine Praxis aufgeben und erkrankte angesichts der fortschreitenden Repressionen schwer. Oskar Moses starb wenige Tage vor der Reichspogromnacht im November 1938.

Die Industriemetropole Erfurt war bereits ab 1929 Schauplatz besonders schwerer Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gewesen. Im Januar 1931 kam es im Rahmen eines Streiks zu blutigen Unruhen mit einem Todesopfer, für die die KPD bzw. die ihr nahestehende Streikleitung verantwortlich gemacht wurde. Selbst die sozialdemokratische Presse schrieb von einem „Verbrechen der Moskauer“ und spiegelte damit die Spannungen im linken politischen Lager wider. In diesem aufgeladenen Umfeld hatte es der ASB schon Jahre zuvor besonders schwer gehabt, die vom Chemnitzer Bundesvorstand auferlegte parteipolitische Neutralität zu wahren. Immer wieder wurden die Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auch in die Kolonne hineingetragen. Der Kolonnenvorsitzende Otto Kirchner engagierte sich kommunalpolitisch für die SPD. Im Januar 1929 eskalierte der Streit in der ASB-Kolonne derart, dass Kirchner von der Mitgliederversammlung vorübergehend abgewählt wurde. Die der KPD nahestehenden Mitglieder bezichtigten ihn des Revisionismus, unterstellten ihm, er habe die Kolonne spalten wollen.⁴⁴¹ Letztlich behielt Kirchner mit seinen Vertrauten, zu denen auch Kurt Arnold zählte, bis 1933 aber die Oberhand im Vorstand der Kolonne Erfurt.



Der aus Erfurt stammende „Ostzonenflüchtling“ Otto Kirchner, hier auf der Bundeskonferenz 1958, prägte als Vorsitzender nicht nur die Kolonne Frankfurt am Main, sondern übernahm 1953 auch den Vorsitz der Landesorganisation Hessen-Süd.

Hier war bereits Kurt Arnold Ende 1950 zur jungen ASB-Kolonie gestoßen, seine Vergangenheit im Erfurter ASB vermerkte der Schriftführer sorgfältig auf einer Mitgliederliste, die er nach Hannover schickte. Die Mitgliederversammlung der ASB-Kolonie Frankfurt wählte Arnold im Januar 1951 als Ersten Techniker in den Vorstand. Im Mai 1951 schloss sich dann auch Otto Kirchner wieder dem ASB an und erhielt sogleich eine Ehrennadel für seine über 25jährige Mitgliedschaft verliehen.

Paul Kirchhof, der Vorsitzende der Landesorganisation, wurde umgehend auf den Vorstandserfahrenen und eloquenten Samariter aufmerksam. Kirchhof, der sich wegen der Vielzahl seiner Verpflichtungen offen um den Aufbau eines Nachfolgers bemühte, erreichte, dass Kirchner noch im Juli 1951 zum zweiten Vorsitzenden der Landesorganisation Hessen-Süd gewählt wurde.

Das Verbot der SPD und die Auflösung des ASB führten augenscheinlich zu einem Rückzug Kirchners ins Private. Er ging seinem Beruf als Klempner nach und hielt sich von der NSDAP und ihren Gliederungen fern. Familiär erlebte Kirchner eine bittere Zeit, als 1937 seine Ehefrau im Alter von nur 43 Jahren verstarb. Der dreifache Vater heiratete im folgenden Jahr erneut, die Ehe scheiterte aber nach wenigen Jahren.

Otto Kirchner begab sich im Juli 1945, nur wenige Tage nachdem seine Heimatstadt Erfurt Teil der sowjetischen Besatzungszone geworden war, nach Gunzenhausen in die amerikanische Besatzungszone. Begleitet wurde er bereits von seiner neuen Lebensgefährtin Olga, die er dort 1950 heiratete.⁴⁴² Sein Sohn Erich, der zunächst in Erfurt geblieben war, flüchtete im April 1948 ebenfalls in den Westen.⁴⁴³ Bald zog es Otto Kirchner auf der Suche nach einer geeigneten Arbeitsstelle aus der mittelfränkischen Provinz fort und er kam nach Frankfurt am Main.

In der Kolonne kümmerte sich Kirchner zupackend um die Werbung neuer Mitglieder und um die Intensivierung des Vereinslebens. Als Vorsitzender des Festausschusses organisierte er trotz bescheidener finanzieller Mittel eine rauschende Weihnachtsfeier im „Henninger Bräu am Zoo“, „nicht nur um zu feiern, sondern auch um uns persönlich und menschlich näherzutreten und so das große Ziel eine Familie zu bilden verwirklichen“.⁴⁴⁴ Im Mai 1952 trat Kirchner die Nachfolge von Heilmann, der die Veruntreuung von Geldern der Kolonne einräumen musste, als Vorsitzender der Kolonne Frankfurt an.

Otto Kirchner initiierte in den folgenden Jahren den Bau einer öffentlichen Unfallstation, positionierte den ASB besonders im Katastrophen- und Luftschutz, wirkte im Rettungsausschuss der Stadt Frankfurt und der Landesregierung in Wiesbaden mit und formte ab 1953 einen prosperierenden und zukunftsfähigen ASB in Hessen auf Landesebene.

Wie schon zwischen 1928 und 1933 in Erfurt arbeitete Otto Kirchner dabei erneut mit Kurt Arnold in Schlüsselfunktionen der Kolonnenarbeit zusammen. Zwei „Ostzonenflüchtlinge“, wie sie sich gern selbst bezeichneten, leiteten ab 1952 die ASB-Kolonie Frankfurt am Main. Ihre Wege vom ASB in Erfurt zum ASB in Frankfurt waren sehr unterschiedlich gewesen. Die gemeinsame Vergangenheit vor 1933, der Aufbauwille und der Blick nach vorne ermöglichte es Kirchner und Arnold gleichwohl für die Ideen des ASB wieder zusammenzuarbeiten.

Nur ein Jahr später, kurz bevor ihm endlich auch seine Frau Olga, eine aus der fränkischen Rhön stammende Lehrerin, aus Gunzenhausen nach Frankfurt folgen konnte, übernahm Otto Kirchner nach dem Unfalltod von Paul Kirchner den Vorsitz der Landesorganisation, die er bis 1961 führte.

Aus den Händen des Frankfurter Oberbürgermeisters Rudolf Menzer (SPD) erhielt Kirchner am 12. September 1961 das Bundesverdienstkreuz am Bande überreicht. Der Bundespräsident würdigte mit dieser Auszeichnung die Verdienste Kirchners für den Wiederaufbau des ASB in Frankfurt und in ganz Hessen ab 1951.

Menzer bezeichnete Kirchner in seiner Laudation als „die Seele des Verbandes“ und dankte ihm für seine selbstlose Hilfsbereitschaft.⁴⁴⁵ Am 24. Oktober 1961, nur sechs Wochen nach dieser Auszeichnung, starb Otto Kirchner in Frankfurt.⁴⁴⁶

Doch der Name Kirchner blieb auch fortan wichtig im ASB. Als Vorsitzender der Landesorganisation folgte Erich Kirchner (1921–1992), inzwischen Gewerkschaftssekretär, seinem Vater. Erich Kirchner, aufgewachsen in einer ASB-Familie in einer Erfurter Arbeitersiedlung und 1948 aus seiner Heimat geflüchtet, führte den hessischen Landesverband bis 1990 und war überdies Bundesvorsitzender des ASB von 1964 bis 1979.⁴⁴⁷

7. Walther Apelt, Babelsberg (Nowawes)

Der Außenseiter

Berlin, den 17. September 1903 – Walther Max Hermann Apelt wird in eine in Armut lebende Arbeiterfamilie geboren. Leicht wird es Walther Apelt nie haben in seinem Leben. Die Lebensumstände werden prekärer, als sein Vater Oskar Apelt an einem arbeitsfreien Sonntag plötzlich erblindet. Da die Erblindung an seinem „freien“ Tag eintrat, wurde die Krankheit nicht als Betriebsunfall eingestuft. Oskar Apelt erhielt kaum Invalidenrente und, da er nicht mehr arbeiten konnte, auch keinen Lohn mehr.⁴⁴⁸ Kaum 13 Jahre alt, musste Walther Apelt ein weiteres dunkles Kapitel in seinem Leben überstehen. Im Kriegsjahr 1916 starben seine beiden Eltern an Unterernährung und Walther wurde in einem Waisenhaus in Berlin-Tegel untergebracht.

Apelt schloss die Schule nach der 8. Klasse ab. Danach begann er eine Bäckerlehre, die er im Jahr 1921 beendete. Nun war er zwar Bäcker, aber er gestaltete sein Leben ganz anders. Noch während seiner Lehre entdeckte er sein Interesse an der Politik. 1920 trat er erst dem Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“ bei und noch im selben Jahr schloss er sich der „Sozialistischen Proletarierjugend“ (USPD-Jugend) an. Sein politisches Engagement verstärkte sich, und er entschied ebenfalls 1920 wieder aus der USPD-Jugend auszutreten und sich der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD) anzuschließen, sogar Mitglied der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) zu werden – offenbar sah er hier seine Ideale besser vertreten. Walther Apelt war so überzeugend, dass er fast alle anderen Bäckerlehrlinge zu einem Beitritt in den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der sich für die sozialistische Arbeiterbewegung einsetzte, überredete – mit fast existenziellen Konsequenzen für ihn:

„Während der Lehre wollte mich mein Lehrmeister aus der Lehre entfernen, da ich in der Berufsschule fast alle Bäckerlehrlinge in der Freien Gewerkschaft (ADGB) organisiert hatte, ich wurde aus diesen Gründen vor die Innung geladen und mußte die Verwarnung mit viel Donnerwetter über mich ergehen lassen.“⁴⁴⁹

1921 – nach Abschluss seiner Lehrzeit – ging Walther Apelt auf die Walz, so wie viele Gesellen es nach ihrer Lehre traditionell tun. Er kehrte im Herbst wieder zurück, fand Unterschlupf bei Genossen und hielt sich als Hilfsarbeiter in einer Berliner Tischlerei über Wasser.

Im selben Jahr trat er der Roten Hilfe, dem Arbeiter-Samariter-Bund sowie dem Freidenkerverband bei – alles sozialdemokratische oder sozialistische und der Arbeiterbewegung verbundene Vereine. Später trat Walther Apelt auch dem Roten Frontkämpferbund (RFB) bei, dem Wehrverband der KPD, wo er nebenbei in der Schalmeienkapelle in Berlin mitwirkte.

Wegen der schlechten Wirtschaftslage zu Beginn der 1920er Jahre war Walther Apelt immer wieder arbeitslos. Erst 1928 fand er eine feste Anstellung bei der Deutschen Reichs-

post in Potsdam als Telegrafenerbeiter. In diesem Jahr, am 15. September, heiratete er Anna Ribbeck. Anna war in keiner Partei Mitglied, aber im ADGB organisiert sowie bei der Roten Hilfe und bei den Arbeitersamaritern tätig. Auch der ASB in der aufstrebenden Industriestadt Nowawes, direkt am südwestlichen Stadtrand von Berlin gelegen, war Schauplatz der Fehde zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Bundesvorstand schloss etliche kommunistisch orientierte Mitglieder und auch ganze Kolonnen aus dem ASB aus. Kurz darauf gründete Walther Apelt eine eigene ASB-Kolonne – die „ausgeschlossene Gruppe“ Nowawes: „1929 oder 1930 gründeten wir in Babelsberg die oppositionelle Arbeiter Samaritergruppe „Arbeiter Samariter Berlin (Ausgeschlossene Gruppen)“ deren 1. Vorsitzender ich bis zum Antritt der braunen Horden war.“⁴⁵⁰ Allerdings geht aus dem Schreiben zur „Anmeldung im Vereinsregister“ vom 29. Dezember 1932 hervor, dass zu diesem Zeitpunkt der Bauarbeiter Alfred Kuhlow der Erste Vorsitzende der Kolonne war. Bei der Generalversammlung kurz zuvor war wie üblich der Vorstand von den Mitgliedern neu gewählt worden, Apelt verlor die Position als Vorsitzender. Der Vorstand bestand aus acht Personen, Apelt gehörte weiter dazu wie auch Richard Kuckuck.⁴⁵¹ Im Mai 1933 reichte der Polizeipräsident von Potsdam, Wolf-Heinrich Graf von Helldorff, eine Klage gegen Apelts „ASB-Kolonne (ausgeschlossene Gruppe) Nowawes“ und seinen Ersten Vorsitzenden Alfred Kuhlow ein. Im November 1933 wurde das Urteil über die ausgeschlossene Kolonne Nowawes gefällt und sie wurde endgültig verboten.

„Die Arbeiter-Samariter-Kolonne (ausgeschlossene Gruppe) Nowawes [...] ist nach den amtlichen Feststellungen als eine auf kommunistischen Boden stehende Vereinigung anzusehen. [...] Aus vorstehenden Gründen beantrage ich, der Arbeiter-Samariter-Kolonne (ausgeschlossene Gruppe) Nowawes [...] die Rechtsfähigkeit [...] zu entziehen.“^{44/52}

Richard Kuckuck

Der Zimmermann Richard Kuckuck wurde am 5. Juni 1895 in Bergholz-Rehbrücke – südlich von Potsdam und Babelsberg – geboren. Er besuchte als Kind die Schule in Bergholz und absolvierte in Potsdam eine Ausbildung zum Zimmermann – laut seiner Schwester Emma konnte er in der Lehre auch Aufgaben im Büro erledigen. Nach seiner Lehrzeit ging Richard als Geselle bis an den Rhein auf Wanderschaft.

Während des Ersten Weltkrieges wurde er in die Armee eingezogen. Als er zurückkehrte,

schloss er sich mit 24 Jahren dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) und der KPD Nowawes an. Er war führend an der Gründung des Roten Frontkämpferbundes Nowawes (RFB) beteiligt und gründete zudem als Tarnung eine Schalmeiengruppe – eine Schalmei ist ein Holzblasinstrument – umso die politische Agitation auf dem Land anzutreiben. Durch diese Tätigkeiten kam Kuckuck ins Visier der Polizei, die ihn nun überwachte. Es ist möglich, dass sich Apelt und Kuckuck bei

einer dieser Unternehmungen kennenlernten. Denn von 1932 bis 1933 gehörte auch Kuckuck neben Apelt als Revisor dem Vorstand des ASB „ausgeschlossene Gruppe“ Nowawes an. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 wurde Richard Kuckuck verhaftet, ständig verhört und dabei schwer misshandelt. Trotzdem war er bis zum Jahr 1944 bei der Rüstungsfirma Frieseke & Höpfner in Babelsberg beschäftigt und beteiligte sich hier aktiv im Widerstand. Am 9. Mai 1944 wurde er wiederum durch die Gestapo zu Hause verhaftet und vom Berliner Kammergericht in der Potsdamer Linden-

straße, wegen „Beihilfe zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ sowie der Verteilung von Flugblättern zu drei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt. Zunächst war er in Potsdam, dann in Moabit und Tegel inhaftiert. Danach wurde er ins Arbeitslager Griebow verlegt. Von dort sollte er ins Konzentrationslager nach Halberstadt gebracht werden. Hier verlieren sich seine Spuren. Es ist davon auszugehen, dass er hier starb. Er wurde als Verfolgter des Naziregimes (VdN) anerkannt – seine Schwester Emma Kuckuck erhielt als Hinterbliebene seine Ehrenpension.⁴⁵³

Nach einer Hausdurchsuchung bei den Eheleuten Apelt, wurde Walther Apelt die Stelle als Telegrafeningenieur bei der Deutschen Reichspost im April 1933 gekündigt: „Sie werden hiermit fristlos aus dem Arbeitsverhältnis entlassen, da Sie sich, wie polizeilich festgestellt worden ist, kommunistisch betätigen.“⁴⁵⁴ Apelt legte noch im April Widerspruch gegen die Kündigung ein – erfolglos: „Die [...] Nachprüfung hat ergeben, daß die [...] Kündigung [...] zu Recht besteht, da sich der Verdacht staatsfeindlicher Einstellung bestätigt hat.“⁴⁵⁵

Er selbst äußerte sich nach 1945 folgendermaßen zu der Situation: „Das ich gemäßregelt wurde berichtete ich schon, Arbeit u. Unterstützung gab es nicht, da wie es hieß ‚eigenes Verschulden vorlag‘. – Bei der Polizei mußte ich mich anfangs immer melden.“⁴⁵⁶ Erst zwei Jahre später, 1935, bekam er bei der Ufa, einem Filmunternehmen mit Sitz in Potsdam-Babelsberg, wieder Arbeit. Seit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde die Ufa für die Zwecke der nationalsozialistischen Propaganda und deren Filmpolitik genutzt. Schon im März 1933 wurden vermehrt jüdische Mitarbeiter entlassen. Bei der Ufa gelang es Apelt, wieder Kontakt zu alten Genossen herzustellen. Ab 1937 arbeitete auch sein alter KPD-Genosse Friedrich Toepfer mit ihm zusammen. Laut Aussage von Toepfer haben beide als Stuckateure, also Gipser oder Verputzer, gearbeitet.⁴⁵⁷ Mit dem Genossen Ludwig Rott, der auch in dem Betrieb arbeitete, hatte Apelt ebenfalls guten Kontakt. Erst tauschten die drei nur Informationen aus, die sie vom Sender Moskau im Radio hörten.

„Später als der Krieg ausbrach gingen wir zu Taten über. Bei einer Vertrauensmännerwahl welche per Stimmzettel geheim abgehalten wurde, schrieb ich in Blockschrift: „RFB lebt“ rauf. Darauf war große Aufregung der Werkspolizei überall wurden Schriftproben genommen, aber sie fanden mich nicht.“⁴⁵⁸

Beglaubigte Abschrift

Telegraphenbauamt Potsdam

Wildpark, den 1. April 1933
Fernsprecher Potsdam 2625 und
Sammelnummer 4381

-Pm-
pp.
3 Anlagen

Einschreiben.

Herrn Telegraphenarbeiter A p e l t

N o w a w e s

Rathenaustr. 29

Sie werden hiermit fristlos aus dem Arbeiterverhältnis entlassen, da Sie sich, wie polizeilich festgestellt worden ist, kommunistisch betätigen. Steuerkarte, Invalidenkarte und Arbeitsbescheinigung sind hier beigelegt.

L.S. gez. Unterschrift

Vorstehende Abschrift stimmt mit der Urschrift-
Assertierung- bzw. Abschrift wörtlich überein.
Potsdam, den ... 26. März 1933 ...
Staatl. Notariat Potsdam (Stadt)



D. BR. 37/164 Notar
... 25 DM Geh. bez.

Beglaubigte Abschrift von der am 1. April 1933 erfolgten Kündigung Apelts als Telegraphenarbeiter bei der Deutschen Reichspost wegen kommunistischer Betätigung.

Mit der Aufschrift „Roter Frontkämpferbund (RFB) lebt“ handelte Apelt für seine kommunistische Überzeugung – und das in einem nationalsozialistischen Vorzeigebetrieb. Seiner Ideologie blieb er während der ganzen Zeit des Nationalsozialismus treu, trotz aller Gefahren, denen er sich und seine Frau damit aussetzte. In dem Betrieb wurden Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion eingesetzt. Ihre Hilfsbereitschaft veranlasste ihn und seine beiden Freunde dazu, diese illegal und heimlich mit Essen, Trinken, Tabak und Kleidung auszustatten, auch wenn sie selbst kaum etwas hatten. 1943 nahm Apelt einen französischen Kriegsgefangenen sowie eine junge Zwangsarbeiterin aus der Sowjetunion in seiner Wohnung auf und versteckte sie dort bis Kriegsende 1945.⁴⁵⁹ Zudem hörte er weiter ausländische Radiosender zu Hause und gab die Informationen an Arbeitskollegen weiter:

„Heute erst wird ein [sic!] klar, in welche Gefahr man sich selbst mitsamt der Familie begeben hatte, glücklicherweise waren die Hausbewohner in welchem ich wohnte, dicht und nicht Hitlerhörig.“⁴⁶⁰

Apelt und seine Freunde hörten auf dem Sender Moskau die Sendung „Freies Deutschland“ – hier wurden Adressen von deutschen Kriegsgefangenen durchgegeben. Diese schrieben sie auf

Hilflos. - Außerdem hatte ich viele Utensilien wie Krankenträger, Verbandsmaterial, sowie viele Ausrüstungsgegenstände des verbotenen Arbeiter Samariter Bundes in meiner Wohnung, im Stall u. Boden versteckt gehalten, sodaß als 1945 ich von der Partei den Auftrag erhielt, erneut eine Samariterkolonne in Babelsberg wieder auf die Beine zu stellen, daß Nötigste gleich wieder zur Stelle war. - Vom Sender Moskau hörte ich des

Ausschnitt aus handschriftlichem Lebenslauf Walther Apelts von 1964: Apelt versteckte nach dem Verbot der ausgeschlossenen Gruppe Nowawas durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 Material und Ausrüstung, die er 1945 wieder nutzen konnte.

und schickten Briefe an die Angehörigen in ganz Deutschland. Doch damit nicht genug – die drei fertigten selbst Flugblätter an, die sie dann am Arbeitsplatz auslegten, zudem verteilten sie auch Flugblätter bei der Ufa, die von den Engländern abgeworfen wurden. Walther Apelt erklärte 1964, dass sie ihre Sabotageaktionen ohne Vorgaben, sondern allein nach den Informationen, die sie aus dem Sender Moskau erhielten, planten und nach eigenem Gewissen handelten.

Walther Apelt hatte viele Materialien der ASB-Kolonne seit 1933 bei sich zu Hause versteckt:

„Außerdem hatte ich viele Utensilien wie Krankenträger, Verbandmaterial, sowie viele Ausrüstungsgegenstände des verbotenen „Arbeiter Samariter Bundes“ in meiner Wohnung, im Stall u. Boden versteckt gehalten, sodaß als 1945 ich von der Partei den Auftrag erhielt, erneut eine Samariterkolonne in Babelsberg wieder auf die Beine zu stellen, daß Nötigste gleich wieder zur Stelle war.“¹⁴⁶¹

Die Partei, von der er 1945 den Auftrag erhielt, war die KPD, die unter den Nationalsozialisten verboten worden war. Viele Mitglieder hatten aber im Untergrund weitergearbeitet, wie Apelt selbst auch. In seinem Lebenslauf 1964 schrieb Apelt:

„1945. Zusammenbruch der Braunen Pest. Gleich in den ersten Maitagen fanden wir uns in Babelsberg mit allen anderen alten Genossen wieder zusammen und gründeten noch vor der amtlichen Zulassung unsere Partei [KPD]. Ich erhielt, wie schon angeführt, den Auftrag die Seuchengefahr von Typhus, Ruhr u. Diphtherie zu bannen u. so schnell als möglich eine Samariterkolonne aufzubauen. – Dieses gelang mir in kurzer Zeit zu bewerkstelligen. Mit 2 Fahr-

tragen konnten wir in Babelsberg alle Krankentransporte ausführen. Eine Rettungsstelle in Babelsberg konnte errichtet werden, und außerdem wurde ein Flüchtlingslager (Umsiedler) in Babelsberg von uns errichtet und auch in sanitärer Hinsicht mit Pflegepersonal usw. betreut. Bei dieser ganzen Samariteraktion deren Vorsitzender ich war, infizierte ich mich beim Krankentransport sodaß ich mir eine Lungen Tbc zuzog. – 1947 wurde auf Beschluß der Partei die Samariterkolonne wieder aufgelöst. Die Ausrüstung habe ich unseren bewaffneten Kräften, der Volkspolizei in Potsdam [...] übereignet.⁴⁶²

Walther Apelt war mit der Neugründung einer ASB-Kolonie in Babelsberg – der slawische Name „Nowawes“ verschwand unter den Nationalsozialisten – wieder deren Erster Vorsitzender. Offiziell gab es keine Genehmigung für diese Gruppe, aber in den Wirren kurz nach dem Krieg beschloss die noch nicht offiziell zugelassene KPD, dass ein Sanitätsdienst vor Ort gebraucht wurde. 1947 verfügte die SED, Apelts ASB-Kolonie aufzulösen. Nach der Auflösung der ASB-Kolonie 1947 und damit auch Apelts Hauptaufgabe, arbeitete er beim Städtischen Gesundheitsamt. Am 1. August 1949 wechselte er zu den bewaffneten Organen der Volkspolizei. Er übernahm in beiden Behörden die Tätigkeit eines Sanitäters. Bei der Volkspolizei knüpfte er Kontakte, die ihm halfen, erneut eine ASB-Kolonie zurück ins Leben zu rufen. Egal was passierte – Apelt war nicht gewillt, den ASB aufzugeben. Seiner hartnäckigen Art und seinem großen Einsatz ist es zu verdanken, dass in Babelsberg eine ASB-Geschichte nach 1945 erzählt werden kann. Auch wenn diese Geschichte 1949/50 ein endgültiges Ende nahm.⁴⁶³

Im Oktober 1949 gründete sich die DDR. Im Mai desselben Jahres war die Polizeibehörde in der SBZ erstmals als Deutsche Volkspolizei bezeichnet worden. Dieser Begriff wurde in der DDR weiterhin genutzt. Apelt wechselte nach knapp acht Monaten bei der Volkspolizei am 20. März 1950 zur Staatssicherheit in Potsdam in die Abteilung XIV als Sanitäter und Wachposten.⁴⁶⁴ Er gab in einem Lebenslauf von 1964 an, seine Zeit beim MfS wäre ähnlich kurz gewesen wie die bei der Volkspolizei. Nach knapp vier Monaten hätte er seinen Dienst aus gesundheitlichen Gründen aufgeben und in Frührente gehen müssen.⁴⁶⁵ In seiner MfS-Kaderakte ist jedoch noch im Oktober 1953 von einer Disziplinarstrafe gegen ihn die Rede. Er „hantierte“ mit einer geladenen Waffe und verletzte einen Mitarbeiter.⁴⁶⁶ Im Jahr 1959 verpflichtete sich Apelt erneut beim MfS.⁴⁶⁷ Aus einer Beurteilung über ihn gehen ein Jahr später erstmals seine gesundheitlichen Probleme am Herzen hervor. Laut seiner Personalakte wurde Apelt jedoch erst am 30. April 1964 aus dem Dienst entlassen und erhielt seitdem Invalidenrente.⁴⁶⁸

Über die Beweggründe seiner falschen Angaben kann nur spekuliert werden. Sicher ist, dass er den handschriftlichen Lebenslauf von 1964 als Teil seines Antrages zur Anerkennung



Foto von Walther Apelt aus seiner Kaderakte. Er war von 1950 bis 1964 Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR, Abteilung XIV.

als Verfolgter des Naziregimes verfasste. Inwieweit Walther Apelt freiwillig zum MfS gegangen war oder ob es ihm nahegelegt wurde, bleibt ungeklärt. Apelt fiel jedoch – nur einige Wochen bevor er zum MfS ging – durch kritische Äußerungen gegenüber der SED auf, wie beispielsweise in dem „Bericht über die Besprechung mit dem Arbeiter-Samariter-Verband am 2. Januar 1950“ von der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge (Potsdam). Hier „erklärte er ferner, dass er mit vielem, was die Partei anbetrifft, nicht mehr mitkommt.“⁴⁶⁹ Nicht zu unterschätzen ist, dass diese Quelle von einer Mitarbeiterin der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge verfasst wurde – der Bericht kann als subjektive Sicht einer treuen Genossin über das Treffen gewertet werden. Dennoch wird Apelt sich kritisch geäußert haben.

Hat er häufiger solch kritische Aussagen gegenüber der SED öffentlich ausgesprochen, könnte ihn das in Schwierigkeiten gebracht haben. Denn das wurde von der Partei nicht geduldet. Andersdenkende wurden den verschiedensten Repressalien in der DDR ausgesetzt. Sah das MfS Potential

in einer Person, ihnen zu helfen, an Informationen zu gelangen oder sollte ein unangepasster Bürger ruhiggestellt werden, konnte das MfS sie mit Hilfe von Drohungen wie der Kündigung des Arbeitsverhältnisses, der Verhinderung des gewünschten Studiums oder der Berufslaufbahn oder durch die Bedrohung der Familie, dazu bringen. Hierbei war das MfS flexibel und passte die Repressalien der jeweiligen Person an. Ob Walther Apelt wegen seiner öffentlichen Kritik an der Partei in eine solche Situation kam, bleibt unklar, sollte aber als Option erwähnt werden. Für die Stasi war es zudem leichter, eigene Mitarbeiter als Mitwisser und Geheimnisträger zum Schweigen zu bringen. Fakt ist, dass Walther Apelt in der Hauptabteilung XIV – die ab 1952 für den Betrieb der Untersuchungsgefängnisse des MfS zuständig war – als Schließer gearbeitet hat. Hauptaufgabe waren die Sicherung und Unterbringung der Häftlinge, Gefangenentransporte, der Betrieb der Haftanstalten und die Organisation des Strafvollzuges. Im November 1952 empfahl Apelts Vorgesetzter ihn für eine Beförderung zum Oberfeldwebel, obwohl er als „zu weich den Häftlingen gegenüber“⁴⁷⁰ galt. Beim MfS fungierte

er neben der Tätigkeit als Schließer auch als Sanitäter für die Häftlinge. Hierbei fiel seinem Vorgesetzten im März 1954 eine ‚Schwäche‘ Apelts auf: „der fehlende Klassenhaß den Häftlingen gegenüber, hervorgerufen in seiner Funktion als Sanitäter.“⁴⁷¹

Trat Apelt vor seiner MfS-Mitarbeit noch sehr kritisch gegenüber der Partei und der politischen Situation auf, scheint er sich seit seiner Mitarbeit beim MfS angepasst zu haben. In sämtlichen Beurteilungen wird sein Verhalten „als klassenverbundener Genosse“⁴⁷² gelobt, genau wie sein Engagement als Parteisekretär.⁴⁷³

Walther Apelt war seit 1920 Mitglied der KPD gewesen und blieb sein Leben lang Kommunist. Durch die Zwangsvereinigung der KPD mit der SPD im Jahr 1946 wurde er automatisch Mitglied der SED in der DDR. Er trat aus anfänglicher Überzeugung auch dem FDGB, der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (DSF) und der BSG „Rotation“ Babelsberg bei – einer Betriebssportgemeinschaft in Potsdam, die vor allem durch ihren Fußballverein bekannt wurde. Walther Apelt war jedoch in der Musiksparte aktiv. 1952 trat er auch dem Deutschen Roten Kreuz der DDR bei.⁴⁷⁴

Seit dem 1. Dezember 1949 bis zu deren Auflösung 1953 war Apelt Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Die SED hatte beschlossen, dass es keine eigene Organisation für NS-Verfolgte in der DDR brauche. Ihm schien die Anerkennung als aktiv tätiger Kommunist während der NS-Zeit sehr wichtig gewesen zu sein. Immerhin hatte er unter Einsatz seines Lebens nie aufgehört, für seine Ideale einzustehen und zu kämpfen. So stellte er im Jahr 1964 einen Antrag auf die Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes (VdN):

„Ich war zwar nicht in Haft, hab deshalb aber ebenfalls Kopf u. Kragen gewagt, es kommt hier nicht darauf an irgend eine Rente oder Unterstützung zu beziehen, es kommt hier auf die Ehre an, daß man nicht abseits unserer Bewegung stand, und deshalb bitte ich um Anerkennung.“⁴⁷⁵

Die Bewilligung eines VdN-Antrags hatte auch eine finanzielle staatliche Hilfe zur Folge – Vergünstigungen bei der Gesundheitsversorgung, Wohnraumbeschaffung und ab einem bestimmten Alter eine Ehrenpension, die zusätzlich zur Rente ausbezahlt wurde. Es gab jedoch Richtlinien, nach denen Verfolgte des Naziregimes bestimmt wurden – dazu gehörte auch, wegen der eigenen antifaschistischen Gesinnung mindestens sechs Monate in Haft gewesen zu sein oder erhebliche gesundheitliche Schäden erlitten zu haben.⁴⁷⁶ Die finanzielle Stütze war Walther Apelt weniger wichtig. Er wollte die Ehre dieses Titels und die Anerkennung, seinen Genossen in dieser schweren Zeit geholfen zu haben. Dem Antrag auf VdN legte Walther Apelt auch mehrere Eidesstaatliche Erklärungen bzw. Bürgschaften seiner Genossen bei. Diese bestätigten nicht nur, dass er Kriegsgefangene bei sich aufgenommen hatte, sondern auch seine illegalen Tätigkeiten bei der Ufa.⁴⁷⁷

Nach der Einreichung seines Antrages wurde am 11. Juni 1964 eine Sitzung der VdN-Kreis-kommission einberufen, zu der Walther Apelt auch eingeladen war. Hier wurde ihm mitgeteilt, „[...] daß die Merkmale zu einer Anerkennung als VdN. nicht ausreichen.“⁴⁷⁸ In einem letzten Schreiben an die VdN-Bezirkskommission vom Juli 1964 bekundete Apelt erneut sein Unverständnis über seine Ablehnung:

„Trotzdem ich sowie auch meine Familie sich viele, viele male [sic!] in Gefahr begaben, so war dieses nichts, man müßte hierbei in Haft geraten sein, dann könnte das eventuel [sic!] als Widerstandskampf anerkannt werden. [...] Entweder hat man Widerstand gegen den Faschismus geleistet oder nicht und man ist ein Lügner. Ich versetze mich in Aufregung, welches mir gesundheitlichen Schaden bringt, [...]“⁴⁷⁹

Auch hier war Walther Apelt derjenige, der nicht „hineinpasste“. Sein ganzes Leben begleitete ihn das Gefühl: Erst als Waisenkind, dann als Kommunist „zu links“ für den ASB und im Widerstand in der NS-Zeit. Am Ende reichten sein enthusiastischer Einsatz, sein Idealismus und sein Mut nicht einmal zur Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes im sozialistischen Teil Deutschlands. Nicht nur die „ausgeschlossene Gruppe“ Nowawes, sondern vor allem sein Versuch, den ASB in der DDR neu zugründen, gehörten zu seinem Lebenswerk – jedoch blieb ihm die Anerkennung auch hierfür versagt. Walther Apelt starb am 20. November 1965 in Potsdam kurz nach seinem 62. Geburtstag.

8. Dr. Gyula Grosz, Magdeburg

„Papa Grosz“

Dies ist die Geschichte des „Papa Grosz“ – die Geschichte des jüdischen Arztes in Magdeburg wird einen anderen Ausgang aufzeigen, als die Biografie von Dr. Edith Goldstein, einer jüdischen Kolonnenärztin des ASB im nahe gelegenen Halberstadt, die ebenfalls wie Grosz in einer sogenannten „Mischehe“ lebte, und die 1943 keinen anderen Ausweg als den Suizid durch Gift für sich sah.⁴⁸⁰ Grosz' Leben zeigt einen jüdischen Arzt, der sich durch seine Menschlichkeit und Nähe zu den Armen auszeichnen konnte und seine Zuversicht nicht verlor. Doch gelang es ihm, auch nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder als Arzt Fuß zu fassen und halfen ihm seine Ideale, die ihn in den 1920er Jahren zum ASB geführt hatten, in der SBZ und DDR dabei?

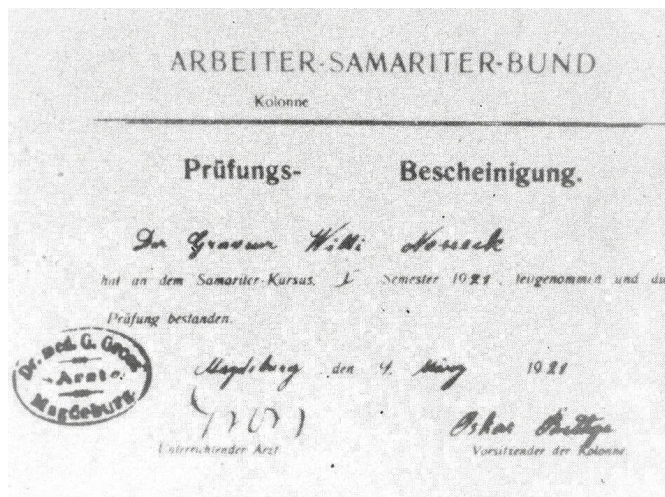
Der Vater von Gyula Grosz, Samuel Grosz, war gebürtiger Ungar und Jude.⁴⁸¹ Er kam durch den Österreich-Preußischen Krieg von 1866 in die Kriegsgefangenschaft nach Magdeburg. Danach beschloss Samuel Grosz als Kleiderhändler in der Stadt zu bleiben und lebte im Armenviertel. Dort teilte er mit den anderen Arbeitern dieselben Nöte und Probleme. Als er seine Frau Pauline Schlesinger kennenlernte, kam er durch ihren Vater in die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“. Paulines Vater war ein engagierter Sozialist.

Gyula Grosz kam am 31. Oktober 1878 in Magdeburg zur Welt – 10 Tage vor der Verkündung der Sozialistengesetze unter Bismarck.⁴⁸² Er wurde in ein Umfeld und eine Zeit geboren, die ihn charakterlich sein Leben lang prägte. Gyula Grosz kam von klein auf mit den Problemen und Sorgen der Arbeiter in Berührung. Obwohl er noch drei weitere Geschwister hatte, musste die Familie nie unter materiellen Sorgen leiden. Sein Vater engagierte sich für andere Genossen, die wegen ihrer Agitationen aus verschiedenen Städten ausgewiesen wurden. Er verhalf ihnen zu neuen Unterkünften und Jobs, seine Tür stand für Genossen in Not immer offen. Gyula Grosz besuchte in dieser Zeit das Kasimir-Gymnasium in Coburg/Thüringen und lebte dort in einer Pension. 1895 kam er zurück nach Hause und ging auf das Magdeburger Domgymnasium. Er bewunderte seinen Vater, dessen Humanismus und Aufopferungsfähigkeit. Er sah ihn immer als Vorbild und die Eindrücke, die er durch seinen Vater sammelte, ließen aus Gyula Grosz später den hilfsbereiten und empathischen Arzt werden, als der er bewundert wurde und wodurch er seinen Beinamen „Arbeiterdokter“ erhielt. Samuel Grosz starb 1893, als Gyula gerade einmal 15 Jahre alt war. Nur zwei Jahre später beschloss er, Arzt zu werden und auf diese Weise die Menschlichkeit, die ihn an seinem Vater so beeindruckt hatte, an andere weiterzugeben. 1897 begann er sein Medizinstudium, das er im Jahr 1904 abschloss – er studierte in Berlin, Breslau, Halle und München.

Während seines Studiums lernte Gyula Grosz die acht Jahre jüngere Marie Schmidt kennen. Sie begleitete ihn nach München und 1904 wurde ihre Tochter Etelka geboren. Seine Mutter

war gegen die Beziehung und vor allem eine Ehe mit Marie, da diese kein eigenes Einkommen hatte und nicht der israelischen Glaubensgemeinde, sondern der evangelischen Kirche angehörte. Mutter Grosz strich ihm sogar das Geld für sein Studium, in der Hoffnung er würde Marie nicht heiraten. Doch Gyula Grosz hielt zu Marie und verdiente sich selbst neben dem Studium Geld. Wegen dieser finanziellen Nöte heiratete das Paar erst 1911. Nach der Heirat enterbte die Mutter ihren Sohn, der daraufhin aus der israelischen Gemeinde ausschied. Er fühlte sich damit zeitlebens wie ein Dissident.

Im Jahr 1906 erhielt Grosz die Approbation und ließ sich 1908 als frei praktizierender Arzt in Magdeburg nieder, wo seine Frau Marie ihn als Sprechstundenhilfe unterstützte. Grosz war Kassenarzt und kümmerte sich nun – wie er es sich immer gewünscht hatte – vor allem um die Arbeiter und deren Familien und behandelte sie oft kostenlos. Unter den Umständen der damaligen Zeit konnten es sich die Arbeiter nicht leisten, krank zu sein, da sie mit Kündigungen rechnen mussten. Außerdem konnte das Krankengeld, was die Arbeiter erhielten, den Lohnausfall für die Krankentage bei weitem nicht ausgleichen. Diese Probleme waren Grosz bewusst und er tat sein Bestes, um den Patienten in seiner Praxis zu helfen. Zudem versuchte er sich ständig weiterzubilden, um bessere Diagnosen stellen zu können. So ging er in den Sommern 1908 sowie 1909 als Volontärarzt an das Zentrale Röntgeninstitut im Wiener Krankenhaus, um sich in der neuen Disziplin der Röntgen- und Strahlentherapie fortzubilden. Er widmete sich der noch jungen Wissenschaft der Röntgenologie, wie diese Disziplin der Radiologie damals bezeichnet wurde, und stellte sie als erster freipraktizierender



Von Dr. Gyula Grosz ausgestellter Prüfungsbescheid des ASB im März 1921 in Magdeburg. Grosz unterrichtete in den 1920er Jahren regelmäßig beim ASB und hielt Vorträge zur Ersten Hilfe.

Arzt in Magdeburg in den Dienst der Diagnostik. Dafür kaufte er teure Geräte für seine Praxis. So wurde Grosz 1910 als Mitglied der gerade neu gegründeten Deutschen Röntgengesellschaft aufgenommen, nachdem er im selben Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte.

Trotz seiner engen Verbindung zum Industriearbeitermilieu war Gyula Grosz kein Kommunist, sondern schloss sich 1919 der linksliberalen „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) an. Diese Gruppe bürgerlicher Demokraten setzte sich vor allem für die erkämpften Rechte und Freiheiten des Volkes aus der Novemberrevolution 1918 ein. Als sich die DDP aber aus dem Bündnis mit der SPD löste, wurde Grosz klar, dass er seine Ideale hier nicht mehr verwirklichen konnte. Nachdem er der SPD 1 000 Mark gespendet hatte, schloss ihn die DDP aus. Grosz zog sich aus der Politik wieder zurück.

Neben der Arbeit in seiner Praxis wollte der Arzt noch auf andere Weise helfen. Er fand eine Aufgabe im Arbeitssekretariat des sozialdemokratischen Magdeburger Gewerkschaftskartells. Hier stellte er Arbeitern ärztliche Gutachten aus, damit sie ihre Invaliden- oder Unfallrente erhielten. Außerdem machte er es sich zur Aufgabe, regelmäßig beim Arbeiter-Samariter-Bund in Magdeburg und Umgebung zu unterrichten und Vorträge zur Ersten Hilfe zu halten.⁴⁸³ Es war ihm wichtig, dass Arbeiter in der Lage waren, sich selbst oder ihren Arbeitskollegen bei Unfällen oder plötzlichen Krankheitssymptomen zu helfen. In den bürgerlichen Kreisen wurde er für den Umgang mit den Arbeitern belächelt, was ihn aber nicht störte. Die Arbeit für den ASB setzte er nur zwischen 1923 und 1926 aus, als er in Berlin war, um sich an der Krebsforschung zu beteiligen. Hier nahm er außerdem das Angebot wahr, an Weiterbildungen in der Röntgenologie teilzunehmen, zum einen am Virchow-Krankenhaus im Wedding und zum anderen in der Charité. Seine Ehefrau Marie ließ sich in dieser Zeit ebenfalls in diesen beiden Krankenhäusern zur Röntgen-Assistentin ausbilden. Die für ihn so wichtige Lehrtätigkeit für den ASB setzte er nach seiner Rückkehr nach Magdeburg fort und musste sie erst mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten und dem Verbot des ASB beenden.

Als das Ehepaar von Berlin nach Magdeburg zurückkehrte, eröffnete Gyula Grosz seine Praxis als „Röntgeninstitut für innere Krankheiten“. Er machte sich nun als Röntgen- und Strahlentherapeur in Magdeburg einen Namen. 1931 wurde er vom gemeinsamen Röntgenausschuss des Vereins Magdeburger Kassenärzte und des Vereins kaufmännischer Berufskrankenkassen zur Röntgentherapie zugelassen – erst für nicht bösartige, kurz darauf auch für bösartige Geschwülste. Nun klopfen auch vermehrt bürgerliche Privatpatienten an seine Tür, dennoch blieb er seinen Prinzipien, seinem sozialen Empfinden und damit den Arbeitern als seinen Patienten treu.

Sein Einsatz für das Arbeitermilieu blieb auch in der Wirtschaftskrise von 1929 bis 1932 bestehen, in der viele seiner Patienten arbeitslos und somit ohne Lohn und Versicherungs-

ansprüche waren. Grosz hatte ein großes Herz und behandelte sie oft kostenlos, verschenkte Medikamente. Für die Kinder hatte der inzwischen als „Arbeiterdokter“ verehrte Grosz immer eine Süßigkeit oder gar einen Groschen übrig und für bettlägerige Patienten ließ er warme Mahlzeiten nach Hause bringen.

Mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten begann eine schwere Zeit für Gyula und Marie Grosz. Ihr Haus konnte das Ehepaar nur behalten, weil Gyula Grosz es auf seine nichtjüdische Frau Marie umschreiben ließ – eine Notlösung, der sich viele Paare bedienten, wenn ein Partner als Jude galt. Nach der Reichspogromnacht im November 1938 verblieb Grosz als einziger jüdischer Arzt in Magdeburg. Die große Zahl anderer jüdischer Ärzte wurde in Konzentrationslager verschleppt oder emigrierte ins Ausland. Eine neue Verordnung der Nürnberger Gesetze von 1938 degradierte alle jüdischen Ärzte, in dem ihnen ihre Approbation und ihr Dokortitel aberkannt wurden und sie nur noch als „Krankenbehandler“ andere Juden medizinisch versorgen durften. Bis zu dieser Verordnung konnte Gyula Grosz seine Praxis weiterbetreiben, dann wurde diese auch geschlossen. Ihm wurde die Kassenzulassung entzogen und der Dokortitel aberkannt, die Röntgen- und Strahlenbehandlungen wurden ihm untersagt und die Geräte konfisziert.

Seine Frau Marie war ihm eine große moralische Stütze, weil sie trotz aller Schikanen zu ihm und ihrer Ehe hielt. Ihr wurde mehrfach nahegelegt, sich als sogenannte „arische“ Frau von ihrem jüdischen Mann zu trennen. Das Ehepaar musste mehrere Verhöre, Überprüfungen und Kontrollen der Gestapo über sich ergehen lassen. Dabei hatte Gyula Grosz sich mit folgender, erniedrigenden Weise zu melden: „Hier *Israel* Gyula Grosz, Krankenbehandler, Registriernummer...“.⁴⁸⁴ Den Namen „Israel“ mussten alle männlichen jüdischen Deutschen ab Januar 1938 als Zweitnamen annehmen und sich damit ausweisen. Viele Verwandte von Grosz, darunter seine zwei Schwestern, wurden von den NS-Behörden nach Auschwitz verschleppt und getötet. Grosz selbst wurde von einem SS-Mann durch Schläge so schwer am Kopf verletzt, dass eine Lähmung bei ihm zurückblieb. Marie fand indes als medizinisch-technische Assistentin nirgends eine Anstellung, weil die Ehefrau eines Juden nicht vermittelt wurde. So musste das Ehepaar Grosz vermehrt ihre Möbel verkaufen, um nicht zu verhungern.

Nachdem Gyula Grosz seine Praxis verloren hatte, nahm er eine leitende Tätigkeit in der Röntgenabteilung am „von Rothschildischen Hospital“ am Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main an. Diese Anstalt wurde jedoch 1941 durch die Nationalsozialisten geschlossen. Er ging nach Magdeburg zurück und versorgte dort bis 1945 Juden ärztlich, die in einer sogenannten „Mischehe“ lebten.

Grosz gab trotz aller Torturen nicht auf, half vielen Leidensgenossen und rettete einigen das Leben, indem er ihnen „falsche“ Diagnosen konstatierte. Einem jüdischen Mann soll Grosz

über Monate hinweg einen Wirbelsäulenschaden diagnostiziert haben, um ihn vor dem Transport ins Konzentrationslager zu retten. Atteste für Transportunfähigkeit stellte Grosz in der Zeit vermehrt aus, um seine Patienten vor der Ermordung in den Konzentrationslagern zu schützen.

Gyula und Maries Tochter Etelka erlebte diese Zeit nicht mehr in Magdeburg. Sie, die selbst als Ärztin tätig wurde, war bereits 1936 mit ihrem Ehemann Martin Grotjahn in die USA emigriert. Warum er nicht denselben Schritt gegangen war, beantwortete Gyula Grosz in den 1970er Jahren seiner Hausangestellten mit den Worten: „Ich bin Deutscher und in Deutschland zu Hause. Hier sind meine Patienten, hier bleibe ich.“⁴⁸⁵

Im April 1945 marschierten amerikanische Truppen von Westen in Magdeburg ein. Erst im Mai besetzte die Rote Armee den ostelbischen Teil von Magdeburg. Der westliche Teil Magdeburgs ging am 1. Juli 1945 an die sowjetischen Besatzungsbehörden.

Nach dem Krieg war Gyula Grosz 67 Jahre alt. Dennoch stand für ihn außer Frage, wieder als Arzt zu praktizieren. Er selbst war von den Kriegsschäden auch schwer betroffen – seine Wohnung in der Mozartstraße und die Praxis in der Kantstraße 12 wurden zerbombt und er lebte mit Marie im Keller.

Er gehörte zu den „Aktivisten der ersten Stunde“ und half beim Aufbau eines neuen Gesundheitssystems in Magdeburg mit, indem er u. a. von Mai bis September 1945 vertretungsweise die Leitung des Strahleninstituts bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse übernahm. Als der eigentliche Leiter aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, eröffnete Grosz wieder seine eigene Praxis und widmete sich der Gesundheit der Bevölkerung und vor allem der Arbeiter. Er erhielt von der SMAD medizinische Geräte aus den Rüstungsbetrieben für seine Praxis. Wie früher, behandelte er seine vielen Patienten oft kostenlos und nahm sich viel Zeit für Patientengespräche, in denen er die Röntgenbilder sowie das Krankheitsbild und den Heilungsprozess ausführlich erklärte.

Auch politisch setzte er sich nun für die Arbeiterschicht ein, wurde im September 1945 Mitglied der SPD und 1946 der SED. Er unterstützte den Aufbau von Gesundheitseinrichtungen, deren Ausstattung mit modernen Geräten sowie die Aus- und Weiterbildung des medizinischen Personals. Trotz seines Einsatzes wurde erst 1947 sein Antrag auf Anerkennung zum Facharzt für Röntgenologie und Strahlenheilkunde vom Ärzteausschuss von der Provinz Sachsen anerkannt. Er setzte sich außerdem neben der Bekämpfung der Tuberkulose auch für die Ausbildung des Nachwuchses von Röntgenologen ein und versuchte zudem, mit Pressenachrichten einen Beitrag zur Gesundheitserziehung der Bevölkerung zu leisten. Nebenher hielt er im Jahr 1949 Vorträge an der medizinischen Fakultät der Universität in Halle. Dies muss großen Eindruck hinterlassen haben, denn im April 1949 teilte ihm der Prorektor der Universität seine Ernennung zum Professor mit Lehrauftrag mit. Für den fast 70jährigen Gyula



Dr. Gyula Grosz und seine Ehefrau Marie am 26.11.1949 anlässlich der Verleihung des Titels „Verdienter Arzt des Volkes“ vom Ministerrat für seine Einsatzbereitschaft.

Grosz war dies die erste öffentliche Auszeichnung für seine Lebensleistung. Er unterrichtete nun das Fach Strahlenheilkunde. Durch sein Engagement als Professor und einige Beiträge in Zeitungen, in denen er sich für die Röntgenologie als Spezialfach an der medizinischen Fakultät aussprach, etablierten sich später an der Universität Halle die Radiologische Klinik und der entsprechende Lehrstuhl dazu.

Dr. Gyula Grosz sah die junge DDR als Chance, die Ideale, die er an sich selbst als Arzt stellte und die einst sein Engagement im ASB begründet hatten, nämlich nicht privilegierten Menschen eine optimale Gesundheitsfürsorge zukommen zu lassen, verwirklichen zu können. Er war Mitglied der DSF und des Kulturbundes und bekannte sich zur politisch-gesellschaftlichen Grundorientierung des neuen Staates DDR. Kurz nach der Gründung der DDR im Oktober 1949, beschloss der Ministerrat, den Ärzten für ihre Einsatzbereitschaft zu danken und entwickelte für deren Würdigung den Titel „Verdienter Arzt des Volkes“. Schnell wurde Grosz für den Titel vorgeschlagen und erhielt damit 1950 auch die staatliche Anerkennung für seine Arbeit. Die Auszeichnungen, Ehrungen und Lehraufträge an der Uni hielten ihn aber nicht davon ab, täglich weiter in seiner Praxis zu arbeiten.

Grosz war stolz darauf, von „seinem“ Staat ausgezeichnet worden zu sein, mit dem er seine Grundprinzipien teilte. Schon 1948 äußerte er sich öffentlich, wie folgt: „Die Sorge um den Menschen steht im Mittelpunkt unserer gesamten Politik. [...] Daß man in der Republik danach handelt, ist bekannt.“⁴⁸⁶

Die Reihe der Auszeichnungen in der DDR ging 1953 mit der Ernennung zum Ehrenmitglied des FDGB vom Vorstand der Kreisgewerkschaftsgruppe Ärzte Magdeburg weiter.

1959 wurde der fast 80jährige Grosz vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Staatliche Verwaltungen, Gesundheitswesen und Finanzen im FDGB zum Mitglied der Zentralen Röntgen-Kommission berufen. Kurz darauf, am 30. Juni 1959, verstarb Gyula Grosz nach längerem Aufenthalt im Krankenhaus und wurde auf dem „Ehrenhain für die Opfer des Faschismus“ in Magdeburg bestattet. Zu seinem Begräbnis erschienen Tausende, die ihrem „Papa Grosz“, wie sie ihn liebevoll nannten, die letzte Ehre erweisen wollten.⁴⁸⁷

Dr. Gyula Grosz erhielt nach seinem Tod eine weitere Würdigung: in Magdeburg wurde 1976 eine Straße nach ihm benannt.⁴⁸⁸ Zu seinem 100. Geburtstag erschien 1978 in der „Magdeburger Volksstimme“ ein Artikel über das Leben und Wirken des Magdeburger „Arbeiterdoktors“.⁴⁸⁹

In den 1950er Jahren wurde Gyula Grosz gefragt, wie er nach allem, was ihm und seiner Familie als Juden angetan wurde, ohne Ressentiment weiter nichtjüdische Patienten versorgen könne. Seine Antwort zitierte er aus Sophokles' „Antigone“: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da.“⁴⁹⁰

9. Dr. Karl Gelbke, Leipzig

„Der Arzt muß dorthin, wo der Mensch ist.“

Am 9. Juli 1899 war Hermann Karl Gelbke im sächsischen Rochlitz in eine Arztfamilie hineingeboren worden, die seit 1778 diesen Beruf ausübte. So wie es ihm in die Wiege gelegt wurde, absolvierte er ab 1919 sein Medizinstudium an den Universitäten in Leipzig, Greifswald und Jena und erhielt im Jahr 1926 die medizinische Doktorwürde.⁴⁹¹

Zur Zeit der Novemberrevolution 1918 war er Soldat. Schon dort zeigte er mit 19 Jahren sein soziales Interesse: Als Sohn eines Arztes versuchte er hier, bewusst Kontakt zu Arbeitern zu knüpfen, um die Ursachen der revolutionären Situation von 1918 zu verstehen.⁴⁹²

Seine Überzeugung war, dass der Arzt dorthin muss, wo der Mensch ist. Er selbst verkörperte diese Idee sein gesamtes Leben lang. Um das Studium finanzieren zu können, arbeitete er während der Ferien als Arbeiter auf der Insel Rügen in der Landwirtschaft sowie im Kanalbau und fuhr einige Wochen als Leichtmatrose auf einem Segelschiff auf der Ostsee. Später schuftete er als Abraumarbeiter im Bergbau und sogar im Mansfelder Kupferbergbau unter Tage. Daran erinnerte er sich noch im Sommer 1949:

„Durch diese Tätigkeiten wurde ich praktisch mit den Problemen des Klassenkampfes bekannt. [...] Das Studium des Lebens der Arbeiter in der Praxis und am eigenen Leibe erleichterte mir wesentlich das Verständnis. Seit dieser Zeit habe ich mich eingereicht in die Kampffront der Arbeiterklasse.“⁴⁹³

Krieg und Revolution von 1918 sowie die Folgezeit brachten ihn zum Nachdenken über die soziale Frage und das Schicksal der Arbeiter in Deutschland: „Seit dieser Zeit habe ich jederzeit die Interessen der arbeitenden Schichten vertreten.“⁴⁹⁴

Während des Studiums lernte Karl Gelbke 1923 die Kommunistin Dina Elpern kennen. Im zaristischen Russland war sie wegen politischer Vergehen inhaftiert worden und kam 1906 als 15jährige Emigrantin nach Deutschland. In Russland noch Anhängerin der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), den Bolschewiki, wurde sie in Leipzig Mitglied der USPD und ab 1919 der KPD.⁴⁹⁵ Dina teilte Gelbkes praktischen sozialistischen Ansatz und vermittelte ihm nun noch die theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie hatte hervorragende Verbindungen zu Genossen und so kam es, dass Karl Gelbke im Hause seiner Frau mit vielen KPD-Mitgliedern aus Leipzig und Berlin sowie russischen Kommunisten Kontakte knüpfte.

Karl Gelbke heiratete seine Dina vier Jahre nach ihrem Kennenlernen und ließ sich im selben Jahr als frei praktizierender Arzt in Leipzig mit ihr nieder. Ihr gemeinsamer Sohn Fritz Gelbke kam 1928 zur Welt. Dina brachte zudem noch drei weitere Kinder aus ihrer ersten Ehe mit.⁴⁹⁶

Kurz nach der Eröffnung seiner Praxis schloss sich Karl Gelbke der KPD an, dies wurde aber nicht offiziell bekannt gemacht, um seine Praxis in diesen Zeiten nicht zu gefährden. Somit begann nicht nur seine ärztliche Arbeit, sondern auch seine politische.⁴⁹⁷ Er wirkte nun aktiv als Mitglied in der Roten Hilfe Deutschland und übernahm Ausbildungskurse beim Rotsport und den Arbeitersamaritern.⁴⁹⁸ Bis zum Verbot des ASB blieb Gelbke Mitglied des Bundes, in dem er gern sein Wissen als Arzt weitergab. Auch im Jahr 1933 war Karl Gelbke noch als Kolonnenarzt in Leipzig beim Arbeiter-Samariter-Bund aktiv. Zudem hielt er in kommunistischen öffentlichen Versammlungen Referate und übernahm an der Marxistischen Arbeiterschule in Berlin (MASCH) Vorlesungen.

Schnell verfügte Karl Gelbke über eine der größten kassenärztlichen Praxen in Leipzig – zu seinen Patienten gehörten fast nur Arbeiter. Das Ehepaar Gelbke besuchte und behandelte Genossen in deren Wohnungen, wenn diese sich bei blutigen Straßenschlachten mit den Nationalsozialisten verletzten.

Als im Jahr 1933 die KPD verboten wurde, erhielt Gelbke von dem Kommunisten Fritz Selbmann, der 1932/33 Mitglied des Reichstages und politischer Sekretär in den Bezirken Oberschlesien und Sachsen war, aber in den Untergrund verschwinden musste, den Auftrag, seine Arztpraxis für die illegale Parteiarbeit und für die medizinische Hilfe der zurückgebliebenen Genossen bzw. Angehörigen verhafteter Genossen zu erhalten. Daran hielt sich Karl Gelbke auch. Jedoch wurde es so unruhig um seine Familie, dass Karl Gelbke sich 1933 dazu gezwungen sah, seine Kinder und Stiefkinder in die Emigration nach Frankreich und Amerika zu schicken. Auch das Ehepaar Gelbke war zu jeder Zeit auf eine Flucht vorbereitet. Grund dafür waren Gerüchte über Dinas jüdische Abstammung. Sie ließen mit Hilfe von Freunden Dinas Urkunden und Pässe fälschen und schafften es, die Gestapo von der Echtheit der Papiere zu überzeugen.⁴⁹⁹

Im Jahr der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten führten viele Fäden der illegalen Arbeit ins Haus der Gelbkes: Da sie ihre Wohnung der Partei als heimliches Quartier zur Verfügung stellten, bauten sie eine sehr breite Verbindung zu vielen Mitgliedern der KPD, bürgerlichen Kräften und der Intelligenz auf, die sich zu unzähligen Diskussionen bei ihnen trafen. Karl und Dina Gelbke hörten fast täglich in den Abendstunden den Moskauer und Londoner Rundfunk und gaben die Informationen an die als Patienten in der Praxis erschienenen Genossen weiter. Auch während der NS-Zeit kümmerte Gelbke sich weiter um seine Patienten aus der Arbeiterschicht, denen er oft heimlich in seiner Praxis half.

Dr. Karl Gelbke war nie in einer NS-Organisation tätig, wurde aber ab 1939 infolge der Kriegsverhältnisse als Luftschutzarzt dienstverpflichtet.⁵⁰⁰ Eines Nachts im Jahr 1941, kurz vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, diskutierte Gelbke noch lange mit Genossen, die auch Ärzte waren. Sie erarbeiteten eine erste Konzeption für die Entwicklung des so-

zialistischen Gesundheitswesens nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland. Dieses Konzept war für Karl Gelbke unmittelbar nach 1945 die Grundlage für den Aufbau des Gesundheitswesens in Leipzig und im damaligen Land Sachsen. Endlich wurde seine lebenslange Überzeugung schriftlich in diesem Konzept als Hauptgedanke festgehalten: *„Der Arzt muß dorthin, wo der Mensch ist.“*⁵⁰¹

Bis 1945 erlebte Karl Gelbke 25 Haussuchungen und wurde achtmal von der Gestapo und SS verhört. Es gab mehrfach Haftbefehle gegen ihn, wobei die letzte Anklage im November 1944 auf Sabotage lautete, weil aufgefallen war, dass er mehrere tausend Spezialarbeiter der Kriegsindustrie sowie Soldaten krankgeschrieben hatte.

Karl Gelbke führte während der gesamten NS-Zeit in seiner Patientenkartei eine genaue Übersicht über die illegal in Leipzig und darüber hinaus wirksamen Genossen. Er konnte jederzeit angeben, wo welcher Genosse und unter welchen Umständen zu finden war. Da Gelbke diese Angaben alle als Krankheiten verschlüsselt hatte, gelang es der Gestapo nicht, irgendwelche Anhaltspunkte zu finden. Mehr als zwanzig Jahre später war er dabei, aus seiner noch erhaltenen Patientenkartei das Netz der illegalen Arbeit in Leipzig zu rekonstruieren. Leider verstarb Gelbke, bevor er diese Arbeit beenden konnte.

Im April 1945 erreichte und besetzte die amerikanische Armee Leipzig. Doch dann kam es anders, als von den meisten Einwohnern erwartet. Nach den Beschlüssen der Jalta-Konferenz gehörte Sachsen zur Sowjetischen Besatzungszone und somit übernahm am 2. Juli 1945 die Rote Armee die alte Messestadt. Das Schicksal der Sowjetunion übertrug sich nun auch auf die von ihnen besetzten Gebiete. Von den Leipzigern wurden die sowjetischen Soldaten als vom Krieg ausgelugt, ohne moderne Technik und rückständig in ihrer Art empfunden. „Die Russen: ärmlich, zerfetzt, abgerissen. Sie hatten nur Pferdewagen, die Masse der Russen aber ging zu Fuß.“⁵⁰² Leipzig und sein Umland waren vor dem Krieg ein Industrie- und Rüstungszentrum – dies nahmen die Sowjets sofort zum Anlass, um mit der Demontage von Betrieben als Reparationszahlung an die Sowjetunion zu beginnen. Ein schlechter Zeitpunkt für das wirtschaftlich geschwächte und zerstörte Leipzig.

Mit dem Einzug der Sowjets und deren politischer Agenda begann nun Gelbkes Karriere außerhalb seiner Arztpraxis. Dr. Karl Gelbke arbeitete bis zum August 1945 in seiner Praxis und wurde dann vom Oberbürgermeister der Stadt Leipzig zum Stadtrat und Amtsarzt und damit zum Leiter des Stadtgesundheitsamtes ernannt. Noch im Juli 1945 erhielt Karl Gelbke von der KPD den Auftrag, das Gesundheitswesen der Stadt Leipzig neu aufzubauen. Darauf war er schon lange vorbereitet und konnte nun seine Konzeption von 1941 aus der illegalen Arbeit endlich in die Realität umsetzen. Die sowjetische Besatzungsmacht stellte ihm als helfenden Berater den Militärarzt Major Schwarew zur Seite. Gelbke ging davon aus, dass der Aufbau eines wirksamen

Gesundheitsschutzes nur in engster Verbindung mit der Bevölkerung funktionieren könne. So organisierte er einen breiten Sanitäts- und Hilfsdienst aus vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern und begann mit der Ausbildung eines Stammes von fortschrittlichen Sozialhygienikern und Gesundheitspolitikern sowie dem Aufbau des Betriebsgesundheitswesens. Außerdem sorgte er für die Errichtung der ersten Polikliniken und organisierte die Gesundheitsämter der Stadt Leipzig. Dafür warb Gelbke ebenfalls freiwillige Hilfskräfte, die besonders die Fabriken und ihre Arbeiter systematisch betreuten. Er stützte sich bei seinen Bemühungen besonders auf die Kräfte des ehemaligen Arbeiter-Samariter-Bundes, die er früher selbst ausgebildet hatte.

Seit 1945 trat er nun auch offiziell als Mitglied der KPD auf. Gelbkes politische Gesinnung fand in der politischen Weltanschauung der Sowjets und somit in den sowjetisch besetzten Zonen großen Anklang. So stieg er die Karriereleiter ab 1945 immer höher. Gelbke wurde nicht nur zum Stadtrat für das Gesundheitswesen, sondern auch zum Mitglied des 1. Stadtparlaments in Leipzig berufen. Er war nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 Mitglied der neuen Partei und fortan auch von vielen Organisationen der neuen politischen Macht, unter anderem des FDGB, der DSF, des Kulturbunds und ab 1952 auch des DRK der DDR.

In kürzester Zeit wurde Karl Gelbke zu einem unverzichtbaren Mann des Gesundheitswesens in Leipzig. Seine Karriere erscheint geradezu mühelos, doch sind die Schattenseiten dieser Zeit nicht zu unterschätzen, schließlich befand sich Gelbke in einer zerstörten Stadt. Neben dem stetigen Abbau vieler Betriebe durch die Sowjets herrschte zudem eine große Hungersnot: „Wir hungerten wirklich schwer. Das Brot hatte einen großen Wassergehalt, im Winter legten wir die Scheiben auf den Ofen und rösteten sie. Immer kam dabei eine Dampfwolke heraus. Die Scheibe war hinterher allemal etwas dünner.“⁵⁰³ Durch die schlechte Ernährung erkrankten viele und die Schwachen starben, auch Neugeborene. In Leipzig starben von den 7 273 Lebendgeborenen des Jahres 1945 fast 16 Prozent – 1 138 Kinder – vor ihrem ersten Geburtstag. 1946 kamen noch immer zehn Prozent ums Leben.⁵⁰⁴ Auch die hygienischen Verhältnisse waren nach dem Krieg in Leipzig katastrophal: „Gerade in der Nachkriegszeit, als die Kriegsgefangenen zurückkehrten, als Hunger herrschte und die Menschen keine Widerstandskraft mehr hatten, verbreiteten sich Seuchen, besonders Typhus und Tuberkulose.“⁵⁰⁵ Zwei große Typhusepidemien musste Gelbke als Stadtrat für das Gesundheitswesen in Leipzig bewältigen. Dafür war er auf seine vorher schon angeworbenen freiwilligen Sanitäts- und Hilfskräfte angewiesen. Der Überlebenskampf ging im Winter 1946/47 weiter – viele Wochen Dauerfrost und bis zu minus 20 Grad – keine Ernte, keine Kohle zum Heizen und keine warme Kleidung. Viele Menschen, die dazu in der Lage waren, flohen in die westlichen Besatzungszonen, in der Hoffnung, es dort besser zu haben.



Prof. Dr. Karl Gelbke (l.) erhielt während seiner Wirkungszeit an der Leipziger Uni mehrere Auszeichnungen wie den „Banner der Arbeit“.

Als Stadtrat für das Gesundheitswesen hatte Gelbke sich grundlegend mit diesen Problemen zu beschäftigen, was unter diesen Bedingungen sicher eine enorme Herausforderung war. Es herrschte ein massiver Mangel an allem und in allen Bereichen des Lebens.

Die SMAD sowie die SED waren von Gelbkes Arbeit offensichtlich begeistert. Im Jahr 1947 erhielt Gelbke einen Lehrauftrag für das Fach Sozialhygiene an der Universität in Leipzig. Von 1948 bis 1952 war er in der Landesregierung Sachsen Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Gesundheitswesen und Mitglied des 1. Volksrates der DDR.

Ihm lag daran, den Typ des sozialistischen Arztes zu schaffen, wozu ihn besonders sein eigenes Leben und Wirken befähigte. Er war nicht nur Arzt, sondern vor allen Dingen auch Berater für viele Familien. Hunderte seiner Patienten wandten sich nicht nur in Bezug auf ihre Krankheit, sondern auch in persönlichen und intimsten Fragen an ihn. Das Ziel verfolgte er sein ganzes Leben und er fand in der Lehre eine Option sein Denken weiterzuvermitteln. Von 1952 bis 1956 erhielt er als Professor den Lehrstuhl für Sozialhygiene und wurde kommissarischer Direktor am Sozialhygienischen Institut der Medizinischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU). Er sah nun seine Aufgabe darin, einen Stamm von Sozialhygienikern auszubilden.

Im Laufe seines Lebens traf Gelbke häufiger auf Soldaten. Zunächst im Ersten Weltkrieg, als er selbst Frontsoldat war, und nun 1956, als er in der NVA die Leitung für die medizinische Verwaltung übernahm, die er systematisch auf- und ausbaute. 1958 schied er im Range eines Oberst der Reserve aus dem aktiven Dienst der NVA aus und wurde vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen zum Ärztlichen Direktor der Medizinischen Fakultät der KMU Leipzig berufen, was er bis 1964 war. Neben all den Ämtern, die er ausübte, künden auch etliche Auszeichnungen, wie der Vaterländische Verdienstorden in Silber, der ihm 1959

verliehen wurde, von seinem Ansehen in der SBZ und DDR. Dr. Karl Gelbke hatte es sich schon in den 1920er Jahren zur Lebensaufgabe gemacht, ein sozialistisches Gesundheitssystem aufzubauen. Seinen Einsatz für den ASB sah er als Instrument auf diesem Weg. In der SBZ und der DDR wurde ihm dies nun ermöglicht, ob mit der Verwirklichung seiner Konzeption in der praktischen Arbeit, in der Lehre und der Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses oder im medizinischen Dienst der NVA.

Das Leben von Karl Gelbke nach 1945 mag angesichts der steilen Karriere unbeschwert wirken. Seine politische Ideologie, die er in diesem Staat verwirklichen konnte, war sicher die Basis dieser Karriere. Er hatte aber in dieser Position auch eine Verantwortung den Menschen gegenüber, die ihr Leben im zerstörten Nachkriegsdeutschland wieder aufbauen wollten.

Dr. Gelbke wurde ab 1945 in viele öffentliche Ämter berufen oder bewarb sich im Laufe der Zeit auf Stellen in Behörden, daher sind unzählige Fragebögen zu seiner Person und selbstverfasste Lebensläufe von ihm zu finden. Interessant an diesen zahlreichen Dokumenten ist, dass er darin sämtliche Mitgliedschaften von Organisationen sowie seine illegale Arbeit für die KPD beschreibt, doch eine Tätigkeit ausspart: Die Ausbildungskurse für die Arbeitersamariter in den 1920er Jahren. Die Vermutung liegt nahe, dass ihm ein eher im sozialdemokratischen Milieu angesiedelter Verband, wie der ASB, der der Vereinnahmung durch Kommunisten in der Weimarer Republik explizit entgegengetreten war, in seiner Vita für seine Karriere bei den kommunistischen Sowjets und deren Nachfolgern in der DDR eher hinderlich erschien. Die alte Fehde zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten sollte keinen Anlass geben, seine Karriere zu zerstören. Bemerkenswerter Weise taucht der ASB in den Jahren, als Karl Gelbke bereits hohe Ämter bekleidet, in seinen Schriften wieder auf. Eventuell war er sich seinem politischen Status nun sicher und traute sich daher, seinen Lehrauftrag für den ASB wieder aufzuzeigen. Da er beim Aufbau des Gesundheitssystems nach 1945 auf die Fähigkeiten der ehemaligen Arbeitersamariter zurückgriff, war er von der Qualität ihrer Arbeit überzeugt.

Karl Gelbke – ein Mann dessen Karriereaufstieg nach 1945 in der sowjetisch besetzten Zone und der DDR erst offiziell begann – starb nach längerer Krankheit am 27. Januar 1965 in Leipzig.



Prof. Dr. Karl Gelbke als Oberst der Reserve der NVA in Uniform vom 22.08.1956. Zwei Jahre später schied er aus dem aktiven Dienst der NVA aus.

10. Prof. Dr. Kurt Gröbe, Gera und Hamburg

Ein Suchender in sechs politischen Systemen

Eine ganz ähnliche Prägung wie Karl Gelbke hatte der sechs Jahre ältere Kurt Gröbe erfahren, der sich, auch aus einem bürgerlichen Milieu stammend, ebenso bereits als Jugendlicher kritisch mit den sozialen Verhältnisse im Kaiserreich auseinandersetzte.

Im Gegensatz zu Gelbke sah Gröbe 1948 seine Zukunft jedoch nicht in den Verheißungen eines sozialistischen Deutschlands, „um nicht zum Verräter meiner politischen Überzeugung und mehr noch zum Verräter an Deutschland und seinen Werktätigen zu werden.“⁵⁰⁶

Der Mediziner flüchtete aus seiner thüringischen Heimat und setzte sein unangepasstes Leben in einem anderen politischen System – dem sechsten, in dem er seinen Platz suchte – fort.

Gröbe war bis 1933 Kolonnenarzt des ASB in Gera gewesen und engagierte sich nach seiner Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone in Hamburg erneut tatkräftig für den ASB, zuletzt als Ehrenpräsident der dortigen Landesorganisation. Gröbes Großvater mütterlicherseits war Sozialdemokrat gewesen. Prägend für den am 25. Dezember 1893 in Crossen an der Elster als Sohn eines Gärtnereibesitzers geborene Kurt Gröbe war aber mehr noch das Schicksal von Verwandten im nahe gelegenen Gera: „Den größten Einfluss aber übten auf mich die sozialen Verhältnisse aus, die ich in der Familie eines Onkels, eines Weberei-Arbeiters in Gera [...] erlebte. 13 Mark Wochenlohn, 7 Kinder, von denen zwei an Tuberkulose schon früh verstarben, Hinterhauswohnung, die Kinder vor Schulbeginn in Bäckereien als Brot- und Brötchenträger beschäftigt, zugleich aber ein üppiges Emporwachsen von Fabrikanten-Villen, Wohlleben usw. Zwei Welten, ursächlich miteinander verbunden: der Reichtum der wenigen, erbaut auf der Armut, dem Elend und der Krankheit der Massen.“⁵⁰⁷

Kurt Gröbe trat schon mit Beginn seines Medizinstudiums in München 1913 in die SPD ein, las das „Kapital“ von Karl Marx und war entschlossen, sich sozialpolitisch zu engagieren. Das Studium musste er dann jedoch parallel zu mehreren Einsätzen als Sanitäter und ab 1917 als Feldarzt im Ersten Weltkrieg unter erschwerten Bedingungen absolvieren. Seine Front-erfahrungen verarbeitete er in autobiografischen Prosatexten. Die Literatur war eine weitere Leidenschaft des politisch engagierten jungen Arztes, der unter den Soldaten bald als „roter Unterarzt“ bekannt war. Nach der Promotion 1921 eröffnete der junge Mediziner in Gera eine eigene Praxis.⁵⁰⁸ Neben seiner ärztlichen Tätigkeit, in der er sich insbesondere den notleidenden Industriearbeitern widmete, machte sich der verheiratete Vater zweier Töchter als Theaterrezensent und Kunstfreund einen Namen. Politisch wieder in der SPD aktiv, engagierte er sich zudem in seiner Freizeit für den ASB als Kolonnenarzt und mit Vorträgen. Inspiriert von der Architektur der Moderne beauftragte der Samariter den bekannten Architekten Thilo Schoder, einen der wichtigsten Vertreter der Architektur- und Städtebaubewegung Neues

Bauen, ihm ein Wohnhaus mit Arztpraxis zu errichten, das Gröbe 1930 nach zweijähriger Bauzeit bezog und bis 1948 bewohnte. Die Praxis von Dr. Kurt Gröbe in der Roschützer Straße 10 war ein Ort, wo sich nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten Verfolgte und Bedrängte einfanden. Er behandelte unter anderem auch die ehemalige KPD-Reichstagsabgeordnete Helene Fleischer (1899–1941) während ihrer Zeit im Untergrund, ehe diese 1934 verhaftet wurde und nach Jahren im Gefängnis und im Konzentrationslager 1941 in der Landesheilanstalt Stadtroda starb.⁵⁰⁹

Die NS-Behörden behielten auch Gröbe selbst ab 1933 im Visier. Per se verdächtig war der ehemalige Sozialdemokrat, wenngleich es ihm gelang, sich nach außen hin politisch unauffällig zu geben und sich so zeitweise der engeren Überwachung zu entziehen. Gröbe engagierte sich nach der Auflösung des ASB inzwischen im DRK. Der Mediziner, der bereits vor 1933 Gedichtbände verfasst hatte, veröffentlichte 1938 seinen ersten Roman. In *Kassenarzt Dr. Konrad Wege* schilderte er die fiktiven Erfahrungen eines jungen Landarztes in einem Dorf in Ostthüringen in den 1920er Jahren. Ohne politische Positionierung gelang es ihm in der Milieustudie dennoch, grundsätzliche soziale und humanistische Fragen populär einfließen zu lassen und zu erörtern. Der Band verkaufte sich reichsweit in mehreren Auflagen so erfolgreich, dass Gröbe 1940 einen zweiten Band über seine Romanfigur Dr. Wege veröffentlichen konnte.⁵¹⁰ Am 4. Januar 1938 bestätigte sodann ein Verwaltungsstellenleiter der NSDAP dem Hauptamt für Volksgesundheit, dass Gröbe, „der weder der NSDAP noch dem NSD-Ärztetbund angehört, politisch sowohl als auch fachlich im nationalsozialistischen Sinne einwandfrei ist“. Am 14. April 1939 teilte ein anderer Kreisamtsleiter mit, dass Gröbe bis Herbst 1938 häufig im „jüdischen Haus Biermann“ zugegen gewesen sei, und urteilte: „Er gehört sicherlich zu den Menschen, die sich heute notgedrungen unterordnen und ihre wahre innere Einstellung verdecken.“⁵¹¹

Kurt Gröbe übernahm die ärztliche Betreuung des Reichsarbeitsdienstlagers Roschütz, einiger Kindergärten und fungierte als Luftschutzarzt von Gera. Ein Beitritt zur NSDAP kam aber für Gröbe nicht in Frage. Der Kreisobmann des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes (NSDÄB), Dr. Läscher, schrieb gleichwohl am 7. Dezember 1939 an den Gauobmann



Dr. Kurt Gröbe, bis 1933 Kolonnenarzt des ASB in Gera, hier in den 1950er Jahren als Ehrenpräsident des ASB Hamburg.

desselben, dass er nicht mal eine Anwartschaft Gröbes in den NSDÄB befürworten könne, weil dieser freundschaftliche Beziehungen zum „jüdischen Haus Biermann“ unterhalten habe. Weiter hieß es zu Gröbes Haltung: „Dem Pg. Schütze gegenüber äusserte er ganz offen, dass er einen Juden genau so schätze und anerkenne wie einen Arier. [...] Es steht jedenfalls fest, dass sich Dr. Gröbe von seinen marxistischen Gedankengängen nicht freimachen kann. Dass dies aus Böswilligkeit geschieht, ist jedoch nicht anzunehmen.“⁵¹² Am 3. Januar 1940 entgegnete ihm der Gauobmann: „Ich stehe im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß jetzt die Erziehungsarbeit des Obmanns des NSDÄB einzusetzen hat, und da weiß ich den Dr. Gröbe bei Ihnen in den besten Händen. Sollte jedoch Herr Dr. Gröbe, nachdem er nun Mitglied unseres Bundes ist, weiter nationalsozialistische Unverständlichkeiten, wie Verkehr mit Juden, zeigen, dann haben wir die beste Gelegenheit, ihn durch das Ehrengericht des NSDÄB zu bestrafen, bzw. ihn aus dem Bund zu entfernen.“⁵¹³

Nach dem Einmarsch der Amerikaner in Gera am 14. April 1945 gehörte Gröbe dem bereits im Mai 1945 in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Behörden gebildeten Stadtrat an. Er war einer von acht Vertretern der SPD in dem 29-köpfigen Gremium. Mit dem Abzug der Amerikaner am 2. Juli 1945 wurde Gera Teil der Sowjetischen Besatzungszone. Dies war nunmehr das fünfte politische System, das Gröbe in seiner Heimat miterlebte. Gröbe, der sich selbst als Sozialist begriff, trat für die SPD bei Massenkundgebungen in Gera auf, wollte den Aufbau eines demokratischen Deutschlands aktiv mitgestalten. Im Restaurant Tonhalle fand am 12. November 1945 die Gründung der „Wirkungsgruppe Gera des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ statt. Gröbe wurde in Gera erster Vorsitzender des Kulturbundes, den Johannes R. Becher mit anderen Intellektuellen im August 1945 in der SBZ gegründet hatte. Die neuen Machthaber förderten ihn, ernannten ihn wegen seiner Verdienste um den Wiederaufbau des Gesundheitswesens im März 1946 zum Professor. Gröbe kandidierte nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD für die SED bei den Landtagswahlen im Oktober 1946.⁵¹⁴ Als er im April 1947 zum Chefarzt der Städtischen Krankenanstalten in Gera mit 1200 Betten ernannt wurde, schien einer glänzenden Karriere nichts mehr im Wege zu stehen. Doch im sozialistischen Teil Deutschlands sah sich der inzwischen von seiner Frau geschiedene Gröbe mehr und mehr Repressalien ausgesetzt, zu wenig angepasst agierte der kluge Kopf aus Gera-Roschütz:

„Je länger ich dem Landtag angehörte und je unverhüllter sich die Ziele der Besatzungsmacht enthüllten [...] desto klarer wurde mir, dass meines Bleibens in der Ostzone nicht für lange sein könne. Propaganda und Wirklichkeit, [...] Lüge und Verrat des eigenen Volkes und der eigenen Klasse, Gewissenszwang bis zur versuchten Anstiftung zum Meineid, [...] immer stärkere Verelendung der Massen, ungeheuerliche Zunahme der Tuberkulose infolge Unter-

ernährung bei gleichzeitiger Gewichtszunahme unserer ‚Befreier‘ hat mir das Leben in der Ostzone zur Hölle gemacht, sodass ich mich vor die Wahl gestellt sah: entweder gleichfalls zum Verräter zu werden, mich verhaften zu lassen, oder alles in einem arbeitsreichen Leben Erworbene, Familie und Freunde im Stich zu lassen und Zuflucht im Westen zu suchen.“⁴⁵¹⁵

Am 3. November 1948 schied Gröbe vorzeitig aus dem Thüringer Landtag aus und wählte wenige Tage später wie etliche andere ehemalige Sozialdemokraten den Weg in den Westen.⁵¹⁶ In Hamburg, wo seine Tochter lebte, konnte er bald am renommierten Universitätsklinikum in Hamburg-Eppendorf mit 55 Jahren seinen beruflichen Weg fortsetzen. Später eröffnete Gröbe im Arbeiterstadtteil Horn noch einmal eine eigene Praxis.

Kurt Gröbe trat in Hamburg erneut in die SPD ein und nahm im September 1949 seine Arbeit für den ASB ebenfalls wieder auf. Der Professor hielt Aufklärungsvorträge vor Arbeitern und Angestellten. An einem Freitagabend im Oktober 1950 beispielsweise war das Restaurant des Hamburger Gewerkschaftshauses völlig überfüllt, als Gröbe zum Thema „Geburtenregelung und Sexualaufklärung“ sprach. Mit seiner sozialpolitischen Analyse, „Eltern mit vielen Kindern haben es schwerer, allen eine gute Ausbildung zu ermöglichen“, traf er den Nerv der Zuhörer und trug zum Erfolg des ASB in der Hansestadt in diesen Jahren wesentlich bei.⁵¹⁷ 1952 ernannte ihn die Landesorganisation Hamburg des ASB zu ihrem Ehrenpräsidenten, was Gröbe mit Stolz erfüllte, wie er 1959 einem alten Weggefährten aus gemeinsamen Zeiten beim ASB in Gera schrieb:

„Es wird Sie interessieren, dass ich Ehrenpräsident der hiesigen großen Arbeiter-Samariterkolonne bin, worauf ich stolz bin. Ich denke noch oft gern an die Stunden in der Arbeitersamariterkolonne Gera zurück und freue mich noch heute über den Eifer, den Sie und andere Genossen bei dem Unterricht und bei dem sonstigen Dienst zeigten. Es waren schöne, wenn auch arbeitsreiche Zeiten, denen leider der Dank versagt blieb, den sie verdient hätten.“⁴⁵¹⁸

Zwei Jahre später legte der politisch weiter suchende, inzwischen 67jährige Gröbe die Ehrenpräsidentschaft beim ASB Hamburg nieder. 1961 war Kurt Gröbe bundesweit in die Schlagzeilen geraten. Die SPD schloss den Hamburger Mediziner Ende Januar 1961 nach kritischen Äußerungen zu den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik aus der Partei aus. Pikant war, dass ausgerechnet das Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* über einen Auftritt Gröbes auf dem „Nationalen Kongreß für Frieden und Abrüstung“ in Weimar berichtete. Für Irritation sorgte überdies die Tatsache, dass der einstige Flüchtling offenbar ohne Schwierigkeiten in die DDR eingereist war. Ferner erklärte die Hamburger SPD, „er habe sich schon seit längerer Zeit durch seine Beteiligung an getarnten kommunistischen Veranstaltungen verdächtig gemacht“.⁵¹⁹



Rückwirkend überreichte Urkunde für 25 Jahre Mitgliedschaft zur Begrüßung von Kurt Gröbe, der sich nach seiner Flucht aus Gera ab 1949 in der ASB-Landesorganisation Hamburg engagierte.

Gröbe nahm dies zum Anlass, seine politische Betätigung zu intensivieren, allerdings nunmehr für die 1960 gegründete Deutsche Friedensunion (DFU), für die er am 11. Februar 1961 in den Vorstand des am gleichen Tag aufgestellten Landesverbands Hamburg gewählt wurde. Unter dem Eindruck des atomaren Wettrüstens sammelten sich Pazifisten, Kommunisten, Mitglieder der christlichen Friedensbewegung und Gegner der Westintegration der Bundesrepublik aus verschiedensten politischen Lagern in der DFU. Das Hauptziel war die Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands außerhalb der Machtblöcke.

Kurt Gröbe wurde auf Platz 1 der Hamburger Landesliste der DFU für die Bundestagswahl 1961 gewählt. Doch der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 wendete die anfänglich günstige politische Stimmung gegen die DFU. Bei den Bundestagswahlen im September 1961 scheiterte sie mit 1,9 Prozent der Stimmen am Einzug in den Bonner Bundestag. Im November 1961 verfehlten Gröbe und seine Mitstreiter ebenfalls klar den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft. Von Beginn an sah sich die DFU dem Verdacht ausgesetzt, aus der DDR finanziert zu werden, Gerüchte, die sich nach 1990 bestätigen sollten: Die DFU war verdeckt aus dem Zentralkomitee derselben SED heraus finanziert worden, derentwegen Gröbe 1948 seine Heimat verlassen hatte.⁵²⁰ Der stets unbequeme und unangepasste Kurt Gröbe starb am 21. August 1967 in Hamburg.

VIII. Der ASB 1952:

**Eine bundesweit anerkannte
und etablierte Organisation**







Am Karfreitag und Karsamstag 1952 kamen über 70 Delegierte aus dem ganzen Bundesgebiet zur ersten ASB-Bundestagung nach 1933 im historischen Fürstenzimmer im Hauptbahnhof von Hannover zusammen. Der Bundesvorstand um Waldemar Olsen konnte zu Recht mit Stolz auf das Erreichte blicken. Der 1933 von den Nationalsozialisten zertrümmerte ASB hatte sich trotz größter Schwierigkeiten und Widerstände binnen sieben Jahren wieder zu einer bundesweit organisierten und anerkannten Wohlfahrtsorganisation entwickelt. Zum Vergleich: Ende 1932 hatte die Mitgliederzahl mit 52 362 Samaritern und Samariterinnen in 1 574 Kolonnen im Deutschen Reich ihren Höchststand erreicht, der Bundesvorstand und 20 hauptamtliche Beschäftigte koordinierten aus dem verbandeigenen Bundeshaus in Chemnitz die Aktivitäten des ASB zwischen Ostsee und Alpen.⁵²¹

Bis 1952 hatten sich in der Bundesrepublik 80 Kolonnen neu gegründet. Der Bund zählte über 8 000 Mitglieder in neun Landesorganisationen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen-Nord, Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern sowie im ASB Berlin.⁵²² Angesichts der schwierigen Startbedingungen nach Kriegsende eine eindrucksvolle Bilanz; gleichwohl wird deutlich, dass der ASB 1952 erst wieder über 16 Prozent seiner Mitgliederzahl zwanzig Jahre zuvor verfügte.

Die erste Bundestagung seit 1931

Letztmals hatte eine Bundestagung des ASB zu Pfingsten 1931 stattgefunden. In Heidelberg hatte man damals beschlossen, die Legislaturperiode für den Bundesvorstand von zwei auf drei Jahre zu verlängern. 1934 wollte man in Halle an der Saale wieder zusammenkommen. Dazu kam es nicht mehr.

Diese erste Bundestagung nach der Wiedergründung am 12. April 1952 bildete gleichsam eine Zäsur, die die Jahre der Improvisation und der Provisorien der Aufbaujahre abschloss und nunmehr den ASB als einen wieder geordneten, demokratisch strukturierten und vitalen bundesweit agierenden Verband präsentierte. Dazu gehörte auch die Wahl des Bundesvorstandes, der seit 1947 als provisorisch galt. Der Bundesvorsitzende Waldemar Olsen wurde ebenso im Amt bestätigt wie sein Stellvertreter und Schriftführer Alfred Thies sowie die beiden weiteren Vorstandsmitglieder Fritz Seitz und Willi Göpel (alle Hannover). Neu wählten die Tagungsteilnehmer Dr. Rolf Munkelt aus Hannover als Bundesarzt, Kurt Scherf aus Marburg als Bundesjugendleiter und Änne Andreas aus Hildesheim als Bundesfrauenleiterin.

Alfred Klühs, Vorsitzender des ASB Berlin, berichtete auf der Bundestagung, dass jedes fünfte Berliner Mitglied im Ostsektor wohne und erinnerte daran, dass ganz Deutschland im



Ostern 1952: Die erste Bundestagung des ASB 1952 in Hannover bildet den erfolgreichen Abschluss der Wiederaufbauphase des ASB in der Bundesrepublik und West-Berlin.

Blick behalten werden müsse: „Ich bin der festen Überzeugung, daß auch der ASB in Ostdeutschland sowie dieses wieder frei ist, wieder entstehen wird.“ Der neue Bundesjugendleiter Kurt Scherf aus Marburg unterstützte diesen Gedanken:

„Es wäre eine außerordentlich gute Werbung für uns, wenn von diesem Bundestag auch etwas in die Städte kommen könnte, die in der Ostzone liegen, denn dort gerade leben noch viele alte Genossen, die auch einmal zu uns gehörten. Darum möchte ich die Genossen aus Berlin bitten dafür zu sorgen, daß etwas über den Sender RIAS Berlin von diesem Bundestag gebracht wird.“⁴⁵²³

Die Delegierten legten fest, die nächste Bundestagung 1955 in Berlin durchzuführen, verbunden mit der Hoffnung, dass dann die Zonengrenze schon der Vergangenheit angehöre.

Fast genau sieben Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands war Hannover als Sitz des Bundesvorstandes genau der passende Ort für die erste Bundestagung. Das einstige Bundeshaus in Chemnitz war schon 1933 von den Nationalsozialisten zunächst beschlagnahmt, später enteignet worden. 1952 lag das alte Zentrum des Arbeiter-Samariter-Bundes unerreichbar fern hinter dem „Eisernen Vorhang“ in der DDR, das Zeitalter des Kalten Krieg hatte längst begonnen. Eine Parallele zwischen Chemnitz und Hannover ist bemerkenswert: Jeweils in politisch sehr unruhigen Zeiten hatten zupackende Persönlichkeiten den Bundesverband in ihre Heimatstadt geholt, Theodor Kretzschmar 1923 nach Chemnitz, Waldemar Olsen 1946 nach Hannover.

Schwierige Rahmenbedingungen

Doch die Rahmenbedingungen, unter denen der Bundesvorstand in Hannover arbeitete, waren nicht ansatzweise so professionell wie zuvor in Chemnitz. Noch bis 1952 war der Bundesverband nur ehrenamtlich tätig, erst im September 1950 hatte man eine Schreibkraft eingestellt. Auch die Bundesgeschäftsstelle befand sich noch immer in der Wohnung von Waldemar Olsen in der Alfred-Wilm-Straße in Hannover, direkt am Lindener Hafen in einer Arbeitersiedlung. Der Umzug in zwei angemietete Räume in der Fössestraße erfolgte erst im Jahr 1953 und war ein erster, kaum hinreichender Schritt.⁵²⁴

Die aufopferungsvollen Hannoveraner, ASB-Motor der ersten Nachkriegsjahre, konnten mit ihrem eigenen Erfolg nicht mehr schritthalten und mussten zur Kenntnis nehmen, wie sich anderorts lokale und regionale Samaritergliederungen professioneller aufstellten.

Zwar befanden sich die ersten „Geschäftsstellen“ fast überall in Wohnungen der ersten Aktiven. Die Landesorganisation Hamburg aber hatte beispielsweise bereits seit November 1949 im Gewerkschaftshaus ein Büro und die Kolonne Ulm unterhielt gar ein Vereinsheim. Daher mischten sich in die Zuversicht bereits seit einiger Zeit Stimmen, die mahnten, dass der rasch wachsende Bund auch eine Veränderung der Strukturen benötige. So hatte der Vorsitzende der Landesorganisation Hessen-Süd, der Fraktionsvorsitzende der SPD in Frankfurt am Main Paul Kirchhof schon im Sommer 1951 nicht nur die finanziellen Nöte des ASB beklagt, sondern auch die Situation des Bundesvorstandes:

„In seinem Schlusswort kommt der Vorsitzende Kirchhof nun noch einmal darauf zu sprechen, daß die B. V. Mitglieder Ohlsen und Thies ja bisher in ihrer Freizeit unter Einsatz ihrer ganzen



Die Wiedergründer der Kolonne Hannover im Mai 1946. Stehend 4. von rechts Waldemar Olsen, 5. von links Otto Villwock.

*physischen und finanziellen Kraft ganz Außerordentliches im Dienste der Samariterbewegung geleistet hätten, was unbedingt anerkannt werden müsse; aber der Bund sei mittlerweile schon so groß geworden und die Arbeiten sind dementsprechend mit gewachsen und häufen sich immer mehr, daß es so, wie bisher, auf gar keinen Fall weitergehen kann. Es muß ein hauptamtlich angestellter Geschäftsführer herbei, der immer und überall für die Interessen des Bundes unterwegs sein muß. Nur so, durch ständige Aussprache mit den zuständigen Stellen und Behörden kann Ersprießliches für den Bund erreicht werden.*⁴⁵²⁵

Mit dieser Forderung nach Professionalisierung stand Kirchhof bundesweit keineswegs allein dar. Und tatsächlich war es kein Versagen des Bundesvorstandes, dass die Bundesorganisation schlechter dastand, als manche Gliederung. Letztere konnten lokal mitunter von vorzüglichen Kontakten in die Kommunalpolitik profitieren. Dies erweis sich auf Bundesebene als weitaus schwieriger, zumal der Bundesvorstand weit entfernt saß von der neuen Bundeshauptstadt Bonn, wo die Entscheidungen über finanzielle Zuwendungen an auf nationaler Ebene agierenden Organisationen getroffen wurden. Es waren insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen, die mit dem Zuwachs von Mitgliedern und Kolonnen divergierten. Gleichsam behinderten die daraus resultierenden Strukturen eine noch positivere Entwicklung des Verbandes; ein Zustand, der sich 1952 noch nicht verändern ließ.

Allein in die Tatsache, dass erst 1952 die erste Bundestagung stattfand, war dem finanziellen Mangel geschuldet gewesen. Eine ursprünglich für 1950 geplante Bundestagung war abgesagt worden, weil sich viele Kolonnen außerstande sahen, die Reisekosten für die Delegierten zu übernehmen.

1950 hatte der Bundesverband bei vielen Firmen Schulden; die Kolonnen konnten nicht immer die Abgaben an die Zentrale in Hannover leisten, weil sie selbst unter Geldmangel litten. Der Bundesverband hatte bis dahin keine Kredite erhalten können und trotzdem sollten die Kolonnen mit dem nötigsten Material ausgestattet, Rundschreiben gedruckt oder auch Fahrten zu Ortsterminen bezahlt werden. Selbst das Aufgeben von Werbeanzeigen in Zeitungen war schlichtweg zu teuer. Kostenlose Aufrufe in den Gewerkschaftszeitungen als zentrales Werbeinstrument erfolgten daher auch noch 1950.⁵²⁶ Lange hatte es vielerorts gedauert, bis der ASB Haus- und Straßensammlungen durchführen durfte und somit Einnahmen außerhalb des Kreises der Mitglieder erzielen konnte. Erst im März 1950 durfte in Schleswig-Holstein das erste Mal gesammelt werden. Bis dahin finanzierten sich die Kolonnen größtenteils durch Spenden von Kommunen, Behörden, Organisationen, Gewerkschaften, Privatleuten oder Firmen.⁵²⁷ Auch hier galt es die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. So war es die Landesorganisation Hamburg, die 1950 den Bundesvorstand dazu drängte, dem Niedersächsischen Finanzministerium zu schreiben, um den ASB als gemeinnützige Organisation anerkennen zu lassen, damit Firmen leichter zu Spenden animiert werden könnten. Am 15. November 1951 erfolgte die Anerkennung.

Wiedergutmachung als Motor für den Aufbau

Die Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 ermöglichte den Durchbruch für den ASB. Zum einen war das Agieren bundesweit viel einfacher möglich, als zuvor in den drei Westzonen mit ihren so unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen. Der Bundesvorstand in Hannover nutzte die Aufbruchstimmung, um über bundesweite Aufrufe vor allem in Gewerkschaftsorganen ehemalige Samariterinnen und Samariter zu ermuntern, sich zu melden und neue Kolonnen zu gründen. Dies erfolgte vielerorts und man stieß darüber hinaus auf etliche Kolonnen und gar eine zweite Bundesorganisation in der französischen Zone, von deren Existenz man bisher nichts gewusst hatte.

Der so mögliche Zusammenschluss der Bundesverbände Hannover und Frankenthal im Januar 1950 war ein wichtiger Meilenstein. Eine zweite Welle von Kolonnenwiedergründungen hatte eingesetzt, viele neue Mitglieder konnten gewonnen werden. Schriftführer Alfred Thies berichtete im Januar 1950 der Kolonne Ulm: „Es ist nicht unsere Absicht, Euch großspurig von

unserer Tätigkeit als Bundesvorstand zu berichten, Tatsache ist aber, dass vor dem Bonnergrundgesetz nur drei Kolonnen in Niedersachsen existierten und das nach dem Inkrafttreten des Bonnergrundgesetzes 47 Kolonnen gegründet wurden bzw. zum Bund gestoßen sind.⁴⁵²⁸ Im April 1950 zeigte sich Thies regelrecht euphorisch: „Der A.S.B. wächst von Woche zu Woche. Eine solch stürmische Entwicklung haben wir nie geahnt, nicht in den Bereich der Möglichkeit gezogen.“⁴⁵²⁹

Zugleich kamen nun endlich die Bemühungen des ASB um Wiedergutmachung für das 1933 von den Nationalsozialisten eingezogene Eigentum und Vermögen voran. Bereits im Rundschreiben Nr. 1 am 1. August 1949 hatte der Bundesvorstand aufgefordert, eidesstattliche Erklärungen über 1933 beschlagnahmtes Vermögen einzureichen. Der Bundesverband strebte an, beim Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf einen Wiedergutmachungsantrag zu stellen. Erste Anträge auf finanzielle Entschädigung beziehungsweise Rückgabe der alten Vermögensgegenstände reichten wiedergegründete Kolonnen auf lokaler Ebene ein. Die Kolonne Lübeck hatte mit ihrem 1949 gestellten Antrag auf Rückerstattung des Kinderheims in Lübeck-Schlutup Erfolg. Das Gebäude in Schlutup war noch vorhanden, im Grundbuchamt Lübeck eingetragen und 1949 durch die AWO gepachtet. Die Einrichtung war 1933 durch die NSV beschlagnahmt worden und ging 1937 in den Besitz einer Maschinenfabrik über. Den Wert im Jahr 1933 schätzte der Vorsitzende der Kolonne Karl Görß in seinem Antrag auf knapp 25 000 RM. Der ASB verzichtete letztlich auf die Rückerstattung der Einrichtung und einigte sich mit der Hansestadt Lübeck vor dem Wiedergutmachungsamt auf einen Vergleich: Der ASB erhielt 8 000 DM.

Im Sommer 1949 beantragte die Kolonne Neumünster in Bad Nenndorf die Rückerstattung des ehemaligen ASB-Heims in Moisburg im Landkreis Harburg. Ende des Jahres übernahm der Bundesvorstand in Hannover die Verhandlungen. Ab 1951 hatte der Bundesvorstand durch seine Satzung allein die Befugnis, in Wiedergutmachungsangelegenheiten Rechtsansprüche zu stellen, weil die ihm angeschlossenen Kolonnen als Unterabteilungen des Bundes keine eigene Rechtsmöglichkeit mehr besaßen.⁵³⁰

Das Heim in Moisburg hatte der 8. Kreis (Hamburg/Schleswig-Holstein) im Jahr 1928 für 33 000 RM von der Domänenverwaltung des Preußischen Staates gekauft. Es sollte als Erholungsheim für Kinder dienen. Im Mai 1933 beschlagnahmte die SA das Heim. Als der Vorsitzende der Landesorganisation Hamburg 1951 im Rahmen des Wiedergutmachungsverfahrens das Heim besuchte, musste er feststellen, dass bei einigen Gebäudeteilen die Dächer undicht waren, Fenster fehlten und diverse Räume, die nicht von Kriegsflüchtlings bewohnt worden waren, „ungepflegt und verwahrlost“ waren. Sämtliches Inventar, das der ASB bis 1933 angeschafft hatte, fehlte. Lange Zeit verhandelte zunächst die Hamburger Landesorganisation,

später der Bundesvorstand mit dem Landkreis Harburg und den Entschädigungsbehörden. Der Bund erhielt vom Kreis Harburg eine Entschädigung für das Grundstück, und erst durch die globale Regelung des Bundesvorstands mit der Oberfinanzdirektion Hannover im Jahre 1960 erfolgte die Entschädigung für das Inventar.⁵³¹

Früher führte das bereits erwähnte wichtige Rückerstattungsverfahren für die Obstfarm in Herchen an der Sieg zum Erfolg. Im September 1945 richtete die Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern im öffentlichen Auftrag ein Altersheim im ehemaligen NSV-Müttererholungsheim ein. Als zunächst die AWO im Juni 1949 in Rücksprache mit ehemaligen Samaritern und mit einer Vollmacht von Mathias Brüggem, dem ehemaligen Bundesausschussvorsitzenden des ASB, ausgestattet einen Rückerstattungsantrag stellte, wehrte sich die Schwesternschaft erbittert, ihr Projekt wieder aufzugeben, allerdings erfolglos. Die Kontrollratsverordnung 50 besagte, „dass das unbewegliche NSV-Vermögen grundsätzlich den früheren Eigentümern wieder zurückgegeben werden soll, wenn die Eigentümer eine politische Partei, Gewerkschaft oder ein caritativer Verband gewesen sind“.⁵³² Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen reichte im Juni 1949 den Rückerstattungsantrag der AWO an den Allgemeinen Organisationsausschuss in Celle weiter, dessen Aufgabe es war, „die Ansprüche politischer Parteien und anderer demokratischer Organisationen auf ehemaliges NS-Vermögen entgegenzunehmen, nachzuprüfen und das Eigentum durch Beschluß zu übertragen“.⁵³³ Im Laufe des Jahres übernahm der ASB-Bundesvorstand in Hannover die Antragsstellung und stattete den Direktor der Wuppertaler Stadtwerke mit einer Vollmacht aus. Dieser hatte die Absicht, dem ASB das Anwesen für Erholungszwecke der Angestellten der Stadtwerke abzukaufen. Da der ASB den Erlös aus dem Verkauf des Anwesens dringend benötigte, war man in Hannover zwar über das Ansinnen der AWO, Ansprüche stellen zu können, aufgebracht, gleichzeitig jedoch froh darüber, dass diese schon einen Käufer ausgemacht hatte. Im Januar 1951 wurde das Grundstück auf die Wuppertaler Stadtwerke übertragen.

Auch die 1929 selbst erbaute Wasserrettungsstation in Berlin-Saatwinkel am Tegeler See erhielt der ASB zurück, eröffnete sie 1951 neu und nutzt sie bis heute.

Zum vorläufigen Ende des Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsprozesses erhielt der ASB 1960 für die aufgelösten Kolonnen auf dem Gebiet der Bundesrepublik 2,5 Millionen DM Gesamtwiedergutmachung zugesprochen. Diese Summe setzte sich unter anderem aus Schadenbeträgen für die unterschiedlichen Kolonnengrößen zusammen. Für 1933 bestehende kleinere Kolonnen, insgesamt 226, erhielt der Bund je 2 500 DM, 8 000 DM für 40 mittlere Kolonnen und je 30 000 DM für 554 größere Kolonnen. Das Geld wurde in Raten an den ASB ausgezahlt, der es an die Kolonnen, die Landesorganisationen und die Bundeskasse verteilte. Die Verfolgung des ASB als Opfer der Nationalsozialisten war anerkannt worden.

Da die Vermögenswerte, die der ASB bis 1933 auf dem Gebiet der späteren DDR besessen hatte, bis 1989 weder rückerstattet noch entschädigt worden waren, meldete der ASB nach der Wiedervereinigung beim Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen Wiedergutmachungsansprüche an und hatte damit, nach teilweise langen Auseinandersetzungen, auch Erfolg. So wurde dem Bund beispielsweise 1996 nach Zahlung einer Ablöse das ehemalige Bundeshaus in Chemnitz und 1995 ein ehemals der Kolonne Bitterfeld gehörendes, bebautes Grundstück rückübertragen.⁵³⁴

Rasanter Aufbruch und Existenznot

Im Herbst 1949 war zunächst weiter Geduld gefragt, denn die Verfahren kamen ja erst in Gang. Dies führte dazu, dass – wie der Bundesvorstand 1952 erklärte – der Bund Ende des Jahres vor dem Bankrott stand. Abgewendet werden konnte dieser durch die finanzielle Unterstützung der Eltern Waldemar Olsens und durch einen Vorschuss der Stadtwerke Wuppertal, die im Rahmen der Wiedergutmachung die Obstfarm in Herchen an der Sieg zu kaufen beabsichtigte.⁵³⁵

In einer Denkschrift, dem Resultat einer ersten Konferenz der ASB-Vorsitzenden aus den verschiedenen Landesorganisationen im Januar 1951 im hessischen Alsbach, formulierte man das künftige Selbstverständnis. Zugleich war das Papier ein verzweifelter Hilferuf an die Öffentlichkeit und Politik:

„Die soziale Notlage des deutschen Volkes und die ungeheuren Gesundheitsschäden geben heute mehr denn je dem ASB seine volle Existenzberechtigung wieder. In der gleichen uneigennützigem Einsatzbereitschaft verfolgt der ASB in weit größerem Maße seine früher gesteckten Ziele. Es ist auch heute wieder mit dem gleichen Wahlspruch: An jedem Ort, zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilfe bereit ein Auf- und Ausbau des ASB erforderlich.

Dabei ist keineswegs beabsichtigt, die Aufgaben des Roten Kreuzes zu beeinträchtigen oder zu übernehmen. Die Aufgabengebiete beider Organisationen sind zum Teil stark voneinander abweichend. Der neu gegründete ASB will mit allen Behörden und Organisationen, die auf demokratischer Grundlage stehen, auf das engste zusammenarbeiten. Es ist eine durchaus politisch und konfessionell neutrale, im Dienste der Menschheit stehende Samariter-Organisation. Zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt der A.S.B. außer den Mitgliedsbeiträgen finanzielle und moralische Unterstützung der Behörden. Es ist nicht beabsichtigt, einen Rechtsstreit über die Rückgabe allen beschlagnahmten Vermögens mit den noch bestehenden Organisationen zu beginnen. Der neu gegründete Bund appelliert an das morali-

*sche Gewissen aller verantwortlichen Stellen und vertraut dabei auf ihr Verständnis, daß vom Bund ein moralischer Anspruch auf Wiedergutmachung geltend gemacht werden kann. [...] Wir wenden uns mit dieser Denkschrift an alle Abgeordneten des Bundes und der Landtage sowie an alle Gemeindevertreter und erbitten ihre Hilfe.*⁴⁵³⁶

Die Aufbruchstimmung und das erfolgreiche Wachsen und Wirken des ASB ging wenig später tatsächlich einher mit einer größer werdenden öffentlichen Wahrnehmung und Anerkennung der Leistungen der Samariterinnen und Samariter. Der Bundesvorstand erhielt dutzende Zuschriften, insbesondere nach Einsätzen auf zahlreichen Großveranstaltungen wie dem Deutschen Sängerbundfest in Frankfurt am Main im Sommer 1951 oder dem Falkentreffen in Hamburg und informierte darüber in seinem Sommerrundschreiben 1951: „Aus allen Ländern der Bundesrepublik erhielten wir Nachrichten, daß sich die Mitglieder auf großen Veranstaltungen hervorragend eingesetzt und damit unter Beweis gestellt haben, daß der Arbeiter-Samariter-Bund eine Einrichtung im deutschen Volkskörper geworden ist, die nicht mehr entbehrt werden kann.“⁴⁵³⁷

Selbst von außerhalb des traditionell sozialdemokratischen Umfeldes kam Zuspruch. So sagte auch der damalige Bundestagesabgeordnete Franz-Josef Strauß von der CSU im Juni 1951 zu, die Anliegen des ASB bei der Bundesregierung zu unterstützen. Die Bundesregierung bewilligte dem Bundesverband 1951 erstmals Zuschüsse, auch die bayerische Staatsregierung sowie die Länder Hessen und Hamburg stellten den Landesorganisationen Gelder zur Verfügung. Die schlimmste finanzielle Krise war überstanden.

Wenige Wochen vor der Bundestagung 1952 hatten die Arbeiter-Samariter zur Kenntnis nehmen müssen, dass trotz aller Erfolge, allen Zuspruchs und ersten Zuwendungen aus Landes- und Bundespolitik der ASB noch nicht auf Augenhöhe mit den anderen großen Akteuren wahr-



Der Bundesvorsitzende Waldemar Olsen (1907-1962) am Rednerpult auf der Bundestagung 1952. Vorne links Jakob Schickendantz (1892-1955), ehemaliger ASB-Vorsitzender in der Französischen Zone.

genommen wurde. Am 31. Januar 1952 ließ das Bundesministerium des Innern den ASB wissen, dass es keine Anerkennung ausspricht und auch keine Verbände zu Spitzenverbänden ernennt, dass jedoch die Verbände, die als Spitzenverbände gelten, in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen sind, und man sich an diese wenden solle. Auch die vom Ministerium empfohlene Aufnahme in deren Arbeitsgemeinschaft verweigerten diese Verbände dem ASB im Oktober 1952. Damit blieb der ASB außerhalb des Kreises von Deutschem Roten Kreuz, Caritas, Diakonischem Werk, Arbeiterwohlfahrt und Deutschem Paritätischen Wohlfahrtsverband. Der unmittelbare Zugang zu den so wichtigen finanziellen Zuwendungen des Bundes blieb dem ASB einstweilen verwehrt.⁵³⁸

Immerhin endete das Jahr 1952 mit einer wichtigen Perspektive für die Zukunft: Im Dezember waren die Verhandlungen mit der Bundesregierung so weit fortgeschritten, dass dem ASB 80 000 DM für den Katastrophenschutz zugesprochen wurden.⁵³⁹

„Genossinnen und Genossen“ oder „Samariterinnen und Samariter“?

Sieben Jahre nach Kriegsende rang der ASB in vielerlei Hinsicht leidenschaftlich um seine Verortung in der jungen Bundesrepublik. Es ging um die Abgrenzung der Aufgabenfelder, um geeignete Schutzkleidungen, um eine Modernisierung der Jugendarbeit und nicht zuletzt um die Verortung im politischen Umfeld. Im Bereich der Mitgliederwerbung wurden die ehrenamtlich tätigen Vorstände in allen Bundesländern mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen über den ASB konfrontiert – innerhalb der Kolonnen, aber auch in der Gesellschaft. Auf vielen Feldern kam es zu Reibereien zwischen vornehmlich älteren Mitgliedern, die auf die Tradition des ASB in der Arbeiterbewegung pochten und jüngeren Aktivisten, die neue Personenkreise ansprechen wollten.

Das Ringen um die künftig geeignete gegenseitige Anrede steht exemplarisch für das demokratische Ringen im ASB um Profil und Zukunftsfähigkeit.

Der ASB bekannte sich seit der Bundestagung 1921 zur parteipolitischen Neutralität, allerdings sah man sich schon 1923 genötigt, klarzustellen, dass eine beitretende Person „auf dem Boden der freien Arbeiterbewegung“ zu stehen habe. Der ASB war bis 1933 klar im linken politischen Spektrum zu verorten, stand der SPD näher als der KPD, versuchte aber sehr konsequent, die parteipolitischen Konkurrenzen aus dem Bund herauszuhalten.

Angesichts der höchst unterschiedlichen Erfahrungen von ehemaligen Samariterinnen und Samaritern in der NS-Zeit und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland war

der ASB bemüht, sich noch offener im demokratischen Spektrum zu verorten. Die Zeit des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung schien vorüber zu sein, überdies bestand ein breiter Konsens im ASB, dass man die gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR ablehnte. Eine Mitgliedschaft in einer Freien Gewerkschaft war anders als vor 1933 nicht mehr Bedingung für die Aufnahme in den ASB. Folgerichtig entschied der Bundesvorstand in Hannover am 24. August 1949, dass die Anrede im Bund zukünftig Samariterin und Samariter lauten solle und nicht wie zuvor Genossin und Genosse. Explizit wurde dies begründet mit der eindeutigen Verortung dieser Anrede in einigen Parteien und nicht zuletzt in der „Ostzone“. In den Rundschreiben des ASB-Bundesvorstandes setzte man dies unmittelbar um. Während das Rundschreiben Nr. 1 vom August 1949 die Leserschaft noch mit „Werte Genossinnen und Genossen“ ansprach, wandte sich das Rundschreiben Nr. 2 vom September 1949 an „Werte Samariterinnen und Samariter“. Diese Änderung rüttelte am Selbstverständnis vieler älterer Mitglieder, es gingen höchst unterschiedliche Rückmeldungen zu diesem Thema ein. Die Konferenz der Vorsitzenden der Landesorganisationen im Januar 1951 bestätigte diese Entscheidung. Gegen Ende der Bundestagung im April 1952 in Hannover, nach stundenlangen Aussprachen zur Jugendarbeit und zur künftigen Bekleidung der Kolonnen, gab es nur noch eine ganz kurze Aussprache zu einem Antrag aus der Landesorganisation Schleswig-Holstein, die auf eine Rücknahme der Abschaffung der alten Anrede zielte. Zeit für eine Diskussion blieb augenscheinlich nicht mehr. Der stellvertretende Vorsitzende des ASB Berlin Alfred Bender meldete sich zu Wort und erklärte: „Es ist bedauerlich, daß durch die Ostzone das Wort „Genossinnen und Genossen“ so verkannt wird. Wir wollen aber unter diesem alten Bundesbanner nicht eine neue Anrede einführen. Wir bleiben Genossinnen und Genossen.“ Die unmittelbar folgende Abstimmung erbrachte eine überraschende und deutliche Mehrheit für den Antrag der Schleswig-Holsteiner. Entsetzt meldete sich der neue Bundesjugendleiter Kurt Scherf aus Hessen zu Wort: „Wisst ihr, daß das Wort Genosse entwertet ist?“⁵⁴⁰ Scherf nahm Bezug darauf, dass der Begriff „Genosse“ durch die Politik der SED in der DDR stark belastet war, jährlich flüchteten Anfang der 1950er Jahre rund 200 000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik. Weder im Protokoll, noch in den sehr detailreichen folgenden Rundschreiben findet sich eine Erörterung oder auch nur Erwähnung dieses Beschlusses. Im Hintergrund kam es aber zu heftigen Diskussionen. Während das Mairundschreiben 1952 des Bundesvorstandes die wieder beschlossene Anrede „Genossinnen und Genossen“ noch direkt umsetzte, eröffnet das Rundschreiben im Juni 1952 mit „Liebe Mitglieder!“ Besonders aus Bayern und Baden-Württemberg gab es scharfe Hinweise, dass in diesen Regionen die Anrede „Genosse“ nicht möglich sei. Auch der Bundesvorstand setzte den unerwünschten Beschluss fortan nicht um, wählte die

neutrale Anrede „Mitglieder“, mitunter auch „Freunde“, die den 1952 per Delegiertenbeschluss abgelehnten Samariterbegriff vermied. Die Gliederungen positionierten sich in der Folge weitgehend gegen den Genossenbegriff. Ein Beispiel zeigt, dass es sich um keine Elitendebatte im Verband handelte, sondern gerade an der Basis intensive Diskussionen liefen. Die Mitglieder der Kolonne in Salzgitter-Bad kamen zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zusammen und sprachen sich einstimmig sogar für eine Umbenennung in „Allgemeiner-Samariter-Bund“, jedenfalls aber strikt gegen eine weitere Ansprache mit Genossen und Genossinnen aus. Der Kolonnenvorsitzende schrieb nach Hannover:

„Der Name ASB bleibt damit bestehen. Wir verfolgen damit den Zweck, unzeitgemäße Bezeichnungen auszuschalten und die breite Masse für unsere Ideale zu gewinnen. [...] Unter der jetzigen Benennung werden wir niemals die Vielzahl der früheren Kolonnen erreichen können. Wenn wir elastisch bleiben wollen, müssen wir auch mit dem neuzeitigen Gedanken mitgehen und nicht stur an dem Alten kleben bleiben. Die Breitenarbeit kann nur dann Erfolg haben, wenn wir Demokratie und nicht Bürokratie treiben. Bei der KPD haben wir durch unsere Anrede und Benennung eine hervorragende Nummer. Wir sägen uns selbst den Ast ab, auf dem wir sitzen, wenn wir weiter so wurschteln. Nach 5jähriger Tätigkeit müssten im Bundesgebiet doch mindestens schon 1000 Kolonnen stehen. [...] Wir [...] haben nur den Wunsch, dass bei den Arterienverkalkten der Kalk langsam aufgehört hat zu rieseln, sonst bleiben wir immer ein Organisatiönchen.“⁵⁴¹

Der Bundesvorstand agierte in dieser Frage zurückhaltend, vermied den offenen Bruch mit dem Mehrheitsbeschluss, nahm aber zugleich die davon abweichende Mehrheitsmeinung in den Gliederungen wahr und sprach erst ab Anfang 1954 in seinen Rundschreiben wieder die „Samariterinnen und Samariter“ an. Das heiße Eisen wurde dann letztmals auf der Bundestagung 1955 in Berlin angefasst. Hier fand endlich eine ausführliche Aussprache statt, die man 1952 versäumt hatte. Kurios: 1952 stimmte man ohne Diskussion ab, auf der Bundestagung 1955 diskutierte man, traf aber in der Sache keine Entscheidung. Man setze darauf, dass die Zeit den Konflikt lösen würde: „Die Entwicklung wird zeigen, welche Meinung richtig war und sich durchsetzt.“⁵⁴²

Dieser salomonische Umgang mit dem Thema vermied weitere Streitigkeiten und sanktionierte letztlich nur den seit 1954 mehrheitlich üblichen Terminus „Samariterinnen und Samariter“. Die Zeit der Bezugnahme auf die Zeit des Klassenkampfes im Alltagsgeschäft gehörte im ASB der Vergangenheit an, die Traditionspflege der Verwurzelung in der Arbeiterbewegung blieb davon unberührt. Erst 1970 tilgte der ASB einen weiteren Anachronismus: Aus den „Kolonnen“ wurden ziviler klingende „Ortsverbände“.

Ausblick

Die auf 1952 folgenden Jahre brachten weitere Weichenstellungen. Als der Bundesvorstand realisieren musste, dass eine Anerkennung als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege Deutschlands nicht zu erreichen sein würde (lediglich die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland erhielt seit 1952 noch diesen Status), prüfte man Alternativen und stellte 1954 den Antrag auf Mitgliedschaft im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband. Seit Februar 1956 ist der ASB Mitglied im Paritätischen, wie zahlreiche andere große gemeinnützige Verbände auch.

Auf der zweiten Bundestagung in West-Berlin im Oktober 1955 konnte sich der Bundesvorstand um Olsen nur knapp im Amt halten. Die Kritikpunkte hatten sich verhärtet, finanzielle Sorgen und strukturelle Schwächen sorgten weiter für interne Konflikte. Die Delegierten beauftragten den Bundesvorstand, die längst überfällige Einstellung eines Hauptgeschäftsführers vorzubereiten. 1956 entschied sich der Bundesvorstand für eine Personalunion und bestellte den Bundesvorsitzenden Olsen zum hauptamtlich tätigen „Geschäftsführenden Vorsitzenden“. Nach dem plötzlichen Tod von Waldemar Olsen im Dezember 1962 kam das Thema wieder auf die Tagesordnung. Der Bundesvorstand beschloss im Februar 1963, künftig einen hauptamtlichen Bundesgeschäftsführer zu bestellen und durch diesen den fortan wieder ehrenamtlichen Bundesvorsitzenden zu entlasten.

Die Bundestagung 1964 in Nürnberg traf dann Entscheidungen, die eine neue Epoche für den ASB einleiteten. Neuer Bundesvorsitzender wurde der 42jährige Erich Kirchner aus Frankfurt, Gewerkschaftssekretär und Vorsitzender der Landesorganisation Hessen, geboren als Sohn des Arbeiter-Samariters Otto Kirchner 1921 in Erfurt. Am 1. April 1964 trat erstmals ein ASB-Bundesgeschäftsführer, der 55jährige Fritz Langhammer aus Kiel, sein Amt an. Nicht zuletzt markierte der Beschluss dieser Bundestagung, den Sitz des ASB-Bundesverbandes aus Hannover in den Raum Köln-Bonn, in die Nähe der Bundeshauptstadt zu verlegen, das Ende der Nachkriegszeit im ASB. 1965 erfolgte der Umzug der Bundesgeschäftsstelle nach Köln, im Juni 1969 konnte das neue Bundeshaus in der Kölner Sülzburgstraße eingeweiht werden.



IX. Resümee

Wiederbeginn 1945/46 in den westlichen Besatzungszonen

Im Herbst 1945 stand noch lange nicht fest, ob das besiegte Deutschland und seine Bevölkerung sich je von den Folgen des Zweiten Weltkrieges erholen würden. Monat für Monat trafen Züge voller Ostflüchtlinge in den Westzonen ein. Zerlumpte, hungrige und unwillkommene Menschen in einem Land, das sich mühsam neu sortierte, in dem das Ringen um das tägliche Auskommen, um Essen und ein wärmendes Dach über den Kopf im Vordergrund standen. In den schwer bombardierten Großstädten, wie Hamburg, Köln, Frankfurt oder Berlin, lebten Zehntausende in den Kellern zerstörter Häuser. Auch Kleingartenkolonien boten Obdach. Wohnraumnot und Versorgungsengpässe mit Lebensmitteln und Brennstoffen dominierten das tägliche Leben. In dieser Situation fanden tatsächlich bereits vielerorts ehemalige Arbeitersamariter zusammen, um sich angesichts der vielfältigen Not zu organisieren, um zu helfen und um Gemeinschaft zu finden. Die Enge und Beschränktheit der Wohnungen und Notquartiere begünstigte zugleich den Wiederaufbau der Kolonnen, denn es drängte die Menschen buchstäblich zur Tür hinaus.

Wer waren diese Menschen? Für die allermeisten lassen sich qualitative Erkenntnisse über ihr Handeln nicht erforschen, da sie keine schriftlichen Spuren hinterlassen haben. Personalakten aus Unternehmen sind in den meisten Fällen nicht überliefert. Ausführlich dargestellt werden konnten Menschen, die in irgendeiner Weise im öffentlichen Dienst tätig waren, sei es als Gärtner, Krankenpfleger oder Arbeiter in einer städtischen oder einer Landeseinrichtung. Über sie wurden Personalakten geführt und archiviert. Außerdem durchliefen sie in der Regel nach 1945 ein Entnazifizierungsverfahren, dessen Unterlagen in Archiven liegen. Auch Geschichten der überlebenden Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Vertreibung in Folge dieser können durch Archivmaterial rekonstruiert werden. In seltenen Fällen kann auf Familienforschungen zurückgegriffen werden.

Die mangelhaften Kommunikationswege bildeten ein zentrales Problem beim Neubeginn. So wie in den Kriegswirren der letzten Monate auseinandergerissene Familien nur mühevoll nach Monaten und Jahren wieder zueinanderfanden, erging es auch den ehemaligen Mitgliedern des ASB. Örtliche Aktivisten wie Hans Haußmann in Ulm versammelten wieder alte Weggefährten in ihrer Stadt. Doch über die eigenen Stadtgrenzen hinaus reichten die Verbindungen der Samariter in der Nachkriegszeit nur selten. Es gab keine natürliche Zentrale mehr, der Bundesverband in Chemnitz war 1933 zerschlagen worden, die Stadt mit der langen ASB-Tradition lag zudem in der Sowjetischen Besatzungszone. Neben den verschiedensten Modellen der Wiedergründung von Kolonnen, die sich an örtlichen Gegebenheiten und den Vorgaben der Besatzungsbehörden orientierten, konstituierten sich völlig unabhängig und ohne Wissen voneinander zwei Bundesverbände.

Der erste Vorsitzende der Kolonne Hannover, Fritz Körner, der noch 1946 verstarb, war seit Ende des Krieges die treibende Kraft in der Niedersachsenmetropole gewesen und beantragte am 24. Mai 1946, einen Tag nach der Gründungssitzung, die Zulassung des ASB beim Oberstadtdirektor und der Britischen Militärregierung. Die Zulassung wurde zum 1. Juli 1946 erteilt, nicht allein für eine Kolonne, sondern für den ASB insgesamt. So war es möglich, am 19. Januar 1947 aus der Kolonne Hannover heraus einen Bundesvorstand in der Britischen Zone zu bilden und Waldemar Olsen zum Bundesvorsitzenden zu wählen

Noch zwei Tage vor den Hannoveranern hatte sich am 22. Mai 1946 Jakob Schickendantz an die französische Militärregierung in Neustadt an der Haardt (heute Neustadt an der Weinstraße) gewandt und um Wiederezulassung gebeten. Im Juli 1946 erhielt Schickendantz die Genehmigung, den ASB in der gesamten französischen Zone wiedergründen zu dürfen. Vertreter von 14 ehemaligen Kolonnen erschienen zu einem Gründungstreffen. Der Bundesleitung in der französischen Zone um Schickendantz gelang aber nur die Gründung von acht Kolonnen, von denen im September 1949 noch ganze sechs existierten.⁵⁴³

In der amerikanischen Zone waren Wiedergründungen nicht in gleicher Weise möglich, nur in Ulm gelang dies schon Anfang 1946 unter dem Dach eines Sportvereins und als Allgemeiner-Samariter-Bund ohne den Terminus „Arbeiter“, den die US-Behörden ablehnten. Erst ab Ende 1948 gelangen hier weitere Gründungen, in der sowjetischen Zone scheiterten die Wiedergründungsversuche letztlich völlig.

Schickendantz Arbeit in der französischen Zone erhielt keine Unterstützung seitens der Gewerkschaften, die sich klar zur AWO positionierten. Anders sah es in der Britischen Zone aus, wie Waldemar Olsen Ende 1949 betonte: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der brit. Besatzungszone ist uns, im Gegensatz zu den Gewerkschaftsbünden in der franz. und amerik. Besatzungszone, ganz besonders gut gesonnen und wir hatten von dort die größte Unterstützung.“⁵⁴⁴ Die Spitzen der SPD und der AWO, die ihre Büros in den ersten Nachkriegsjahren ebenfalls in Hannover hatten, scheuten sich hingegen nicht, den Samaritern deutlich zu machen, dass sie von einer Neugründung des ASB nichts hielten.

Die Betätigungsfelder der ab 1946 wiedergegründeten Kolonnen waren die Begleitung und Erste Hilfe-Absicherung von Sportveranstaltungen, wie Fußball- und Handballspielen, Leichtathletik- und Schwimmwettkämpfen, Radrennen, Box- und Ringerkämpfen. Dazu trat der ASB in Erscheinung bei öffentlichen und kulturellen Veranstaltungen, bei Volksfesten, in Kinderlagern, auf Ferienfahrten von Jugendverbänden, Gewerkschaftsjugendlagern und eigenen Ferienlagern. All dies war nur möglich durch die stete Ausbildung von neuen Ersthelfern, unter denen man manches Mitglied gewinnen konnte, ebenso wie bei der Organisation und Durchführung von Betriebshelferkursen. Sammlungen, Benefizkonzerte und gezielte Mit-

gliederwerbung bildeten die Basis, um die vielfältigen Aufgaben mit adäquater Ausrüstung wahrnehmen zu können.

Gescheiterter Neuanfang in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR

Der Wiederaufbau des ASB in der Sowjetischen Besatzungszone war nicht nur ein Anliegen ehemaliger Samariterinnen und Samariter zwischen Ostsee und Erzgebirge, sondern angesichts der früheren ASB-Hochburgen Sachsen und Thüringen auch gar nicht anders vorstellbar für viele alte Weggefährten in den westlichen Besatzungszonen.

Fritz Brandes, der 1913 die ASB-Kolonie in Braunschweig gegründet hatte und 1946 auf der Suche war nach überregionalen Ansprechpartnern, um die Kolonie wiederzubeleben, berichtete dem Bundesvorstand 1949 von seiner Herangehensweise: „Ich habe mich einmal 1946 nach Chemnitz gewandt und habe doch nur von der ‚Volkssolidarität‘ eine ganz kurze Antwort bekommen. Auf eine neue Anfrage, ob noch ein Bundesverband vorhanden sei, blieb ich ohne Antwort.“⁵⁴⁵

Brandes hatte seinen Brief an die Adresse des 1928 eingeweihten ASB-Bundeshauses in Chemnitz gesandt. Dieses war im Mai 1933 von der SA besetzt worden, wenig später erfolgte die Enteignung. 1946 nutzte bereits die in der Sowjetischen Besatzungszone neu gegründete ‚Volkssolidarität‘ das Gebäude, weswegen Brandes von dort zunächst eine knappe Antwort erhielt, dass der ASB dort nicht mehr ansässig sei. Brandes Schreiben belegt auch, dass man trotz aller Informationen über die Lage in der SBZ jedenfalls in Braunschweig durchaus davon ausging, dass auch dort Wiedergründungen erfolgten. Der ambitionierte Ulmer Kolonnenchef Hans Haußmann wandte sich 1946 oder 1947 schriftlich an den FDGB in Ost-Berlin. Haußmanns Kontaktaufnahme mit dem FDGB war augenscheinlich ebenfalls von der Überzeugung getragen, dass in der SBZ bereits Wiedergründungen des ASB erfolgt sein müssten.⁵⁴⁶

Gleichwohl sollte es für den ASB in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR keine Zukunft geben. Anders als direkt nach Kriegsende von einigen alten Samaritern, insbesondere dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Theodor Kretschmar in Chemnitz, vermutet, hatte nun nicht die Stunde des ASB geschlagen. Kühne Hoffnungen, möglicherweise sogar die Verhältnisse des Jahres 1933 umkehren zu können und an die Stelle des Deutschen Roten Kreuzes zu treten, das seinerzeit von der Zwangsauflösung der ASB-Kolonnen vielfach profitiert hatte, erwiesen sich als trügerisch. Mehrere lokale Wiedergründungsversuche

ehemaliger Samariter scheiterten. Solche sind überliefert für Chemnitz, Leipzig, Plauen und Babelsberg, uneindeutige Hinweise gibt es für Mühltroff.

Im Oktober 1949 verfasste der alte Samariter Walther Apelt eine neue Satzung für den „Arbeiter-Samariter-Bund in der Deutschen Demokratischen Republik“ mit Sitz in Babelsberg und verfolgte damit einen überregionalen Anspruch. Dieser kühne Plan sah allerdings den ASB nicht als eigenständige Organisation, sondern angeschlossen an den FDGB.⁵⁴⁷

Das Scheitern all dieser Initiativen hing letztlich nicht mit Faktoren vor Ort zusammen. Die Sowjetische Militäradministration Deutschland und später auch die SED zielten nicht darauf, ein System mit unabhängigen Wohlfahrtsverbänden zu etablieren. Die Zentralisierung aller Organisationen ermöglichte es, Andersdenkende jeglicher Art auszuschalten.

Es fanden sich keine exponierten Personen mit Einfluss in der SED, die eine Wiedergründung des ASB als Option für die ganze SBZ oder gar die DDR verfolgt hätten. Auch zum Teil zu hochdekorierten Parteikadern aufgestiegene Altsamariter setzten auf ein gänzlich neues, staatlich verankertes sozialistisches Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, wie die Beispiele Karl Gelbke in Leipzig und Gyula Grosz in Magdeburg zeigen. Die Neugründung des DRK in der DDR wiederum war lange nicht vorgesehen gewesen, sondern 1952 vor allem eine Reaktion auf die Anerkennung des DRK der Bundesrepublik durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes. Ein DRK konnte in der DDR nur reüssieren, weil der kleinere deutsche Staat im Ringen um internationale Anerkennung dessen Namen brauchte, um Zugang zum weltweiten Netzwerk des Roten Kreuzes zu erreichen. Das DRK der DDR berief sich später gern in Festreden auf die antifaschistische Tradition des ASB, betonte ihn mitunter als eine wichtige Wurzel.

Trotz der für den ASB so nachteiligen Entwicklungen in der DDR richteten die Delegierten der ersten ASB-Bundestagung 1952 in Hannover ihren Blick weiterhin auf die andere Seite der trennenden innerdeutschen Grenze. Alfred Klühs, Vorsitzender des ASB in West-Berlin, erklärte: „Ich bin der festen Überzeugung, daß auch der ASB in Ostdeutschland, sowie dieses wieder frei ist, wieder entstehen wird.“⁵⁴⁸ Die Konferenz setzte ein Zeichen und vergab die nächste ASB-Bundestagung für das Jahr 1955 trotz beschwerlicher Reisewege durch Grenzkontrollen nach West-Berlin.

Alte und neue Mitglieder

Nach zwölf Jahren NS-Herrschaft waren die Milieus in den westlichen Besatzungszonen nicht mehr in ähnlicher Weise homogen, wie noch zu Zeiten der Weimarer Republik. Insbesondere das Arbeitermilieu und die kleinen Angestellten suchten noch ihren Platz in der sich neu

konstituierenden Gesellschaft, nachdem sie sich bei den Straßenkämpfen, die der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten vorangegangen waren, schon auf unterschiedlichen Seiten wiedergefunden hatten. Eine eindeutige politische Verortung der Arbeiterschaft war mithin nicht mehr gegeben. Befragungen zur ersten Hamburger Bürgerschaftswahl seit 1932, die im Oktober 1946 stattfand und von der SPD mit großem Abstand gewonnen wurde, ergaben ein erstaunliches Ergebnis. Inhaltliche Begründungen führten die wenigstens SPD-Wähler an, sondern sie hatten ihre Wahlentscheidung mehrheitlich nach dem Ausschlussprinzip getroffen, wie ein schwedischer Journalist, der im Herbst 1946 durch Deutschland reiste, ernüchert resümierte: „Die CDU kommt nicht in Frage, da man nicht religiös ist, die Kommunisten gehen nicht, da man Angst vor den Russen hat, die liberale Partei ist zu klein, um überhaupt eine Rolle spielen zu können, die konservative Partei ist zu unbekannt, bleiben also die Sozialdemokraten.“⁵⁴⁹

So musste auch der ASB seinen gesellschaftlichen Platz – schon zwischen den Weltkriegen ein stetes Ringen – völlig neu sondieren. Eine formell organisierte sozialdemokratische Subkultur, das einstige traditionelle ASB-Umfeld, bildete sich nach 1945 nicht mehr. Das ehemals charakteristische Freizeitvereinswesen wurde ebenso wenig rekonstruiert wie die alten Formen des Genossenschaftswesens.⁵⁵⁰ Infolge der Zerschlagung des sozialdemokratischen Milieus während der NS-Gewaltherrschaft, damit eng verknüpfter Erosionsprozesse und des Wandels der SPD nach dem Ende des Krieges zur Volkspartei erlangten die Umfeldorganisationen der Arbeiterbewegung nach 1945 nicht mehr ihre einstige Stärke.

Der ASB stand ziemlich alleine da mit dem Ansinnen, sich als „Freizeit-Organisation“ der Arbeiterschaft deutschlandweit wieder aufstellen zu wollen. Neben den „Naturfreunden“ und dem „Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität“ gründete sich keine weitere große Organisation der Weimarer Zeit wieder. Auch auf lokaler Ebene blieb die parallele Gründung von bürgerlichen und Arbeitervereinen zumeist aus, stattdessen schloss man sich vielerorts zusammen. Dieses Vorgehen folgte den Beschlüssen eines Treffens ehemaliger Funktionäre der Verbände der „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege e. V. (ZK)“, dem bis 1933 auch der ASB angehört hatte. Wie im Sportlichen zeigte sich diese Einstellung auch im kulturellen und sozialen Bereich. Eine Ausnahme bildete die Arbeiterwohlfahrt, die bereits 1946 ihre Arbeit wieder aufnahm und seit 1949 zu den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege gehört.

Im ASB waren die Motoren der Wiedergründungen nach 1945 vornehmlich ehemalige Samariterinnen und Samariter. Dies spiegelt den Wiederaufbau der Parteien und Gewerkschaften, der ebenfalls vor allem das Werk einer „alten Garde“ war, die schon vor 1933 Funktionen ausgeübt hatte.⁵⁵¹ Es gab wenige Ausnahmen, wie die Kolonne in Bremen, wo ein 23jähriger Aktivist die Wiedergründung vorantrieb und die ehemaligen Samariterinnen und

Samariter erst überzeugen musste. Die erste Mitgliederliste von 1950 enthielt keine Namen von ehemaligen Mitgliedern. Allerdings blieben die Neumitglieder nicht lange dabei, was bereits im Februar 1951 zum vorläufigen Aus der Kolonne führte. Als sich schließlich mehrheitlich Altmitglieder wieder zusammengefunden hatten, gelang Ende 1952 eine erfolgreiche Wiedergründung.

Erst 1949 kam es zu einer ersten Neugründung, also einer Kolonne, die nicht auf eine Tradition vor 1933 aufbauen konnte. Dies geschah bezeichnenderweise am Industriestandort Salzgitter, den erst die Nationalsozialisten ab 1937 errichtet hatten. Eppstein im ebenfalls industriell aufstrebenden hessischen Rhein-Main-Gebiet folgte 1950.

Nach den frühen Bemühungen seit Herbst 1945 erreichte der ASB eine wirkliche Breitenwirkung erst wieder mit der Gründung der Bundesrepublik ab 1949. Bemerkenswert ist, dass die einzelnen Kolonnen in den Jahren bis 1949 zumeist auf sich allein gestellt waren, wenn überhaupt nur von der Existenz einzelner anderer Kolonnen wussten, aber keinen Überblick über die Gesamtsituation des ASB hatten. Das Wissen um die Existenz der Bundesverbände in Hannover und Frankenthal war bis zum Rundschreiben der Hannoveraner im Sommer 1949 überregional nicht gegeben, man wusste nicht einmal voneinander. Erst im Mitteilungsblatt der Gewerkschaften Hessen-Pfalz vom September 1949 las Schickendantz den Aufruf des Bundes in Hannover und nahm daraufhin Kontakt auf. Am 15. Januar 1950 trafen sich beide Bundesvorstände in Eschborn. Die Vereinigung erfolgte durch den Beitritt des Bundesverbandes in Frankenthal mit seinen sechs Kolonnen zum Bundesverband in Hannover. Im Sommer 1949 setzte mit der Werbekampagne des Bundesvorstandes in Hannover eine rasante Entwicklung ein: Ganze zehn Kolonnen existierten Ende 1948, vier Jahre später waren es bereits 80.

Einige Kolonnen gründeten sich zunächst innerhalb der AWO wieder, wie zum Beispiel 1946 Braunschweig und Wuppertal, oder agierten wie Ulm als Abteilung eines Sportvereins. Etliche Gründungsversuche scheiterten auch: Durch die kostenlosen Aufrufe des Bundesvorstandes in den verschiedenen Gewerkschaftszeitungen kamen viele Zuschriften mit der Ankündigung von Wiedergründungen. Manche führten nicht zum Erfolg, wie die Beispiele Schwerte und Witten in Nordrhein-Westfalen oder Reinheim und Roßdorf in Südhessen zeigen. Und mehr noch: Längst nicht bei allen alten Samaritern stießen die Wiedergründungen auf Zustimmung. Andreas Scherber aus Lauf an der Pegnitz war bis 1933 Leiter des ASB-Kreises in Nordbayern gewesen und 1950 SPD-Abgeordneter des Bayerischen Landtags, als er dem Bundesvorstand mitteilte, dass er „nach dem Zusammenbruch“ alle ehemaligen Kolonnen und Funktionäre kontaktiert habe und auf keinen Zuspruch, den ASB wiederaufzubauen, gestoßen sei.

Die Masse der Mitglieder setzte sich bis 1952 aus Männern und weit weniger Frauen zusammen, trotz der andauernden Kriegsgefangenschaft vieler Männer und der seit 1945 gesellschaftlich viel sichtbareren Rolle der Frauen im öffentlichen Leben. Der Bundesverband erkannte, dass ein nachhaltiger Erfolg aber nur mit neuen, jungen Kräften möglich sein würde. Die jüngeren Mitglieder waren jedoch nicht mehr durch die Weimarer Arbeiterbewegung, sondern durch Hitlerjugend, Krieg und Arbeitslosigkeit geprägt. Die Folge waren Konflikte mit den Älteren, da ihnen deren Klassenkampf Erfahrung und Traditionsrahmen fremd waren. Doch die gruppenspezifischen Lebensbedingungen der Arbeiter hielten über das erste Nachkriegsjahrzehnt hinaus an. Die im Betrieb fehlende Selbstbestimmung fanden Jung und Alt im ASB. Es kamen nun aber auch Menschen zum ASB, die man dort bis 1933 keinesfalls verortet hätte. Für manchen mag sich die Mitgliedschaft im vermeintlich roten ASB gut in der Vita gemacht zu haben. Den meisten wird man aber unterstellen dürfen, dass sie sich den Zielen des ASB verpflichtet fühlten, hier eine Aufgabe und eine Gemeinschaft vorfanden, die Halt gab in einer entbehrensreichen Zeit. Weihnachtsfeiern und Sommerfeste der Kolonnen wurden mit großer Kreativität vorbereitet, bildeten Höhepunkte im Jahreskalender und erzeugten ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Nicht zuletzt organisierten umtriebige Vorsitzende und Mitglieder mitunter auch Mangelwaren oder ermöglichten die Teilnahme an Veranstaltungen, zu denen ohne dieses ehrenamtliche Engagement ein Zugang unmöglich gewesen wäre.

Mehrere Beispiele belegen, dass insbesondere jene wiedergegründeten Kolonnen sich gut entwickelten, die breitere Bevölkerungsschichten ansprachen, als das gewohnte Gewerkschaftsmilieu im sozialdemokratischen Umfeld. Der Blick auf die Entnazifizierungsverfahren ergab den Befund, dass beim Aufbau des ASB augenscheinlich im Miteinander der Arbeitssamariter die Vita der Jahre 1933 bis 1945 eine untergeordnete Rolle spielte. Und dies trotz der bitteren Erfahrungen, die mancher hatte machen müssen. Auch im ASB dominierte der Zeitgeist des „Nach-vorne-Schauens“, auch im ASB fragte man nicht nach dem „Woher?“. In bemerkenswerter Weise war in einer Kolonne augenscheinlich genug Raum für Menschen, die bis zum 8. Mai 1945 auf ganz verschiedenen Seiten gestanden hatten.

Aber wie im Fall der Kolonne Ulm war auch das Wissen um belastete Lebenswege für Genossinnen und Genossen im ASB, die unter der NS-Herrschaft persönlich gelitten hatten, kein Grund für Streitigkeiten oder gar Austritte. Die Landesorganisation Berlin hatte festgelegt, dass nur Mitglied werden konnte, wer eine Mitgliedschaft in der NSDAP gegebenenfalls mit dem Aufnahmeantrag von sich aus bekannt gab, eine Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation war ausdrücklich kein Grund für eine Nichtaufnahme. NSDAP-Mitglieder sollten im ASB lediglich fünf Jahre keine Funktion ausüben, diese Regel wurde jedoch nicht immer eingehalten; Otto Villwock in Hannover war eine dieser vorkommenden Ausnahmen. Es konnte kein Fall

festgestellt werden, dass eine ASB-Kolonne jemandem wegen der Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen die Aufnahme verweigerte oder ein Mitglied ausschloss. Der politische Neutralitätsanspruch, der schon bis 1933 eine große Rolle gespielt hatte, war hier ein wesentlicher Aspekt.

Zum Ausschluss von Mitgliedern kam es aus anderen Gründen: das Nichtbezahlen von Mitgliedsbeiträgen, persönliche Bereicherungen an Kolonnenbesitz, „bundesschädigendes Verhalten in der Öffentlichkeit“ wie Trunkenheit, das Nichttragen von Schutzkleidung, Schlägereien oder auch wegen Verstößen gegen das Sittlichkeitsempfinden. Auch die Veruntreuung von Kolonnengeldern durch Vorsitzende oder Vorstandsmitglieder kam vor und führte ebenfalls zu Ausschlüssen.

Der Aufnahme von KPD-Mitglieder stand der Bundesvorstand hingegen sehr skeptisch gegenüber. Die langjährigen Reibereien und Abspaltungen der 1920er Jahre wirkten ganz offensichtlich noch nach. Kommunisten wurden als potentiell Problemklientel identifiziert. Am 8. Mai 1951 erklärte der Bundesvorstand, dass man vorläufig keine Verbindung zu KPD-Mitgliedern aufnehmen würde, begründete seine Entscheidung damit, dass der ASB „in der letzten Zeit schon von einer gewissen Seite als kommunistische Tarnorganisation bezeichnet worden“ sei und empfahl dringend, diesen Verdacht nicht zu verstärken.⁵⁵² Man folgte damit auch dem Beispiel des DGB, da die Gewerkschaften ebenso immer wieder mit den Kommunisten in Verbindung gebracht und diese daher aus allen Funktionen entfernt wurden.⁵⁵³

Der ASB-Bundesvorstand neigte nun keineswegs eher ehemaligen Nationalsozialisten zu. Allerdings war seinerzeit bekannt, dass nicht wenige alte Samariter ab 1933 NS-Gliederungen angehört hatten, unter ihnen auch Personen mit einer unzweifelhaften SPD-Vita vor 1933. Man scheute sich ganz offensichtlich zu kleinlich zu sein mit Mitläufern und Profiteuren der Diktatur und fügte sich hier auch dem allgemein vorherrschenden Zeitgeist. Entnazifizierungs- und Spruchkammerverfahren bescheinigten letztlich den allermeisten Angehörigen von NS-Gliederungen, lediglich Mitläufer gewesen zu sein oder entlasteten sie gar auf der Basis von sogenannten „Persilscheinen“ von Menschen, die unter dem NS-Regime gelitten hatten und Parteimitgliedern, die in der Rückschau eine untadelige Haltung bestätigten.

Die antikommunistische Ausrichtung der Westzonen und der jungen Bundesrepublik war hingegen unzweifelhaft, hieran hatte der ASB sich auszurichten, wollte er seine Existenz nicht gefährden. Der Kalte Krieg, der Zustrom von Flüchtlingen aus dem sowjetischen Machtbereich auch in den ASB und nicht zuletzt das Engagement des ASB in der Flüchtlingshilfe sorgten überdies für eine strikte Ablehnung jeglicher Nähe zu Kommunisten.

Keine Beteiligung jüdischer Ärztinnen und Ärzte

„Durch den Ausfall von vielen alten Funktionären, welche durch Tod während des tausendjährigen Reiches abgegangen sind, sind wir [...] sehr gehemmt“, beklagte der Vorsitzende der ASB-Bundesleitung in der französischen Zone, Jakob Schickendantz noch im September 1949.⁵⁵⁴

Dies galt deutschlandweit für den ASB, insbesondere für die nicht erwähnten jüdischen Kolonnenärztinnen und -ärzte, eine zentrale Säule der ASB-Kolonnenarbeit bis 1933. Viele jüdische Medizinerinnen und Mediziner hatten sich aus sozialen Motiven im ASB engagiert. Diese Ärztinnen und Ärzte waren dem ASB für den Wiederaufbau verloren gegangen. Ein großer Teil dieser Gruppe hatte die NS-Herrschaft nicht überlebt, war drangsaliert, entrechtet und in den Suizid getrieben, oder in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern ermordet worden. Andere, die rechtzeitig Deutschland verlassen und das Exil gewählt hatten, kehrten nur in geringer Zahl in das Nachkriegsdeutschland zurück. Für die Jahre 1945 bis 1952 lässt sich feststellen, dass die jüdische Auswanderung aus Deutschland umfangreicher war als die Rückwanderung. Seit 1945 verließen tausende deutsche Jüdinnen und Juden ihr Heimatland, allein von 1950 bis 1952 mehr als 7 000. Demgegenüber registrierten die jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik bis zum Jahr 1952 nur 5 000, von 1952 bis 1955 weitere 1 000 Remigranten.⁵⁵⁵

Remigration war angesichts des Geschehenen ein höchst schwieriger individueller Schritt. Das Wissen über das volle Ausmaß des Mordes an den europäischen Juden machte es den meisten Überlebenden ohnehin unmöglich, an eine Rückkehr auch nur zu denken: „Deutschland, das war keine Heimat mehr, das war das Land der Mörder.“⁵⁵⁶ Der entsetzte Blick der Emigranten und der Weltöffentlichkeit von außen auf Deutschland war mit der Selbstwahrnehmung der Deutschen nicht in Einklang zu bringen.

Aber selbst jene, die zurückkehrten, fanden nicht zum ASB zurück. Hätten sie ihn nicht als einen Ort sehen können, wo vor allem ebenfalls von den Nationalsozialisten bedrängte Menschen sich neu zusammenfanden? Offenbar nicht. Es ergaben sich keine Anknüpfungspunkte mehr. Mit der Auflösung der ASB-Kolonnen 1933 waren die als Juden verfolgte ehemaligen Mitglieder auf sich allein gestellt gewesen. Dies unterschied sie von den meisten anderen ehemaligen Arbeitersamaritern, denen das NS-Regime immerhin die Möglichkeit eingeräumt hatte, sich ab 1933 in anderen Milieus neu zu orientieren. Manche Kolonne wechselte 1933 fast geschlossen zum Deutschen Roten Kreuz, oder einzelne Samariter trafen sich dort oder in Sanitätstrupps der SA wieder. Selbst jene ehemaligen Kolonnenmitglieder, die parallel Mitglied in der nun ebenfalls verbotenen SPD oder KPD gewesen waren und sich in illegalen Parteikreisen weiter mit Gleichgesinnten trafen und Verbindung hielten, konnten in

diesem Rahmen auf eine Gemeinschaft vertrauen. Das vormalig sozialdemokratische Milieu fand überdies vielfältige nachbarschaftliche, freundschaftliche oder kollegiale Anlässe, Zusammenhalt ohne politische Ambitionen zu pflegen. Diese Formen von Kommunikation und Zusammenhalt zeichneten auch das Miteinander ehemaliger Arbeitersamariter aus.⁵⁵⁷

All dies galt nicht für die aus der „NS-Volksgemeinschaft“ explizit ausgeschlossenen, als Juden verfolgten einstigen Genossen. Die Nichtrückkehr von ehemaligen jüdischen Mitgliedern ist überdies ein Phänomen, das der ASB mit vielen anderen Vereinen und Verbänden teilte. Das Vereinsengagement von Juden in der Bundesrepublik fokussierte sich in den Nachkriegsjahren auf jüdische Organisationen.⁵⁵⁸ Der ASB thematisierte das Fehlen dieser Gruppe beim Wiederaufbau in seinen Publikationen zur Geschichte bisher nicht näher, ein Defizit, dem der ASB mit dieser Studie und dem vorangegangenen Forschungsprojekt „Der ASB und der Nationalsozialismus“ begegnen wollte. Tatsächlich, so ist zu bilanzieren, fanden die Wiedergründungen der Kolonnen ab 1945 ohne jüdische Ärzte statt. Das Beispiel der überlebenden Familie Spitz aus dem hinterpommerschen Stargard zeigt eindrucksvoll, wieviel Kompetenz dem ASB auf diese Weise nach 1945 nicht mehr zur Verfügung stand. Und auch der Nachwuchs dieser einst so wichtigen ASB-Kolonnenärzte war für den ASB verloren. Werner Spitz, der buchstäblich das Laufen lernte inmitten der ASB-Kolonne Stargard und ohne die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten möglicherweise sein Leben lang ein Unterstützer des ASB geblieben wäre, brachte es zu internationalem Ruhm als einer der weltweit führenden Pathologen.

Die Lektüre tausender überlieferter Seiten von Korrespondenz und Protokollen des ASB aus den Jahren 1945 bis 1952 bestätigt diese Leerstelle in der Traditionspflege und Erinnerungskultur des ASB. Nicht einmal, wenn es um das Gedenken ging, wurden die als Juden verfolgten ehemaligen ASB-Mitglieder explizit gewürdigt. Sie verschwanden in der Masse der Samariterinnen und Samariter, die den Zweiten Weltkrieg nicht überlebten und die regelmäßig Erwähnung fanden in Sonntagsreden und Grußworten. Mit dieser pauschalisierenden Wahrnehmung der Opferrolle des Bundes und seiner Mitglieder stand der ASB inmitten der gelebten bundesdeutschen Praxis. Das Gedenken an jüdische Opfer fand in der Nachkriegszeit allenfalls separiert statt. Dass diese Menschen integraler Bestandteil der ASB-Kolonnen gewesen waren, fand keinen Widerhall.

Es ist an der Zeit, dass auch die überlebenden und gleichwohl verlorenen Menschen wie die Familie Spitz einen Platz in der Geschichte des ASB erhalten, so wie der ASB inzwischen an jene als Juden verfolgten Menschen erinnert, die durch die nationalsozialistische Verfolgung ihr Leben verloren. Ein Beispiel ist das Gedenken an Edith Goldstein aus Halberstadt (1894–1943), deren Wirken und Schicksal im September 2019 eine besondere Würdigung erfuhr, als der ASB sein Pflegezentrum in Halberstadt nach ihr benannte.⁵⁵⁹

Flüchtlinge und Vertriebene

Eine große Gruppe auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft waren die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen aus den vormals deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße und aus den deutschen Siedlungsgebieten im östlichen und südöstlichen Mitteleuropa.

Die ungebeten Ankommenden – so die Sichtweise der Einheimischen – erlebten das ganze Panorama zwischen persönlicher Willkommenskultur, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe auf der einen Seite bis hin zu schroffer Ablehnung und offenem Rassismus gegenüber den deutschen Landsleuten aus dem Osten. Größere soziale Unruhen blieben aus. Doch wessen Perspektive nehmen wir ein, wenn wir das Narrativ der gelungenen Integration pflegen? Diese Integration setzte eine massive Assimilation seitens der Vertriebenen voraus, wie Andreas Kossert in seiner „Kalten Heimat“ eindrücklich beschrieb. Das mit der Währungsreform von 1948 und dem sogenannten Marshallplan beginnende „Wirtschaftswunder“ der 1950er Jahre begünstigte die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen, eine forcierte Sozialpolitik kam hinzu. Vor allem war dies jedoch ihre eigene Leistung, das Resultat einer ungeheuren Anstrengung, nach dem Verlust fast sämtlicher Existenzgrundlagen wieder Fuß zu fassen.⁵⁶⁰ Dies taten sie auch im ASB, wie etwa der pommersche Arbeiter Willi Schurwanz als Kreisvorsitzender in Salzgitter oder der Ulmer Kolonnenarzt Dr. Wolfgang Bachor aus Ostpreußen.

Den neuen ASB prägten auch die sogenannten „Ostzonenflüchtlinge“ mit, die sich ebenso wie Flüchtlinge und Vertriebene eine völlig neue Existenz aufbauen mussten und neben ihrer Heimat ebenfalls ihr altes soziales Umfeld verloren hatten. Des Weiteren hatten diese Menschen vielfach bittere Erfahrungen mit den neuen kommunistischen Machthabern machen müssen, die manches Ideal der Arbeiterbewegung erschütterten.

Der ASB hat, dies kann konstatiert werden, einen wichtigen Beitrag geleistet zum Zusammenwachsen dieser neuen heterogenen bundesrepublikanischen Gesellschaft. Seine Strukturen erwiesen sich als durchlässig für Flüchtlinge. Rudolf Engelbrecht (1907–1971), ab 1950 der erste Bundesarzt des ASB, ist nur ein Beispiel. Der gebürtige Brandenburger war im Juli 1945 als mittelloser Flüchtling nach Hannover gekommen, seine Frau stammte aus Oberschlesien, wo kurz vor der Vertreibung 1945 auch noch der gemeinsame erste Sohn geboren worden war.⁵⁶¹ Otto und Erich Kirchner aus Erfurt bauten den ASB in Hessen wesentlich mit auf, Erich Kirchner prägte den ASB gar über Jahrzehnte bundesweit. Viele weitere Namen könnten hier genannt werden. Gleichwohl bestanden die ersten Vorstände bis 1952 nahezu ausschließlich aus einheimischen Samariterinnen und Samaritern.

Fazit

Festzuhalten bleibt: Die Samariterinnen und Samariter, die den Bund nach 1945 wiedergründeten, hatten höchst unterschiedliche Leben zwischen 1933 und 1945 geführt und hatten dies nicht unbedingt im Widerstand getan. Ob in Distanz zum System, ob als Mitläufer oder in einigen Fällen sogar als Profiteur: Wir finden viele unterschiedliche Hintergründe bei den Wiedergründern, bei den Aufbauern, bei den Machern. Auch der ASB konnte nicht auf Eliten verzichten. Man vermied Nachfragen, blickte nach vorn, packte entschlossen an, wollte Neues gestalten – mit Erfolg.

Motoren waren Männer und Frauen, die irgendwie durch den Nationalsozialismus gekommen waren, mehr oder weniger bedrängt, jedenfalls aber ohne eine große Verfolgungsgeschichte. Das Tragische: Die echten Opfer, die jüdischen Ärzte, die aufrechten Kommunisten und Sozialdemokraten, die Konzentrationslager überlebt hatten oder sich ins Exil gerettet hatten, fanden zumeist nicht mehr zurück zum ASB, selbst wenn sie überlebt hatten. Als so stark erwies sich der Kitt des Zusammenhalts nicht, jedenfalls nicht für jene, die wirklich an Leib und Leben verfolgt und bedroht worden waren. Daraus kann kein Vorwurf abgeleitet werden. Das konnte kaum anders sein, denn der ASB war eben weder vor noch nach 1933 eine konspirativ und politisch handelnde Organisation gewesen, sondern ein Wohlfahrtsverband, eine humanitär wirkende Interessengemeinschaft.

Valide statistische Daten zur „NS-Belastung“ von ASB-Mitgliedern stehen mangels zeitgenössischer Erhebungen nicht zur Verfügung. Die vorliegende Studie zeigt jedoch anhand von etlichen Einzelbiografien, dass der ASB der Jahre 1945 bis 1952 vielfältigste Lebenswege durch die NS-Zeit in seinen Kolonnen vereinigte. Betrachtet man zur Einordnung einmal den niedersächsischen Landtag nach der Landtagswahl 1951, so waren 30 Prozent aller Abgeordneten bis 1945 NSDAP-Mitglieder gewesen. Im 1950 gewählten schleswig-holsteinischen Landtag saßen sogar 40 Prozent ehemalige Nationalsozialisten. Den höchsten Belastungsgrad verzeichnete im Kieler Landtag dabei die FDP mit 89 Prozent ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, aber selbst unter den Sozialdemokraten hatten acht Prozent ein braunes Parteibuch besessen.⁵⁶²

Eine ehemalige Mitgliedschaft von Samaritern in der NSDAP mag also überraschen, etwas Außergewöhnliches war dies in der jungen Bundesrepublik nicht. Zum Skandal taugte und taugt es schon gar nicht. Eine Verfolgung von Arbeitersamaritern durch das NS-Regime wegen ihrer Tätigkeit für den ASB oder gar widerständisches Samaritertum sind nicht belegbar. Spätestens seit der Studie „Der ASB und der Nationalsozialismus“ aus dem Jahr 2019 liegen die Erkenntnisse offen: Wegen ihres oder seines Samaritertums wurde niemand verfolgt,

dies war – wenn es überhaupt eine Rolle spielte – Beifang. Die Nationalsozialisten zerstörten den traditionsreichen Arbeiter-Samariter-Bund innerhalb weniger Monate. Das neue System machte den Samariterinnen und Samaritern individuell jedoch Angebote, anzudocken, Teil der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ zu werden. Ausgenommen davon blieben allein die als Juden definierten ehemaligen Mitglieder. Auch viele alte verdienstvolle Samariter gingen auf dieses Angebot ein. Hatten die ASB-Oberen nicht stets die politische Neutralität betont? Ernst Bennewitz aus Berlin sei hier als Beispiel genannt für einen, der es ohne jegliche geistige Nähe zum Nationalsozialismus annahm, zwischen 1933 und 1945 seinen Platz im Deutschen Roten Kreuz fand und erst 1954 als Rentner zum ASB zurückfand.⁵⁶³ Andere hingegen suchten die Nähe der braunen Machthaber. Kurt Mette, Vorsitzender der wiedergegründeten Kolonne in Braunschweig und Delegierter auf der ersten Bundestagung 1952 ist ein Beispiel für die Rückkehr eines Verstrickten zum ASB.

Die ersten Aktiven nach dem Krieg waren die ehemaligen Samariterinnen und Samariter, die in der Weimarer Republik sozialisiert wurden. Sie trieben die Wiedergründungen nach 1945 voran. Ihnen schlossen sich viele junge Menschen an, deren Eltern schon im ASB gewesen waren oder die sich als Arbeiter verstanden. Bald kamen Menschen aus Ost- und Mitteldeutschland hinzu, die in Folge des vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Angriffs- und Vernichtungskrieges ihre Heimat verloren hatten. Sie fanden Aufnahme und neue soziale Bindungen im ASB und brachten wertvolle Kompetenzen ein. Die ehrenamtliche Arbeit für den ASB war insbesondere für Vorstandsmitglieder derart zeitaufwändig, dass mitunter die ganze Familie Aufgaben übernahm. Viele Kolonnen wurden geprägt durch Familien, die sich bis 1933 und nach 1945 über Jahrzehnte und Generationen aufopferungsvoll für die wohltätige Arbeit des ASB einsetzten. Die Delegierten des ASB konnten im April 1952 auf der ersten Bundestagung nach der Wiedergründung durchaus mit Stolz auf schwierige Aufbaujahre zurückblicken und standen zugleich vor vielfältigen Herausforderungen, die noch der Lösung harren.

Bis 1952 hatten sich in der Bundesrepublik und in West-Berlin 80 Kolonnen wieder- bzw. neugegründet. Der Arbeiter-Samariter-Bund zählte über 8 000 Mitglieder in neun Landesorganisationen von Schleswig-Holstein bis Bayern sowie in West-Berlin. Wenngleich man erst wieder über 16 Prozent der Mitgliederzahl zwanzig Jahre zuvor verfügte, ist dies angesichts der schwierigen Startbedingungen nach Kriegende eine eindrucksvolle Bilanz. Die Basis für eine erfolgreiche Zukunft war gelegt.

X. Anhang





1. Anmerkungen

I. Einführung

- 1 Marthe Burfeind/Nils Köhler/Rainer Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund und der Nationalsozialismus. Vom Verbot 1933 bis zur Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 2019.
- 2 Der Text verwendet für die Verfolgten nicht die Bezeichnung „Juden“, sondern „als Juden verfolgte“ oder „als Juden definierte“. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass auch Menschen vom nationalsozialistischen Staat als Juden verfolgt wurden, die sich selbst nicht als Juden definiert hätten.
- 3 Vgl. insbesondere Wilhelm Müller: Mit einem Unfall fing es an... Illustrierte Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes, Wiesbaden 1988 und Wilhelm Müller: Der Arbeiter-Samariter-Bund. Eine Biografie, hrsgg. vom ASB Deutschland e. V., Köln 2013.

II. Rückblende: Der ASB im Jahr 1933

- 4 Der Arbeiter-Samariter, Nr. 4/1921, S. 34.
- 5 Ebd., Nr. 4/1921, S. 34.
- 6 Vgl. Burfeind/Köhler/Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund.
- 7 Vgl. Peter Steinbach/Johannes Tuchel: Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 2004, S. 203.
- 8 Hubert Kleinert: Das geteilte Deutschland. Die Geschichte 1945–1990, Wiesbaden 2019, S. 49.
- 9 Vgl. Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, Bonn 2008; vgl. Mathias Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen, München 2011; vgl. Jochen Oltmer: Gewaltmigration, in: Geflohen – vertrieben – angekommen?, hrsgg. vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kassel 2016, S. 2–8.

III. Der Neubeginn in den westlichen Besatzungszonen

- 10 Vgl. Kleinert: Das geteilte Deutschland, S. 47f.
- 11 Vgl. Constantin Goschler: Wiedergutmachung für NS-Verfolgte: Einführung und Überblick, in: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 2, [13.9.2004], online unter <https://www.zeitenblicke.de/2004/02/goschler/goschler.pdf>, abgerufen am 24.3.2022.
- 12 Vgl. Tobias Winstel: Verhandelte Gerechtigkeit. Rückerstattung und Entschädigung für jüdische NS-Opfer in Bayern und Westdeutschland, München 2006, S. 11.
- 13 ASB-Archiv, AA 0031, Schreiben des Bundesvorstandes Hannover an einen Samariter in Lünen vom 30.10.1949.
- 14 Hartmut Mehringer: Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 91–110, hier: S. 103.
- 15 ASB-Archiv, AA 0028, Schickendantz an die „Regierung Hessen-Pfalz zur gefälligen Befürwortung u. Weiterleitung an die franz. Militärregierung“, 22.5.1946.
- 16 Vgl. ASB-Archiv, AA 0028, Schreiben von Jakob Schickendantz an den Bundesvorstand in Hannover vom 10.9.1946.
- 17 ASB-Archiv, AA 0594, Schreiben von Fritz Körner an den Oberstadtdirektor Bradtke am 24.5.1946.
- 18 ASB-Archiv, AA 0027, Protokoll einer Versammlung der Kolonne Hannover am 23. Januar 1947.
- 19 Vgl. Axel Schildt: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 31), Hamburg 1995, S. 106.

- 20 ASB-Archiv, AA 0028 Schriftverkehr zwischen dem Bund in Frankenthal und dem Bund in Hannover.
- 21 Vgl. ASB-Archiv, AA 1712, Schriftwechsel zwischen dem Bundesvorstand in Hannover und August Weber.
- 22 ASB-Archiv, AA 1085, Brief des Bundesvorstandes Hannover an Martin Hässler vom 25.9.1949.
- 23 ASB-Archiv, Pa-062, Bericht des Bundesvorstandes von der Wiedergründung des Arbeiter-Samariter-Bundes im Jahre 1945, bis zum ersten Bundestag nach 1933, am 11./12. April 1952 zu Hannover, S. 5.
- 24 Vgl. ASB-Archiv, Pvs 1949–1952, Rundschreiben 8–9/52.
- 25 Vgl. ASB-Archiv, AA 1085, Schreiben des Bundesvorstandes Hannover an Martin Hässler vom 26.2.1950.
- 26 Vgl. ASB-Archiv, Rundschreiben 6–7,8/1950.
- 27 Vgl. ASB-Archiv, u. a. AA 0158, Schriftwechsel mit der Landesorganisation Hamburg.
- 28 Vgl. ASB-Archiv, Pa-062, Bericht des Bundesvorstandes von der Wiedergründung des Arbeiter-Samariter-Bundes im Jahre 1945, bis zum ersten Bundestag nach 1933, am 11./12. April 1952 zu Hannover, S. 7.
- 29 Vgl. ASB-Archiv, u. a. AA 0594; Pa-062; Pvs 1949–1952, Rundschreiben 2/51.
- 30 ASB-Archiv, AA 0821, Denkschrift.
- 31 ASB-Archiv, AA 0027, Protokoll der Vorstandssitzung vom 20.3.1949.
- 32 Vgl. ASB-Archiv, AA 0157, Technikerbericht 1951, S. 2.
- 33 ASB-Archiv, AA 0158, Schreiben des Bundesvorstandes Hannover an die LO Hamburg vom 8.5.1951.
- 34 ASB-Archiv, AA 0158, Schreiben des Bundesverbandes Hannover an die LO Hamburg vom 24.3.1950.
- 35 Interview mit Angela Lorenz, geb. Schuck, Berlin, am 10.3.2022.
- 36 ASB-Archiv, AA 0631, Schreiben des Kolonnenvorstands an alle Mitglieder und deren Angehörige.
- 37 Vgl. ASB-Archiv, AA 1085, Briefwechsel zwischen dem Bundesvorstand Hannover und Martin Hässler.
- 38 Vgl. ASB-Archiv, AA 1685.
- 39 Vgl. ASB-Archiv, AA 0030, Schreiben von Heinrich Göft an den Bundesvorstand vom 13.3.1950.
- 40 ASB-Archiv, AA 0031, Schreiben von Andreas Scherber an den Bundesvorstand in Hannover vom 19.2.1950.
- 41 Vgl. Dieter Langewiesche: Arbeiterfreizeitkultur in der Bundesrepublik – Traditionsbrüche und Kontinuitäten, in: Wolfgang Kaschuba (Hrsg.): Arbeiterkultur seit 1945. Ende oder Veränderung? Tübingen 1991, S. 59–70.
- 42 Bernhard Schäfers: Die westdeutsche Gesellschaft. Strukturen und Formen, in: Axel Schildt / Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998, S. 307–315, hier: S. 313.
- 43 Schäfers: Die westdeutsche Gesellschaft, S. 311.
- 44 Vgl. ebd., S. 313.
- 45 Vgl. Hugo Voigt: Neues Beginnen 1946 in Hannover, hrsgg. von der Arbeiterwohlfahrt Landesausschuss Niedersachsen, Hannover 1986, S. 12f.
- 46 Mooser: Arbeiterleben in Deutschland, S. 214.
- 47 Vgl. StadtArchiv, Best. 905, Nr. 105, Schreiben von Lotte Lemke an Dr. Niemeyer vom Landesausschuss der Arbeiterwohlfahrt für die Provinz Westfalen am 17.2.1947.
- 48 Christiane Eifert: Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen „Arbeiterwohlfahrt“ (Geschichte und Geschlechter, Bd. 5), Frankfurt/Main 1993, S. 175f.
- 49 Vgl. Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), 2/ PVALT03771, Büro H. Wehner, Schreiben des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt an den Vorstand der SPD in Bonn, 10.6.1954.

- 50 Vgl. ASB-Archiv, Pvs 1949–1952, Rundschreiben 6–7/1950, 12/1950.
- 51 Vgl. ASB-Archiv, AA 0158, Schriftwechsel zwischen dem Bundesvorstand und der Landesorganisation Hamburg.
- 52 Vgl. Siegfried Mielke / Peter Rütters: Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945–1949 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 7), Köln 1991, u. a. S. 31f.
- IV. 1. Was nicht Stalins Auslegung des Kommunismus entsprach**
- 53 Vgl. Stefan Wolle: DDR. Eine kurze Geschichte, Frankfurt a.M. 2011, S. 8.
- 54 Vgl. Kossert: Kalte Heimat; vgl. Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen; vgl. Jochen Oltmer: Gewaltmigration, in: Geflohen – vertrieben – angekommen?, hrsgg. vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kassel 2016, S. 2–8.
- 55 Rolf Steininger: Deutsche Geschichte nach 1945, Bd. 1: 1945–1947, Frankfurt/Main 1996, S. 86.
- 56 Vgl. Klaus Schroeder: Die DDR. Geschichte und Strukturen, Stuttgart 2011, S. 30–33.
- 57 Das Lied der Partei, auch bekannt als Die Partei hat immer recht, wurde von der DDR-Staatspartei SED als Lobeshymne benutzt. Bekannt wurde vor allem der einprägsame Vers „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“.
- 58 Vgl. Schroeder: Die DDR, S. 19–21.
- 59 Vgl. Wolle: DDR, S. 18.
- 60 Vgl. <https://www.dhm.de/lemo/biografie/eduard-bernsternstein.html>, abgerufen am 20.03.2022.
- 61 Vgl. <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialdemokratische-partei-deutschlands-spd.html>, abgerufen am 20.3.2022.
- 62 Vgl. Helmut M. Müller: Schlaglichter der deutschen Geschichte, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Schriftenreihe Band 402, Leipzig 2004, S. 231–233.
- 63 Vgl. Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund; vgl. auch u. a. Abschnitt Babelsberg in diesem Buch.
- 64 Vgl. Wolle: DDR, S. 7.
- 65 Vgl. Schroeder: Die DDR, S. 24–29.
- 66 <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-befehl-nr-2.html>, abgerufen am 25.03.2022.
- 67 Ebd.
- 68 Vgl. Gerhard Wettig: Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1995, S. 159–160.
- 69 Vgl. Schroeder: Die DDR, S. 13.
- IV.2. Das Gesundheitswesen in der SBZ und jungen DDR entsteht**
- 70 Vgl. Bernd Niedbalski: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 3, München 1985, S. 456–460.
- 71 Vgl. Herbert Schwartze: Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei für die Herausbildung eines antifaschistisch-demokratischen Gesundheits- und Sozialwesens sowie von demokratischen Sanitäts- und Hilfsorganisationen (1945–1952) (Beiträge zur Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, hrsgg. vom Präsidium d. Dt. Roten Kreuzes d. DDR) Dresden 1982, S. 8.

- 72 Vgl. Horst Spaar / Dietmar Funke: Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR, Teil 1. Die Entwicklung des Gesundheitswesens in der SBZ (1945–49), in: Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Schriftenreihe „Medizin und Gesellschaft“, Berlin 1996, S. 7–10.
- 73 Vgl. Spaar / Funke: Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR, Teil 1, S. 12–15.
- 74 Vgl. ebd.
- 75 Vgl. Andrea Brinckmann: Das Rote Kreuz in der DDR. Humanitäre Grundsätze und staatliche Lenkung – die Geschichte der Hilfsorganisation von 1952 bis 1990, Berlin 2019, S. 18–19.
- 76 Vgl. Brinckmann: Das Rote Kreuz in der DDR, S. 18–19.
- 77 Vgl. <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/gesundheit/Gesundheitswesen-DDR-100.html>, abgerufen am 15.03.2022.
- 78 Vgl. Schwartz: Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, S. 10.
- 79 Vgl. Werner Müller: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: Broszat, Martin / Weber, Hermann (Hgg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993. S. 626–632.
- 80 Vgl. [http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Sowjetische_Milit%E4radministration_in_Deutschland_\(SMAD\).html](http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Sowjetische_Milit%E4radministration_in_Deutschland_(SMAD).html), abgerufen am 16.3.2022.
- 81 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Geschichte und Organisation, Bonn 1983, S. 7.
- 82 Vgl. ebd., S. 11–26.
- 83 Vgl. ebd., S. 7.
- 84 Vgl. ebd., S. 27; http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/m/Mitgliederentwicklung_und_-struktur.html, abgerufen am 18.3.2022.
- 85 Vgl. Spaar / Funke: Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR, Teil 1, S. 26ff.
- 86 Vgl. Schwartz: Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, S. 25–26.
- 87 Vgl. Brinckmann: Das Rote Kreuz in der DDR, S. 19; Schwartz: Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, S. 16.
- 88 Vgl. http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon_frame.html, abgerufen am 15.03.2022.
- 89 Vgl. ebd.
- 90 Vgl. Spaar / Funke: Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR, Teil 1, S. 11–12.
- 91 Vgl. <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/gesundheit/Gesundheitswesen-DDR-100.html>, abgerufen am 15.3.2022.
- 92 Vgl. Günter Braun: Volkssolidarität, in: Martin Broszat und Hermann Weber (Hgg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993. S.793–795.
- 93 Vgl. Stadtarchiv (StadtA) Chemnitz, J 1334.
- 94 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Potsdam, 333 SED LL Brbg 995, Blatt 142.
- 95 Vgl. Schwartz: Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, S. 29.
- 96 Vgl. Braun: Volkssolidarität, S. 795.
- 97 BLHA Potsdam, 333 SED LL Brbg 995, Blatt 14.
- 98 Vgl. Spaar / Funke: Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR, Teil 2, S. 44–45.
- 99 Vgl. Müller: 25 Jahre ASB in Ost- und Mitteldeutschland, S. 23.
- 100 Vgl. Brinckmann: Das Rote Kreuz in der DDR, S. 31–33.
- 101 Müller: 25 Jahre ASB in Ost- und Mitteldeutschland, S. 23.
- 102 BLHA Potsdam, 333 SED LL Brbg 995, Schreiben o. D. an die Landespolizei, Blatt 140.

V.1. Plauen

- 103 StadtA Elsterberg, Bestand 855, Gesetze / Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen 1946/1947, Teil V. N-P, NI, Blatt 375, Verordnung über die Zulassung des Roten Kreuzes in Sachsen.
- 104 Staatsarchiv (StA) Chemnitz, 30409 Nr. 624, Akte Kreistag / Kreisrat Plauen 1945–52 „Sanitäts- und Hilfsdienst“; StadtA Chemnitz, Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Gemeinde Siegmarschönau, Samariterwesen, Aktenzeichen 982, 1940 bis 1954/1950, Blatt 11, Auflösung des Roten Kreuzes.
- 105 Vgl. StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen, Beiakten Sanitätswesen, 650/3, Beurkundung vom 12. Oktober 1945.
- 106 Dittmar Heidel: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kreuzes in Plauen von 1868 bis 2008, DRK Zentrum Plauen, Plauen 2011, S. 47.
- 107 StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen, Beiakten Sanitätswesen, 650/3, Beurkundung vom 12. Oktober 1945.
- 108 StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr.1 Bd. I, 1946, Blatt 5.
- 109 Vgl. ebd.; Heidel: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kreuzes, S. 50.
- 110 Vgl. StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr.1 Bd. I, 1946, Blatt 6; Heidel: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kreuzes, S. 50.
- 111 Vgl. Heinz Zehmisch: Von der Badestube bis zum Vogtlandklinikum. Ein Streifzug durch die Medizingeschichte der Stadt Plauen, Plauen 2007, S. 530.
- 112 StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr.1 Bd. I, 1946, Blatt 5.
- 113 Vgl. ebd., Blatt 7; Dittmar Heidel: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kreuzes, S. 50.
- 114 Vgl. StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr.1 Bd. I, 1946, Blatt 8.
- 115 Ebd., Blatt 1–2.
- 116 Ebd., Blatt 2.
- 117 StadtA Chemnitz, Bestand A 0318 R. d.St. 1945–90 – Gesundheits- und Sozialwesen, Archivsig. 5184 Bd. 1, Rundverfügungen der Landesregierung Sachsen, Bd. 1, Blatt 12.
- 118 Heidel: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kreuzes, S. 51.
- 119 Ebd.
- 120 StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr.1 Bd. I, 1946, Blatt 11.
- 121 Ebd., Blatt 10–11; Heidel: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kreuzes, S. 51–52.
- 122 Vgl. StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen, Beiakten Sanitätswesen, 650/3, Fragebogen Volkssamariterbund Kreis Plauen.
- 123 StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr.1 Bd. I, 1946, Blatt 13.
- 124 Vgl. ebd., 1946, Blatt 14.
- 125 StadtA Chemnitz, Bestand A 0318 R. d.St. 1945–90 – Gesundheits- und Sozialwesen, Archivsig. 5184 Bd. 2, Rundverfügungen der Landesregierung Sachsen, Bd. 2, Rundverfügung Nr. 74, Blatt 101.
- 126 StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen, Beiakten Sanitätswesen, 650/3, Handschriftliche Aktennotiz vom Elsterberger Bürgermeister.
- 127 Vgl. StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr.1 Bd. I, 1946, Blatt 17.

- 128 Vgl. ebd., Blatt 18–19.
- 129 Vgl. ebd., Blatt 57, Plauen, d. 20.5.46.
- 130 StadtA Elsterberg, Bestand SDZ und Freie Presse vom 1. Oktober 1945 bis 30. Juni 1946, Plauener Volkssamariterbund leistete 2000 mal Hilfe, S. 4, in: Freie Presse Nr. 3, Plauen, Mittwoch, den 22. Mai 1946.
- 131 StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr.1 Bd. I, 1946, Blatt 20.
- 132 Ebd., Rückseite.
- 133 StadtA Elsterberg, Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen, Beiakten Sanitätswesen, 650/3, Handschriftliche Aktennotiz vom Elsterberger Bürgermeister.
- V.2. Mühltroff**
- 134 Vgl. Karlheinz Blaschke / Uwe Ulrich Jäschke: Kursächsischer Ämteratlas 1790, Chemnitz 2009, S. 76, online unter: <https://kirchenbezirk-vogtland.de/kirchen-im-kirchenbezirk/kirchen-der-ev-luth-kirchgemeinde-muehltroff-langenbach/>, abgerufen am 23.3.2022.
- 135 Vgl. <http://www.historisches-sachsen.net/muehltroff.htm>, abgerufen am 23.3.2022.
- 136 Vgl. Homepage der Stadt Pausa-Mühltroff, <http://www.stadt-pausa-muehltroff.de/>, abgerufen am 23.3.2022.
- 137 Vgl. StadtA Elsterberg, Beiakten Sanitätswesen 650/3, Übereinkommen zwischen dem Gesundheitsamt Plauen (Vogtl.) in Plauen (Vogtl.) und dem Reichsbahnbetriebsamt in Plauen (Vogtl.) über Hilfeleistung bei Eisenbahnunfällen, S. 1–9.
- 138 Vgl. StadtA Mühltroff, Rep. II., Cap. 2, Nr. 8, Nachrufe und Todesanzeigen.
- 139 Vgl. Lokales und Sächsisches, 10 Jahre Sanitätshalbzug Mühltroff, in: Mühltroffer Zeitung vom 13.10.1936, 47. Jahrgang, Nr. 120.
- 140 Vgl. StadtA Mühltroff, Rep. II., Cap. 2, Nr. 8, Nachrufe und Todesanzeigen.
- 141 Vgl. Heidelberg: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kreuzes, S. 36.
- 142 Vgl. Heidelberg: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kreuzes, S. 126.
- V.3. Chemnitz**
- 143 Vgl. ASB-Archiv, Sanitätswarte 2/1910.
- 144 Vgl. Müller: Der Arbeiter-Samariter-Bund. Eine Biografie, S.67.
- 145 Vgl. ASB-Archiv, AA 0633, Jahresbericht 1922.
- 146 Vgl. Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 133–135.
- 147 Vgl. ebd., S. 24.
- 148 Vgl. ASB-Archiv, 00-LXII-16 (5618), S. 44–47.
- 149 Vgl. ASB-Archiv, AA 0935, Abschrift Sächsisches Ministerium des Innern; vgl. auch Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 68f.
- 150 ASB-Archiv, Pton-096, Interview mit Karl Kretzschmar am 29.10.1984 in Köln.
- 151 Vgl. Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 69.
- 152 ASB-Archiv, AA 0594, Zeugnis von Th. Kretzschmar für Ernst Vespermann, 6.6.1935.
- 153 Vgl. Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9351-IX, KARTEL, 23211175.
- 154 ASB-Archiv, AA 0031, Brief von Karl Kretzschmar vom 24.11.1949.
- 155 Vgl. Müller: Der Arbeiter-Samariter-Bund. Eine Biografie, S. 79.
- 156 Wilhelm Müller: 25 Jahre ASB in Ost- und Mitteldeutschland, S. 20–21.

- 157 ASB-Archiv, AA 0030, Brief Karl Kretzschmar an Martin Hässler vom 12.4.1950.
- 158 Ebd.
- 159 Vgl. ASB-Archiv, Pnk-01, Protokoll der Bundes-
tagung 1952, S. 8.
- 160 ASB-Archiv, AA 1084, Brief von Karl Kretzschmar
vom 20.5.1948.
- 161 Ebd., Brief von Karl Kretzschmar vom 11.8.1948.
- 162 Ebd., Brief von Karl Kretzschmar vom 6.6.1949.
- 163 Ebd.
- 164 ASB-Archiv, AA 1084, Brief von Karl Kretzschmar
vom 20.11.1949.
- 165 Vgl. ebd., Brief von Karl Kretzschmar vom
23.8.1949.
- 166 Ebd., Brief von Karl Kretzschmar vom 29.12.1949.
- 167 Vgl. ASB-Archiv, AA 0030, Brief Karl Kretzschmar
an Martin Hässler vom 12.4.1950.
- 168 Vgl. ASB-Archiv, AA 0031, Brief von Karl Kretzsch-
mar vom 24.11.1949.
- 169 ASB-Archiv, AA 1084, Brief von Ilse Kretzschmar,
eingegangen am 5.12.1950.
- 170 Vgl. StadtA Chemnitz, Rückmeldung vom 31.8.2020.
- 171 Vgl. ASB-Archiv, AA 1084, Brief von Ilse Kretzsch-
mar vom 17.12.1954.
- 172 Vgl. ASB-Archiv, AA 0031, Brief von Karl Kretzsch-
mar vom 29.1.1950.
- 173 Vgl. ASB Archiv, Pton-096, Interview mit Karl
Kretzschmar am 29.10.1984 in Köln.
- 174 Vgl. ASB-Archiv, AA 1084, Brief von Karl Kretzsch-
mar vom 29.12.1949.
- 175 ASB-Archiv, AA 0031, Brief von Karl Kretzschmar
vom 29.12.1949.
- 176 ASB-Archiv, Pton-096, Interview mit Karl
Kretzschmar am 29.10.1984 in Köln.
- 177 Vgl. ASB-Archiv, 00-XII/01, Gründungsurkunde.
- V.4. Leipzig**
- 178 Vgl. Otto Berg: Die Gründung unserer Kolonne,
in: Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Leipzig e. V.
(Hrsg.): Zum 20jährigen Bestehen, Leipzig 1925,
S. 5.
- 179 ASB-Archiv, BSW-0014, Otto Berg, Die Gründung
unserer Kolonne, S. 5.
- 180 Vgl. ASB-Archiv, Pdig-075, Jahresbericht, Mitglie-
derbestand.
- 181 Vgl. ASB-Archiv, DAS 7/14.
- 182 Vgl. Gerd Moschke: Zur Geschichte der Kolonne
Leipzig des Arbeiter-Samariter-Bundes, Bautzen
1978, S. 44f.
- 183 ASB-Archiv, BSW-0091, der Auszug stammt aus dem
Taschenkalender (ASB-Kalender) von 1925, S. 31f.
- 184 Vgl. ASB-Archiv, AA 1484, Brief vom 27.8.1956 von
Arthur Höhne und Otto Hilpert.
- 185 ASB-Archiv, AA 1484, Brief o. D. von Otto Hilpert,
vermutlich aus dem Jahr 1956, weil auch andere
Briefe von Otto Hilpert in dieser Zeit an den ASB-
Bundesverband geschickt wurden.
- 186 Vgl. ASB-Archiv, AA 0548, Wer und was ist der
ASB, Handschrift Otto Hilpert, Blatt 19.
- 187 Vgl. ASB-Archiv, AA 1484, Brief vom 17.12.1956
von Otto Hilpert.
- 188 ASB-Archiv, AA 0548, Abschrift des Aufrufs „Wer
und was ist der Arbeiter-Samariter-Bund“ von
Otto Hilpert.
- 189 ASB-Archiv, Pa-077, Blatt 1.
- 190 Ebd., Einführung in das Samariterwesen, Blatt 1.
- 191 Ebd. Blatt 1ff.
- 192 Ebd., Blatt 7–8.
- 193 Vgl. hierzu den Abschnitt Dr. Karl Gelbke in die-
sem Buch.
- 194 ASB-Archiv, AA 1484, Brief o. D. von Otto Hilpert,
vermutlich aus dem Jahr 1956.
- 195 Vgl. ASB-Archiv, 00-XII/04/Gründungsprotokoll.

V.5. Babelsberg

- 196 Martha Ludwig: Das Mädchen Krümel, (Ost-) Berlin 1970, S. 215–217.
- 197 BLHA Potsdam, Bestand 41 Brieske 170, Blatt 23.
- 198 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 5E AG Potsdam 895, Amtsgericht Potsdam, Vereinsregisterakte betreffen den Verein Arbeiter-Samariter-Kolonne Nowawes (Ausgeschlossene Kolonne) Nowawes von 1931–1934.
- 199 Ebd., Schreiben an den Polizeipräsidenten vom 23.4.1933, Blatt 34.
- 200 Ebd.
- 201 BLHA Potsdam, Bestand 31A Potsdam 5174, Klage des Polizeipräsidenten gegen den Verein Arbeiter-Samariter-Kolonne Nowawes, (ausgeschlossene Gruppe) Nowawes vom 27.05.1933, Blatt 1.
- 202 Vgl. ebd., Urteil der Klage gegen die ausgeschlossene Kolonne Nowawes vom 21.11.1933, Blatt 12.
- 203 BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 1017, handschriftlicher Lebenslauf von Walther Apelt vom 24.07.1949, Blatt 109.
- 204 BLHA Potsdam, Bestand 211 MfG 7, Blatt 141.
- 205 Vgl. StadtA Chemnitz, Bestand A 0318 R.d.St. 1945–90 – Gesundheits- und Sozialwesen, Archivsig. 5184 Bd. 2, Rundverfügungen der Landesregierung Sachsen, Bd. 2, Blatt 101.
- 206 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 401 VdN 2102, handschriftlicher Lebenslauf von Walther Apelt, S. 4.
- 207 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 996, Satzung des Arbeiter-Samariter-Bundes in der DDR vom Oktober 1949, Blatt 165.
- 208 Ebd., handschriftliches Schreiben von Walther Apelt über die Zulassung des ASB in der DDR, Blatt 167.
- 209 BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 995, Aktenvermerk vom 30.11.1949, Blatt 194.

- 210 Ebd.
- 211 Ebd.
- 212 Ebd., Blatt 195.
- 213 Ebd., Brief vom 22.12.1949 über unzulässige Gründung des ASB, Blatt 210.
- 214 Ebd.
- 215 Ebd.
- 216 BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 995, Bericht über die Besprechung mit Walther Apelt vom 3.1.1950, Blatt 206.
- 217 Vgl. <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/nationale-front-ddr-100.html>, abgerufen am 28.2.2022.
- 218 BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 995, Bericht über die Besprechung mit Walther Apelt vom 3.1.1950, Blatt 206.
- 219 Ebd., Brief Bildung des ASB und dessen Auflösung vom 5.1.1950, Blatt 211.
- 220 Ebd.
- 221 Vgl. <https://www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/glossar.html?q=Partei kontrollkommissionen#p34>, abgerufen am 28.2.2022.
- 222 BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 995, Aktenvermerk vom 7.1.1950, Blatt 212.
- 223 <http://www.verfassungen.de/ddr/verf49-i.htm>, abgerufen am 28.02.2022.
- 224 BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 995, Aktenvermerk vom 07.01.1950, Blatt 212.
- 225 Ebd., Rundschreiben an alle Grundeinheiten zum ASB vom 25.1.1950, Blatt 207.

VI.1. Hannover

- 226 Karl Christian Führer: Rezension zu: Flemming, Jens: Die Madsacks und der »Hannoversche Anzeiger«. Eine bürgerliche Großstadtzeitung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, 1893–1945, Göttingen 2019, in: H-Soz-Kult, 20.4.2021,

- www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28654, abgerufen am 13.3.2022.
- 227 Vgl. ASB-Archiv, Pka-071-Hannover-Stadt, Hans Jansen: 50 Jahre Kolonne Hannover, in: 50 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund e.V. Kolonne Hannover, Festschrift, Hannover 1960, S. 24.
- 228 Vgl. ASB-Archiv, AA 0594, Protokoll der Versammlung vom 23.5.1946; Pa-062, Bericht „Die Entwicklung des Arbeiter-Samariter-Bundes nach der Wiedergründung im Jahre 1945“.
- 229 Vgl. Niedersächsisches Landesarchiv Hannover (NLA H), Sign. Nds. 171 Hannover, Nr. 51099.
- 230 Vgl. ASB-Archiv, AA 0594, Protokoll der Versammlung am 1.7.1946.
- 231 Vgl. ASB-Archiv, AA 0029, Protokoll der Versammlung am 18.7.1946.
- 232 Vgl. Hartmut Bickelmann: Ferdinand Vieth 1869–1946. Leben und Wirken eines Genossenschafters in Selbstzeugnissen und Beiträgen, Norderstedt 2018, S. 150; vgl. ASB-Archiv, AAdig 0181, Nachruf auf Waldemar Olsen von Alfred Klühs; Adressbuch Hannover 1936, 1938.
- 233 Vgl. Ulrich Kurzer: Nationalsozialismus und Konsumgenossenschaften. Gleichschaltung, Sanierung und Teilliquidation (Studien und Materialien zum Rechtsextremismus, Bd. 5), Pfaffenweiler 1997.
- 234 Vgl. Schriftliche Auskunft der Deutschen Dienststelle (WASSt) zu Waldemar Olsen vom 4.12.2018.
- 235 Vgl. NLA H, Sign. Nds. 50, Acc. 2000/137 Nr. 41.
- 236 Vgl. ASB-Archiv, AA 0027, Protokoll der Bundesvorstandssitzung am 29.6.1948.
- 237 Vgl. ebd., Protokoll der Vorstandssitzung 24.9.1946.
- 238 Vgl. ebd., Protokoll der Vorstandssitzung am 9. Oktober 1946.
- 239 ASB-Archiv, AA 0631, Schreiben des stellv. Vors. des DRK-Kreisverbands Hannover-Stadt vom 17.5.1950.
- 240 Vgl. ASB-Archiv, AA 0027, Protokolle.
- 241 Vgl. BArch, R 9361-VIII KARTEI, 24031397.
- 242 Vgl. Adressbuch Hannover 1943.
- 243 Vgl. Udo Benzenhöfer: Jüdische Ärzte in Hannover 1933 bis 1945 Studien zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus, Bd. 3), Wetzlar 2000, S. 65.
- 244 NLA H, Sign. Nds. Hannover 171, Nr. 13869, Fragebogen S. 12.
- 245 Vgl. NLA H, Sign. Nds. Hannover 171, Nr. 13869, Bescheinigung 14.6.1947.
- 246 Vgl. ASB-Archiv, AA 0158, Schriftwechsel Landesorganisation Hamburg mit dem Bundesvorstand in Hannover.
- 247 Vgl. ASB-Archiv, AA 0027, Protokolle der Vorstandssitzungen vom 9.10.1946 & 25.11.1946.
- 248 Vgl. ASB-Archiv, AA 0594, diverses.
- 249 Vgl. ASB-Archiv, AA 0027, Protokoll der Quartalsversammlung der Kolonne Hannover vom 11.6.1948.
- 250 StadtA Hannover, 1. HR.05.2 PA Nr. 10553 Ostfeld, Gesuch von Hans Ostfeld am 10.8.1928.
- 251 Vgl. StadtA Hannover, 1. HR.05.2 Politische Personalakte Nr. 1682, Erklärung der Verwaltung der städtischen Badeanstalten vom 6.9.1933.

VI.2. Ulm

- 252 Vgl. ASB Landesverband Baden-Württemberg (Hrsg.): 100 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013.
- 253 Vgl. ASB-Archiv, 00-BW 009,1, SV Ulm 49–53, Schreiben von Schriftführer Willy Schätzler an den Bundesvorstand vom 8.10.1949.
- 254 Vgl. ebd., Schreiben von Haußmann an den Bundesvorstand vom 13.9.1949.
- 255 Vgl. ebd., Schreiben von Waldemar Olsen an den Vorstand des A.S.B. Ulm vom 19.9.1949.

- 256 Ebd., Schreiben von Waldemar Olsen und Alfred Thies an das DRK Ulm vom 16.11.1949.
- 257 Ebd., Schreiben von Waldemar Olsen und Alfred Thies an H. Freudenberg, Ulm vom 16.11.1949.
- 258 Vgl. ebd., Schreiben des Geschäftsführers des Württembergischen Landesvereins vom Roten Kreuz e.V., Kreisverein Ulm an den ASB in Hannover vom 16.12.1949.
- 259 Ebd., Schreiben von Schriftführer Willy Schätzler an den Bundesvorstand vom 8.10.1949.
- 260 Vgl. ebd., Schreiben von Hans Haußmann an den Bundesvorstand vom 1.11.1950.
- 261 Ebd., Bericht von Kaspar Wachter an den Bundesvorstand über die Weihnachtsfeier in Ulm am 22.12.1951.
- 262 Vgl. StA Ludwigsburg, FL 300/34 II Bü 67, ASB-Kolonne Ulm 1923–1933, Vorstandsprotokolle vom 14.1.1931 und 6.1.1932.
- 263 Vgl. StA Ludwigsburg, K 745 II Bü 7840.
- 264 Vgl. ebd.
- 265 Vgl. Hans Lebrecht / Hans Koschnick: Gekrümmte Wege, doch ein Ziel. Erinnerungen eines deutsch-israelischen Kommunisten, Münster 2007.
- 266 Vgl. Hans-Lebrecht-Schule (Hrsg.): Stolpersteine für Familie Lebrecht, Ulm 2020.
- 267 Vgl. Rolf W. Stoll: An jedem Ort, zu jeder Zeit... 75 Jahre Arbeiter-Samariter in Ulm und Neu-Ulm, Ulm 1998, S. 24.
- 268 Vgl. Gerda Seepe: Hans Haußmann – Mein ganzes Leben hieß ASB, in: Südwest Presse (Ulm) vom 17.1.1978.
- 269 Rolf W. Stoll: An jedem Ort, zu jeder Zeit, S. 26, Interview mit Elsbeth Schneider, geb. Haußmann, am 30.5.1996.
- 270 Vgl. Wilhelm Müller: Mit einem Unfall fing es an, S. 236f.
- 271 Vgl. StA Ludwigsburg, EL 902/21 Bü 6718, Spruchkammer 45 Ulm (Stadt), Verfahrensakte Dr. Werner Eychmüller.
- 272 Vgl. StA Ludwigsburg, EL 902/21 Bü 5191, Spruchkammer 45 Ulm (Stadt), Verfahrensakte Dr. Wolfgang Bachor.
- 273 Vgl. Herbert Junghanns: Chirurgenverzeichnis, Biographie und Bibliographie, Berlin/Heidelberg/New York 1980, S. 17.
- 274 Vgl. StA Ludwigsburg, Reichs-/Bundesbahndirektion Stuttgart, Personalakten der Bahnbeamten 19./20. Jh., K 410 I Bü 26296.
- 275 Vgl. StA Ludwigsburg, EL 902/21 Bü 5810, Spruchkammer 45 Ulm (Stadt), Verfahrensakte Georg Brückle.
- 276 Vgl. StA Ludwigsburg, EL 902/21 Bü 12219, Spruchkammer 45 Ulm (Stadt), Verfahrensakte Willy Schätzler.
- 277 Vgl. StA Ludwigsburg, EL 902/21 Bü 12157, Spruchkammer 45 Ulm (Stadt), Verfahrensakte Hans Schäfler.
- 278 Vgl. Interview mit Wilhelm Müller, Köln, am 6. und 7. August 2020.
- 279 Vgl. StA Ludwigsburg, Reichs-/Bundesbahndirektion Stuttgart: Personalakten der Bahnbeamten / 19./20. Jh., K 410 I Bü 17887, Personalblatt Hans Schäfler.
- 280 Vgl. StA Ludwigsburg, EL 350/1 Bü 1640, Wiedergutmachungsakte Friederike Heilbronner.
- 281 Vgl. StA Ludwigsburg, EL 902/21 Bü 8445, Spruchkammer 45 Ulm (Stadt), Verfahrensakte Bruno Hoppe.
- 282 Vgl. ASB-Archiv, 00-BW 009,I, SV Ulm 49–53, Schreiben von Waldemar Olsen und Alfred Thies an die Ulmer Kolonne vom 9.10.1949.
- 283 Ebd., Schreiben von Schriftführer Willy Schätzler an den Bundesvorstand vom 14.1.1950.

- 284 Zur Vita von Franz Niedner vgl. Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 148–153.
- 285 Vgl. Interview mit Wilhelm Müller, Köln am 6. und 7. August 2020.
- VI.3. Hamburg**
- 286 Vgl. Staatsarchiv Hamburg (StAHH), Best. 221-11, Sign. Ed. 16959, Entnazifizierung Hermann Stamerjohann.
- 287 ASB-Archiv, AA 0218, Schreiben vom 29.11.1948. Zu Herbert Diedrichsen siehe Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 161.
- 288 Knut Fleckenstein / Walter Grosser: 90 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund in Hamburg, Hamburg 1998, S. 18.
- 289 Eine genaue Mitgliederzahl können wir nicht angeben. In AA 0158 befindet sich eine Mitgliederliste Stand 31. Dezember 1950. Jedoch befinden sich in einem Schriftstück vom 21. Januar 1951 Namen von verstorbenen, ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitgliedern, die auf der Mitgliederliste nicht aufgeführt worden waren.
- 290 Vgl. StAHH, Best. 221-11, Sign. Ed. 15611, o. P., Fragebogen vom 28.8.1945.
- 291 StAHH, Best. 351-11, Sign. 32913, P. 32, Schreiben Schröders an das Amt für Wiedergutmachung vom 1.9.1961.
- 292 Vgl. ebd., P. 3, Bescheinigung der Konsumgenossenschaft „Produktion“. Erläuterung zu Konsumvereinen s. Kapitel Hannover.
- 293 Vgl. ASB-Archiv, AA 0158, div. Schreiben.
- 294 StAHH, Best. 351-11, Sign. 32913, p. 31, Schreiben Schröders an das Amt für Wiedergutmachung vom 1.9.1961.
- 295 Ebd.
- 296 Vgl. ASB-Archiv, AA 1058.
- 297 ASB-Archiv, AA 0158, Schreiben an den Bundesvorstand vom 14.3.1950.
- 298 Vgl. ebd., Briefwechsel zwischen der LO Hamburg und dem Bundesvorstand im August 1949.
- 299 Vgl. ASB-Archiv, AA 0158, Schreiben der LO Hamburg an den Bundesvorstand vom 10.10.1951.
- 300 Vgl. ASB-Archiv, AA 0594.
- 301 ASB-Archiv, AA 0032, Schreiben des Bundesausschusses an Kusel vom 30.3.1952.
- 302 Vgl. ebd., Schriftwechsel zwischen der LO Hamburg und dem Bundesvorstand.
- 303 Mehr zu Kurt Hörmann s. Fleckenstein / Grosser: 90 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund in Hamburg, S. 71–74.
- VI.4. Berlin**
- 304 Vgl. ASB-Archiv, AA dig 0085, Schreiben an alle Abteilungsleiter der ehemaligen Kolonne Berlin vom 9.9.1933.
- 305 Vgl. ASB-Archiv, AA 0291, Antrag auf Genehmigung einer Sanitätsorganisation.
- 306 Vgl. ASB-Archiv, Sz 0125, Mitgliedsbescheinigung Ella Kracht.
- 307 Vgl. Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 134-01, Nr. 108, Bearbeitung von Vereinsgründen.
- 308 Zur Vita von Dr. Erwin Forst im Detail s. Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 120f.
- 309 Vgl. ASB-Archiv, Pzs-0025/2, Berliner ASB-Nachrichten 5/88, Nachruf auf Erika Richter von Gabriele Klühs.
- 310 Vgl. Chronik der Berufsschule Hermsdorf, <http://www.hermsdorf-regional.de/schulen/berufsschule/Berufsschulchronik.pdf>, abgerufen am 21.2.2022.

- 311 Vgl. Andreas Conrad: Wie Flugzeuge Berliner Kinder in den Westen brachten, *Der Tagesspiegel*, 13.5.2019, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/aktion-storch-zur-luftbruecke-wie-flugzeuge-berliner-kinder-in-den-westen-brachten/24329050.html>, abgerufen am 23.2.2022.
- 312 Zu Familie Richter: Interview mit Itta Vollnhals, geb. Richter, Berlin, am 22. September 2020.
- 313 Vgl. Kurt Schilde: Vom Columbia-Haus zum Schulenburgring. Dokumentation von Lebensgeschichten von Opfern des Widerstandes und der Verfolgung von 1933 bis 1945 aus dem Bezirk Tempelhof (Deutsche Vergangenheit, Bd. 24), Berlin 1987, S. 43f. & S. 88ff.
- 314 Bettina Michalski: Louise Schröders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit, Bonn 1996, S. 151.
- 315 Vgl. Michalski: Louise Schröders Schwestern, S. 150f.; Werner Breunig/Siegfried Heimann/Andreas Herbst: Biografisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946–1963 (Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Band 14), Berlin 2011, S. 148.
- 316 Vgl. Schilde: Vom Columbia-Haus zum Schulenburgring, S. 90.
- 317 Vgl. Hans-Rainer Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 62ff. & S. 124ff.
- 318 Vgl. Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Neukölln (Widerstand 1933–1945, Bd. 4), Berlin 1990, S. 65.
- 319 Vgl. *Verordnungsblatt (VOBl.) für Groß-Berlin*, 1946, Nr. 47, 9. Dezember 1946, S. 456.
- 320 Vgl. LAB, B Rep. 031, Nr. 00062452; Walter Habel (Hrsg.): Wer ist wer? Das deutsche Who's who (Degeners Wer ist's?, Bd. 23), Berlin 1984, S. 660; Gabriele Klühs: Ernst August Voelkel, in: Hans-Jürgen Winterhoff/Helmut Loos (Hrsg.): Fünfschlesische Komponisten des 20. Jahrhunderts (Deutsche Musik im Osten, Bd. 4), Bonn 1994, S. 5–13.
- 321 Vgl. ASB-Archiv, BZS-1534, ASB Berliner Nachrichten 2/1999, S. 20f.
- 322 Vgl. ASB-Archiv, BZS-2787, ASB Berliner Nachrichten, 4/1966, S. 9f.
- 323 Vgl. u. a. ASB-Archiv, BZS-2791, ASB Berliner Nachrichten, 5/1965, S. 1ff; Vita von Ernst Bennewitz aus Weißensee s. Burfeind/Köhler/ Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 138ff.

VI.5. Frankfurt-Höchst

- 324 Vgl. Institut für Stadtgeschichte Pfm. (ISG), Personalakte Weber, August, Sign. 134.609.
- 325 ISG, Personalakte Weber, August, Sign. 134.608, Bl. 15f.
- 326 ISG, Personalakte Weber, August, Sign. 134.608, Bl. 37.
- 327 Vgl. ISG, Personalakte Weber, August, Sign. 238.126.
- 328 Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 518, Nr. 430; HHStAW Abt. 409/3, Nr. 9687; Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834–1984), 2. Aufl., Frankfurt/Main 1985, S. 313f., 463.
- 329 Vgl. ISG, Personalakte Kirchhof, Paul, Sign. 141.973.
- 330 ASB-Archiv, AA 0594, Nachruf von Otto Kirchner.

VI.6. Lüneburg

- 331 Vgl. zur Wiedergründung der Kolonne Lüneburg v. a. ASB-Archiv, AA 0554.

- 332 Vgl. Dietrich Banse/Sebastian Stierl: Nathan Albert Ransohoff (1872–1951), Leben und Wirken eines Lüneburger Arztes, Lüneburg 2017.
- 333 ASB-Archiv, AA 0554, Protokoll der Gründungsverammlung am 16.2.1952.
- 334 Vgl. NLA H, Sign. Hann. 180 Lüneburg Acc. 3/042, Nr. 4.
- 335 ASB-Archiv, AA 0554, Schreiben Olsens an Decker vom 16.5.1952.
- 336 Ebd., Schreiben Olsens an Decker vom 25.6.1952.
- 337 Vgl. ebd., Schreiben von Erika Zabel an Olsen vom 13.6.1952.
- 338 Ebd., Bericht über den Besuch am 18.6.1952 von 22.6.1952 von Hermann Schröder.
- 339 Ebd., Schreiben des DRK-Vorsitzenden Bockelmann an Schröder vom 4.7.1952.
- 340 Ebd., Aktenvermerk Schröders vom 7.7.1952.
- 341 Vgl. NLA H, Sign. Nds. 171 Lüneburg, Nr. 95335.
- 342 Datenbasis: ASB-Archiv, AA 0554.
- VI.7. Kaiserslautern**
- 343 Schriftliche Auskunft von Miriam Breß, 16.7.2018.
- 344 Vgl. Roland Paul: Die jüdischen Häftlinge im Konzentrationslager Neustadt 1933, Vortrag gehalten am 31.5.2011, online unter: http://www.gedenkstaette-neustadt.de/wp-content/uploads/2013/11/Roland_Paul_Juden_im_Lager_Neustadt.pdf, abgerufen am 21.3.2022.
- 345 Vgl. Landesarchiv Speyer (LA Speyer), H 91, Nr. 1124, Schreiben der Staatlichen Kriminalpolizei an den Staatsanwalt vom 28.1.1939.
- 346 Vgl. Arlene Röper: Biografie Hermann Röper, online unter: <https://wp.stolpersteine-kl.de/stolpersteine-in-kaiserslautern/biografie-hermann-roeper/>, abgerufen am 21.3.2022; LA Speyer, H 91, Gestapoakte 1124.
- 347 Vgl. ASB-Archiv, AA 0557, Schriftwechsel zwischen Julius Mayer und dem Bundesvorstand Juni/Juli 1950.
- 348 Vgl. StadtA Kaiserslautern, Zeitungsausschnittsammlung, Die Freiheit vom 30.10.1954.
- VI.8. Braunschweig**
- 349 Vgl. ASB-Archiv, AA 0600, Schreiben von Fritz Brandes an den Bundesvorstand in Hannover vom 8.8.1949.
- 350 Vgl. zur Vita von Himme Stadtarchiv Braunschweig, E 53, 1213 und NLA H, Sign. Nds. 300 Acc 2017/7, Nr. 103.
- VI.9. Bremen**
- 351 Vgl. ASB-Archiv, AA 0600.
- 352 Datenbasis: ASB-Archiv, AA 0600, f. 23–28.
- 353 Niedersächsisches Landesarchiv (NLA) Wolfenbüttel, Sign. 15 Nds., Zg. 32/1994, Nr. 924, Antrag von Kurt Mette auf Einstellung als Polizeianwärter in die Schutzpolizei vom 16.4.1945.
- 354 Vgl. NLA Wolfenbüttel, Sign. 15 Nds., Zg. 32/1994, Nr. 924.
- 355 Hans G. Jansen / Renate Meyer-Braun: Bremen in der Nachkriegszeit. 1945–1949. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (Bremen im 20. Jahrhundert), Bremen 1990, S. 31.
- 356 Vgl. u. a. Ostbremer Rundschau 3.1.1969: Senator Emil Theil verstorben, online unter: http://www.chronik-horn-lehe.de/Personen/Theil/Theil_OBR_69_1_3.pdf, abgerufen am 8.3.2021.
- 357 Staatsarchiv Bremen, Einwohnermeldekartei, Sign. 4,82/1-4423 (413).
- 358 ASB-Archiv, AA 0154, Schreiben von Kurt Meiche an den Bundesvorstand vom 14.3.1950.
- 359 Ebd., Schreiben an die LO Hamburg vom 18.12.1952.

VI.10. Regensburg

- 360 StadtA Regensburg, Zentralregistratur 2 Nr. 8912.
- 361 ASB-Archiv, 00-BY 035, Schreiben von Baumgartner an den Bundesvorstand vom 19.3.1950.
- 362 100 Jahre SPD-Bezirksverband Oberpfalz, online unter <https://spd-oberpfalz.de/politik/geschichte/100-jahre-spd-bezirksverband-oberpfalz/>, abgerufen am 10.2.2021.
- 363 Ebd.
- 364 Ludwig Hilmer: Unterm Sternenbanner. Politik und Verwaltung 1945–1950, in: Peter Schmid (Hrsg.): Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 1, Regensburg 2000, S. 447–461, hier: S. 456.
- 365 Vgl. StadtA Regensburg, Einwohnerstelle, Meldekartei Personen, Nr. 4, Barth, Maria, geb. 8.5.1911.
- 366 Vgl. Staatsarchiv Amberg (StA Amberg), Justizvollzugsanstalt Regensburg 195, o.P.
- 367 Vgl. ebd.
- 368 Vgl. Ute Kätzel: „Meine Nerven sind ganz kaputt geworden ...“ Das Leben der Regensburger Stör-schneiderin Marie Höhne (1874–1929), in: dies./Karin Schrott (Hrsg.): Regensburger Frauenspu-ren. Eine historische Entdeckungsreise, Regens-burg 1995, S. 133–140, hier: S. 140.
- 369 Helmut Halter: Die Hakenkreuzfahne über dem Rathaus. Regensburg im Nationalsozialismus, in: Peter Schmid (Hrsg.): Geschichte der Stadt Re-gensburg, Bd. 1, Regensburg 2000, S. 419–446, hier: S. 435.
- 370 Vgl. StA Amberg, Justizvollzugsanstalt Regensburg 195, o.P.
- 371 Vgl. Kgl. Bayer. 10. Reserve-Infanterie-Regiment, http://genwiki.genealogy.net/KB_RIR_10, abge-rufen am 18.1.2021.
- 372 Vgl. StadtA Regensburg, Best. Personalamt 1989, Lfd. Nr. 7443, Roth, Karl.
- 373 Vgl. StA Amberg, Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung - Außenstelle Regensburg 492.
- 374 Vgl. StadtA Regensburg, Einwohnerstelle, Meldekartei Personen, Nr. 93, Roth, Karl, geb. 3.9.1888.
- 375 Vgl. 100 Jahre SPD-Bezirksverband Oberpfalz, online unter <https://spd-oberpfalz.de/politik/geschichte/100-jahre-spd-bezirksverband-oberpfalz/>, abgerufen am 4.2.2021.
- 376 Vgl. o.A.: Rudolf Schlichtinger, <https://www.hdbg.eu/biografien/detail/rudolf-schlichtinger/7355>, abgerufen 4.2.2021.
- 377 Vgl. o.A.: Friedl Schlichtinger, <https://www.hdbg.eu/biografien/detail/friedl-schlichtinger/9428>, abgerufen 4.2.2021.
- 378 Vgl. u. a. div. StadtA Regensburg; Marianne Gross: Immer das Wohl der Stadt im Auge behalten. Die Stadträtinnen Friedel Schlichtinger und Johanna Dachs, in: Ute Kätzel /Karin Schrott (Hrsg.): Regensburger Frauenspuren. Eine historische Entdeckungsreise, Regensburg 1995, S. 247–249, hier: S. 247.
- 379 Vgl. StA Amberg, Spruchkammer Regensburg II, 3067.
- 380 Vgl. Gross: Immer das Wohl der Stadt im Auge behalten, S. 247.
- 381 StA Amberg, Spruchkammer Regensburg II, 3067, P. 7, Politischer Lebenslauf.
- 382 AWO Landesverband Bayern e.V. (Hrsg.): Ma-cherinnen. Helferinnen. Frauen und die AWO. Jubiläumsausstellung 100 Jahre AWO in Bayern, 2020, online unter: <https://www.yumpu.com/de/document/view/63739868/100-jahre-awo-in-bayern>, abgerufen am 11.1.2021.
- 383 Vgl. Reindl: Zwischen Tradition und Moderne, S. 395 f.

- 384 Vgl. StA Amberg, Justizvollzugsanstalt Regensburg 195, o. P., Psychologisch-soziologischer Befundbogen.
- 385 Vgl. StA Amberg, Wiedergutmachungsbehörde II Regensburg 2700, P. 2.

VI.11. Dortmund

- 386 ASB-Archiv, DAS 10/25, S. 133.
- 387 Vgl. ASB-Archiv, AA 1707, Schreiben von Hiltenkamp an den Bundesvorstand vom 22.2.1950.
- 388 ASB-Archiv, AA 1706, Schreiben der Kolonne Groß-Dortmund an den Bundesvorstand vom 8.5.1950.
- 389 Vgl. ASB-Archiv, AA 1706, Schreiben der Kolonne an den Bundesvorstand vom 2.8.1950.
- 390 Ebd., Schreiben von Hiltenkamp und Wintzek an den Bundesvorstand vom 2.8.1950.
- 391 Vgl. ASB-Archiv, AA 1704, Schreiben von Willy Droste an Hans Scherer vom 26.1.1959.
- 392 Vgl. ASB-Archiv, AA 1707, Schreiben Hiltenkamps an den Bundesvorstand vom 30.8.1951.
- 393 Vgl. ASB-Archiv, u. a. 1707, Schreiben von Hiltenkamp an den Bundesvorstand, 22.4.1951.
- 394 Vgl. ASB-Archiv, Pka-036-Dortmund, Josef Wintzek: 50 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Groß-Dortmund, in: Festschrift 50 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund Groß-Dortmund 1960; Wilhelm Müller: Gemeinsam viel stärker. Der Arbeiter-Samariter-Bund in Nordrhein-Westfalen, Zwickau 2021, S. 106.
- 395 Vgl. ASB-Archiv, AA 0203, Schreiben des Bundesvorstandes an Hiltenkamp vom 10.11.1962.

VII.1. Mathias Brüggem, Köln

- 396 Ebd., S. 195.
- 397 Erinnerungen von Doris Schäfer, der Enkelin von Mathias Brüggem, im Januar 2022.

- 398 Vgl. Müller: Samariter in Köln, S. 208.
- 399 ASB-Archiv, AA 1373, Sonderrundschreiben Nr. 6/1954.

VII.2. Ernst Beese und Wilhelm Carstens, Lübeck

- 400 Vgl. StadtA Lübeck, Aktenbestand Personalamt Beese, Ernst Ablieferung 1970–1978, P. a, Personalbogen.
- 401 StadtA Lübeck, Aktenbestand Personalamt Beese, Ernst Ablieferung 1970–1978, P. a, Heilanstalt Strecknitz vom 4.5.1936.
- 402 Vgl. Peter Delius: Das Ende von Strecknitz. Die Lübecker Heilanstalt und ihre Auflösung 1941 (Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Bd. 2), Kiel 1988, S. 29.
- 403 Vgl. ebd., S. 30.
- 404 Vgl. ebd., S. 39.
- 405 StadtA Lübeck, Aktenbestand Personalamt Beese, Ernst Ablieferung 1970–1978, P. 20, Auszahlungsanordnung.
- 406 Vgl. Delius: Das Ende von Strecknitz, S. 99.
- 407 Vgl. ebd., S. 73.
- 408 Vgl. StadtA Lübeck, Aktenbestand Personalamt Beese, Ernst Ablieferung 1970–1978, P. 59, Schreiben vom 8.6.1953.
- 409 Vgl. StadtA Lübeck, Aktenbestand Personalamt 1962/739, Carstens, Wilhelm, P. 4, Amtsärztliches Zeugnis vom 7.6.1939.
- 410 Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 761, Nr. 17612, Antrag auf Wiedergutmachung, 3.1.1950, P. 1f.
- 411 StadtA Lübeck, Aktenbestand Personalamt 1962/739, Schreiben des Direktors an das Personalamt vom 15.7.1939, P. 8.

VII.3. Dr. Paul Schäfer, Neumünster

- 412 LAS, Abt. 786, Nr. 995, Personalakte Paul Schäfer, Zeugnis über die Ableistung des praktischen Jahres vom 29.6.1936 [Abschrift].
- 413 Vgl. ebd., Zeugnis, Plauen, 31. Dezember 1937.
- 414 Ebd., Schreiben des Regierungsrats an den Generalstaatsanwalt in Kiel vom 29. Januar 1943.
- 415 Vgl. LAS, Abt. 460.21, Nr. 283, Entnazifizierungsakte Paul Schäfer, Fragebogen.
- 416 Vgl. ASB-Archiv, Pka-124-Neumünster, Festschrift 40 Jahre Kolonne Neumünster im Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Neumünster 1961.
- 417 ASB-Archiv, Prs-1951, Rundschreiben 12/1951.

VII.4. Willi Schurwanz, Salzgitter

- 418 Vgl. StadtA Salzgitter, D 11 Nr. 442.
- 419 Vgl. Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv Bayreuth, ZLA 1/14013249, Willi Schurwanz.
- 420 Vgl. StadtA Salzgitter, D 11 Nr. 442.
- 421 Vgl. ASB-Archiv, A 0591, Schreiben von Bischoff an den Bundesvorstand vom 11.10.1951.
- 422 Vgl. ASB-Archiv, A 0591.
- 423 Vgl. StadtA Salzgitter, E 1 Nr. 47 und E 1 Nr. 105.
- 424 Vgl. Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv Bayreuth, ZLA 1/14013249, Willi Schurwanz.

VII.5. Dr. Siegfried Spitz und Dr. Anna Spitz, Stargard in Pommern

- 425 Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv Bayreuth, ZLA 1/12323032, p. 39.
- 426 Vgl. Ronelle Grier: A Doctor And A Friend, in: The Detroit Jewish News vom 6.9.2002.
- 427 Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv Bayreuth, ZLA 1/13063931, p. 55, Bescheinigung des Ärzte-Verband Pommern e.V. (A.V.P.), Stettin, 20.6.1933.

- 428 Vgl. Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv Bayreuth, ZLA 1/13063931.
- 429 Ebd., p. 96.
- 430 Ebd., p. 98f.
- 431 Vgl. Burfeind/Köhler/Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 94–99.
- 432 Vgl. dazu die Berichte von Paul Treitel (ehem. Stargard /Montevideo 1959) und Joel Boas (ehem. Stargard /Nahariya 1994), in: Wolfgang Wilhelmus: Flucht oder Tod. Erinnerungen und Briefe pommerscher Juden, Rostock 2001, S. 145–153.
- 433 Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv Bayreuth, ZLA 1/13063931, p. 98f.
- 434 Vgl. Ronelle Grier: A Doctor And A Friend, in: The Detroit Jewish News vom 6.9.2002.
- 435 Ein weiteres Beispiel hierfür ist Dr. Scholem Peisach Feldstein in Hamburg, vgl. dazu: Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 160f.
- 436 Vgl. The Ira Kaufman Chapel: Dr. Karni W. Frank, in: <https://www.irakaufman.com/mobile/detail.php?id=7612>, abgerufen am 9.1.2022.
- 437 Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Werner_Spitz, abgerufen am 9.1.2022.

VII.6. Kurt Arnold und Otto Kirchner, Erfurt und Frankfurt am Main

- 438 Vgl. hierzu den Abschnitt zur Kolonne Höchst in diesem Buch.
- 439 ASB-Archiv, AA 0559, Aufruf zur Gründungsverammlung am 1.10.1950 von Wilhelm Heilmann.
- 440 Vgl. zur Vita von Kurt Arnold HHStAW, Bestand 520/05, Nr. 23085.
- 441 Vgl. Helmut Schmidt: Zur Geschichte der Erfurter Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes, in: Beiträge zur Geschichte der Universität Erfurt, Heft 19 (1983), S. 283–291.

- 442 Vgl. Stadtarchiv Gunzenhausen, Repertorium VII, Nr. 150/1–9.
- 443 Vgl. Stadtarchiv Erfurt, Einwohnermeldekartei, Meldekarte zum illegalen Verzug von Erich Kirchner am 7.4.1948.
- 444 ASB-Archiv, AA 0559, Einladung zum 15.12.1951.
- 445 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 13.9.1961.
- 446 Vgl. zur Vita von Otto Kirchner v.a. HHStAW, 650 A, 32743.
- 447 Vgl. Wilhelm Müller: Der Arbeiter-Samariter-Bund. Eine Biografie, S. 140.
- VII.7. Walther Apelt**
- 448 Zur Vita von Walther Apelt vgl. BLHA Potsdam, Bestand 401 VdN 2102.
- 449 BLHA Potsdam, Bestand 401 VdN 2102, handschriftlicher Lebenslauf von Walther Apelt, S. 1.
- 450 Ebd., S. 2.
- 451 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 5E AG Potsdam 895, Anmeldung zum Vereinsregister vom 29.12.1932, Blatt 30.
- 452 BLHA Potsdam, Bestand 31A Potsdam 5174, Blatt 1f.
- 453 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 401 RdB Pdm VdN-1029, komplette Akte; https://rotes-nowawes.de/?page_id=179, abgerufen am 20.2.2022.
- 454 BLHA Potsdam, Bestand 401 VdN 2102, Beglaubigte Abschrift vom 1. April 1933.
- 455 Ebd., Abschrift Potsdam, den 29. April 1933.
- 456 Ebd., handschriftlicher Lebenslauf von Walther Apelt, S. 2.
- 457 Vgl. ebd., handschriftliche Eidesstattliche Erklärung von Friedrich Toepfer.
- 458 Ebd., handschriftlicher Lebenslauf von Walther Apelt, S. 2.
- 459 Vgl. ebd., handschriftliche Eidesstaatliche Erklärung von einer Nachbarin Apelts vom 23.5.1964.
- 460 Ebd., handschriftlicher Lebenslauf von Walther Apelt, S. 3.
- 461 Ebd.
- 462 Ebd., handschriftlicher Lebenslauf von Walther Apelt, S. 4f.
- 463 Vgl. hierzu den Abschnitt zur Kolonne Babelsberg in diesem Buch.
- 464 Vgl. BArch, MfS, BV Potsdam, KS II., Nr. 37/64 Bd. 1, S. 0005.
- 465 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 401 VdN 2102, handschriftlicher Lebenslauf von Walther Apelt, S. 5.
- 466 Vgl. BArch, MfS, BV Potsdam, KS II., Nr. 7/64 Bd. 1, S. 0004.
- 467 Ebd., S. 0061.
- 468 Vgl. BArch, MfS, KuSch, AKG/KA, S. 4.
- 469 BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 995, Blatt 206.
- 470 BArch, MfS, BV Potsdam, KS II., Nr. 37/64 Bd. 1, S. 0018.
- 471 Ebd., S. 0025.
- 472 Ebd., S. 0033.
- 473 Ebd., S. 0024.
- 474 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 401 VdN 2102, Fragebogen Referat VdN am 5.6.1964.
- 475 Ebd., handschriftliches Anschreiben für Antrag auf Anerkennung VdN.
- 476 Vgl. Gesetzblatt der DDR, Jahrgang 1950, online unter: https://www.gvooon.de/art/dokumente/1950/gesetzblatt-gbl-ddr-1950/pdf/gesetzblatt-gbl-ddr-1950-seite_0092.pdf, abgerufen am 20.2.2022.
- 477 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 401 VdN 2102, handschriftliche Eidesstattliche Erklärung von Friedrich Toepfer.
- 478 Ebd., Auszug aus dem Protokoll der Sitzung vom 11.6.1964 der VdN-Kreiskommission.
- 479 Ebd., handschriftlicher Brief an die VdN-Bezirkskommission beim Rat des Bezirks Potsdam vom 4.7.1964.

VII.8. Dr. Gyula Grosz, Magdeburg

- 480 Vgl. Burfeind/Köhler/Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 98f.
- 481 Zur Kurzvita von Gyula Grosz siehe StadtA Magdeburg, Bib. Sig. 1256n, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Stadtleitung Magdeburg der SED (Hrsg.): Kurzbiographien Magdeburger Widerstandskämpfer, Gyula Grosz. Der Widerstandskämpfer, o. O. 1977, S. 15ff.
- 482 Zur ausführlichen Vita von Gyula Grosz siehe StadtA Magdeburg, Bib. Sig. 2270n, Helmut Asmus: Gyula Grosz. Das Lebensbild eines Magdeburger Arztes, hrsgg. vom Rat der Stadt, Magdeburg, Abt. Kultur, Stadtarchiv Magdeburg und von der Pädagogischen Hochschule „Erich Weinert“ Magdeburg, Sektion Geschichte, Magdeburg 1980.
- 483 Vgl. E. Kühn: Wer war Dr. Grosz?, in: MZ am Wochenende (Mitteldeutsche Zeitung). Magdeburg 14.9.1978.
- 484 StadtA Magdeburg, Bib. Sig. 1256n, Gyula Grosz. Der Widerstandskämpfer, S. 16.
- 485 Asmus: Gyula Grosz, S. 15.
- 486 Asmus: Gyula Grosz, S. 24.
- 487 Vgl. Helmut Asmus: „Magdeburgs Arbeiterdoktor“. Vor 100 Jahren wurde Gyula Grosz geboren, in: Volksstimme, Magdeburg 3.11.1978.
- 488 Vgl. Kühn: Wer war Dr. Grosz?
- 489 Asmus: „Magdeburgs Arbeiterdoktor“.
- 490 StadtA Magdeburg, Bib. Sig. 1998n, Gundula Vogel: Straßennamen in Magdeburg als Denkmäler bedeutender Ärzte unter besonderer Berücksichtigung des Lebenswerkes von Gyula Grosz und Otto Schlein, Diplomarbeit, Magdeburg 1976, S. 24–26.

VII.9. Dr. Karl Gelbke, Leipzig

- 491 Zur Kurzvita von Karl Gelbke siehe Staatsarchiv (StA) Leipzig, SED Leipzig Kaderakten Nr. 189, Lebenslauf Karl Gelbke zum Fragebogen der Zentralen SED-Betriebsgruppenleitung vom 30.9.1947, Blatt 11.
- 492 Zur ausführlichen Vita von Karl Gelbke siehe StA Leipzig, SED Leipzig Kaderakten Nr. 189, politischer Lebenslauf Karl Gelbke vom 30.6.1949, Blatt 24–29.
- 493 Ebd., Blatt 24.
- 494 Ebd., Blatt 11.
- 495 StA Leipzig, 21692 SED, Sammlungen, Erinnerungen Nr. V/5/449, politischer Lebenslauf Dina Gelbke.
- 496 Zur Vita von Karl Gelbke siehe auch StA Leipzig, SED Leipzig Kaderakten Nr. 189, Biographische Daten über Genossen Prof. Karl Gelbke, Blatt 104–114.
- 497 Ebd., Parteimitgliedschaft, Blatt 93.
- 498 Ebd., Blatt 11.
- 499 Vgl. StA Leipzig, 22126 Nachlass Kurt Steude Nr. 13, Leipziger Ärzte im antifaschistischen Widerstandskampf, Blatt 5.
- 500 Vgl. StA Leipzig, SED Leipzig Kaderakten Nr. 189, Daten über Karl Gelbke vom 13.3.1948, Blatt 15.
- 501 Ebd., Blatt 107.
- 502 Thomas Ahbe / Michael Hofmann: Hunger, Hamstern, Heiligabend. Leipziger erinnern sich an die Nachkriegszeit, Leipzig 1996, S. 44. In diesem Buch kommen nur Zeitzeugen zu Wort, von denen ausschließlich die Nachnamen genannt werden. Dies äußerte der damals 11jährige Zeitzeuge Herr Kirbach.
- 503 Ebd., S. 97. Dies äußerte der damals 11jährige Zeitzeuge Herr Kirbach.

- 504 Vgl. <https://www.stern.de/politik/geschichte/teil-4--ueberleben-in-den-truemmern-hunger-in-deutschland-3553518.html>, abgerufen am 24.3.2022.
- 505 Ahbe/Hofmann: Hunger, Hamstern, Heiligabend, S. 62. Dies äußerte die damals 10jährige Zeitzeugin Frau Haeger.
- VII.10. Prof. Dr. Kurt Gröbe, Gera und Hamburg**
- 506 Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf, NL Gröbe, 77.50 28, Schreiben Gröbes an die Gesundheitsbehörde der Hansestadt Hamburg vom 6.12.1948.
- 507 Ebd., Schreiben Gröbes an die Gesundheitsbehörde der Hansestadt Hamburg vom 6.12.1948.
- 508 Vgl. Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf, NL Gröbe, 77.50 28.
- 509 Vgl. www.gera-chronik.de, abgerufen am 28.10.2018.
- 510 Vgl. Kurt Gröbe: Kassenarzt Dr. Konrad Wege, Essen 1938 und ders.: Konrad Weges Jugend, Essen 1940.
- 511 Hauptstaatsarchiv Weimar, Personalakten aus dem Bereich Gesundheitswesen, Sign. 29, Kurt Gröbe, Schreiben vom 4.1.1938 und 14.4.1939.
- 512 Ebd., Schreiben vom 7.12.1939.
- 513 Ebd., Schreiben vom 3.1.1940.
- 514 Vgl. Karl-Heinz Petzke: Antifaschistischer Aufbruch und Neubeginn in Gera 1945/1946, Gera 1996, S. 4–37.
- 515 Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf, NL Gröbe, 77.50 28, Schreiben Gröbes an die Gesundheitsbehörde der Hansestadt Hamburg vom 6.12.1948.
- 516 Vgl. Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln 2011, S. 483.
- 517 Vgl. Susanne von Barga/Knut Fleckenstein/Walter Grosser: 1907–2007. 100 Jahre ASB Hamburg. Die Zukunft gemeinsam gestalten, Hamburg 2008, S. 24.
- 518 Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf, NL Gröbe, 77.50 28, Schreiben Gröbes an Horlbeck vom 12.12.1959.
- 519 Die Rheinpfalz, Ludwigshafen, vom 1.2.1961, „SPD und DGB ziehen Konsequenzen“.
- 520 Vgl. Christoph Stamm: Bestand B 422. Die Deutsche Friedens-Union (DFU) 1960–1990. „Friedenspartei“ oder „Die Freunde Ulbrichts“?, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 1/2012, S. 44–54.
- VIII. Der ASB 1952: Eine Bundesweit anerkannte und etablierte Organisation**
- 521 Vgl. DAS. Technischer Teil 7/1933 (4), S. 25f. Die Angabe der Mitgliederzahl differiert von den monatlichen Angaben der Zu- und Abgänge im Nachrichtenblatt (Nbl) 8/1933 (2), S. 3. Danach ergäbe sich für das Stichdatum 15.12.1932 eine Mitgliederzahl von 51 989.
- 522 Vgl. ASB-Archiv, Datenbank Dokumentation, vgl. auch Bericht des Bundesvorstandes vom April 1953, vgl. auch ASB-Archiv AA 0033, Schreiben des Bundesvorstandes an Lotte Lemke vom 14.5.1952 und Schreiben des Bundesvorstandes an den Bundesminister des Innern vom 22.4.1953.
- 523 ASB-Archiv, Pnk-01, Protokoll der Bundestagung 1952, S. 10 und 47.
- 524 Vgl. ASB-Archiv, Pa-062.
- 525 ASB-Archiv, AA 0558, Niederschrift der LO-Vorstandekonferenz Hessen-Süd in Offenbach am 22.7.1951.
- 526 Vgl. ASB-Archiv, AA 1058.
- 527 Vgl. ASB-Archiv, AA 0631, u. a. Geschäftsbericht Hannover 1950.
- 528 ASB-Archiv, 00-BW 009, 1, SV Ulm 49–53, Schreiben von Bundesschriftführer Alfred Thies an die Kolonne Ulm vom 24.1.1950.

- 529 Ebd., Schreiben von Bundesschriftführer Alfred Thies an die Kolonne Ulm vom 15.4.1950.
- 530 Vgl. LAS, Abtl. 352.3, Nr. 7872.
- 531 Vgl. ASB-Archiv, AA 0024 und AA 0313.
- 532 LA NRW R, NW 90 Nr. 337 Bd. 1, p. 70, Schreiben von Ministerialrat Dr. Schwarz (Sozialministerium) an den Sozialminister Dr. Amelunxen, Düsseldorf, am 8.3.1948.
- 533 Anke Quast: Nach der Befreiung. Jüdische Gemeinden in Niedersachsen seit 1945. Das Beispiel Hannover, Göttingen 2001, S. 368.
- 534 Vgl. zur Wiedergutmachung ausführlich Burfeind/Köhler/Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 172–177.
- 535 Vgl. ASB-Archiv, Pa-062, Scan 2, S. 7.
- 536 ASB-Archiv, AA 0821, Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Sitz Hannover, Denkschrift, Hannover, den 14.1.1951, S. 3.
- 537 ASB-Archiv, Rundschreiben des Bundesvorstandes Nr. 7/8 1951.
- 538 Vgl. Wilhelm Müller: Der Arbeiter-Samariter-Bund. Eine Biografie, S. 124.
- 539 Vgl. ASB-Archiv, AA 0055, Protokoll der Bundesvorstandssitzung im Dezember 1952.
- 540 ASB-Archiv, Pnk-01, Protokoll der Bundestagung 1952, S. 45.
- 541 Vgl. ASB-Archiv, A 0591, Schreiben an die Landesorganisation in Hannover vom 10.10.1952.
- 542 ASB-Archiv, Pnk-02, Protokoll der Bundestagung 1955, S. 24.
- 543 Vgl. ASB Archiv, AA 0594, Schreiben von Schickendantz an den ASB Hannover vom 10.9.1949.
- 544 ASB-Archiv, 00-BW 009,1, SV Ulm 49–53, Schreiben von Waldemar Olsen und Alfred Thies an die Kolonne Ulm vom 14.11.1949.
- 545 ASB-Archiv, AA 0600, Schreiben von Fritz Brandes an den Bundesvorstand in Hannover vom 8.8.1949.
- 546 Vgl. ASB-Archiv, 00-BW 009,1, SV Ulm 49–53, Schreiben von Schriftführer Willy Schätzler an den Bundesvorstand vom 14.1.1950.
- 547 Vgl. BLHA Potsdam, Bestand 333 SED LL Brbg 996, Satzung des ASB in der DDR vom Oktober 1949, Blatt 165.
- 548 ASB-Archiv, Pnk-01, Protokoll der Bundestagung 1952, S. 10 und 47.
- 549 Stig Dagerman: Deutscher Herbst, Berlin 2021, S. 31f.
- 550 Vgl. Mooser: Arbeiterleben in Deutschland, S. 214.
- 551 Vgl. ebd., S. 205.
- 552 ASB-Archiv, AA 0158, Schreiben des Bundesvorstands Hannover an die LO Hamburg vom 8.5.1951.
- 553 Vgl. Josef Kaiser/Hermann Weber/Erich Matthias: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949 bis 1956 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 11), Köln 1996, S. XXXIII–XXXIV.
- 554 Vgl. ASB Archiv, AA 0594, Schreiben von Schickendantz an den ASB Hannover vom 10.9.1949.
- 555 Vgl. Karola Fings: Rückkehr als Politikum – Remigration aus Israel. In: Verein EL-DE-Haus (Hrsg.), Unter Vorbehalt Köln 1997, S. 24.
- 556 Marita Krauss: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001, S. 49.
- 557 Vgl. Hartmut Mehringer: Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945, Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 103.
- 558 Vgl. Michael Brenner: Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart, Mün-

IX. Resümee

- chen 2012; vgl. ebenso Kirsten Baumann / Jonas Kuhn (Hrsg.): Gerettet, aber nicht befreit. Überlebende der Shoah in Schleswig-Holstein, Schleswig 2020.
- 559 Vgl. zum Leben von Edith Goldstein: Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 98f.
- 560 Vgl. Kossert: Kalte Heimat.
- 561 Vgl. StadtA Hannover, Einwohnermeldekarte von Rudolf Engelbrecht, geb. am 23.5.1907 in Luckenwalde.
- 562 Vgl. Uwe Danker / Sebastian Lehmann-Himmel: Landespolitik mit Vergangenheit, Husum 2017, S. 92 u. 99.
- 563 Vgl. Burfeind / Köhler / Stommer: Der Arbeiter-Samariter-Bund, S. 138–141.

2. Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund
AWO	Arbeiterwohlfahrt
CDU/CSU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DFU	Deutsche Friedensunion
DPWV	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LO	Landesorganisation des ASB
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OdF	Opfer des Faschismus
PGD	Proletarischer Gesundheitsdienst
RAD	Reichsarbeitsdienst
SA	Sturmabteilungen der NSDAP
SAJ	Sozialistische Arbeiter-Jugend
SBN	Samariter-Bund Neukölln
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHD	Sicherheits- und Hilfsdienst
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP
TN	Technische Nothilfe
Uk	Unabkömmlichkeitsstellung
UKE	Universitätsklinikum in Hamburg-Eppendorf
VdN	Verfolgte des Naziregimes
VS	Volkssolidarität
VVN	Verband der Verfolgten des Naziregimes

3. Abbildungsverzeichnis

- Archiv der Hansestadt Lübeck, 4.01-1/1 Personalakten, Abl. 1972/Bd.12/Nr. 169: S. 204
- Archiv der sozialen Demokratie / Friedrich-Ebert-Stiftung: S. 155, 199
- Archiv der Ofra / Collection G. & C. Franke: S. 167
- Archiv des ASB Deutschland e.V.: S. 27, 29, 85, 87, 92, 94, 95, 100, 116, 121, 123, 127, 128, 137, 138, 139, 140, 143, 145, 149, 150, 152, 157, 160, 169, 175, 179, 189, 196, 201, 207, 224, 228, 253, 262, 264, 269
- Bildarchiv Bayerischer Landtag: S. 185 (Foto: Ludwig Wagmüller)
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam: S. 101, 102, 104, 105, 233, 234
- Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde: S. 210, 236
- Marthe Burfeind: S. 154, 202
- Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: S. 215, 219
- Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf: S. 256
- Stefanie Hüttl: S. 83
- IMAGO / UPI Photo: S. 223
- Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main: S. 158
- Landesarchiv Schleswig-Holstein (Schleswig), Abt. 786, Nr. 995: S. 212
- Library and Archives Canada: S. 50
- Niedersächsisches Landesarchiv Wolfenbüttel, Sign. 15 Nds., Zg. 32/1994, Nr. 924: S. 177
- Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes: S. 200
- Arlene Röper: S. 173
- Doris Schäfer: S. 198
- Staatsarchiv Amberg, Justizvollzugsanstalt Regensburg 195: S. 187
- Staatsarchiv Leipzig: S. 251
- Staatsarchiv Ludwigsburg, K 410 I Bü 17887: S. 133
- Staatsbibliothek zu Berlin: S. 106
- Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg: S. 205
- Stadtarchiv Elsterberg: S. 74, 77, 78, 80, 81
- Stadtarchiv Magdeburg: S. 240, 244
- Stadtarchiv Regensburg: S. 184
- Stadtarchiv Salzgitter: 216
- ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft: S. 141

4. Quellenverzeichnis

Archiv der Hansestadt Lübeck

4.01-1/1 Personalakten, Abl. 1972/Bd.12/Nr. 169
Aktenbestand Personalamt 1962/739, Carstens, Wilhelm

Archiv der sozialen Demokratie

2/PVALT03771, Büro H. Wehner
SPD/AdsD; 6/PLKA003394
MF 1317

ASB-Archiv

00-BW 009, 00-BY 035, 00-XII/01, 00-XII/04, 00-LXII-16 (5618),
AA 0024, AA 0027, AA 0028, AA 0029, AA 0030, AA 0031, AA
0032, AA 0033, AA 0055, AA 0154, AA 0157, AA 0158, AA 0203,
AA 0218, AA 0291, AA 0313, AA 0548, AA 0554, AA 0557, AA
0558, AA 0559, AA 0591, AA 0594, AA 0600, AA 0631, AA 0633,
AA 0821, AA 0935, AA 1058, AA 1084, AA 1085, AA 1095, AA
1188, AA 1373, AA 1484, AA 1685, AA 1704, AA 1706, AA 1707, AA
1712, AAdig 0085, AAdig 0181, BSW-0014, BSW-0091, BZS-1534,
BZS-2787, BZS-2791, DAS 7/14, DAS 10/25, Fas 0054_7, Fasdig
0021, Fdig 1234, Fn 0259, Fs 0032, Fs 0039, Fs 0248, Fs 0259,
Fs 0346_2, Fs 0374, Fs 0507, Fs 0899, Fs 1069, Fs 1072, Fs 1103,
Fs 1137, Fs 1179, Fs 1280, Fs 2079_1, Fs 2143, Fs 2228, Fs 2256, Fs
2704, Fs 3491, Fs 3944, Fs 5582, Pa-062, Kp3-007, Pdig-075, Pa-
077, Pka-124-Neumünster, Pka-036-Dortmund, Pka-071-Han-
nover-Stadt, Pnk-01, Pnk-02, Prs-1951, Pton-096, Pzs-0025/2,
Pvs 1949-1952, Sanitätswarte 2/1910, Sz 0125, Sz 0197

Bildarchiv Bayerischer Landtag

AA03217A

Brandenburgisches Landeshauptarchiv (Potsdam)

Rep. 5E Amtsgericht Potsdam Nr. 895
Rep. 31A Potsdam Nr. 5174
Rep. 41 Amtsbezirk Brieske Nr. 170
Rep. 211 MfG 7
Rep. 333 SED Landesleitung Brandenburg Nr. 995
Rep. 333 SED Landesleitung Brandenburg Nr. 996
Rep. 333 SED Landesleitung Brandenburg Nr. 1017

Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam VdN-1029
Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam VdN-2102

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

R 9351-IX, KARTEI, 23211175
R 9361-VIII KARTEI, 24031397
R. 9361-IX KARTEI, 36690317
BStU, MfS, BV Potsdam, KS II., Nr. 37/64 Bd. 1

Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv Bayreuth

ZLA 1/12323032
ZLA 1/13063931
ZLA 1/14013249

Bundesarchiv - Stasi-Unterlagen-Archiv

MfS, BV Potsdam, KS II., Nr. 37/64 Bd. 1
MfS, KuSch, AKG/KA

Deutsche Dienststelle (WAST)

Auskünfte zu Waldemar Olsen

Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf

NL Gröbe, 77.50 28

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Abt. 518, Nr. 430
Abt. 409/3, Nr. 9687
Abt. 520/05, Nr. 23085
Abt. 650 A, 32743

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main

Personalakte Kirnhof, Paul, Sign. 141.973
Personalakte Weber, August, Sign. 134.608
Personalakte Weber, August, Sign. 134.609
Personalakte Weber, August, Sign. 238.126

Landesarchiv Berlin

B Rep. 031, Nr. 00062452
C Rep. 134-01, Nr. 108

**Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland
(Duisburg)**

NW O Nr. 4983
NW 90 Nr. 337 Bd. 1

Landesarchiv Schleswig-Holstein (Schleswig)

Abt. 352.3, Nr. 7872
Abt. 460.21, Nr. 283
Abt. 761, Nr. 17612
Abt. 786, Nr. 995

Landesarchiv Rheinland-Pfalz (Speyer)

H 91, Nr. 1124
H 91, Nr. 1523
R 19, Nr. 10904

Landesarchiv Thüringen - Hauptstaatsarchiv Weimar

Personalakten aus dem Bereich Gesundheitswesen,
Sign. 29

Niedersächsisches Landesarchiv Hannover

Sign. Hann. 180 Lüneburg Acc. 3/042, Nr. 4
Sign. Nds. 50, Acc. 2000/137 Nr. 41
Sign. Nds. Hannover 171, Nr. 13869
Sign. Nds. 171 Hannover, Nr. 51099
Sign. Nds. 171 Lüneburg, Nr. 95335
Sign. Nds. 300 Acc 2017/7, Nr. 103

Niedersächsisches Landesarchiv Wolfenbüttel

Sign. 15 Nds., Zg. 32/1994, Nr. 924

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

R 53.162

Staatsarchiv Amberg

Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und
Wiedergutmachung - Außenstelle Regensburg 492
Justizvollzugsanstalt Regensburg 195
Regierung der Oberpfalz 4047, Personalia des Karl Esser

Spruchkammer Regensburg II 2294
Spruchkammer Regensburg II, 3067
Wiedergutmachungsbehörde II Regensburg 2700

Staatsarchiv Bremen

Einwohnermeldekartei, Sign. 4,82/1-4423 (413)

Staatsarchiv Chemnitz

Bestand 30409 Nr. 624

Staatsarchiv Hamburg

Best. 221-11, Sign. Ed. 16959
Best. 221-11, Sign. Ed. 15611
Best. 221-11, Sign. Ed. 13070
Best. 221-11, Sign. T 5465
Best. 351-11, Sign. 32913

Staatsarchiv Leipzig

21690 SED, Sammlungen Biografien Nr. 852
SED Leipzig Kaderakten Nr. 189
21692 SED, Sammlungen, Erinnerungen Nr. V/5/449
22126 Nachlass Kurt Steude Nr. 13; Nr. 21

Staatsarchiv Ludwigsburg

EL 350/1 Bü 1640
EL 902/21 Bü 5191
EL 902/21 Bü 5810
EL 902/21 Bü 6718
EL 902/21 Bü 8445
EL 902/21 Bü 12157
EL 902/21 Bü 12219
FL 300/34 II Bü 67
K 410 I Bü 17887
K 745 II Bü 7840

Stadtarchiv Braunschweig

E 53, 1213

Stadtarchiv Chemnitz

Aktenzeichen 982, 1940 bis 1954/1950

Bestand A 0318 R.d.St. 1945-90, Sig. 5184 Bd. 1

Bestand A 0318 R.d.St. 1945-90, Sig. 5184 Bd. 2

J 1334

Stadtarchiv Elsterberg

Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen Abt. 6, Abschnitt 650 Nr. 1 Bd. I, 1946

Akten des Bürgermeisters zu Elsterberg betreffend Sanitätswesen, Beiakten Sanitätswesen, 650/3

Bestand 855, Teil V, N-P, NI.

Bestand SDZ und Freie Presse vom 1. Oktober 1945 bis 30.

Juni 1946

Stadtarchiv Erfurt

Einwohnermeldekartei

Stadtarchiv Gunzenhausen

Repertorium VII, Nr. 150/1-9

Stadtarchiv Hannover

1. HR.05.2 PA Nr. 10553

1. HR.05.2 Politische Personalakte Nr. 1682

Stadtarchiv Kaiserslautern

Zeitungsausschnittsammlung Eugen Hertel

Stadtarchiv Köln

Best. 905, Nr. 105

Stadtarchiv Magdeburg

Bib. Sig. 1256n

Bib. Sig. 1998n

Bib. Sig. 2270n

Stadtarchiv Mühlthoff

Rep. II., Cap. 2, Nr. 8

Stadtarchiv Regensburg

Best. Personalamt 1989, Lfd. Nr. 6099

Best. Personalamt 1989, Lfd. Nr. 7443

Einwohnerstelle, Meldekartei Personen, Nr. 4, Barth, Maria, geb. 8.5.1911

Einwohnerstelle, Meldekartei Personen, Nr. 93, Roth, Karl, geb. 3.9.1888

Einwohneramt, Familienbögen, Johann Martin Ernst, 1888

Zentralregistratur 2 Nr. 8912

Stadtarchiv Salzgitter

D 11 Nr. 442

E 1 Nr. 47

E 1 Nr. 105

Quellen

Der Arbeiter-Samariter. Offizielles Publikations-Organ des Arbeiter-Samariter-Bundes, Jg. 1915-1933

Verordnungsblatt (VOBL) für Groß-Berlin, 1946, Nr. 47, 9.

Dezember 1946

Interviews

Erinnerungen von Doris Schäfer, der Enkelin von Mathias Brüggem, im Januar 2022

Interview von Marthe Burfeind mit Angela Lorenz, geb.

Schuck, Berlin, am 10. März 2022

Interview von Marthe Burfeind mit Wilhelm Müller, Köln,

am 6. und 7. August 2020

Interview von Marthe Burfeind mit Itta Vollnhals, geb.

Richter, Berlin, am 22. September 2020

5. Literaturverzeichnis

Ahbe, Thomas / Hofmann, Michael: Hunger, Hamstern, Heiligabend. Leipziger erinnern sich an die Nachkriegszeit, Leipzig 1996.

ASB Landesverband Baden-Württemberg (Hg.): 100 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund in Baden-Württemberg, Stuttgart 2013.

Asmus, Helmut: Gyula Grosz. Das Lebensbild eines Magdeburger Arztes, hrsgg. vom Rat der Stadt, Magdeburg, Abt. Kultur, Stadtarchiv Magdeburg und von der Pädagogischen Hochschule „Erich Weinert“ Magdeburg, Sektion Geschichte, Magdeburg 1980.

Asmus, Helmut: „Magdeburgs Arbeiterdoktor“. Vor 100 Jahren wurde Gyula Grosz geboren, in: Volksstimme, Magdeburg 3.11.1978.

Banse, Dietrich / Stier, Sebastian: Nathan Albert Ransohoff (1872–1951): Leben und Wirken eines Lüneburger Arztes, Lüneburg 2017.

Bargen, Susanne von / Fleckenstein, Knut / Grosser, Walter: 1907–2007. 100 Jahre ASB Hamburg. Die Zukunft gemeinsam gestalten, Hamburg 2008.

Baumann, Kirsten / Kuhn, Jonas (Hg.): Gerettet, aber nicht befreit. Überlebende der Shoah in Schleswig-Holstein, Schleswig 2020.

Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen, München 2011.

Beier, Gerhard: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834–1984), 2. Aufl., Frankfurt/Main 1985.

Benzenhöfer, Udo: jüdische Ärzte in Hannover 1933 bis 1945 (Studien zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus, Bd. 3), Wetzlar 2000.

Berg, Otto: Die Gründung unserer Kolonne, in: Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Leipzig e.V. (Hg.): Zum 20jährigen Bestehen, Leipzig 1925.

Bickelmann, Hartmut: Ferdinand Vieth 1869–1946. Leben und Wirken eines Genossenschafters in Selbstzeugnissen und Beiträgen, Norderstedt 2018.

Braun, Günter: Volkssolidarität, in: Broszat, Martin / Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993, S. 793–801.

Brenner, Michael: Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart, München 2012.

Brinckmann, Andrea: Das Rote Kreuz in der DDR. Humanitäre Grundsätze und staatliche Lenkung – die Geschichte der Hilfsorganisation von 1952 bis 1990, Berlin 2019.

Burfeind, Marthe / Köhler, Nils / Stommer, Rainer: Der Arbeiter-Samariter-Bund und der Nationalsozialismus. Vom Verbot 1933 bis zur Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 2019.

Danker, Uwe / Lehmann-Himmel, Sebastian: Landespolitik mit Vergangenheit, Husum 2017.

Dagerman, Stig: Deutscher Herbst, Berlin 2021.

Delius, Peter: Das Ende von Strecknitz. Die Lübecker Heilanstalt und ihre Auflösung 1941 (Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Bd. 2), Kiel 1988.

Eifert, Christiane: Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen „Arbeiterwohlfahrt“ (Geschichte und Geschlechter, Bd. 5), Frankfurt/Main 1993.

Fings, Karola: Rückkehr als Politikum – Remigration aus Israel, in: Verein EL-DE-Haus (Hg.), Unter Vorbehalt, Köln 1997.

Fleckenstein, Kurt / Grosser, Walter: 90 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund in Hamburg. Der Tradition verpflichtet – auf dem Weg ins nächste Jahrhundert, Hamburg 1998.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Geschichte und Organisation, Bonn 1983.

Grier, Ronelle: A Doctor And A Friend, in: The Detroit Jewish News vom 6.9.2002.

- Gröbe, Kurt: Kassenarzt Dr. Konrad Wege, Essen 1938.
- Gröbe, Kurt: Konrad Weges Jugend, Essen 1940.
- Gross, Marianne: Immer das Wohl der Stadt im Auge behalten. Die Stadträtinnen Friedel Schlichtinger und Johanna Dachs, in: Kätzel, Ute / Schrott, Karin (Hg.): Regensburger Frauenspuren. Eine historische Entdeckungsreise, Regensburg 1995, S. 247-249.
- Habel, Walter (Hg.): Wer ist wer? Das deutsche Who's who (Degeners Wer ist's?, Bd. 23), Berlin 1984.
- Halter, Helmut: Die Hakenkreuzfahne über dem Rathaus. Regensburg im Nationalsozialismus, in: Schmid, Peter (Hg.): Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 1, Regensburg 2000, S. 419-446.
- Hans-Lebrecht-Schule (Hg.): Stolpersteine für Familie Lebrecht, Ulm 2020.
- Heidel, Dittmar: Betrachtungen zur Arbeit des Roten Kurzes in Plauen von 1868 bis 2008, hrsgg. vom DRK Zentrum Plauen, Plauen 2011.
- Hilmer, Ludwig: Unterm Sternenbanner. Politik und Verwaltung 1945-1950, in: Schmid, Peter (Hg.): Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 1, Regensburg 2000, S. 447-461.
- Jansen, Hans G. / Meyer-Braun, Renate: Bremen in der Nachkriegszeit. 1945-1949. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (Bremen im 20. Jahrhundert), Bremen 1990.
- Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln 2011.
- Kätzel, Ute: „Meine Nerven sind ganz kaputt geworden ...“ Das Leben der Regensburger Störschneiderin Marie Höhne (1874-1929), in: dies. / Schrott, Karin (Hg.): Regensburger Frauenspuren. Eine historische Entdeckungsreise, Regensburg 1995, S. 133-140.
- Kaiser, Josef / Weber, Hermann / Matthias, Erich: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949-1956 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 11), Köln 1996.
- Kleinert, Hubert: Das geteilte Deutschland. Die Geschichte 1945-1990, Wiesbaden 2019.
- Klühs, Alfred: 40 Jahre Kolonne Ulm, in: Gesundheit und Lebensfreude. Amtliches Bundesorgan des Arbeiter-Samarter-Bundes Deutschland e.V., Nr. 10/1963.
- Klühs, Gabriele: Ernst August Voelkel, in: Winterhoff, Hans-Jürgen / Loos, Helmut (Hg.): Fünf schlesische Komponisten des 20. Jahrhunderts (Deutsche Musik im Osten, Bd. 4), Bonn 1994, S. 5-13.
- Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 712), Bonn 2008.
- Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Stadtleitung Magdeburg der SED (Hg.): Kurzbiographien Magdeburger Widerstandskämpfer. Gyula Grosz. Der Widerstandskämpfer, o. O. 1977.
- Krauss, Marita: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001.
- Kurzer, Ulrich: Nationalsozialismus und Konsumgenossenschaften. Gleichschaltung, Sanierung und Teilliquidation (Studien und Materialien zum Rechtsextremismus, Bd. 5), Pfaffenweiler 1997.
- Kühn, E: Wer war Dr. Grosz?, in: MZ am Wochenende (Mitteldeutsche Zeitung). Magdeburg 14.9.1978.
- Langewiesche, Dieter: Arbeiterfreizeitkultur in der Bundesrepublik - Traditionsbrüche und Kontinuitäten, in: Wolfgang Kaschuba (Hg.): Arbeiterkultur seit 1945. Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991.
- Lebrecht, Hans / Koschnick, Hans: Gekrümmte Wege, doch ein Ziel. Erinnerungen eines deutsch-israelischen Kommunisten, Münster 2007.
- Ludwig, Martha: Das Mädchen Krümel, (Ost-)Berlin 1970.
- Mehring, Hartmut: Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD, in: Krohn, Claus-Dieter (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 91-110.
- Michalski, Bettina: Louise Schröders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit, Bonn 1996.

Mielke, Siegfried / Rütters, Peter: Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945–1949 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 7), Köln 1991.

Molitor, Stephan: Spruchkammerverfahrensakte, Überlieferung zur Entnazifizierung als Quelle für die NS-Zeit, in: Unterlagen der Nachkriegszeit als Quellen zur Geschichte des Dritten Reichs. Vorträge eines quellenkundlichen Kolloquiums im Rahmen der Heimattage Baden-Württemberg am 13. Oktober 2001 in Bad Rappenau, Stuttgart 2004.

Mooser, Josef: Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt/Main 1984.

Moschke, Gerd Dr.: Zur Geschichte der Kolonne Leipzig des Arbeiter-Samariter-Bundes, Bautzen 1978.

Müller, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 402), 2. Aufl., Leipzig 2004.

Müller, Werner: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: Broszat, Martin / Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, 2. Aufl., München 1993, S. 626–664.

Müller, Wilhelm: Der Arbeiter-Samariter-Bund. Eine Biografie, hrsgg. vom ASB Deutschland e. V., Köln 2013.

Müller, Wilhelm: Gemeinsam viel stärker. Der Arbeiter-Samariter-Bund in Nordrhein-Westfalen, Zwickau 2021.

Müller, Wilhelm: Mit einem Unfall fing es an... Illustrierte Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes, Wiesbaden 1988.

Müller, Wilhelm: Samariter in Köln. Ein Buch über die Geschichte einer Hilfsorganisation, Wiesbaden 1985.

Müller, Wilhelm: 25 Jahre ASB in Ost- und Mitteldeutschland. Eine Erfolgsgeschichte, hrsgg. vom ASB Deutschland e. V., Köln 2015.

Niedbalski, Bernd: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Ansätze zur

zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948, in: Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 3, München 1985.

Petzke, Karl-Heinz: Antifaschistischer Aufbruch und Neubeginn in Gera 1945/1946, Gera 1996.

Quast, Anke: Nach der Befreiung. Jüdische Gemeinden in Niedersachsen seit 1945. Das Beispiel Hannover, Göttingen 2001.

Reindl, Gerhard: Zwischen Tradition und Moderne. Regensburg in der Weimarer Republik, in: Schmid, Peter (Hg.): Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 1, Regensburg 2000, S. 373–418.

Sandvoß, Hans-Rainer: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007.

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Neukölln (Widerstand 1933–1945, Bd. 4), Berlin 1990.

Schäfers, Bernhard: Die westdeutsche Gesellschaft. Strukturen und Formen, in: Schildt, Axel / Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998, S. 307–315.

Schilde, Kurt: Vom Columbia-Haus zum Schulenburgring. Dokumentation von Lebensgeschichten von Opfern des Widerstandes und der Verfolgung von 1933 bis 1945 aus dem Bezirk Tempelhof (Deutsche Vergangenheit, Bd. 24), Berlin 1987.

Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 31), Hamburg 1995.

Schmidt, Helmut: Zur Geschichte der Erfurter Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes, in: Beiträge zur Geschichte der Universität Erfurt, Heft 19 (1983), S. 283–291.

Schroeder, Klaus: Die DDR. Geschichte und Strukturen, Stuttgart 2011.

Schwartz, Herbert: Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse und

ihrer Partei für die Herausbildung eines antifaschistisch-demokratischen Gesundheits- und Sozialwesens sowie von demokratischen Sanitäts- und Hilfsorganisationen (1945 - 1952) (Beiträge zur Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, hrsgg. vom Präsidium d. Dt. Roten Kreuzes d. DDR) Dresden 1982.

Seepe, Gerda: Hans Haußmann – Mein ganzes Leben hieß ASB, in: Südwest Presse (Ulm) vom 17.1.1978.

Spaar, Horst / Funke, Dietmar: Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR, Teil 1. Die Entwicklung des Gesundheitswesens in der SBZ (1945–49), in: Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. (Hg.): Schriftenreihe „Medizin und Gesellschaft“, Berlin 1996.

Spaar, Horst / Funke, Dietmar: Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR, Teil 2. Die Entwicklung des Gesundheitswesens in der SBZ (1949–53), in: Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. (Hg.): Schriftenreihe „Medizin und Gesellschaft“, Berlin 1996.

Stamm, Christoph: Bestand B 422. Die Deutsche Friedens-Union (DFU) 1960–1990. „Friedenspartei“ oder „Die Freunde Ulbrichts“?, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 1/2012, S. 44–54.

Steinbach, Peter / Tuchel, Johannes: Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 2004.

Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte nach 1945, Bd. 1: 1945–1947, Frankfurt/Main 1996.

Stoll, Rolf W.: An jedem Ort, zu jeder Zeit... 75 Jahre Arbeiter-Samariter in Ulm und Neu-Ulm, Ulm 1998.

Vogel, Gundula: Straßennamen in Magdeburg als Denkmäler bedeutender Ärzte unter besonderer Berücksichtigung des Lebenswerkes von Gyula Grosz und Otto Schlein, Diplomarbeit, Magdeburg 1976.

Voigt, Hugo: Neues Beginnen 1946 in Hannover, hrsgg. von der Arbeiterwohlfahrt Landesausschuss Niedersachsen, Hannover 1986.

Wettig, Gerhard: Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1995.

Wilhelmus, Wolfgang: Flucht oder Tod. Erinnerungen und Briefe pommerscher Juden, Rostock 2001.

Winstel, Tobias: Verhandelte Gerechtigkeit. Rückerstattung und Entschädigung für jüdische NS-Opfer in Bayern und Westdeutschland, München 2006.

Wolle, Stefan: DDR. Eine kurze Geschichte, Frankfurt/Main 2011.

Zehmisch, Heinz: Von der Badestube bis zum Vogtlandklinikum. Ein Streifzug durch die Medizingeschichte der Stadt Plauen, Plauen 2007.

10 Jahre Sanitätshalbzug Mühltröf, in: Mühltröffer Zeitung, Lokales und Sächsisches vom 13.10.1936, 47. Jahrgang, Nr. 120.

Internet

AWO Landesverband Bayern e.V. (Hg.): Macherinnen. Helferinnen. Frauen und die AWO. Jubiläumsausstellung 100 Jahre AWO in Bayern, 2020, online unter: <https://www.yumpu.com/de/document/view/63739868/100-jahre-awo-in-bayern>, abgerufen am 11.1.2021.

Blaschke, Karlheinz / Jäschke, Uwe Ulrich: Kursächsischer Ämteratlas 1790, Chemnitz 2009, online unter: <https://kirchenbezirk-vogtland.de/kirchen-im-kirchenbezirk/kirchen-der-ev-luth-kirchgemeinde-muehltroeff-langenbach/>, abgerufen am 23.3.2022.

Conrad, Andreas: Wie Flugzeuge Berliner Kinder in den Westen brachten, Der Tagesspiegel, 13.5.2019, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/aktion-storch-zur-luftbruecke-wie-flugzeuge-berliner-kinder-in-den-westen-brachten/24329050.html>, abgerufen am 23.2.2022.

Deutsches Historisches Museum Berlin, Lebendiges Museum Online (LeMO), Befehl Nr. 2 der SMAD, online unter: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-befehl-nr-2.html>, abgerufen am 25.3.2022.

Deutsches Historisches Museum Berlin, Lebendiges Museum Online (LeMO), Biografie Eduard Bernstein, online unter: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/eduard-bernstern.html>, abgerufen am 20.3.2022.

Deutsches Historisches Museum Berlin, Lebendiges Museum Online (LeMO), Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), online unter: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialdemokratische-partei-deutschlands-spd.html>, abgerufen am 20.3.2022.

Führer, Karl Christian: Rezension zu: Flemming, Jens: Die Madsacks und der »Hannoversche Anzeiger«. Eine bürgerliche Großstadtzeitung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, 1893–1945, Göttingen 2019, in: H-Soz-Kult, 20.04.2021, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28654, abgerufen am 13.3.2022.

Gesetzblatt der DDR, Jahrgang 1950, online unter: https://www.gvooon.de/art/dokumente/1950/gesetzblatt-gbl-ddr-1950/pdf/gesetzblatt-gbl-ddr-1950-seite_0092.pdf, abgerufen am 20.2.2022.

Goschler, Constantin: Wiedergutmachung für NS-Verfolgte: Einführung und Überblick, in: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 2, [13.9.2004], online unter <https://www.zeitenblicke.de/2004/02/goschler/goschler.pdf>, abgerufen am 24.3.2022.

gera-chronik.de, abgerufen am 28.10.2018.

Gotthardt, Christian: Neue Aktenfunde zu Widerstand und Verfolgung. Ein Nachtrag zum Buch „die anderen“, veröffentlicht: Feb. 2015, ergänzt Okt./Nov. 2016, online unter: <http://www.harbuch.de/frische-themen-artikel/neue-aktenfunde-zu-widerstand-und-verfolgung-kopie.html>, abgerufen am 2.3.2021.

Historisches Sachsen. Das Portal für die Schlösser, Burgen und historischen Ruinen im Freistaat Sachsen, Mühltroff, online unter: <http://www.historisches-sachsen.net/muehltroff.htm>, abgerufen am 23.3.2022.

Homepage der Stadt Pausa-Mühltroff, online unter: <http://www.stadt-pausa-muehltroff.de/>, abgerufen am 23.3.2022.

Jobst, Andreas: Mittelbayerische Zeitung, publiziert am 29.4.2013, in: Historisches Lexikon Bayerns, <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Mittelbayerische-Zeitung>, abgerufen am 16.2.2021.

Kgl. Bayer. 10. Reserve-Infanterie-Regiment, http://genwiki.genealogy.net/KB_RIR_10, abgerufen am 18.1.2021.

Lechner, Stefan: Chronik der Berufsschule Hermsdorf, <http://www.hermsdorf-regional.de/schulen/berufsschule/Berufsschulchronik.pdf>, abgerufen am 21.2.2022.

Mitgliederentwicklung und -struktur des FDGB, in: FDGB-Lexikon, Berlin 2009, online unter: http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/m/Mitgliederentwicklung_und_-struktur.html, abgerufen am 18.3.2022.

Mitteldeutscher Rundfunk (mdr), Gesundheitswesen der DDR. Medizinische Versorgung, Sozialversicherung, SV-Ausweis, 29.1.2010, online unter: <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/gesundheitswesen-DDR-100.html>, abgerufen am 15.3.2022.

Mitteldeutscher Rundfunk (mdr), Nationale Front. Wahlen, 16.2.2010, online unter: <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/nationale-front-ddr-100.html>, abgerufen am 28.2.2022.

o. A.: Rudolf Schlichtinger, <https://www.hdbg.eu/biografien/detail/rudolf-schlichtinger/7355>, abgerufen 4.2.21.

o. A.: Friedl Schlichtinger, <https://www.hdbg.eu/biografien/detail/friedl-schlichtinger/9428>, abgerufen 4.2.21.

Ostbremer Rundschau 3.1.1969: Senator Emil Theil verstorben, online unter: http://www.chronik-horn-lehe.de/Personen/Theil/Theil_OBR_69_1_3.pdf, abgerufen am 8.3.2021.

Partei kontrollkommissionen, in: SED- und FDGB-Archivgut, Glossar, online unter: <https://www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/glossar.html?q=Partei kontrollkommissionen#p34>, abgerufen am 28.2.2022.

Paul, Roland: Die jüdischen Häftlinge im Konzentrationslager Neustadt 1933, Vortrag gehalten am 31.5.2011, online unter: http://www.gedenkstaette-neustadt.de/wp-content/uploads/2013/11/Roland_Paul_Juden_im_Lager_Neustadt.pdf, abgerufen am 21.3.2022.

Richard Kuckuck, Kurzbiografie, online unter: https://rotes-nowawes.de/?page_id=179, abgerufen am 20.2.2022.

Röper, Arlene: Biografie Hermann Röper, online unter: <https://wp.stolpersteine-kl.de/stolpersteine-in-kaiserslautern/biografie-hermann-roeper/>, abgerufen am 21.3.2022.

Schaidinger, Hans: Rede zur Erinnerung an die Auflösung des Regensburger Stadtrates im Jahre 1933, gehalten am 25.4.2013, online unter: <https://www.regensburg-digital.de/wp-content/uploads/2013/05/NS-Zeit-Stadtrat-Version-25.04-Endfassung.pdf>, abgerufen am 12.1.2021.

Schmitz, Stefan: Hunger in Deutschland, Teil 4: Überleben in den Trümmern, Stern, 20.03.2005, online unter: <https://www.stern.de/politik/geschichte/teil-4--ueberleben-in-den-truemmern-hunger-in-deutschland-3553518.html>, abgerufen am 24.3.2022.

Seggern, Jessica von: Kurzbeschreibung Bundesvorstand des FDGB, Abteilung Sozialpolitik 1945–1989, online unter: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy34asoz/index.htm>, abgerufen am 10.2.2022.

Smolorz, Roman: Das Reserve-Wachbataillon z.b.V. XIII und der Einsatz der 4. Polizeiwachkompanie Regensburg in Litzmannstadt (Lodsch), in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 157, hrsgg. v. Historischen Verein für Oberpfalz und Regensburg, S. 285–310, hier: S. 298, online unter: <https://www.heimatforschung-regensburg.de/2862/14/13-Smolorz-285-310.pdf>, abgerufen am 24.3.2022.

Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: FDGB-Lexikon, Berlin 2009, online unter: [http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Sowjetische_Milit%C4radministration_in_Deutschland_\(SMAD\).html](http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Sowjetische_Milit%C4radministration_in_Deutschland_(SMAD).html), abgerufen am 16.3.2022.

Stadt Regensburg, Silberne Bürgermedaille, <https://www.regensburg.de/rathaus/ehrenbuerger-und-medailles/silberne-buergermedaille>, abgerufen am 14.1.2021.

The Ira Kaufman Chapel: Dr. Karni W. Frank, <https://www.irakaufman.com/mobile/detail.php?id=7612>, abgerufen am 9.1.2022.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (1949–1990), online unter: <http://www.verfassungen.de/ddr/verf49-i.htm>, abgerufen am 28.02.2022.

https://en.wikipedia.org/wiki/Werner_Spitz, abgerufen am 9.1.2022.

100 Jahre SPD-Bezirksverband Oberpfalz, online unter <https://spd-oberpfalz.de/politik/geschichte/100-jahre-spd-bezirksverband-oberpfalz/>, abgerufen am 10.2.2021.

Danksagung

Wir danken für die Unterstützung bei der Realisierung des Projekts

Martina Atlante (Stadtarchiv Kiel), Mario Aulenbacher (Stadtarchiv Kaiserslautern), Isabell Bastian (Stadtarchiv Magdeburg), Katherina Beckmann (Stadtarchiv Braunschweig), Gabriele Benning (Staatsarchiv Ludwigsburg), Birgit Börngen (Stadtarchiv Lübeck), Marion Fechner (Staatsarchiv Leipzig), Dr. Gisela Fleckenstein (Landesarchiv Speyer), Claudia Gaßmann (Stadtarchiv Hildesheim), Christian Gärtner (Berlin), Norman Grimm (Staatsarchiv Chemnitz), Britta Günther (Stadtarchiv Chemnitz), Annette Handrich (Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main), Stefanie Haufe (Stadtarchiv Chemnitz), Helmut Henschel (Stadtarchiv Bielefeld), Nina Herrmann (Stadtarchiv Regensburg), Olaf Hillert (Stadtarchiv Leipzig), Dr. Christian Hoffmann (Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Hannover), Jasmin Kambach (Stadtarchiv Nürnberg), Dr. Dörte Kaufmann (Stadtarchiv Frankenthal), Dr. Peter Klefisch (Landesarchiv NRW Abt. Rheinland), Jana Kleine (Landeshauptstadt Düsseldorf), Julia Liedtke (Landesarchiv Schleswig-Holstein), Dr. Martin Luchterhandt (Landesarchiv Berlin), Monika Marschalck (Staatsarchiv Bremen), Dr. Anett Müller (Staatsarchiv Leipzig), Kai Paulsen (Kiel), Dr. Stephan Ridder (Staatsarchiv Chemnitz), Jochen Rösel (Staatsarchiv Amberg), Dr. Klaus Rupprecht (Staatsarchiv Würzburg), Doris Schäfer (Köln), Sonja Schäfer (Stadtarchiv Köln), Jörg Schlösser (Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung Berlin), Johanna Strunge (Göttingen), Thomas Stürmer (Stadtarchiv Lüneburg), dem Team des Benutzerdienstes des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (Potsdam), Markus Teubert (Zentrum für Stadtgeschichte und Industriekultur Wuppertal), Christine Weinrich (ehemalige Bürgermeisterin von Mühltroff, Stadtarchiv Mühltroff), Marta Wojcik (Mainz), Ursula Wolff (Stadtarchiv Salzgitter), Itta Vollnhals (Berlin), Uta Ziegen (Stadtarchiv Hannover), Dr. Johann Zilien (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden), Silke Zimmermann (Stadtverwaltung und -archiv Elsterberg)

Ein besonderer Dank gilt Wilhelm Müller als kundigem Chronisten und Zeitzeugen der ASB-Geschichte für manchen wertvollen Hinweis sowie den Mitgliedern des Beirats und den Mitarbeiterinnen des Archivs des ASB-Bundesverbands in Köln, Mareike Hollmann, Brigitta Frucht, Fiona Leswal und Annette Riedrich für die geduldige und intensive Unterstützung.

Die Autoren

Marthe Burfeind M.A., Jg. 1989, freiberufliche Historikerin in Kiel

Dr. Nils Köhler, Jg. 1971, Historiker, Bereichsleiter Dokumentation und Forschung im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin

Stefanie Hüttl M.A., Jg. 1990, Historikerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Koordinierenden Zeitzeugenbüro in Berlin

1933 war der Arbeiter-Samariter-Bund von den Nationalsozialisten zerschlagen worden. Nach intensiven Aufbaujahren seit 1945 markierte der erste Bundestag des ASB im Jahr 1952 einen wichtigen Meilenstein. 70 Jahre danach legt der ASB Deutschland e.V., der heute von über 1,4 Millionen Mitgliedern unterstützt und getragen wird, eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung zur Geschichte seiner Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg vor.

Die Studie beleuchtet die Bedingungen, unter denen Samariterinnen und Samariter ihre Dienste am Menschen wieder aufnahmen, aus einer gesamtdeutschen Perspektive. In der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR scheiterten alle Bemühungen. Im Westen hingegen gelang die Entwicklung des ASB zu einer wichtigen Hilfs- und Wohlfahrtsorganisation. Bis 1952 hatten sich in der Bundesrepublik und in West-Berlin 80 Kolonnen mit über 8 000 Mitgliedern wieder- bzw. neugegründet.

Doch wer waren die Protagonisten der Wiedergründung des ASB und was trieb sie an? Welche Rolle spielte dabei jene bis 1933 im ASB so wichtige Gruppe von Ärztinnen und Ärzten, die ab 1933 als Juden verfolgt wurden und überlebt hatten? Fanden diese nach 1945 zurück zum ASB? Welchen Anteil am Neuaufbau des ASB hatten in die Bundesrepublik geflüchtete und vertriebene Samariterinnen und Samariter? Und nicht zuletzt: Warum scheiterte die Wiedergründung des ASB in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR?